



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

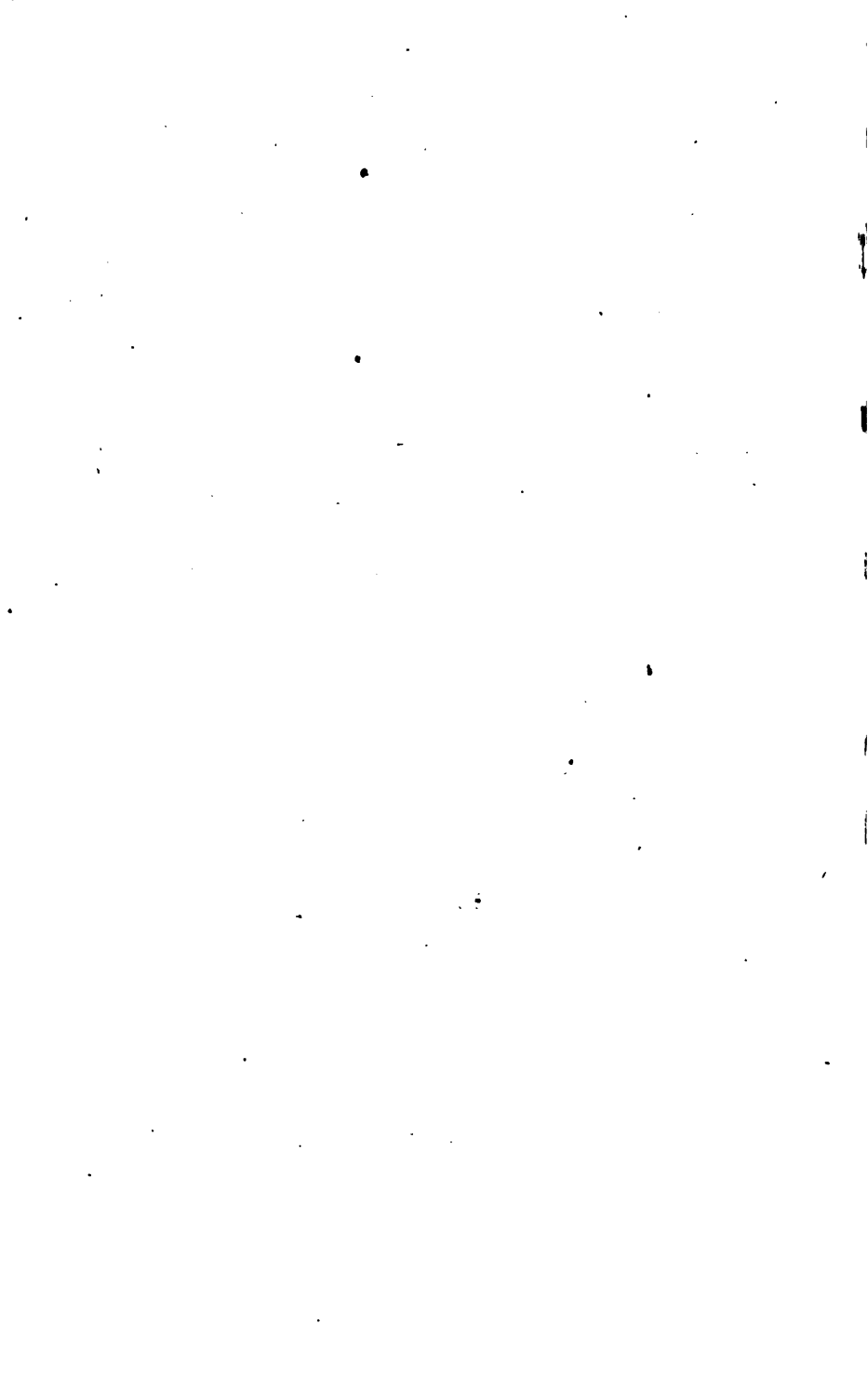
## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Baunband

JFE  
GA.  
1811

15





Austria. Laws, statutes, &c.

124

# Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch

für die  
gesamten Deutschen Erbländer

der  
Oesterreichischen Monarchie.

I. Theil.

*zug. Lang  
222/20*

*Barabara*



W i e n.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.  
1811.



**Wir Franz der Erste,**  
**von Gottes Gnaden Kaiser**  
**von Oesterreich; König zu Un-**  
**garn und Böhmen; Erzherzog**  
**zu Oesterreich, ꝛ. ꝛ.**

**Aus der Betrachtung, daß die bür-**  
**gerlichen Geseze, um den Bürgern volle**  
**Beruhigung über den gesicherten Ge-**  
**nuß ihrer Privat-Rechte zu verschaffen,**  
**nicht nur nach den allgemeinen Grund-**  
**sätzen der Gerechtigkeit, sondern auch**

nach den besonderen Verhältnissen der Einwohner bestimmt, in einer ihnen verständlichen Sprache bekannt gemacht, und durch eine ordentliche Sammlung in stätem Andenken erhalten werden sollen, haben Wir seit dem Antritte Unserer Regierung unausgesetzt Sorge getragen, daß die schon von Unseren Vorfahren beschlossene und unternommene Abfassung eines vollständigen einheimischen bürgerlichen Gesetzbuches ihrer Vollenbung zugeführt werde.

Der während Unserer Regierung von Unserer Hof-Commission in Gesetz-

sachen zu Stande gebrachte Entwurf  
ward, so wie ehemals der Entwurf  
des Gesetzbuches über Verbrechen und  
schwere Polizei-Übertretungen, den  
in den verschiedenen Provinzen ei-  
gens aufgestellten Commissionen zur  
Beurtheilung mitgetheilt, in Galizien  
aber inzwischen schon in Anwendung  
gesetzt.

Nachdem auf solche Art die Mei-  
nungen der Sachverständigen und die  
aus der Anwendung eingeholten Er-  
fahrungen zur Berichtigung dieses so  
wichtigen Zweiges der Gesetzgebung  
benützt worden sind, haben Wir nun

beschlossen, dieses allgemeine bürgerliche Gesetzbuch für unsere gesammten Deutschen Erbländer kund zu machen, und zu verordnen, daß dasselbe mit dem ersten Januar 1812 zur Anwendung kommen solle.

Dadurch wird das bis jetzt angenommene gemeine Recht, der am 1. November 1786 kund gemachte erste Theil des bürgerlichen Gesetzbuches, das für Galizien gegebene bürgerliche Gesetzbuch, sammt allen auf die Gegenstände dieses allgemeinen bürgerlichen Rechtes sich beziehenden Gesetzen und

Gewohnheiten, außer Wirksamkeit  
gesetzt.

Wie Wir aber in dem Gesetzbuche  
selbst zur allgemeinen Vorschrift auf-  
gestellt haben, daß die Gesetze nicht zu-  
rück wirken sollen; so soll auch dieses  
Gesetzbuch auf Handlungen, die dem  
Tage, an welchem es verbindliche  
Kraft erhält, vorher gegangen, und  
auf die nach den früheren Gesetzen be-  
reits erworbenen Rechte keinen Ein-  
fluß haben; diese Handlungen mögen  
in zweiseitig verbindlichen Rechtsge-  
schäften, oder in solchen Willenser-  
klärungen bestehen, die von dem Er-

klarenden noch eigenmächtig abgeändert, und nach den in dem gegenwärtigen Gesetzbuche enthaltenen Vorschriften eingerichtet werden könnten.

Daher ist auch eine schon vor der Wirksamkeit dieses Gesetzbuches angefangene Ersizung oder Verjährung nach den älteren Gesetzen zu beurtheilen. Wollte sich jemand auf eine Ersizung oder Verjährung berufen, die in dem neueren Gesetze auf eine kürzere Zeit als in den früheren Gesetzen bestimmt ist; so kann er auch diese kürzere Frist erst von dem Zeitpunkte, an welchem das gegenwärtige Gesetz



verbindliche Kraft erhält, zu berechnen anfangen.

Die Vorschriften dieses Gesetzbuches sind zwar allgemein verbindlich; doch bestehen für den Militär-Stand und für die zum Militär-Körper gehörigen Personen besondere, auf das Privat-Recht sich beziehende Vorschriften, welche bey den von, oder mit ihnen vorzunehmenden Rechtsgeschäften, ob schon in dem Gesetzbuche nicht ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, zu beobachten sind. Handels- und Wechselgeschäfte werden nach den besonderen Handels- und Wechselgesetzen, in so

fern sie von den Vorschriften dieses Gesetzbuches abweichen, beurtheilt.

Auch bleiben die über politische, Cameral- oder Finanz = Gegenstände kund gemachten, die Privat-Rechte beschränkenden, oder näher bestimmenden Verordnungen, obschon in diesem Gesetzbuche sich darauf nicht ausdrücklich bezogen würde, in ihrer Kraft.

Insbefondere sind die auf Geldzahlungen sich beziehenden Rechte und Verbindlichkeiten nach dem, über das zum Umlaufe und zur gemeinen Landes- (Wiener) Währung bestimmte Geld, bereits erlassenen Patente vom 20. Nov-

nung 1811, oder nach den noch zu erlassenden besonderen Gesetzen, und nur bey deren Ermangelung, nach den allgemeinen Vorschriften des Gesetzbuches zu beurtheilen.

Wir erklären zugleich den gegenwärtigen Deutschen Text des Gesetzbuches als den Urtext, wornach die veranstalteten Uebersetzungen in die verschiedenen Landessprachen Unserer Provinzen zu beurtheilen sind.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, den ersten Monathstag Juniüs, im eintausend achthundert

und eilften, Unserer Reiche im neun-  
zehnten Jahre.

**Franz.**

**(L.S.)**

**Aloys Graf von und zu Ugarte,**  
königlich-Böhmischer oberster und erzherzoglich-  
Oesterreichischer erster Kanzler.

**Franz Graf von. Woyna.**

**Nach Sr. I. I. Majestät**  
höchst eigenem Befehle:  
**Johann Nepomuk Freyh. v. Geißlern.**

---

# Inhalt.

## Seite

<b>Einleitung.</b> Von den bürgerlichen Gesetzen überhaupt. §. 1—14. . . . .	1
--	---

## Erster Theil.

### Von dem Personen-Rechte.

<b>Erstes Hauptstück.</b> Von den Rechten, welche sich auf persönliche Eigenschaften und Verhältnisse beziehen. §. 15—43. . . . .	6
<b>Zweytes Hauptstück.</b> Von dem Ehrechte. §. 44—136. . . . .	17
<b>Drittes Hauptstück.</b> Von den Rechten zwischen Aeltern und Kindern. §. 137—186. . . . .	54
<b>Viertes Hauptstück.</b> Von den Vormundschaften und Curatelen. §. 187—284. . . . .	73

## Zweyter Theil.

### Von dem Sachenrechte.

<b>Von Sachen und ihrer rechtlichen Eintheilung.</b> §. 285—308. . . . .	1
--	---

# Erste Abtheilung

## des Sachenrechtes,

### Von den dinglichen Rechten.

<b>Erstes Hauptstück.</b> Von dem Besitze. §. 309 bis 352.	10
<b>Zweytes Hauptstück.</b> Von dem Eigenthumsrechte. §. 353—379.	26
<b>Drittes Hauptstück.</b> Von der Erwerbung des Eigenthumes durch Zueignung. §. 380—403.	36
<b>Viertes Hauptstück.</b> Von Erwerbung des Eigenthumes durch Zuwachs. §. 404—422.	45
<b>Fünftes Hauptstück.</b> Von Erwerbung des Eigenthumes durch Uebergabe. §. 423—446.	53
<b>Sechstes Hauptstück.</b> Von dem Pfandrechte. §. 447—471.	62
<b>Siebentes Hauptstück.</b> Von Dienstbarkeiten. (Servituten). §. 472—530.	71
<b>Achtes Hauptstück.</b> Von dem Erbrechte. §. 531—551.	93
<b>Neuntes Hauptstück.</b> Von der Erklärung des letzten Willens überhaupt und den Testamenten insbesondere. §. 552—603.	100
<b>Zehntes Hauptstück.</b> Von Nacherben und Fideicommissen. §. 604—646.	117
<b>Elftes Hauptstück.</b> Von Vermächtnissen. §. 647—694.	132
<b>Zwölftes Hauptstück.</b> Von Einschränkung und Aufhebung des letzten Willens. §. 695—726.	150
<b>Dreizehntes Hauptstück.</b> Von der gesetzlichen Erbfolge. §. 727—761.	162
<b>Vierzehntes Hauptstück.</b> Von dem Pflichttheile und der Anrechnung in den Pflicht- oder Erbtheil. §. 762—796.	179
<b>Fünfzehntes Hauptstück.</b> Von Befignung der Erbschaft. §. 797—824.	191

<b>Sechzehntes Hauptstück.</b> Von der Gemeinschaft des Eigenthumes und anderer dinglichen Rechte. §. 825—858.	202
--	-----

## **Zweite Abtheilung.**

### **Von den persönlichen Sachenrechten.**

<b>Siebzehntes Hauptstück.</b> Von Verträgen überhaupt. §. 859—937.	215
<b>Achtzehntes Hauptstück.</b> Von Schenkungen. §. 938—956.	246
<b>Neunzehntes Hauptstück.</b> Von dem Verwahrungsvertrage. §. 957—970.	253
<b>Zwanzigstes Hauptstück.</b> Von dem Leihvertrage. §. 971—982.	259
<b>Ein und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von dem Darlehensvertrage. §. 983—1001.	263
<b>Zwey und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von der Bevollmächtigung und anderen Arten der Geschäftsführung. §. 1002—1044.	270
<b>Drey und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von dem Tauschvertrage. §. 1045—1052.	286
<b>Vier und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von dem Kaufvertrage. §. 1053—1089.	289
<b>Fünf und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von Bestand-, Erbpacht- und Erbzins-Verträgen. §. 1090—1150.	301
<b>Sechs und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von entgeltlichen Verträgen über Dienstleistungen. §. 1151—1174.	325
<b>Sieben und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von dem Vertrage über eine Gemeinschaft der Güter. §. 1175—1216.	334
<b>Acht und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von den Ehe-Pacten. §. 1217—1266.	349
<b>Neun und zwanzigstes Hauptstück.</b> Von den Glücksverträgen. §. 1267—1292.	368

<b>Dreßzigstes Hauptstück.</b> Von dem Rechte des Schadenersatzes und der Genugthuung. §. 1293—1341. . . . .	378
--	-----

## Dritter Theil.

### Von den gemeinschaftlichen Bestimmungen der Personen- und Sachenrechte.

<b>Erstes Hauptstück.</b> Von Befestigung der Rechte und Verbindlichkeiten. §. 1342—1374. 1	1
<b>Zweytes Hauptstück.</b> Von Umänderung der Rechte und Verbindlichkeiten. §. 1375—1410. 13	13
<b>Drittes Hauptstück.</b> Von Aufhebung der Rechte und Verbindlichkeiten. §. 1411—1450. 25	25
<b>Viertes Hauptstück.</b> Von der Verjährung und Erßung. §. 1451—1502. . . . .	39





---

# Einleitung.

## Von den bürgerlichen Gesetzen überhaupt.

### §. 1.

Der Inbegriff der Gesetze, wodurch die Begriff des bürgerlichen Rechtes. Privat-Rechte und Pflichten der Einwohner des Staates unter sich bestimmt werden, macht das bürgerliche Recht in demselben aus.

### §. 2.

So bald ein Gesetz gehörig kund gemacht worden ist, kann sich niemand damit entschuldigen, daß ihm dasselbe nicht bekannt geworden sey.

### §. 3.

Die Wirksamkeit eines Gesetzes und die Anfang der Wirksamkeit der Gesetze. daraus entspringenden rechtlichen Folgen nehmen gleich nach der Kundmachung ih-

<b>Dreißigstes Hauptstück.</b> Von dem Rechte des Schadenersatzes und der Genugthuung. §. 1293—1341. . . . .	378
--	-----

## Dritter Theil.

### Von den gemeinschaftlichen Bestimmungen der Personen- und Sachenrechte.

<b>Erstes Hauptstück.</b> Von Befestigung der Rechte und Verbindlichkeiten. §. 1342—1374. . . . .	1
<b>Zweytes Hauptstück.</b> Von Umänderung der Rechte und Verbindlichkeiten. §. 1375—1410. . . . .	13
<b>Drittes Hauptstück.</b> Von Aufhebung der Rechte und Verbindlichkeiten. §. 1411—1450. . . . .	25
<b>Viertes Hauptstück.</b> Von der Verjährung und Erßigung. §. 1451—1502. . . . .	39



---

# Einleitung.

Von den bürgerlichen Gesetzen überhaupt.

## §. 1.

Der Inbegriff der Gesetze, wodurch die Begriff des bürgerlichen Rechtes. Privat-Rechte und Pflichten der Einwohner des Staates unter sich bestimmt werden, macht das bürgerliche Recht in demselben aus.

## §. 2.

So bald ein Gesetz gehörig kund gemacht worden ist, kann sich niemand damit entschuldigen, daß ihm dasselbe nicht bekannt geworden sey.

## §. 3.

Die Wirksamkeit eines Gesetzes und die Anfang der Wirksamkeit der Gesetze. daraus entspringenden rechtlichen Folgen nehmen gleich nach der Kundmachung ih-

ren Anfang; es wäre denn, daß in dem Fund gemachten Gesetze selbst, der Zeitpunkt seiner Wirksamkeit weiter hinaus bestimmt würde.

## §. 4.

Umfang des  
Gesetzes.

Die bürgerlichen Gesetze verbinden alle Staatsbürger der Länder, für welche sie Fund gemacht worden sind. Die Staatsbürger bleiben auch in Handlungen und Geschäften, die sie außer dem Staatsgebiete vornehmen, an diese Gesetze gebunden, in so weit als ihre persönliche Fähigkeit, sie zu unternehmen, dadurch eingeschränkt wird, und als diese Handlungen und Geschäfte zugleich in diesen Ländern rechtliche Folgen hervor bringen sollen. In wie fern die Fremden an diese Gesetze gebunden sind, wird in dem folgenden Hauptstücke bestimmt.

## §. 5.

Auslegung.

Gesetze wirken nicht zurück; sie haben daher auf vorher gegangene Handlungen und auf vorher erworbene Rechte keinen Einfluß.

## §. 6.

Einem Gesetze darf in der Anwendung

kein anderer Verstand beygelegt werden, als welcher aus der eigenthümlichen Bedeutung der Worte in ihrem Zusammenhange und aus der klaren Absicht des Gesetzgebers hervor leuchtet.

§. 7.

Läßt sich ein Rechtsfall weder aus den Worten, noch aus dem natürlichen Sinne eines Gesetzes entscheiden, so muß auf ähnliche, in den Gesetzen bestimmt entschiedene Fälle, und auf die Gründe anderer damit verwandten Gesetze Rücksicht genommen werden. Bleibt der Rechtsfall noch zweifelhaft; so muß solcher mit Hinsicht auf die sorgfältig gesammelten und reiflich erwogenen Umstände nach den natürlichen Rechtsgrundsätzen entschieden werden.

§. 8.

Nur dem Gesetzgeber steht die Macht zu, ein Gesetz auf eine allgemein verbindliche Art zu erklären. Eine solche Erklärung muß auf alle noch zu entscheidende Rechtsfälle angewendet werden, dafern der Gesetzgeber nicht hinzu fügt, daß seine Erklärung bey Entscheidung solcher Rechtsfälle, welche die vor der Erklärung unter-

genommenen Handlungen und angesprochenen Rechte zum Gegenstande haben, nicht bezogen werden solle.

## §. 9.

Dauer des Gesetzes.

Gesetze behalten so lange ihre Kraft, bis sie von dem Gesetzgeber abgeändert oder ausdrücklich aufgehoben werden.

## §. 10.

Andere Arten der Vorschriften, als:

a) Gewohnheiten.

Auf Gewohnheiten kann nur in den Fällen, in welchen sich ein Gesetz darauf beruft, Rücksicht genommen werden.

## §. 11.

b) Provinzial-Statuten.

Nur jene Statuten einzelner Provinzen und Landesbezirke haben Gesetzeskraft, welche nach der Kundmachung dieses Gesetzbuches von dem Landesfürsten ausdrücklich bestätigt werden.

## §. 12.

c) Richterliche Aussprüche.

Die in einzelnen Fällen ergangenen Verfügungen und die von Richtern in besonderen Rechtsstreitigkeiten gefällten Urtheile haben nie die Kraft eines Gesetzes; sie können auf andere Fälle oder auf andere Personen nicht ausgedehnet werden.

## §. 13.

d) Privilegien.

Die einzelnen Personen oder auch gan-

von Körpern verliehenen Privilegien und Befreyungen sind, in so fern hierüber die politischen Verordnungen keine besondere Bestimmung enthalten, gleich den übrigen Rechten zu beurtheilen.

## §. 14.

Die in dem bürgerlichen Gesetzbuche enthaltenen Vorschriften haben das Personenrecht, das Sachenrecht und die denselben gemeinschaftlich zukommenden Bestimmungen zum Gegenstande.

Haupteintheilung des bürgerlichen Rechtes.

# Erster Theil.

## Von dem Personen-Rechte.

### Erstes Hauptstück.

Von den Rechten, welche sich auf persönliche Eigenschaften und Verhältnisse beziehen.

§. 15.

**Personen-Rechte.** Die Personen-Rechte beziehen sich theils auf persönliche Eigenschaften und Verhältnisse; theils gründen sie sich in dem Familien-Verhältnisse.

§. 16.

**I. Aus dem Charakter der Persönlichkeit.**

Jeder Mensch hat angeborne, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte, und ist daher als eine Person zu betrach-



B. d. Recht, die sich auf pers. Eigensch. bezieh. 7  
ten. Sklaverey oder Leibeigenschaft, und <sup>Angeborene</sup>  
die Ausübung einer darauf sich beziehenden Rechte.  
den Recht wird in diesen Ländern nicht ge-  
stattet.

§. 17.

Was den angeborenen natürlichen Rech- <sup>Rechtli-</sup>  
ten angemessen ist, dieses wird so lange che Vermu-  
als bestehend angenommen, als die gesetz- thung dersel-  
mäßige Beschränkung dieser Rechte nicht ben.  
bewiesen wird.

§. 18.

Jedermann ist unter den von den Ge- <sup>Erwerbli-</sup>  
setzen vorgeschriebenen Bedingungen fähig, che Rechte.  
Rechte zu erwerben.

§. 19.

Jedem, der sich in seinem Rechte ge- <sup>Verfolgung</sup>  
kränkt zu seyn erachtet, steht es frei, sei- der Rechte.  
ne Beschwerde vor der durch die Gesetze  
bestimmten Behörde anzubringen. Wer sich  
aber mit Hintansetzung derselben der eigen-  
mächtigen Hülfe bedient, oder, wer die  
Gränzen der Nothwehre überschreitet, ist  
dafür verantwortlich.

§. 20.

Auch solche Rechtsgeschäfte, die das  
Oberhaupt des Staates betreffen, aber auf

dessen Privat-Eigenthum, oder auf die in dem bürgerlichen Rechte geordneten Erwerbungsarten sich beziehen, sind von den Gerichtsbehörden nach den Gesetzen zu beurtheilen.'

## §. 21.

II. Personen - Rechte aus der Eigenschaft des Alters oder mangelnden Verstandes gebrauches.

Diejenigen, welche wegen Mangels an Jahren, Gebrechen des Geistes, oder anderer Verhältnisse wegen, ihre Angelegenheiten selbst gehörig zu besorgen unfähig sind, stehen unter dem besonderen Schutze der Gesetze. Dahin gehören: Kinder, die das siebente; Unmündige, die das vierzehnte; Minderjährige, die das vier und zwanzigste Jahr ihres Lebens noch nicht zurück gelegt haben; dann: Rasende, Wahnsinnige und Blödsinnige, welche des Gebrauches ihrer Vernunft entweder gänzlich beraubt oder wenigstens unermögend sind, die Folgen ihrer Handlungen einzusehen; ferner: diejenigen, welchen der Richter als erklärten Verschwendern die fernere Verwaltung ihres Vermögens untersagt hat; endlich: Abwesende und Gemeinden.

B. d. Recht., die sich auf pers. Eigensch. bezieht. 9

§. 22.

Selbst angeborne Kinder haben von dem Zeitpunkte ihrer Empfängniß an einen Anspruch auf den Schutz der Gesetze. In so weit es um ihre und nicht um die Rechte eines Dritten zu thun ist, werden sie als Geborne angesehen; ein todtgebornes Kind aber wird in Rücksicht auf die ihm für den Lebensfall vorbehaltenen Rechte so betrachtet, als wäre es nie empfangen worden.

§. 23.

Im zweifelhaften Falle, ob ein Kind lebendig oder todt geboren worden sey, wird das Erstere vermuthet. Wer das Gegentheil behauptet, muß es beweisen.

§. 24.

Wenn ein Zweifel entsteht, ob ein Abwesender oder Vermißter noch am Leben sey oder nicht; so wird sein Tod nur unter folgenden Umständen vermuthet: 1) wenn seit seiner Geburt ein Zeitraum von achtzig Jahren verstrichen und der Ort seines Aufenthaltes seit zehn Jahren unbekannt geblieben ist; 2) ohne Rücksicht auf den Zeitraum von seiner Geburt, wenn er durch dreißig volle Jahre unbekannt geblieben;

III. Aus dem Verhältnisse der Abwesenheit

3) wenn er im Kriege schwer verwundet worden; oder, wenn er auf einem Schiffe, da es scheiterte, oder in einer andern nahen Todesgefahr gewesen ist, und seit der Zeit durch drey Jahre vermißt wird. In allen diesen Fällen kann die Todeserklärung angesucht und unter den (§. 277) bestimmten Vorrichtungen vorgenommen werden.

## §. 25.

Im Zweifel, welche von zwey oder mehreren verstorbenen Personen zuerst mit Tode abgegangen sey, muß derjenige, welcher den früheren Todesfall des Einen oder des Anderen behauptet, seine Behauptung beweisen; kann er dieses nicht, so werden Alle als zu gleicher Zeit verstorben vermuthet, und es kann von Uebertragung der Rechte des Einen auf den Anderen keine Rede seyn.

## §. 26.

IV. Aus dem Verhältnisse einer moralischen Person.

Die Rechte der Mitglieder einer erlaubten Gesellschaft unter sich werden durch den Vertrag oder Zweck und die besonderen für dieselben bestehenden Vorschriften bestimmt. Im Verhältnisse gegen Andere genießen ers

**B. d. Recht., die sich auf pers. Eigensch. bezieh. 11**  
**laubte Gesellschaften in der Regel gleiche**  
**Rechte mit den einzelnen Personen. Uner-**  
**laubte Gesellschaften haben als solche keine**  
**Rechte, weder gegen die Mitglieder, noch**  
**gegen Andere, und sie sind unfähig, Rechte**  
**zu erwerben. Unerlaubte Gesellschaften sind**  
**aber diejenigen, welche durch die politischen**  
**Gesetze insbesondere verboten werden,**  
**oder offenbar der Sicherheit, öffentlichen**  
**Ordnung, oder den guten Sitten wider-**  
**streiten.**

**§. 27.**

**In wie fern Gemeinden in Rücksicht ih-**  
**rer Rechte unter einer besonderen Vorsorge**  
**der öffentlichen Verwaltung stehen, ist in**  
**den politischen Gesetzen enthalten.**

**§. 28.**

**Den vollen Genuß der bürgerlichen**  
**Rechte erwirbt man durch die Staatsbürger-**  
**schaft. Die Staatsbürgerschaft in diesen Erb-**  
**staaten ist Kindern eines Oesterreichischen**  
**Staatsbürgers durch die Geburt eigen.**

**V. Aus dem**  
**Verhältnisse**  
**eines Staats-**  
**bürgers.**

**§. 29.**

**Fremde erwerben die Oesterreichische**  
**Staatsbürgerschaft durch Eintretung in ei-**  
**nen öffentlichen Dienst; durch Antretung**

**Wie die**  
**Staatsbür-**  
**gerschaft er-**  
**worben;**

eines Gewerbes, dessen Betreibung die ordentliche Ansässigkeit im Lande nothwendig macht; durch einen in diesen Staaten vollendeten zehnjährigen ununterbrochenen Wohnsitz, jedoch unter der Bedingung, daß der Fremde diese Zeit hindurch sich wegen eines Verbrechens keine Strafe zugezogen habe.

### §. 30.

Auch ohne Antretung eines Gewerbes oder Handwerkes, und vor verlaufenen zehn Jahren, kann die Einbürgerung bey den politischen Behörden ange sucht, und von denselben, nachdem das Vermögen, die Erwerbsfähigkeit und das sittliche Betragen des Ansuchenden beschaffen sind, verliehen werden.

### §. 31.

Durch die bloße Inhabung oder zeitliche Benützung eines Landgutes, Hauses oder Grundstückes; durch die Anlegung eines Handels, einer Fabrik, oder die Theilnahme an einem von beyden, ohne persönliche Ansässigkeit in einem Lande dieser Staaten, wird die Oesterreichische Staatsbürgerschaft nicht erworben.

B. d. Recht., die sich auf pers. Eigensch. bezieht. 13

§. 32.

Der Verlust der Staatsbürgerschaft durch Auswanderung, oder durch Verehelichung einer Staatsbürgerin an einen Ausländer, wird durch die Auswanderungsgesetze bestimmt. wie sie verloren werde.

§. 33.

Den Fremden kommen überhaupt gleiche bürgerliche Rechte und Verbindlichkeiten mit den Eingebornen zu, wenn nicht zu dem Genuße dieser Rechte ausdrücklich die Eigenschaft eines Staatsbürgers erfordert wird. Auch müssen die Fremden, um gleiches Recht mit den Eingebornen zu genießen, in zweifelhaften Fällen beweisen, daß der Staat, dem sie angehören, die hierländigen Staatsbürger in Rücksicht des Rechtes, wovon die Frage ist, ebenfalls wie die sonstigen behandle. Rechte der Fremden.

§. 34.

Die persönliche Fähigkeit der Fremden zu Rechtsgeschäften ist insgemein nach den Gesetzen des Ortes, denen der Fremde vermöge seines Wohnsitzes, oder, wenn er keinen eigentlichen Wohnsitz hat, vermöge seiner Geburt als Unterthan unterliegt, zu

beurtheilen; in so fern nicht für einzelne Fälle in dem Gesetze etwas Anderes verordnet ist.

## §. 35.

Ein von einem Ausländer in diesem Staate unternommenes Geschäft, wodurch er Anderen Rechte gewähret, ohne dieselben gegenseitig zu verpflichten, ist entweder nach diesem Gesetzbuche, oder aber nach dem Gesetze, dem der Fremde als Unterthan unterliegt, zu beurtheilen; je nachdem das eine oder das andere Gesetz die Gültigkeit des Geschäftes am meisten begünstiget.

## §. 36.

Wenn ein Ausländer hier Landes ein wechselseitig verbindendes Geschäft mit einem Staatsbürger eingeht, so wird es ohne Ausnahme nach diesem Gesetzbuche; dafern er es aber mit einem Ausländer schließt, nur dann nach demselben beurtheilet, wenn nicht bewiesen wird, daß bey der Abschließung auf ein anderes Recht Bedacht genommen worden sey.

## §. 37.

Wenn Ausländer mit Ausländern, oder mit Unterthanen dieses Staates im Auslan-



**B. d. Recht, die sich auf pers. Eigensch. bezieh. 15**  
de Rechtsgeschäfte vornehmen, so sind sie  
nach den Gesetzen des Ortes, wo das Ge-  
schäft abgeschlossen worden, zu beurtheilen;  
dafern bey der Abschließung nicht offenbar  
ein anderes Recht zum Grunde gelegt wor-  
den ist, und die oben im §. 4. enthaltene  
Vorschrift nicht entgegen steht.

**§. 38.**

Die Gesandten, die öffentlichen Ge-  
schäftsträger und die in ihren Diensten ste-  
henden Personen genießen die in dem Völ-  
kerrechte und in den öffentlichen Verträgen  
gegründeten Befreyungen.

**§. 39.**

Die Verschiedenheit der Religion hat auf  
die Privat-Rechte keinen Einfluß, außer in  
so fern dieses bey einigen Gegenständen durch  
die Gesetze insbesondere angeordnet wird.

**VI. Per-  
sonen-Rechte aus dem  
Religions-  
Verhältnisse**

**§. 40.**

Unter Familie werden die Stammältern  
mit allen ihren Nachkommen verstanden.  
Die Verbindung zwischen diesen Personen  
wird Verwandtschaft; die Verbindung aber,  
welche zwischen einem Ehegatten und den  
Verwandten des anderen Ehegatten entsteht,  
Schwägerschaft genannt.

**VII. Aus  
dem Famili-  
llen - Ver-  
hältnisse.  
Familie,  
Verwands-  
schaft und  
Schwägers-  
schaft.**

§. 41.

Die Grade der Verwandtschaft zwischen zwey Personen sind nach der Zahl der Zeugungen, mittelst welcher in der geraden Linie eine derselben von der anderen, und in der Seitenlinie beyde von ihrem nächsten gemeinschaftlichen Stamme abhängen, zu bestimmen. In welcher Linie und in welchem Grade jemand mit dem einen Ehegatten verwandt ist, in eben der Linie und in eben dem Grade ist er mit dem anderen Ehegatten verschwägert.

§. 42.

Unter dem Rahmen Aeltern werden in der Regel ohne Unterschied des Grades alle Verwandte in der aufsteigenden; und unter dem Rahmen Kinder alle Verwandte in der absteigenden Linie begriffen.

§. 43.

Die besonderen Rechte der Familien-Glieder werden bey den verschiedenen Rechtsverhältnissen, worin sie ihnen zukommen, angeführt.

---

## Zweytes Hauptstück.

### Von dem Eherechte.

#### §. 44.

Die Familien-Verhältnisse werden durch den Ehevertrag gegründet. In dem Ehevertrage erklären zwei Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen, und sich gegenseitigen Beystand zu leisten.

Begriff der Ehe,

#### §. 45.

Ein Eheverlöbniß oder ein vorläufiges Versprechen, sich zu ehelichen, unter was für Umständen oder Bedingungen es gegeben oder erhalten worden, zieht keine rechtliche Verbindlichkeit nach sich, weder zur Schließung der Ehe selbst, noch zur Leistung desjenigen, was auf den Fall des Rücktrittes bedungen worden ist.

und des Eheverlöbnißes.

mit dem die Ehe eingegangen werden will; sind rechtmäßige Gründe, die Einwilligung zur Ehe zu versagen.

§. 54.

Mit welchen Militär-Personen oder zum Militär-Körper gehörigen Personen, ohne schriftliche Erlaubniß ihres Regiments, Corps oder überhaupt ihrer Vorgesetzten kein gültiger Ehevertrag eingegangen werden könne, bestimmen die Militär-Gesetze.

§. 55.

b) aus Mangel der wirklichen Einwilligung.

Die Einwilligung zur Ehe ist ohne Rechtskraft, wenn sie durch eine gegründete Furcht erzwungen worden ist. Ob die Furcht gegründet war, muß aus der Größe und Wahrscheinlichkeit der Gefahr, und aus der Leibes- und Gemüthsbeschaffenheit der bedrohten Person beurtheilt werden.

§. 56.

Die Einwilligung ist auch dann ungültig, wenn sie von einer entführten und noch nicht in ihrer Freiheit versetzten Person gegeben worden.

§. 57.

Ein Irrthum macht die Einwilligung in die Ehe nur dann ungültig, wenn er in der

Person des künftigen Ehegatten vorgegangen ist.

§. 58.

Wenn ein Ehemann seine Gattin nach der Ehelichung bereits von einem Anderen geschwängert findet; so kann er, außer dem im §. 121 bestimmten Falle, fordern, daß die Ehe als ungültig erklärt werde.

§. 59.

Alle übrige Verhältnisse der Ehegatten, so wie auch ihre getäuſchten Erwartungen der vorausgesetzten oder auch verabredeten Bedingungen, stehen der Gültigkeit des Ehevertrages nicht entgegen.

§. 60.

Das immerwährende Unvermögen, die eheliche Pflicht zu leisten, ist ein Ehehinderniß, wenn es schon zur Zeit des geschlossenen Ehevertrages vorhanden war. Ein bloß zeitliches, oder ein erst während der Ehe zugestohenes, selbst unheilbares Unvermögen kann das Band der Ehe nicht auflösen.

11. Abgang des Vermögens zum Zwecke;

a) des physischen Vermögens;

§. 61.

Ein zur schwersten oder schweren Ker-

b) des geistlichen Ver-

indgens we-  
gen Verur-  
theilung zu  
einer schwe-  
ren Crimi-  
nal-Strafe;

Verstrafe verurtheilter Verbrecher kann von dem Tage des ihm angekündigten Urtheiles, und so lange seine Strafzeit dauert, keine gültige Ehe eingehen.

## §. 62.

wegen Ehe-  
bandes;

Ein Mann darf nur mit Einem Weibe, und ein Weib darf nur mit Einem Manne zu gleicher Zeit vermählet seyn. Wer schon verehelichet war und sich wieder verehelichen will, muß die erfolgte Trennung, das ist, die gänzliche Auflösung des Ehebandes, rechtmäßig beweisen.

## §. 63.

wegen Wei-  
he oder Ge-  
schlechtes;

Geistliche, welche schon höhere Weihen empfangen; wie auch Ordenspersonen von beyden Geschlechtern, welche feyerliche Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt haben, können keine gültigen Eheverträge schließen.

## §. 64.

Religions-  
Verschie-  
denheit;

Eheverträge zwischen Christen und Personen, welche sich nicht zur christlichen Religion bekennen, können nicht gültig eingegangen werden.

## §. 65.

Verwandi-  
schaft;

Zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie; zwischen voll- und halbbür-

tigen Geschwistern; zwischen Geschwisterkindern; wie auch mit den Geschwistern der Aeltern, nämlich mit dem Oheim und der Auhme väterlicher und mütterlicher Seite, kann keine gültige Ehe geschlossen werden; es mag die Verwandtschaft aus ehelicher oder unehelicher Geburt entstehen.

§. 66.

Aus der Schwägerschaft entsteht das <sup>oder Schwägerschaft;</sup> Ehehinderniß, daß der Mann die im §. 65 erwähnten Verwandten seiner Ehegattinn, und die Gattinn die daselbst erwähnten Verwandten ihres Mannes nicht ehelichen kann.

§. 67.

Eine Ehe zwischen zwey Personen, die <sup>wegen Ehebruches;</sup> miteinander einen Ehebruch begangen haben, ist ungültig. Der Ehebruch muß aber vor der geschlossenen Ehe bewiesen seyn.

§. 68.

Wenn zwey Personen, auch ohne vorher- <sup>oder Gattenmordes.</sup> gegangenen Ehebruch, sich zu ehelichen versprochen haben, und wenn, um die Absicht zu erreichen, auch nur eine von ihnen dem Gatten, der ihrer Ehe im Wege stand, nach dem Leben gestellet hat; so kann zwischen denselben auch dann, wenn der Mord nicht

wirklich vollbracht worden ist, eine gültige Ehe nicht geschlossen werden.

§. 69.

III. Abgang  
der wesentli-  
chen feyer-  
lichkeiten.  
Solche sind:

Zur Gültigkeit der Ehe wird auch das Aufgeboth und die feyerliche Erklärung der Einwilligung gefordert.

§. 70.

a) das Auf-  
geboth:

Das Aufgeboth besteht in der Verkündigung der bedorftenden Ehe mit Anführung des Vornamens, Familien-Namens, Geburtsortes, Standes und Wohnortes beyder Verlobten, mit der Erinnerung: daß jedermann, dem ein Hinderniß der Ehe bekannt ist, dasselbe anzeigen solle. Die Anzeige ist unmittelbar oder mittelst des Seelsorgers, der die Ehe verkündigt hat, bey demjenigen Seelsorger zu machen, dem die Trauung zusteht.

§. 71.

Die Verkündigung muß an drey Sonn- oder Festtagen an die gewöhnliche Kirchenversammlung des Pfarrbezirktes, und, wenn jedes der Bräutleute in einem andern Bezirke wohnt, beyder Pfarrbezirke geschehen. Bey Ehen zwischen nicht katholischen Christlichen Religions-Genossen muß das Aufge-



both nicht nur in ihren gottesdienstlichen Versammlungen, sondern auch in jenen katholischen Pfarrkirchen, in deren Bezirke sie wohnen; und bey Ehen zwischen katholischen und nicht katholischen christlichen Religions-Genossen sowohl in der Pfarrkirche des katholischen und in dem Bethhause des nicht katholischen Theiles, als auch in der katholischen Pfarrkirche, in deren Bezirke der Letztere wohnt, vorgenommen werden.

§. 72.

Wenn die Verlobten oder eines von ihnen in dem Pfarrbezirke, in welchem die Ehe geschlossen werden soll, noch nicht durch sechs Wochen wohnhaft sind; so ist das Aufgeboth auch an ihrem letzten Aufenthaltsorte, wo sie länger als die eben bestimmte Zeit gewohnt haben, vorzunehmen, oder die Verlobten müssen ihren Wohnsitz an dem Orte, wo sie sich befinden, durch sechs Wochen fortsetzen, damit die Verkündigung ihrer Ehe dort hinreichend sey.

§. 73.

Wird binnen sechs Monaten nach dem Aufgebothe die Ehe nicht geschlossen, so müssen die drei Verkündigungen wiederholt werden.

## §. 74.

Zur Gültigkeit des Aufgebotes und der davon abhängenden Gültigkeit der Ehe ist es zwar genug, daß die Rahmen der Brautleute und ihre bevorstehende Ehe wenigstens Einmahl sowohl in dem Pfarrbezirke des Bräutigams als der Braut verkündigt werden, und ein in der Form oder Zahl der Verkündigungen unterlaufener Mangel macht die Ehe nicht ungültig; es sind aber theils die Brautleute oder ihre Vertreter, theils die Seelsorger unter angemessener Strafe verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alle hier vorgeschriebene Verkündigungen in der gehörigen Form vorgenommen werden.

## §. 75.

b) die feyerliche Erklärung der Einwilligung.

Die feyerliche Erklärung der Einwilligung muß vor dem ordentlichen Seelsorger eines der Brautleute, er mag nun, nach Verschiedenheit der Religion, Pfarrer, Pastor oder wie sonst immer heißen, oder vor dessen Stellvertreter in Gegenwart zweyer Zeugen geschehen.

## §. 76.

Die feyerliche Erklärung der Einwilligung

gung zur Ehe kann mittelst eines Bevollmächtigten geschehen; doch muß hierzu die Bewilligung der Landesstelle erwirkt, und in der Vollmacht die Person, mit welcher die Ehe einzugehen ist, bestimmt werden. Die ohne eine solche besondere Vollmacht geschlossene Ehe ist ungültig. Ist die Vollmacht vor der abgeschlossenen Ehe widerrufen worden, so ist zwar die Ehe ungültig, aber der Machtgeber für den durch seinen Widerruf verursachten Schaden verantwortlich.

§. 77.

Wenn eine katholische und eine nicht katholische Person sich verheirathen, so muß die Einwilligung vor dem katholischen Pfarrer in Gegenwart zweyer Zeugen erklärt werden; doch kann auf Verlangen des andern Theiles auch der nicht katholische Seelsorger bey dieser feyerlichen Handlung erscheinen.

§. 78.

Wenn Verlobte das schriftliche Zeugniß von der vollzogenen ordentlichen Verlobung; oder, wenn die in den §§. 49, 50, 51, 52, und 54 erwähnten Personen

die zu ihrer Berechtigung erforderliche Erlaubniß; wenn ferner diejenigen, deren Volljährigkeit nicht offenbar am Tage liegt, den Lauffchein oder das schriftliche Zeugniß ihrer Volljährigkeit nicht vorweisen können; oder, wenn ein anderes Chehinderniß rege gemacht wird; so ist es dem Seelforger bey schwerer Strafe verbothen, die Trauung vorzunehmen, bis die Verlobten die nothwendigen Zeugnisse beygebracht und alle Anstände gehoben haben.

## §. 79.

Finden die Verlobten sich durch die Verweigerung der Trauung gekränkt, so können sie ihre Beschwerde der Landesstelle, und in den Orten, wo keine Landesstelle ist, dem Kreisamte vorlegen.

## §. 80.

Zu einem dauerhaften Beweise des geschlossenen Ehevertrages sind die Pfarrvorsteher verbunden, denselben in das besonders dazu bestimmte Trauungsbuch eigenhändig einzutragen. Es muß der Vor- und Familien-Nahme, das Alter, die Wohnung, so wie auch der Stand der Ehegatten, mit der Bemerkung, ob sie schon ver-

ehelichet waren oder nicht; der Vor- und Familien-Nahme, dann der Stand der Aeltern und der Zeugen; ferner, der Tag, an welchem die Ehe geschlossen worden; endlich auch der Name des Seelsorgers, vor welchem die Einwilligung feyerlich erklärt worden ist, deutlich angeführt, und die Urkunden, wodurch die vorgedachten Umstände gehoben worden, angedeutet werden.

§. 81.

Soll die Ehe an einem dritten Orte, dem keine der verlobten Personen eingepfarrt ist, geschlossen werden, so muß der ordentliche Seelsorger gleich bey der Ausfertigung der Urkunde, wodurch er einen anderen zu seinem Stellvertreter benennet, diesen Umstand mit Benennung des Ortes, wo und vor welchem Seelsorger die Ehe geschlossen werden soll, in das Trauungsbuch seiner Pfarre eintragen.

§. 82.

Der Seelsorger des Ortes, wo die Ehe eingegangen wird, muß die geschehene Abschließung der Ehe in das Trauungsbuch seiner Pfarre mit dem Befehle, von welchem

Pfarrer, er zum Stellvertreter, ernannt worden, ebenfalls eintragen, und die Abschließung der Ehe dem Pfarrer, von welchem er berechtigt worden ist, binnen acht Tagen anzeigen.

## §. 83.

Dispensation von  
Ehehindernissen.

Aus wichtigen Gründen kann die Rücksicht von Ehehindernissen bey der Landesstelle angesucht werden, welche nach Beschaffenheit der Umstände sich in das weitere Vernehmen zu setzen hat.

## §. 84.

Vor Abschließung der Ehe ist die Rücksicht über Ehehindernisse von den Parteyen selbst und unter eigenem Rahmen anzusuchen. Wenn sich aber nach schon geschlossener Ehe ein vorher unbekanntes auflöseliches Hinderniß äußern sollte, können sich die Parteyen auch durch ihre Seelsorger, und mit Verschweigung ihres Rahmens, an die Landesstelle um Rücksicht wenden.

## §. 85.

In den Orten, wo keine Landesstelle ist, wird den Kreisämtern die Macht ertheilt, aus wichtigen Ursachen die zweyte und dritte Verkündigung nachzusehen.

§. 86.

Unter dringenden Umständen kann von der Landesstelle oder dem Kreisamte, und wenn eine bestätigte nahe Todesgefahr keinen Verzug gestattet, auch von der Ortsobrigkeit das Aufgeboth gänzlich nachgesehen werden; doch müssen die Verlobten eidlich behaupten, daß ihnen kein ihrer Ehe entgegenstehendes Hinderniß bekannt sey.

§. 87.

Die Nachsicht von allen drey Verkündigungen ist gegen Ablegung des erwähnten Eides auch dann zu erteilen, wenn zwey Personen getrauet werden wollen, von denen schon vorhin allgemein vermuthet ward, daß sie mit einander verhehlicht seyn. In diesem Falle kann bey der Landesstelle die Nachsicht von dem Seelsorger, mit Verschweigung der Namen der Parteyen, angesuchet werden.

§. 88.

Wenn von einem bey Schließung der Ehe bestandenen Hindernisse die Nachsicht erteilet wird, muß, ohne Wiederholung des Aufgebotes, abermahl die Einwilligung vor dem Seelsorger und zwey ver-

trauten Zeugen erklärt, und die Handlung in dem Brautungsbuche werden. Ist diese Vorschrift worden, so ist eine solche Ehe trachten, als wäre sie ursprünglich geschlossen worden.

## §. 89.

Wirkung  
der gültigen  
Ehe.  
Rechte und  
Verbindlich-  
keiten der  
Ehegatten;

Die Rechte und Verbindlichkeiten der Ehegatten entstehen aus dem Zwecke ihrer Vereinigung, aus dem Gesetze und den geschlossenen Verabredungen. Hier werden nur die Personen-Rechte der Ehegatten; hingegen die aus den Ehe-Pacten entspringenden Sachenrechte in dem zweyten Theile bestimmt.

## §. 90.

gemein-  
schaftliche;

Vor Allem haben beyde Theile eine gleiche Verbindlichkeit zur ehelichen Pflicht, Treue und anständigen Begegnung.

## §. 91.

besonders  
des Mann-  
nes;

Der Mann ist das Haupt der Familie. In dieser Eigenschaft steht ihm vorzüglich das Recht zu, das Hauswesen zu leiten; es liegt ihm aber auch die Verbindlichkeit ob, der Ehegattin nach seinem Vermögen den anständigen Unterhalt zu verschaffen, und sie in allen Vorfällen zu vertreten.



§. 92.

Die Gattinn erhält den Namen des Mannes, und genießt die Rechte seines Standes. Sie ist verbunden, dem Manne in seinen Wohnstz zu folgen, in der Haushaltung und Erwerbung nach Kräften beizustehen, und so weit es die häusliche Ordnung erfordert, die von ihm getroffenen Maßregeln sowohl selbst zu befolgen, als befolgen zu machen.

der Ehe-  
gattinn.

§. 93.

Den Ehegatten ist keineswegs gestattet, die eheliche Verbindung, ob sie gleich unter sich darüber einig wären, eigenmächtig aufzuheben; sie mögen nun die Ungültigkeit der Ehe behaupten, oder die Trennung der Ehe, oder auch nur eine Scheidung von Tisch und Bett vornehmen wollen.

Aufhebung  
der ehelichen  
Gemein-  
schaft.

§. 94.

Die Ungültigkeit einer Ehe, welcher eines der in den §§. 56, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 75 und 119 angeführten Hindernisse im Wege steht, ist von Amts wegen zu untersuchen. In allen übrigen Fällen muß das Ansuchen derjenigen, welche durch die mit einem Hindernisse geschlo-

1. Scheinbare durch Erklärung der ursprünglichen Ungültigkeit.  
Art der Einleitung.

sene Ehe in ihren Rechten gekränkt worden sind, abgewartet werden.

§. 95.

Der Ehegatte, welcher den unterlaufenen Irrthum in der Person, oder die Furcht, in welche der andere Theil gesetzt worden ist, gewußt; ferner, der Gatte, welcher den Umstand, daß er nach den §§. 49, 50, 51, 52, und 54 für sich allein keine gültige Ehe schließen kann, verschwiegen, oder die ihm erforderliche Einwilligung fälschlich vorgewendet hat, kann aus seiner eigenen widerrechtlichen Handlung die Gültigkeit der Ehe nicht bestreiten.

§. 96.

Ueberhaupt hat nur der schuldlöse Theil das Recht, zu verlangen, daß der Ehevertrag ungültig erklärt werde; er verliert aber dieses Recht, wenn er nach erlangter Kenntniß des Hindernisses die Ehe fortgesetzt hat. Eine von einem Minderjährigen oder Pflegebefohlenen eigenmächtig geschlossene Ehe kann von dem Vater oder der Vormundschaft nur in so lange, als die väterliche Gewalt oder Vormundschaft dauert, bestritten werden.

§. 97.

Die Verhandlung über die Ungültigkeit einer Ehe steht nur dem Landrechte des Bezirkes zu, worin die Ehegatten ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Von dem Landrechte ist das Fiscal-Amt, oder ein anderer verständiger und rechtschaffener Mann zur Erforschung der Umstände und zur Vertbeidigung der Ehe zu bestellen, um die wahre Beschaffenheit der Sache selbst dann, wenn auf Begehren einer Partey die Verhandlung vorgenommen wird, von Amts wegen zu erheben. und der Verhandlung;

§. 98.

Wenn das Hinderniß gehoben werden kann, soll das Landrecht trachten, durch die hierzu nothwendige Einleitung und das Einverständniß der Parteyen es zu bewirken; wenn aber dieses nicht möglich ist, so soll das Landrecht über die Gültigkeit der Ehe erkennen.

§. 99.

Die Vermuthung ist immer für die Gültigkeit der Ehe. Das angeführte Ehehinderniß muß also vollständig bewiesen wer-

den, und weder das übereinstimmende Geständniß beyder Ehegatten hat hier die Kraft eines Beweises, noch kann darüber einem Eide der Ehegatten Statt gegeben werden.

## §. 100.

insbeson-  
dere wegen  
Unvermö-  
gens.

Insbefondere ist in dem Falle, daß ein vorher gegangenes und immerwährendes Unvermögen, die eheliche Pflicht zu leisten, behauptet wird, der Beweis durch Sachverständige, nämlich, durch erfahrene Aerzte und Wundärzte, und nach Umständen auch durch Hebammen, zu führen.

## §. 101.

Läßt sich mit Zuverlässigkeit nicht bestimmen, ob das Unvermögen ein immerwährendes oder bloß zeitliches sey, so sind die Ehegatten noch durch Ein Jahr zusammen zu wohnen verbunden, und hat das Unvermögen diese Zeit hindurch angehalten, so ist die Ehe für ungültig zu erklären.

## §. 102.

Zeigt sich aus der Verhandlung des Streitess über die Gültigkeit der Ehe, daß einem Theile, oder daß beyden Theilen das

Ehehinderniß vorher bekannt war, und daß sie es vorsätzlich verschwiegen haben; so sind die Schuldigen mit der in dem Strafgesetze über schwere Polizey-Übertretungen bestimmten Strafe zu belegen. Ist ein Theil schuldlos, so bleibt es ihm beimgestellt, Entschädigung zu fordern. Sind endlich in einer solchen Ehe Kinder erzeugt worden, so muß für dieselben nach jenen Grundsätzen gesorgt werden, welche in dem Hauptstücke von den Pflichten der Eltern festgesetzt sind.

§. 103.

Die Scheidung von Eisch und Bett muß den Ehegatten, wenn sich beyde dazu verstehen, und über die Bedingungen einig sind, von dem Gerichte unter der nachfolgenden Vorbedingung gestattet werden.

11. Wirkliche Aufhebung:

a) zeitliche Scheidung, mit Einverständnis;

§. 104.

Den Ehegatten liegt zuerst ob, ihren Entschluß zur Scheidung sammt den Bewegungsgründen ihrem Pfarrer zu eröffnen. Des Pfarrers Pflicht ist, die Ehegatten an das wechselseitig bey der Trauung gemachte feyerliche Versprechen zu erinnern, und ihnen die nachtheiligen Folgen

der Scheidung mit Nachdruck an das Herz zu legen. Diese Vorstellungen müssen zu drey verschiedenen Mahlen wiederholt werden. Sind sie ohne Wirkung, so muß der Pfarrer den Parteyen ein schriftliches Zeugniß ausstellen, daß sie, der drey Wahl geschehenen Vorstellungen ungeachtet, bey dem Verlangen, sich zu scheiden, verharren.

§. 105.

Beide Ehegatten haben mit Beylegung dieses Zeugnisses das Scheidungsgesuch bey ihrem ordentlichen Gerichte anzubringen. Das Gericht soll sie persönlich vorrufen, und, wenn sie vor demselben bekräftigen, daß sie über ihre Scheidung sowohl als über die Bedingungen in Absicht auf Vermögen und Unterhalt mit einander verstanden sind, ohne weitere Erforschung die verlangte Scheidung bewilligen und dieselbe bey den Gerichts-Acten vormerken. Sind Kinder vorhanden, so ist das Gericht verbunden, für dieselben nach den in dem folgenden Hauptstücke enthaltenen Vorschriften zu sorgen.

§. 106.

Ein minderjähriger oder pflegebefohle-

Der Ehegatte kann zwar für sich selbst in die Scheidung einwilligen; aber zu dem Uebereinkommen in Absicht auf das Vermögen der Ehegatten und den Unterhalt, so wie auch in Rücksicht auf die Versorgung der Kinder, ist die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters und des vormundschaftlichen Gerichtes nothwendig.

§. 107.

Will ein Theil in die Scheidung nicht einwilligen, und hat der andere Theil rechtmäßige Gründe, auf dieselbe zu dringen; so müssen auch in diesem Falle die gültlichen Vorstellungen des Pfarrers voraus gehen. Sind hefruchtlos, oder weigert sich der beschuldigte Theil bey dem Pfarrer zu erscheinen, dann ist das Begehren mit des Pfarrers Zeugnis und den nöthigen Beweisen bey dem ordentlichen Gerichte einzureichen, welches die Sache von Amts wegen zu untersuchen und darüber zu erkennen hat. Der Richter kann dem gefährdeten Theile auch noch vor der Entscheidung einen abgesonderten anständigen Wohnort bewilligen.

ohne Einsverständnis.

§. 108.

Streitigkeiten, welche bey einer ohne

trauten Zeugen erklärt, und die feyerliche Handlung in dem Brautungsbuche angemerkt werden. Ist diese Vorschrift beobachtet worden, so ist eine solche Ehe so zu betrachten, als wäre sie ursprünglich gültig geschlossen worden.

## §. 89.

Wirkung  
der gültigen  
Ehe.  
Rechte und  
Verbindlich-  
keiten der  
Ehegatten;

Die Rechte und Verbindlichkeiten der Ehegatten entstehen aus dem Zwecke ihrer Vereinigung, aus dem Gesetze und den geschlossenen Verabredungen. Hier werden nur die Personen-Rechte der Ehegatten; hingegen die aus den Ehe-Pacten entspringenden Sachenrechte in dem zweyten Theile bestimmt.

## §. 90.

gemein-  
schaftliche;

Vor Allem haben beyde Theile eine gleiche Verbindlichkeit zur ehelichen Pflicht, Treue und anständigen Begegnung.

## §. 91.

besonders  
des Mann-  
nes;

Der Mann ist das Haupt der Familie. In dieser Eigenschaft steht ihm vorzüglich das Recht zu, das Hauswesen zu leiten; es liegt ihm aber auch die Verbindlichkeit ob, der Ehegattin nach seinem Vermögen den anständigen Unterhalt zu verschaffen, und sie in allen Vorfällen zu vertreten.



§. 92.

Die Gattinn erhält den Rahmen des Mannes, und genießt die Rechte seines Standes. Sie ist verbunden, dem Manne in seinen Wohnstz zu folgen, in der Haushaltung und Erwerbung nach Kräften beizustehen, und so weit es die häusliche Ordnung erfordert, die von ihm getroffenen Maßregeln sowohl selbst zu befolgen, als befolgen zu machen.

der Ehe-  
gattinn.

§. 93.

Den Ehegatten ist keineswegs gestattet, die eheliche Verbindung, ob sie gleich unter sich darüber einig wären, eigenmächtig aufzuheben; sie mögen nun die Ungültigkeit der Ehe behaupten, oder die Trennung der Ehe, oder auch nur eine Scheidung von Tisch und Bett vornehmen wollen.

Aufhebung  
der ehelichen  
Gemein-  
schaft.

§. 94.

Die Ungültigkeit einer Ehe, welcher eines der in den §§. 56, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 75 und 119 angeführten Hindernisse im Wege steht, ist von Amts wegen zu untersuchen. In allen übrigen Fällen muß das Ansuchen derjenigen, welche durch die mit einem Hindernisse geschlos-

1. Scheinba-  
re durch Er-  
klärung der  
ursprüngli-  
chen Ungül-  
tigkeit.  
Art der Ein-  
leitung,

sene Ehe in ihren Rechten gekränkt worden sind, abgewartet werden.

§. 95.

Der Ehegatte, welcher den unterlaufenen Irrthum in der Person, oder die Furcht, in welche der andere Theil gesetzt worden ist, gewußt; ferner, der Gatte, welcher den Umstand, daß er nach den §§. 49, 50, 51, 52, und 54 für sich allein keine gültige Ehe schließen kann, verschwiegen, oder die ihm erforderliche Einwilligung fälschlich vorgewendet hat, kann aus seiner eigenen widerrechtlichen Handlung die Gültigkeit der Ehe nicht bestreiten.

§. 96.

Ueberhaupt hat nur der schulbloße Theil das Recht, zu verlangen, daß der Ehevertrag ungültig erklärt werde; er verliert aber dieses Recht, wenn er nach erlangter Kenntniß des Hindernisses die Ehe fortgesetzt hat. Eine von einem Minderjährigen oder Pflegebefohlenen eigenmächtig geschlossene Ehe kann von dem Vater oder der Vormundschaft nur in so lange, als die väterliche Gewalt oder Vormundschaft dauert, bestritten werden.

§. 97.

Die Verhandlung über die Ungültigkeit einer Ehe steht nur dem Landrechte des Bezirkes zu, worin die Ehegatten ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Von dem Landrechte ist das Fiscal-Amt, oder ein anderer verständiger und rechtschaffener Mann zur Erforschung der Umstände und zur Vertheidigung der Ehe zu bestellen, um die wahre Beschaffenheit der Sache selbst dann, wenn auf Begehren einer Parthey die Verhandlung vorgenommen wird, von Amts wegen zu erheben.

und der Verhandlung;

§. 98.

Wenn das Hinderniß gehoben werden kann, soll das Landrecht trachten, durch die hierzu nothwendige Einleitung und das Einverständniß der Partheyen es zu bewirken; wenn aber dieses nicht möglich ist, so soll das Landrecht über die Gültigkeit der Ehe erkennen.

§. 99.

Die Vermuthung ist immer für die Gültigkeit der Ehe. Das angeführte Ehehinderniß muß also vollständig bewiesen wer-

den, und weder das übereinstimmende Geständniß beyder Ehegatten hat hier die Kraft eines Beweises, noch kann darüber einem Theile der Ehegatten Statt gegeben werden.

## §. 100.

insbeson-  
dere wegen  
Unvermö-  
gens.

Insondere ist in dem Falle, daß ein vorher gegangenes und immerwährendes Unvermögen, die eheliche Pflicht zu leisten, behauptet wird, der Beweis durch Sachverständige, nämlich, durch erfahrene Aerzte und Wundärzte, und nach Umständen auch durch Hebammen, zu führen.

## §. 101.

Läßt sich mit Zuverlässigkeit nicht bestimmen, ob das Unvermögen einimmerwährendes oder bloß zeitliches sey, so sind die Ehegatten noch durch Ein Jahr zusammenzuwohnen verbunden, und hat das Unvermögen diese Zeit hindurch angehalten, so ist die Ehe für ungültig zu erklären.

## §. 102.

Zeigt sich aus der Verhandlung des Streitess über die Gültigkeit der Ehe, daß einem Theile, oder daß beyden Theilen das

Ehehinderniß vorher bekannt war, und daß sie es vorsätzlich verschwiegen haben; so sind die Schuldigen mit der in dem Strafgesetze über schwere Polizey-Übertretungen bestimmten Strafe zu belegen. Ist ein Theil schuldlos, so bleibt es ihm beigelegt, Entschädigung zu fordern. Sind endlich in einer solchen Ehe Kinder erzeugt worden, so muß für dieselben nach jenen Grundsätzen gesorgt werden, welche in dem Hauptstücke von den Pflichten der Eltern festgesetzt sind.

§. 103.

Die Scheidung von Tisch und Bett muß den Ehegatten, wenn sich beyde dazu verstehen, und über die Bedingungen einig sind, von dem Gerichte unter der nachfolgenden Verpflichtung gestattet werden.

11. Wirkliche Aufhebung:  
a) zeitliche Scheidung, mit Einverständniß;

§. 104.

Den Ehegatten liegt zuerst ob, ihren Entschluß zur Scheidung sammt den Wegangsgründen ihrem Pfarrer zu eröffnen. Des Pfarrers Pflicht ist, die Ehegatten an das wechselseitig bey der Eranung gemachte feyerliche Versprechen zu erinnern, und ihnen die nachtheiligen Folgen

der Scheidung mit Nachdruck an das Herz zu legen. Diese Vorstellungen müssen zu drey verschiedenen Mahlen wiederholt werden. Sind sie ohne Wirkung, so muß der Pfarrer den Parteyen ein schriftliches Zeugniß ausstellen, daß sie, der drey Mahl geschehenen Vorstellungen ungeachtet, bey dem Verlangen, sich zu scheiden, verharren.

## §. 105.

Beide Ehegatten haben mit Beylegung dieses Zeugnisses das Scheidungsgesuch bey ihrem ordentlichen Gerichte anzubringen. Das Gericht soll sie persönlich vorrufen, und, wenn sie vor demselben bekräftigen, daß sie über ihre Scheidung sowohl als über die Bedingungen in Absicht auf Vermögen und Unterhalt mit einander verstanden sind, ohne weitere Erforschung die verlangte Scheidung bewilligen und dieselbe bey den Gerichts-Acten vormerken. Sind Kinder vorhanden, so ist das Gericht verbunden, für dieselben nach den in dem folgenden Hauptstücke enthaltenen Vorschriften zu sorgen.

## §. 106.

Ein minderjähriger oder pflegebefohle-

Der Ehegatte kann zwar für sich selbst in die Scheidung einwilligen; aber zu dem Uebereinkommen in Absicht auf das Vermögen der Ehegatten und den Unterhalt, so wie auch in Rücksicht auf die Versorgung der Kinder, ist die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters und des vormundschastlichen Gerichtes nothwendig.

§. 107.

Will ein Theil in die Scheidung nicht einwilligen, und hat der andere Theil rechtmäßige Gründe, auf dieselbe zu dringen; so müssen auch in diesem Falle die gütlichen Vorstellungen des Pfarrers voraus gehen. Sind sie fruchtlos, oder weigert sich der beschuldigte Theil bey dem Pfarrer zu erscheinen, dann ist das Begehren mit des Pfarrers Zeugniß und den nöthigen Beweisen bey dem ordentlichen Gerichte einzureichen, welches die Sache von Amts wegen zu untersuchen und darüber zu erkennen hat. Der Richter kann dem gefährdeten Theile auch noch vor der Entscheidung einen abgesonderten anständigen Wohnort bewilligen.

ohne Einsverständnis.

§. 108.

Streitigkeiten, welche bey einer ohne

Einwilligung des andern Ehegatten ange-  
suchten Scheidung über die Absonderung des  
Vermögens oder die Versorgung der Kinder  
entstehen, sind nach der nämlichen Vor-  
schrift zu behandeln, welche unten im §. 117  
in Rücksicht auf die Trennung der Ehe, er-  
theilet wird.

## §. 109.

Wichtige Gründe, aus denen auf die  
Scheidung erkannt werden kann, sind: Wenn  
der Beklagte eines Ehebruchs oder eines  
Verbrechens schuldig erklärt worden ist; wenn  
er den klagenden Ehegatten boshaft verlassen  
oder einen unordentlichen Lebenswandel ge-  
führt hat, wodurch ein beträchtlicher Theil  
des Vermögens des klagenden Ehegatten oder  
die guten Sitten der Familie in Gefahr gesetzt  
werden; ferner dem Leben oder der Gesund-  
heit gefährliche Nachstellungen; schwere Miß-  
handlungen, oder, nach dem Verhältnisse der  
Personen, sehr empfindliche, wiederholte  
Kränkungen; anhaltende, mit Gefahr der  
Ansteckung verbundene Leibesgebrechen.

## §. 110.

Art der Wie-  
dervereini-  
gung.

Geschiedenen Ehegatten steht es frey,  
sich wieder zu vereinigen; doch muß die



Bereinigung bey dem ordentlichen Gerichte angezeigt werden: Wollen die Ehegatten nach einer solchen Bereinigung wieder geschieden werden; so haben sie eben das zu beobachten, was in Rücksicht der ersten Scheidung vorgeschrieben ist.

§. 111.

Das Band einer gültigen Ehe kann zwischen katholischen Personen nur durch den Tod des einen Ehegatten getrennt werden. Eben so unauflöslich ist das Band der Ehe, wenn auch nur Ein Theil schon zur Zeit der geschlossenen Ehe der katholischen Religion zugethan war.

b) Sängliche Trennung; bey Katholiken durch den Tod,

§. 112.

Der bloße Verlauf der in dem §. 24 zur Todeserklärung bestimmten Zeit, binnen welcher ein Ehegatte abwesend ist, gibt zwar dem anderen Theile noch kein Recht, die Ehe für aufgelöst zu halten, und zu einer andern Ehe zu schreiten; Wenn aber diese Abwesenheit mit solchen Umständen begleitet ist, welche keinen Grund zu zweifeln übrig lassen, daß der Abwesende verstorben sey, so kann bey dem Landrechte des Bezirkes, wo der zurück gelassene Ehegatte seinen

und die Todeserklärung;

Hoffung hat, die gerichtliche Erklärung, daß der Abwesende für todt zu halten und die Ehe getrennt sey, angesuchet werden.

§. 113.

Nach diesem Gesuche wird ein Surator zur Erforschung des Abwesenden aufgestellt, und der Abwesende durch ein auf ein ganzes Jahr gestelltes, und drey Mal den öffentlichen, nach Umständen auch den ausländischen Zeitungsblättern einzurückendes Edict mit dem Befehle vorgeladen, daß das Gericht, wenn er während dieser Zeit nicht erscheint, oder dasselbe auf andere Art in die Kenntniß seines Lebens setzt, zur Todeserklärung schreiten werde.

§. 114.

Ist dieser Zeitraum fruchtlos verstrichen, so ist auf wiederholtes Ansuchen des verlassenen Ehegatten das Fiscal-Amt oder ein anderer rechtsschaffener und sachverständiger Mann zur Vertheidigung des Ehebandes zu bestellen, und nach gepflogener Verhandlung zu erkennen, ob das Gesuch zu verwilligen sey oder nicht. Die Bewilligung ist der Partey nicht sogleich kund zu machen, sondern durch das Obergericht zur höchsten Schlußfassung vorzulegen.

§. 115.

Nicht Katholischen christlichen Religions-Verwandten gestattet das Gesetz, nach ihren Religions-Begriffen aus erheblichen Gründen, die Trennung der Ehe zu fordern. Solche Gründe sind: Wenn der Ehegatte sich eines Ehebruches oder eines Verbrechens, welches die Verurtheilung zu einer wenigstens fünfjährigen Kerkerstrafe nach sich gezogen, schuldig gemacht; wenn ein Ehegatte den anderen haschaft verlassen hat, und, falls sein Aufenthaltsort unbekannt ist, auf öffentliche gerichtliche Vorladung innerhalb eines Jahres nicht erschienen ist; dem Leben oder der Gesundheit gefährliche Nachstellungen; wiederholte schwere Misshandlungen; eine unabwendliche Abneigung, welcher wegen beide Ehegatten die Auflösung der Ehe verlangen; doch muß in dem letzten Falle die Trennung der Ehe nicht sogleich veranlaßt, sondern erst eine Scheidung von Tisch und Bett, und zwar nach Beschaffenheit der Umstände auch zu wiederholten Mahlen versucht werden. Uebrigens ist in allen diesen Fällen nach eben den Vorschriften zu handeln, welche

bei anderen christlichen Religions-Verwandten.

für die Untersuchung und Beurtheilung einer ungültigen Ehe gegeben find.

§. 116.

Das Gesetz gestattet dem nicht katholischen Ehegatten aus den angeführten Gründen die Trennung zu verlangen, obschon der andere Theil zur katholischen Religion übergetreten ist.

§. 117.

Anseinau-  
bersehung  
des Vermö-  
gens.

Wenn sich bey einer Trennung der Ehe Streitigkeiten äußern, welche sich auf einen weiter geschlossenen Vertrag, auf die Absonderung des Vermögens, auf den Unterhalt der Kinder, oder auf andere Forderungen und Gegenforderungen beziehen; soll der ordentliche Richter allezeit vorläufig einen Versuch machen, diese Streitigkeiten durch Vergleich beizulegen. Sind aber die Parteien zu einem Vergleiche nicht zu bewegen; so hat er sie auf ein ordentliches Verfahren anzuweisen, worüber nach dem in dem Hauptstücke von den Ehe-Pacten enthaltenen Vorschriften zu entscheiden, inzwischen aber der Ehegatten und den Kindern der anständige Unterhalt auszumessen ist.

§. 118.

Wenn die getrennten Ehegatten sich wieder vereinigen wollen, so muß die Vereinigung als eine neue Ehe betrachtet und mit allen zur Schließung eines Ehevertrages nach dem Gesetze erforderlichen Feierlichkeiten eingegangen werden.

Art der  
Wiederver-  
einigung.

§. 119.

Den Getrennten wird zwar überhaupt gestattet, sich wieder zu verheirathen; doch kann mit denjenigen, welche vermöge der bey der Trennung vorgelegenen Beweise durch Ehebruch, durch Verhehungen, oder auf eine andere sträfliche Art die vorgegangene Trennung veranlaßt haben, keine gültige Ehe geschlossen werden.

Beschrän-  
kung und  
Vorurtheil  
in Rücksicht  
der Wieder-  
verheirathung.

§. 120.

Wenn eine Ehe für ungültig erklärt, getrennt, oder durch des Mannes Tod aufgelöst wird; so kann die Frau, wenn sie schwanger ist, nicht vor ihrer Entbindung, und, wenn über ihre Schwangerschaft ein Zweifel entsteht, nicht vor Verlauf des sechsten Monathes, zu einer neuen Ehe schreiten; wenn aber nach den Umständen oder nach dem Zeugnisse der Sachverständigen

digen eine Schwangerschaft nicht wahrscheinlich ist; so kann nach Ablauf dreier Monate in der Hauptstadt von der Landesstelle, und auf dem Lande von dem Kreisamts die Dispensation ertheilet werden.

§. 121.

Die Uebertretung dieses Gesetzes (§. 120) zieht zwar nicht die Ungültigkeit der Ehe nach sich; allein die Frau verliert die ihr von dem vorigen Manne durch Ehe-Pacten, Erbvertrag, letzten Willen, oder durch das Uebereinkommen bey der Trennung zugewendeten Vortheile; der Mann aber, mit dem sie die zweyte Ehe schließt, verliert das ihm außer diesem Falle durch den §. 58 zukommende Recht, die Ehe für ungültig erklären zu lassen, und beyde Ehegatten sind mit einer den Umständen angemessenen Strafe zu belegen. Wird in einer solchen Ehe ein Kind geboren, und es ist wenigstens zweifelhaft, ob es nicht von dem vorigen Manne gezeugt worden sey; so ist demselben ein Curator zur Vertretung seiner Rechte zu bestellen.

§. 122.

Wenn eine Ehe für ungültig erkannt, oder für getrennt erklärt wird; so soll dieser Erfolg in dem Trauungsbuche an der Stelle, wo die Trauung eingetragen ist, angemerkt, und zu dem Ende von dem Gerichte, wo die Verhandlung über die Ungültigkeit oder Trennung vor sich gegangen ist, die Erinnerung an die Behörde, welche für die Richtigkeit des Trauungsbuches zu sorgen hat, erlassen werden.

§. 123.

Bei der Judenschaft haben mit Rücksicht auf ihr Religions-Verhältniß nachstehende Abweichungen von dem in diesem Hauptstücke allgemein bestehenden Eherechte Statt.

Ausnahmen der Judenschaft:

§. 124.

Zur Schließung einer gültigen Ehe müssen die Verlobten die Bewilligung von dem Kreisamte bewirken, in dessen Bezirke sich die Hauptgemeinde befindet, welcher ein und der andere Theil einverleibt ist.

in Rücksicht der Ehehindernisse;

§. 125.

Das Ehehinderniß der Verwandtschaft

erstreckt sich unter Seitenverwandten bey der Judenschaft nicht weiter, als auf die Ehe zwischen Bruder und Schwester, dann zwischen der Schwester und einem Sohne oder Enkel ihres Bruders oder ihrer Schwester; das Ehehinderniß der Schwägerschaft aber wird auf nachstehende Personen beschränket: Nach aufgelöster Ehe ist der Mann nicht befugt, eine Verwandte seines Weibes in auf- und absteigender Linie, noch auch seines Weibes Schwester; und das Weib ist nicht befugt, einen Verwandten ihres Mannes in auf- und absteigender Linie, noch auch ihres Mannes Bruder, noch einen Sohn oder Enkel von ihres Mannes Bruder oder Schwester zu ehelichen.

## §. 126.

b) der Verkündigung

Die Verkündigung der Judenehen muß in der Synagoge oder in dem gemeinschaftlichen Bethhause; wo aber kein solches besteht, von der Ortsobrigkeit an die Haupt- und besondere Gemeinde, welcher ein und der andere verlobte Theil einverleibt ist, an drey nach einander folgenden Sabbath- oder Feiertagen mit Beobachtung der



in den §§. 70—73 erteilten Vorschriften geschehen. Die Rücksicht von den Verständigungen ist nach den Vorschriften der §§. 83—88 zu erlangen.

§. 127.

Die Trauung muß von dem Rabbiner oder Religions-Lehrer (Religions-Beiser) der Hauptgemeinde des einen oder anderen verlobten Eheles, nachdem sie sich mit den erforderlichen Zeugnissen ausgewiesen haben, in Gegenwart zweier Zeugen vollzogen werden. Der Rabbiner oder Religions-Lehrer kann auch den Rabbiner oder Religions-Lehrer einer anderen Gemeinde zur Trauung bestellen.

c) d.  
Trauung;

§. 128.

Die vollzogene Trauungshandlung hat der ordentliche Rabbiner oder Religions-Lehrer in der Landessprache in das Trauungsbuch auf die in den §§. 80—82 vorgeschriebene Weise einzutragen, die von den Verlobten beigebrachten notwendigen Zeugnisse mit der Reihenzahl, unter welcher die Getrauten dem Trauungsbuche einverleibt worden sind, zu bezeichnen, und dem Trauungsbuche anzuhängen.

## §. 129.

Eine Judenehe, welche ohne Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften geschlossen wird, ist ungültig.

## §. 130.

Verlobte, oder Rabbiner und Religions-Lehrer, welche den erwähnten Vorschriften zuwider handeln, dann diejenigen, welche ohne die ordentliche Bestellung eine Trauung vornehmen, werden nach dem §. 252 des zweyten Theiles des Strafgesetzes bestraft.

## §. 131.

Die Rabbiner oder Religions-Lehrer, welcher die Trauungsbücher nicht nach der Vorschrift des Gesetzes führen, sind mit einer angemessenen Geld- oder Leibesstrafe zu belegen, von ihrem Amte zu entfernen, und für immer als Unfähig zu demselben zu erklären.

## §. 132.

a) der Scheidung.

Bei der Scheidung von Eisch und Bett gelten auch in Rücksicht der jüdischen Ehegatten die allgemeinen Vorschriften; sie haben sich daher gleichfalls an den Rabbiner oder Religions-Lehrer zu wenden, und

dieser die oben ertheilte Anordnung zu beobachten (§. 104—110).

§. 133.

Eine gültig geschlossene Ehe der <sup>a) der Trennung;</sup> Frauen kann mit ihrer wechselseitigen freien Einwilligung vermittelt eines von dem Manne der Frau gegebenen Scheidebriefes getrennet werden; jedoch müssen sich die Ehegatten zuerst ihrer Trennung wegen bey ihrem Rabbiner oder Religionslehrer melden, welcher die nachdrücklichsten Vorstellungen zur Wiedervereinigung zu versuchen, und nur dann, wenn der Versuch fruchtlos ist, ihnen ein schriftliches Zeugniß auszustellen hat, daß er die ihm auferlegte Pflicht erfüllet, ungeachtet aller seiner Bemühungen aber die Parteyen von dem Entschlusse abzubringen nicht vermocht habe.

§. 134.

Mit diesem Zeugnisse müssen beyde Ehegatten vor dem Landrechte des Bezirkes, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, erscheinen. Findet diese Behörde aus den Umständen, daß zu der Wiedervereinigung noch einige Hoffnung vorhanden ist; so

soll sie die Ehescheidung nicht sogleich bewilligen, sondern die Ehegatten auf ein oder zwey Monate zurück weisen. Nur wenn auch dieses fruchtlos oder gleich Anfangs keine Hoffnung zur Wiedervereinigung wäre, soll das Landrecht gestatten, daß der Mann den Scheidebrief der Frau übergebe, und wenn sich beyde Theile nochmahls vor Gericht erklärt haben, daß sie den Scheidebrief mit freyer Einwilligung zu geben und zu nehmen entschlossen sind, soll der Scheidebrief für rechtsgültig gehalten und dadurch die Ehe aufgelöst werden.

§. 135.

Wenn die Ehegattinn einen Ehebruch begangen hat, und die That erwiesen wird, so stehet dem Manne das Recht zu, sie auch wider ihren Willen durch einen Scheidebrief von sich zu entlassen. Die auf die Trennung der Ehe gegen die Frau gestellte Klage aber muß bey dem Landrechte des Bezirkes, in welchem die Ehegatten ihren ordentlichen Wohnsitz haben, angebracht, und gleich einer andern Streitsache behandelt werden.

§. 136.

Durch den Uebertritt eines jüdischen Ehegatten zur christlichen Religion wird die Ehe nicht aufgelöst, sie kann aber aus den eben (§. 133—135) angeführten Ursachen aufgelöst werden.

---

## Drittes Hauptstück.

### Von den Rechten zwischen Aeltern und Kindern.

#### §. 137.

Ursprung  
des Rechts-  
verhältni-  
ses zwischen  
ehelichen  
Aeltern und  
Kindern.

Wenn aus einer Ehe Kinder geboren werden, so entsteht ein neues Rechtsverhältniß; es werden dadurch Rechte und Verbindlichkeiten zwischen den ehelichen Aeltern und Kindern gegründet.

#### §. 138.

Gesetzliche  
Bestimmung  
der ehelichen  
Geburt.

Für diejenigen Kinder, welche im fünften Monate nach geschlossener Ehe oder im zehnten Monate, entweder nach dem Tode des Mannes, oder nach gänzlicher Auflösung des ehelichen Bandes von der Gattinn geboren werden, streitet die Vermuthung der ehelichen Geburt.

#### §. 139.

Gemein-  
schaftliche  
Rechte und

Die Aeltern haben überhaupt die Verbindlichkeit, ihre ehelichen Kinder zu er-

ziehen, das ist: für ihr Leben und ihre Gesundheit zu sorgen, ihnen den anständigen Unterhalt zu verschaffen, ihre körperlichen und Geisteskräfte zu entwickeln, und durch Unterricht in der Religion und in nützlichen Kenntnissen den Grund zu ihrer künftigen Wohlfahrt zu legen.

Pflichten der Aeltern.

§. 140.

In was für einer Religion ein Kind, dessen Aeltern in dem Religions-Bekenntnisse nicht überein stimmen, zu erziehen, und in welchem Alter ein Kind zu einer andern Religion, als in der es erzogen worden ist, sich zu bekennen berechtigt sey, bestimmen die politischen Vorschriften.

§. 141.

Es ist vorzüglich die Pflicht des Vaters, so lange für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, bis sie sich selbst ernähren können. Die Pflege ihres Körpers und ihrer Gesundheit ist hauptsächlich die Mutter auf sich zu nehmen verbunden.

§. 142.

Wenn die Ehegatten geschieden oder gänzlich getrennt werden, und nicht einig sind, von welchem Theile die Erziehung

beforgt werden soll, hat das Gericht, ohne Gestattung eines Rechtsstreites, dafür zu sorgen, daß die Kinder des männlichen Geschlechtes bis zum zurück gelegten vierten; die des weiblichen bis zum zurück gelegten sechsten Jahre, von der Mutter gepflegt und erzogen werden, wenn nicht erhebliche, vorzüglich aus der Ursache der Scheidung oder Trennung hervor leuchtende Gründe eine andere Anordnung fordern. Die Kosten der Erziehung müssen von dem Vater getragen werden.

## §. 143.

Wenn der Vater mittellos ist, muß vor Allem die Mutter für den Unterhalt, und, wenn der Vater stirbt, überhaupt für die Erziehung des Kindes sorgen. Ist die Mutter auch nicht mehr vorhanden, oder ist sie mittellos, so fällt diese Sorge auf die väterlichen Großältern, und nach diesen auf die Großältern von der mütterlichen Seite.

## §. 144.

Die Aeltern haben das Recht, einverstandlich die Handlungen ihrer Kinder zu leiten; die Kinder sind ihnen Gehorsam und Gehorsam schuldig.



§. 145.

Die Väter sind berechtigt, vermisste Kinder aufzusuchen, entwichene zurück zu fordern, und flüchtige mit obrigkeitlichem Beystande zurück zu bringen; sie sind auch befugt, unsittliche, ungehorsame oder die häusliche Ordnung und Ruhe störende Kinder auf eine nicht übertriebene und ihrer Gesundheit unschädliche Art zu züchtigen.

§. 146.

Die Kinder erlangen den Rahmen ihres Vaters, sein Wapen und alle übrige nicht bloß persönliche Rechte seiner Familie und seines Standes.

§. 147.

Die Rechte, welche vorzüglich dem Vater als Haupt der Familie zustehen, machen die väterliche Gewalt aus.

Besondere Rechte des Vaters: Väterliche Gewalt.

§. 148.

Der Vater kann sein noch unmündiges Kind zu dem Stande, welchen er für dasselbe angemessen findet, erziehen; aber nach erreichter Mündigkeit kann das Kind, wenn es sein Verlangen nach einer andern, seiner Neigung und seinen Fähigkeiten mehr angemessenen Berufsart dem Vater sucht,

Folgen derselben: a) in Rücksicht der Standeswahl der Kinder;

los vorgetragen hat, sein Gesuch vor das ordentliche Gericht bringen, welches mit Rücksicht auf den Stand, auf das Vermögen und die Einwendungen des Vaters von Amts wegen darüber zu erkennen hat.

## §. 149.

b) des Vermögens;

Alles, was die Kinder auf was immer für eine gesetzmäßige Art erwerben, ist ihr Eigenthum; so lange sie aber unter der väterlichen Gewalt stehen, kommt dem Vater die Verwaltung zu. Nur wenn der Vater zur Verwaltung unfähig, oder von denjenigen, die seinen Kindern das Vermögen zugewendet haben, von derselben ausgeschlossen worden ist, ernennt das Gericht einen anderen Verwalter.

## §. 150.

Von den Einkünften des Vermögens sind, so weit sie reichen, die Erziehungskosten zu bestreiten. Ergibt sich dabey ein Ueberschuß, so muß er angelegt, und darüber jährlich Rechnung gelegt werden. Nur dann, wenn dieser Ueberschuß gering wäre, kann der Vater von Legung einer Rechnung frey gesprochen, und ihm derselbe zur freywilligen Verwendung überlassen wer-

Von den Rechten zwischen Ältern u. Kindern. 59  
den. Wird dem Vater von demjenigen, dem  
das Kind das Vermögen zu verdanken hat;  
die Fruchtnießung verwilliget; so haften die  
Einkünfte doch immer für den standesmäßi-  
gen Unterhalt des Kindes, und sie können  
zum Abbruche desselben von den Gläubigern  
des Vaters nicht in Beschlag genommen  
werden.

§. 151.

Ueber das, was ein obgleich minder-  
jähriges, jedoch außer der Verpflegung der  
Ältern stehendes Kind durch seinen Fleiß  
erwirbt, so wie auch über Sachen, die ei-  
nem Kinde nach erreichter Mündigkeit zum  
Gebrauche übergeben worden sind, kann es  
frey verfügen.

§. 152.

Die unter der väterlichen Gewalt ste-  
henden Kinder können ohne ausdrückliche  
oder doch stillschweigende Einwilligung des  
Vaters keine gültige Verpflichtung einge-  
hen. Auf solche Verpflichtungen ist über-  
haupt dasjenige anzuwenden, was in dem  
nächsten Hauptstücke über die verbindlichen  
Handlungen der unter der Vormundschaft  
stehenden Minderjährigen bestimmt wird.

c) der Ver-  
pflichtung  
der Kinder.

Dem Vater kommt auch die Verbindlichkeit zu, seine minderjährigen Kinder zu vertreten.

## §. 153.

Die Vorschriften, welche zur gültigen Ehe einer minderjährigen Person beobachtet werden müssen, sind in dem vorher gehenden Hauptstücke enthalten (§. 49 u. f.)

## §. 154.

Der auf die Erziehung der Kinder gemachte Aufwand gibt den Aeltern keinen Anspruch auf das von den Kindern nachher erworbene Vermögen. Versallen aber die Aeltern in Dürftigkeit, so sind ihre Kinder sie anständig zu erhalten verbunden.

## §. 155.

Rechtsver-  
hältnis zwi-  
schen unehelichen Kin-  
dern.  
Nähere Be-  
stimmung  
des Begriffes  
von unehelichen Kin-  
dern.

Die unehelichen Kinder genießen nicht gleiche Rechte mit den ehelichen. Die rechtliche Vermuthung der unehelichen Geburt hat bey denjenigen Kindern Statt, welche zwar von einer Ehegattin, jedoch vor oder nach dem oben (§. 138) mit Rücksicht auf die eingegangene oder aufgelöste Ehe bestimmten gesetzlichen Zeitraume geboren worden sind.

§. 156.

Diese rechtliche Vermuthung tritt aber  
bey einer früheren Geburt erst dann ein,  
wenn der Mann, dem vor der Verheili-  
chung die Schwangerschaft nicht bekannt  
war, längstens binnen drey Monaten nach  
erhaltener Nachricht von der Geburt des  
Kindes die Vaterschaft gerichtlich wider-  
spricht.

§. 157.

Die von dem Manne innerhalb dieses  
Zeitraumes rechtlich widersprochene Recht-  
mässigkeit einer früheren oder späteren Ge-  
burt kann nur durch Kunstverständige, welche  
nach genauer Untersuchung der Beschaffen-  
heit des Kindes und der Mutter die Ursache  
des außerordentlichen Falles deutlich ange-  
ben, bewiesen werden.

§. 158.

Wenn ein Mann behauptet, daß ein  
von seiner Gattinn innerhalb des gesetzlichen  
Zeitraumes gebornes Kind nicht das sei-  
nige sey; so muß er die eheliche Geburt des  
Kindes längstens binnen drey Monaten  
nach erhaltener Nachricht bestritten, und ge-  
gen den zur Vertheidigung der ehelichen

Geburt aufzustellenden Curator die Unmöglichkeit der von ihm erfolgten Zeugung beweisen. Weder ein von der Mutter begangener Ehebruch, noch ihre Behauptung, daß ihr Kind unehelich sey, können für sich allein demselben die Rechte der ehelichen Geburt entziehen.

## §. 159.

Stirbt der Mann vor dem ihm zur Bestreitung der ehelichen Geburt verwilligten Zeitraume; so können auch die Erben, denen ein Abbruch an ihren Rechten geschähe, innerhalb drey Monathen nach dem Tode des Mannes aus dem angeführten Grunde die eheliche Geburt eines solchen Kindes bestreiten.

## §. 160.

Legitimation der unehelichen Kinder:

a) durch Hebung des Ehehindernisses oder schuldlose Unwissenheit der Ehegatten;

Kinder, die zwar aus einer ungültigen, aber aus keiner solchen Ehe erzeugt worden sind, der die in den §§. 62—64 angeführten Hindernisse entgegen stehen, sind als eheliche anzusehen, wenn das Ehehinderniß in der Folge gehoben worden ist, oder wenn wenigstens Einem ihrer Aeltern die schuldlose Unwissenheit des Ehehindernisses zu Statten kommt; doch bleiben in

dem letzteren Falle solche Kinder von Erlangung desjenigen Vermögens ausgeschlossen, welches durch Familien-Anordnungen der ehelichen Abstammung besonders vorbehalten ist.

§. 161.

Kinder, welche außer der Ehe geboren und durch die nachher erfolgte Verehelichung ihrer Aeltern in die Familie eingetreten sind, werden, so wie ihre Nachkommenschaft, unter die ehelich erzeugten gerechnet; nur können sie den in einer inzwischen bestandenen Ehe erzeugten ehelichen Kindern die Eigenschaft der Erstgeburt und andere bereits erworbene Rechte nicht streitig machen.

(b) durch die nachfolgende Ehe;

§. 162.

Die uneheliche Geburt kann einem Kin-  
de an seiner bürgerlichen Achtung und an  
seinem Fortkommen keinen Abbruch thun.  
Zu diesem Ende bedarf es keiner besonderen  
Begünstigung des Landesfürsten, wodurch  
das Kind als ein eheliches erklärt wird.  
Nur die Aeltern können um solche ansuchen,  
wenn sie das Kind gleich einem ehelichen  
der Standesvorzüge oder des Rechtes an

c) durch Begünstigung des Landesfürsten.

dem frey verbliebenen Vermögen theilhaft machen wollen. In Rücksicht auf die übrigen Familien-Mitglieder hat diese Begünstigung keine Wirkung.

## §. 163.

Beweis der  
Vaterschaft  
zu einem un-  
ehelichen  
Kinde.

Wer auf eine in der Gerichtsordnung vorgeschriebene Art überwiesen wird, daß er der Mutter eines Kindes innerhalb des Zeitraumes begehört habe, von welchem bis zu ihrer Entbindung nicht weniger als sieben, nicht mehr als zehn Monate verstrichen sind; oder wer dieses auch nur außer Gericht gesteht, von dem wird vermuthet, daß er das Kind erzeugt habe.

## §. 164.

Die auf Angaben der Mutter erfolgte Einschreibung des väterlichen Namens in das Tauf- oder Geburtsbuch macht nur dann einen vollständigen Beweis, wenn die Einschreibung nach der gesetzlichen Vorschrift mit Einwilligung des Vaters geschehen, und diese Einwilligung durch das Zeugniß des Seelsorgers und des Paten mit dem Beyfalle, daß er ihnen von Person bekannt sey, bestätigt worden ist.



§. 165.

Uneheliche Kinder sind überhaupt von den Rechten der Familie und der Verwandtschaft ausgeschlossen; sie haben weder auf den Familien-Nahmen des Vaters, noch auf den Adel, das Wapen und andere Vorzüge der Aeltern Anspruch; sie führen den Geschlechtsnahmen der Mutter.

Beschaffenheit des Rechtsverhältnisses zwischen unehelichen Aeltern und Kindern.

§. 166.

Aber auch ein uneheliches Kind hat das Recht, von seinen Aeltern eine ihrem Vermögen angemessene Verpflegung, Erziehung und Versorgung zu fordern, und die Rechte der Aeltern über dasselbe erstrecken sich so weit, als es der Zweck der Erziehung erfordert. Uebrigens steht das uneheliche Kind nicht unter der eigentlichen väterlichen Gewalt seines Erzeugers, sondern wird von einem Vormunde vertreten.

§. 167.

Zur Verpflegung ist vorzüglich der Vater verbunden; wenn aber dieser nicht im Stande ist, das Kind zu verpflegen, so fällt diese Verbindlichkeit auf die Mutter.

§. 168.

So lange die Mutter ihr uneheliches

Kind, der künftigen Bestimmung gemäß, selbst erziehen will und kann, darf ihr dasselbe von dem Vater nicht entzogen werden; dessen ungeachtet muß er die Verpflegungskosten bestreiten.

## §. 169.

Läuft aber das Wohl des Kindes durch die mütterliche Erziehung Gefahr; so ist der Vater verbunden, das Kind von der Mutter zu trennen, und solches zu sich zu nehmen, oder anderswo sicher und anständig unterzubringen.

## §. 170.

Es steht den Aeltern frey, sich über den Unterhalt, die Erziehung und Versorgung des unehelichen Kindes mit einander zu vergleichen: ein solcher Vergleich kann aber dem Rechte des Kindes keinen Abbruch thun.

## §. 171.

Die Verbindlichkeit, uneheliche Kinder zu verpflegen und zu versorgen, geht, gleich einer anderen Schuld, auf die Erben der Aeltern über.

## §. 172.

Erbschaft  
der väterli-  
chen Gewalt

Die väterliche Gewalt hört mit der Großjährigkeit des Kindes sogleich auf, wo-

fern nicht aus gerechter Ursache die Fort-  
dauer derselben auf Ansuchen des Vaters  
von dem Gerichte verbilliget und öffentlich  
bekannt gemacht worden ist. über die Kin-  
der.

§. 173.

Gerechte Ursachen, die Fortdauer der väterlichen Gewalt bey Gericht anzufuchen, sind: Wenn das Kind ungeachtet der Volljährigkeit, wegen Triebes- oder Gemüths- gebrechen sich selbst zu versorgen, oder seine Angelegenheiten zu besorgen, nicht vermag; oder, wenn es sich während der Minderjährigkeit in beträchtliche Schulden verwickelt, oder solcher Vergehungen schuldig gemacht hat, wegen welcher es noch ferner unter genauer Aufsicht des Vaters gehalten werden muß.

§. 174.

Kinder können auch vor Zurücklegung des vier und zwanzigsten Jahres aus der väterlichen Gewalt treten, wenn der Vater mit Genehmhaltung des Gerichtes sie ausdrücklich entläßt, oder, wenn er einem zwanzigjährigen Sohne die Führung einer eigenen Haushaltung gestattet.

## §. 175.

Wenn eine minderjährige Tochter sich verheirathet, so kommt sie zwar in Rücksicht ihrer Person unter die Gewalt des Mannes (§. 91 und 92); in Hinsicht auf das Vermögen aber hat der Vater bis zu ihrer Majorität die Rechte und Pflichten eines Curators. Stirbt der Mann während ihrer Minderjährigkeit, so kommt sie wieder unter die väterliche Gewalt.

## §. 176.

Wenn ein Vater den Gebrauch der Vernunft verliert, wenn er als Verschwender erklärt; oder wegen eines Verbrechens auf längere Zeit als Ein Jahr zur Gefängnißstrafe verurtheilt wird; wenn er eigenmächtig auswandert; oder, wenn er über Ein Jahr abwesend ist, ohne von seinem Aufenthalte Nachricht zu geben; so kommt die väterliche Gewalt außer Wirksamkeit, und es wird ein Vormund bestellet, hören aber diese Hindernisse auf, so tritt der Vater wieder in seine Rechte ein.

## §. 177.

Väter, welche die Verpflegung und Erziehung ihrer Kinder gänzlich vernachlässi-

Von den Rechten zwischen Vätern u. Kindern. 69  
gen, verlieren die väterliche Gewalt auf  
immer.

§. 178.

Gegen den Mißbrauch der väterlichen  
Gewalt, wodurch das Kind in seinen Rech-  
ten gekränkt wird, oder gegen die Unter-  
lassung der damit verbundenen Pflichten,  
kann nicht nur das Kind selbst, sondern  
jedermann, der davon Kenntniß hat, und  
besonders die nächsten Anverwandten, den  
Besstand des Gerichtes anrufen. Das Ge-  
richt hat den Gegenstand der Beschwerde zu  
untersuchen, und die den Umständen ange-  
messenen Verfügungen zu treffen.

§. 179.

Personen, welche den ehelichen Stand  
nicht fernerlich angehebet, und keine eigenen  
ehelichen Kinder haben, können an Kindes  
Statt annehmen; die annehmende Person  
heißt Wahlvater oder Wahlmutter; die an-  
genommene heißt Wahlkind.

Dem Rechts-  
verhältnisse  
zwischen Väter-  
tern und Kin-  
dern ähnli-  
che Verbin-  
dungen:

1) Anneh-  
mung an  
Kindes  
Statt.

§. 180.

Wahlvater oder Wahlmutter müssen das  
funfzigste Jahr zurück gelegt haben, und ein  
Wahlkind muß wenigstens achtzehn Jahre  
jünger seyn als seine Wahlältern.

Erforder-  
nisse.

## §. 181.

Die Annahme an Kindes Statt kann, wenn das Kind minderjährig ist, nur mit Einwilligung des ehelichen Vaters, oder in dessen Ermangelung, nur mit Einwilligung der Mutter, des Vormundes und des Gerichtes zu Stande kommen. Auch wenn das Kind großjährig, aber sein ehelicher Vater noch am Leben ist, wird desselben Einwilligung erfordert. Gegen die ohne hinterzenden Grund versagte Einwilligung kann bey dem ordentlichen Richter Beschwerde geführt werden. Die mit der erforderlichen Einwilligung versehene Annahme an Kindes Statt ist der Landesstelle zur Bestätigung und dem Gerichtsstande der Wahlältern und des Wahlkindes zur Eintragung in die Gerichts-Acten vorzulegen.

## §. 182.

Daraus entspringende Rechte.

Eine wesentliche, rechtliche Wirkung der Annahme an Kindes Statt ist: daß die adoptirte Person den Rahmen des Wahlvaters oder den Geschlechtsnamen der Wahlmutter erhält; sie behält aber zugleich ihren vorigen Familien-Rahmen und den ihr etwa eigenen Familien-Namen. Bey.

Wünschen die Wahlältern, daß der ihnen eigene Adel und das Wapen auf das Wahlkind übergehe; so muß die Bewilligung des Landesfürsten angefordert werden.

§. 183.

Zwischen den Wahlältern und dem Wahlkinde und dessen Nachkommen finden, in so weit das Gesetz keine Ausnahme macht, gleiche Rechte, wie zwischen den ehelichen Vätern und Kindern, Statt. Der Wahlvater übernimmt die väterliche Gewalt. Auf die übrigen Mitglieder der Familie der Wahlältern hat das Verhältniß zwischen den Wahlältern und dem Wahlkinde keinen Einfluß; dagegen verliert das Wahlkind auch die Rechte seiner eigenen Familie nicht.

§. 184.

Die Rechte zwischen Wahlältern und Wahlkindern können durch Vertrag anders bestimmt werden, in so fern dadurch die im §. 182 angeführte wesentliche Wirkung der Annahme an Kindes Statt nicht abgeändert, noch dem Rechte eines Dritten zu nahe getreten wird.

## §. 185.

Erlöschung  
derselben.

Das rechtliche Verhältniß zwischen den Wahlältern und dem Wahlkinde kann, in so lange das Wahlkind minderjährig ist, nur mit Einwilligung der Vertreter des Minderjährigen und des Gerichtes aufgehoben werden. Nach Erlöschung des Rechtsverhältnisses zwischen dem Wahlvater und dem Wahlkinde kommt das minderjährige Kind wieder unter die Gewalt des ehelichen Vaters.

## §. 186.

a) Ueber-  
nahme in die  
Pflege.

Die Rechte und Verbindlichkeiten der Wahlältern und Wahlkinder lassen sich auf Kinder, die nur in Pflege genommen werden, nicht anwenden. Diese Pflege steht jedermann frey; wollen aber die Parteien hierüber einen Vertrag schließen, so muß er, in so fern die Rechte des Pflegekin- des geschmälert, oder demselben besonders Verbindlichkeiten auferlegt werden sollen, gerichtlich bestätigt werden. Auf den Er- satz der Pflegekosten haben die Pflege- ältern keinen Anspruch.



## Viertes Hauptstü.

### Von den Vormundschaften und Curatelen.

§. 187.

Personen, denen die Sorge eines Vaters nicht zu Statten kommt, und die noch minderjährig oder aus einem anderen Grunde ihre Angelegenheiten selbst zu besorgen unfähig sind, gewähren die Gesetze durch einen Vormund oder durch einen Curator besondern Schutz.

Bestimmung der Vormundschaft und Curatel.

§. 188.

Ein Vormund hat vorzüglich für die Person des Minderjährigen zu sorgen, zugleich aber dessen Vermögen zu verwalten. Ein Curator wird zur Besorgung der Angelegenheiten derjenigen gebraucht, welche dieselben aus einem anderen Grunde, als jenem der Minderjährigkeit, selbst zu besorgen unfähig sind.

Unterschied zwischen der Vormundschaft und Curatel.

## §. 189.

1. Von der  
Vormund-  
schaft.  
Veranlas-  
sung zur Be-  
stellung.

Wenn der Fall eintritt, daß einem Minderjährigen, er sey von ehelicher oder unehelicher Geburt, ein Vormund bestellet werden muß, so sind die Verwandten des Minderjährigen oder andere mit ihm in nahem Verhältnisse stehende Personen unter angemessener Ahndung verbunden, dem Gerichte, unter dessen Gerichtsbarkeit der Minderjährige steht, die Anzeige zu machen. Auch die politischen Obrigkeiten, die weltlichen und geistlichen Vorfteher der Gemeinden, müssen sorgen, daß das Gericht hiervon benachrichtiget werde.

## §. 190.

Der den  
Vormund-  
schaft be-  
stellende.

Das Gericht muß, sobald es zur Kenntniß gelangt ist, von Amts wegen die Bestellung eines tauglichen Vormundes vornehmen.

## §. 191.

Nothwen-  
dige Ent-  
schuldigung  
von einer  
Vormund-  
schaft über-  
haupt;

Untauglich zur Vormundschaft überhaupt sind diejenigen, welche wegen ihres minderjährigen Alters, wegen Verleses oder Geistesgebrehen, oder aus anderen Gründen ihren eigenen Geschäften nicht vorstehen können; die eines Verbrechens

schuldig erkannt worden sind; oder von denen eine anständige Erziehung des Waisen oder nützliche Verwaltung des Vermögens nicht zu erwarten ist. . .

§. 192.

Auch Personen weiblichen Geschlechtes, Ordensgeistlichen und Einwohnern fremder Staaten, soll in der Regel (§. 198) keine Vormundschaft aufgetragen werden. . .

§. 193.

Zu einer bestimmten Vormundschaft sind diejenigen nicht zuzulassen, welche der Vater ausdrücklich von der Vormundschaft ausgeschlossen hat, die mit den Aeltern des Minderjährigen oder mit ihm selbst bekanntlich in Feindschaft gelebt, oder die mit dem Minderjährigen entweder schon in einem Proceß verwickelt sind, oder wegen noch nicht berechtigten Forderungen in einen verwickelt werden könnten.

oder von einer bestimmten Vormundschaft.

§. 194.

Personen, die in der Provinz, zu welcher der Minderjährige der Gerichtsbarkeit nach gehört, sich entweder gar nicht aufhalten, oder doch länger als Ein Jahr von

derselben entfernt seyn müssen, sind in der Regel zur Vormundschaft nicht zu be-  
stellen.

## §. 195.

Freiwillige  
Entschuldi-  
gungsgrün-  
de.

Wider ihren Willen können zur Ueber-  
nehmung einer Vormundschaft nicht ange-  
halten werden; Weltgeistliche; wirklich die-  
nende Militär-Personen und öffentliche Be-  
amte; eben so derjenige, der sechzig Jahre  
alt ist; dem die Ob Sorge über fünf Kinder  
oder fünfzig Schillinge oder der schon Eine  
mühsame Vormundschaft oder drei kleinere  
zu befragen hat.

## §. 196.

Arten der  
Berufung  
zur Vor-  
mundschaft;  
1) testam-  
mentarische;

Vor Allen gebührt die Vormundschaft  
demjenigen, welchen der Vater dazu bern-  
sen hat, wenn demselben keines der in den  
§§. 191—194 angeführten Hindernisse im  
Wege steht.

## §. 197.

Hat eine Mutter oder eine andere Per-  
son einem Minderjährigen ein Erbschaft zu-  
gedacht, und zugleich einen Vormund er-  
nannt; so muß dieser nur in der Eigenschaft  
eines Curators für das hinterlassene Ver-  
mögen angenommen werden.

§. 198.

Wenn der Vater keinen oder einen un- <sup>2) gesetzl.</sup>  
fähigen Vormund ernannt hat; so ist die <sup>che;</sup>  
Vormundschaft vor Allen dem väterlichen  
Großvater, dann der Mutter, so fort der  
väterlichen Großmutter, endlich einem an-  
deren Verwandten, und zwar demjenigen  
anguvertrauen, welcher männlichen Ge-  
schlechtes, der nächste, oder aus mehreren  
gleich nahen der ältere ist.

§. 199.

Kann eine Vormundschaft auf die an- <sup>3) gericht-</sup>  
geführte Art nicht bestellt werden, so <sup>liche.</sup>  
hängt es von dem Gerichte ab, wen es mit  
Rücksicht auf Fähigkeit, Stand, Vermö-  
gen und Unfähigkeit zum Vormunde ern-  
nen will.

§. 200.

Jeden ernannten Vormund, ohne Unter- <sup>Form der</sup>  
schied, hat das vormundschafiliche Gericht <sup>spürlichen</sup>  
sogleich anzuweisen, daß er die Vormund- <sup>Bestellung</sup>  
schaft übernehme. Der Vormund, ob <sup>des Vor-</sup>  
gleich für seine Person unter einer anderen <sup>mundes.</sup>  
Gerichtsbarkeit steht, ist schuldig, die Vor-  
mundschaft zu übernehmen, und wird in  
Rücksicht auf alle zu diesem Amte gehörige

Angelegenheiten der vormundtschaftlichen Behörde unterworfen.

## §. 201.

Form, die  
Bestellung  
abzulehnen.

Staucht derjenige, welchen das Gericht zur Vormundtschaft berufen hat, daß er zu diesem Amte nicht geschickt sey; oder, daß ihn das Gesetz davon frey spreche, so muß er sich innerhalb vierzehn Tagen, von der Zeit des ihm bekannt gemachten gerichtlichen Auftrages, an das vormundtschaftliche Gericht, oder, wenn er demselben für seine Person nicht unterworfen ist, an seine persönliche Gerichtsstelle wenden, welche seine Gründe mit ihrem Gutachten begleiten und dem vormundtschaftlichen Gerichte zur Entscheidung vorlegen soll.

## §. 202.

Verant-  
wortlichkeit  
des Vor-  
mundes und  
des Gerichtes  
in Rück-  
sicht dieses  
Gegenstandes.

Wer seine Untauglichkeit zur Vormundschaft verhehlet, hat, so wie das Gericht, das wissentlich einen nach dem Gesetze untauglichen Vormund ernennet, allen dem Minderjährigen dadurch entstandenen Schaden und entgangenen Nutzen zu verantworten.

## §. 203.

Dieser Verantwortung setzt sich auch

Von dem Vormundschaften und Curatelen. 79  
derjenige aus, welcher ohne gegründete Ursache sich weigert, eine Vormundschaft zu übernehmen, und er soll überdies durch angemessene Zwangsmittel dazu angehalten werden.

§. 204.

Man kann das vormundtschaftliche Amt nur nach einem von dem gehörigen Gerichtsstande dazu erhaltenen Auftrage übernehmen. Wer sich eigenmächtig in eine Vormundschaft einbringt, ist verbunden, allen dem Minderjährigen dadurch erwachsenen Schaden zu ersetzen.

Antritt der  
Vormunds-  
schaft.

§. 205.

Jeder Vormund, mit Ausnahme des Großvaters, der Mutter und der Großmutter, muß mittelst Handschlages angeloben: daß er den Minderjährigen zur Rechtschaffenheit, Gottesfurcht und Tugend anführen, daß er ihn dem Stande gemäß als einen brauchbaren Bürger erziehen, vor Gericht und außer demselben vertreten, das Vermögen getreulich und emsig verwalten, und sich in Allem nach Vorschrift der Gesetze verhalten wolle.

Angelo-  
bung.

## §. 206.

Urkunde  
hierüber.

Einem auf diese Art verpflichteten Vormunde hat das Gericht eine förmliche Urkunde darüber auszufertigen, damit er in Ansehung seines Amtes beglaubiget sey, und sich in vorkommenden Fällen rechtfertigen könne. Uebernimmt ein Großvater, eine Mutter oder Großmutter eine Vormundschaft; so muß ihnen eine ähnliche Urkunde zugestellt, und derselben dasjenige, was andere Vormünder angeloben, eingeschaltet werden.

## §. 207.

Führung  
der Vor-  
mundschaft.  
Vorläufige  
gerichtliche  
Vorsicht.

Jedes vormundschafftliche Gericht ist verbunden, ein so genanntes Vormundschafft- oder Waisenbuch zu führen. In dieses Buch müssen die Vornahmen, Familiennahmen, das Alter der Minderjährigen, und Alles, was sich bey der Uebernahme, Fortdauer und Endigung der Vormundschaft Wichtiges ereignet hat, eingetragen werden.

## §. 208.

In diesem Buche soll auch auf alle Belege dergestalt hingewiesen werden, damit sowohl das Gericht selbst, als auch in der



Folge die volljährig gewordenen Waisen Alles, was ihnen zu wissen nöthig ist, in beglaubeter Form einsehen können.

§. 209.

So wie ein von dem Vater ernannter Vormund nicht nur über die Person des Minderjährigen, sondern auch über dessen Vermögen zu sorgen hat; eben so wird vermuthet, daß der Vater jemanden, den er zum Curator über das Vermögen ernannt hat, zugleich die Aufsicht über die Person habe anvertrauen wollen. Hat aber der Vater einen Vormund nicht für alle Kinder, oder einen Curator nicht für das ganze Vermögen ernannt; so liegt dem Gerichte ob, für die anderen Kinder einen Vormund, oder für den übrigen Theil des Vermögens einen Curator zu bestellen.

Vereinigung der vormundschaflichen Hauptpflichten, der Erziehung und Vermögensverwaltung in Einer Person.

§. 210.

Sind mehrere Vormünder ernannt worden, so können sie zwar das Vermögen des Minderjährigen gemeinschaftlich oder theilweise verwalten. Verwalten sie es aber gemeinschaftlich, oder theilen sie die Verwaltung ohne Genehmigung des Gerichtes unter sich: so haftet jeder Einzelne für den

## §. 185.

Erlöschung  
derselben.

Das rechtliche Verhältniß zwischen den  
Wahlältern und dem Wahlkinde kann,  
in so lange das Wahlkind minderjährig  
ist, nur mit Einwilligung der Vertreter  
des Minderjährigen und des Gerichtes auf-  
gehoben werden. Nach Erlöschung des  
Rechtsverhältnisses zwischen dem Wahl-  
vater und dem Wahlkinde kommt das  
minderjährige Kind wieder unter die Gewalt  
des ehelichen Vaters.

## §. 186.

2) Ueber-  
nahme in die  
Pflege.

Die Rechte und Verbindlichkeiten der  
Wahlältern und Wahlkinder lassen sich  
auf Kinder, die nur in Pflege genommen  
werden, nicht anwenden. Diese Pflege steht  
jedermann frey; wollen aber die Parteien  
hierüber einen Vertrag schließen, so muß  
er, in so fern die Rechte des Pflegekin-  
des geschmälert, oder demselben besondere  
Verbindlichkeiten auferlegt werden sollen,  
gerichtlich bestätigt werden. Auf den Er-  
satz der Pflegekosten haben die Pflege-  
ältern keinen Anspruch.

## Viertes Hauptstü.

### Von den Vormundschaften und Curatelen.

§. 187.

Personen, deren die Sorge eines Vaters nicht zu Statten kommt, und die noch minderjährig oder aus einem anderen Grunde ihre Angelegenheiten selbst zu besorgen unfähig sind, gewähren die Geseze durch einen Vormund oder durch einen Curator besondern Schutz.

Bestimmung der Vormundschaft und Curatel.

§. 188.

Ein Vormund hat vorzüglich für die Person des Minderjährigen zu sorgen, zugleich aber dessen Vermögen zu verwalten. Ein Curator wird zur Besorgung der Angelegenheiten derjenigen gebraucht, welche dieselben aus einem anderen Grunde, als jenem der Minderjährigkeit, selbst zu besorgen unfähig sind.

Unterschied zwischen der Vormundschaft und Curatel.

## §. 189.

1. Von der  
Vormund-  
schaft.  
Veranlas-  
sung zur Be-  
stellung.

Wenn der Fall eintritt, daß einem Min-  
derjährigen, er sey von ehelicher oder un-  
ehelicher Geburt, ein Vormund bestellt  
werden muß, so sind die Verwandten des  
Minderjährigen oder andere mit ihm in na-  
hem Verhältnisse stehende Personen unter  
angemessener Abndung verbunden, dem Ge-  
richte, unter dessen Gerichtsbarkeit der  
Minderjährige steht, die Anzeige zu ma-  
chen. Auch die politischen Obrigkeiten, die  
weltlichen und geistlichen Vorsteher der Ge-  
meinden, müssen sorgen, daß das Gericht  
hiervon benachrichtiget werde.

## §. 190.

Wer den  
Vormund  
zunächst be-  
stelle.

Das Gericht muß, sobald es zur Kennt-  
niß gelanget ist, von Amts wegen die Be-  
stellung eines tauglichen Vormundes vor-  
nehmen.

## §. 191.

Nothwen-  
dige Ent-  
schuldigung  
von einer  
Vormund-  
schaft über-  
haupt;

Untauglich zur Vormundschaft über-  
haupt sind diejenigen, welche wegen ih-  
res minderjährigen Alters, wegen Geistes-  
oder Geistesgebrehen, oder aus anderen  
Gründen ihren eigenen Geschäften nicht  
vorstehen können; die eines Verbrechens

schuldig erkannt worden sind; oder von denen eine anständige Erziehung des Waisen oder nützliche Verwaltung des Vermögens nicht zu erwarten ist. . .

§. 192.

Auch Personen weiblichen Geschlechtes, Ordensgeistlichen und Einwohnern fremder Staaten; soll in der Regel (§. 198) keine Vormundschaft aufgetragen werden. . .

§. 193.

Zu einer bestimmten Vormundschaft sind diejenigen nicht zuzulassen, welche der Vater ausdrücklich von der Vormundschaft ausgeschlossen hat, die mit den Aeltern des Minderjährigen oder mit ihm selbst bekanntlich in Fehlschaft gelebt, oder die mit dem Minderjährigen entweder schon in einem Proceß verwickelt sind; oder wegen noch nicht berichtigten Forderungen in einen verwickelt werden könnten.

oder von einer bestimmten Vormundschaft.

§. 194.

Personen, die in der Provinz, zu welcher der Minderjährige der Gerichtsbarkeit nach gehört; sich entweder gar nicht aufhalten, oder doch länger als Ein Jahr von

derselben entfernt seyn müssen, sind in der Regel zur Vormundschaft nicht zu be-  
stellen.

## §. 195.

Freiwillige  
Entschuldigungsgrün-  
de.

Wider ihren Willen können zur Ueber-  
nehmung einer Vormundschaft nicht ange-  
halten werden; Weltgeistliche; wirklich die-  
nende Militär-Personen und öffentliche Be-  
amte; eben so derjenige, der sechzig Jahre  
alt ist; dem die Ob Sorge über fünf Kinder  
oder fünfzig Schilling oder der schon Eine  
mühsame Vormundschaft oder drei kleinere  
zu befragen hat.

## §. 196.

Arten der  
Berufung  
zur Vor-  
mundschaft;  
1) testa-  
mentarische;

Vor Allen gebührt die Vormundschaft  
demjenigen, welchen der Vater dazu beru-  
fen hat, wenn demselben keines der in den  
§§. 191—194 angeführten Hindernisse im  
Wege steht.

## §. 197.

Hat eine Mutter oder eine andere Per-  
son einem Minderjährigen ein Erbtheil zu-  
gedacht, und zugleich einen Vormund er-  
nannt; so muß dieser nur in der Eigenschaft  
eines Curators für das hinterlassene Ver-  
mögen angenommen werden.

§. 198.

Wenn der Vater keinen oder einen unfähigen Vormund ernannt hat; so ist die <sup>2) gesetzliche;</sup> Vormundschaft vor Allen dem väterlichen Großvater, dann der Mutter, so fort der väterlichen Großmutter, endlich einem anderen Verwandten, und zwar demjenigen anzuvertrauen, welcher männlichen Geschlechtes, der nächste, oder aus mehreren gleich nahen der ältere ist.

§. 199.

Kann eine Vormundschaft auf die angeführte Art nicht bestellt werden, so hängt es von dem Gerichte ab, wen es mit Rücksicht auf Fähigkeit, Stand, Vermögen und Ansässigkeit zum Vormunde ernennen will. <sup>3) gerichtliche.</sup>

§. 200.

Jeden ernannten Vormund, ohne Unterschied, hat das vormundschaftliche Gericht <sup>Form der wirklichen Bestellung des Vormundes.</sup> sogleich anzuweisen, daß er die Vormundschaft übernehme. Der Vormund, ob er gleich für seine Person unter einer anderen Gerichtsbarkeit steht, ist schuldig, die Vormundschaft zu übernehmen, und wird in Rücksicht auf alle zu diesem Amte gehörige

Angelegenheiten der vormundtschaftlichen Behörde unterworfen.

## §. 201.

Form, die  
Bestellung  
abzulehnen.

Staubt derjenige, welchen das Gericht zur Vormundschaft berufen hat, daß er zu diesem Amte nicht geschickt sey; oder, daß ihn das Gesetz davon frey spreche, so muß er sich innerhalb vierzehn Tagen, von der Zeit des ihm bekannt gemachten gerichtlichen Auftrages, an das vormundtschaftliche Gericht, oder, wenn er demselben für seine Person nicht unterworfen ist, an seine persönliche Gerichtsstelle wenden, welche seine Gründe mit ihrem Gutachten begleiten und dem vormundtschaftlichen Gerichte zur Entscheidung vorlegen soll.

## §. 202.

Verant-  
wortlichkeit  
des Vor-  
mundes und  
des Gerich-  
tes in Rück-  
sicht dieses  
Gegenstan-  
des.

Wer seine Untauglichkeit zur Vormundschaft verhehlet, hat, so wie das Gericht, das wissentlich einen nach dem Gesetze untauglichen Vormund ernennet, allen dem Minderjährigen dadurch entstandenen Schaden und entgangenen Nutzen zu verantworten.

## §. 203.

Dieser Verantwortung setzt sich auch



Von dem Vormundschafter und Curatelen. 79  
derjenige aus, welcher ohne gegründete Ursache sich weigert, eine Vormundschaft zu übernehmen, und er soll überdies durch angemessene Zwangsmittel dazu angehalten werden.

§. 204.

Man kann das vormundschafftliche Amt nur nach einem von dem gehörigen Gerichtstande dazu erhaltenen Auftrage übernehmen. Wer sich eigenmächtig in eine Vormundschaft einbringt, ist verbunden, allen dem Minderjährigen dadurch erwachsenen Schaden zu ersetzen.

§. 205.

Jeder Vormund, mit Ausnahme des Großvaters, der Mutter und der Großmutter, muß mittelst Handschlages angeloben: daß er den Minderjährigen zur Rechtschaffenheit, Gottesfurcht und Tugend anführen, daß er ihn dem Stande gemäß als einen brauchbaren Bürger erziehen, vor Gericht und außer demselben vertreten, das Vermögen getreulich und emsig verwalten, und sich in Allem nach Vorschrift der Gesetze verhalten wolle.

Antritt der  
Vormund-  
schaft.

Angelo-  
bung.

## §. 206.

Urkunde  
hierüber.

Einem auf diese Art verpflichteten Vormunde hat das Gericht eine förmliche Urkunde darüber auszufertigen, damit er in Ansehung seines Amtes beglaubiget sey, und sich in vorkommenden Fällen rechtfertigen könne. Uebernimmt ein Großvater, eine Mutter oder Großmutter eine Vormundschaft; so muß ihnen eine ähnliche Urkunde zugestellt, und derselben dasjenige, was andere Vormünder angeloben, eingeschaltet werden.

## §. 207.

Führung  
der Vor-  
mundschaft.  
Vordaußge  
gerichtliche  
Vorsicht.

Jedes vormundschafftliche Gericht ist verbunden, ein so genanntes Vormundschafft- oder Waisenbuch zu führen. In dieses Buch müssen die Vornahmen, Familiennahmen, das Alter der Minderjährigen, und Alles, was sich bey der Uebernahme, Fortdauer und Endigung der Vormundschaft Wichtiges ereignet hat, eingetragen werden.

## §. 208.

In diesem Buche soll auch auf alle Belege dergestalt hingewiesen werden, damit sowohl das Gericht selbst, als auch in der

Folge die volljährig gewordenen Waisen Alles, was ihnen zu wissen nützlich ist, in beglaubeter Form einsehen können.

§. 209.

So wie ein von dem Vater ernannter Vormund nicht nur über die Person des Minderjährigen, sondern auch über dessen Vermögen zu sorgen hat; eben so wird vermurhet, daß der Vater jemanden, den er zum Curator über das Vermögen ernannt hat, zugleich die Aufsicht über die Person habe anvertrauen wollen. Hat aber der Vater einen Vormund nicht für alle Kinder, oder einen Curator nicht für das ganze Vermögen ernannt; so liegt dem Gerichte ob, für die anderen Kinder einen Vormund, oder für den übrigen Theil des Vermögens einen Curator zu bestellen.

Vereinigung der vormundschafftlichen Hauptpflichten, der Erziehung und Vermögensverwaltung in Einer Person.

§. 210.

Sind mehrere Vormünder ernannt worden, so können sie zwar das Vermögen des Minderjährigen gemeinschaftlich oder theilweise verwalten. Verwalten sie es aber gemeinschaftlich, oder theilen sie die Verwaltung ohne Genehmigung des Gerichtes unter sich: so haftet jeder Einzelne für den

ganzen dem Minderjährigen erwachsenden Schaden. Immer muß auch das Gericht veranstalten, daß die Person des Minderjährigen und die Hauptführung der Geschäfte nur von Einem besorget werde.

## §. 211.

Unterstützung einer Vormünderinn durch einen Mitvormund.

Müttern und Großmüttern, die eine Vormundschaft übernehmen, muß ein Mitvormund zugegeben werden. Bey der Wahl desselben ist vor Allem auf den erklärten Willen des Vaters, dann auf den Vorschlag der Vormünderinn, endlich auf die Verwandten des Minderjährigen Rücksicht zu nehmen.

## §. 212.

Pflichten und Rechte des Mitvormundes.

Auch der Mitvormund muß eine Beglaubigungsurkunde vom Gerichte erhalten, und angeloben, daß er das Beste des Minderjährigen befördern wolle, und er muß zu diesem Ende der Vormünderinn mit seinem Rathe beystehen. Sollte er wichtige Gehrechen wahrnehmen; so muß er sich bestreben, denselben abzuheffen, und nöthigen Falls dem vormundschaftlichen Gerichte Anzeige davon machen.

§. 213.

Eine andere wesentliche Pflicht des Mitvormundes ist, daß er bey vorkommenden Geschäften, zu deren Gültigkeit die Einwilligung des vormundschaftlichen Gerichtes nothwendig ist, das Gesuch der Vormünderin mit unterzeichne, oder seine besondere Meinung belege, so wie er auch auf Verlangen des Gerichtes über ein solches Geschäft unmittelbar sein Gutachten zu erstatten hat.

§. 214.

Ein Mitvormund, welcher diese Pflichten erfüllet hat, bleibt von aller ferneren Verantwortung frey; ist einem Mitvormunde aber zugleich die Verwaltung des Vermögens aufgetragen worden, so hat er mit dieser Verwaltung alle Pflichten eines Curators übernommen.

§. 215.

Wenn eine Vormünderin von der Vormundschaft austritt; so ist die Vormundschaft in der Regel dem gewesenen Mitvormunde aufzutragen.

§. 216.

Ein Vormund hat gleich dem Vater die Besondere  
Pflichten

Rechte des  
Vormundes;  
a) in Rück-  
sicht der Er-  
ziehung der  
Person.

Verbindlichkeit und das Recht, für die Erziehung des Minderjährigen Sorge zu tragen; doch muß er in wichtigen und bedentlichen Angelegenheiten erst die Genehmigung und die Vorschriften des vormundtschaftlichen Gerichtes einholen.

§. 217.

Entsprechende Verbindlichkeit des Pflegers befohlenen.

Der Minderjährige ist seinem Vormunde Ehrerbiethung und Folgsamkeit schuldig; er ist aber auch berechtigt, sich bey seinen nächsten Verwandten, oder bey der gerichtlichen Behörde zu beschweren, wenn der Vormund seine Macht auf was immer für eine Art mißbrauchen, oder die Pflichten der nöthigen Obforge und Pflege hintansetzen würde. Auch den Verwandten des Minderjährigen und jedem, der hiervon Kenntniß erhält, steht die Anzeige bevor. An diese Behörde hat sich auch der Vormund zu wenden, wenn er den Vergehungen des Minderjährigen durch die zur Erziehung ihm eingeräumte Gewalt Einhalt zu thun nicht vermag.

§. 218.

Vergewandtschaft die Erziehung besorgende Person.

Die Person des Waisen soll vorzüglich der Mutter selbst dann, wenn sie die Vor-

Von den Vormundschaften und Curatelen. 85.  
mundschaft nicht übernommen oder sich wieder verheirathet hat, anvertrauet werden; es wäre denn, daß das Beste des Kindes eine andere Verfügung erheischte.

§. 219.

Die Unterhaltungskosten bestimmt das vormundschaftliche Gericht, und nimmt bey der Bestimmung auf die Anordnung des Vaters, auf das Gutachten des Vormundes, auf das Vermögen, auf den Stand und auf andere Verhältnisse des Minderjährigen Rücksicht.

Bestimmung  
der Quanti-  
tät und der  
Quellen der  
Erziehungs-  
kosten.

§. 220.

Wenn die Einkünfte zur Bestreitung dieser Kosten oder zur Bestreitung eines Aufwandes, wodurch der Minderjährige in einen fortbauern den Nahrungsstand versetzt werden soll, nicht zureichen; so darf mit Genehmigung des Gerichtes auch das Hauptvermögen angegriffen werden.

§. 221.

In dem Falle, daß die Waisen ganz mittellos sind, soll das vormundschaftliche Gericht die bemittelten nächsten Verwandten zu deren Verpflegung, dafern sie nach dem §. 143 hierzu nicht ohnehin rechtlich

verbunden sind, zu bewegen suchen. Außerdem hat der Vormund auf öffentliche milde Stiftungen und bestehende Armenanstalten so lange einen gerechten Anspruch, bis der Minderjährige im Stande ist, sich durch eigene Arbeit und Verwendung selbst zu ernähren.

## §. 222.

Besondere  
Pflichten der  
Vormund-  
schaft:  
b) in Rück-  
sicht der Ver-  
mögensver-  
waltung.  
Erforschung  
und Sicher-  
stellung des  
Vermögens,

Die dem vormundschafftlichen Gerichte über das Vermögen des Waisen anvertraute Obfsorge fordert, daß es zuerst desselben Vermögen zu erforschen und es durch Sperre, durch Inventur und Schätzung sicher zu stellen suche.

## §. 223.

durch die  
Sperre und  
Inventur;

Durch die gerichtliche Sperre werden nur dann, wenn es zur Sicherstellung nothwendig ist, die Geräthschaften in Verwahrung genommen; die Inventur aber, das ist, ein genaues Verzeichniß des sämmtlichen, dem Waisen gehörigen Vermögens muß stets, selbst ohne Rücksicht auf das Verboth des Vaters oder eines anderen Erblassers, errichtet werden.

## §. 224.

dann durch  
die Schät-

Das Verzeichniß des Vermögens und



die Schätzung der beweglichen Sachen müssen ohne Zeitverlust, allenfalls auch vor Bestellung eines Vormundes, vorgenommen werden. Das Inventarium wird bey den Verlassenschafts-Acten aufbewahret und dem Vormunde eine beglaubigte Abschrift davon mitgetheilet. Die Schätzung des unbeweglichen Vermögens muß, so bald es thunlich ist, vorgenommen werden; sie kann aber auch, wenn der Werth sich aus anderen zuverlässigen Quellen darstelllet, ganz unterbleiben.

zung des Vermögens entweder mittelbar von dem vormundschaftlichen Gerichte,

§. 225.

Liegt ein unbewegliches Gut des Minderjährigen in einer anderen Provinz, oder gar in einem fremden Staate; so muß die vormundschaftliche Behörde den ordentlichen Gerichtsstand der anderen Provinz oder des fremden Staates um die Inventur und Schätzung und um die Mittheilung derselben angehen, diesem Gerichtsstande aber die Bestellung eines Curators über dieses Gut überlassen.

oder vermittelt der Real- Behörde.

§. 226.

Liegt das unbewegliche Gut in der nämlichen Provinz, aber unter einer an-

deren Behörde; so gebühren zwar dieser alle auf das Gut sich beziehende Rechte, folglich auch die Inventur und Schätzung; allein sie muß der vormundtschaftlichen Behörde auf Verlangen nicht nur eine Abschrift davon mittheilen, sondern auch dem Vormunde die freie Verwaltung des Gutes überlassen, ohne sich über seine vormundtschaftlichen Handlungen einer Art von Gerichtsbarkeit anzumessen.

## §. 227.

Wohin das  
bewegliche  
Vermögen  
gehöre.

Diejenigen Mobilien, welche sich auf einem unbeweglichen Gute befinden, um beständig auf demselben zu bleiben, sind als ein Theil dieses Gutes anzusehen; alle übrigen Mobilien, auch Schuldbriefe und selbst die auf einem unbeweglichen Gute haftenden Capitalien gehören unter die vormundtschaftliche Gerichtsbarkeit.

## §. 228.

Allgemeine  
Vorschrift in  
Rücksicht auf  
die Vermögens-  
verwaltung.

Sobald ein Vormund oder Curator das Vermögen übernimmt, hat er es mit aller Aufmerksamkeit eines redlichen und fleißigen Hausvaters zu verwalten, und für sein Verschulden zu haften.

§. 229.

Juwelen, andere Kostbarkeiten und die Schuldbriefe kommen, so wie alle wichtige Urkunden, in gerichtliche Verwahrung; von den ersteren erhält der Vormund ein Verzeichniß, von den letzteren die zu seinem Gebrauche nöthigen Abschriften.

Besondere  
Verzeichnisse  
in Rücksicht der  
unmittelbaren Vermögensverwaltung, insonderheit in Rücksicht der Kostbarkeiten;

§. 230.

Vom baren Gelde soll nur so viel in den Händen des Vormundes verbleiben, als zur Erziehung des Waisen und zum ordentlichen Betriebe der Wirthschaft nöthig ist; das Uebrige muß vorzüglich zur Tilgung der etwa vorhandenen Schulden oder zu einem anderen vortheilhaften Gebrauche verwendet, und wenn kein vortheilhafterer Gebrauch zu machen ist, auf Zinsen in öffentliche Cassen oder gegen gesetzmäßige Sicherheit auch bey Privat-Personen angelegt werden. Die Sicherheit ist aber nur dann gesetzmäßig, wenn durch die Sicherstellung mit Einrechnung der etwa vorgehenden Lasten, ein Haus nicht über die Hälfte, ein Landgut oder Grundstück aber nicht über zwey Drittheile seines wahren Werthes beschweret wird.

des baren Geldes;

## §. 231.

des übrigen  
beweglichen  
Vermögens;

Das übrige bewegliche Vermögen, welches weder zum Gebrauche des Minderjährigen, noch zum Andenken der Familie, oder nach Anordnung des Vaters, aufzubewahren ist, noch auf eine andere Art vortheilhaft verwendet werden kann, muß im Allgemeinen öffentlich feilgebothen werden. Das Hausgeräth kann man den Aeltern und den Miterben in dem gerichtlichen Schätzungspreise aus freyer Hand überlassen. Stücke, die bey der öffentlichen Versteigerung nicht veräußert worden sind, kann der Vormund mit Bewilligung des vormundtschaftlichen Gerichtes auch unter dem Schätzungspreise verkaufen.

## §. 132.

in Rücksicht  
des unbeweglichen;

Ein unbewegliches Gut kann nur im Nothfalle oder zum offenbaren Vortheile des Minderjährigen, mit Genehmhaltung des vormundtschaftlichen Gerichtes, und in der Regel nur vermittelt öffentlicher Versteigerung veräußert, aus wichtigen Gründen aber kann auch eine Veräußerung aus freyer Hand von dem Gerichte bewilliget werden.

§. 233.

Ueberhaupt kann ein Vormund in allen <sup>den vorzu-</sup> <sup>sethrenden</sup> <sup>wichtigen</sup> <sup>Veränderungen;</sup> Geschäften, welche nicht zu dem ordentlichen Wirthschaftsbetriebe gehören, und welche von größerer Wichtigkeit sind, nichts ohne gerichtliche Einwilligung vornehmen. Er kann also eigenmächtig keine Erbschaft ausschlagen oder unbedingt annehmen; keine Veräußerung der seiner Verwahrung anvertrauten Güter vornehmen; keinen Pachtvertrag abschließen; kein mit gesetzmäßiger Sicherheit anliegendes Capital aufkündigen; keine Forderung abtreten; keinen Rechtsstreit vergleichen; keine Fabrik, Handlung und Gewerbe ohne gerichtliche Genehmigung anfangen, fortsetzen oder aufheben.

§. 234.

Ein Vormund kann für sich allein kein <sup>den Einbe-</sup> <sup>haltung der Ca-</sup> Capital des Minderjährigen, wenn es zu- <sup>pitalien;</sup> rück bezahlt wird, in Empfang nehmen. Der Schuldner, dem ein solches Capital aufgekündigt wird, muß sich zu seiner Sicherheit von dem Vormunde die gerichtliche Bewilligung zur Erhebung des Capitals vorzeigen lassen, und sich nicht mit der Quittung des Vormundes allein begnügen;

ganzen dem Minderjährigen erwachsenden Schaden. Immer muß auch das Gericht veranstalten, daß die Person des Minderjährigen und die Hauptführung der Geschäfte nur von Einem besorget werde.

## §. 211.

Unterstützung einer Vormünderin durch einen Mitvormund.

Müttern und Großmüttern, die eine Vormundschaft übernehmen, muß ein Mitvormund zugegeben werden. Bey der Wahl desselben ist vor Allem auf den erklärten Willen des Vaters, dann auf den Vorschlag der Vormünderin, endlich auf die Verwandten des Minderjährigen Rücksicht zu nehmen.

## §. 212.

Pflichten und Rechte des Mitvormundes.

Auch der Mitvormund muß eine Beglaubigungsurkunde vom Gerichte erhalten, und angeloben, daß er das Beste des Minderjährigen befördern wolle, und er muß zu diesem Ende der Vormünderin mit seinem Rathe beystehen. Sollte er wichtige Gehehen wahrnehmen; so muß er sich bestreben, denselben abzuhelpen, und nöthigen Falls dem vormundschaftlichen Gerichte Anzeige davon machen.

§. 213.

Eine andere wesentliche Pflicht des Mitvormundes ist, daß er bey vorkommenden Geschäften, zu deren Gültigkeit die Einwilligung des vormundtschaftlichen Gerichtes nothwendig ist, das Gesuch der Vormünderin mit unterzeichne, oder seine besondere Meinung belege, so wie er auch auf Verlangen des Gerichtes über ein solches Geschäft unmittelbar sein Gutachten zu erstatten hat.

§. 214.

Ein Mitvormund, welcher diese Pflichten erfüllet hat, bleibt von aller ferneren Verantwortung frey; ist einem Mitvormunde aber zugleich die Verwaltung des Vermögens aufgetragen worden, so hat er mit dieser Verwaltung alle Pflichten eines Curators übernommen.

§. 215.

Wenn eine Vormünderin von der Vormundschaft austritt; so ist die Vormundschaft in der Regel dem gewesenen Mitvormunde aufzutragen.

§. 216.

Ein Vormund hat gleich dem Vater die

Besondere  
Pflichten

Rechte des  
Vormundes;

a) in Rück-  
sicht der Er-  
ziehung der  
Person.

**Verbindlichkeit und das Recht, für die Er-  
ziehung des Minderjährigen Sorge zu tra-  
gen; doch muß er in wichtigen und bedent-  
lichen Angelegenheiten erst die Genehmigung  
und die Vorschriften des vormundschafstli-  
chen Gerichtes einholen.**

### §. 217.

Entspre-  
chende Ver-  
bindlichkeit  
des Pflägers  
befohlen.

**Der Minderjährige ist seinem Vormunde  
Ehrerbiethung und Folgsamkeit schuldig;  
er ist aber auch berechtigt, sich bey seinen  
nächsten Verwandten, oder bey der ge-  
richtlichen Behörde zu beschweren, wenn  
der Vormund seine Macht auf was immer  
für eine Art mißbrauchen, oder die Pflich-  
ten der nöthigen Obforge und Pflege hin-  
tansetzen würde. Auch den Verwandten des  
Minderjährigen und jedem, der hiervon  
Kenntniß erhält, steht die Anzeige bevor.  
An diese Behörde hat sich auch der Vor-  
mund zu wenden, wenn er den Vergehun-  
gen des Minderjährigen durch die zur Er-  
ziehung ihm eingeräumte Gewalt Einhalt  
zu thun nicht vermag.**

### §. 218.

Verwandtschaft  
die Erzie-  
hung besor-  
gt.

**Die Person des Waisen soll vorzüglich  
der Mutter selbst dann, wenn sie die Vor-**



Von den Vormundschaften und Curatelen. 85  
mundschaft nicht übernommen oder sich wieder verheirathet hat, anvertrauet werden; es wäre denn, daß das Beste des Kindes eine andere Verfügung erheischte.

§. 219.

Die Unterhaltungskosten bestimmt das vormundschaftliche Gericht, und nimmt bey der Bestimmung auf die Anordnung des Vaters, auf das Gutachten des Vormundes, auf das Vermögen, auf den Stand und auf andere Verhältnisse des minderjährigen Rücksicht.

Bestimmung  
der Quantität und der  
Quellen der  
Erziehungskosten.

§. 220.

Wenn die Einkünfte zur Bestreitung dieser Kosten oder zur Bestreitung eines Aufwandes, wodurch der minderjährige in einen fortbauenden Nahrungsstand versetzt werden soll, nicht zureichen; so darf mit Genehmigung des Gerichtes auch das Hauptvermögen angegriffen werden.

§. 221.

In dem Falle, daß die Waisen ganz mittellos sind, soll das vormundschaftliche Gericht die bemittelten nächsten Verwandten zu deren Verpflegung, dafern sie nach dem §. 143 hierzu nicht ohnehin rechtlich

verbunden sind, zu bewegen suchen. Außerdem hat der Vormund auf öffentliche milde Stiftungen und bestehende Armenanstalten so lange einen gerechten Anspruch, bis der Minderjährige im Stande ist, sich durch eigene Arbeit und Verwendung selbst zu ernähren.

## §. 222.

Besondere  
Pflichten der  
Vormund-  
schaft:  
b) in Rück-  
sicht der Ver-  
mögensver-  
waltung.  
Erforschung  
und Sicher-  
stellung des  
Vermögens,

Die dem vormundtschaftlichen Gerichte über das Vermögen des Waisen anvertraute Ob Sorge fordert, daß es zuerst desselben Vermögen zu erforschen und es durch Sperre, durch Inventur und Schätzung sicher zu stellen suche.

## §. 223.

durch die  
Sperre und  
Inventur;

Durch die gerichtliche Sperre werden nur dann, wenn es zur Sicherstellung nothwendig ist, die Geräthschaften in Verwahrung genommen; die Inventur aber, das ist, ein genaues Verzeichniß des sämmtlichen, dem Waisen gehörigen Vermögens muß stets, selbst ohne Rücksicht auf das Verboth des Vaters oder eines anderen Erblassers, errichtet werden.

## §. 224.

dann durch  
die Schät-  
zung;

Das Verzeichniß des Vermögens und

die Schätzung der beweglichen Sachen müssen ohne Zeitverlust, allenfalls auch vor Bestellung eines Vormundes, vorgenommen werden. Das Inventarium wird bey den Verlassenschafts-Acten aufbewahret und dem Vormunde eine beglaubigte Abschrift davon mitgetheilet. Die Schätzung des unbeweglichen Vermögens muß, so bald es thunlich ist, vorgenommen werden; sie kann aber auch, wenn der Werth sich aus anderen zuverlässigen Quellen darstellt, ganz unterbleiben.

ung des Vermögens entweder mittelbar von dem vormundschaftlichen Gerichte,

§. 225.

Liegt ein unbewegliches Gut des Minderjährigen in einer anderen Provinz, oder gar in einem fremden Staate; so muß die vormundschaftliche Behörde den ordentlichen Gerichtsstand der anderen Provinz oder des fremden Staates um die Inventur und Schätzung und um die Mittheilung derselben angehen, diesem Gerichtsstande aber die Bestellung eines Curators über dieses Gut überlassen.

oder vermittelt der Real- Behörde.

§. 226.

Liegt das unbewegliche Gut in der nämlichen Provinz, aber unter einer an-

deren Behörde; so gebühren zwar dieser alle auf das Gut sich beziehende Rechte, folglich auch die Inventur und Schätzung; allein sie muß der vormundtschaftlichen Behörde auf Verlangen nicht nur eine Abschrift davon mittheilen, sondern auch dem Vormunde die freye Verwaltung des Gutes überlassen, ohne sich über seine vormundtschaftlichen Handlungen einer Art von Gerichtsbarkeit anzumassen.

## §. 227.

Wohin das  
bewegliche  
Vermögen  
gehöre.

Diejenigen Mobilien, welche sich auf einem unbeweglichen Gute befinden, um beständig auf demselben zu bleiben, sind als ein Theil dieses Gutes anzusehen; alle übrigen Mobilien, auch Schuldbriefe und selbst die auf einem unbeweglichen Gute haftenden Capitalien gehören unter die vormundtschaftliche Gerichtsbarkeit.

## §. 228.

Allgemeine  
Vorschrift  
Aussicht auf  
die Vermögens-  
verwaltung.

Sobald ein Vormund oder Curator das Vermögen übernimmt, hat er es mit aller Aufmerksamkeit eines redlichen und fleißigen Hausvaters zu verwalten, und für sein Verschulden zu haften.

§. 229.

Juwelen, andere Kostbarkeiten und die Schuldbriefe kommen, so wie alle wichtige Urkunden, in gerichtliche Verwahrung; von den ersteren erhält der Vormund ein Verzeichniß, von den letzteren die zu seinem Gebrauche nöthigen Abschriften.

Besondere Abschriften in Rücksicht der unmittelbaren Vermögensverwaltung, insonderheit in Rücksicht der Kostbarkeiten;

§. 230.

Vom baren Gelde soll nur so viel in den Händen des Vormundes verbleiben, als zur Erziehung des Waisen und zum ordentlichen Betriebe der Wirthschaft nöthig ist; das Uebrige muß vorzüglich zur Tilgung der etwa vorhandenen Schulden oder zu einem anderen vortheilhaften Gebrauche verwendet, und wenn kein vortheilhafterer Gebrauch zu machen ist, auf Zinsen in öffentliche Cassen oder gegen gesetzmäßige Sicherheit auch bey Privat-Personen angelegt werden. Die Sicherheit ist aber nur dann gesetzmäßig, wenn durch die Sicherstellung mit Einrechnung der etwa vorgehenden Lasten, ein Haus nicht über die Hälfte, ein Landgut oder Grundstück aber nicht über zwey Dritttheile seines wahren Werthes beschweret wird.

des baren Geldes;

## §. 231.

des übrigen  
beweglichen  
Vermögens;

Das übrige bewegliche Vermögen, welches weder zum Gebrauche des Minderjährigen, noch zum Andenken der Familie, oder nach Anordnung des Vaters, aufzubewahren ist, noch auf eine andere Art vortheilhaft verwendet werden kann, muß im Allgemeinen öffentlich feilgebothen werden. Das Hausgeräth kann man den Aeltern und den Miterben in dem gerichtlichen Schätzungspreise aus freyer Hand überlassen. Stücke, die bey der öffentlichen Versteigerung nicht veräußert worden sind, kann der Vormund mit Bewilligung des vormundtschaftlichen Gerichtes auch unter dem Schätzungspreise verkaufen.

## §. 132.

in Rücksicht  
des unbeweglichen;

Ein unbewegliches Gut kann nur im Nothfalle oder zum offenbaren Vortheile des Minderjährigen, mit Genehmigung des vormundtschaftlichen Gerichtes, und in der Regel nur mittelst öffentlicher Versteigerung veräußert, aus wichtigen Gründen aber kann auch eine Veräußerung aus freyer Hand von dem Gerichte bewilliget werden.

§. 233.

Ueberhaupt kann ein Vormund in allen den vorgen-  
lehrenden  
wichtigen  
Veränderun-  
gen; Geschäften, welche nicht zu dem ordentlichen Wirthschaftsbetriebe gehören, und welche von größerer Wichtigkeit sind, nichts ohne gerichtliche Einwilligung vornehmen. Er kann also eigenmächtig keine Erbschaft ausschlagen oder unbedingt annehmen; keine Veräußerung der seiner Verwahrung anvertrauten Güter vornehmen; keinen Pachtvertrag abschließen; kein mit gesetzmäßiger Sicherheit anliegendes Capital aufkündigen; keine Forderung abtreten; keinen Rechtsstreit vergleichen; keine Fabrik, Handlung und Gewerbe ohne gerichtliche Genehmigung anfangen, fortsetzen oder aufheben.

§. 234.

Ein Vormund kann für sich allein kein den Einbe-  
bung der Ca-  
pitallen; Capital des Minderjährigen, wenn es zurüch bezahlt wird, in Empfang nehmen. Der Schuldner, dem ein solches Capital aufgekündigt wird, muß sich zu seiner Sicherheit von dem Vormunde die gerichtliche Bewilligung zur Erhebung des Capitals vorzeigen lassen, und sich nicht mit der Quittung des Vormundes allein begnügen;

auch steht es ihm frey, die Zahlung unmittelbar an das Gericht selbst zu leisten.

§. 235.

ben weiterer  
Verwen-  
bung dersel-  
ben;

So oft der Fall eintritt, daß ein ausstehendes Capital eingehen solle, hat der Vormund für dessen vortheilhafte Verwendung die Anstalt zu treffen, und zu der wirklichen Verwendung die Genehmigung des Gerichtes einzuhohlen.

§. 236.

zur Sicher-  
stellung un-  
bedeckter  
Forderungen.

Ueber. Schuldforderungen, zu deren Beweise keine Urkunden vorhanden sind, muß der Vormund sich Urkunden verschaffen, und diejenigen, welche nicht sicher gestellt sind, so viel möglich sicher zu stellen suchen, oder zur Verfallszeit eintreten. Doch soll den Aeltern das Capital des Minderjährigen, wenn es auch nicht gesetzmäßig versichert, der Minderjährige jedoch wahrscheinlicher Weise keiner Gefahr eines Verlustes ausgesetzt ist, nicht aufgehoben werden, wosern ihnen die Zurückzahlung ohne Veräußerung ihres unbeweglichen Gutes oder Abtretung von ihrem Gewerbe schwer fallen würde.



§. 237.

Der Vormund ist bey Antretung der Caution. Vormundschaft nicht schuldig, Caution zu leisten. Er bleibt auch in der Folge von der Caution befrehet, so lange er die durch das Gesetz zur Sicherheit des Vermögens bestehenden Vorschriften genau beobachtet und zur gehörigen Zeit ordentlich Rechnung legt.

§. 238.

In der Regel ist jeder Vormund und jeder Curator verbunden, über die ihm anvertraute Verwaltung Rechnung zu legen. Von der Rechnungslegung kann zwar der Erblasser in Ansehung des von ihm freiwillig vermachten Betrages den Vormund losprechen; auch das vormundschaftliche Gericht kann dieses, wenn das Einkommen die Auslagen für den Unterhalt und die Erziehung des Minderjährigen wahrscheinlich nicht übersteiget; allein das in der Inventur aufgenommene Hauptvermögen und Capital muß ein Vormund in allen Fällen ausweisen; auch von dem Zustande seines Pflegebefohlenen, wenn darin eine wichtige Veränderung vorgeht, Bericht erstatten.

Verbind-  
lichkeit zur  
Rechnungs-  
legung.

## §. 239.

Zeit der  
Rechnungs-  
legung.

Die Rechnungen müssen mit jedem Jahre oder längstens innerhalb zwey Monaten nach dessen Verlauf mit allen erforderlichen Belegen dem vormundschaftlichen Gerichte übergeben werden. In diesen Rechnungen muß die Einnahme und Ausgabe, der Ueberschuß oder die Verminderung des Capitals genau bestimmt werden. Ist unter dem Vermögen des Minderjährigen eine Handlung begriffen, so hat sich das Gericht mit dem vorgelegten beglaubigten Rechnungsabschlusse, oder mit der sogenannten Bilanz zu begnügen und solche geheim zu halten. Gegen einen Vormund, welcher in der bestimmten Zeit die Rechnung zu legen unterläßt, müssen die den Umständen angemessenen rechtlichen Zwangsmittel angewendet werden.

## §. 240.

Ort, wo die  
Rechnung zu  
legen.

Wenn der Minderjährige in verschiedenen Provinzen unbewegliche Güter besitzt, deren Verwaltung einem Vormunde allein anvertrauet ist; so muß der Vormund für jede Provinz eine besondere Rechnung führen und der dortigen Behörde vorlegen;

allein es bleibt ihm freigestellt, zum Besten des Minderjährigen den Ueberschuß des in einer Provinz gelegenen Vermögens in einer anderen zu verwenden.

§. 241.

Das vormundschaftliche Gericht ist verbunden, die Rechnungen des Vormundes nach den besonderen Vorschriften durch Rechnungs- und Sachverständige prüfen und berichtigen zu lassen, und die Erledigung darüber dem Vormunde mitzutheilen.

Art der  
Rechnungs-  
erledigung.

§. 242.

Ist in den Rechnungen etwas vergessen worden, oder sonst was immer für ein Verstoß untergelaufen, so kann dieses weder dem Vormunde noch dem Minderjährigen zum Nachtheile gereichen.

§. 243.

Ein Minderjähriger kann weder als Kläger noch als Beklagter vor Gericht erscheinen; es muß ihn der Vormund entweder selbst vertreten, oder durch einen Andern vertreten lassen.

Besondere  
Vorschriften  
für den Vor-  
mundben der  
mittelbaren  
Vermögens-  
verwaltung.  
Insonder-  
heit bey Ver-  
tretungen.

§. 244.

Ein Minderjähriger ist zwar berechti- get, durch erlaubte Handlungen ohne Mit-

Bev Verträ-  
gen des Pfla-  
gebefohle-  
nen.

wirkung seines Vormundes etwas für sich zu erwerben; allein er kann ohne Genehmigung der Vormundschaft weder etwas von dem Seinigen veräußern, noch eine Verpflichtung auf sich nehmen.

§. 245.

Insbefondere können Kinderjährige ohne Einwilligung der Vormundschaft keine gültige Ehe eingehen (§§. 49—51).

§. 246.

In welchen Fällen der Kinderjährige ohne Einwilligung des Vormundes verbunden werde.

Hat der Kinderjährige auch ohne Einwilligung seines Vormundes sich zu Diensten verbunden, so kann ihn der Vormund ohne wichtige Ursache vor der gesetz- oder vertragsmäßigen Frist nicht zurück rufen; was er auf diese oder auf eine andere Art durch seinen Fleiß erwirbt, darüber kann er, so wie mit jenen Sachen, die ihm nach erreichter Mündigkeit zu seinem Gebrauche eingehändigt worden sind, frey verfügen und sich verpflichten.

§. 247.

Einem Kinderjährigen, der das zwanzigste Lebensjahr zurück gelegt hat, kann die Obergvormundschaft den reinen Ueberschuß

seiner Einkünfte zur eigenen freien Verwaltung überlassen; über diesen seiner Verwaltung anvertrauten Betrag ist er berechtigt, eigenmächtig sich zu verbinden.

§. 248.

Ein Minderjähriger, welcher sich nach zumlet gelegtem zwanzigsten Jahre bei einem Geschäfte für großjährig ausgibt, ist für allen Schaden verantwortlich, wenn der andere Theil vor Abschließung des Geschäftes nicht wohl erst Erkundigung über die Wahrheit des Vorgebens einholen konnte. Ueberhaupt ist er auch in Hinsicht auf andere verbotene Handlungen und den durch sein Verschulden verursachten Schaden sowohl mit seiner Person, als auch mit seinem Vermögen verantwortlich.

§. 249.

Eine Vormundschaft endiget sich gänzlich durch den Tod des Minderjährigen. Stirbt aber der Vormund, oder wird er entlassen; so muß nach der Vorschrift des Gesetzes (§. 198 und 199) ein anderer bestellt werden.

Endigung  
der Vor-  
mundschaft:  
a) durch den  
Tod;

§. 250.

Die Vormundschaft endiget sich auch,  
1. Theil.

b) nach ge-  
hobenem

Hiuderniß  
der Aus-  
übung der  
väterlichen  
Gewalt;

wenn der Vater die durch einige Zeit ge-  
hemmte Ausübung seiner Gewalt wieder  
übernimmt (§. 176).

§. 251.

e) durch die  
wirkliche  
Volljährig-  
keit;

Die Vormundschaft erlischt auch sogleich,  
als der Pflegebefohlene die Großjährigkeit  
erreicht hat; doch kann das vormund-  
schaftliche Gericht, auf Ansuchen oder nach  
Bernehmung des Vormundes und der Ver-  
wandten, wegen Leibes- oder Gemüthsge-  
brechen des Pflegebefohlenen, wegen Ver-  
schwendung oder aus anderen wichtigen  
Gründen die Fortdauer der Vormundschaft  
auf eine längere und unbestimmte Zeit an-  
ordnen. Diese Verordnung muß aber, in ei-  
nem angemessenen Zeitraume vor dem Ein-  
tritte der Volljährigkeit öffentlich bekannt  
gemacht werden.

§. 252.

a) durch die  
vermittelt  
ertheilter  
Rachricht  
rechtl. an-  
genommene  
Volljährig-  
keit;

Einem Minderjährigen, welcher das  
zwanzigste Jahr zurück gelegt hat, kann  
das vormundschaftliche Gericht, nach ein-  
gehohlttem Gutachten des Vormundes und  
allenfalls auch der nächsten Verwand-  
ten, die Rachricht des Alters verwilligen  
und ihn volljährig erklären. Wird einem

**Minorjährigen der Betrieb einer Handlung oder eines Gewerbes von der Behörde verstattet, so wird er dadurch zugleich für volljährig erklärt. Die Erklärung der Volljährigkeit hat ganz gleiche rechtliche Wirkung mit der wirklich erreichten Volljährigkeit.**

§. 253.

**Die Entlassung des Vormundes verordnet das Gericht in einigen Fällen von Amts wegen; in anderen, wenn darum angesucht wird.**

c) durch die  
amtliche  
oder ange-  
suchte Ent-  
lassung des  
Vormundes.

§. 254.

**Von Amts wegen muß ein Vormund entlassen werden, wenn er die Vormundschaft pflichtwidrig verwaltet; wenn er als unfähig erkannt wird; oder wenn sich in Ansehung seiner solche Bedenklichkeiten äußern, welche ihn Kraft des Gesetzes von Uebernehmung der Vormundschaft ausgeschlossen haben würden.**

Fälle der  
amtlichen  
Entlassung:

§. 255.

**Wenn eine Mutter, welche die Vormundschaft ihres Kindes führt, sich wieder verheirathet; so muß sie selbst, oder der Mitvormund es dem vormundschaftlichen Ge-**

## §. 231.

des übrigen  
beweglichen  
Vermögens;

Das übrige bewegliche Vermögen, welches weder zum Gebrauche des Minderjährigen, noch zum Andenken der Familie, oder nach Anordnung des Vaters, aufzubewahren ist, noch auf eine andere Art vortheilhaft verwendet werden kann, muß im Allgemeinen öffentlich feilgebothen werden. Das Hausgeräth kann man den Aeltern und den Miterben in dem gerichtlichen Schätzungspreise aus freyer Hand überlassen. Stücke, die bey der öffentlichen Versteigerung nicht veräußert worden sind, kann der Vormund mit Bewilligung des vormundtschaftlichen Gerichtes auch unter dem Schätzungspreise verkaufen.

## §. 132.

in Rücksicht  
des unbeweglichen;

Ein unbewegliches Gut kann nur im Nothfalle oder zum offenbaren Vortheile des Minderjährigen, mit Genehmigung des vormundtschaftlichen Gerichtes, und in der Regel nur vermittelt öffentlicher Versteigerung veräußert, aus wichtigen Gründen aber kann auch eine Veräußerung aus freyer Hand von dem Gerichte bewilliget werden.



§. 233.

Ueberhaupt kann ein Vormund in allen den vorzunehmenden wichtigen Veränderungen; Geschäften, welche nicht zu dem ordentlichen Wirthschaftsbetriebe gehören, und welche von größerer Wichtigkeit sind, nichts ohne gerichtliche Einwilligung vornehmen. Er kann also eigenmächtig keine Erbschaft ausschlagen oder unbedingt annehmen; keine Veräußerung der seiner Verwahrung anvertrauten Güter vornehmen; keinen Pachtvertrag abschließen; kein mit gesetzmäßiger Sicherheit anliegendes Capital aufkündigen; keine Forderung abtreten; keinen Rechtsstreit vergleichen; keine Fabrik, Handlung und Gewerbe ohne gerichtliche Genehmigung anfangen, fortsetzen oder aufheben.

§. 234.

Ein Vormund kann für sich allein kein den Einhebung der Capitalien; Capital des Minderjährigen, wenn es zurüch bezahlt wird, in Empfang nehmen. Der Schuldner, dem ein solches Capital aufgekündigt wird, muß sich zu seiner Sicherheit von dem Vormunde die gerichtliche Bewilligung zur Erhebung des Capitals vorzeigen lassen, und sich nicht mit der Quittung des Vormundes allein begnügen;

auch steht es ihm frey, die Zahlung unmittelbar an das Gericht selbst zu leisten.

§. 235.

ben weiterer  
Verwen-  
bung dersel-  
ben;

So oft der Fall eintritt, daß ein ausstehendes Capital eingehen solle, hat der Vormund für dessen vortheilhafte Verwendung die Anstalt zu treffen, und zu der wirklichen Verwendung die Genehmigung des Gerichtes einzuhohlen.

§. 236.

zur Sicher-  
stellung un-  
bedeckter  
Forderungen.

Ueber Schuldforderungen, zu deren Beweise keine Urkunden vorhanden sind, muß der Vormund sich Urkunden verschaffen, und diejenigen, welche nicht sicher gestellt sind, so viel möglich sicher zu stellen suchen, oder zur Verfallszeit eintreiben. Doch soll den Aeltern das Capital des Minderjährigen, wenn es auch nicht gesetzmäßig versichert, der Minderjährige jedoch wahrscheinlicher Weise keiner Gefahr eines Verlustes ausgesetzt ist, nicht aufgehoben werden, wosern ihnen die Zurückzahlung ohne Veräußerung ihres unbeweglichen Gutes oder Abtretung von ihrem Gewerbe schwer fallen würde.

§. 237.

Der Vormund ist bey Antretung der Caution.

Vormundschaft nicht schuldig, Caution zu leisten. Er bleibt auch in der Folge von der Caution befreuet, so lange er die durch das Gesetz zur Sicherheit des Vermögens bestehenden Vorschriften genau beobachtet und zur gehörigen Zeit ordentlich Rechnung legt.

§. 238.

In der Regel ist jeder Vormund und jeder Curator verbunden, über die ihm anvertraute Verwaltung Rechnung zu legen. Von der Rechnungslegung kann zwar der Erblasser in Ansehung des von ihm freiwillig vermachten Betrages den Vormund losprechen; auch das vormundschaftliche Gericht kann dieses, wenn das Einkommen die Auslagen für den Unterhalt und die Erziehung des Minderjährigen wahrscheinlich nicht übersteiget; allein das in der Inventar aufgenommene Hauptvermögen und Capital muß ein Vormund in allen Fällen ausweisen; auch von dem Zustande seines Pflegebefohlenen, wenn darin eine wichtige Veränderung vorgeht, Bericht erstatten.

Verbind-  
lichkeit zur  
Rechnungs-  
legung.

## §. 239.

Zeit der  
Rechnungs-  
legung.

Die Rechnungen müssen mit jedem Jahre oder längstens innerhalb zwey Monaten nach dessen Verlauf mit allen erforderlichen Belegen dem vormundschaftlichen Gerichte übergeben werden. In diesen Rechnungen muß die Einnahme und Ausgabe, der Ueberschuß oder die Verminderung des Capitals genau bestimmt werden. Ist unter dem Vermögen des Minderjährigen eine Handlung begriffen, so hat sich das Gericht mit dem vorgelegten beglaubigten Rechnungsabschlusse, oder mit der sogenannten Bilanz zu begnügen und solche geheim zu halten. Gegen einen Vormund, welcher in der bestimmten Zeit die Rechnung zu legen unterläßt, müssen die den Umständen angemessenen rechtlichen Zwangsmittel angewendet werden.

## §. 240.

Ort, wo die  
Rechnung zu  
legen.

Wenn der Minderjährige in verschiedenen Provinzen unbewegliche Güter besitzt, deren Verwaltung einem Vormunde allein anvertrauet ist; so muß der Vormund für jede Provinz eine besondere Rechnung führen und der dortigen Behörde vorlegen;

allein es bleibt ihm freigestellt, zum Besten des Minderjährigen den Ueberschuß des in einer Provinz gelegenen Vermögens in einer anderen zu verwenden.

§. 241.

Das vormundschaftliche Gericht ist verbunden, die Rechnungen des Vormundes nach den besonderen Vorschriften durch Rechnungs- und Sachverständige prüfen und berichtigen zu lassen, und die Erledigung darüber dem Vormunde mitzutheilen.

Art der Rechnungs-  
erledigung.

§. 242.

Ist in den Rechnungen etwas vergessen worden, oder sonst was immer für ein Verstoß untergelaufen, so kann dieses weder dem Vormunde noch dem Minderjährigen zum Nachtheile gereichen.

§. 243.

Ein Minderjähriger kann weder als Kläger noch als Beklagter vor Gericht erscheinen; es muß ihn der Vormund entweder selbst vertreten, oder durch einen Anderen vertreten lassen.

Besondere Vorschriften für den Vormund bei der Verwaltung. Insonderheit bei Vertretungen.

§. 244.

Ein Minderjähriger ist zwar berechtigt, durch erlaubte Handlungen ohne Mit-

Bei Vertretung des Pfl. gebefohlen.

wirkung seines Vormundes etwas für sich zu erwerben; allein er kann ohne Genehmigung der Vormundschaft weder etwas von dem Seinigen veräußern, noch eine Verpflichtung auf sich nehmen.

## §. 245.

Insbefondere können Minderjährige ohne Einwilligung der Vormundschaft keine gültige Ehe eingehen (§§. 49—51).

## §. 246.

In welchen Fällen der Minderjährige ohne Einwilligung des Vormundes verbunden werde.

Hat der Minderjährige auch ohne Einwilligung seines Vormundes sich zu Diensten verbunden, so kann ihn der Vormund ohne wichtige Ursache vor der gesetz- oder vertragsmäßigen Frist nicht zurück rufen; was er auf diese oder auf eine andere Art durch seinen Fleiß erwirbt, darüber kann er, so wie mit jenen Sachen, die ihm nach erreichter Mündigkeit zu seinem Gebrauche eingehändigt worden sind, frey verfügen und sich verpflichten.

## §. 247.

Einem Minderjährigen, der das zwanzigste Lebensjahr zurück gelegt hat, kann die Obervormundschaft den reinen Ueberschuß

Von den Vormundschaften und Curatelen. 97  
seiner Einkünfte zur eigenen freien Verwaltung überlassen; über diesen seiner Verwaltung anvertrauten Betrag ist er berechtigt, eigenmächtig sich zu verbinden.

§. 248.

Ein Minderjähriger, welcher sich nach zurecht gelegtem zwanzigsten Jahre bei einem Geschäfte für großjährig ausgibt, ist für allen Schaden verantwortlich, wenn der andere Theil vor Abschließung des Geschäftes nicht wohl erst Erkundigung über die Wahrheit des Vorgebens einholen konnte. Ueberhaupt ist er auch in Hinsicht auf andere verbotene Handlungen und den durch sein Verschulden verursachten Schaden sowohl mit seiner Person, als auch mit seinem Vermögen verantwortlich.

§. 249.

Eine Vormundschaft endiget sich gänzlich durch den Tod des Minderjährigen. Endigung der Vormundschaft:  
Stirbt aber der Vormund, oder wird er a) durch den Tod;  
entlassen; so muß nach der Vorschrift des Gesetzes (§. 198 und 199) ein anderer bestellt werden.

§. 250.

Die Vormundschaft endiget sich auch, b) nach gehobenem  
I. Theil.

Hinderniß  
der Aus-  
übung der  
väterlichen  
Gewalt;

wenn der Vater die durch einige Zeit ge-  
hemmte Ausübung seiner Gewalt wieder  
übernimmt (§. 176).

§. 251.

e) durch die  
wirkliche  
Volljährig-  
keit;

Die Vormundschaft erlischt auch sogleich,  
als der Pflegebefohlene die Großjährigkeit  
erreicht hat; doch kann das vormund-  
schaftliche Gericht, auf Ansuchen oder nach  
Bernehmung des Vormundes und der Ver-  
wandten, wegen Leibes- oder Gemüthsge-  
brechen des Pflegebefohlenen, wegen Ver-  
schwendung oder aus anderen wichtigen  
Gründen die Fortdauer der Vormundschaft  
auf eine längere und unbestimmte Zeit an-  
ordnen. Diese Verordnung muß aber, in ei-  
nem angemessenen Zeitraume vor dem Ein-  
tritte der Volljährigkeit öffentlich bekannt  
gemacht werden.

§. 252.

a) durch die  
vermittelst  
ertheilter  
Rachricht  
rechtlich an-  
genommene  
Volljährig-  
keit;

Einem Minderjährigen, welcher das  
zwanzigste Jahr zurück gelegt hat, kann  
das vormundschaftliche Gericht, nach ein-  
gehohletem Gutachten des Vormundes und  
allenfalls auch der nächsten Verwand-  
ten, die Rachricht des Alters verwilligen  
und ihn volljährig erklären. Wird einem



## **Von den Vormundschaften und Curatelen. 99**

**Minorjährigen der Betrieb einer Handlung oder eines Gewerbes von der Behörde verstattet, so wird er dadurch zugleich für volljährig erklärt. Die Erklärung der Volljährigkeit hat ganz gleiche rechtliche Wirkung mit der wirklich erreichten Volljährigkeit.**

### **§. 253.**

**Die Entlassung des Vormundes verordnet das Gericht in einigen Fällen von Amts wegen; in anderen, wenn darum angesucht wird.**

c) durch die  
amtliche  
oder ange-  
suchte Ent-  
lassung des  
Vormundes.

### **§. 254.**

**Von Amts wegen muß ein Vormund entlassen werden, wenn er die Vormundschaft pflichtwidrig verwaltet; wenn er als unfähig erkannt wird; oder wenn sich in Ansehung seiner solche Bedenklichkeiten äußern, welche ihn Kraft des Gesetzes von Uebernehmung der Vormundschaft ausgeschlossen haben würden.**

Fälle der  
amtlichen  
Entlassung.

### **§. 255.**

**Wenn eine Mutter, welche die Vormundschaft ihres Kindes führt, sich wieder verehelicht; so muß sie selbst, oder der Mitvormund es dem vormundschaftlichen Ge-**

richte zur Beurtheilung anzeigen, ob ihr die Fortsetzung der Vormundschaft zu bewilligen sey.

§. 256.

Hat der Erblasser oder das Gericht einen Vormund nur auf eine Zeit bestellt, oder ihn auf einen bestimmten Ereignungsfall ausgeschlossen; so muß er entlassen werden, so bald diese Zeit verfloßen, oder der bestimmte Fall eingetreten ist.

§. 257.

Fälle der  
vom Vor-  
munde,

Wenn während der Vormundschaft solche Gründe eintreten, die den Vormund Kraft der Gesetze von Uebernehmung derselben befrehet, oder ausgeschlossen hätten; so ist er in dem ersteren Falle berechtigt, in dem letzteren aber verpflichtet, die Entlassung anzufuchen.

§. 258.

Einem Vormunde, dem man als vermeintlichen nächsten Verwandten des Minderjährigen die Vormundschaft aufgetragen hat, steht es frey, einen später entdeckten, näheren und tauglichen Verwandten an seine Stelle vorzuschlagen; allein der nähere Verwandte hat kein Recht, zu fordern, daß ihm

ein minder naher Verwandter eine bereits angetretene Vormundschaft abtrete; er wäre denn früher sich zu melden gehindert worden.

§. 259.

Die Mutter oder der Bruder können, wenn sie zur Zeit der bestellten Vormundschaft selbst noch minderjährig waren, nach erreichter Volljährigkeit auf die Vormundschaft Anspruch machen. Auch steht jedem Verwandten frey, wenn das Gericht einen Nichtverwandten zur Vormundschaft berufen hat, sich binnen Jahresfrist um die Uebernehmung der Vormundschaft zu melden.

oder der von Anderen rechtlich angeseuchten Entlassung.

§. 260.

Wenn eine Minderjährige sich verheirathet, so hängt es von der Beurtheilung des Gerichtes ab, ob die Curatel dem Ehegatten abgetreten werden soll (§. 175).

§. 261.

Ein Vormund kann in der Regel nur am Ende des vormundschaftlichen Jahres, nachdem sein Nachfolger die Verwaltung des Vermögens ordentlich übernommen hat, die Vormundschaft niederlegen. Fin-

Bedingungen zur Entlassung des Vormundes:  
a) gewöhnlicher Zeitpunkt;

Person oder des Vermögens nothwendig, so kann es ihm dieselbe auch sogleich abnehmen.

§. 262.

b) Schluß-  
rechnung;

Ein Vormund ist verbunden, längstens innerhalb zwey Monathen nach geendigter Vormundschaft dem Gerichte seine Schlußrechnung zu übergeben, und erhält von demselben nach gepflogener Richtigkeit eine Urkunde über die redlich und ordentlich geführte Verwaltung seines Amtes. Diese Urkunde spricht ihn aber von der Verbindlichkeit aus einer später entdeckten arglistigen Handlung nicht frey.

§. 263.

c) Ueber-  
gabe des  
Vermögens.

Am Ende einer Vormundschaft ist es die Pflicht des Vormundes, das Vermögen dem volljährig Gewordenen, oder dem neu bestellten Vormunde gegen Empfangsschein zu übergeben, und sich darüber bey Gericht auszuweisen. Das aufgenommene Verzeichniß des Vermögens, und die jährlich begnehmigten Rechnungen dienen bey solchen Uebergaben zur Richtschnur.

§. 264.

Haftung des  
Vormundes  
aus fremdem  
Verschulden.

Insgemein hat ein Vormund nur für sein Verschulden und nicht auch für das

Verschulden der ihm Untergeordneten zu haften. Hat er aber wissentlich unfähige Personen angestellt, hat er solche beybehalten, oder nicht auf den Ersatz des von ihnen verursachten Schadens gedrungen; so ist er auch dieser Nachlässigkeit wegen verantwortlich.

§. 265.

Selbst das vormundschaftliche Gericht, welches sein Amt zum Nachtheile eines Minderjährigen vernachlässiget hat, ist dafür verantwortlich, und, wenn andere Mittel zum Ersatze mangeln, den Schaden zu ersetzen verbunden.

Subsidiarische Haftung des vormundschaftlichen Gerichtes.

§. 266.

Emfigen Vormündern kann das Gericht aus den in Ersparung kommenden Einkünften eine verhältnißmäßige jährliche Belohnung zuerkennen; doch darf diese Belohnung nie mehr als fünf vom Hundert der reinen Einkünfte betragen, und sich höchstens auf vier tausend Gulden jährlich belaufen.

Belohnung des Vormundes:  
a) jährliche;

§. 267.

Wenn das Vermögen des Minderjährigen so geringe ist, daß sich wenig oder

b) oder bey dem Aus-  
tritte.

nichts in jährliche Ersparung bringen läßt; so kann einem Vormunde, welcher das Vermögen unvermindert erhalten, oder dem Minderjährigen eine anständige Versorgung verschafft hat, wenigstens am Ende der Vormundschaft eine den Umständen angemessene Belohnung ertheilet werden.

## §. 268.

Rechtsmit-  
tel des Vor-  
mundes bey  
Beschwer-  
den.

Ein Vormund, welcher sich durch eine Verordnung des vormundschafftlichen Gerichtes beschwert zu seyn erachtet, soll die Beschwerde zuerst bey dem nämlichen Gerichte, und nur, wenn diese fruchtlos war, den Recurs bey dem höheren Gerichte anbringen.

## §. 269.

II. Von der  
Curatel.  
Begriff der  
Curatel;

Für Personen, welche ihre Angelegenheiten nicht selbst besorgen, und ihre Rechte nicht selbst verwahren können, hat das Gericht, wenn die väterliche oder vormundschafftliche Gewalt nicht Platz findet, einen Curator oder Sachwalter zu bestellen.

## §. 270.

Fälle der  
Curatel:

Dieser Fall tritt ein: bey Minderjährigen, die in einer andern Provinz ein unbewegliches Vermögen besitzen (§. 225);

oder, die in einem besonderen Falle von dem Vater oder Vormunde nicht vertreten werden können; bei Volljährigen, die in Wahn- oder Blödsinn verfallen; bey erklärten Verschwendern; bey Angebornen; zuweilen auch bey Taubstummen; bey Abwesenden und bey Sträflingen.

§. 271.

In Geschäften, welche zwischen Vätern und einem minderjährigen Kinde, oder zwischen einem Vormunde und dem Minderjährigen vorkommen, muß das Gericht angegangen werden, für den Minderjährigen einen besonderen Curator zu ernennen.

a) für Minderjährige;

§. 272.

Fallen zwischen zwey oder mehreren Minderjährigen, welche einen und denselben Vormund haben, Rechtsstreitigkeiten vor, so darf dieser Vormund keinen der Minderjährigen vertreten; sondern er muß das Gericht anrufen, daß es für jeden insbesondere einen anderen Curator ernenne.

§. 273.

Für wahn- oder blödsinnig kann nur derjenige gehalten werden, welcher nach genauer Erforschung seines Betragens und

b) für Wahn- oder Blödsinnige;

c) für Ver-  
schwender;

nach Einvernehmung der von dem Gerichte ebenfalls dazu verordneten Aerzte gerichtlich dafür erklärt wird. Als Verschwender aber muß das Gericht denjenigen erklären, von welchem nach der vorgekommenen Anzeige und der hierüber gepflogenen Untersuchung offenbar wird, daß er sein Vermögen auf eine unbesonnene Art durchbringt, und sich oder seine Familie durch muthwillige oder unter verderblichen Bedingungen geschlossene Borgverträge künftigem Nothstande Preis gibt. In beyden Fällen muß die gerichtliche Erklärung öffentlich bekannt gemacht werden.

§. 274.

d) für Unge-  
borne;

In Rücksicht auf Ungeborne wird ein Sachwalter entweder für die Nachkommenschaft überhaupt, oder für eine bereits vorhandene Leibesfrucht (§. 22) aufgestellt. Im ersten Falle hat der Sachwalter dafür zu sorgen, daß die Nachkommenschaft bey einem ihr bestimmten Nachlasse nicht verkürzt werde, im zweyten Falle aber, daß die Rechte des noch ungeborenen Kindes erhalten werden.



§. 275.

Taubstumme, wenn sie zugleich blödsinnig sind, bleiben beständig unter Vormundschaft; sind sie aber nach Antritt des fünf und zwanzigsten Jahres ihre Geschäfte zu verwalten fähig, so darf ihnen wider ihren Willen kein Curator gesetzt werden; nur sollen sie vor Gericht nie ohne einen Sachwalter erscheinen.

1) für Taubstumme;

§. 276.

Die Bestellung eines Curators für Abwesende, oder für die dem Gerichte zur Zeit noch unbekannten Theilnehmer an einem Geschäfte findet dann Statt, wenn sie keinen ordentlichen Sachwalter zurück gelassen haben, ohne solchen aber ihre Rechte durch Verzug gefährdet, oder die Rechte eines Anderen in ihrem Gange gehemmet würden. Ist der Aufenthaltsort eines Abwesenden bekannt, so muß ihn sein Curator von der Lage seiner Angelegenheiten unterrichten, und diese Angelegenheiten, wenn keine andere Verfügung getroffen wird, wie jene eines Minderjährigen besorgen.

1) für Abwesende und für unbekannte Theilnehmer an einem Geschäfte;

## §. 277.

Sucht jemand bey Eintretung der durch das Gesetz in dem §. 24 bestimmten Erfordernissen die gerichtliche Todeserklärung eines Abwesenden an, so hat das Gericht für diesen Abwesenden vor Allem einen Curator zu ernennen; dann wird er durch ein auf ein ganzes Jahr gestelltes Edict mit dem Befehl vorgeladen, daß das Gericht, wenn er während der Zeit nicht erscheint, oder das Gericht auf eine andere Art in die Kenntniß seines Lebens setzt, zur Todeserklärung schreiten werde.

## §. 278.

Der Tag, an welchem eine Todeserklärung ihre Rechtskraft erlangt hat, wird für den rechtlichen Sterbetag eines Abwesenden gehalten; doch schließt eine Todeserklärung den Beweis nicht aus, daß der Abwesende früher oder später gestorben; oder, daß er noch am Leben sey. Kommt ein solcher Beweis zu Stande, so ist derjenige, welcher auf den Grund der gerichtlichen Todeserklärung ein Vermögen in Besitz genommen hat, wie ein anderer redlicher Besitzer zu behandeln.

§. 279.

Einem zur schwersten oder schweren Kerkerstrafe verurtheilten Verbrecher ist ein Curator zu bestellen, wenn er ein Vermögen besitzt, welches durch die länger fortdauernde Strafe einer Gefahr ausgesetzt seyn würde.

für Straf-  
linge.

§. 280.

Das Gericht, welchem die Ernennung eines Vormundes zusteht, hat in der Regel unter der nähmlichen Vorsicht und nach den nähmlichen Grundsätzen auch den Curator zu bestellen. Ist es aber um die Verwaltung einer Sache oder eines Geschäftes zu thun, welche zu einem anderen Gerichtsstande gehören; so hat dieser Gerichtsstand auch den Curator zu ernennen.

Bestellung  
der Curatel.

§. 281.

Wer die gehörigen Eigenschaften zum vormundtschaftlichen Amte besitzt, kann auch eine Curatel übernehmen. Auch finden bey der Curatel die nähmlichen Entschuldigungsgründe und Vorzugsrechte wie bey der Vormundschaft Statt.

Entschuldi-  
gungsursa-  
chen.

§. 282.

Die Rechte und Verbindlichkeiten der Curatoren, welche entweder nur für die

Rechte und  
Verbindlich-  
keiten.

110 I. Thl. Viert. Hauptst. B. d. Vormundsch. u.

Verwaltung des Vermögens, oder zugleich für die Person ihres Pflegebefohlenen zu sorgen haben, sind aus den, den Vormündern hierüber erteilten Vorschriften zu beurtheilen.

§. 283.

Erbschaft  
derselben.

Die Curatel hört auf, wenn die dem Curator anvertrauten Geschäfte geendiget sind, oder, wenn die Gründe aufhören, die den Pflegebefohlenen an der Verwaltung seiner Angelegenheiten verhindert haben. Ob ein Wahn- oder Blödsinniger den Gebrauch der Vernunft erhalten habe; oder, ob der Wille eines Verschwenders gründlich und dauerhaft gebessert sey, muß nach einer genauen Erforschung der Umstände, aus einer anhaltenden Erfahrung, und im ersten Falle zugleich aus den Zeugnissen der zur Untersuchung von dem Gerichte bestellten Aerzte entschieden werden.

§. 284.

Ausnahme  
in Rücksicht  
des Bauern-  
standes.

Die besonderen Vorrichtungen bey der Vormundschaft und Curatel des Bauernstandes sind in den politischen Gesetzen enthalten.

---

**Allgemeines  
bürgerliches Gesetzbuch**  
für die  
gesammten Deutschen Erbländer  
der  
Oesterreichischen Monarchie.  
II. Theil.



**Wien.**  
Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerey.  
1811.

nach Verschiedenheit des Subjectes, dem sie gehören.

sind entweder ein Staats- oder ein Privatgut. Das Letztere gehört einzelnen oder moralischen Personen, kleineren Gesellschaften, oder ganzen Gemeinden.

§. 287.

Freystehende Sachen; öffentliches Gut und Staatsvermögen.

Sachen, welche allen Mitgliedern des Staates zur Zueignung überlassen sind, heißen freystehende Sachen. Sene, die ihnen nur zum Gebrauche verstattet werden, als: Landstraßen, Ströme, Flüsse, Seehäfen und Meeresufer, heißen ein allgemeines oder öffentliches Gut. Was zur Bedeckung der Staatsbedürfnisse bestimmt ist, als: das Münz- oder Post- und andere Regalien, Kammergüter, Berg- und Salzwerke, Steuern und Zölle, wird das Staatsvermögen genannt.

§. 288.

Gemeindegut; Gemeindevermögen.

Auf gleiche Weise machen die Sachen, welche nach der Landesverfassung zum Gebrauche eines jeden Mitgliedes einer Gemeinde dienen, das Gemeindegut; diejenigen aber, deren Einkünfte zur Bestreitung der Gemeindeauslagen bestimmt sind, das Gemeindevermögen aus.

§. 289.

Auch dasjenige Vermögen des Landesfürsten, welches er nicht als Oberhaupt des Staates besitzt, wird als ein Privat-Gut betrachtet.

Privat-Gut des Landesfürsten.

§. 290.

Die in diesem Privat-Rechte enthaltenen Vorschriften über die Art, wie Sachen rechtmäßig erworben, erhalten und auf Andere übertragen werden können, sind in der Regel auch von den Verwaltern der Staats- und Gemeindegüter, oder des Staats- und Gemeindevermögens zu beobachten. Die in Hinsicht auf die Verwaltung und den Gebrauch dieser Güter sich beziehenden Abweichungen und besonderen Vorschriften sind in dem Staatsrechte und in den politischen Verordnungen enthalten.

Allgemeine Vorschrift in Rücksicht dieser verschiedenen Arten der Güter.

§. 291.

Die Sachen werden nach dem Unterschiede ihrer Beschaffenheit eingetheilt: in körperliche und unkörperliche; in bewegliche und unbewegliche; in verbrauchbare und unverbrauchbare; in schätzbare und unschätzbare.

Einteilung der Sachen nach dem Unterschiede ihrer Beschaffenheit.

## §. 292.

Körperliche  
und unkörperliche  
Sachen;

Körperliche Sachen sind diejenigen, welche in die Sinne fallen; sonst heißen sie unkörperliche, z. B. das Recht zu jagen, zu fischen und alle andere Rechte.

## §. 293.

Beweglich  
und unbeweglich.

Sachen, welche ohne Verletzung ihrer Substanz von einer Stelle zur anderen versetzt werden können, sind beweglich, im entgegen gesetzten Falle sind sie unbeweglich. Sachen, die an sich beweglich sind, werden im rechtlichen Sinne für unbeweglich gehalten, wenn sie vermöge des Gesetzes oder der Bestimmung des Eigenthümers das Zugehör einer unbeweglichen Sache ausmachen.

## §. 294.

Zugehör  
überhaupt;

Unter Zugehör versteht man dasjenige, was mit einer Sache in fortbauernde Verbindung gesetzt wird. Dahin gehören nicht nur der Zuwachs einer Sache, so lange er von derselben nicht abgesondert ist; sondern auch die Nebensachen, ohne welche die Hauptsache nicht gebraucht werden kann, oder die das Gesetz oder der Eigenthümer zum fort-



dauernden Gebrauche der Hauptsache bestimmt hat.

§. 295.

Gras, Bäume, Früchte und alle brauchbare Dinge, welche die Erde auf ihrer Oberfläche hervorbringt, bleiben so lange ein unbewegliches Vermögen, als sie nicht von Grund und Boden abgesondert worden sind. Selbst die Fische in einem Teiche und das Wild in einem Walde werden erst dann ein bewegliches Gut, wenn der Teich gefischt, und das Wild gefangen oder erlegt worden ist.

insbesondere  
bey Grund-  
stücken und  
Teichen;

§. 296.

Auch das Getreide, das Holz, das Viehfutter und alle übrige, obgleich schon eingebrachte Erzeugnisse, so wie alles Vieh und alle zu einem liegenden Gute gehörige Werkzeuge und Geräthschaften werden in so fern für unbewegliche Sachen gehalten, als sie zur Fortsetzung des ordentlichen Wirthschaftsbetriebes erforderlich sind.

§. 297.

Eben so gehören zu den unbeweglichen Sachen diejenigen, welche auf Grund und Boden in der Absicht aufgeführt werden,

und bey Ge-  
bäuden.

daß sie stets darauf bleiben sollen, als: Häuser und andere Gebäude mit dem in senkrechter Linie darüber befindlichen Luftraume; ferner: nicht nur Alles, was erdmauer, niet- und nagelfest ist, als: Braupfannen, Branntweinkessel und eingezimmerte Schränke, sondern auch diejenigen Dinge, die zum anhaltenden Gebrauche eines Ganzen bestimmt sind; z. B. Brunnen-eimer, Seile, Ketten, Löschgeräthe und dergleichen.

## §. 298.

*Rechte sind  
insgemein  
als bewegliche  
Sachen  
anzusehen;*

Rechte werden den beweglichen Sachen beigezählt, wenn sie nicht mit dem Besitze einer unbeweglichen Sache verbunden, oder durch die Landesverfassung für eine unbewegliche Sache erklärt sind.

## §. 299.

*auch die vor-  
gemerkten  
Forderungen.*

Schuldsforderungen werden durch die Sicherstellung auf ein unbewegliches Gut nicht in ein unbewegliches Vermögen verwandelt.

## §. 300.

*Nach wel-  
chen Gese-  
zen die unbe-  
weglichen;  
und nach*

Unbewegliche Sachen sind den Gesetzen des Bezirkes unterworfen, in welchem sie liegen; alle übrige Sachen hingegen stehen

mit der Person ihres Eigenthümers unter gleichen Gesetzen.

welchen die beweglichen Sachen zu beurtheilen sind.

§. 301.

Sachen, welche ohne ihre Zerstörung oder Verzehrung den gewöhnlichen Nutzen nicht gewähren, heißen verbrauchbare; die von entgegen gesetzter Beschaffenheit aber, unverbrauchbare Sachen.

Verbrauchbare und unverbrauchbare Sachen.

§. 302.

Ein Inbegriff von mehreren besonderen Sachen, die als Eine Sache angesehen, und mit einem gemeinschaftlichen Rahmen bezeichnet zu werden pflegen, macht eine Gesamtsache aus, und wird als ein Ganzes betrachtet.

Gesamtsache (universitas rerum).

§. 303.

Schätzbare Sachen sind diejenigen, deren Werth durch Vergleichung mit anderen zum Verleahre bestimmt werden kann; darunter gehören auch Dienstleistungen, Hand- und Kopfarbeiten. Sachen hingegen, deren Werth durch keine Vergleichung mit anderen im Verleahre befindlichen Sachen bestimmt werden kann, heißen unschätzbare.

Schätzbare und unschätzbare.

§. 304.

Der bestimmte Werth einer Sache heißt Massab der

gerichtlichen  
Schätzung.

ihre Preis. Wenn eine Sache vom Gerichte zu schätzen ist, so muß die Schätzung nach einer bestimmten Summe Geldes geschehen.

§. 305.

Ordentlicher und außerordentlicher Preis.

Wird eine Sache nach dem Nutzen geschätzt, den sie mit Rücksicht auf Zeit und Ort gewöhnlich und allgemein leistet, so fällt der ordentliche und gemeine Preis aus; nimmt man aber auf die besonderen Verhältnisse und auf die in zufälligen Eigenschaften der Sache gegründete besondere Vorliebe desjenigen, dem der Werth ersetzt werden muß, Rücksicht, so entsteht ein außerordentlicher Preis.

§. 306.

Welcher bey gerichtlichen Schätzungen zur Richtschnur zu nehmen.

In allen Fällen, wo nichts Anderes entweder bedungen, oder von dem Gesetze verordnet wird, muß bey der Schätzung einer Sache der gemeine Preis zur Richtschnur genommen werden.

§. 307.

Begriffe vom dinglichen und persönlichen Sachenrechte.

Rechte, welche einer Person über eine Sache ohne Rücksicht auf gewisse Personen zustehen, werden dingliche Rechte genannt. Rechte, welche zu einer Sache nur gegen gewisse Personen unmittelbar aus ei-

**nem Befehle, oder aus einer verbindlichen Handlung entstehen, heißen persönliche Sachenrechte.**

**§. 308.**

**Dingliche Sachenrechte sind das Recht des Besitzes, des Eigenthums, des Pfandes, der Dienstbarkeit und des Erbrechtes.**

---

# Erste Abtheilung

## des Sachenrechtes.

### Von den dinglichen Rechten.

#### Erstes Hauptstück.

##### Von dem Besitze.

###### §. 309.

Inhaber.  
Besitzer.

Wer eine Sache in seiner Macht, oder Gewahrsame hat, heißt ihr Inhaber. Hat der Inhaber einer Sache den Willen, sie als die seinige zu behalten, so ist er ihr Besitzer.

###### §. 310.

Erwerbung  
des Besitzes.  
Fähigkeit  
der Person  
zur Besitz-  
erwerbung.

Personen, die den Gebrauch der Vernunft nicht haben, sind an sich unfähig, einen Besitz zu erlangen. Sie werden durch einen Vormund oder Curator vertreten. Unmündige, welche die Jahre der Kindheit zurück gelegt haben, können für sich allein eine Sache in Besitz nehmen.

§. 311.

Alle körperliche und unkörperliche Sa-  
chen, welche ein Gegenstand des rechtlichen  
Verkehres sind, können in Besitz genommen  
werden.

Gegenstand  
des Bes.  
Verh.

§. 312.

Körperliche, bewegliche Sachen wer-  
den durch physische Ergreifung, Wegfüh-  
rung oder Verwahrung; unbewegliche aber  
durch Betretung, Verrainung, Einzäun-  
ung, Bezeichnung oder Bearbeitung in  
Besitz genommen. In den Besitz unkör-  
perlicher Sachen oder Rechte kommt man  
durch den Gebrauch derselben im eigenen  
Rahmen.

Arten der  
Besitzerwerb-  
ung;

§. 313.

Der Gebrauch eines Rechtes wird ge-  
macht, wenn jemand von einem Anderen  
etwas als eine Schuldigkeit fordert, und  
dieser es ihm leistet; ferner, wenn jemand  
die einem Anderen gehörige Sache mit des-  
sen Gestattung zu seinem Nutzen anwendet;  
endlich, wenn auf fremdes Verboth ein  
Anderer das, was er sonst zu thun befugt  
wäre, unterläßt.

insbesondere  
von einem  
bejahenden,  
verneinenden,  
oder ei-  
nem Ver-  
bothe.

## §. 314.

Unmittelbare und mittelbare Erwerbungsart des Besitzes.

Den Besitz sowohl von Rechten als von körperlichen Sachen erlangt man entweder unmittelbar, wenn man freystehender Rechte und Sachen; oder mittelbar, wenn man eines Rechtes oder einer Sache, die einem Anderen gehörte, habhaft wird.

## §. 315.

Umfang der Erwerbung.

Durch die unmittelbare und durch die mittelbare eigenmächtige Besitzergreifung erhält man nur so viel in Besitz, als wirklich ergriffen, betreten, gebraucht, bezeichnet, oder in Verwahrung gebracht worden ist; bey der mittelbaren, wenn und der Inhaber in seinem oder eines Anderen Rahmen ein Recht oder eine Sache überläßt, erhält man Alles, was der vorige Inhaber gehabt und durch deutliche Zeichen übergeben hat, ohne daß es nöthig ist, jeden Theil des Ganzen besonders zu übernehmen.

## §. 316.

Rechtmäßiger, unrechtmäßiger Besitz.

Der Besitz einer Sache heißt rechtmäßig, wenn er auf einem gültigen Titel, das ist, auf einem zur Erwerbung taugli-



den Rechtsgrunde beruhet. Im entgegen-  
gesetzten Falle heißt er unrechtmäßig.

§. 317.

Der Titel liegt bey freystehenden Sa-  
chen in der angeborenen Freyheit zu Hand-  
lungen, wodurch die Rechte Anderer nicht  
verlehet werden; bey Anderen in dem Wil-  
len des vorigen Besitzers, oder in dem Aus-  
spruche des Richters; oder endlich in dem  
Gesetze, wodurch jemanden das Recht zum  
Besitze ertheilet wird.

Haupttitel  
des rechtmä-  
ßigen Be-  
sitzes.

§. 318.

Dem Inhaber, der eine Sache nicht in  
seinem, sondern im Rahmen eines Anderen  
inne hat, kommt noch kein Rechtsgrund zur  
Besitznahme dieser Sache zu.

Der Inha-  
ber hat noch  
keinen Titel;

§. 319.

Der Inhaber einer Sache ist nicht  
berechtigt, den Grund seiner Gewahrsame  
eigenmächtig zu verwechseln, und sich da-  
durch eines Titels anzumassen; wohl aber  
kann derjenige, welcher bisher eine Sache  
im eigenen Rahmen rechtmäßig besaß,  
das Besitzrecht einem Anderen überlassen,  
und sie künftig in dessen Rahmen inne  
haben.

und kann  
ihn nicht ei-  
genmächtig  
erlangen.

## §. 320.

Wirkung des  
bloßen Ti-  
tels.

Durch einen gültigen Titel erhält man nur das Recht zum Besitze einer Sache, nicht den Besitz selbst. Wer nur das Recht zum Besitze hat, darf sich im Verweigerungsfalle nicht eigenmächtig in den Besitz setzen; er muß ihn von dem ordentlichen Richter mit Anführung seines Titels im Wege Rechts fordern.

## §. 321.

Erforde-  
rung zum  
wirklichen  
Besitzrechte.

Wo so genannte Landtaseln, Stadt- oder Grundbücher, oder andere dergleichen öffentliche Register eingeführt sind, wird der rechtmäßige Besitz eines dinglichen Rechtes auf unbewegliche Sachen nur durch die ordentliche Eintragung in diese öffentlichen Bücher erlangt.

## §. 322.

Ist eine bewegliche Sache nach und nach mehreren Personen übergeben worden; so gebühret das Besitzrecht derjenigen, welche sie in ihrer Macht hat. Ist aber die Sache unbeweglich, und sind öffentliche Bücher eingeführt; so steht das Besitzrecht ausschließlich demjenigen zu, welcher als Besitzer derselben eingeschrieben ist.

§. 323.

Der Besitzer einer Sache hat die rechtliche Vermuthung eines gültigen Titels für sich; er kann also zur Angabe desselben nicht aufgefördert werden.

Der Besitzer kann zur Angabe des Rechtsgrundes nicht aufgefordert werden.

§. 324.

Diese Aufforderung findet auch dann noch nicht Statt, wenn jemand behauptet, daß der Besitz seines Gegners mit anderen rechtlichen Vermuthungen, z. B. mit der Freyheit des Eigenthumes, sich nicht vereinbaren lasse. In solchen Fällen muß der behauptende Gegner vor dem ordentlichen Richter klagen, und sein vermeintliches stärkeres Recht darthun. Im Zweifel gebühret dem Besitzer der Vorzug.

§. 325.

In wie fern der Besitzer einer Sache, deren Verkehr verbotben, oder die entwendet zu seyn scheint, den Titel seines Besitzes anzuzeigen verbunden sey, darüber entscheiden die Straf- und politischen Gesetze.

Ausnahme.

§. 326.

Wer aus wahrscheinlichen Gründen die Sache, die er besitzt, für die seinige hält,

Redlicher und unredlicher Besitzer.

ist ein redlicher Besitzer. Ein unredlicher Besitzer ist derjenige, welcher weiß, oder aus den Umständen vermuthen muß, daß die in seinem Besitze befindliche Sache einem Andern zugehöre. Aus Irrthum in That- sachen oder aus Unwissenheit der gesetz- lichen Vorschriften kann man ein unrecht- mäßiger (§. 316) und doch ein redlicher Be- sitzer seyn.

## §. 327.

Wie ein Mit-  
besitzer zum  
unredlichen  
oder unrecht-  
mäßigen Be-  
sitzer werde.

Besitzt eine Person die Sache selbst, eine andere aber das Recht auf alle oder auf einige Nutzungen dieser Sache; so kann eine und dieselbe Person, wenn sie die Gränzen ihres Rechtes überschreitet, in ver- schiedenen Rücksichten ein redlicher und un- redlicher, ein rechtmäßiger und unrechtmä- ßiger Besitzer seyn.

## §. 328.

Entschei-  
dung über  
die Redlich-  
keit des Be-  
sitzes

Die Redlichkeit oder Unredlichkeit des Besitzes muß im Falle eines Rechtsstreites durch richterlichen Ausspruch entschieden werden. Im Zweifel ist die Vermuthung für die Redlichkeit des Besitzes.

## §. 329.

Fortdauer  
des Besitzes.

Ein redlicher Besitzer kann schon allein

aus dem Grunde des redlichen Besitzes die Sache, die er besitzt, ohne Verantwortung nach Belieben brauchen, verbrauchen, auch wohl vertilgen.

Rechte des redlichen Besitzes:  
a) in Rücksicht der Substanz der Sache;

§. 330.

Dem redlichen Besitzer gehören alle aus der Sache entspringende Früchte, so bald sie von der Sache abgetrennt worden sind; ihm gehören auch alle andere schon eingetragene Nutzungen, in so fern sie während des ruhigen Besitzes bereits fällig gewesen sind.

b) der Nutzungen;

§. 331.

Hat der redliche Besitzer an die Sache entweder zur fortwährenden Erhaltung der Substanz einen nothwendigen, oder, zur Vermehrung noch fortwauernder Nutzungen einen nützlichen Aufwand gemacht; so gebührt ihm der Ersatz nach dem gegenwärtigen Werthe, in so fern er den wirklich gemachten Aufwand nicht übersteigt.

c) des Aufwandes.

§. 332.

Von dem Aufwande, welcher nur zum Vergnügen und zur Verschönerung gemacht worden ist, wird nur so viel ersetzt, als die Sache dem gemeinen Werthe nach wirklich

dadurch gewonnen hat; doch hat der vorige Besitzer die Wahl, Alles für sich wegzunehmen, was davon ohne Schaden der Substanz weggenommen werden kann.

## §. 333.

Anspruch  
auf den Er-  
satz des Prei-  
ses.

Selbst der redliche Besitzer kann den Preis, welchen er seinem Vormanne für die ihm überlassene Sache gegeben hat, nicht fordern. Wer aber eine fremde Sache, die der Eigenthümer sonst schwerlich wieder erlangt haben würde, redlicher Weise an sich gelöst, und dadurch dem Eigenthümer einen erweislichen Nutzen verschaffet hat, kann eine angemessene Vergütung fordern.

## §. 334.

Ob einem redlichen Inhaber das Recht zustehe, seiner Forderung wegen die Sache zurück zu behalten, wird in dem Hauptstücke vom Pfandrechte bestimmt.

## §. 335.

Verbind-  
lichkeit des  
unredlichen  
Besizers.

Der unredliche Besitzer ist verbunden, nicht nur alle durch den Besitz einer fremden Sache erlangte Vortheile zurück zu stellen; sondern auch diejenigen, welche der Verfügte erlangt haben würde, und allen durch seinen Besitz entstandenen Scha-

den zu ersetzen. In dem Falle, daß der unredliche Besitzer durch eine in den Strafgesetzen verbotene Handlung zum Besitze gelangt ist, erstreckt sich der Ersatz bis zum Werthe der besonderen Vorliebe.

§. 336.

Hat der unredliche Besitzer einen Aufwand auf die Sache gemacht, so ist dasjenige anzuwenden, was in Rücksicht des von einem Geschäftsführer ohne Auftrag gemachten Aufwandes in dem Hauptstücke von der Bevollmächtigung verordnet ist.

§. 337.

Der Besitz einer Gemeinde wird nach der Redlichkeit oder Unredlichkeit der im Rahmen der Mitglieder handelnden Machthaber beurtheilet. Immer müssen jedoch die unredlichen sowohl den redlichen Mitgliedern, als dem Eigenthümer den Schaden ersetzen.

Beurtheilung der Redlichkeit des Besitzes einer Gemeinde.

§. 338.

Auch der redliche Besitzer, wenn er durch richterlichen Ausspruch zur Zurückstellung der Sache verurtheilet wird, ist in Rücksicht des Ersatzes der Rugungen und des Schadens, wie auch in Rücksicht

In wie fern durch die Klage der Besitzunredlich werde.

des Aufwandes, von dem Zeitpunkte der ihm zugestellten Klage, gleich einem unredlichen Besizer zu behandeln; doch haftet er für den Zufall, der die Sache bey dem Eigenthümer nicht getroffen hätte, nur in dem Falle, daß er die Zurückgabe durch einen muthwilligen Rechtsstreit verzögert hat.

## §. 339.

Rechtsmit-  
tel des Besit-  
zers bey einer  
Störung sei-  
nes Besizes;

Der Besiz mag von was immer für einer Beschaffenheit seyn, so ist niemand befugt, denselben eigenmächtig zu stören. Der Gestörte hat das Recht, die Unter-  
sagung des Eingriffes und den Ersaz des erweislichen Schadens gerichtlich zu fordern.

## §. 340.

besonders  
durch eine  
Baufüh-  
rung;

Wird der Besizer einer unbeweglichen Sache oder eines dinglichen Rechtes durch Föhrung eines neuen Gebäudes, Wasserwerkes oder anderen Werkes in seinen Rechten gefährdet, ohne daß sich der Bau-  
führer nach Vorschrift der allgemeinen Gerichtsordnung gegen ihn geschützt hat; so ist der Gefährdete berechtigt, das Ver-  
both einer solchen Neuerung vor Gericht zu fordern, und das Gericht ist verbunden, die Sache auf das schnelligste zu entscheiden.



§. 341.

Als zur Entschädigung der Sache ist die Fortsetzung des Baues von dem Eigenthümer in der Regel nicht zu gestatten. Nur bey einer nahen offenkundigen Gefahr, oder, wenn der Bauherr eine angemessene Sicherheit leistet, daß er die Sache in den vorigen Stand setzen, und den Schaden vergüten wolle, der Verbotshaber dagegen in dem letzteren Falle keine ähnliche Sicherstellung für die Folgen seines Verbotes leistet, ist die einstweilige Fortsetzung des Baues zu bewilligen.

§. 342.

Was in den vorhergehenden §§. in Rücksicht einer neuen Bauführung verordnet wird, ist auch auf die Niederreißung eines alten Gebäudes oder anderen Werkes anzuwenden.

§. 343.

Kann der Besizer eines dinglichen Rechtes beweisen, daß ein bereits vorhandenes fremder Bau oder eine andere fremde Sache dem Einkurze nahe sey, und ihm offenkundiger Schaden drohe; so ist er befugt, gerichtlich auf Sicherstellung zu dringen, wenn an-

und bey der Gefahr eines vorhandenen Baues.

ders die politische Behörde nicht bereits hinlänglich für die öffentliche Sicherheit gesorgt hat.

## §. 344.

Rechtsmit-  
tel zur  
Erhaltung  
des Besi-  
zandes:  
a) bey drin-  
gender Ge-  
fahr;

Zu den Rechten des Besizes gehört auch das Recht, sich in seinem Besize zu schützen, und in dem Falle, daß die richterliche Hülfe zu spät kommen würde, Gewalt mit angemessener Gewalt abzutreiben (§. 19). Uebrigens hat die politische Behörde für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, so wie das Strafgericht für die Bestrafung öffentlicher Gewaltthatigkeiten, zu sorgen.

## §. 345.

b) gegen den  
unechten  
Besizer;

Wenn sich jemand in den Besiz einbringt, oder durch List oder Bitte heimlich einschleicht, und das, was man ihm aus Gefälligkeit, ohne sich einer fortbauenden Verbindlichkeit zu unterziehen, gestattet, in ein fortwährendes Recht zu verwandeln sucht; so wird der an sich unrechtmäßige und unredliche Besiz noch überdieß unecht; in entgegen gesetzten Fällen wird der Besiz für echt angesehen.

§. 346.

Gegen jeden unechten Besitzer kann sowohl die Zurücksetzung in die vorige Lage, als auch die Schadloshaltung eingeklagt werden. Beides muß das Gericht nach rechtlicher Verhandlung, selbst ohne Rücksicht auf ein stärkeres Recht, welches der Beklagte auf die Sache haben könnte, verordnen.

§. 347.

Zeiget es sich nicht gleich auf der Stelle, wer sich in einem echten Besitze befinde, und in wie fern der eine oder der andere Theil auf gerichtliche Unterstützung Anspruch habe; so wird die im Streite versangene Sache so lange der Gewahrsame des Gerichtes oder eines Dritten anvertrauet, bis der Streit über den Besitz verhandelt und entschieden worden ist. Der Sachfällige kann auch nach dieser Entscheidung die Klage aus einem vermeintlich stärkeren Rechte auf die Sache noch anhängig machen.

c) beim Zweifel über die Echtheit des Besitzes.

§. 348.

Wenn der bloße Inhaber von mehreren Besitzwerbern zugleich um die Uebergabe der Sache angegangen wird, und sich

Verwahrungsmittel des Inhabers gegen mehrere zusammen

treffende Be-  
sitzer.

einer darunter befindet, in dessen Rahmen die Sache aufbewahrt wurde; so wird sie vorzüglich diesem übergeben, und die Uebergabe den Uebrigen bekannt gemacht. Kommt dieser Umstand Keinem zu Statten, so wird die Sache der Gewahrsame des Richters oder eines Dritten anvertraut. Der Richter hat die Rechtsgründe der Besitzer zu prüfen, und darüber zu entscheiden.

### §. 349.

Erloschung  
des Besitzes:  
a) körper-  
licher Sa-  
chen;

Der Besitz einer körperlichen Sache geht insgesamt verloren, wenn dieselbe ohne Hoffnung, wieder gefunden zu werden, in Verlust geräth; wenn sie freiwillig verlassen wird; oder in fremden Besitz kommt.

### §. 350.

b) der in die  
öffentlichen  
Bücher ein-  
getragenen  
Rechte;

Der Besitz derjenigen Rechte und unbeweglichen Sachen, welche einen Gegenstand der öffentlichen Bücher ausmachen, erlischt, wenn sie aus den landtäfelichen, Stadt- oder Grundbüchern gelöscht; oder, wenn sie auf den Rahmen eines Anderen eingetragen werden.

### §. 351.

v. anderer  
1777

Bei anderen Rechten hört der Besitz

auf, wenn der Eigenthümer das, was er sonst geleistet hat, nicht mehr leisten zu wollen erklärt; wenn er die Ausübung des Rechtes eines Anderen nicht mehr duldet; oder, wenn er das Verboth, etwas zu unterlassen, nicht mehr achtet, der Besitzer aber in allen diesen Fällen es dabei bewenden läßt, und die Erhaltung des Besizes nicht einklagt. Durch den bloßen Nichtgebrauch eines Rechtes geht der Besitz, außer den im Gesetze bestimmten Verjährungsfällen, nicht verloren.

§. 352.

So lange noch Hoffnung vorhanden ist, eine verlorne Sache zu erhalten, kann man sich durch den bloßen Willen in ihrem Besitze erhalten. Die Abwesenheit des Besitzers oder die eintretende Unfähigkeit, einen Besitz zu erwerben, heben den bereits erworbenen Besitz nicht auf.

## Zweytes Hauptstück.

### Von dem Eigenthumsrechte.

#### §. 353.

Begriff des  
Eigenthu-  
mes;  
Eigenthum  
im objecti-  
ven Sinne;

Alles, was jemanden zugehört, alle seine körperlichen und unkörperlichen Sachen, heißen sein Eigenthum.

#### §. 354.

im subjecti-  
ven.

Als ein Recht betrachtet, ist Eigenthum das Befugniß, mit der Substanz und den Nutzungen einer Sache nach Willkühr zu schalten, und jeden Anderen davon auszuschließen.

#### §. 355.

Objective  
und subjecti-  
ve Möglich-  
keit der Er-  
werbung des  
Eigenthu-  
mes.

Alle Sachen sind insgemein Gegenstände des Eigenthumsrechtes, und jedermann, den die Gesetze nicht ausdrücklich ausschließen, ist befugt, dasselbe durch

sich selbst oder durch einen Anderen in seinem Rahmen zu erwerben.

§. 356.

Wer also behauptet, daß der Person, die etwas erwerben will, in Rücksicht ihrer persönlichen Fähigkeit, oder in Rücksicht auf die Sache, die erworben werden soll, ein gesetzliches Hinderniß entgegen stehe, dem liegt der Beweis ob.

§. 357.

Wenn das Recht auf die Substanz einer Sache mit dem Rechte auf die Nutzungen in einer und derselben Person vereinigt ist, so ist das Eigenthumsrecht vollständig und ungetheilt. Kommt aber Einem nur ein Recht auf die Substanz der Sache; dem Anderen dagegen, nebst einem Rechte auf die Substanz, das ausschließende Recht auf derselben Nutzungen zu, dann ist das Eigenthumsrecht getheilt und für beide unvollständig. Jener wird Obereigenthümer; dieser Nutzungseigenthümer genannt.

Eintheilung des Eigenthumes in vollständiges und unvollständiges.

§. 358.

Alle andere Arten der Beschränkungen durch das Gesetz oder durch den Willen

des Eigenthümers heben die Vollständigkeit des Eigenthumes nicht auf.

§. 359.

Die Absonderung des Rechtes auf die Substanz von dem Rechte auf die Nutzungen entsteht theils durch Verfügung des Eigenthümers; theils durch gesetzliche Verordnung. Nach Verschiedenheit der zwischen dem Ober- und Nutzungseigenthümer obwaltenden Verhältnisse werden die Güter, worin das Eigenthum getheilt ist, Lehen, Erbpacht- und Erbzinsgüter genannt. Von dem Lehen wird in dem besonders bestehenden Lehenrechte; von den Erbpacht- und Erbzinsgütern aber in dem Hauptstücke von Bestandverträgen gehandelt.

§. 360.

Aus der bloßen Abführung eines fortwährenden Zinses oder jährlicher Renten von einem Grundstücke kann man noch nicht auf die Theilung des Eigenthumes folgern. In allen Fällen, in welchen die Trennung des Rechtes auf die Substanz von dem Rechte auf die Nutzungen nicht ausdrücklich erhellet, ist jeder redliche



Besitzer als vollständiger Eigenthümer anzusehen.

§. 361.

Wenn eine noch ungetheilte Sache mehreren Personen zugleich zugehört, so entsteht ein gemeinschaftliches Eigenthum. In Beziehung auf das Ganze werden die Miteigenthümer für eine einzige Person angesehen; in so weit ihnen aber gewisse, obgleich unabgesonderte Theile angewiesen sind, hat jeder Miteigenthümer das vollständige Eigenthum des ihm gehörigen Theiles.

§. 362.

Kraft des Rechtes, frey über sein Eigenthum zu verfügen, kann der vollständige Eigenthümer in der Regel seine Sache nach Willkühr benützen oder unbenützt lassen; er kann sie vertilgen, ganz oder zum Theile auf Andere übertragen, oder unbedingt sich derselben begeben, das ist, sie verlassen.

§. 363.

Eben diese Rechte genießen auch unvollständige, sowohl Ober- als Nutzungs-

eigenthümer; nur darf der Eine nichts vornehmen, was mit dem Rechte des Anderen im Widerspruche steht.

## §. 364.

Ueberhaupt findet die Ausübung des Eigenthumsrechtes nur in so fern Statt, als dadurch weder in die Rechte eines Dritten ein Eingriff geschieht, noch die in den Gesetzen zur Erhaltung und Beförderung des allgemeinen Wohles vorgeschriebenen Einschränkungen übertreten werden.

## §. 365.

Wenn es das allgemeine Beste erheischt, muß ein Mitglied des Staates gegen eine angemessene Schadloshaltung selbst das vollständige Eigenthum einer Sache abtreten.

## §. 366.

Klagen aus dem Eigenthumsrechte:

a) Eigenthumsklage: wem und gegen wen sie gebühre?

Mit dem Rechte des Eigenthümers, jeden Anderen von dem Besitze seiner Sache auszuschließen, ist auch das Recht verbunden, seine ihm vorenthaltene Sache von jedem Inhaber durch die Eigenthumsklage gerichtlich zu fordern. Doch steht dieses Recht demjenigen nicht zu, welcher

eine Sache zur Zeit, da er noch nicht Eigenthümer war, in seinem eigenen Rahmen veräußert, in der Folge aber das Eigenthum derselben erlangt hat.

§. 367.

Die Eigenthumsklage findet gegen den redlichen Besizer einer beweglichen Sache nicht Statt, wenn er beweiset, daß er diese Sache entweder in einer öffentlichen Versteigerung, oder von einem zu diesem Verkehre befugten Gewerbsmanne, oder gegen Entgelt von jemanden an sich gebracht hat, dem sie der Kläger selbst zum Gebrauche, zur Verwahrung, oder in was immer für einer anderen Absicht anvertrauet hatte. In diesen Fällen wird von den redlichen Besitzern das Eigenthum erworben, und dem vorigen Eigenthümer steht nur gegen jene, die ihm dafür verantwortlich sind, das Recht der Schadloshaltung zu.

§. 368.

Wird aber bewiesen, daß der Besizer entweder schon aus der Natur der an sich gebrachten Sache, oder aus dem auffal-

lend zu geringen Preise derselben, oder aus den bekannten persönlichen Eigenschaften seines Vormannes, aus dessen Gewerbe oder anderen Verhältnissen einen begründeten Verdacht gegen die Redlichkeit seines Besizes hätte schöpfen können; so muß er als ein unredlicher Besizer die Sache dem Eigenthümer abtreten.

§. 369.

Was dem  
Kläger zu  
beweisen ob-  
liege?

Wer die Eigenthumsklage übernimmt, muß den Beweis führen, daß der Beklagte die eingeklagte Sache in seiner Macht habe, und daß diese Sache sein Eigenthum sey.

§. 370.

Wer eine bewegliche Sache gerichtlich zurück fordert, muß sie durch Merkmale beschreiben, wodurch sie von allen ähnlichen Sachen gleicher Gattung ausgezeichnet wird.

§. 371.

Sachen, die sich auf diese Art nicht unterscheiden lassen, wie bares Geld mit anderem baren Gelde vermengt, oder auf den Ueberbringer lautende Schuldbriefe, sind also in der Regel kein Gegenstand der Eigenthumsklage; wenn nicht solche

Umstände eintreten, aus denen der Kläger sein Eigenthumsrecht beweisen kann, und aus denen der Beklagte wissen mußte, daß er die Sache sich zuzuwenden nicht berechtigt sey.

§. 372.

Wenn der Kläger mit dem Beweise des erworbenen Eigenthumes einer ihm vor-  
 enthaltenen Sache zwar nicht ausreicht, aber den gültigen Titel, und die echte Art, wodurch er zu ihrem Besitze gelangt ist, darge-  
 gethan hat; so wird er doch in Rücksicht eines jeden Besitzers, der keinen, oder nur einen schwächeren Titel seines Besitzes anzugeben vermag, für den wahren Eigenthümer gehalten.

b) Eigen-  
 thumsklage  
 aus dem  
 rechtlich ver-  
 mutheten  
 Eigenthume  
 des Klägers.  
 Gegen wel-  
 chen Besitzer  
 diese Ver-  
 muthung  
 eintrete?

§. 373.

Wenn also der Beklagte die Sache auf eine unredliche oder unrechtmäßige Weise besitzt; wenn er keinen oder nur einen verdächtigen Vormann anzugeben vermag; oder, wenn er die Sache ohne Entgelt, der Kläger aber gegen Entgelt erhalten hat; so muß er dem Kläger weichen.

§. 374.

Haben der Beklagte und der Kläger

einen gleichen Titel ihres echten  
gebührt dem Geflagten Kraft  
der Vorzug.

§. 375.

Wer eine Sache in fremd  
besitzt, kann sich gegen die Eigen  
dadurch schützen, daß er seine  
nahmhaft macht, und sich  
weist.

§. 376.

Gesetzliche  
Folge:

Wer den Besitz einer Sa

a) der Ab.  
längnung  
des Besitzes;

richt läugnet und dessen über  
muß dem Kläger beschwören. all  
Besitz abtreten; doch behält  
in der Folge seine Eigenthum  
stellen.

§. 377.

b) des vor.  
gegebenen  
Besitzes;

Wer eine Sache, die er ne  
besitzen vorgibt, und den Kläger  
führt, haftet für allen daraus  
Schaden.

§. 378.

c) des auf-  
gegebenen  
Besitzes der  
Freitigen  
Sache.

Wer eine Sache im Besitze hatte, und  
nach zugestellter Klage fahren ließ, muß sie  
dem Kläger, wenn dieser sich nicht an den  
wirklichen Inhaber halten will, auf seine

Kosten zurüch verschaffen, oder den außerordentlichen Werth derselben ersetzen.

§. 379.

Was sowohl der redliche als unredliche Was der  
Besizer dem Eigenthümer in Ansehung des Besizer dem  
entgangenen Nutzens, oder des erlittenen Eigenthü-  
Schadens zu ersetzen habe, ist in dem vor- mer erhalte.  
gen Hauptstücke bestimmt worden.

## Zweytes Hauptstück.

### Von dem Eigenthumsrechte.

#### §. 353.

Begriff des  
Eigenthu-  
mes;  
Eigenthum  
im objecti-  
ven Sinne;

**Alles, was jemanden zugehört, alle seine körperlichen und unkörperlichen Sachen, heißen sein Eigenthum.**

#### §. 354.

im subjecti-  
ven.

**Als ein Recht betrachtet, ist Eigenthum das Befugniß, mit der Substanz und den Nützlichkeiten einer Sache nach Willkür zu schalten, und jeden Anderen davon auszuschließen.**

#### §. 355.

Objective  
und subjecti-  
ve Möglic-  
keit der Er-  
werbung des  
Eigenthu-  
mes.

**Alle Sachen sind insgemein Gegenstände des Eigenthumsrechtes, und jedermann, den die Gesetze nicht ausdrücklich ausschließen, ist befugt, dasselbe durch**



sich selbst oder durch einen Anderen in seinem Rahmen zu erwerben.

§. 356.

Wer also behauptet, daß der Person, die etwas erwerben will, in Rücksicht ihrer persönlichen Fähigkeit, oder in Rücksicht auf die Sache, die erworben werden soll, ein gesetzliches Hinderniß entgegen stehe, dem liegt der Beweis ob.

§. 357.

Wenn das Recht auf die Substanz einer Sache mit dem Rechte auf die Nutzungen in einer und derselben Person vereinigt ist, so ist das Eigenthumsrecht vollständig und ungetheilt. Kommt aber Einem nur ein Recht auf die Substanz der Sache; dem Anderen dagegen, nebst einem Rechte auf die Substanz, das ausschließende Recht auf derselben Nutzungen zu, dann ist das Eigenthumsrecht getheilt und für beide unvollständig. Jener wird Obereigenthümer; dieser Nutzungseigenthümer genannt.

Eintheilung des Eigenthumes in vollständiges und unvollständiges.

§. 358.

Alle andere Arten der Beschränkungen durch das Gesetz oder durch den Willen

des Eigenthümers heben die Vollständigkeit des Eigenthums nicht auf.

§. 359.

Die Absonderung des Rechtes auf die Substanz von dem Rechte auf die Nutzungen entsteht theils durch Verfügung des Eigenthümers; theils durch gesetzliche Verordnung. Nach Verschiedenheit der zwischen dem Ober- und Nutzungseigenthümer obwaltenden Verhältnisse werden die Güter, worin das Eigenthum getheilt ist, Lehen-, Erbpacht- und Erbzinsgüter genannt. Von dem Lehen wird in dem besonders bestehenden Lehenrechte; von den Erbpacht- und Erbzinsgütern aber in dem Hauptstücke von Bestandverträgen gehandelt.

§. 360.

Aus der bloßen Abführung eines fortwährenden Zinses oder jährlicher Renten von einem Grundstücke kann man noch nicht auf die Theilung des Eigenthums folgern. In allen Fällen, in welchen die Trennung des Rechtes auf die Substanz von dem Rechte auf die Nutzungen nicht ausdrücklich erhellet, ist jeder redliche

Besitzer als vollständiger Eigenthümer anzusehen.

§. 361.

Wenn eine noch ungetheilte Sache mehreren Personen zugleich zugehört, so entsteht ein gemeinschaftliches Eigenthum. In Beziehung auf das Ganze werden die Miteigenthümer für eine einzige Person angesehen; in so weit ihnen aber gewisse, obgleich unabgesonderte Theile angewiesen sind, hat jeder Miteigenthümer das vollständige Eigenthum des ihm gehörenden Theiles.

§. 362.

Kraft des Rechtes, frey über sein Eigenthum zu verfügen, kann der vollständige Eigenthümer in der Regel seine Sache nach Willkühr benützen oder unbenützt lassen; er kann sie vertilgen, ganz oder zum Theile auf Andere übertragen, oder unbedingt sich derselben begeben, das ist, sie verlassen.

§. 363.

Eben diese Rechte genießen auch unvollständige, sowohl Ober- als Nutzungs-

eigenthümer; nur darf der Eine nichts vornehmen, was mit dem Rechte des Anderen im Widerspruche steht.

## §. 364.

Ueberhaupt findet die Ausübung des Eigenthumsrechtes nur in so fern Statt, als dadurch weder in die Rechte eines Dritten ein Eingriff geschieht, noch die in den Gesetzen zur Erhaltung und Beförderung des allgemeinen Wohles vorgeschriebenen Einschränkungen übertreten werden.

## §. 365.

Wenn es das allgemeine Beste erheischt, muß ein Mitglied des Staates gegen eine angemessene Schadloshaltung selbst das vollständige Eigenthum einer Sache abtreten.

## §. 366.

Klagen aus dem Eigenthumsrechte:

a) Eigentliche Eigenthumsklage: wem und gegen wen sie gebühret?

Mit dem Rechte des Eigenthümers, jeden Anderen von dem Besitze seiner Sache auszuschließen, ist auch das Recht verbunden, seine ihm vorenthaltene Sache von jedem Inhaber durch die Eigenthumsklage gerichtlich zu fordern. Doch steht dieses Recht demjenigen nicht zu, welcher

eine Sache zur Zeit, da er noch nicht Eigenthümer war, in seinem eigenen Rahmen veräußert, in der Folge aber das Eigenthum derselben erlangt hat.

§. 367.

Die Eigenthumsklage findet gegen den redlichen Besizer einer beweglichen Sache nicht Statt, wenn er beweiset, daß er diese Sache entweder in einer öffentlichen Versteigerung, oder von einem zu diesem Verkehre befugten Gewerbsmanne, oder gegen Entgelt von jemanden an sich gebracht hat, dem sie der Kläger selbst zum Gebrauche, zur Verwahrung, oder in was immer für einer anderen Absicht anvertrauet hatte. In diesen Fällen wird von den redlichen Besitzern das Eigenthum erworben, und dem vorigen Eigenthümer stehet nur gegen jene, die ihm dafür verantwortlich sind, das Recht der Schadloshaltung zu.

§. 368.

Wird aber bewiesen, daß der Besizer entweder schon aus der Natur der an sich gebrachten Sache, oder aus dem auffal-

lend zu geringen Preise derselben, oder aus den bekannten persönlichen Eigenschaften seines Vormannes, aus dessen Gewerbe oder anderen Verhältnissen einen gegründeten Verdacht gegen die Redlichkeit seines Besizes hätte schöpfen können; so muß er als ein unredlicher Besizer die Sache dem Eigenthümer abtreten.

## §. 369.

Was dem  
Kläger zu  
beweisen ob-  
liege?

Wer die Eigenthumsklage übernimmt, muß den Beweis führen, daß der Beklagte die eingeklagte Sache in seiner Macht habe, und daß diese Sache sein Eigenthum sey.

## §. 370.

Wer eine bewegliche Sache gerichtlich zurück fordert, muß sie durch Merkmale beschreiben, wodurch sie von allen ähnlichen Sachen gleicher Gattung ausgezeichnet wird.

## §. 371.

Sachen, die sich auf diese Art nicht unterscheiden lassen, wie bares Geld mit anderem baren Gelde vermengt, oder auf den Ueberbringer lautende Schuldbriefe, sind also in der Regel kein Gegenstand der Eigenthumsklage; wenn nicht solche

Umstände eintreten, aus denen der Kläger sein Eigenthumsrecht beweisen kann, und aus denen der Beklagte wissen mußte, daß er die Sache sich zuzuwenden nicht berechtigt sey.

§. 372.

Wenn der Kläger mit dem Beweise des erworbenen Eigenthumes einer ihm vor-  
 enthaltenen Sache zwar nicht ausreicht,  
 aber den gültigen Titel, und die echte Art,  
 wodurch er zu ihrem Besitze gelangt ist, dar-  
 gethan hat; so wird er doch in Rücksicht  
 eines jeden Besizers, der keinen, oder nur  
 einen schwächeren Titel seines Besizes anzu-  
 geben vermag, für den wahren Eigenthümer  
 gehalten.

b) Eigen-  
 thumsklage  
 aus dem  
 rechtlich ver-  
 mutheten  
 Eigenthume  
 des Klägers.

Gegen wel-  
 chen Besitzer  
 diese Ver-  
 muthung  
 eintrete?

§. 373.

Wenn also der Beklagte die Sache auf  
 eine unredliche oder unrechtmäßige Weise  
 besitzt; wenn er keinen oder nur einen ver-  
 dächtigen Vormann anzugeben vermag;  
 oder, wenn er die Sache ohne Entgelt,  
 der Kläger aber gegen Entgelt erhalten hat;  
 so muß er dem Kläger weichen.

§. 374.

Haben der Beklagte und der Kläger

einen gleichen Titel ihres echten Besizes; so gebührt dem Beklagten Kraft des Besizes der Vorzug.

## §. 375.

Wer eine Sache in fremdem Rahmen besitzt, kann sich gegen die Eigenthumsklage dadurch schützen, daß er seinen Vormann nachmahhaft macht, und sich darüber ausweist.

## §. 376.

Gesetzliche  
Folge:

a) der Ab-  
läugnung  
des Besizes;

Wer den Besitz einer Sache vor Gericht läugnet und dessen überwiesen wird, muß dem Kläger deswegen allein schon den Besitz abtreten; doch behält er das Recht, in der Folge seine Eigenthumsklage anzustellen.

## §. 377.

b) des vor-  
gegebenen  
Besizes;

Wer eine Sache, die er nicht besitzt, zu besitzen vorgibt, und den Kläger dadurch irreführt, haftet für allen daraus entstehenden Schaden.

## §. 378.

c) des auf-  
gegebenen  
Besizes der  
streitigen  
Sache.

Wer eine Sache im Besitze hatte, und nach zugestellter Klage fahren ließ, muß sie dem Kläger, wenn dieser sich nicht an den wirklichen Inhaber halten will, auf seine



**Kosten zurück verschaffen, oder den außerordentlichen Werth derselben ersetzen.**

§. 379.

Was sowohl der redliche als unredliche Was der  
Besitzer dem Eigenthümer in Ansehung des Besitzer dem  
entgangenen Nutzens, oder des erlittenen Eigenthü-  
Schadens zu ersetzen habe, ist in dem vori- mer ersatte.  
gen Hauptstücke bestimmt worden.

## Drittes Hauptstück.

### Von Erwerbung des Eigenthumes durch Zueignung.

§. 380.

Rechtliche  
Erforderniß  
se der Er-  
werbung. Ohne Titel und ohne rechtliche Erwer-  
bungsart kann kein Eigenthum erlangt  
werden.

§. 381.

Titel und  
Art der un-  
mittelbaren  
Erwerbung. Bey frey stehenden Sachen besteht der  
Titel in der angeborenen Freyheit, sie in Be-  
sitz zu nehmen. Die Erwerbungsart ist die  
Die Zu-  
eignung. Zueignung, wodurch man sich einer frey ste-  
henden Sache bemächtigt, in der Absicht,  
sie als die seinige zu behandeln.

§. 382.

Frey stehende Sachen können von allen  
Mitgliedern des Staates durch die Zueig-  
nung erworben werden, in so fern dieses  
Befugniß nicht durch politische Gesetze ein-

**Von Erwerb. des Eigenth. durch Zueignung. 37**  
geschränkt ist, oder einigen Mitgliedern das  
Vorrecht der Zueignung zusteht.

§. 383.

Dieses gilt insbesondere von dem Thier- <sup>1) Durch den</sup>  
fange. Dem das Recht zu jagen oder zu Thierfang.  
fischen gebühre; wie der übermäßige An-  
wuchs des Wildes gehemmet, und der vom  
Wildbe verurteilte Schaden ersetzt werde;  
wie der Honigraub, der durch fremde Bie-  
nen geschieht, zu verhindern sey; ist in den  
politischen Gesetzen festgesetzt. Wie Wild-  
diebe zu bestrafen seyn, wird in den Straf-  
gesetzen bestimmt.

§. 384.

Häusliche Bienenschwärme und andere  
zahme oder zahm gemachte Thiere sind kein  
Gegenstand des freien Thierfanges, viel-  
mehr hat der Eigenthümer das Recht, sie  
auf fremdem Grunde zu verfolgen; doch soll  
er dem Grundbesitzer den ihm etwa verur-  
sachten Schaden ersetzen. Im Falle, daß  
der Eigenthümer des Mutterstockes den  
Schwarm durch zwey Tage nicht verfolgt  
hat; oder, daß ein zahm gemachtes Thier  
durch zwey und vierzig Tage von selbst aus-  
geblieben ist, kann sie auf gemeinem Grunde

jedermann; auf dem feinigen der Grundeigenthümer für ſich nehmen und behalten.

§. 385.

2) Durch das Finden frey ſtehender Sachen.

Keine Privat-Person iſt berechtigt, die dem Staate durch die politiſchen Verordnungen vorbehaltenen Erzeugniſſe ſich zuzueignen.

§. 386.

Bewegliche Sachen, welche der Eigenthümer nicht mehr als die ſeinigen behalten will, und daher verläßt, kann ſich jedes Mitglied des Staates eigen machen.

§. 387.

In wie fern Grundſtücke wegen gänzlicher Unterlaſſung ihres Anbaues, oder Gebäude wegen der unterlaſſenen Herſtellung für verlaſſen anzusehen, oder einzuziehen ſeyn, beſtimmen die politiſchen Geſetze.

§. 388.

Vorſchriften über das Finden:

2) verlornen Sachen;

Es iſt im Zweifel nicht zu vermuthen, daß jemand ſein Eigenthum wolle fahren laſſen; daher darf kein Finder eine gefundene Sache für verlaſſen anſehen und ſich dieſelbe zueignen. Noch weniger darf ſich jemand des Strandrechtes anmaßen.

§. 389.

Der Finder ist also verbunden, dem vorigen Besitzer, wenn er aus den Merkmalen der Sache, oder aus anderen Umständen deutlich erkannt wird, die Sache zurück zu geben. Ist ihm der vorige Besitzer nicht bekannt, so muß er, wenn das Gefundene Einen Gulden am Werthe übersteigt, den Fund innerhalb acht Tagen auf die an jedem Orte gewöhnliche Art bekannt machen lassen, und wenn die gefundene Sache mehr als zwölf Gulden werth ist, den Vorfall der Ortsobrigkeit anzeigen.

§. 390.

Die Obrigkeit hat die gemachte Anzeige, ohne die besonderen Merkmale der gefundenen Sache zu berühren, ungesäumt auf die an jedem Orte gewöhnliche Art; wenn aber der Eigenthümer in einer den Umständen angemessenen Zeitfrist sich nicht entdeckt, und der Werth der gefundenen Sache fünf und zwanzig Gulden übersteigt, drey Mal durch die öffentlichen Zeitungsblätter bekannt zu machen. Kann die gefundene Sache nicht ohne Gefahr in den Händen des Finders gelassen werden, so muß die Sache, oder, wenn

diese nicht ohne merklichen Schaden aufbewahrt werden könnte, der durch die öffentliche Feilbiethung daraus gelöste Werth gerichtlich hinterlegt, oder einem Dritten zur Verwahrung übergeben werden.

§. 391.

Wenn sich der vorige Inhaber oder Eigenthümer der gefundenen Sache in einer Jahresfrist, von der Zeit der vollendeten Kundmachung, meldet, und sein Recht gehörig darthut, wird ihm die Sache oder das daraus gelöste Geld verabsolget. Er ist jedoch verbunden, die Auslagen zu vergüten, und dem Finder auf Verlangen Zehen von Hundert des gemeinen Werthes als Finderlohn zu entrichten. Wenn aber nach dieser Berechnung die Belohnung eine Summe von tausend Gulden erreicht hat; so soll sie in Rücksicht des Uebermaßes nur zu fünf von Hundert ausgemessen werden.

§. 392.

Wird die gefundene Sache innerhalb der Jahresfrist von niemanden mit Recht angesprochen, so erhält der Finder das Recht, die Sache oder den daraus gelösten Werth zu benützen. Meldet sich der vorige Inhaber

**Von Erwerb. des Eigenth. durch Zueignung. 41**  
in der Folge, so muß ihm nach Abzug der Kosten und des Finderlohnes die Sache, oder der gelöste Werth sammt den etwa daraus gezogenen Zinsen zurück gestellt werden. Erst nach der Verjährungszeit erlangt der Finder, gleich einem redlichen Besitzer, das Eigenthumsrecht.

§. 393.

Wer immer die in den §§. 388—392 angeführten Vorschriften außer Acht läßt, haftet für alle schädliche Folgen. Läßt sie der Finder außer Acht, so verwirkt er auch den Finderlohn, und macht sich zu Folge des Strafgesetzbuches noch über dieß nach Umständen des Betruges schuldig.

§. 394.

Mehreren Personen, welche eine Sache zugleich gefunden haben, kommen in Rücksicht derselben gleiche Verbindlichkeiten und Rechte zu. Unter die Mitfinder wird auch derjenige gezählt, welcher zuerst die Sache entdeckt, und nach derselben gestrebt hat, obgleich ein Anderer sie früher an sich gezogen hätte.

## §. 395.

d) verbor-  
gener Ge-  
genstände;

Werden vergrabene, eingemauerte oder sonst verborgene Sachen eines unbekannten Eigenthümers entdeckt; muß die Anzeige so, wie bey dem Funde überhaupt, gemacht werden.

## §. 396.

Wird der Eigenthümer aus den äußerlichen Merkmalen oder anderen Umständen entdeckt, so ist ihm die Sache zuzustellen; er muß aber, wenn er nicht beweisen kann, schon ehe Kenntniß davon gehabt zu haben, dem Finder den §. 391 ausgemessenen Finderlohn entrichten.

## §. 397.

In dem Falle, daß sich der Eigenthümer nicht sogleich erkennen läßt, muß die Obrigkeit nach den Vorschriften der §§. 390—392 verfahren.

## §. 398.

a) eines  
Schatzes;

Bestehen die entdeckten Sachen in Geld, Schmuck oder anderen Kostbarkeiten, die so lange im Verborgenen gelegen haben, daß man ihren vorigen Eigenthümer nicht mehr erfahren kann, dann heißen sie ein Schatz.



Die Entdeckung eines Schazes ist von der Obrigkeit der Landesstelle anzuzeigen.

§. 399.

Von einem Schaze wird der dritte Theil zum Staatsvermögen gezogen. Von den zwey übrigen Drittheilen erhält Eines der Finder, das andere der Eigenthümer des Grundes. Ist das Eigenthum des Grundes getheilt; so fällt das Drittheil dem Ober- und Nutzungseigenthümer zu gleichen Theilen zu.

§. 400.

Wer sich dabey einer unerlaubten Handlung schuldig gemacht; wer ohne Wissen und Willen des Nutzungseigenthümers den Schaz aufgesucht, oder den Fund verheimlicht hat, dessen Antheil soll dem Angeber, oder, wenn kein Angeber vorhanden ist, dem Staate zufallen.

§. 401.

Finden Arbeitsleute zufälliger Weise einen Schaz, so gebührt ihnen als Findern ein Drittheil davon. Sind sie aber von dem Eigenthümer ausdrücklich zur Auffuchung eines Schazes gedungen worden, so müssen sie sich mit ihrem ordentlichen Lohne begnügen.

§. 402.

3) von der Beute.

Ueber das Recht der Beute und der von dem Feinde zurück erbeuteten Sachen sind die Vorschriften in den Kriegsgesetzen enthalten.

§. 403.

Von dem Rechte aus der Rettung einer fremden beweglichen Sache.

Wer eine fremde bewegliche Sache von dem unvermeidlichen Verluste oder Untergange rettet, ist berechtigt, von dem rückfordernden Eigenthümer den Ersatz seines Aufwandes und eine verhältnißmäßige Belohnung von höchstens Zehen von Hundert zu fordern.

---

## Viertes Hauptstück.

### Von Erwerbung des Eigenthumes durch Zuwachs.

#### §. 404.

**Zuwachs** heißt Alles, was aus einer Sache Zuwachs. entsteht, oder neu zu derselben kommt, ohne daß es dem Eigenthümer von jemand Anderen übergeben worden ist. Der Zuwachs wird durch Natur, durch Kunst, oder durch beyde zugleich bewirkt.

#### §. 405.

Die natürlichen Früchte eines Grundes, nämlich solche Nutzungen, die er, ohne be-  
arbeitet zu werden, hervor bringt, als: Kräuter, Schwämme und dergleichen, wachsen dem Eigenthümer des Grundes, so wie alle Nutzungen, welche aus einem Thiere entstehen, dem Eigenthümer des Thieres zu.

1. Natürlicher Zuwachs:

a) an Natur-Producten;

b) Werfen der Thiere;

## §. 406.

Der Eigenthümer eines Thieres, welches durch das Thier eines Anderen befruchtet wird, ist diesem keinen Lohn schuldig, wenn er nicht bedungen worden ist.

## §. 407.

a) Inseln;

Wenn in der Mitte eines Gewässers eine Insel entsteht, so sind die Eigenthümer der nach der Länge derselben an beyden Ufern liegenden Grundstücke ausschließend befugt, die entstandene Insel in zwey gleichen Theilen sich zuzueignen, und nach Maß der Länge ihrer Grundstücke unter sich zu theilen. Entsteht die Insel auf der einen Hälfte des Gewässers, so hat der Eigenthümer des näheren Uferlandes allein darauf Anspruch. Inseln auf schiffbaren Flüssen bleiben dem Staate vorbehalten.

## §. 408.

Werden bloß durch die Austrocknung des Gewässers, oder durch desselben Theilung in mehrere Arme, Inseln gebildet, oder Grundstücke überschwemmt; so bleiben die Rechte des vorigen Eigenthumes unverletzt.

§. 409.

Wenn ein Gewässer sein Bett verläßt, <sup>d) vom verlassenen Wasserbette;</sup> so haben vor Allem die Grundbesitzer, welche durch den neuen Lauf des Gewässers Schaden leiden, das Recht, aus dem verlassenen Bette oder dessen Werthe entschädigt zu werden.

§. 410.

Außer dem Falle einer solchen Entschädigung gehört das verlassene Bett, so wie von einer entstandenen Insel verordnet wird, den angrenzenden Uferbesitzern.

§. 411.

Das Erdreich, welches ein Gewässer unmerklich an ein Ufer anspült, gehört dem Eigenthümer des Ufers. <sup>e) vom Anspülen;</sup>

§. 412.

Wird aber ein merklicher Erdtheil durch die Gewalt des Flusses an ein fremdes Ufer gelegt; so verliert der vorige Besitzer sein Eigenthumsrecht darauf nur in dem Falle, wenn er es in einer Jahresfrist nicht ausübt. <sup>f) vom abgerissenen Lande.</sup>

§. 413.

Jeder Grundbesitzer ist befugt, sein Ufer gegen das Ausreißen des Flusses zu

befestigen. Allein niemand darf solche Werke oder Pflanzungen anlegen, die den ordentlichen Lauf des Flusses verändern, oder die der Schifffahrt, den Mühlen, der Fischerey oder anderen fremden Rechten nachtheilig werden könnten. Ueberhaupt können ähnliche Anlagen nur mit Erlaubniß der politischen Behörde gemacht werden.

## §. 414.

II. Künstl.  
cher Zu-  
wachs durch  
Verarbei-  
tung oder  
Vereinigung  
über-  
haupt;

Wer fremde Sachen verarbeitet, wer sie mit den seinigen vereinigt, vermengt, oder vermischt, erhält dadurch noch keinen Anspruch auf das fremde Eigenthum.

## §. 415.

Können dergleichen verarbeitete Sachen in ihren vorigen Stand zurück gebracht; vereinigte, vermengte oder vermischte Sachen wieder abgesondert werden; so wird einem jeden Eigenthümer das Seinige zurück gestellt, und demjenigen Schadloshaltung geleistet, dem sie gebührt. Ist die Zurücksetzung in den vorigen Stand, oder die Absonderung nicht möglich, so wird die Sache den Theilnehmern gemein; doch steht demjenigen, mit dessen Sache der Andere durch Verschulden die Vereinigung vorge-

nommen hat, die Wahl frey, ob er den ganzen Gegenstand gegen Ersaz der Verbesserung behalten, oder ihn dem Anderen ebenfalls gegen Vergütung überlassen wolle. Der schuldtragende Theilnehmer wird nach Beschaffenheit seiner redlichen oder unredlichen Absicht behandelt. Kann aber keinem Theile ein Verschulden beygemessen werden, so bleibt dem, dessen Antheil mehr werth ist, die Auswahl vorbehalten.

§. 416.

Werden fremde Materialien nur zur Ausbesserung einer Sache verwendet, so fällt die fremde Materie dem Eigenthümer der Hauptsache zu, und dieser ist verbunden, nach Beschaffenheit seines redlichen oder unredlichen Verfahrens, dem vorigen Eigenthümer der verbrauchten Materialien den Werth derselben zu bezahlen.

§. 417.

Wenn jemand auf eigenem Boden ein Gebäude aufführet, und fremde Materialien dazu verwendet hat, so bleibt das Gebäude zwar sein Eigenthum; doch muß selbst ein redlicher Bauführer dem Beschädigten die Materialien, wenn er sie außer den im

insbeson-  
dere bey einem  
Bau.

§. 367 angeführten Verhältnissen an sich gebracht hat, nach dem gemeinen; ein unredlicher aber muß sie nach dem höchsten Preise, und überdieß noch allen anderweitigen Schaden ersetzen.

§. 418.

Hat im entgegen gesetzten Falle jemand mit eigenen Materialien, ohne Wissen und Willen des Eigenthümers, auf fremdem Grunde gebauet, so fällt das Gebäude dem Grundeigenthümer zu. Der redliche Bauführer kann den Ersatz der nothwendigen und nützlichen Kosten fordern; der unredliche wird gleich einem Geschäftsführer ohne Auftrag behandelt. Hat der Eigenthümer des Grundes die Bauführung gewußt, und sie nicht sogleich dem redlichen Bauführer untersagt, so kann er nur den gemeinen Werth für den Grund fordern.

§. 419.

Ist das Gebäude auf fremdem Grunde, und aus fremden Materialien entstanden, so wächst auch in diesem Falle das Eigenthum desselben dem Grundeigenthümer zu. Zwischen dem Grundeigenthümer und dem Bauführer treten die nämlichen Rechte



**Von Erwerb. d. Eigenthumes durch Zuwachs. 51**  
und Verbindlichkeiten, wie in dem vorstehenden Paragraphe, ein, und der Bauführer muß dem vorigen Eigenthümer der Materialien, nach Beschaffenheit seiner redlichen oder unredlichen Absicht, den gemeinen oder den höchsten Werth ersetzen.

§. 420.

Was bisher wegen der mit fremden Materialien aufgeführten Gebäude bestimmt worden ist, gilt auch für die Fälle, wenn ein Feld mit fremdem Samen besät, oder mit fremden Pflanzen besetzt worden ist. Ein solcher Zuwachs gehört dem Eigenthümer des Grundes, wenn anders die Pflanzen schon Wurzel geschlagen haben.

III. Vermischter Zuwachs.

§. 421.

Das Eigenthum eines Baumes wird nicht nach den Wurzeln, die sich in einem angränzenden Grunde verbreiten, sondern nach dem Stamme bestimmt, der aus dem Grunde hervorragt. Steht der Stamm auf den Gränzen mehrerer Eigenthümer, so ist ihnen der Baum gemein.

§. 422.

Jeder Grundeigenthümer kann die

Wurzeln eines fremden Baumes aus seinem Boden reißen, und die über seinem Luftraume hängenden Aeste abschneiden oder sonst benützen.

---

## Fünftes Hauptstück.

### Von Erwerbung des Eigenthumes durch Uebergabe.

#### §. 423.

**S**achen, die schon einen Eigenthümer haben, werden mittelbar erworben, indem sie auf eine rechtliche Art von dem Eigenthümer auf einen Anderen übergehen. .

Mittelbare  
Erwerbung.

#### §. 424.

Der Titel der mittelbaren Erwerbung liegt in einem Vertrage; in einer Verfügung auf den Todesfall; in dem richterlichen Ausspruche; oder, in der Anordnung des Gesetzes.

Titel derselben.

#### §. 425.

Der bloße Titel gibt noch kein Eigenthum. Das Eigenthum und alle dingliche

Mittelbare  
Erwer-  
bungsart.

§. 402.

3) von der Beute.

Ueber das Recht der Beute und der von dem Feinde zurück erbeuteten Sachen sind die Vorschriften in den Kriegsgesetzen enthalten.

§. 403.

Von dem Rechte aus der Rettung einer fremden beweglichen Sache.

Wer eine fremde bewegliche Sache von dem unvermeidlichen Verluste oder Untergange rettet, ist berechtigt, von dem rückfordernden Eigenthümer den Ersatz seines Aufwandes und eine verhältnißmäßige Belohnung von höchstens Zehen von Hundert zu fordern.

---

## Viertes Hauptstück.

### Von Erwerbung des Eigenthumes durch Zuwachs.

§. 404.

**Zuwachs** heißt Alles, was aus einer Sache Zuwachs. entsteht, oder neu zu derselben kommt, ohne daß es dem Eigenthümer von jemand Anderen übergeben worden ist. Der Zuwachs wird durch Natur, durch Kunst, oder durch beyde zugleich bewirkt.

§. 405.

Die natürlichen Früchte eines Grundes, 1. Natürlicher Zu-  
nämlich solche Nutzungen, die er, ohne be- wachs:  
arbeitet zu werden, hervor bringt, als: a) an Natur-Produ-  
Kräuter, Schwämme und dergleichen, wach- ten;  
sen dem Eigenthümer des Grundes, so wie  
alle Nutzungen, welche aus einem Thiere ent- b) Werfen der Thiere;  
stehen, dem Eigenthümer des Thieres zu.

## §. 406.

Der Eigenthümer eines Thieres, welches durch das Thier eines Anderen befruchtet wird, ist diesem keinen Lohn schuldig, wenn er nicht bedungen worden ist.

## §. 407.

a) Inseln;

Wenn in der Mitte eines Gewässers eine Insel entsteht, so sind die Eigenthümer der nach der Länge derselben an beyden Ufern liegenden Grundstücke ausschließend befugt, die entstandene Insel in zwey gleichen Theilen sich zuzueignen, und nach Maß der Länge ihrer Grundstücke unter sich zu theilen. Entsteht die Insel auf der einen Hälfte des Gewässers, so hat der Eigenthümer des näheren Uferlandes allein darauf Anspruch. Inseln auf schiffbaren Flüssen bleiben dem Staate vorbehalten.

## §. 408.

Werden bloß durch die Austrocknung des Gewässers, oder durch desselben Theilung in mehrere Arme, Inseln gebildet, oder Grundstücke überschwemmt; so bleiben die Rechte des vorigen Eigenthumes unverletzt.

§. 409.

Wenn ein Gewässer sein Bett verläßt, <sup>a) vom verlassenen Wasserbette;</sup> so haben vor Allem die Grundbesitzer, welche durch den neuen Lauf des Gewässers Schaden leiden, das Recht, aus dem verlassenen Bette oder dessen Werthe entschädigt zu werden.

§. 410.

Außer dem Falle einer solchen Entschädigung gehört das verlassene Bett, so wie von einer entstandenen Insel verordnet wird, den angrenzenden Uferbesitzern.

§. 411.

Das Erdreich, welches ein Gewässer unmerklich an ein Ufer anspült, gehört dem Eigenthümer des Ufers. <sup>e) vom Ausspülen;</sup>

§. 412.

Wird aber ein merklicher Erdtheil durch die Gewalt des Flusses an ein fremdes Ufer gelegt; so verliert der vorige Besitzer sein Eigenthumsrecht darauf nur in dem Falle, wenn er es in einer Jahresfrist nicht ausübt. <sup>f) vom abgerissenen Lande.</sup>

§. 413.

Jeder Grundbesitzer ist befugt, sein Ufer gegen das Ausreißen des Flusses zu

befestigen. Allein niemand darf solche Werke oder Pflanzungen anlegen, die den ordentlichen Lauf des Flusses verändern, oder die der Schifffahrt, den Mühlen, der Fischerey oder anderen fremden Rechten nachtheilig werden könnten. Ueberhaupt können ähnliche Anlagen nur mit Erlaubniß der politischen Behörde gemacht werden.

## §. 414.

II. Künstl.  
cher Zu-  
wachs durch  
Verarbei-  
tung oder  
Vereinigung  
über-  
haupt;

Wer fremde Sachen verarbeitet, wer sie mit den seinigen vereinigt, vermengt, oder vermischt, erhält dadurch noch keinen Anspruch auf das fremde Eigenthum.

## §. 415.

Können dergleichen verarbeitete Sachen in ihren vorigen Stand zurück gebracht; vereinigte, vermengte oder vermischte Sachen wieder abge sondert werden; so wird einem jeden Eigenthümer das Seinige zurück gestellt, und demjenigen Schadloshaltung geleistet, dem sie gebührt. Ist die Zurücksetzung in den vorigen Stand, oder die Absonderung nicht möglich, so wird die Sache den Theilnehmern gemein; doch steht demjenigen, mit dessen Sache der Andere durch Verschulden die Vereinigung vorge-



nommen hat, die Wahl frey, ob er den ganzen Gegenstand gegen Ersatz der Verbesserung behalten, oder ihn dem Anderen ebenfalls gegen Vergütung überlassen wolle. Der schuldtragende Theilnehmer wird nach Beschaffenheit seiner redlichen oder unredlichen Absicht behandelt. Kann aber keinem Theile ein Verschulden bemessen werden, so bleibt dem, dessen Antheil mehr werth ist, die Auswahl vorbehalten.

§. 416.

Werden fremde Materialien nur zur Ausbesserung einer Sache verwendet, so fällt die fremde Materie dem Eigenthümer der Hauptsache zu, und dieser ist verbunden, nach Beschaffenheit seines redlichen oder unredlichen Verfahrens, dem vorigen Eigenthümer der verbrauchten Materialien den Werth derselben zu bezahlen.

§. 417.

Wenn jemand auf eigenem Boden ein Gebäude aufführet, und fremde Materialien dazu verwendet hat, so bleibt das Gebäude zwar sein Eigenthum; doch muß selbst ein redlicher Bauführer dem Beschädigten die Materialien, wenn er sie außer den im

insbesonde-  
re bey einem  
Bau.

§. 367 angeführten Verhältnissen an sich gebracht hat, nach dem gemeinen; ein unredlicher aber muß sie nach dem höchsten Preise, und überdieß noch allen anderweitigen Schaden ersetzen.

§. 418.

Hat im entgegen gesetzten Falle jemand mit eigenen Materialien, ohne Wissen und Willen des Eigenthümers, auf fremdem Grunde gebauet, so fällt das Gebäude dem Grundeigenthümer zu. Der redliche Bauführer kann den Ersatz der nothwendigen und nützlichen Kosten fordern; der unredliche wird gleich einem Geschäftsführer ohne Auftrag behandelt. Hat der Eigenthümer des Grundes die Bauführung gewußt, und sie nicht sogleich dem redlichen Bauführer untersagt, so kann er nur den gemeinen Werth für den Grund fordern.

§. 419.

Ist das Gebäude auf fremdem Grunde, und aus fremden Materialien entstanden, so wächst auch in diesem Falle das Eigenthum desselben dem Grundeigenthümer zu. Zwischen dem Grundeigenthümer und dem Bauführer treten die nämlichen Rechte

**Von Erwerb. d. Eigenthumes durch Zuwachs. 51**  
und Verbindlichkeiten, wie in dem vorstehenden Paragraphe, ein, und der Bauführer muß dem vorigen Eigenthümer der Materialien, nach Beschaffenheit seiner redblichen oder unredblichen Absicht, den gemeinen oder den höchsten Werth ersetzen.

§. 420.

Was bisher wegen der mit fremden Materialien aufgeführten Gebäude bestimmt worden ist, gilt auch für die Fälle, wenn ein Feld mit fremdem Samen besäet, oder mit fremden Pflanzen besetzt worden ist. Ein solcher Zuwachs gehört dem Eigenthümer des Grundes, wenn anders die Pflanzen schon Wurzel geschlagen haben.

III. Vermischter Zuwachs.

§. 421.

Das Eigenthum eines Baumes wird nicht nach den Wurzeln, die sich in einem angränzenden Grunde verbreiten, sondern nach dem Stamme bestimmt, der aus dem Grunde hervorragt. Steht der Stamm auf den Gränzen mehrerer Eigenthümer, so ist ihnen der Baum gemein.

§. 422.

Jeder Grundeigenthümer kann die

Wurzeln eines fremden Baumes aus seinem Boden reißen, und die über seinem Luftraume hängenden Aeste abschneiden oder sonst benützen.

---

## Fünftes Hauptstück.

### Von Erwerbung des Eigenthumes durch Uebergabe.

#### §. 423.

**S**achen, die schon einen Eigenthümer haben, werden mittelbar erworben, indem sie auf eine rechtliche Art von dem Eigenthümer auf einen Anderen übergehen. .

Mittelbare  
Erwerbung.

#### §. 424.

Der Titel der mittelbaren Erwerbung liegt in einem Vertrage; in einer Verfügung auf den Todesfall; in dem richterlichen Ausspruche; oder, in der Anordnung des Gesetzes.

Titel derselben.

#### §. 425.

Der bloße Titel gibt noch kein Eigenthum. Das Eigenthum und alle dingliche

Mittelbare  
Erwer-  
bungsart.

Rechte überhaupt können, außer den in dem Gesetze bestimmten Fällen, nur durch die rechtliche Uebergabe und Uebernahme erworben werden.

§. 426.

Arten der Uebergabe:

1) bey beweglichen Sachen:

a) körperliche Uebergabe;

Bewegliche Sachen können in der Regel nur durch körperliche Uebergabe von Hand zu Hand an einen Anderen übertragen werden.

§. 427.

b) Uebergabe durch Zeichen;

Bei solchen beweglichen Sachen aber, welche ihrer Beschaffenheit nach keine körperliche Uebergabe zulassen, wie bey Schuldforderungen, Frachtgütern, bey einem Waarenlager oder einer anderen Gesamtsache, gestattet das Gesetz die Uebergabe durch Zeichen, indem der Eigenthümer dem Uebernehmer die Urkunden, wodurch das Eigenthum dargethan wird, oder die Werkzeuge übergibt, durch die der Uebernehmer in den Stand gesetzt wird, ausschließend den Besitz der Sache zu ergreifen; oder, indem man mit der Sache ein Merkmal verbindet, woraus jedermann deutlich erkennen kann, daß die Sache einem Anderen überlassen worden ist.

§. 428.

Durch Erklärung wird die Sache übergeben, wenn der Veräußerer auf eine erweisliche Art seinen Willen an den Tag legt, daß er die Sache künftig im Rahmen des Uebernehmers inne habe; oder, daß der Uebernehmer die Sache, welche er bisher ohne ein dingliches Recht inne hatte, künftig aus einem dinglichen Rechte besitzen solle.

c) durch Erklärung.

§. 429.

In der Regel werden überschickte Sachen erst dann für übergeben gehalten, wenn sie der Uebernehmer erhält; es wäre denn, daß dieser die Uberschickungsart selbst bestimmt oder genehmiget hätte.

Folge in Rücksicht der überlieferten,

§. 430.

Hat ein Eigenthümer eben dieselbe bewegliche Sache an zwey verschiedene Personen, an Eine mit, an die Andere ohne Uebergabe veräußert; so gebühret sie derjenigen, welcher sie zuerst übergeben worden ist; doch hat der Eigenthümer dem verletzten Theile zu haften.

oder, an Mehrere veräußerten Sachen.

§. 431.

Zur Uebertragung des Eigenthums unbeweglicher Sachen muß das Erwer-

a) Uebergabe unbeweglicher Sachen mittel

Einverleibung in die öffentlichen Bücher.

lungsgeschäft in die dazu bestimmten öffentlichen Bücher eingetragen werden. Diese Eintragung nennt man Einverleibung (Intabulation.)

§. 432.

Bedingungen derselben.

Vor Allem ist zur Einverleibung in das öffentliche Buch nothwendig, daß derjenige, von dem das Eigenthum auf einen Andern übergehen soll, selbst schon als Eigenthümer einverleibt sey.

§. 433.

Insbeson-  
dere bey einer  
Erwerbung:  
a) durch Ver-  
trag;

Zur weiteren Uebertragung mittelst Vertrages ist es bey Bauerngütern genug, wenn der Uebergeber und Uebernehmer, oder auch nur der Uebergeber allein, vor der Grundobrigkeit erscheint, und die Einverleibung des Erwerbungsgeschäftes in das öffentliche Buch bewirkt.

§. 434.

Wenn aber der Uebergeber nicht persönlich erscheint, und in allen, städtische oder landtäfeliche Güter betreffenden Fällen, muß über das Erwerbungsgeschäft eine schriftliche Urkunde aufgesetzt, und sowohl von den Vertrag schließenden Theilen, als



Von Erwerb. d. Eigenthumes durch Uebergabe. 57  
von zwey glaubwürdigen Männern als Zeu-  
gen gefertigt werden.

§. 435.

In einer solchen Urkunde müssen die  
Personen, welche das Eigenthum überge-  
ben und übernehmen, die Sache, welche  
übergeben werden soll, mit ihren Gränzen;  
der Titel der Erwerbung; ferner, der Ort  
und die Zeit des geschlossenen Geschäftes  
bestimmt angemerket, und es muß von dem  
Uebergeber in dieser oder in einer beson-  
deren Urkunde die Bewilligung ertheilet  
werden, daß der Uebernehmer als Eigen-  
thümer einverleibt werden könne.

§. 436.

Wenn das Eigenthum unbeweglicher  
Sachen zu Folge eines rechtskräftigen Ur-  
theiles, gerichtlichen Theilungs-Instrumen-  
tes, oder einer gerichtlichen Ueberantwor-  
tung einer Erbschaft übertragen werden soll;  
so ist ebenfalls die Einverleibung dieser Ur-  
kunden erforderlich.

b) durch Ur-  
theil und an-  
dere gericht-  
liche Urkun-  
den;

§. 437.

Eben so ist es, um das Eigenthum ei-  
nes vermachten unbeweglichen Gutes zu er-  
werben, nicht genug, daß die Anordnung

oder c) durch  
Vermächtni-  
ß.

des Erblassers überhaupt den öffentlichen Büchern einverleibt worden sey. Wer eine Forderung dieser Art hat, muß bey der Behörde noch die besondere Einverleibung des Vermächtnisses auswirken.

## §. 438.

Bedingte  
Aufzeich-  
nung in das  
öffentliche  
Buch; oder  
Vormer-  
kung.

Wenn derjenige, welcher das Eigenthum einer unbeweglichen Sache anspricht, darüber zwar eine glaubwürdige, aber nicht mit allen in den §§. 434 und 435 zur Einverleibung vorgeschriebenen Erfordernissen versehene Urkunde besitzt; so kann er doch, damit ihm niemand ein Vorrecht abgewinne, die bedingte Eintragung in das öffentliche Buch bewirken, welche Vormerkung (Pränotation) genannt wird. Dadurch erhält er ein bedingtes Eigenthumsrecht, und er wird, sobald er zu Folge richterlichen Ausspruches die Vormerkung gerechtfertiget hat, von der Zeit des nach gesetzlicher Ordnung eingereichten Vormerkungsgefuches, für den wahren Eigenthümer gehalten.

## §. 439.

Die geschehene Vormerkung muß sowohl demjenigen, der sie bewirkt hat, als

**Von Erwerb. d. Eigenthumes durch Uebergabe. 59**  
auch seinem Gegner durch Zustellung zu eigenen Händen bekannt gemacht werden. Der Vormerkungswerber muß binnen vierzehn Tagen, vom Tage der erhaltenen Zustellung, die ordentliche Klage zum Erweise des Eigenthumsrechtes einreichen; widrigen Falls soll die bewirkte Vormerkung auf Ansuchen des Gegners gelöscht werden.

§. 440.

Hat der Eigenthümer eben dieselbe unbewegliche Sache zwey verschiedenen Personen überlassen; so fällt sie derjenigen zu, welche früher die Einverleibung angesucht hat.

Vorschrift über die Collision der Einverleibungen.

§. 441.

So bald die Urkunde über das Eigenthumsrecht in das öffentliche Buch eingetragen ist, tritt der neue Eigenthümer in den rechtmäßigen Besitz.

Folgeder Erwerbung:  
a) in Rücksicht des Besitzes;

§. 442.

Wer das Eigenthum einer Sache erwirbt, erlangt auch die damit verbundenen Rechte. Rechte, die auf die Person des Uebergebers eingeschränkt sind, kann er nicht übergeben. Ueberhaupt kann niemand einem Anderen mehr Recht abtreten, als er selbst hat.

b) der damit verbundenen Rechte;

## §. 443.

e) Lasten.

Mit dem Eigenthume unbeweglicher Sachen werden auch die darauf lastenden, in den öffentlichen Büchern angemerkten Lasten übernommen. Wer diese Bücher nicht einsieht, leidet in allen Fällen für seine Nachlässigkeit. Andere Forderungen und Ansprüche, die jemand an den vorigen Eigenthümer hat, gehen nicht auf den neuen Erwerber über.

## §. 444.

Erlöschung  
des Eigen-  
thumsrech-  
tes.

Das Eigenthum überhaupt kann durch den Willen des Eigenthümers; durch das Gesetz; und durch richterlichen Ausspruch verloren gehen. Das Eigenthum der unbeweglichen Sachen wird aber nur durch die Löschung aus den öffentlichen Büchern aufgehoben.

## §. 445.

Ausdeh-  
nung dieser  
Vorschrif-  
ten auf an-  
dere ding-  
liche Rechte.

Nach den in diesem Hauptstücke über die Erwerbungs- und Erlöschungsart des Eigenthumsrechtes unbeweglicher Sachen gegebenen Vorschriften hat man sich auch bey den übrigen, auf unbewegliche Sachen sich beziehenden, dinglichen Rechten zu verhalten.

§. 446.

Auf was Art und mit welchen Vorsich-  
ten überhaupt bey Einverleibung dinglicher  
Rechte vorzugehen sey, ist in den über die  
Einrichtung der Landtafeln und Grundbücher  
bestehenden besonderen Anordnungen ent-  
halten.

Form und  
Vorsichten  
der Einver-  
leibungen.

## Sechstes Hauptstück.

### Von dem Pfandrechte.

§. 447.

Begriff von  
dem Pfand-  
rechte und  
Pfande.

Das Pfandrecht ist das dingliche Recht, welches dem Gläubiger eingeräumt wird, aus einer Sache, wenn die Verbindlichkeit zur bestimmten Zeit nicht erfüllet wird, die Befriedigung zu erlangen. Die Sache, worauf dem Gläubiger dieses Recht zusteht, heißt überhaupt ein Pfand.

§. 448.

Arten des  
Pfandes.

Als Pfand kann jede Sache dienen, die im Verkehre steht. Ist sie beweglich, so wird sie Handpfand, oder ein Pfand in enger Bedeutung genannt; ist sie unbeweglich, so heißt sie eine Hypothek oder ein Grundpfand.

§. 449.

Titel des

Das Pfandrecht beziehet sich zwar im

mer auf eine gültige Forderung, aber nicht jede Forderung gibt einen Titel zur Erwerbung des Pfandrechtes. Dieser gründet sich auf das Gesetz, auf einen richterlichen Ausspruch, auf einen Vertrag, oder den letzten Willen des Eigenthümers.

§. 450.

Die Fälle, in welchen das Gesetz jemanden das Pfandrecht einräumt, sind am gehörigen Orte dieses Gesetzbuches und bey dem Verfahren in Concurs-Fällen angegeben. In wie fern das Gericht ein Pfandrecht einräumen könne, bestimmt die Gerichtsordnung. Soll durch die Einwilligung des Schuldners oder eines Dritten, der seine Sache für ihn verhaftet, das Pfandrecht erworben werden; so dienen die Vorschriften von Verträgen und Vermächtnissen zur Richtschnur.

§. 451.

Um das Pfandrecht wirklich zu erwerben, muß der mit einem Titel versehene Gläubiger die verpfändete Sache, wenn sie beweglich ist, in Verwahrung nehmen, und, wenn sie unbeweglich ist, seine For-

Erwer-  
bungsart  
des Pfand-  
rechtes:  
a) durch  
körperliche  
Uebergabe;

b) durch  
Einverlei-  
bung in die  
öffentlichen  
Bücher;

derung auf die zur Erwerbung des Eigenthumes liegender Güter vorgeschriebene Art einverleiben lassen. Der Titel allein gibt nur ein persönliches Recht zu der Sache, aber kein dingliches Recht auf die Sache.

## §. 452.

a) durch  
symbolische  
Uebergabe;

Bei Verpfändung derjenigen beweglichen Sachen, welche keine körperliche Uebergabe von Hand zu Hand zulassen, muß man sich, wie bey der Uebertragung des Eigenthumes (§. 427), solcher Zeichen bedienen, woraus jedermann die Verpfändung leicht erfahren kann. Wer diese Vorsicht unterläßt, haftet für die nachtheiligen Folgen.

## §. 453.

d) durch  
die Vormer-  
kung.

Findet die Einverleibung einer Forderung in die öffentlichen Bücher wegen Mangels gesetzmäßiger Förmlichkeit in der Urkunde nicht Statt; so kann sich der Gläubiger vormerken (pränotiren) lassen. Durch diese Vormerkung erhält er ein bedingtes Pfandrecht, welches, wenn die Forderung auf die oben §§. 438 und 439 angeführte Art gerechtfertiget worden ist, von dem



Zeitpunkte des nach gesetzlicher Ordnung eingereichten Vormerkungsgefuches in ein unbedingtes übergeht.

§. 454.

Der Pfandinhaber kann sein Pfand, in- so weit er ein Recht darauf hat, einem Dritten wieder verpfänden, und in so fern wird es zum Aterpfande, wenn zugleich Letzterer sich dasselbe übergeben, oder die Aterverpfändung auf das Pfandrecht in die öffentlichen Bücher eintragen läßt.

Erwer-  
bung eines  
Aterpfan-  
des.

§. 455.

Wird der Eigenthümer von der weiteren Verpfändung benachrichtiget; so kann er seine Schuld nur mit Willen dessen, der das Aterpfand hat, dem Gläubiger abführen, oder er muß sie gerichtlich hinterlegen, sonst bleibt das Pfand dem Inhaber des Aterpfandes verhaftet.

§. 456.

Wird eine fremde bewegliche Sache ohne Einwilligung des Eigenthümers verpfändet, so hat dieser in der Regel zwar das Recht, sie zurück zu fordern; aber in solchen Fällen, in welchen die Eigenthums- klage gegen einen redlichen Besitzer nicht

Verpfän-  
dung einer  
fremden Sa-  
che.

Statt hat (§. 367), ist er verbunden, entweder den redlichen Pfandinhaber schadlos zu halten, oder das Pfand fahren zu lassen, und sich mit dem Ersatze gegen den Verpfänder zu begnügen.

## §. 457.

Objectiver  
Umfang des  
Pfandrech-  
tes.

Das Pfandrecht erstreckt sich auf alle zu dem freyen Eigenthume des Verpfänders gehörige Theile, auf Zuwachs und Zugehör des Pfandes, folglich auch auf die Früchte, in so lange sie noch nicht abgesondert oder bezogen sind. Wenn also ein Schuldner einem Gläubiger sein Gut, und einem anderen später die Früchte desselben verpfändet; so ist die spätere Verpfändung nur in Rücksicht auf die schon abgesonderten und bezogenen Früchte wirksam.

## §. 458.

Rechte und  
Verbind-  
lichkeiten  
des Pfand-  
gläubigers:  
a) bey Ent-  
deckung ei-  
nes unzurei-  
chenden  
Pfandes;

Wenn der Werth eines Pfandes durch Verschulden des Pfandgebers oder wegen eines erst offenbar gewordenen Mangels der Sache zur Bedeckung der Schuld nicht mehr zureichend gefunden wird; so ist der Gläubiger berechtigt, von dem Pfandgeber ein anderes angemessenes Pfand zu fordern.

§. 459.

Ohne Bewilligung des Pfandgebers darf der Gläubiger das Pfandstück nicht benützen; er muß es vielmehr genau bewahren, und, wenn es durch sein Verschulden in Verlust geräth, dafür haften. Geht es ohne sein Verschulden verloren, so verliert er deswegen seine Forderung nicht.

b) vor dem Verfall;

§. 460.

Hat der Gläubiger das Pfand weiter verpfändet; so haftet er selbst für einen solchen Zufall, wodurch das Pfand bey ihm nicht zu Grunde gegangen oder verschlimmert worden wäre.

§. 461.

Wird der Pfandgläubiger nach Verlauf der bestimmten Zeit nicht befriediget; so ist er befugt, die Feilbiethung des Pfandes gerichtlich zu verlangen. Das Gericht hat dabey nach Vorschrift der Gerichtsordnung zu verfahren.

c) nach dem Verfall der Forderung.

§. 462.

Vor der Feilbiethung des Gutes ist jedem darauf eingetragenen Pfandgläubiger die Einlösung der Forderung, wegen wel-

cher die Feilbiethung angesucht worden, zu gestatten.

§. 463.

Schuldner haben kein Recht, bey Versteigerung einer von ihnen verpfändeten Sache mitzubiethen.

§. 464.

Wird der Schuldbetrag aus dem Pfande nicht gelöst, so ersetzt der Schuldner das Fehlende; ihm fällt aber auch das zu, was über den Schuldbetrag gelöst wird.

§. 465.

In wie fern ein Pfandgläubiger sich an sein Pfand zu halten schuldig; oder, auf ein anderes Vermögen seines Schuldners zu greifen berechtigt sey, bestimmt die Gerichtsordnung.

§. 466.

Hat der Schuldner während der Verpfändungszeit das Eigenthum der verpfändeten Sache auf einen Anderen übertragen: so steht dem Gläubiger frey, erst sein persönliches Recht gegen den Schuldner, und dann seine volle Befriedigung an der verpfändeten Sache zu suchen.

§. 467.

Wenn die verpfändete Sache zerstört wird; wenn sich der Gläubiger seines Rechtes darauf gesetzmäßig begibt, oder, wenn er sie dem Schuldner ohne Vorbehalt zurück stellt; so erlischt zwar das Pfandrecht, Erlöschung des Pfandrechtes. aber die Schuldforderung besteht noch.

§. 468.

Das Pfandrecht erlischt ferner mit der Zeit, auf welche es eingeschränkt war, folglich auch mit dem zeitlichen Rechte des Pfandgebers auf die verpfändete Sache, wenn anders dieser Umstand dem Gläubiger bekannt war, oder aus den öffentlichen Büchern bekannt seyn konnte.

§. 469.

Durch Tilgung der Schuld hört das Pfandrecht auf. Der Pfandgeber ist aber die Schuld nur gegen dem zu tilgen verbunden, daß ihm das Pfand zugleich zurück gestellt werde. Zur Aufhebung einer Hypothek ist die Tilgung der Schuld allein nicht hinreichend. Ein Hypothekar-Gut bleibt so lange verhaftet, bis die Schuldurkunde aus den öffentlichen Büchern gelöscht ist.

§. 470.

Vom Vor-  
zugsrechte  
der Pfand-  
gläubiger.

Die Vorzugsrechte der Gläubiger bey  
dem Ausbruche eines Concurſes beſtimmt  
das Verfahren in Concurſ-Fällen.

§. 471.

Von dem  
Retentions-  
Rechte.

Weber der Pfandnehmer, noch irgend  
ein anderer Inhaber einer fremden Sache  
iſt nach Erlöſchung des ihm eingeräumten  
Rechtes befugt, dieſelbe aus dem Grunde  
einer Forderung zurück zu behalten. Er kann  
aber, wenn die in der Gerichtsordnung  
beſtimmten Erforderniſſe eintreten, und  
die Sache beweglich iſt, ſie in gerichtliche  
Verwahrung geben und mit Verboth be-  
legen, oder, wenn ſie unbeweglich iſt, die  
Sequeſtration derſelben anſuchen.

---

## Siebentes Hauptstück.

### Von Dienstbarkeiten.

#### (Servituten.)

§. 472.

Durch das Recht der Dienstbarkeit wird ein Eigenthümer verbunden, zum Vortheile eines Anderen in Rücksicht seiner Sache etwas zu dulden oder zu unterlassen. Es ist ein dingliches, gegen jeden Besitzer der dienstbaren Sache wirksames Recht.

Begriff des  
Rechtes der  
Dienstbar-  
keit.

§. 473.

Wird das Recht der Dienstbarkeit mit dem Besitze eines Grundstückes zu dessen vortheilhafteren oder bequemeren Benutzung verknüpft, so entsteht eine Grunddienstbarkeit; außer dem ist die Dienstbarkeit persönlich.

Eintheilung  
der Dienst-  
barkeiten in  
Grund-  
dienstbarkei-  
ten und per-  
sönliche;

§. 474.

Grunddienstbarkeiten setzen zwey Grundbesitzer voraus, deren Einem als Verpflicht.

in Feld-  
und Haus-  
Servituten.

teten das dienstbare; dem Anderen als Berechtigten das herrschende Gut gehört. Das herrschende Grundstück ist entweder zur Landwirthschaft oder zu einem anderen Gebrauche bestimmt; daher unterscheidet man auch die Feld- und Haus-Servituten.

## §. 475.

Gewöhnliche  
Arten:

a) der Haus-  
Servituten;

Die Haus-Servituten sind gewöhnlich:

- 1) Das Recht, eine Last seines Gebäudes auf ein fremdes Gebäude zu setzen;
- 2) Einen Balken oder Sparren in eine fremde Wand einzufügen;
- 3) Ein Fenster in der fremden Wand zu öffnen; es sey des Lichtes oder der Aussicht wegen;
- 4) Ein Dach oder einen Kerker über des Nachbars Lustraum zu bauen;
- 5) Den Rauch durch des Nachbars Schornstein zu führen;
- 6) Die Dachtraufe auf fremden Grund zu leiten;
- 7) Flüssigkeiten auf des Nachbars Grund zu gießen oder durchzuführen.

Durch diese und ähnliche Haus-Servituten wird ein Hausbesitzer befugt, et-



was auf dem Grunde seines Nachbarn vorzunehmen, was dieser dulden muß.

§. 476.

Durch andere Haus-Servituten wird der Besitzer des dienstbaren Grundes verpflichtet, etwas zu unterlassen, was ihm sonst zu thun frey stand. Dergleichen sind:

- 8) Sein Haus nicht zu erhöhen;
- 9) Es nicht niedriger zu machen;
- 10) Dem herrschenden Gebäude Licht und Luft;
- 11) Oder Aussicht nicht zu benehmen;
- 12) Die Dachtraufe seines Hauses von dem Grunde des Nachbarn, dem sie zur Bemässerung seines Gartens oder zur Füllung seiner Cisterne, oder auf eine andere Art nützlich seyn kann, nicht abzuleiten.

§. 477.

Die vorzüglichen Feld-Servituten sind: b) der Feld-Servituten.

- 1) Das Recht einen Fußsteig, Viehtrieb oder Fahrweg auf fremdem Grunde und Boden zu halten;
- 2) Das Wasser zu schöpfen, das Vieh zu tränken, das Wasser ab- und herzu-  
leiten;
- 3) das Vieh zu hüten und zu weiden;

4) Holz zu fällen, verdorrte Aeste und Reiser zu sammeln, Eichen zu lesen, Laub zu rechen;

5) Zu jagen, zu fischen; Vögel zu fangen;

6) Steine zu brechen, Sand zu graben, Kalk zu brennen:

§. 478.

Arten der  
persönl.  
chen Dienst-  
barkeiten.

Die persönlichen Servituten sind: der nöthige Gebrauch einer Sache; die Frucht-  
nießung; und die Wohnung.

§. 479.

Unregel-  
mäßige und  
Schein-  
Servituten.

Es können aber auch Dienstbarkeiten, welche an sich Grunddienstbarkeiten sind, der Person allein; oder, es können Begünstigungen, die ordentlicher Weise Servituten sind, nur bloß auf Widerruf zugesprochen werden. Die Abweichungen von der Natur einer Servitut werden jedoch nicht vermuthet; wer sie behauptet, dem liegt der Beweis ob.

§. 480.

Erwerbung  
des Rechtes  
der Dienst-  
barkeit. Ti-  
tel zur Er-  
werbung.

Der Titel zu einer Servitut ist auf einem Vertrage; auf einer letzten Willenserklärung; auf einem bey der Theilung gemeinschaftlicher Grundstücke; er-

folgten Rechtsprüche; oder endlich, auf Verjährung gegründet.

§. 481.

Das dingliche Recht der Dienstbarkeit kann auf unbewegliche Sachen und überhaupt auf solche Gegenstände, die in öffentlichen Büchern eingetragen sind, nur durch die Eintragung in dieselben erworben werden; auf andere Sachen aber erlangt man es durch die oben (§. 426—428) angegebenen Arten der Uebergabe.

Erwerbsart.

§. 482.

Alle Servituten kommen darin überein, daß der Besitzer der dienstbaren Sache in der Regel nicht verbunden ist, etwas zu thun, sondern nur einem Anderen die Ausübung eines Rechtes zu gestatten, oder das zu unterlassen, was er als Eigenthümer sonst zu thun berechtigt wäre.

Rechtsverhältniß bey den Dienstbarkeiten.

Allgemeine Vorschriften über das Recht der Dienstbarkeit.

§. 483.

Daher muß auch der Aufwand zur Erhaltung und Herstellung der Sache, welche zur Dienstbarkeit bestimmt ist, in der Regel von dem Berechtigten getragen werden. Wenn aber diese Sache auch von dem Verpflichteten benützt wird; so muß er

verhältnißmäßig zu dem Aufwande beytragen, und nur durch die Abtretung derselben an den Berechtigten kann er sich, auch ohne dessen Bestimmung, von dem Beytrage befreien.

## §. 484.

Der Besitzer des herrschenden Gutes kann zwar sein Recht auf die ihm gefällige Art ausüben; doch dürfen Servituten nicht erweitert, sie müssen vielmehr, in so weit es ihre Natur und der Zweck der Bestellung gestattet, eingeschränkt werden.

## §. 485.

Keine Servitut läßt sich eigenmächtig von der dienstbaren Sache absondern, noch auf eine andere Sache oder Person übertragen. Auch wird jede Servitut in so fern für untheilbar gehalten, als das auf dem Grundstücke haftende Recht durch Vergrößerung, Verkleinerung oder Zerstückung desselben weder verändert, noch getheilt werden kann.

## §. 486.

Ein Grundstück kann mehreren Personen zugleich dienstbar seyn, wenn anders die älteren Rechte eines Dritten nicht darunter leiden.

§. 487.

Nach den hier aufgestellten Grundsätzen sind die Rechtsverhältnisse bey den besonderen Arten der Servituten zu bestimmen. Wer also die Last des benachbarten Gebäudes zu tragen; die Einfügung des fremden Balkens an seiner Wand; oder, den Durchzug des fremden Rauches in seinem Schornsteine zu dulden hat: der muß verhältnißmäßig zur Erhaltung der dazu bestimmten Mauer, Säule, Wand oder des Schornsteines beytragen. Es kann ihm aber nicht zugemuthet werden, daß er das herrschende Gut unterstützen oder den Schornstein des Nachbars ausbessern lasse.

Anwendung auf die Grunddienstbarkeiten; insbesondere auf das Recht, eine Last, einen Balken auf fremdem Gebäude zu haben, oder den Rauch durchzuführen.

§. 488.

Das Fensterrecht gibt nur auf Licht und Luft Anspruch; die Aussicht muß besonders bewilliget werden. Wer kein Recht zur Aussicht hat, kann angehalten werden, das Fenster zu vergittern. Mit dem Fensterrechte ist die Schuldigkeit verbunden, die Oeffnung zu verwahren; wer diese Verwahrung vernachlässiget, haftet für den daraus entstehenden Schaden.

Fensterrecht.

## §. 489.

Recht der  
Dachtraufe.

Wer das Recht der Dachtraufe besitzt, kann das Regenwasser auf das fremde Dach frey oder durch Rinnen abfließen lassen; er kann auch sein Dach erhöhen; doch muß er solche Vorkehrungen treffen, daß dadurch die Dienbarkeit nicht lästiger werde. Eben so muß er häufig gefallenen Schnee zeitig hinweg räumen, wie auch die zum Abflusse bestimmten Rinnen unterhalten.

## §. 490.

Recht der  
Ableitung  
des Regen-  
wassers.

Wer das Recht hat, das Regenwasser von dem benachbarten Dache auf seinen Grund zu leiten, hat die Obliegenheit, für Rinnen, Wasserkästen und andere dazu gehörige Anstalten die Auslagen allein zu bestreiten.

## §. 491.

Erfordern die abzuführenden Flüssigkeiten Gräben und Canäle; so muß sie der Eigenthümer des herrschenden Grundes errichten; er muß sie auch ordentlich decken und reinigen, und dadurch die Last des dienstbaren Grundes erleichtern.

## §. 492.

Recht des  
Fußsteiges,

Das Recht des Fußsteiges begreift das

Recht in sich, auf diesem Steige zu gehen, sich von Menschen tragen, oder andere Menschen zu sich kommen zu lassen. Mit dem Viehtriebe ist das Recht, einen Schiebkarren zu gebrauchen; und mit dem Fahrwege das Recht, mit Einem oder mehreren Zügen zu fahren, verbunden.

Viehtriebes  
und Fahr-  
weges.

§. 493.

Hingegen kann, ohne besondere Bewilligung, das Recht zu gehen, nicht auf das Recht, zu reiten, oder sich durch Thiere tragen zu lassen; weder das Recht des Viehtriebes auf das Recht, schwere Lasten über den dienstbaren Grund zu schleifen; noch das Recht zu fahren, auf das Recht, frey gelassenes Vieh darüber zu treiben, ausgedehnet werden.

§. 494.

Zur Erhaltung des Weges, der Brücken und Stege tragen verhältnißmäßig alle Personen oder Grundbesitzer, denen der Gebrauch derselben zusteht, folglich auch der Besitzer des dienstbaren Grundes, so weit bey, als er davon Nutzen zieht.

§. 495.

Der Raum für diese drey Servituten

Raum hier-  
zu.

muß dem nöthigen Gebrauche und den Umständen des Ortes angemessen seyn. Werden Wege und Steige durch Ueberschwemmung oder durch einen anderen Zufall unbrauchbar; so muß, bis zu der Herstellung in den vorigen Stand, wenn nicht schon die politische Behörde eine Vorkehrung getroffen hat, ein neuer Raum angewiesen werden.

## §. 496.

Recht, Wasser zu schöpfen.

Mit dem Rechte, fremdes Wasser zu schöpfen, wird auch der Zugang zu demselben gestattet.

## §. 497.

Recht der Wasserleitung.

Wer das Recht hat, Wasser von fremdem Grunde auf den seinigen; oder, von seinem Grunde auf fremden zu leiten, ist auch berechtigt, die dazu nöthigen Röhren, Rinnen und Schleußen auf eigene Kosten anzulegen. Das nicht zu überschreitende Maß dieser Anlagen wird durch das Bedürfniß des herrschenden Grundes festgesetzt.

## §. 498.

Weiderecht.

Ist bey Erwerbung des Weiderechtes die Gattung und die Anzahl des Triebvie-



hes; ferner, die Zeit und das Maß des Genusses nicht bestimmt worden; so ist der ruhige dreßßigjährige Besitz zu schützen. In zweifelhaften Fällen dienen folgende Vorschriften zur Richtschnur.

§. 499.

Das Weiderecht erstreckt sich, in so weit die politischen und im Forstwesen gegebenen Verordnungen nicht entgegen stehen, auf jede Gattung von Zug-, Rind- und Schafvieh, aber nicht auf Schweine und Federvieh; eben so wenig in waldigen Gegenden auf Ziegen. Unreines, ungesundes und fremdes Vieh ist stets von der Weide ausgeschlossen.

Gesellschaftliche Bestimmung: a) über die Gattung des Viehes;

§. 500.

Hat die Anzahl des Viehes während der letzten dreßßig Jahre abgewechselt; so muß aus dem Viehe der dreß ersten Jahre die Mittelzahl angenommen werden. Erhellet auch diese nicht; so ist theils auf den Umfang, theils auf die Beschaffenheit der Weide billige Rücksicht zu nehmen, und dem Berechtigten wenigstens nicht gestattet, daß er mehr Vieh auf der fremden Weide halte, als er mit dem auf dem herr-

b) dessen Anzahl;

schenden Grunde erzeugten Futter durchwintern kann. Säugethvieh wird nicht zur bestimmten Anzahl gerechnet.

§. 501.

a) *Erstzeit* Die Erstzeit wird zwar überhaupt durch den in jeder Feldmarke eingeführten unangefochtenen Gebrauch bestimmt; allein in keinem Falle darf der vermöge politischer Bestimmungen geordnete Wirthschaftsbetrieb durch die Behütung verhindert oder erschweret werden.

§. 502.

a) *Maß des Genusses.*

Der Genuß des Weiderechtes erstreckt sich auf keine andere Benutzung. Der Berechtigte darf weder Gras mähen, noch in der Regel den Eigenthümer des Grundstückes von der Mitweide ausschließen, am wenigsten aber die Substanz der Weide verletzen. Wenn ein Schade zu befürchten ist, muß er sein Vieh von einem Hirten hüten lassen.

§. 503.

*Anwendung dieser Bestimmungen auf andere Gerölten.*

Was bisher in Rücksicht auf das Weiderecht vorgeschrieben worden, ist verhältnißmäßig auch auf die Rechte des Thierfanges, des Holzschlages, des Steinbre-

gens und die übrigen Servituten anzuwenden. Glaubt jemand diese Rechte auf das Miteigenthum gründen zu können; so sind die darüber entstehenden Streitigkeiten nach den in dem Hauptstücke von der Gemeinschaft des Eigenthumes enthaltenen Grundsätzen zu entscheiden.

§. 504.

Die Ausübung persönlicher Servituten wird, wenn nichts Anderes verabredet worden ist, nach folgenden Grundsätzen bestimmt: Die Servitut des Gebrauches besteht darin, daß jemand befugt ist, eine fremde Sache, ohne Verletzung der Substanz, bloß zu seinem Bedürfnisse zu benutzen.

Persönliche  
Dienstbar-  
keiten; ins-  
besondere:  
1) das Recht  
des Gebrau-  
ches;

§. 505.

Wer also das Gebrauchsrecht einer Sache hat, der darf, ohne Rücksicht auf sein übriges Vermögen, den seinem Stande, seinem Gewerbe und seinem Hauswesen angemessenen Nutzen davon ziehen.

Bestim-  
mung in  
Rücksicht der  
Nutzungen;

§. 506.

Das Bedürfniß ist nach dem Zeitpuncte der Bewilligung des Gebrauches zu bestimmen. Nachfolgende Veränderungen in

dem Stande oder Gewerbe des Berechtigten geben keinen Anspruch auf einen ausgedehnteren Gebrauch.

## §. 507.

der Sub-  
stanz;

Der Berechtigte darf die Substanz der ihm zum Gebrauche bewilligten Sache nicht verändern; er darf auch das Recht an keinen Anderen übertragen.

## §. 508.

und der  
Lasten;

Alle Benützungungen, die sich ohne Störung des Gebrauchsberechtigten aus der Sache schöpfen lassen, kommen dem Eigenthümer zu Statten. Dieser ist aber verbunden, alle ordentliche und außerordentliche, auf der Sache haftende Lasten zu tragen, und sie auf seine Kosten in gutem Stande zu erhalten. Nur wenn die Kosten denjenigen Nutzen übersteigen, der dem Eigenthümer übrig bleibt, muß der Berechtigte den Ueberschuß tragen, oder vom Gebrauche abstehen.

## §. 509.

a) der Frucht-  
nießung.

Die Fruchtnießung ist das Recht, eine fremde Sache, mit Schonung der Substanz, ohne alle Einschränkung zu genießen.

§. 510.

Verbrauchbare Sachen sind an sich selbst kein Gegenstand des Gebrauches oder der Fruchtnießung, sondern nur ihr Werth. Mit dem baren Gelde kann der Berechtigte nach Belieben verfügen. Wird aber ein bereits anliegendes Capital zum Fruchtgenusse oder Gebrauche bewilliget; so kann der Berechtigte nur die Zinsen fordern.

In wie fern sie sich auf verbrauchbare Sachen erstrecken können.

§. 511.

Der Fruchtnießer hat ein Recht auf den vollen, sowohl gewöhnlichen als ungewöhnlichen Ertrag; ihm gehört daher auch die mit Beobachtung der bestehenden Bergwerksordnung erhaltene reine Ausbeute von Bergwerksantheilen und das forstmäßig geschlagene Holz. Auf einen Schatz, welcher in dem zur Fruchtnießung bestimmten Grunde gefunden wird, hat er keinen Anspruch.

Rechte und Verbindlichkeiten des Fruchtnießers.

§. 512.

Als ein reiner Ertrag kann aber nur das angesehen werden, was nach Abzug aller nöthigen Auslagen übrig bleibt. Der Fruchtnießer übernimmt also alle Lasten, welche zur Zeit der bewilligten Fruchtnie-

Insondere  
a) in Rücksicht der auf der Sache haftenden Lasten:

fung mit der dienstbaren Sache verbunden waren, mithin auch die Zinsen der darauf eingetragenen Capitalien. Auf ihn fallen alle ordentliche und außerordentliche, von der Sache zu leistende Schuldigkeiten, in so fern sie aus den während der Dauer der Fruchtnießung gezogenen Nutzungen bestritten werden können; er trägt auch die Kosten, ohne welche die Früchte nicht erzielt werden.

## §. 513.

b) der Erhaltung der Sache;

Der Fruchtniesser ist verbunden, die dienstbare Sache als ein guter Haushälter in dem Stande, in welchem er sie übernommen hat, zu erhalten, und aus dem Ertrage die Ausbesserungen, Ergänzungen und Herstellungen zu besorgen. Wird dessen ungeachtet der Werth der dienstbaren Sache bloß durch den rechtmäßigen Genuß ohne Verschulden des Fruchtnießers verringert; so ist er dafür nicht verantwortlich.

## §. 514.

a) der Bau-  
führungen;

Wenn der Eigenthümer Bauführungen, die durch das Alter des Gebäudes, oder durch einen Zufall nothwendig gemacht werden, auf Anzeige des Fruchtnießers auf

seine Kosten besorgt; ist ihm der Fruchtniesser, nach Maß der dadurch verbesserten Fruchtnießung, die Zinsen des verwendeten Capitals zu vergüten schuldig.

§. 515.

Kann oder will der Eigenthümer dazu sich nicht verstehen; so ist der Fruchtniesser berechtigt, entweder den Bau zu führen, und nach geendigter Fruchtnießung gleich einem redlichen Besitzer, den Ersatz zu fordern; oder, für die durch Unterbleibung des Baues vermißte Fruchtnießung eine angemessene Vergütung zu verlangen.

§. 516.

Bauführungen, welche nicht nothwendig, obgleich sonst zur Vermehrung des Ertrages geuehlich sind, ist der Fruchtniesser nicht verbunden, ohne vollständige Entschädigung zu gestatten.

§. 517.

Was der Fruchtniesser ohne Einwilligung des Eigenthümers zur Vermehrung fortbauernden Rugungen verwendet hat, kann er zurück nehmen; eine Vergütung der aus der Verbesserung noch bestehenden Rugungen aber kann er nur fordern, in so fern

a) der Meliorationskosten.

sie ein Geschäftsführer ohne Auftrag zu fordern berechtigt ist.

## §. 518.

Beweis-  
mittel dar-  
über.

Zur Erleichterung des Beweises der gegenseitigen Forderungen sollen der Eigenthümer und der Fruchtniesser eine beglaubte Beschreibung aller dienstbaren Sachen aufnehmen lassen. Ist sie unterlassen worden; so wird vermuthet, daß der Fruchtniesser die Sache sammt allen zur ordentlichen Benützung derselben erforderlichen Stücken in brauchbarem Zustande von mittlerer Beschaffenheit erhalten habe.

## §. 519.

Zuthellung  
der Nutzen-  
gen bey Er-  
löschung der  
Fruchtnie-  
sung.

Nach geendigter Fruchtniessung gehören die noch stehenden Früchte dem Eigenthümer; doch muß er die auf deren Erzielung verwendeten Kosten dem Fruchtniesser oder dessen Erben, gleich einem redlichen Besitzer, ersetzen. Auf andere Nutzungen haben der Fruchtniesser oder dessen Erben den Anspruch nach Maß der Dauer der Fruchtniessung.

## §. 520.

In wie  
fern der Ge-  
brauchsbe-  
rechtigte  
oder der

In der Regel kann der Eigenthümer von dem Gebrauchsberechtigten oder Fruchtniesser nur bey einer sich äussernden Gefahr



die Sicherstellung der Substanz verlangen. Wird sie nicht geleistet; so soll die Sache entweder dem Eigenthümer gegen eine billige Abfindung überlassen, oder nach Umständen in gerichtliche Verwaltung gegeben werden.

Fruchtnießer zur Sicherstellung verbunden sey.

§. 521.

Die Servitut der Wohnung ist das Recht, die bewohnbaren Theile eines Hauses zu seinem Bedürfnisse zu benützen. Sie ist also eine Servitut des Gebrauches von dem Wohngebäude. Werden aber jemanden alle bewohnbare Theile des Hauses, mit Schonung der Substanz, ohne Einschränkung zu genießen überlassen; so ist es eine Fruchtnießung des Wohngebäudes. Hiernach sind die oben gegebenen Vorschriften auf das rechtliche Verhältniß zwischen dem Berechtigten und dem Eigenthümer anzuwenden.

3) Dienstbarkeit der Wohnung.

§. 522.

In jedem Falle behält der Eigenthümer das Recht, über alle Theile des Hauses, die nicht zur eigentlichen Wohnung gehören, zu verfügen; auch darf ihm die nö-

thige Aufsicht über sein Haus nicht erschwert werden.

## §. 523.

Klagerecht  
in Rücksicht  
der Servituten.

In Ansehung der Servituten findet ein doppeltes Klagerecht Statt. Man kann gegen den Eigenthümer das Recht der Servitut behaupten; oder der Eigenthümer kann sich über die Anmaßung einer Servitut beschweren. Im ersten Falle muß der Kläger die Erwerbung der Servitut, oder wenigstens den Besitz derselben als eines dinglichen Rechtes, im zweyten Falle muß er die Anmaßung der Servitut in seiner Sache beweisen.

## §. 524.

Erlöschung  
der Dienst-  
barkeit.  
Im Allge-  
meinen.

Die Servituten erlöschen im Allgemeinen auf diejenigen Arten, wodurch, nach dem dritten und vierten Hauptstücke des dritten Theiles, Rechte und Verbindlichkeiten überhaupt aufgehoben werden.

## §. 525.

Besondere  
Anordnung  
bey deren  
Erlöschung:  
a) durch den  
Untergang  
des dienstba-  
ren oder  
herrschenden  
Grund-  
es;

Der Untergang des dienstbaren oder des herrschenden Grundes stellt zwar die Dienstbarkeit ein; sobald aber der Grund oder das Gebäude wieder in den vorigen Stand gesetzt ist, erhält die Servitut wieder ihre vorige Kraft.

§. 526.

Wenn das Eigenthum des dienstbaren und des herrschenden Grundes in Einer Person vereinigt wird, hört die Dienstbarkeit von selbst auf. Wird aber in der Folge Einer dieser vereinigten Gründe wieder veräußert, ohne daß inzwischen in den öffentlichen Büchern die Dienstbarkeit gelöscht worden; so ist der neue Besitzer des herrschenden Grundes befugt, die Servitut auszuüben.

b) durch Vereinigung;

§. 527.

Hat das bloß zeitliche Recht desjenigen, der die Servitut bestellt hat, oder die Zeit, auf welche sie beschränkt worden ist, dem Servituts-Inhaber aus öffentlichen Büchern, oder auf eine andere Art bekannt seyn können; so hört nach Verlauf dieser Zeit die Servitut von selbst auf.

c) durch Zeitverlauf.

§. 528.

Eine Servitut, welche jemanden bis zur Zeit, da ein Dritter ein bestimmtes Alter erreicht, verliehen wird, erlischt erst zu der bestimmten Zeit, obgleich der Dritte vor diesem Alter verstorben ist.

§. 529.

Erbschaftung  
der persönl.  
chen Servitu-  
tuten insbe-  
sondere.

Persönliche Servituten hören mit dem Tode auf. Werden sie ausdrücklich auf die Erben ausgedehnt; so sind im Zweifel nur die ersten gesetzlichen Erben darunter verstanden. Das einer Familie verliehene Recht aber geht auf alle Mitglieder derselben über. Die von einer Gemeinde oder einer anderen moralischen Person erworbene persönliche Servitut dauert so lange, als die moralische Person besteht.

§. 530.

Unanwend-  
barkeit auf  
beständige  
Renten.

Beständige jährliche Renten sind keine persönliche Servitut, und können also ihrer Natur nach auf alle Nachfolger übertragen werden.

---

## Ahtes Hauptstück.

### Von dem Erbrechte.

#### §. 531.

Der Inbegriff der Rechte und Verbindlichkeiten eines Verstorbenen, in so fern sie nicht in bloß persönlichen Verhältnissen gegründet sind, heißt desselben Verlassenschaft oder Nachlaß. Verlassenschaft.

#### §. 532.

Das ausschließende Recht, die ganze Verlassenschaft, oder einen in Beziehung auf das Ganze bestimmten Theil derselben (z. B. die Hälfte, ein Drittheil) in Besitz zu nehmen, heißt Erbrecht. Es ist ein dingliches Recht, welches gegen einen jeden, der sich der Verlassenschaft anmaßen will, wirksam ist. Derjenige, dem das Erbrecht gebührt, wird Erbe, und die Verlassenschaft, in Beziehung auf den Erben, Erbschaft genannt. Erbrecht und Erbschaft.

## §. 533.

Titel zu  
dem Erb-  
rechte.

Das Erbrecht gründet sich auf den nach gesetzlicher Vorschrift erklärten Willen des Erblassers; auf einen nach dem Gesetze zulässigen Erbvertrag (§. 602), oder auf das Gesetz.

## §. 534.

Die erwähnten drey Arten des Erbrechtes können auch neben einander bestehen, so, daß einem Erben ein in Beziehung auf das Ganze bestimmter Theil aus dem letzten Willen; dem andern aus dem Vertrage, und einem Dritten aus dem Gesetze gebührt.

## §. 535.

Unterschied  
zwischen  
Erbchaft  
und Ver-  
mächtniß.

Wird jemanden kein solcher Erbtheil, der sich auf den ganzen Nachlaß bezieht, sondern nur eine einzelne Sache, Eine oder mehrere Sachen von gewisser Gattung; eine Summe; oder ein Recht zugebacht; so heißt das Zugedachte, obschon dessen Werth den größten Theil der Verlassenschaft ausmacht, ein Vermächtniß (Legat), und derjenige, dem es hinterlassen worden, ist nicht als ein Erbe, sondern nur als ein Vermächtnißnehmer (Legatar) zu betrachten.

§. 536.

Das Erbrecht tritt erst nach dem Tode des Erblassers ein. Stirbt ein vermeintlicher Erbe vor dem Erblasser; so hat er das noch nicht erlangte Erbrecht auch nicht auf seine Erben übertragen können.

Beispunct  
des Erb-  
fallcs.

§. 537.

Hat der Erbe den Erblasser überlebt; so geht das Erbrecht auch vor Uebnahme der Erbschaft, wie andere frey vererbliche Rechte, auf seine Erben über, wenn es anders durch Entfagung, oder auf eine andere Art noch nicht erloschen war.

§. 538.

Wer ein Vermögen zu erwerben berechtigt ist, kann in der Regel auch erben. Hat jemand dem Rechte, etwas zu erwerben, überhaupt entfagt, oder auf eine bestimmte Erbschaft gültig Verzicht gethan; so ist er dadurch des Erbrechtes überhaupt, oder des Rechtes auf eine bestimmte Erbschaft verlustig geworden.

Fähigkeit  
zu erben.

§. 539.

In wie fern geistliche Gemeinden oder deren Glieder erbsfähig sind, bestimmen die politischen Vorschriften.

## §. 540.

Ursachen  
der Unsch-  
ligkeit.

Wer den Erblasser, dessen Kinder, Aeltern oder Gatten, aus bösem Vorsatze an Ehre, Leib oder Vermögen, auf solche Art verlegt, oder zu verlegen gesucht hat, daß gegen ihn von Amts wegen, oder auf Verlangen des Verletzten nach den Strafgesetzen verfahren werden kann; der ist so lange des Erbrechtes unwürdig, als sich aus den Umständen nicht entnehmen läßt, daß ihm der Erblasser vergeben habe.

## §. 541.

Die Nachkommen desjenigen, welcher sich des Erbrechtes unwürdig gemacht hat, sind, wenn Letzterer vor dem Erblasser verstorben ist, von dem Erbrechte nicht ausgeschlossen.

## §. 542.

Wer den Erblasser zur Erklärung des letzten Willens gezwungen, oder betrüglicher Weise verleitet, an der Erklärung oder Abänderung des letzten Willens gehindert, oder einen von ihm bereits errichteten letzten Willen unterdrückt hat, ist von dem Erbrechte ausgeschlossen, und bleibt für allen einem Dritten dadurch zugefügten Schaden verantwortlich.



§. 543.

Personen, welche des Ehebruchs, oder der Blutschande gerichtlich geständig, oder überwiesen sind, werden unter sich von dem Erbrechte aus einer Erklärung des letzten Willens ausgeschlossen.

§. 544.

In wie fern Landeseingeborne, die ihr Vaterland, oder die Kriegsdienste ohne ordentliche Erlaubniß verlassen haben, des Erbrechtes verlustig werden, bestimmen die politischen Verordnungen.

§. 545.

Die Erbfähigkeit kann nur nach dem Zeitpunkt des wirklichen Erbansalles bestimmt werden. Dieser Zeitpunkt ist in der Regel der Tod des Erblassers (§. 703).

Nach welchem Zeitpunkte die Fähigkeit zu beurtheilen.

§. 546.

Eine später erlangte Erbfähigkeit gibt kein Recht, Anderen das zu entziehen, was ihnen bereits rechtmäßig angefallen ist.

§. 547.

Der Erbe stellt, sobald er die Erbschaft angenommen hat, in Rücksicht auf dieselben den Erblasser vor. Beyde werden in Beziehung auf einen Dritten für Eine Person

Wirkung der Annahme der Erbschaft.

gehalten. Vor der Annahme des Erben wird die Verlassenschaft so betrachtet, als wenn sie noch von dem Verstorbenen besessen würde.

§. 548.

Verbindlichkeiten, die der Erblasser aus seinem Vermögen zu leisten gehabt hätte, übernimmt sein Erbe. Die von dem Gesetze verhängten Geldstrafen, wozu der Verstorbene noch nicht verurtheilt war, gehen nicht auf den Erben über.

§. 549.

Zu den auf einer Erbschaft haftenden Lasten gehören auch die Kosten für das dem Gebrauche des Ortes, dem Stande und dem Vermögen des Verstorbenen angemessene Begräbniß.

§. 550.

Mehrere Erben werden in Ansehung ihres gemeinschaftlichen Erbrechtes für Eine Person angesehen. Sie stehen in dieser Eigenschaft vor der gerichtlichen Uebergabe (Einantwortung) der Erbschaft Alle für Einen und Einer für Alle. In wie fern sie nach der erfolgten Uebergabe zu haften ha-

ben, wird in dem Hauptstücke von der Befugnehmung der Erbschaft bestimmt.

§. 551.

Wer über sein Erbrecht selbst gültig verfügen kann, ist auch befugt, im voraus darauf Verzicht zu thun. Eine solche Verzichtleistung wirkt auch auf die Nachkommen.

## Neuntes Hauptstück.

### Von der Erklärung des letzten Willens überhaupt und den Testamenten insbesondere.

#### §. 552.

Erklärung  
des letzten  
Willens.

Die Anordnung, wodurch ein Erblasser sein Vermögen, oder einen Theil desselben Einer oder mehreren Personen widerruflich auf den Todesfall überläßt, heißt eine Erklärung des letzten Willens.

#### §. 553.

Erforder-  
nisse:  
I. Innere  
Form.

Wird in einer letzten Anordnung ein Erbe eingesetzt, so heißt sie Testament; enthält sie aber nur andere Verfügungen; so heißt sie Codicill.

#### §. 554.

Zutheilung  
der Erb-  
schaft;  
a) wenn nur  
Ein Erbe;

Hat der Erblasser einen einzigen Erben, ohne ihn auf einen Theil der Verlassenschaft zu beschränken, unbestimmt ein-

gesetzt; so erhält er den ganzen Nachlaß. Ist aber dem einzigen Erben nur ein in Beziehung auf das Ganze bestimmter Erbtheil ausgemessen worden; so fallen die übrigen Theile den gesetzlichen Erben zu.

§. 555.

Sind ohne Vorschrift einer Theilung mehrere Erben eingesetzt worden, so theilen sie zu gleichen Theilen. b) wenn mehrere ohne Theilung

§. 556.

Sind mehrere Erben und zwar alle in bestimmten Erbtheilen, die aber das Ganze nicht erschöpfen, eingesetzt worden, so fallen die übrigen Theile den gesetzlichen Erben zu. Hat aber der Erblasser die Erben zum ganzen Nachlasse berufen; so haben die gesetzlichen Erben keinen Anspruch, obschon er in der Berechnung der Beträge, oder in der Aufzählung der Erbstücke etwas übergangen hätte. a) wenn alle in bestimmten Theilen;

§. 557.

Wird unter mehreren eingesetzten Erben einigen ein bestimmter Theil (z. B. ein Drittel, ein Sechstheil), anderen aber nichts Bestimmtes ausgemessen; so erhalten diese den übrigen Nachlaß zu gleichen Theilen. d) wenn einige mit Theilen, andere ohne Theile eingesetzt sind.

## §. 558.

Bleibt nichts übrig, so muß von sämtlichen bestimmten Theilen für den unbestimmt eingefetzten Erben verhältnißmäßig so viel abgezogen werden, daß er einen gleichen Anthell mit demjenigen erhalte, der am geringsten bedacht worden ist. Sind die Theile der Erben gleich groß, so haben sie an den unbestimmt eingefetzten Erben so viel abzugeben, daß er einen gleichen Anthell mit ihnen empfangt. In allen anderen Fällen, wo ein Erblasser sich verrechnet hat, ist die Theilung auf eine Art vorzunehmen, wodurch der Wille des Erblassers nach den über das Ganze erklärten Verhältnissen auf das möglichste erfüllt wird.

## §. 559.

Welche Erben als Eine Person betrachtet werden.

Treffen unter den eingefetzten Erben solche Personen zusammen, wovon einige bey der gesetzlichen Erbfolge gegen die übrigen als Eine Person angesehen werden müssen, (z. B. die Bruderskinder gegen den Bruder des Erblassers); so werden sie auch bey der Theilung aus dem Testamente nur als Eine Person betrachtet. Ein Körper, eine Ge-

B. d. Erklär. d. leg. Will. überh. u. d. Test. u. 103  
meinde, eine Versammlung (z. B. die Armen)  
werden immer nur für Eine Person gerechnet.

§. 560.

Wenn alle Erben ohne Bestimmung <sup>Recht des</sup>  
der Theile, oder in dem allgemeinen Aus- <sup>Zuwachses,</sup>  
drucke einer gleichen Theilung zur Erb-  
schaft berufen werden, und es kann, oder  
will einer der Erben von seinem Erbrechte  
keinen Gebrauch machen; so wächst der  
erledigte Theil den übrigen eingesetzten  
Erben zu.

§. 561.

Sind ein oder mehrere Erben mit, ein  
anderer oder mehrere ohne Bestimmung  
des Erbtheiles eingesetzt; so wächst der er-  
ledigte Theil nur dem einzelnen, oder  
den mehreren noch übrigen, unbestimmt  
eingesetzten Erben zu.

§. 562.

Einem bestimmt eingesetzten Erben ge-  
bührt in keinem Falle das Zuwachsrecht.  
Wenn also kein unbestimmt eingesetzter  
Erbe übrig ist; so fällt ein erledigter Erb-  
theil nicht einem noch übrigen, für einen  
bestimmten Theil eingesetzten, sondern dem  
gesetzlichen Erben zu.

§. 563.

Der den erledigten Erbtheil erhält, übernimmt auch die damit verknüpften Lasten, in so fern sie nicht auf persönliche Handlungen des eingesetzten Erben eingeschränkt sind.

§. 564.

Der Erblasser muß den Erben selbst einsetzen; er kann dessen Ernennung nicht dem Ausspruche eines Dritten überlassen.

§. 565.

Die Erklärung muß überlegt, bestimmt und frey seyn.

Der Wille des Erblassers muß bestimmt, nicht durch bloße Bejahung eines ihm gemachten Vorschlages; er muß im Zustande der vollen Besonnenheit, mit Ueberlegung und Ernst, frey von Zwang, Betrug und wesentlichem Irrthume, erklärt werden.

§. 566.

Ursachen der Unfähigkeit zu testiren;  
1) Mangel der Besonnenheit;

Wird bewiesen, daß die Erklärung im Zustande der Raserey, des Wahnsinnes, Blödsinnes, oder der Trunkenheit geschehen sey; so ist sie ungültig.

§. 567.

Wenn behauptet wird, daß der Erblasser, welcher den Gebrauch des Verstandes verloren hatte, zur Zeit der letzten An-



ordnung bey voller Besonnenheit gewesen sey; so muß die Behauptung durch Kunstverständige, oder durch obrigkeitliche Personen, die den Gemüthszustand des Erblassers genau erforschten, oder durch andere zuverlässige Beweise außer Zweifel gesetzt werden.

§. 568.

Ein gerichtlich erklärter Verschwender kann nur über die Hälfte seines Vermögens durch letzten Willen verfügen; die andere Hälfte fällt den gesetzlichen Erben zu.

2) Prodigaritäts-Erklärung; in wie fern;

§. 569.

Unmündige sind zu testiren unfähig. Minderjährige, die das achtzehnte Jahr noch nicht zurück gelegt haben, können nur mündlich vor Gericht testiren. Das Gericht muß durch eine angemessene Erforschung sich zu überzeugen suchen, daß die Erklärung des letzten Willens frey und mit Ueberlegung geschehe. Die Erklärung muß in ein Protokoll aufgenommen, und dasjenige, was sich aus der Erforschung ergeben hat, beygerückt werden. Nach zurück gelegtem achtzehnten Jahre kann ohne weitere Einschränkung ein letzter Wille erklärt werden.

3) unreifes Alter;

## §. 570.

4) wesentliche  
Irrthum;

Ein wesentlicher Irrthum des Erblassers macht die Anordnung ungültig. Der Irrthum ist wesentlich, wenn der Erblasser die Person, welche er bedenken, oder den Gegenstand, welchen er vermachen wollte, verfehlet hat.

## §. 571.

Zeigt sich, daß die bedachte Person, oder die vermachte Sache nur unrichtig benannt, oder beschrieben worden, so ist die Verfügung gültig.

## §. 572.

Auch wenn der von dem Erblasser angegebene Beweggrund falsch befunden wird, bleibt die Verfügung gültig; es wäre denn erweislich, daß der Wille des Erblassers einzig und allein auf diesem irrigen Beweggrunde beruhet habe.

## §. 573.

5) Ordens-  
gelübde;

Ordenspersonen sind in der Regel nicht befugt, zu testiren: allein, wenn der Orden eine besondere Begünstigung, daß seine Glieder testiren können, erlangt hat; wenn Ordenspersonen die Auslösung von den Gelübden erhalten haben; wenn sie durch Auf-

hebung ihres Ordens, Stiftes oder Klosters aus ihrem Stande getreten sind; oder, wenn sie in einem solchen Verhältnisse angestellt sind, daß sie vermöge der politischen Verordnungen nicht mehr als Angehörige des Ordens, Stiftes oder Klosters angesehen werden, sondern vollständiges Eigenthum erwerben können; so ist es ihnen erlaubt, durch Erklärung des letzten Willens darüber zu verfügen,

§. 574.

Ein Verbrecher, der zur Todesstrafe verurtheilt worden, kann von dem Tage des ihm angekündigten Urtheiles; wenn er aber zur schwersten, oder schweren Kerkerstrafe verurtheilt wird, so lange seine Strafzeit dauert, keine gültige Erklärung seines letzten Willens machen.

§) schwere  
Criminal-  
Strafen

§. 575.

Ein rechtsgültig erklärter letzter Wille kann durch später eintretende Hindernisse seine Gültigkeit nicht verlieren.

Zeitpunkt  
der Gültig-  
keit der An-  
ordnung.

§. 576.

Einen anfänglich ungültigen letzten Willen macht die später erfolgte Aufhebung des Hindernisses nicht gültig. Wird in

diesem Falle keine neue Verfügung getroffen; so tritt das gesetzliche Erbrecht ein.

§. 577.

II. Neuere  
Form der Er-  
klärungen  
des letzten  
Willens;

Man kann außergerichtlich oder gericht-  
lich, schriftlich oder mündlich; schriftlich  
aber mit, oder ohne Zeugen testiren.

§. 578.

1) der au-  
ßergericht-  
lichen schrift-  
lichen;

Wer schriftlich, und ohne Zeugen testi-  
ren will, der muß das Testament oder Co-  
dicill eigenhändig schreiben, und eigenhän-  
dig mit seinem Namen unterfertigen. Die  
Bezeichnung des Tages, des Jahres, und  
des Ortes, wo der letzte Wille errichtet  
wird, ist zwar nicht nothwendig, aber zur  
Vermeidung der Streitigkeiten rathlich.

§. 579.

Einen letzten Willen, welchen der  
Erblasser von einer anderen Person nieder-  
schreiben ließ, muß er eigenhändig unter-  
fertigen. Er muß ferner vor drey fähig-  
en Zeugen, wovon wenigstens zwey zu-  
gleich gegenwärtig seyn sollen, den Aufsatz  
als seinen letzten Willen bestätigen. End-  
lich sollen auch die Zeugen sich entweder  
inwendig, oder von außen, immer aber auf  
die Urkunde selbst und nicht etwa auf einen

**R. d. Erklär. d. letzt. Will. überh. u. d. Test. n. 109**

**Umschlag, als Zeugen des letzten Willens unterschreiben. Den Inhalt des Testaments hat der Zeuge zu wissen nicht nöthig.**

**§. 580.**

**Ein Erblasser, welcher nicht schreiben kann, muß, nebst Beobachtung der in dem vorigen §. vorgeschriebenen Förmlichkeiten, anstatt der Unterschrift sein Handzeichen, und zwar in Gegenwart aller drey Zeugen, eigenhändig besetzen. Zur Erleichterung eines bleibenden Beweises, wer der Erblasser sey, ist es auch vorsichtig, daß Einer der Zeugen den Rahmen des Erblassers als Rahmensunterfertiger besetze.**

**§. 581.**

**Wenn der Erblasser nicht lesen kann, so muß er den Aufsatz von einem Zeugen, in Gegenwart der anderen zwey Zeugen, die den Inhalt eingesehen haben, sich vorlesen lassen, und bekräftigen, daß derselbe seinem Willen gemäß sey. Der Schreiber des letzten Willens kann in allen Fällen zugleich Zeuge seyn.**

**§. 582.**

**Eine Verfügung des Erblassers durch Beziehung auf einen Zettel oder auf einen**

**Aussatz** ist nur dann von Wirkung, wenn ein solcher **Aussatz** mit allen zur Gültigkeit einer letzten Willenserklärung nöthigen Erfordernissen versehen ist. Außer dem können dergleichen von dem Erblasser angezeigte schriftliche Bemerkungen nur zur Erläuterung seines Willens angewendet werden.

## §. 583.

In der Regel gilt ein und derselbe **Aussatz** nur für Einen Erblasser. Die Ausnahme in Rücksicht der Ehegatten ist in dem Hauptstücke von den Ehe-Pacten enthalten.

## §. 584.

Einem Erblasser, welcher die zu einem schriftlichen Testamente erforderlichen Formlichkeiten nicht beobachten kann, oder will, steht frey, ein mündliches Testament zu errichten.

## §. 585.

a) der außer-  
gerichtlichen  
mündlichen;

Wer mündlich testiret, muß vor drey fähigen Zeugen, welche zugleich gegenwärtig, und zu bestätigen fähig sind, daß in der Person des Erblassers kein Betrug oder Irrthum unterlaufen sey, ernstlich seinen letzten Willen erklären. Es ist zwar nicht nothwendig, aber vorsichtig, daß die

B. d. Erklär. d. letzt. Will. überh. u. b. Test. ic. 111

Zeugen entweder alle gemeinschaftlich, oder ein jeder für sich zur Erleichterung des Gedächtnisses, die Erklärung des Erblassers entweder selbst aufzeichnen, oder, so bald als möglich, aufzeichnen lassen.

§. 586.

Eine mündliche letzte Anordnung muß, um rechtskräftig zu seyn, auf Verlangen eines jeden, dem daran gelegen ist, durch die übereinstimmende eidliche Aussage der drey Zeugen, oder, wofern Einer aus ihnen nicht mehr vernommen werden kann, wenigstens der zwey übrigen bestätigt werden.

§. 587.

Der Erblasser kann auch vor einem <sup>3) der gerichtlichen.</sup> Gerichte schriftlich oder mündlich testiren. Die schriftliche Anordnung muß von dem Erblasser wenigstens eigenhändig unterschrieben seyn, und dem Gerichte persönlich übergeben werden. Das Gericht hat den Erblasser auf den Umstand, daß seine eigenhändige Unterschrift beygerückt seyn müsse, aufmerksam zu machen, dann den Aufsatß gerichtlich zu versiegeln, und auf dem Umschlage anzumerken, wessen letzter

Wille darin enthalten sey. Ueber das Geschäft ist ein Protokoll aufzunehmen, und der Aufsatß gegen Ausstellung eines Empfangscheines gerichtlich zu hinterlegen.

§. 588.

Will der Erblasser seinen Willen mündlich erklären; so ist die Erklärung in ein Protokoll aufzunehmen, und dasselbe eben so, wie in dem vorhergehenden §. von dem schriftlichen Aufsatze gemeldet worden ist, versiegelt zu hinterlegen.

§. 589.

Das Gericht, welches die schriftliche oder mündliche Erklärung des letzten Willens aufnimmt, muß wenigstens aus zwey eiblich verpflichteten Gerichtspersonen bestehen, deren Einer in dem Orte, wo die Erklärung aufgenommen wird, das Richteramt zusteht. Die Zeugenschaft der zweyten Gerichtsperson, außer dem Richter, können auch zwey andere Zeugen vertreten.

§. 590.

Im Nothfalle können die erst bestimmten Personen sich in die Wohnung des Erblassers begeben, seinen letzten Willen schriftlich oder mündlich aufnehmen, und



dann das Geschäft mit Bezeichnung des Tages, Jahres und Ortes zu Protokoll bringen.

§. 591.

Die Mitglieder eines geistlichen Ordens, Frauenspersonen und Jünglinge unter achtzehn Jahren, Sinnlose, Blinde, Taube oder Stumme, dann diejenigen, welche die Sprache des Erblassers nicht verstehen, können bey lezten Anordnungen nicht Zeugen sehn.

Unfähige  
Zeugen bey  
lezten An-  
ordnungen.

§. 592.

Wer wegen Verbrechens des Truges oder eines anderen Verbrechens aus Gewinnsucht verurtheilet worden ist, kann nicht als Zeuge gebraucht werden.

§. 593.

Wer sich nicht zur christlichen Religion bekennet, kann den lezten Willen eines Christen nicht bezeugen.

§. 594.

Ein Erbe oder Legatar ist in Rücksicht des ihm zugedachten Nachlasses kein fähiger Zeuge, und eben so wenig dessen Gatte, Aeltern, Kinder, Geschwister, oder in eben dem Grade verschwägerte Personen,

und die besoldeten Hausgenossen. Die Verfügung muß, um gültig zu seyn, von dem Erblasser eigenhändig geschrieben; oder durch drey von den gedachten Personen verschiedene Zeugen bestätigt werden.

§. 595.

Wenn der Erblasser demjenigen, welcher den letzten Willen schreibt, oder dessen Ehegatten, Kindern, Aeltern, Geschwistern oder in eben dem Grade verschwägerten Personen einen Nachlaß bestimmt; so muß die Anordnung auf die im vorgehenden §. erwähnte Art außer Zweifel gesetzt seyn.

§. 596.

Was von der Unbefangenheit und Fähigkeit des Zeugen, die Person des Erblassers außer Zweifel zu setzen, verordnet wird, ist auch auf die gerichtlichen Personen, die einen letzten Willen aufnehmen, anzuwenden.

§. 597.

Von den begünstigten letzten Anordnungen.

Bei letzten Anordnungen, welche auf Schifffahrten und in Orten, wo die Pest oder ähnliche ansteckende Seuchen herrschen, errichtet werden, sind auch Mitglieder eines geistlichen Ordens, Frauenspersonen

B. d. Erklär. d. letzt Will. überh. u. d. Test. 2c. 115  
und Jünglinge, die das vierzehnte Jahr  
zurück gelegt haben, gültige Zeugen.

§. 598.

Zu diesen begünstigten letzten Anordnungen werden nur zwey Zeugen erfordert, wovon einer das Testament schreiben kann. Bey Gefahr einer Ansteckung ist auch nicht nöthig, daß beyde zugleich gegenwärtig seyn.

§. 599.

Sechs Monate nach geendigter Schifffahrt oder Seuche verlieren die begünstigten letzten Willenserklärungen ihre Kraft.

§. 600.

Die Begünstigungen der Militär-Testamente sind in den Militär-Gesetzen enthalten.

§. 601.

Wenn der Erblasser Eines der hier vorgeschriebenen, und nicht ausdrücklich der bloßen Vorsicht überlassenen Erfordernisse nicht beobachtet hat; so ist die letzte Willenserklärung ungültig.

Ungültigkeit der unformlichen letzten Anordnungen.

§. 602.

Erbverträge über die ganze Verlassenschaft, oder einen in Beziehung auf das

Erbverträge sind nur unter Ehegatten gültig.

116 II. Theil. Neuntes Hauptst. B. d. Erklär. 1c.

Ganze bestimmten Theil derselben, können nur unter Ehegatten gültig geschlossen werden. Die Vorschriften hierüber sind in dem Hauptstücke von den Ehe-Pacten enthalten.

§. 603.

Don Schenkungen auf den Todesfall. Beziehung.

In wie fern eine Schenkung auf den Todesfall als ein Vertrag, oder als ein letzter Wille zu betrachten sey, wird in dem Hauptstücke von den Schenkungen bestimmt.

---

## Zehntes Hauptstück.

### Von Racherben und Fideicommissen.

§. 604.

Jeder Erblasser kann für den Fall, daß <sup>Gemeine Substitu- tion.</sup> der eingefetzte Erbe die Erbschaft nicht erlanget, Einen; und wenn auch dieser sie nicht erlanget, einen zweyten, und im gleichen Falle einen dritten, oder auch noch mehrere Racherben berufen. Diese Anordnung heißt eine gemeine Substitution. Der in der Reihe zunächst Berufene wird Erbe.

§. 605.

Hat der Erblasser aus den bestimmten Fällen, daß der ernannte Erbe nicht Erbe seyn kann, oder, daß er nicht Erbe seyn will, nur Einen ausgedrückt; so ist der andere Fall ausgeschlossen.

§. 606.

Die dem Erben aufgelegten Lasten wer- <sup>Rechte aus derselben.</sup>

den auch auf den an seine Stelle tretenden Nacherben ausgedehnet, wofern sie nicht durch den ausdrücklichen Willen oder die Beschaffenheit der Umstände, auf die Person des Erben eingeschränkt sind.

§. 607.

Sind die Miterben allein wechselseitig zu Nacherben berufen worden, so wird angenommen, daß der Erblasser die in der Einsetzung ausgemessenen Theile auch auf die Substitution ausdehnen wollte. Wird aber in der Substitution, außer den Miterben, noch sonst jemand berufen, so fällt der erlebte Erbtheil Allen zu gleichen Theilen zu.

§. 608.

**Fidelcom-  
missarische.**

Der Erblasser kann seinen Erben verpflichten, daß er die angetretene Erbschaft nach seinem Tode, oder in anderen bestimmten Fällen, einem zweyten ernannten Erben überlasse. Diese Anordnung wird eine fidelcommissarische Substitution genannt. Die fidelcommissarische Substitution begreift stillschweigend die gemeine in sich.

§. 609.

**In wie fern  
die Aelteren**

**Auch die Aelteren können ihren Kin-**

bern, selbst in dem Falle, daß diese zu testiren unfähig sind, nur in Rücksicht des Vermögens, das sie ihnen hinterlassen, einen Erben oder Racherben ernennen.

ihren Kindern substituiren dürfen.

§. 610.

Hat der Erblasser dem Erben verboten, über den Nachlaß zu testiren; so ist es eine fideicommissarische Substitution, und der Erbe muß den Nachlaß für seine gesetzlichen Erben aufbewahren. Das Verbot, die Sache zu veräußern, schließt das Recht, darüber zu testiren, nicht aus.

Stillschweigende fideicommissarische Substitution.

§. 611.

Die Reihe, in welcher die fideicommissarischen Erben auf einander folgen sollen, wird, wenn sie Alle Zeitgenossen des Erblassers sind, gar nicht beschränkt, sie kann sich auf den Dritten, Vierten und noch weiter ausdehnen.

Einschränkung der fideicommissarischen Substitution.

§. 612.

Sind es nicht Zeitgenossen, sondern solche Racherben, die zur Zeit des errichteten Testaments noch nicht geboren sind; so kann sich die fideicommissarische Substitution in Rücksicht auf Geldsummen und andere bewegliche Sachen bis auf den zweiten Grad erstrecken. In Ansehung unbe-

weglicher Güter gilt sie nur auf den ersten Grad; doch wird bey Bestimmung der Grade nur derjenige Nacherbe gezählet, welcher zum Besitze der Erbschaft gelangt ist.

§. 613.

**Rechte des Erben bey einer fideicommissarischen Substitution.**

Bis der Fall der fideicommissarischen Substitution eintritt, kommt dem eingesetzten Erben das eingeschränkte Eigenthumsrecht mit den Rechten und Verbindlichkeiten eines Fruchtnießers zu.

§. 614.

**Auslegung der Substitutionen.**

Ist eine Substitution zweifelhaft auszulegen, so ist, sie auf eine solche Art auszulegen, wodurch die Freyheit des Erben, über das Eigenthum zu verfügen, am mindesten eingeschränkt wird.

§. 615.

**Erbschaftsarten der gemeinen und fideicommissarischen Substitution.**

Die gemeine Substitution erlischt, sobald der eingesetzte Erbe die Erbschaft angetreten hat; die fideicommissarische, wenn keiner von den berufenen Nacherben mehr übrig ist; oder wenn der Fall, für den sie errichtet worden, aufhört.

§. 616.

Insbefondere verliert die einem Sinnlosen gemachte fideicommissarische Substitu-



tion (§§. 608 und 609) ihre Kraft, wenn bewiesen wird, daß er zur Zeit seiner letzten Anordnung bey voller Besonnenheit war; oder, wenn ihm das Gericht wegen erlangten Verstandgebrauches die freye Verwaltung des Vermögens eingeräumt hat; und die Substitution lebet nicht wieder auf, ob er gleich wegen Rückfalles wieder unter einen Curator gesetzt worden ist, und in der Zwischenzeit keine letzte Anordnung errichtet hat.

§. 617.

Die von einem Erblasser seinem Kinde zur Zeit, da es noch keine Nachkommenschaft hatte, gemachte Substitution erlischt, wenn daselbe erbfähige Nachkommen hinterlassen hat.

§. 618.

Ein Fideicommiss (Familien-Fideicommiss) ist eine Anordnung, kraft welcher ein Vermögen für alle künftige, oder doch für mehrere Geschlechtsfolger, als ein unveräußerliches Gut der Familie erklärt wird.

Fideicommiss.

§. 619.

Das Fideicommiss ist insgemein entweder eine Primogenitur, oder ein Majorat,

Hauptarten der Fideicommissen.

oder ein Seniorat, je nachdem der Stifter desselben die Nachfolge entweder dem Erstgeborenen aus der älteren Linie, oder dem Nächsten aus der Familie dem Grade nach, unter mehreren gleich Nahe aber dem Älteren an Jahren; oder endlich, ohne Rücksicht auf die Linie, dem Älteren aus der Familie zugedacht hat.

## §. 620.

Im Zweifel wird die Primogenitur eher, als ein Majorat oder Seniorat; oder das Majorat wieder eher, als ein Seniorat vermuthet.

## §. 621.

Erbfolge in  
denselben.

Bei der Primogenitur gelangt eine jüngere Linie erst nach Erlöschung der älteren zum Fideicommiss, so, daß der Bruder des letzten Besitzers dessen Söhnen, Enkeln, Urenkeln und weiteren Nachkommen weichen muß.

## §. 622.

Der Stifter kann auch die Ordnung der Erbfolge ganz umkehren, und den Letztgeborenen aus der älteren Linie; oder den Jüngsten aus allen Linien; oder überhaupt denjenigen berufen, welcher im

Grade entweder dem Fideicommiss-Stifter, dem ersten Erwerber, oder dem letzten Besitzer am nächsten kommt.

§. 623.

Hat der Stifter hierüber seinen Willen nicht bestimmt ausgedrückt, so wird mehr Rücksicht auf den letzten Besitzer, als auf den Fideicommiss-Stifter und den ersten Erwerber genommen. Sind mehrere Personen in gleichem Grade vorhanden, so gibt das höhere Alter den Ausschlag.

§. 624.

Wenn der Stifter anordnet, daß das Fideicommiss immer dem Nächsten aus der Familie zufallen solle; so wird darunter derjenige verstanden, welcher nach der gemeinen gesetzlichen Erbfolge aus der männlichen Nachkommenschaft der nächste ist. Zwischen mehreren gleich Raken wird, dafern aus der Anordnung nicht das Gegentheil erhellet, der Genuß des Fideicommisses getheilt.

§. 625.

Hat Jemand nebst dem Fideicommiss für die erstgeborne Linie ein zweytes, oder mehrere Fideicommiss für die nachgebor-

nen Linien errichtet; so gelangt der Besitzer des ersten Fideicommisses und dessen Nachkommenschaft erst dann zum Besitze eines anderen Fideicommisses, wenn in den übrigen Linien keine zu dem Fideicommissе berufenen Nachkömmlinge vorhanden sind, und die Fideicommissе bleiben nur so lange in Einer Person vereinigt, bis wieder zwey oder mehrere Linien entstehen.

## §. 626.

Die weibliche Nachkommenschaft hat in der Regel keinen Anspruch auf Fideicommissе. Hat aber der Stifter ausdrücklich verordnet, daß nach Erlöschung des Mannstammes das Fideicommiss auf die weiblichen Linien übergehen soll; so geschieht dieses nach der für die männliche Geschlechtsfolge vorgeschriebenen Ordnung; doch gehen die männlichen Erben derjenigen Linie, welche zum Besitze des Fideicommisses gelangt ist, den weiblichen Erben vor.

## §. 627.

Bedingungen zur Errichtung eines Fideicommisses.

Ohne besondere Einwilligung der gesetzgebenden Gewalt kann kein Fideicommiss errichtet werden. Bey der Errichtung

ist ein ordentliches, beglaubtes Verzeich-  
niß aller zu dem Fideicommissе gehörigen  
Stücke zu verfassen, und gerichtlich aufzu-  
bewahren. Dieses Inventarium dienet bey  
jeder Besitzveränderung und bey Absonde-  
rung des Fideicommisses von dem freyen  
Vermögen zur Richtschnur. Für die Sicher-  
heit des Fideicommisses hat das Gericht  
nach den besonderen Vorschriften zu sorgen.

§. 628.

Der Fideicommiss-Stifter hat das Recht,  
die Errichtung des Fideicommisses zu wi-  
derrufen, so lange noch niemand durch die  
Uebergabe oder durch Vertrag ein Recht  
erworben hat; und der Wille wird als  
widerrufen angesehen, wenn dem Erblasser  
ein männlicher ehelicher Erbe, der in dem  
Fideicommissе nicht begriffen ist, geboren  
wird.

Widerruf  
der Errich-  
tung.

§. 629.

Das Eigenthum des Fideicommiss-Ver-  
mögens ist zwischen allen Anwärtern und  
dem jedesmahligen Fideicommiss-Inhaber  
getheilt. Jenen kommt das Obereigenthum  
allein, diesem aber auch das Nutzungs-  
eigenthum zu.

Grundsatz  
über die  
Rechte der  
Anwärter u.  
des Inha-  
bers des Fi-  
deicommiss-  
ses.

## §. 630.

Besondere  
Rechte; der  
Anwärter.

Das Obereigenthum berechtigt die Fideicommiß-Anwärter, die Hinterlegung der Fideicommiß-Schuldscheine zu Gerichtshänden zu verlangen; eine üble Verwaltung der Fideicommiß-Güter gerichtlich anzuzeigen; zur Vertretung des Fideicommisses und der Nachkommenschaft einen gemeinschaftlichen Fideicommiß-Curator in Vorschlag zu bringen; überhaupt alle zur Sicherheit der Substanz nöthige Maßregeln zu treffen.

## §. 631.

Uneingeschränkte  
Rechte des  
Inhabers u.  
Verbind-  
lichkeiten  
desselben.

Der Fideicommiß-Inhaber hat alle Rechte und Verbindlichkeiten eines Nutzungseigenthümers. Ihm gehören alle Nutzungen von dem Fideicommiß-Gute und dem Zuwachse, aber nicht die Substanz desselben. Er trägt dagegen auch alle Lasten. Für die ohne sein Verschulden erfolgte Verminderung der Substanz hat er nicht zu haften.

## §. 632.

Eingeschränkte  
Rechte:  
a) zur Ver-  
zichtung und  
Verpfän-  
dung;

Ein Fideicommiß-Besitzer kann zwar für sich, jedoch keineswegs für die, wenn gleich noch nicht vorhandene Nachkommen-

schaft auf sein Recht Verzicht thun. Verpfändet er die Früchte des Fideicommisses oder selbst das Fideicommiss-Gut; so gilt die Verpfändung nur für denjenigen Theil der Früchte, welchen er einzusammeln, berechtigt ist, nicht aber für das Fideicommiss-Gut oder den Theil der Früchte, welcher dem Nachfolger gebührt.

§. 633.

Unter der gleich nachfolgenden Beschränkung kann der Fideicommiss-Inhaber das unbewegliche Fideicommiss-Gut in ein Capital verwandeln; er kann Grundstücke gegen Grundstücke vertauschen; oder gegen angemessene Zinsen vertheilen; oder auch in Erbpacht überlassen.

b) zur Verwandlung, Vertauschung oder Erbverpachtung des Fideicommiss-Gutes.

§. 634.

Zu diesen Veränderungen bedarf er der Genehmigung der ordentlichen Gerichtsbehörde. Diese muß alle bekannte Anwärter, oder, wenn sie minderjährig oder abwesend sind, ihre Curatoren; dann den Curator des Fideicommisses und der Nachkommenschaft vernehmen; die Wichtigkeit der Gründe beurtheilen, und insbesondere bey Bewilligung der Zerstückung der

Grundstücke dafür sorgen, daß das in den politischen Verordnungen vorgeschriebene Maß beobachtet werde. Das dabey bedungene Entgelt wird als ein Fideicommiß-Capital angelegt.

§. 635.

c) Verschul-  
dung.

Der Fideicommiß-Inhaber kann ein Drittheil des Fideicommiß-Gutes verschulden; oder, wenn es in Capitalien besteht, ein Drittheil davon erheben. Hierzu bedarf er keiner Einwilligung der Anwärter oder Curatoren, sondern nur der Genehmigung der ordentlichen Gerichtsbehörde.

§. 636.

Bestim-  
mung des zu  
verschulden-  
den Drit-  
theiles;

In dieses Drittheil find alle, unter was immer für einem Rahmen, auf dem Fideicommiß-Gute haftende Lasten dergestalt einzurechnen, daß zwey Drittheile ganz frey bleiben.

§. 637.

und des Wer-  
thes des Fi-  
deicommiß-  
Gutes.

Der Werth eines Fideicommiß-Gutes, wenn es vertauscht oder verschuldet werden soll, wird durch die gerichtliche Schätzung; wenn es aber zu Geld gemacht werden soll, durch öffentliche Versteigerung bestimmt.



§. 638.

Die Rückzahlungen einer Fideicommiss-Schuld sind so zu bestimmen, daß jährlich fünf von Hundert an der Schuld getilgt werden. Nur aus erheblichen Ursachen ist eine Verlängerung der Frist zu gestatten.

Art der Rückzahlung.

§. 639.

Will der Fideicommiss-Besitzer von den bereits geleisteten Rückzahlungen wieder einen Betrag zu seinem Gebrauche erheben; so muß er zur Tilgung desselben noch insbesondere jährlich fünf von Hundert bezahlen.

§. 640.

Der Nachfolger im Fideicommiss ist nur die mit gerichtlicher Genehmigung gemachten Schulden seines Vorfahrers zu bezahlen schuldig. Für die zur Tilgung derselben schon verfallenen Rückzahlungen haftet er nur in so weit, als sie nicht aus dem frey vererblichen Vermögen des Vorfahrers geleistet werden können.

Haftung des Nachfolgers für die Schulden.

§. 641.

Hat der Vorfahrer zur Erhaltung oder wichtigen Verbesserung des Fideicommisses einen beträchtlichen Aufwand gemacht,

wozu er das Fideicommiß-Gut zu verschulden berechtigt gewesen wäre, so muß der Aufwand ersetzt werden. Hierzu sind aber die Nachfolger befugt, ein Drittheil des Fideicommiß-Gutes zu belasten. Die Rückzahlungen werden auf die in dem §. 638 vorgeschriebene Art geleistet.

§. 642.

Ein Fideicommiß-Gläubiger kann die Bezahlung einer, selbst mit gerichtlicher Bewilligung, auf dem Fideicommiße haftenden Schuld nicht aus dem Stammgute, sondern nur aus den Einkünften desselben verlangen.

§. 643.

*Theilung der Früchte des letzten Jahres.*

Die Früchte des letzten Jahres werden zwischen den Erben des Vorfahrers und dem Nachfolger im Fideicommiße eben so, wie zwischen dem Fruchtnießer und Eigenthümer (§. 519) getheilet.

§. 644.

*Auflösung,*

Ein Fideicommiß kann aufgelöst werden, wenn keine zum Fideicommiße berufene Nachkommenschaft zu vermuthen ist. Zur Auflösung des Fideicommiß-Bandes aber wird nebst der Einwilligung des Au-

zungseigenthümers und aller Anwärter, die durch ein Edict vorzuladen sind, auch die Einvernehmung des Curators der Nachkommenschaft, und die gerichtliche Bewilligung erfordert.

§. 645.

Das Fideicommiss erlischt, wenn es zu Grunde geht; oder, wenn alle in dem Stiftbriefe berufene Linien, ohne Hoffnung einer Nachkommenschaft, ausgestorben sind. In dem letzteren Falle vereinigt sich das Obereigenthum mit dem Nutzungseigenthume, und der Besitzer kann nach Willkür über das Fideicommiss verfügen.

oder Erbsch.  
ung eines  
Fideicom-  
misses

§. 646.

Von den Substitutionen und Fideicommissen unterscheiden sich die Stiftungen, wodurch die Einkünfte von Capitalien, Grundstücken oder Rechten zu gemeinnützigen Anstalten, als: für geistliche Pfründen, Schulen, Kranken- oder Armenhäuser; oder zum Unterhalte gewisser Personen auf alle folgende Zeiten bestimmt werden. Die Vorschriften über Stiftungen sind in den politischen Verordnungen enthalten.

Unterschied  
eines Fidei-  
commisses  
von Stift-  
ungen.

## Fünftes Hauptstück.

### Von Vermächtnissen.

§. 647.

Von wem,  
wleund wem  
gelegt;

**Z**ur Gültigkeit eines Vermächtnisses (§. 535) ist nothwendig, daß es von einem fähigen Erblasser, einer Person, die zu erben fähig ist, durch eine gültige letzte Willenserklärung hinterlassen werde.

§. 648.

Der Erblasser kann auch Einem oder mehreren Miterben ein Vermächtniß voraus bestimmen; in Rücksicht desselben sind sie nur als Legatäre zu betrachten.

§. 649.

und wer mit  
der Entrich-  
tung des  
Vermächtnisses be-  
schweret  
werden kön-  
ne.

Die Vermächtnisse fallen in der Regel allen Erben, selbst in dem Falle, daß die einem Miterben gehörige Sache vermacht worden ist, nach Maß ihres Erbtheiles zur Last. Es hängt jedoch von dem Erb-

läßt ab, ob er die Ausführung des Legates einem Miterben, oder auch einem Legatar besonders auftragen wolle.

§. 650.

Ein Legatar kann sich von der vollständigen Erfüllung des ihm aufgetragenen weiteren Vermächtnisses aus dem Grunde, daß es den Werth des ihm zugedachten Legates übersteige, nicht entschlagen. Nimmt er aber das Legat nicht an; so muß derjenige, dem es zufällt, den Auftrag übernehmen, oder das ihm zugefallene Vermächtniß dem darauf gewiesenen Vermächtnißnehmer überlassen.

§. 651.

Ein Erblasser, welcher ein Legat einer gewissen Classe von Personen, als: Verwandten, Dienstpersonen oder Armen, zugedacht hat, kann die Vertheilung, welchen aus diesen Personen, und, was jeder zukommen soll, dem Erben oder einem Dritten überlassen. Hat der Erblasser hierüber nichts bestimmt; so bleibt die Wahl dem Erben vorbehalten.

§. 652.

Der Erblasser kann bey einem Ver-

Substitu-  
tionen bey

Vermächtnissen.

machtnisse eine gemeine, oder fideicommissarische Substitution anordnen; dabey sind die in dem vorigen Hauptstücke gegebenen Vorschriften anzuwenden.

§. 653.

Gegenstände eines Vermächtnisses.

Alles, was im gemeinen Verkehre steht: Sachen, Rechte, Arbeiten und andere Handlungen, die einen Werth haben, können vermacht werden.

§. 654.

Werden Sachen vermacht, die zwar im gemeinen Verkehre stehen, die aber der Legatar zu besitzen für seine Person unfähig ist, so wird ihm der ordentliche Werth vergütet.

§. 655.

Allgemeine Auslegungregel bey Vermächtnissen.

Worte werden auch bey Vermächtnissen in ihrer gewöhnlichen Bedeutung genommen; es müßte denn bewiesen werden, daß der Erblasser mit gewissen Ausdrücken einen ihm eigenen besonderen Sinn zu verbinden gewohnt gewesen ist; oder, daß das Vermächtniß sonst ohne Wirkung wäre.

§. 656.

Besondere Vorschriften über das

Hat der Erblasser Eine oder mehrere Sachen von gewisser Gattung, aber ohne

eine nähere Bestimmung, vermacht, und sind mehrere solche Sachen in der Verlassenschaft vorhanden; so steht dem Erben die Wahl zu. Er muß aber ein Stück wählen, wovon der Legatar Gebrauch machen kann. Wird dem Legatar überlassen, Eine von den mehreren Sachen zu nehmen oder zu wählen; so kann er auch die beste wählen.

Vermächtniß;  
a) von Sachen einer gewissen Gattung;

§. 657.

Wenn der Erblasser Eine oder mehrere Sachen von gewisser Gattung ausdrücklich nur aus seinem Eigenthume vermacht hat, und es finden sich dergleichen gar nicht in der Verlassenschaft; so verliert das Vermächtniß seine Wirkung. Finden sie sich nicht in der verordneten Menge; so muß sich der Legatar mit den vorhandenen begnügen.

§. 658.

Vermacht der Erblasser Eine oder mehrere Sachen von gewisser Gattung nicht ausdrücklich aus seinem Eigenthume, und es finden sich dergleichen nicht in der Verlassenschaft; so muß der Erbe sie dem Legatar in einer, dessen Stande und Bedürfnissen

angemessenen Eigenschaft verschaffen. Das Legat einer Summe Geldes verbindet den Erben zur Zahlung derselben, ohne Rücksicht, ob bares Geld in der Verlassenschaft vorhanden sey oder nicht.

## §. 659.

Der Erblasser kann die Auswahl, welche Sache aus mehreren der Legatar haben soll, auch einem Dritten überlassen. Schlägt sie dieser aus, oder ist er vor getroffener Auswahl gestorben; so bestimmt die Gerichtsbehörde das Legat mit Rücksicht auf den Stand und das Bedürfniß des Legatars. Diese gerichtliche Bestimmung tritt auch in dem Falle ein, daß der Legatar vor der ihm überlassenen Auswahl verstorben ist.

## §. 660.

b) das Vermächtniß einer bestimmten Sache;

Das Vermächtniß einer bestimmten Sache kann von dem Legatar, wenn es in Einer oder in verschiedenen Anordnungen wiederholt wird, nicht zugleich in Natur und dem Werthe nach verlangt werden. Andere Vermächtnisse, ob sie gleich eine Sache der nämlichen Art oder den nämlichen Betrag enthalten, gebühren dem Legatar so oft, als sie wiederholt worden sind.



§. 661.

Das Vermächtniß ist ohne Wirkung, wenn das vermächte Stück zur Zeit der letzten Anordnung schon ein Eigenthum des Legatars war. Hat er es später an sich gebracht; so wird ihm der ordentliche Werth bezahlt. Wenn er es aber von dem Erblasser selbst und zwar unentgeltlich erhalten hat, ist das Vermächtniß für aufgehoben zu halten.

§. 662.

Das Vermächtniß einer fremden Sache, die weder dem Erblasser, noch dem Erben <sup>a) einer fremden Sa-</sup> oder Legatar, welcher sie einem Dritten leisten soll, gehört, ist wirkungslos. Gehört den erwähnten Personen ein Antheil oder Anspruch an der Sache; so ist das Vermächtniß nur von diesem Anspruche oder Antheile zu verstehen. Ist die vermächte Sache verpfändet oder belastet; so übernimmt der Empfänger auch die darauf lastenden Lasten. Wenn aber der Erblasser ausdrücklich verordnet, daß eine bestimmte fremde Sache gekauft, und dem Legatar geleistet werden solle, der Eigenthümer hingegen sie um den Schätzungspreis nicht

veräußern will; fo ift dem Legatar diefer Werth zu entrichten.

§. 663.

a) einer  
Forderung;

Das Vermächtniß einer Forderung, die der Erblasser an den Legatar zu machen hat, verpflichtet den Erben, den Schuldschein zurück zu stellen; oder, dem Legatar die Befreyung von der Schuld und den rückständigen Zinsen auszufertigen.

§. 664.

Vermacht der Erblasser jemanden eine Forderung, die er an einen Dritten zu stellen hat; so muß der Erbe die Forderung sammt den rückständigen und weiter laufenden Zinsen dem Legatar überlassen.

§. 665.

Das Vermächtniß der Schuld, die der Erblasser dem Legatar zu entrichten hat, hat die Wirkung, daß der Erbe die von dem Erblasser bestimmt ausgedrückte, oder von dem Legatar ausgewiesene Schuld anerkennen, und sie, ohne Rücksicht auf die in der Schuldverschreibung enthaltenen Bedingungen oder Fristen, längstens in der zur Abführung der übrigen Legate bestimmten Zeitfrist berichtigen muß. Den gefährdeten

Gläubigern des Erblassers aber kann dessen Anerkennung nicht zum Nachtheile gereichen.

§. 666.

Die Erlassung der Schuld ist nur von den gegenwärtigen, nicht auch von den erst nach dem errichteten Vermächtnisse entstandenen Schulden zu verstehen. Wird durch ein Vermächtniß das Pfandrecht, oder die Bürgschaft erlassen; so folgt daraus nicht, daß auch die Schuld erlassen worden sey. Werden die Zahlungsfristen verlängert; so müssen doch die Zinsen fort bezahlt werden.

§. 667.

Wenn der Erblasser einer Person eine Summe schuldig ist, und ihr eine gleiche Summe vermacht; so wird nicht vermutet, daß er die Schuld mit dem Vermächtnisse habe tilgen wollen. Der Erbe bezahlt in diesem Falle die Summe doppelt; ein Mal als Schuld, und dann als Vermächtniß.

§. 668.

Unter dem Vermächtnisse aller ausstehenden Forderungen sind doch weder die

**Forderungen aus öffentlichen Credits-Papieren, noch auch die auf einem unbeweglichen Gute haftenden Capitalien, oder die aus einem dinglichen Rechte entstehenden Forderungen begriffen.**

§. 669.

a) des Heirathsgutes;

**Das Heirathsgut kann vermacht werden, entweder um den Gatten von der Zurückzahlung desselben zu befreien; oder, um den Erben zu verpflichten, daß er der Gattinn die als Heirathsgut eingebrachte Summe oder Sache ohne Beweis und ohne Abzug der darauf verwendeten Kosten abführe. Hier gelten die für Andere vermachte Forderungen gegebenen Vorschriften.**

§. 670.

**Vermacht der Erblasser einer dritten Person ein unbestimmtes Heirathsgut; so versteht man darunter, ohne Rücksicht auf ihr eigenes Vermögen, ein solches Heirathsgut, als der Vater dieser Person bey mittelmäßigem Vermögen nach seinem Stande abzureichen schuldig wäre.**

§. 671.

**Vermachen Aeltern den Töchtern ein**

Gekratzsgut; so wird dasselbe, wosern es nicht ausdrücklich als ein Vorausvermächtniß erklärt worden, in den gesetzlichen oder letztwilligen Erbtheil eingerechnet.

§. 672.

Das Vermächtniß des Unterhaltes begreift Nahrung, Kleidung, Wohnung und die übrigen Bedürfnisse, und zwar auf lebenslang, wie auch den nöthigen Unterricht in sich. Alles dieses wird auch unter Erziehung verstanden. Die Erziehung endiget sich mit der Volljährigkeit. Unter Kost wird Speise und Trank auf lebenslang begriffen.

des Unterhaltes, der Erziehung oder Kost;

§. 673.

Das Maß der im vorstehenden §. angeführten Vermächtnisse, wenn es weder aus dem ausdrücklichen, noch aus dem stillschweigenden, durch die bisherige Unterstützung erklärten, Willen des Erblassers erhellet, muß nach dem Stande bestimmt werden, welcher dem Legatar eigen ist, oder, wozu er durch die genossene Verpflegung vorbereitet worden ist.

§. 674.

Unter Mobilien (Meubeln) werden nur

der Mobilien, des Hausraths

die zum anständigen Gebrauche der Wohnung; unter Hausrath oder Einrichtung zugleich die zur Führung der Haushaltung erforderlichen Geräthschaften verstanden. Die Werkzeuge zum Betriebe des Gewerbes sind, ohne eine deutlichere Erklärung, darunter nicht begriffen.

## §. 675.

b) eines Verhältnisses;

Ist jemand ein Verhältniß vermacht worden, welches nicht für sich selbst bestehet, sondern nur ein Theil eines Ganzen ist; so wird in der Regel vermuthet, daß nur diejenigen Stücke zugebacht worden sind, welche sich bey dem Ableben des Erblassers darin vorfinden, und zu deren Aufbewahrung das Verhältniß seiner Natur nach bestimmt, oder von dem Erblasser gewöhnlich verwendet worden ist.

## §. 676.

Ist hingegen das Verhältniß beweglich, oder doch eine für sich bestehende Sache; so hat der Legatar nur auf das Verhältniß, nicht auch auf die darin befindlichen Sachen Anspruch.

## • §. 677.

Wird ein Schrank, ein Kasten oder

eine Lade mit allen darin befindlichen Sachen vermacht; so rechnet man dazu auch Gold und Silber, Schmuck und bares Geld, selbst die vom Legatar dem Erblasser ausgestellten Schuldscheine. Andere Schuldscheine oder Urkunden, worauf sich Forderungen und Rechte des Erblassers gründen, werden nur dann dazu gerechnet, wenn sich außer denselben nichts in dem Behältnisse befindet. Zu einem Vermächtnisse flüssiger Sachen gehören auch die zu ihrer Versüßung bestimmten Gefäße.

§. 678.

Unter Juwelen werden in der Regel nur Edelsteine und gute Perlen; unter Schmuck auch die unechten Steine, und das aus Gold oder Silber gefertigte oder damit überzogene Geschmeide, welches zur Zierde der Person dient; und unter Pug dasjenige verstanden, was außer Schmuck, Geschmeide und Kleidungsstücken zur Verzierung der Person gebraucht wird.

i) der Juwelen, des Schmuckes und Puges;

§. 679.

Das Vermächtniß des Goldes oder Silbers begreift das verarbeitete und unverarbeitete, doch nicht das gemünzte, noch auch

h) des Goldes oder Silbers; der Wäsche; Equipage;

dasjenige in fich, was nur ein Theil oder eine Verzierung eines anderen Verlassenschaftsstückes, z. B. einer Uhr oder Dose, ausmacht. Die Wäsche wird nicht zur Kleidung, und Spißen werden nicht zur Wäsche, sondern zum Puge gerechnet. Unter Equipage werden die zur Bequemlichkeit des Erblassers bestimmten Zugferde und Wagen sammt dem dazu gehörigen Geschirre; nicht auch Reitferde und Reitzzeug verstanden.

§. 680.

1) der Barschaft;

Zur Barschaft gehören auch jene öffentlichen Credits-Papiere, welche im ordentlichen Umlaufe die Stelle des baren Geldes vertreten.

§. 681.

a) über die Benennung: Kinder;

Unter dem Worte: Kinder, werden, wenn der Erblasser die Kinder eines Anderen bedenkt, nur die Söhne und Töchter; wenn er aber seine eigenen Kinder bedenkt, auch die an deren Stelle tretenden Nachkömmlinge begriffen, welche bey dem Ableben des Erblassers schon erzeugt waren.

§. 682.

a) Verwandtes;

Ein ohne nähere Bestimmung für die Verwandten ausgesetztes Vermächtniß wird



denjenigen, welche nach der gesetzlichen Erbfolge die nächsten sind, zugewendet, und die oben in dem §. 559 über die Vertheilung einer Erbschaft unter solchen Personen, welche für Eine Person angesehen werden, aufgestellte Regel ist auch auf Vermächtnisse anzuwenden.

§. 683.

Hat der Erblasser seinen Dienstper- <sup>o) Dienst-</sup>  
sonen ein Vermächtniß hinterlassen, und sie <sup>personen.</sup>  
bloß durch das Dienstverhältniß bezeichnet;  
so wird vermuthet, daß es diejenigen erhal-  
ten sollen, welche zur Zeit seines Ablebens  
in dem Dienstverhältnisse stehen. Doch kann  
in diesem, so wie in den übrigen Fällen, die  
Vermuthung durch entgegen gesetzte stärkere  
Vermuthungsgründe aufgehoben werden.

§. 684.

Der Legatar erwirbt in der Regel (§. 699) <sup>Anfallstag</sup>  
gleich nach dem Tode des Erblassers für <sup>den den Ver-</sup>  
sich und seine Nachfolger ein Recht auf <sup>mächtnissen.</sup>  
das Vermächtniß. Das Eigenthumsrecht  
auf die vermachte Sache aber kann nur nach  
den für die Erwerbung des Eigenthumes  
in dem fünften Hauptstücke aufgestellten  
Vorschriften erlangt werden.

## §. 685.

**Bezahlungstag.**

Das Vermächtniß einzelner Verlassenschaftsstücke und darauffich beziehender Rechte, kleine Belohnungen des Dienstgefindes und fromme Vermächtnisse können sogleich; andere aber erst nach Einem Jahre, von dem Tode des Erblassers, gefordert werden.

## §. 686.

Bei dem Vermächtnisse eines einzelnen Verlassenschaftstückes kommen dem Legatar auch die seit dem Tode des Erblassers laufenden Zinsen, entstandenen Rugungen und jeder andere Zuwachs zu Statuten. Er trägt hingegen auch alle auf dem Legate haftende Lasten, und selbst den Verlust, wenn es ohne Verschulden eines Anderen vermindert wird, oder gänzlich zu Grunde geht.

## §. 687.

Wird jemanden ein in wiederkehrenden Fristen, als: alle Jahre, Monate und dergleichen, zu leistender Betrag vermacht; so erhält der Legatar ein Recht auf den ganzen Betrag dieser Frist, wenn er auch nur den Anfang der Frist erlebt hat. Doch kann der Betrag erst mit Ablauf der

**Frist gefordert werden. Die erste Frist fängt mit dem Sterbetage des Erblassers zu laufen an.**

§. 688.

In allen Fällen, in welchen ein Gläubiger von einem Schuldner Sicherstellung zu fordern berechtigt ist, kann auch ein Legatar die Sicherstellung seines Legates verlangen. Wie die Einverleibung eines Vermächtnisses, zur Begründung eines dinglichen Rechtes, geschehen müsse, ist oben §. 437 vorgeschrieben worden.

Recht des Legatars zur Sicherstellung.

§. 689.

Ein Vermächtniß, welches der Legatar nicht annehmen kann oder will, fällt auf den Nachberufenen (§. 652). Ist kein Nachberufener vorhanden, und ist das ganze Vermächtniß mehreren Personen ungetheilt oder ausdrücklich zu gleichen Theilen zugebracht; so wächst der Antheil, den einer von ihnen nicht erhält, den übrigen eben so, wie den Miterben die Erbschaft zu. Außer den gedachten zwey Fällen bleibt das erledigte Vermächtniß in der Erbschafts-Masse.

Wenn ein erledigtes Vermächtniß zufällt?

§. 690.

**Wenn die ganze Erbschaft durch Ver-**

Recht des Erben, wenn

die Laſten die  
Maſſe <sup>er</sup>  
ſchöpfen;

machtniſſe erſchöpft iſt; ſo hat der Erbe nichts weiter, als die Vergütung ſeiner zum Beſten der Maſſe gemachten Auslagen und eine ſeinen Bemühungen angemessene Belohnung zu fordern. Will er den Nachlaß nicht ſelbſt verwalten; ſo muß er um die Aufſtellung eines Curators anlangen.

§. 691.

Können nicht alle Legatäre aus der Verlaſſenſchafts-Maſſe befriediget werden; ſo wird das Legat des Unterhaltes vor allen anderen entrichtet, und dem Legatar gebührt der Unterhalt von dem Tage des Erbanfalles.

§. 692.

oder gar  
überſehen.

Reicht die Verlaſſenſchaft zur Bezahlung der Schulden, anderer pflichtmäßigen Auslagen und zur Berichtigung aller Vermächtniſſe nicht zu; ſo leiden die Legatäre einen verhältnißmäßigen Abzug. Daher iſt der Erbe, ſo lange eine ſolche Gefahr obwaltet, die Vermächtniſſe ohne Sicherſtellung zu berichtigen nicht ſchuldig.

§. 693.

Im Falle aber, daß die Legatäre die Vermächtniſſe bereits empfangen haben,

wird der Abzug nach dem Werthe, den das Vermächtniß zur Zeit des Empfanges hatte, und den daraus gezogenen Rugungen bestimmt. Doch steht dem Legatar auch nach empfangenem Vermächtnisse noch immer frey, zur Vermeidung des Beytrages, das Vermächtniß, oder den oben erwähnten Werth und die bezogenen Rugungen in die Masse zurück zu stellen; in Rücksicht der Verbesserungen und Verschlimmerungen wird er als ein redlicher Besizer behandelt.

§. 694.

Die Beyträge, welche ein Erblasser nach den politischen Vorschriften zur Unterstützung der Armen-, Invaliden- und Krankenhäuser und des öffentlichen Unterrichtes in dem Testamente ausgesetzt hat, sind nicht als Vermächtnisse anzusehen; sie sind eine Staatsanfrage, müssen selbst von den gesetzlichen Erben entrichtet, und können nicht nach den Grundsätzen des Privat-Rechtes, sondern nur nach den politischen Verordnungen beurtheilet werden.

Von den  
gesetzlichen  
Beyträgen  
zu öffentl.  
chen Anstalten.

## Zwölftes Hauptstück.

### Von Einschränkung und Aufhebung des letzten Willens.

§. 695.

Recht des  
Erblassers  
zur Ein-  
schränkung  
oder Aende-  
rung seines  
letzten Wil-  
lens.

Der Erblasser kann seine Anordnung auf eine Bedingung; auf einen Zeitpunkt; durch einen Auftrag; oder, eine erklärte Absicht einschränken. Er kann auch sein Testament oder Codicill abändern, oder es ganz aufheben.

§. 696.

Arten der  
Einschrän-  
kung des letz-  
ten Willens:  
1) Bedin-  
gung.

Eine Bedingung heißt eine Ereignung, wovon ein Recht abhängig gemacht wird. Die Bedingung ist bejahend oder verneinend, je nachdem sie sich auf den Erfolg, oder Richterfolg der Ereignung bezieht. Sie ist aufschiebend, wenn das zuge dachte

Recht erst nach ihrer Erfüllung zu seiner Kraft gelangt; sie ist auflösend, wenn das zuge dachte Recht bey ihrem Eintritte verloren geht.

§. 697.

Ganz unverständliche Bedingungen sind für nicht beygesetzt zu achten.

Vorschriften:

a) über unverständliche;

§. 698.

Die Anordnung, wodurch jemanden unter einer aufschiebenden unmöglichen Bedingung ein Recht ertheilt wird, ist ungültig, obschon die Erfüllung der Bedingung erst in der Folge unmöglich, und die Unmöglichkeit dem Erblasser bekannt geworden wäre. Eine auflösende unmögliche Bedingung wird als nicht beygesetzt angesehen. Alles dieses gilt auch von den unerlaubten Bedingungen.

b) unmögliche oder unerlaubte;

§. 699.

Sind die Bedingungen möglich und erlaubt; so kann das davon abhängende Recht nur durch ihre genaue Erfüllung erworben werden; sie mögen vom Zufalle, von dem Willen des bedachten Erben, Legatars, oder eines Dritten abhängen.

c) mögliche und erlaubte Bedingungen;

## §. 700.

a) Bedingung der Nichtverehelichung;

Die Bedingung, daß der Erbe oder der Legatar sich, selbst nach erreichter Großjährigkeit, nicht verehelichen soll, ist als nicht beygesetzt anzusehen. Nur eine verwitwete Person muß, wenn sie Ein oder mehrere Kinder hat, die Bedingung erfüllen. Die Bedingung, daß der Erbe oder Legatar eine bestimmte Person nicht heirathe, kann gültig auferlegt werden.

## §. 701.

a) wenn die Bedingung bey dem Leben des Erblassers erfüllt worden.

Ist die in der letzten Willenserklärung vorgeschriebene Bedingung schon bey dem Leben des Erblassers eingetroffen; so muß die Erfüllung derselben nach dem Tode des Erblassers nur dann wiederholt werden, wenn die Bedingung in einer Handlung des Erben oder Legatars besteht, welche von ihm wiederholt werden kann.

## §. 702.

Ob die Bedingung auch auf die Nachberufenen auszu dehnen sey.

Eine dem Erben oder Legatar beygerückte Bedingung ist, ohne ausdrückliche Erklärung des Erblassers, auf den von dem Erblasser nachberufenen Erben oder Legatar nicht auszudehnen.



§. 703.

Zur Erwerbung eines unter einer aufschiebenden Bedingung zugebachten Nachlasses ist nothwendig, daß die bedachte Person die Erfüllung der Bedingung überlebe, und bey dem Eintritte derselben erbfähig sey.

Wirkung einer möglichen aufschiebenden Bedingung.

§. 704.

Ist es ungewiß, ob der Zeitpunkt, auf welchen der Erblasser das zugebachte Recht einschränkt, kommen oder nicht kommen werde; so wird diese Einschränkung als eine Bedingung angesehen.

§. 705.

Ist der Zeitpunkt von der Art, daß er kommen muß; so wird das zugebachte Recht, wie andere unbedingte Rechte, auch auf die Erben der bedachten Person übertragen, und nur die Uebergabe bis zum gesetzten Termine verschoben.

§. 706.

Wäre es offenbar, daß die in der letzten Anordnung ausgemessene Zeit nie kommen könne; so wird die Bestimmung dieser Zeit wie die Veysetzung einer unmöglichen Bedingung angesehen. Nur in dem

Falle, daß der Erblasser wahrscheinlich bloß in der Berechnung der Zeit sich geirret hat, wird der Zeitpunkt nach dem wahrscheinlichen Willen des Erblassers zu bestimmen seyn.

## §. 707.

Rechtsver-  
hältniß bey  
einer Be-  
dingung  
oder einem  
Zeitpuncte  
zwischen der  
bedachten  
und ihr nach-  
folgenden  
Person.

So lange das Recht des Erben oder des Legatars wegen einer noch nicht erfüllten Bedingung, oder wegen des noch nicht gekommenen Zeitpunctes verschoben bleibt; so lange finden im ersten Falle zwischen dem gesetzlichen und eingesetzten Erben; und im zweyten Falle zwischen dem Erben und Legatar, in Hinsicht auf den einstweiligen Besitz und Genuß des Nachlasses oder Legates, die nämlichen Rechte und Verbindlichkeiten, wie bey einer fideicommissarischen Substitution, Statt.

## §. 708.

Wer eine Erbschaft oder ein Vermächtniß unter einer verneinenden oder auflösenden Bedingung; oder, nur auf eine gewisse Zeit erhält, hat gegen den, welchem die Erbschaft, oder das Vermächtniß, bey dem Eintritte der Bedingung, oder des bestimmten Zeitpunctes zufällt, die näm-

lichen Rechte und Verbindlichkeiten, welche einem Erben oder Legatar gegen den fideicommissarischen Substituten zukommen (§. 613).

§. 709.

Hat der Erblasser jemanden einen Nach- 3) Auftrag.  
laß unter einem Auftrage zugewendet; so ist dieser Auftrag als eine auflösende Bedingung anzusehen, daß durch die Nichterfüllung des Auftrages der Nachlaß verwirkt werden solle (§. 696).

§. 710.

In dem Falle, daß der Auftrag nicht genau erfüllet werden kann, muß man demselben wenigstens nach Möglichkeit nahe zu kommen suchen. Kann auch dieses nicht geschehen; so behält doch der Belastete, sofern aus dem Willen des Erblassers nicht das Gegentheil erhellet, den zugebachten Nachlaß. Wer sich zur Erfüllung des Auftrages selbst unfähig gemacht hat, wird des ihm zugebachten Nachlasses verlustig.

§. 711.

Wenn der Erblasser die Absicht, wozu er den Nachlaß bestimmt, zwar ausgedrückt, aber nicht zur Pflicht gemacht hat,

so kann die bedachte Person nicht angehalten werden, den Nachlaß zu dieser Absicht zu verwenden.

## §. 712.

Die Anordnung, wodurch der Erblasser seinem Erben eine unmögliche oder unerlaubte Handlung mit dem Beseße aufträgt, daß er, wofern er den Auftrag nicht befolgte, einem Dritten ein Legat entrichten soll, ist ungültig.

## §. 713.

Von Aufhebung der Anordnungen, und zwar;  
1) durch Errichtung einer neuen Anordnung; eines Testaments;

Ein früheres Testament wird durch ein späteres gültiges Testament nicht nur in Rücksicht der Erbseinfegung, sondern auch in Rücksicht der übrigen Anordnungen aufgehoben; dafern der Erblasser in dem letzteren nicht deutlich zu erkennen gibt, daß das frühere ganz oder zum Theil bestehen solle. Diese Vorschrift gilt auch dann, wenn in dem späteren Testamente der Erbe nur zu einem Theile der Erbschaft berufen wird. Der übrig bleibende Theil fällt nicht den in dem früheren Testamente eingesetzten, sondern den gesetzlichen Erben zu.

## §. 714.

oder Codicilles;;

Durch ein späteres Codicill, deren meh-

**B. Einschränkung. u. Aufheb. d. letzten Willens. 157**  
rere neben einander bestehen können, werden frühere Vermächtnisse oder Codicille nur in so fern aufgehoben, als sie mit demselben im Widerspruche stehen.

**§. 715.**

Kann man nicht entscheiden, welches Testament oder Codicill das spätere sey; so gelten, in so fern sie neben einander bestehen können, beyde, und es kommen die im Hauptstücke von der Gemeinschaft des Eigenthumes aufgestellten Vorschriften zur Anwendung.

**§. 716.**

Der in einem Testamente oder Codicille angehängte Beysatz: daß jede spätere Anordnung überhaupt, oder, wenn sie nicht mit einem bestimmten Merkmahe bezeichnet ist, null und nichtig seyn solle, verhindert zwar den Erblasser nicht, seinen letzten Willen zu verändern; allein, wenn er in der späteren Verordnung den eben angeführten allgemeinen, oder besonderen Beysatz nicht ausdrücklich aufhebt; so wird nicht sein späterer, sondern sein früherer Wille für gültig angenommen.

ungenchtet  
der früher  
erklärten  
Unabänder-  
lichkeit;

## §. 717.

a) durch Wi-  
derruf;

Will der Erblasser seine Anordnung aufheben, ohne eine neue zu errichten; so muß er sie ausdrücklich entweder mündlich oder schriftlich widerrufen, oder die Urkunde vertilgen.

## §. 718.

Der Widerruf kann nur in einem solchen Zustande gültig geschehen, worin man einen letzten Willen zu erklären fähig ist. Ein gerichtlich erklärter Verschwender kann seinen letzten Willen gültig widerrufen.

## §. 719.

a) einen aus-  
drücklich;

Ein mündlicher Widerruf einer gerichtlichen oder außergerichtlichen letzten Anordnung erfordert so viele und solche Zeugen, als zur Gültigkeit eines mündlichen Testaments nöthig sind; ein schriftlicher aber, eine von dem Erblasser eigenhändig geschriebene und unterschriebene, oder wenigstens von ihm und den zu einem schriftlichen Testamente erforderlichen Zeugen unterfertigte Erklärung.

## §. 720.

Eine Anordnung des Erblassers, wodurch er dem Erben oder Legatar unter an-

**B. Einschränkung. u. Aufheb. d. letzten Willens. 159**  
gedrohter Entziehung eines Vortheiles verbiethet, den letzten Willen zu bestreiten, soll für den Fall, daß nur die Echtheit oder der Sinn der Erklärung angefochten wird, nie von einer Wirkung seyn.

§. 721.

Wer in seinem Testamente oder Codicille die Unterschrift durchschneidet; sie durchstreicht; oder, den ganzen Inhalt auslöscht, vertilgt es. Wenn von mehreren gleichlautenden Urkunden nur Eine vertilgt worden; so kann man daraus auf keinen Widerruf schließen.

b) still-  
schweigen-  
den;

§. 722.

Sind die gedachten Verlegungen der Urkunde nur zufällig geschehen; oder, ist die Urkunde in Verlust gerathen; so verliert der letzte Wille seine Wirkung nicht, wenn anders der Zufall durch die in der Gerichtsordnung bestimmten Beweisarten, und der Inhalt der Urkunde auf die Art erwiesen wird, wie eine mündliche letzte Anordnung erwiesen werden muß.

§. 723.

Hat ein Erblasser eine spätere Anordnung vernichtet, die frühere schriftliche An-

ordnung aber unverfehrt gelaffen; fo kommt die frühere fchriftliche wieder zur Kraft. Eine mündliche frühere Anordnung lebt dadurch nicht wieder auf.

## §. 724.

oder o) vermutheten;

Ein Legat wird für widerrufen angefehen, wenn der Erblasser die vermachte Forderung eingetrieben und erhoben; wenn er die jemanden zuge dachte Sache veräußert, und nicht wieder zurück erhalten; oder wenn er sie auf eine folche Art in eine andere verwandelt hat, daß die Sache ihre vorige Gestalt und ihren vorigen Rahmen verliert.

## §. 725.

Wenn aber der Schuldner die Forderung aus eigenem Antriebe berichtigt hat; wenn die Veräußerung des Legates auf gerichtliche Anordnung gefchehen; wenn die Sache ohne Einwilligung des Erblassers verwandelt worden ist; fo besteht das Legat.

## §. 726.

3) durch Entfegung der Erben.

Will oder kann weder eine Erbe, noch ein Nacherbe die Verlassenschaft annehmen;



**B. Einschränkung. u. Aufheb. d. letzten Willens. 161**  
so fällt das Erbrecht auf die gesetzlichen Erben. Diese sind aber verpflichtet, die übrigen Verfügungen des Erblassers zu befolgen. Entsagen auch sie der Erbschaft; so werden die Legatäre verhältnißmäßig als Erben betrachtet.

---

## §. 700.

a) Bedin-  
gung der  
Nichter-  
ehelichung;

Die Bedingung, daß der Erbe oder der Legatar sich, selbst nach erreichter Großjährigkeit, nicht verehelichen soll, ist als nicht beygesetzt anzusehen. Nur eine verwitwete Person muß, wenn sie Ein oder mehrere Kinder hat, die Bedingung erfüllen. Die Bedingung, daß der Erbe oder Legatar eine bestimmte Person nicht heirathe, kann gültig auferlegt werden.

## §. 701.

e) wenn  
die Bedin-  
gung bey  
dem Leben  
des Erblas-  
sers erfüllt  
worden.

Ist die in der letzten Willenserklärung vorgeschriebene Bedingung schon bey dem Leben des Erblassers eingetroffen; so muß die Erfüllung derselben nach dem Tode des Erblassers nur-dann wiederhohlt werden, wenn die Bedingung in einer Handlung des Erben oder Legatars besteht, welche von ihm wiederhohlt werden kann.

## §. 702.

Ob die Be-  
dingung  
auch auf die  
Nachberufe-  
nen auszu-  
dehnen sey.

Eine dem Erben oder Legatar beyge-  
rückte Bedingung ist, ohne ausdrückliche Er-  
klärung des Erblassers, auf den von dem  
Erblasser nachberufenen Erben oder Legatar  
nicht auszudehnen.

§. 703.

Zur Erwerbung eines unter einer aufschiebenden Bedingung zugebachten Nachlasses ist nothwendig, daß die bedachte Person die Erfüllung der Bedingung überlebe, und bey dem Eintritte derselben erbfähig sey.

Wirkung einer möglichen aufschiebenden Bedingung.

§. 704.

Ist es ungewiß, ob der Zeitpunkt, auf welchen der Erblasser das zugebachte Recht einschränkt, kommen oder nicht kommen werde; so wird diese Einschränkung als eine Bedingung angesehen.

a) Zeitpunkt.

§. 705.

Ist der Zeitpunkt von der Art, daß er kommen muß; so wird das zugebachte Recht, wie andere unbedingte Rechte, auch auf die Erben der bedachten Person übertragen, und nur die Uebergabe bis zum gesetzten Termine verschoben.

§. 706.

Wäre es offenbar, daß die in der letzten Anordnung ausgemessene Zeit nie kommen könne; so wird die Bestimmung dieser Zeit wie die Beysetzung einer unmöglichen Bedingung angesehen. Nur in dem

Falle, daß der Erblasser wahrscheinlich bloß in der Berechnung der Zeit sich geirret hat, wird der Zeitpunkt nach dem wahrscheinlichen Willen des Erblassers zu bestimmen seyn.

## §. 707.

Rechtsver-  
hältniß bey  
einer Be-  
dingung  
oder einem  
Zeitpuncte  
zwischen der  
bedachten  
und ihr nach-  
folgenden  
Person.

So lange das Recht des Erben oder des Legatars wegen einer noch nicht erfüllten Bedingung, oder wegen des noch nicht gekommenen Zeitpunctes verschoben bleibt; so lange finden im ersten Falle zwischen dem gesetzlichen und eingesetzten Erben; und im zweyten Falle zwischen dem Erben und Legatar, in Hinsicht auf den einstweiligen Besitz und Genuß des Nachlasses oder Legates, die nämlichen Rechte und Verbindlichkeiten, wie bey einer fideicommissarischen Substitution, Statt.

## §. 708.

Wer eine Erbschaft oder ein Vermächtniß unter einer verneinenden oder auflösenden Bedingung; oder, nur auf eine gewisse Zeit erhält, hat gegen den, welchem die Erbschaft, oder das Vermächtniß, bey dem Eintritte der Bedingung, oder des bestimmten Zeitpunctes zufällt, die näm-

lichen Rechte und Verbindlichkeiten, welche einem Erben oder Legatar gegen den fideicommissarischen Substituten zukommen (§. 613).

§. 709.

Hat der Erblasser jemanden einen Nach- 3) Auftrag.  
laß unter einem Auftrage zugewendet; so ist dieser Auftrag als eine auflösende Bedingung anzusehen, daß durch die Richterfüllung des Auftrages der Nachlaß verwirkt werden solle (§. 696).

§. 710.

In dem Falle, daß der Auftrag nicht genau erfüllet werden kann, muß man demselben wenigstens nach Möglichkeit nahe zu kommen suchen. Kann auch dieses nicht geschehen; so behält doch der Belastete, wofern aus dem Willen des Erblassers nicht das Gegentheil erhellet, den zugebachten Nachlaß. Wer sich zur Erfüllung des Auftrages selbst unfähig gemacht hat, wird des ihm zugebachten Nachlasses verlustig.

§. 711.

Wenn der Erblasser die Absicht, wozu er den Nachlaß bestimmt, zwar ausgedrückt, aber nicht zur Pflicht gemacht hat,

so kann die bedachte Person nicht angehalten werden, den Nachlaß zu dieser Absicht zu verwenden.

§. 712.

Die Anordnung, wodurch der Erblasser seinem Erben eine unmögliche oder unerlaubte Handlung mit dem Beseße aufträgt, daß er, wofern er den Auftrag nicht befolgte, einem Dritten ein Legat entrichten soll, ist ungültig.

§. 713.

Von Aufhebung der Anordnungen, und zwar;  
1) durch Errichtung einer neuen Anordnung; eines Testaments;

Ein früheres Testament wird durch ein späteres gültiges Testament nicht nur in Rücksicht der Erbseinfegung, sondern auch in Rücksicht der übrigen Anordnungen aufgehoben; dafern der Erblasser in dem letzteren nicht deutlich zu erkennen gibt, daß das frühere ganz oder zum Theil bestehen solle. Diese Vorschrift gilt auch dann, wenn in dem späteren Testamente der Erbe nur zu einem Theile der Erbschaft berufen wird. Der übrig bleibende Theil fällt nicht den in dem früheren Testamente eingesetzten, sondern den gesetzlichen Erben zu.

§. 714.

oder Codicillus;

Durch ein späteres Codicill, deren meh-

rere neben einander bestehen können, werden frühere Vermächtnisse oder Codicille nur in so fern aufgehoben, als sie mit demselben im Widerspruche stehen.

§. 715.

Kann man nicht entscheiden, welches Testament oder Codicill das spätere sey; so gelten, in so fern sie neben einander bestehen können, beyde, und es kommen die im Hauptstücke von der Gemeinschaft des Eigenthumes aufgestellten Vorschriften zur Anwendung.

§. 716.

Der in einem Testamente oder Codicille angehängte Beysatz: daß jede spätere Anordnung überhaupt, oder, wenn sie nicht mit einem bestimmten Merkmale bezeichnet ist, null und nichtig seyn solle, verhindert zwar den Erblasser nicht, seinen letzten Willen zu verändern; allein, wenn er in der späteren Verordnung den eben angeführten allgemeinen, oder besonderen Beysatz nicht ausdrücklich aufhebt; so wird nicht sein späterer, sondern sein früherer Wille für gültig angenommen.

ungenchtet  
der früher  
erklärten  
Unabänder-  
lichkeit;

## §. 717.

a) durch Wi-  
derruf;

Will der Erblasser seine Anordnung aufheben, ohne eine neue zu errichten; so muß er sie ausdrücklich entweder mündlich oder schriftlich widerrufen, oder die Urkunde vertilgen.

## §. 718.

Der Widerruf kann nur in einem solchen Zustande gültig geschehen, worin man einen letzten Willen zu erklären fähig ist. Ein gerichtlich erklärter Verschwender kann seinen letzten Willen gültig widerrufen.

## §. 719.

a) einen aus-  
drücklichen;

Ein mündlicher Widerruf einer gerichtlichen oder außergerichtlichen letzten Anordnung erfordert so viele und solche Zeugen, als zur Gültigkeit eines mündlichen Testaments nöthig sind; ein schriftlicher aber, eine von dem Erblasser eigenhändig geschriebene und unterschriebene, oder wenigstens von ihm und den zu einem schriftlichen Testamente erforderlichen Zeugen unterfertigte Erklärung.

## §. 720.

Eine Anordnung des Erblassers, wodurch er dem Erben oder Legatar unter an-



**B. Einschränkung. u. Aufheb. d. letzten Willens. 159**  
gedrohter Entziehung eines Vortheiles verbiethet, den letzten Willen zu bestreiten, soll für den Fall, daß nur die Echtheit oder der Sinn der Erklärung angefochten wird, nie von einer Wirkung seyn.

§. 721.

Wer in seinem Testamente oder Codicille die Unterschrift durchschneidet; sie durchstreicht; oder, den ganzen Inhalt auslöscht, vertilgt es. Wenn von mehreren gleichlautenden Urkunden nur Eine vertilgt worden; so kann man daraus auf keinen Widerruf schließen.

b) Ritz-  
schneid-  
ben;

§. 722.

Sind die gedachten Verletzungen der Urkunde nur zufällig geschehen; oder, ist die Urkunde in Verlust gerathen; so verliert der letzte Wille seine Wirkung nicht, wenn anders der Zufall durch die in der Gerichtsordnung bestimmten Beweisarten, und der Inhalt der Urkunde auf die Art erwiesen wird, wie eine mündliche letzte Anordnung erwiesen werden muß.

§. 723.

Hat ein Erblasser eine spätere Anordnung vernichtet, die frühere schriftliche An-

ordnung aber unverfehrt gelaffen; fo kommt die frühere fchriftliche wieder zur Kraft. Eine mündliche frühere Anordnung lebt dadurch nicht wieder auf.

## §. 724.

oder o) vermutheten;

Ein Legat wird für widerrufen angefehen, wenn der Erblasser die vermachte Forderung eingetrieben und erhoben; wenn er die jemanden zugedachte Sache veräußert, und nicht wieder zurück erhalten; oder wenn er sie auf eine folche Art in eine andere verwandelt hat, daß die Sache ihre vorige Gestalt und ihren vorigen Rahmen verliert.

## §. 725.

Wenn aber der Schuldner die Forderung aus eigenem Antriebe berichtigt hat; wenn die Veräußerung des Legates auf gerichtliche Anordnung gefchehen; wenn die Sache ohne Einwilligung des Erblassers verwandelt worden ist; fo besteht das Legat.

## §. 726.

3) durch Entfegung der Erben.

Will oder kann weder eine Erbe, noch ein Nacherbe die Verlassenschaft annehmen;

so fällt das Erbrecht auf die gesetzlichen Erben. Diese sind aber verpflichtet, die übrigen Verfügungen des Erblassers zu befolgen. Entsagen auch sie der Erbschaft; so werden die Legatäre verhältnißmäßig als Erben betrachtet.

---

## Dreyzehntes Hauptstück.

### Von der gesetzlichen Erbfolge.

§. 727.

Fälle der  
gesetzlichen  
Erbfolge.

**W**enn der Verstorbene keine gültige Erklärung des letzten Willens hinterlassen; wenn er in derselben nicht über sein ganzes Vermögen verfügt; wenn er die Personen, denen er kraft des Gesetzes einen Erbtheil zu hinterlassen schuldig war, nicht gehörig bedacht hat; oder, wenn die eingesetzten Erben die Erbschaft nicht annehmen können oder wollen; so findet die gesetzliche Erbfolge ganz oder zum Theile Statt.

§. 728.

In Ermangelung einer gültigen Erklärung des letzten Willens fällt die ganze

**Verlassenschaft** des Verstorbenen den gesetzlichen Erben zu. Ist aber eine gültige Erklärung des letzten Willens vorhanden; so kommt ihnen derjenige Erbtheil zu, welcher in derselben Niemanden zugebach ist.

§. 729.

Ist eine Person, welcher der Erblasser kraft der Gesetze einen Erbtheil zu hinterlassen schuldig war, durch eine letzte Willenserklärung verkürzt worden; so kann sie sich auf die Vorschrift des Gesetzes berufen, und den nach Maßgabe des folgenden Hauptstückes ihr gebührenden Erbtheil gerichtlich fordern.

Vorschrift für den Fall des verkürzten Pflichttheiles.

§. 730.

**Gesetzliche Erben** sind zuvörderst diejenigen, welche mit dem Erblasser unmittelbar ehelicher Abstammung durch die nächste Linie verwandt sind. Die Verwandtschafts-Linien werden auf folgende Art bestimmt.

Gesetzliche Erben:  
1.) Die Verwandten aus einer ehelichen Abstammung.

§. 731.

Zur ersten Linie gehören diejenigen, welche sich unter dem Erblasser, als ihrem Stamme, vereinigen, nämlich: seine Kinder und ihre Nachkömmlinge.

Erbfähige Linien derselben.

Zur zweyten Linie gehören des Erblassers Vater und Mutter, sammt denjenigen, die sich mit ihm unter Vater und Mutter vereinigen, nämlich: seine Geschwister und ihre Nachkömmlinge.

Zur dritten Linie gehören die Großältern sammt den Geschwistern der Aeltern und ihren Nachkömmlingen.

Zur vierten Linie gehören des Erblassers erste Urgroßältern sammt ihren Nachkömmlingen.

Zur fünften Linie gehören des Erblassers zweyte Urgroßältern sammt denjenigen, die von ihnen abstammen.

Zur sechsten Linie gehören des Erblassers dritte Urgroßältern sammt denjenigen, die von ihnen entsprossen sind.

§. 732.

2. Linie: Die Kinder.

Wenn der Erblasser eheliche Kinder des ersten Grades hat, so fällt ihnen die ganze Erbschaft zu; sie mögen männlichen oder weiblichen Geschlechtes; sie mögen bey Lebzeiten des Erblassers oder nach seinem Tode geboren seyn. Mehrere Kinder theilen die Erbschaft nach ihrer Zahl in gleiche Theile. Enkel von noch lebenden Kindern, und Ar-

Enkel von noch lebenden Eltern haben kein Recht zur Erbfolge.

§. 733.

Ist ein Kind des Erblassers vor ihm gestorben, und sind von demselben Ein oder mehrere Enkel vorhanden; so fällt der Antheil, welcher dem verstorbenen Kinde gebührt hätte, diesem nachgelassenen Enkel ganz, oder den mehreren Enkeln zu gleichen Theilen zu. Ist von diesen Enkeln ebenfalls Einer gestorben und hat Urenkel nachgelassen; so wird auf die nämliche Art der Antheil des verstorbenen Enkels unter die Urenkel gleich getheilt. Sind von einem Erblasser noch entferntere Nachkömmlinge vorhanden; so wird die Theilung verhältnißmäßig nach der eben gegebenen Vorschrift vorgenommen.

§. 734.

Auf diese Art wird eine Erbschaft nicht nur dann getheilt, wenn Enkel von verstorbenen Kindern mit noch lebenden Kindern, oder entferntere Nachkömmlinge mit näheren Nachkömmlingen des Erblassers zusammen treffen; sondern auch dann, wenn die Erbschaft bloß zwischen Enkeln von ver-

schiedenen Kindern, oder zwischen Urenkeln von verschiedenen Enkeln zu theilen ist. Es können also die von jedem Kinde nachgelassenen Enkel, und die von jedem Enkel nachgelassenen Urenkel, ihrer seyn viele oder wenige, nie mehr und nie weniger erhalten, als das verstorbene Kind oder der verstorbene Enkel erhalten hätten, wenn sie am Leben geblieben wären,

## §. 735.

2. Linie: Die  
Aeltern und  
ihre Nach-  
kömmlinge;

Ist Niemand vorhanden, der von dem Erblasser selbst abstammt; so fällt die Erbschaft auf diejenigen, die mit ihm durch die zweyte Linie verwandt sind, nämlich; auf seine Aeltern und ihre Nachkömmlinge. Leben noch beyde Aeltern, so gebührt ihnen die ganze Erbschaft zu gleichen Theilen. Ist Eines dieser Aeltern verstorben; so treten dessen nachgelassene Kinder oder Nachkömmlinge in sein Recht ein, und es wird die Hälfte, die dem Verstorbenen gebührt hätte, unter sie nach jenen Grundsätzen getheilt, welche in den §§. 732—734 wegen Theilung der Erbschaft zwischen Kindern und entfernteren Nachkömmlingen des Erblassers festgesetzt worden sind.



§. 736.

Wenn beyde Aeltern des Erblassers verstorben sind, so wird jene Hälfte der Erbschaft, welche dem Vater angefallen wäre, unter seine hinterlassenen Kinder und derselben Nachkömmlinge; die andere Hälfte aber, welche der Mutter gebührt hätte, unter ihre Kinder und derselben Nachkömmlinge nach den §§. 732—734 getheilt. Sind von diesen Aeltern keine andere als von ihnen gemeinschaftlich erzeugte Kinder oder derselben Nachkömmlinge vorhanden; so theilen sie die beyden Hälften unter sich gleich. Sind aber außer diesen noch Kinder vorhanden, die von dem Vater oder von der Mutter, oder von einem und der anderen in einer anderen Ehe erzeugt worden sind; so erhalten die von dem Vater und der Mutter gemeinschaftlich erzeugten Kinder oder ihre Nachkömmlinge sowohl an der väterlichen, als an der mütterlichen Hälfte ihren gebührenden, mit den einseitigen Geschwistern gleichen Antheil.

§. 737.

Wenn Eines der verstorbenen Aeltern

des Erblassers weder Kinder noch Nachkömmlinge hinterlassen hat; so fällt die ganze Erbschaft dem andern noch lebenden Aeltertheile zu. Ist dieser Theil auch nicht mehr am Leben; so wird die ganze Erbschaft unter seinen Kindern und Nachkömmlingen nach den bereits angeführten Grundsätzen vertheilt.

## §. 738.

3. Linie: Die Großältern und ihre Nachkommenschaft.

Sind die Aelteren des Erblassers ohne Nachkömmlinge verstorben; so kommt die Erbschaft auf die dritte Linie, nämlich auf des Erblassers Großältern und ihre Nachkommenschaft. Die Erbschaft wird dann in zwey gleiche Theile getheilt. Eine Hälfte gehört den Aelteren des Vaters und ihren Nachkömmlingen; die andere den Aelteren der Mutter und ihren Nachkömmlingen.

## §. 739.

Jede dieser Hälften wird unter den Großältern der einen und der anderen Seite, wenn sie beyde noch leben, gleich getheilt. Ist Eines der Großältern, oder sind beyde von der einen oder anderen Seite gestorben; so wird die dieser Seite zugewallene Hälfte zwischen den Kindern und Nach-

Erbschaften dieser Großältern nach jenen Grundsätzen getheilt, nach welchen: In der zweiten Linie die ganze Erbschaft zwischen den Kindern und Nachkömmlingen der Aeltern des Erblassers getheilt worden muß. (§§. 733-737.)

§. 740.

Die von der väterlichen oder mütterlichen Seite beyde Großältern überlebten, und weder von dem Ehepartner, noch von der Großmutter dieser Seite Nachkömmlinge vorhanden; dann fällt den von der anderen Seite noch lebenden Großältern, oder, nach derselben Seite, ihren hinterlassenen Kindern und Nachkömmlingen die ganze Erbschaft zu.

§. 741.

Nach gänzlicher Erbschöpfung der dritten Linie kommt die gesetzliche Erbfolge auf die vierte. In dieser Linie gehören die Aeltern des väterlichen Großvaters und ihre Nachkömmlinge; die Aeltern der väterlichen Großmutter mit ihren Nachkömmlingen; die Aeltern des mütterlichen Großvaters mit ihrer Nachkommenschaft; und die Aeltern der mütterlichen Großmutter mit der ihrigen.

4. Linie: Die Urgroßeltern und ihre Nachkömmlinge.

## §. 742.

Sind von allen diesen vier Stämmen Verwandte vorhanden; so wird die Erbschaft zwischen denselben in vier gleiche Theile getheilt, und jeder Theil wieder zwischen den zu jedem Stamme gehörigen Personen nach eben den Grundsätzen untergetheilt; nach welchen zwischen den Aeltern des Erblassers und zwischen ihren Nachkömmlingen eine ganze Erbschaft gesetzmäßig getheilt wird.

## §. 743.

Ist einer von den zu dieser Linie gehörigen vier Stämmen bereits erloschen; so fällt dessen Antheil nicht allen übrigen drey Stämmen zu; sondern, wenn der erloschene Stamm von der väterlichen Seite ist, so fällt dem anderen Stamme von der väterlichen Seite die Hälfte der Erbschaft zu; und, wenn der erloschene Stamm von der mütterlichen Seite ist, so fällt dem anderen Stamme von der mütterlichen Seite ebenfalls die Hälfte der Erbschaft zu. Sind aber beyde Stämme von der väterlichen und mütterlichen Seite erloschen; so fällt auf die zwey Stämme von der anderen Seite;

und, wenn auch von diesen schon Einer erloschen ist, auf den einzigen von dieser Seite noch übrigen Stamm die ganze Erbschaft.

§. 744.

Wenn von der vierten Linie kein Verwandter mehr am Leben ist; so fällt die Erbschaft auf die fünfte, nämlich: auf des Erblassers zweite Urgroßältern und ihre Nachkömmlinge. In dieser Linie gehört der Stamm der väterlichen Großältern des väterlichen Großvaters; der Stamm der mütterlichen Großältern des väterlichen Großvaters; der Stamm der väterlichen Großältern der väterlichen Großmutter; der Stamm der mütterlichen Großältern der väterlichen Großmutter; der Stamm der väterlichen Großältern des mütterlichen Großvaters; der Stamm der mütterlichen Großältern des mütterlichen Großvaters; der Stamm der väterlichen Großältern der mütterlichen Großmutter; und der Stamm der mütterlichen Großältern der mütterlichen Großmutter.

5. Linie: Die zweiten Urgroßältern und ihre Nachkömmlinge.

§. 745.

Jeder von diesen acht Stämmen hat mit den übrigen gleiches Erbrecht, und, wenn von

jedem Stamme Verwandte vorhanden sind; so wird die Erbschaft unter ihnen in acht gleiche Theile getheilt, und jeder Theil unter den zu diesem Stamme gehörigen Personen nach der bey den vorigen Stufen vorgeschriebenen Ordnung wieder untergetheilt.

§. 746.

Wenn einer dieser acht Stämme erloschen ist; so fällt dasjenige, was den väterlichen Großältern eines Großvaters oder einer Großmutter gehört hätte, dem Stamme der mütterlichen Großältern eben dieses Großvaters oder dieser Großmutter zu; und, was den mütterlichen Großältern eines Großvaters oder einer Großmutter gebührt hätte, fällt dem Stamme der väterlichen Großältern eben dieses Großvaters oder eben dieser Großmutter zu.

§. 747.

Sind beyde Stämme eines Großvaters oder einer Großmutter erloschen; so bleiben die Antheile, die zu der väterlichen Seite des Erblassers gehören, bey den noch übrigen Stämmen der väterlichen Seite; und die Antheile, die zu der mütterlichen Seite des Erblassers gehören, bleiben bey

den noch übrigen Stämmen von der mütterlichen Seite. Wenn aber von allen vier Stämmen der väterlichen Seite; oder von allen vier Stämmen der mütterlichen Seite kein Verwandter mehr vorhanden ist; so erhalten die von der anderen Seite vorhandenen Stämme die ganze Erbschaft.

§. 748.

Wenn endlich auch die fünfte Linie ganz erloschen ist; so fällt die gesetzliche Erbfolge auf die sechste, nämlich: auf des Erblassers dritte Urgroßältern und ihre Nachkömmlinge.

6. Linie: Die dritten Urgroßältern und ihre Nachkommenchaft.

Zu dieser Linie gehören sechzehn Stämme, nämlich: die Stämme derjenigen Ältern, aus welchen die Stammältern der fünften Linie entsprossen sind. Wenn von jedem dieser Stämme Verwandte am Leben sind; so wird die Erbschaft in sechzehn gleiche Stammtheile getheilt, und jeder Stammtheil zwischen den zu diesem Stamme gehörigen Verwandten nach den bereits angegebenen Grundsätzen wieder untergetheilt.

§. 749.

Sind von einigen dieser Stämme keine Verwandten mehr am Leben; so fallen ihre Antheile auf diejenigen Stämme, die nach

Vorschrift der §§. 743 und 746 mit den erloschenen Stämmen in der nächsten Verbindung stehen. Sind nur von einem einzigen Stamme Verwandte übrig; so gebührt ihnen die ganze Erbschaft.

§. 750.

Wenn jemand mit dem Erblasser von mehr als einer Seite verwandt ist; so genießt er von jeder Seite dasjenige Erbrecht, welches ihm, als einem Verwandten von dieser Seite insbesondere betrachtet, gebührt. (§. 736.)

§. 751.

Ausschließung der entfernteren Verwandten.

Auf diese sechs Linien der ehelichen Verwandtschaft wird das Recht der Erbfolge in Ansehung eines frey vererblichen Vermögens eingeschränkt. Entferntere Verwandte des Erblassers sind von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossen.

§. 752.

II. Gesetzliches Erbrecht legitimirter Kinder.

Außer der Ehe geborne und durch nachher erfolgte Vermählung ihrer Aeltern legitimirte Kinder; wie auch diejenigen, welchen, ungeachtet eines bey der Verehelichung ihrer Aeltern bestandenen Hindernisses, die besondere Begünstigung des



§. 160 zukommt, genießen unter den in eben diesem §. 160 und dem §. 161 enthaltenen Beschränkungen auch in Rücksicht der gesetzlichen Erbfolge die Rechte ehelicher Kinder.

§. 753.

Einem unehelichen, durch die Begünstigung des Gesetzgebers legitimirten Kinde kommt auf die väterliche Verlassenschaft nur dann ein gesetzliches Erbrecht zu, wenn es auf Ansuchen des Vaters, um gleiche Rechte mit den ehelichen Kindern in dem frey vererblichen Vermögen zu genießen, legitimirt worden ist.

§. 754.

In Rücksicht auf die Mutter haben uneheliche Kinder bey der gesetzlichen Erbfolge in das frey vererbliche Vermögen gleiche Rechte mit den ehelichen. Zu dem Nachlasse des Vaters und der väterlichen Verwandten, dann der Aeltern, Großältern und übrigen Verwandten der Mutter gebührt den unehelichen Kindern keine gesetzliche Erbfolge.

III.) Der unehelichen Kinder.

§. 755.

Wahlkinder haben bey der gesetzlichen

IV.) Der Wahlkinder.

**Erbfolge in das frey vererbliche Vermögen** desjenigen, welcher sie an Kindes Statt angenommen hat, ein gleiches Recht, wie die ehelichen Kinder. In Rücksicht der Verwandten desselben oder des Ehegatten, ohne dessen Einwilligung die Annahme geschehen ist, steht ihnen kein Erbrecht zu. Sie behalten aber das gesetzliche Erbrecht in dem Vermögen ihrer natürlichen Aeltern und Verwandten. (§. 183.)

## §. 756.

V.) Erbrecht  
der Aeltern  
in Rücksicht  
der inden §§.  
752 — 754  
erwähnten  
Kinder.

Den Aeltern kommt auf den Nachlaß ihrer legitimirten, oder von dem Gesetze besonders begünstigten unehelichen Kinder eben das wechselseitige Recht zu, welches den Kindern auf den Nachlaß ihrer Aeltern eingeräumt worden ist. (§. 752—754.) In dem Vermögen eines unehelich gebliebenen Kindes gebührt nur der Mutter die Erbfolge; der Vater, alle Großältern und andere Verwandte des Kindes sind davon ausgeschlossen. Auch die Wahlältern haben kein gesetzliches Erbrecht auf die Verlassenschaft des Wahlkindes; sie fällt nach der gesetzlichen Erbfolge dessen Verwandten zu.

§. 757.

Dem überlebenden Ehegatten des Erblassers gebührt, ohne Unterschied, ob er ein eigenes Vermögen besitze oder nicht, wosern drey oder mehrere Kinder vorhanden sind, mit jedem Kinde ein gleicher Erbtheil; wenn aber weniger als drey Kinder vorhanden sind, der vierte Theil der Verlassenschaft zum lebenslangen Genuß; das Eigenthum davon bleibt den Kindern.

VI.) Gesetzliches Erb-  
recht des  
Ehegatten.

§. 758.

Ist kein Kind, aber ein anderer gesetzlicher Erbe vorhanden, so erhält der überlebende Ehegatte das unbeschränkte Eigenthum auf den vierten Theil der Verlassenschaft. Doch wird sowohl in diesem, als in dem Falle des §. 757 dasjenige, was gemäß der Ehe-Pacten, eines Erbvertrages, oder einer letzten Anordnung dem überlebenden Ehegatten aus dem Vermögen des anderen zukommt, in den Erbtheil eingerechnet.

§. 759.

Wenn aber weder ein Verwandter des Erblassers in den oben angeführten sechs Linien, noch ein anderer aus den in den §§. 752 — 756 berufenen Erben vorhan-

178 II. Th. Drenz. Hauptst. B. d. gesetzl. Erbf.

den ist; so fällt dem Ehegatten die ganze Erbschaft zu. Doch hat ein aus seinem Verschulden geschiedener Ehegatte weder auf die Erbschaft, noch auf einen Erbtheil des Gatten Anspruch.

§. 760.

Erblofe  
Verlassens-  
schaft.

Ist auch der Ehegatte nicht mehr am Leben; so wird die Verlassenschaft, als ein erbloses Gut, entweder von der Kammer, oder von denjenigen Personen eingezo- gen, welche vermöge der politischen Ver- ordnungen zur Einziehung erbloser Güter ein Recht haben.

§. 761.

Abwei-  
chungen von  
der allgemei-  
nen Erbschaf-  
tsordnung.

Die Abweichungen von der in diesem Hauptstücke bestimmten gesetzlichen Erbfolge in Rücksicht auf Bauerngüter und die Verlassenschaft geistlicher Personen sind in den politischen Gesetzen enthalten.

---

## **Vierzehntes Hauptstück.**

### **Von dem Pflichttheile und der Anrechnung in den Pflicht- oder Erbtheil.**

§. 762.

Die Personen, welche der Erblasser in der letzten Anordnung mit einem Erbtheile bedenken muß, sind seine Kinder; und, in deren Ermangelung, seine Aeltern.

Welchen  
Personen  
als Nach-  
barn ein  
Pflichttheil  
gebühre.

§. 763.

Unter dem Rahmen Kinder werden nach der allgemeinen Regel (§. 42) auch Enkel und Urenkel; und unter dem Rahmen Aeltern alle Großältern begriffen. Es findet hier zwischen dem männlichen und weiblichen Geschlechte; zwischen ehelicher und unehelicher Geburt kein Unterschied Statt, sobald für diese Personen das Recht

180 II. Theil. Vierzehntes Hauptstück.

und die Ordnung der gesetzlichen Erbfolge eintreten würde.

§. 764.

Der Erbtheil, welchen diese Personen zu fordern berechtigt sind, heißt: Pflichttheil; sie selbst werden in dieser Rücksicht Rotherben genannt.

§. 765.

In welchem  
Ortheil;  
ge;

Als Pflichttheil bestimmt das Gesetz jedem Kinde die Hälfte dessen, was ihm nach der gesetzlichen Erbfolge zugefallen wäre.

§. 766.

In der aufsteigenden Linie gebührt jedem Rotherben als Pflichttheil ein Drittheil dessen, was er nach der gesetzlichen Erbfolge erhalten haben würde.

§. 767.

und unter  
was für Be-  
schränkun-  
gen.

Wer auf das Erbrecht Verzicht geleistet hat; wer nach den in dem achten Hauptstücke enthaltenen Vorschriften von dem Erbrechte ausgeschlossen wird; oder von dem Erblasser rechtmäßig enterbet worden ist; hat auf einen Pflichttheil keinen Anspruch, und wird bey der Ausmessung des-

gon dem Pflichttheile u. der Anrechnung 1c. 181  
selben so betrachtet, als wenn er gar nicht  
vorhanden wäre.

§. 768.

Ein Kind kann enterbt werden:

1) wenn es vom Christenthume ab-  
fällt;

Erforder-  
nisse einer  
rechtmässi-  
gen Enter-  
bung.

2) wenn es den Erblasser im Roth-  
stande hilflos gelassen hat;

3) wenn es eines Verbrechens wegen  
zur lebenslangen oder zwanzigjährigen  
Kerkerstrafe verurtheilt worden ist;

4) wenn es eine gegen die öffentliche  
Sittlichkeit abscheuliche Lebensart beharrlich  
führt.

§. 769.

Aus den nämlichen Ursachen können  
auch die Aeltern von dem Pflichttheile aus-  
geschlossen werden; und insbesondere noch  
dann, wenn sie das Kind in der Erzie-  
hung ganz verwahrloset haben.

§. 770.

Ueberhaupt kann einem Aelteren auch  
solcher Handlungen wegen, die einen Er-  
ben nach den §§. 540 — 542 des Erbrech-  
tes unwürdig machen, durch die letzte Wil-

lenserklärung der Pflichttheil entzogen werden.

§. 771.

Die Enterbungsursache muß immer, sie mag von dem Erblasser ausgedrückt seyn oder nicht, von dem Erben erwiesen werden, und in den Worten und dem Sinne des Gesetzes gegründet seyn.

§. 772.

Die Enterbung wird nur durch einen ausdrücklichen, in der gesetzlichen Form erklärten Widerruf aufgehoben.

§. 773.

Wenn bey einem sehr verschuldeten oder verschwenderischen Notherben das wahrscheinliche Besorgniß obwaltet, daß der ihm gebührende Pflichttheil ganz oder größten Theils seinen Kindern entgehen würde; so kann ihm der Pflichttheil von dem Erblasser, jedoch nur dergestalt entzogen werden, daß solcher den Kindern des Notherben zugewendet werde.

§. 774.

Wie der  
Pflichttheil  
zu hinterlas-  
sen,

Der Pflichttheil kann in Gestalt eines Erbtheiles oder Vermächtnisses, auch ohne ausdrückliche Benennung des Pflichttheiles



Von dem Pflichttheile u. d. Anrechnung 16. 183  
hinterlassen werden. Er muß aber dem  
Rotherben ganz frey bleiben. Jede densel-  
ben einschränkende Bedingung oder Bela-  
stung ist ungültig. Wird dem Rotherben  
ein größerer Erbtheil zugebach; so kann  
sie nur auf den Theil, welcher den Pflicht-  
theil übersteigt, bezogen werden.

§. 775.

Ein Rotherbe, welcher ohne die in den  
§§. 768—773 vorgeschriebenen Bedingun-  
gen enterbt worden, kann den ihm gebüh-  
renden vollen Pflichttheil; und wenn er  
in dem reinen Betrage des Pflichttheiles  
verkürzt worden ist, die Ergänzung des-  
selben fordern.

Rechtsmit-  
tel des Roth-  
erben:  
a) bey ei-  
ner wider-  
rechtlichen  
Enterbung  
oder Ver-  
kürzung in  
dem Pflicht-  
theile;

§. 776.

Wenn aus mehreren Kindern, deren  
Daseyn dem Erblasser bekannt war, Eines  
ganz mit Stillschweigen übergangen wird;  
so kann es ebenfalls nur den Pflichttheil  
fordern.

b) bey ei-  
ner gänzli-  
chen Ueber-  
gehung.

§. 777.

Wenn aber aus den Umständen erwie-  
sen werden kann, daß die Uebergehung Ei-  
nes aus mehreren Kindern nur daher rühre,  
weil dem Erblasser das Daseyn desselben

Vorschrift der §§. 743 und 746 mit den erloschenen Stämmen in der nächsten Verbindung stehen. Sind nur von einem einzigen Stamme Verwandte übrig; so gebührt ihnen die ganze Erbschaft.

§. 750.

Wenn jemand mit dem Erblasser von mehr als einer Seite verwandt ist; so genießt er von jeder Seite dasjenige Erbrecht, welches ihm, als einem Verwandten von dieser Seite insbesondere betrachtet, gebührt. (§. 736.)

§. 751.

Ausschließung der entfernteren Verwandten.

Auf diese sechs Linien der ehelichen Verwandtschaft wird das Recht der Erbfolge in Ansehung eines frey vererblichen Vermögens eingeschränkt. Entferntere Verwandte des Erblassers sind von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossen.

§. 752.

II. Gesetzliches Erbrecht legitimirter Kinder.

Außer der Ehe geborne und durch nachher erfolgte Vermählung ihrer Aeltern legitimirte Kinder; wie auch diejenigen, welchen, ungeachtet eines bey der Berechtigung ihrer Aeltern bestandenen Hindernisses, die besondere Begünstigung des

§. 160 zukommt, genießen unter den in eben diesem §. 160 und dem §. 161 enthaltenen Beschränkungen auch in Rücksicht der gesetzlichen Erbfolge die Rechte ehelicher Kinder.

§. 753.

Einem unehelichen, durch die Begünstigung des Gesetzgebers legitimirten Kinde kommt auf die väterliche Verlassenschaft nur dann ein gesetzliches Erbrecht zu, wenn es auf Ansuchen des Vaters, um gleiche Rechte mit den ehelichen Kindern in dem frey vererblichen Vermögen zu genießen, legitimirt worden ist.

§. 754.

In Rücksicht auf die Mutter haben uneheliche Kinder bey der gesetzlichen Erbfolge in das frey vererbliche Vermögen gleiche Rechte mit den ehelichen. Zu dem Nachlasse des Vaters und der väterlichen Verwandten, dann der Aeltern, Großältern und übrigen Verwandten der Mutter gebührt den unehelichen Kindern keine gesetzliche Erbfolge.

III.) Der unehelichen Kinder.

§. 755.

Wahlkinder haben bey der gesetzlichen

IV.) Der Wahlkinder.

**Erbfolge** in das frey vererbliche Vermögen desjenigen, welcher sie an Kindes Statt angenommen hat, ein gleiches Recht, wie die ehelichen Kinder. In Rücksicht der Verwandten desselben oder des Ehegatten, ohne dessen Einwilligung die Annahme geschehen ist, steht ihnen kein Erbrecht zu. Sie behalten aber das gesetzliche Erbrecht in dem Vermögen ihrer natürlichen Aeltern und Verwandten. (§. 183.)

§. 756.

V.) Erbrecht  
der Aeltern  
in Rücksicht  
der in den §§.  
752 — 754  
erwähnten  
Kinder.

Den Aeltern kommt auf den Nachlaß ihrer legitimirten, oder von dem Gesetze besonders begünstigten unehelichen Kinder eben das wechselseitige Recht zu, welches den Kindern auf den Nachlaß ihrer Aeltern eingeräumt worden ist. (§. 752—754.) In dem Vermögen eines unehelich gebliebenen Kindes gebührt nur der Mutter die Erbfolge; der Vater, alle Großältern und andere Verwandte des Kindes sind davon ausgeschlossen. Auch die Wahlältern haben kein gesetzliches Erbrecht auf die Verlassenschaft des Wahlkindes; sie fällt nach der gesetzlichen Erbfolge dessen Verwandten zu.

§. 757.

Dem überlebenden Ehegatten des Erblassers gebührt, ohne Unterschied, ob er ein eigenes Vermögen besitze oder nicht, VI.) Gesetzliches Erb-  
recht des  
Ehegatten. wosfern drey oder mehrere Kinder vorhanden sind, mit jedem Kinde ein gleicher Erbtheil; wenn aber weniger als drey Kinder vorhanden sind, der vierte Theil der Verlassenschaft zum lebenslangen Genuß; das Eigenthum davon bleibt den Kindern.

§. 758.

Ist kein Kind, aber ein anderer gesetzlicher Erbe vorhanden, so erhält der überlebende Ehegatte das unbeschränkte Eigenthum auf den vierten Theil der Verlassenschaft. Doch wird sowohl in diesem, als in dem Falle des §. 757 dasjenige, was gemäß der Ehe-Pacten, eines Erbvertrages, oder einer letzten Anordnung dem überlebenden Ehegatten aus dem Vermögen des anderen zukommt, in den Erbtheil eingerechnet.

§. 759.

Wenn aber weder ein Verwandter des Erblassers in den oben angeführten sechs Linien, noch ein anderer aus den in den §§. 752 — 756 berufenen Erben vorhan-

178 II. Th. Dreyz. Hauptst. B. d. gesetzl. Erbf.

den ist; so fällt dem Ehegatten die ganze Erbschaft zu. Doch hat ein aus seinem Verschulden geschiedener Ehegatte weder auf die Erbschaft, noch auf einen Erbtheil des Gatten Anspruch.

§. 760.

Erblofe  
Verlassens-  
schaft.

Ist auch der Ehegatte nicht mehr am Leben; so wird die Verlassenschaft, als ein erbloses Gut, entweder von der Kammer, oder von denjenigen Personen eingezo- gen, welche vermöge der politischen Ver- ordnungen zur Einziehung erbloser Güter ein Recht haben.

§. 761.

Abwei-  
chungen von  
der allgemei-  
nen Erbsol-  
geordnung.

Die Abweichungen von der in diesem Hauptstücke bestimmten gesetzlichen Erbfolge in Rücksicht auf Bauerngüter und die Verlassenschaft geistlicher Personen sind in den politischen Gesetzen enthalten.

---

## **Wierzehntes Hauptstück.**

### **Von dem Pflichttheile und der Anrechnung in den Pflicht- oder Erbtheil.**

#### **§. 762.**

**Die Personen, welche der Erblasser in der letzten Anordnung mit einem Erbtheile bedenken muß, sind seine Kinder; und, in deren Ermangelung, seine Aeltern.**

Welchen Personen als Nothenden ein Pflichttheil gebühre.

#### **§. 763.**

Unter dem Rahmen Kinder werden nach der allgemeinen Regel (§. 42) auch Enkel und Urenkel; und unter dem Rahmen Aeltern alle Großältern begriffen. Es findet hier zwischen dem männlichen und weiblichen Geschlechte; zwischen ehelicher und unehelicher Geburt kein Unterschied Statt, sobald für diese Personen das Recht

und die Ordnung der gesetzlichen Erbfolge eintreten würde.

§. 764.

Der Erbtheil, welchen diese Personen zu fordern berechtigt sind, heißt: Pflichttheil; sie selbst werden in dieser Rücksicht Rotherben genannt.

§. 765.

In welchem  
Ortheil;  
ge;

Als Pflichttheil bestimmt das Gesetz jedem Kinde die Hälfte dessen, was ihm nach der gesetzlichen Erbfolge zugefallen wäre.

§. 766.

In der aufsteigenden Linie gebührt jedem Rotherben als Pflichttheil ein Drittheil dessen, was er nach der gesetzlichen Erbfolge erhalten haben würde.

§. 767.

und unter  
was für Be-  
schränkun-  
gen.

Wer auf das Erbrecht Verzicht geleistet hat; wer nach den in dem achten Hauptstücke enthaltenen Vorschriften von dem Erbrechte ausgeschlossen wird; oder von dem Erblasser rechtmäßig enterbet worden ist; hat auf einen Pflichttheil keinen Anspruch, und wird bey der Ausmessung des-



von dem Pflichttheile u. der Anrechnung zc. 181  
selben so betrachtet, als wenn er gar nicht  
vorhanden wäre.

§. 768.

Ein Kind kann enterbt werden:

1) wenn es vom Christenthume ab-  
fällt;

Erforder-  
nisse einer  
rechtmässi-  
gen Enter-  
bung.

2) wenn es den Erblasser im Noth-  
stande hilflos gelassen hat;

3) wenn es eines Verbrechens wegen  
zur lebenslangen oder zwanzigjährigen  
Kerkerstrafe verurtheilt worden ist;

4) wenn es eine gegen die öffentliche  
Sittlichkeit anstößige Lebensart beharrlich  
führt.

§. 769.

Aus den nämlichen Ursachen können  
auch die Aeltern von dem Pflichttheile aus-  
geschlossen werden; und insbesondere noch  
dann, wenn sie das Kind in der Erzie-  
hung ganz verwahrloset haben.

§. 770.

Ueberhaupt kann einem Notherben auch  
solcher Handlungen wegen, die einen Er-  
ben nach den §§. 540—542 des Erbrech-  
tes unwürdig machen, durch die letzte Wil-

lenserklärung der Pflichttheil entzogen werden.

§. 771.

Die Enterbungsursache muß immer, sie mag von dem Erblasser ausgedrückt seyn oder nicht, von dem Erben erwiesen werden, und in den Worten und dem Sinne des Gesetzes gegründet seyn.

§. 772.

Die Enterbung wird nur durch einen ausdrücklichen, in der gesetzlichen Form erklärten Widerruf aufgehoben.

§. 773.

Wenn bey einem sehr verschuldeten oder verschwenderischen Mitherben das wahrscheinliche Besorgniß obwaltet, daß der ihm gebührende Pflichttheil ganz oder größten Theils seinen Kindern entgehen würde; so kann ihm der Pflichttheil von dem Erblasser, jedoch nur dergestalt, entzogen werden, daß solcher den Kindern des Mitherben zugewendet werde.

§. 774.

Der Pflichttheil kann in Gestalt eines Erbtheiles oder Vermächtnisses, auch ohne ausdrückliche Benennung des Pflichttheiles

Wie der  
Pflichttheil  
zu hinterlas-  
sen,

hinterlassen werden. Er muß aber dem Rotherben ganz frey bleiben. Jede denselben einschränkende Bedingung oder Belastung ist ungültig. Wird dem Rotherben ein größerer Erbtheil zugedacht; so kann sie nur auf den Theil, welcher den Pflichttheil übersteigt, bezogen werden.

§. 775.

Ein Rotherbe, welcher ohne die in den §§. 768—773 vorgeschriebenen Bedingungen enterbt worden, kann den ihm gebührenden vollen Pflichttheil; und wenn er in dem reinen Betrage des Pflichttheiles verkürzt worden ist, die Ergänzung desselben fordern.

Rechtsmittel des Rotherben:

a) bey einer widerrechtlichen Enterbung oder Verkürzung in dem Pflichttheile;

§. 776.

Wenn aus mehreren Kindern, deren Daseyn dem Erblasser bekannt war, Eines ganz mit Stillschweigen übergangen wird; so kann es ebenfalls nur den Pflichttheil fordern.

b) bey einer gänzlichen Uebergehung.

§. 777.

Wenn aber aus den Umständen erwiesen werden kann, daß die Uebergehung Eines aus mehreren Kindern nur daher rühre, weil dem Erblasser das Daseyn desselben

unbekannt war, so ist der Uebergegangene nicht schuldig, sich mit dem Pflichttheile zu begnügen; sondern er kann den Erbtheil, welcher für den am mindesten begünstigten Notherben ausfällt; wosern aber der einzige noch übrige Notherbe eingesetzt wird, oder alle übrige zu gleichen Theilen berufen sind, einen gleichen Erbtheil verlangen.

## §. 778.

Hat der Erblasser einen einzigen Notherben, und er übergeht ihn aus oben gedachtem Irrthume mit Stillschweigen; oder erhält ein kinderloser Erblasser erst nach Erklärung seines letzten Willens einen Notherben, für den keine Vorsehung getroffen ist, so werden nur die zu öffentlichen Anstalten, zur Belohnung geleisteter Dienste, oder zu frommen Absichten bestimmten Vermächtnisse in einem, den vierten Theil der reinen Verlassenschaft nicht übersteigenden Betrage verhältnißmäßig entrichtet, alle übrigen Anordnungen des letzten Willens aber gänzlich entkräftet. Sie erlangen jedoch, wenn der Notherbe vor dem Erblasser verstorben ist, wieder ihre Kraft.

§. 779.

Wenn ein Kind vor dem Erblasser stirbt, und Abstammlinge hinterläßt; so treten diese mit Stillschweigen übergangenen Abstammlinge in Ansehung des Erbrechtes, an die Stelle des Kindes.

§. 780.

Die Abstammlinge eines in dem letzten Willen ausdrücklich enterbten, aber vor dem Erblassen verstorbenen Kindes sind bloß befugt, den Pflichttheil zu verlangen.

§. 781.

Wird ein Rotherbe der aufsteigenden Linie mit Stillschweigen übergangen; so kann er immer nur den Pflichttheil aus der Masse fordern.

§. 782.

Wenn der Erbe beweisen kann, daß ein mit Stillschweigen übergangener Rotherbe sich einer der in den §§. 768—770 angeführten Enterbungsursachen schuldig gemacht hat; so wird die Uebergehung als eine stillschweigende rechtliche Enterbung angesehen.

§. 783.

In allen Fällen, wo einem Rother-

Der zur  
Entrichtung

des Erb-  
oder Pflicht-  
theiles bey-  
zutragen  
habe.

ben der gebührende Erb- oder Pflichttheil gar nicht, oder nicht vollständig ausgemessen worden ist, müssen sowohl die eingesetzten Erben, als auch die Legatäre verhältnißmäßig zur vollständigen Entrichtung beytragen.

## §. 784.

Art der  
Ausmessung  
und Berech-  
nung des  
Pflichtthei-  
les.

Um den Pflichttheil richtig auszumessen zu können, werden alle zur Verlassenschaft gehörige bewegliche und unbewegliche Sachen, alle Rechte und Forderungen, welche der Erblasser auf seine Nachfolger frey zu vererben befugt war, selbst Alles, was ein Erbe oder Legatar in die Klasse schuldig ist, genau beschrieben und ordentlich geschätzt. Den Rotherben steht frey, der Schätzung beizumohnen, und ihre Erinnerungen dabey zu machen. Auf eine Theilnahme der Verlassenschaftsstücke zur Erhebung des wahren Werthes kann von ihnen nicht gebrungen werden.

## §. 785.

Schulden und andere Lasten, welche schon bey Lebzeiten des Erblassers auf dem Vermögen lasteten, werden von der Masse abgerechnet.

§. 786.

Der Pflichttheil wird ohne Rücksicht auf Vermächtnisse und andere aus dem letzten Willen entspringende Lasten berechnet. Bis zur wirklichen Zuthellung ist die Verlassenschaft, in Ansehung des Gewinnes und der Nachtheile, als ein zwischen den Haupt- und Notherben verhältnißmäßig gemeinschaftliches Gut zu betrachten.

§. 787.

Alles, was die Notherben durch Legate oder andere Verfügungen des Erblassers wirklich aus der Verlassenschaft erhalten, wird bey Bestimmung ihres Pflichttheiles in Rechnung gebracht.

Anrechnung  
zum Pflicht-  
theile;

§. 788.

Was der Erblasser bey Lebzeiten seiner Tochter oder Enkelinn zum Heirathsgute; seinem Sohne oder Enkel zur Ausstattung, oder unmittelbar zum Antritte eines Amtes, oder was immer für eines Gewerbes gegeben; oder zur Bezahlung der Schulden eines großjährigen Kindes verwendet hat, wird in den Pflichttheil eingerechnet.

§. 789.

Bei dem Pflichttheile der Aeltern fin-

det die Anrechnung eines Vorschusses in so fern Statt, als er weder zur gesetzlichen Unterstützung (§. 154), noch aus bloßer Freygebigkeit geleistet worden ist.

## §. 790.

oder zum  
Erbschelle  
bey der ge-  
setzlichen  
Erbsfolge.

Die Anrechnung bey der Erbfolge der Kinder aus einem letzten Willen geschieht nur dann, wenn sie von dem Erblasser ausdrücklich verordnet wird. Dagegen muß auch bey der gesetzlichen Erbfolge ein Kind sich dasjenige, was es von dem Erblasser bey dessen Lebenszeit zu den oben (§. 788) erwähnten Zwecken empfangen hat, anrechnen lassen. Einem Enkel wird nicht nur das, was er unmittelbar selbst, sondern auch, was seine Aeltern, in deren Stelle er tritt, auf solche Art empfangen haben, in den Erbtheil eingerechnet.

## §. 791.

Was Aeltern außer den erwähnten Fällen einem Kinde zugewendet haben, wird, wenn die Aeltern nicht ausdrücklich die Erstattung sich ausbedungen haben, für eine Schenkung gehalten, und nicht angerechnet.



§. 792.

Die Aeltern können einem Kinde die Anrechnung auch bey der gesetzlichen Erbfolge ausdrücklich erlassen. Wenn aber die nöthige Erziehung und Versorgung der übrigen Kinder weder aus ihrem eigenen, noch aus dem Vermögen der Aeltern bestritten werden könnte; so muß das Kind dasjenige, was es zu den im §. 788 erwähnten Zwecken im voraus empfangen hat, sich in dem Maße anrechnen lassen, als es zur Erziehung und Versorgung für die Geschwister nothwendig ist.

§. 793.

Die Anrechnung des Empfangenen zum Erbtheile geschieht dadurch, daß jedes Kind den nämlichen Betrag noch vor der Theilung erhält. Ist die Verlassenschaft dazu nicht hinreichend; so kann zwar das früher begünstigte Kind keinen Erbtheil ansprechen, aber auch zu keiner Erstattung angehalten werden.

§. 794.

Bei jeder Anrechnung wird, wenn das Empfangene nicht in barem Gelde, sondern

190 II. Thl. Bierz. Hauptst. B. d. Pflichttheile u.

in anderen beweglichen oder unbeweglichen Sachen bestand, der Werth der letzteren nach dem Zeitpunkte des Empfanges, der ersteren dagegen nach dem Zeitpunkte des Erbanfalles bestimmt.

§. 795.

Anspruch  
des Notherben  
auf den  
nothwendigen,

Einem Notherben, der von seinem Pflichttheile selbst gesetzmäßig ausgeschlossen wird, muß doch immer der nothwendige Unterhalt ausgemessen werden.

§. 796.

und des  
Ehegatten  
auf den an-  
ständigen  
Unterhalt.

Ein Ehegatte hat zwar kein Recht auf einen Pflichttheil; es gebührt ihm aber, wenn für den Fall des Ueberlebens keine Versorgung bedungen worden ist, und so lange er nicht zur zweyten Ehe schreitet, der mangelnde anständige Unterhalt. Ein aus seinem Verschulden geschiedener Ehegatte hat darauf keinen Anspruch.

---

## **Fünfzehntes Hauptstück.**

### **Von Besignehung der Erbschaft.**

**§. 797.**

**Niemand darf eine Erbschaft eigenmächtig in Besitz nehmen. Das Erbrecht muß vor Gericht verhandelt und von demselben die Einantwortung des Nachlasses, das ist, die Uebergabe in den rechtlichen Besitz, bewirkt werden.**

Bedin-  
gungen zur  
rechtlichen  
Besigneh-  
mung einer  
Erbschaft.

**§. 798.**

**Wie weit das Gericht nach einem Todesfalle von Amts wegen vorzugehen habe, und welche Fristen und Vorichtsmittel bey diesem Abhandlungsgeschäfte zu beobachten seyn, bestimmen die besondern, über das gerichtliche Verfahren bestehenden Vorschrift.**

ten. Hier wird festgesetzt, was dem Erben oder demjenigen, der sonst einen Anspruch an die Verlassenschaft hat, zu thun obliege, um zu dem Besitze dessen, was ihm gebühret, zu gelangen.

§. 799.

Ausweisung  
des Rechts-  
titels, Erbs-  
erklärung.

Wer eine Erbschaft in Besitz nehmen will, muß den Rechtstitel, ob sie ihm aus einer letzten Anordnung; aus einem gültigen Erbvertrage; oder aus dem Gesetze zufalle, dem Gerichte ausweisen, und sich ausdrücklich erklären, daß er die Erbschaft annehme.

§. 800.

Die Antretung der Erbschaft oder die Erbserklärung muß zugleich enthalten, ob sie unbedingt, oder mit Vorbehalt der Rechtswohlthat des Inventariums geschehe.

§. 801.

Wirkung der  
unbeding-  
ten,

Die unbedingte Erbserklärung hat zur Folge, daß der Erbe allen Gläubigern des Erblassers für ihre Forderungen, und allen Legataren für ihre Vermächtnisse haften muß, wenn gleich die Verlassenschaft nicht hinreicht.

§. 802.

Wird die Erbschaft mit Vorbehalt der und der be-  
dingten Er-  
klärung. rechtlichen Wohlthat des Inventariums angetreten; so ist sogleich vom Gerichte das Inventarium auf Kosten der Masse aufzunehmen. Ein solcher Erbe wird den Gläubigern und Legataren nur so weit verbunden, als die Verlassenschaft für ihre und auch seine eigenen, außer dem Erbrechte ihm zustehenden Forderungen hinreicht.

§. 803.

Der Erblasser kann dem Erben den Vorbehalt dieser rechtlichen Wohlthat nicht Berechti-  
gung zur be-  
dingten oder  
unbedingten  
Antretung  
oder Aus-  
schlagung  
der Erb-  
schaft. nehmen, noch die Errichtung eines Inventariums verbiethen. Selbst die in einem Erbvertrage zwischen Ehegatten darauf geschene Verzicht ist von keiner Wirkung.

§. 804.

Die Errichtung des Inventariums kann auch von demjenigen verlangt werden, dem ein Pflichttheil gebühret.

§. 805.

Wer seine Rechte selbst verwalten kann, dem steht frey, die Erbschaft unbedingt, oder mit Vorbehalt der obigen Rechtswohlthat, anzutreten oder auch auszuschlagen.

Vormünder und Curatoren haben die am gehörigen Orte ertheilten Vorschriften zu befolgen (§. 233).

§. 806.

Der Erbe kann seine gerichtliche Erbs-  
erklärung nicht mehr widerrufen, noch  
auch die unbedingte abändern, und sich die  
Rechtswohlthat des Inventariums vorbe-  
halten.

§. 807.

Wenn aus mehreren Miterben einige  
unbedingt; andere aber, oder auch nur Ei-  
ner aus ihnen, mit Vorbehalt der erwähn-  
ten Rechtswohlthat, sich zu Erben erklären;  
so ist ein Inventarium zu errichten, und  
die auf diesen Vorbehalt beschränkte Erbs-  
erklärung der Verlassenschaftsabhandlung  
zum Grunde zu legen. In diesem, so wie in  
allen Fällen, in welchen ein Inventarium  
errichtet werden muß, genießt auch derjenige,  
welcher eine unbedingte Erbserklärung ab-  
gegeben hat, so lange ihm die Erbschaft noch  
nicht übergeben worden, die rechtliche Wohl-  
that des Inventariums.

§. 808.

Wird jemand zum Erben eingesetzt,

## **Von Bestimmung der Erbschaft. 195**

dem auch ohne letzte Willenserklärung das Erbrecht ganz oder zum Theile gebührt hätte; so ist er nicht befugt, sich auf die gesetzliche Erbfolge zu berufen, und dadurch die Erklärung des letzten Willens zu vereiteln. Er muß die Erbschaft entweder aus dem letzten Willen antreten, oder ihr ganz entsagen. Personen aber, denen ein Pflichttheil gebührt, können die Erbschaft mit Vorbehalt ihres Pflichttheiles ausschlagen.

### **§. 809.**

Stirbt der Erbe eher, als er die angefallene Erbschaft angetreten oder ausgeschlagen hat; so treten seine Erben, wenn der Erblasser diese nicht ausgeschlossen, oder nicht andere Nacherben bestimmt hat, in das Recht, die Erbschaft anzunehmen, oder auszuschlagen (§. 537).

Uebertragung des Erbrechtes.

### **§. 810.**

Wenn der Erbe bey Antretung der Erbschaft sein Erbrecht hinreichend ausweist, ist ihm die Beforgung und Verwaltung der Verlassenschaft zu überlassen.

Vorteilungen vor Einantwortung der Erbschaft:  
a) Verwaltung;

### **§. 811.**

Für die Sicherstellung oder Befriedigung der Gläubiger des Erblassers wird

b) Sicherstellung oder Befriedigung der Gläubiger;

vom Gerichte nicht weiter gesorgt, als sie selbst verlangen. Die Gläubiger sind aber nicht schuldig, eine Erbserklärung abzuwarren. Sie können ihre Ansprüche wider die Masse anbringen, und begehren: daß zur Vertretung derselben ein Curator bestellt werde, gegen welchen sie ihre Forderungen ausführen können.

## §. 812.

a) Absonderung der Verlassenschaft von dem Vermögen des Erben;

Besorget ein Erbschaftsgläubiger, ein Legatar, oder ein Notherbe, daß er durch Vermengung der Verlassenschaft mit dem Vermögen des Erben für seine Forderung Gefahr laufen könne; so kann er vor der Einantwortung verlangen, daß die Erbschaft von dem Vermögen des Erben absondert, vom Gerichte verwahrt, oder von einem Curator verwaltet, sein Anspruch darauf vorgemerkt und berichtigt werde. In einem solchen Falle hat ihm aber der Erbe, obschon dieser sich unbedingt als Erbe erklärt hätte, aus eigenem Vermögen nicht mehr zu haften.

## §. 813.

a) Einberufung der Verlassenschaftsgläubiger.

Dem Erben oder dem aufgestellten Verlassenschafts-Curator steht es frey, zur Er-



forschung des Schuldenstandes die Ausfertigung eines Edictes, wodurch alle Gläubiger zur Anmeldung und Darthnung ihrer Forderungen auf eine den Umständen angemessene Zeit einberufen werden, nachzusuchen, und bis nach verstrichener Frist mit der Befriedigung der Gläubiger inne zu halten.

§. 814.

Die Wirkung dieser gerichtlichen Einberufung ist, daß den Gläubigern, welche sich binnen der bestimmten Zeitfrist nicht gemeldet haben, an die Verlassenschaft, wenn sie durch die Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft worden ist, kein weiterer Anspruch zusteht, als in so fern ihnen ein Pfandrecht gebühret.

Wirkung der Einberufung,

§. 815.

Unterläßt der Erbe die ihm bewilligte Vorsicht der gerichtlichen Einberufung; oder befriediget er sogleich einige der sich anmeldenden Gläubiger, ohne auf die Rechte der übrigen Rücksicht zu nehmen, und bleiben einige Gläubiger aus Unzulänglichkeit der Verlassenschaft unbezahlt; so haftet er ihnen, ungeachtet der bedingten Erbsserklärung, mit seinem ganzen Vermögen in dem

oder der Unterlassung derselben.

Masse, als sie die Zahlung erhalten haben würden, wenn die Verlassenschaft nach der gesetzlichen Ordnung zur Befriedigung der Gläubiger verwendet worden wäre.

## §. 816.

o) Auswe-  
sungsüber die  
Erfüllung  
des letzten  
Willens,  
entweder  
von dem Er-  
ben oder dem  
Erben.  
Executors

Hat der Erblasser einen Vollzieher (Executor) seines letzten Willens ernannt; so hängt es von dessen Willkühr ab, dieses Geschäft auf sich zu nehmen. Hat er es übernommen; so ist er schuldig, entweder als ein Nachthaber die Anordnungen des Erblassers selbst zu vollziehen, oder den saumfälligen Erben zur Vollziehung derselben zu betreiben.

## §. 817.

oder dem Er-  
ben.

Ist kein Vollzieher des letzten Willens ernannt; oder unterzieht sich der ernannte dem Gesäfte nicht; so liegt dem Erben unmittelbar ob, den Willen des Erblassers so viel möglich zu erfüllen, oder die Erfüllung sicher zu stellen, und sich gegen das Gericht darüber auszuweisen. In Ansehung bestimmter Legatare hat er bloß darzuthun, daß er denselben von dem ihnen zugefallenen Vermächtnisse Nachricht gegeben habe (§. 688).

§. 818.

Was der Erbe, ehe er zum Besitze der Erbschaft gelangen kann, an Abgaben zu entrichten, und im Falle, daß sein Erblasfer gegen das Staats-Aerarium in Verrechnung gestanden ist, hierwegen auszuweisen habe, darüber enthalten die politischen Verordnungen die besondere Vorschrift.

§. 819.

So bald über die eingebrachte Erbserklärung der rechtmäßige Erbe vom Gerichte erkannt, und von demselben die Erfüllung der Verbindlichkeiten geleistet ist, wird ihm die Erbschaft eingewantwortet und die Abhandlung geschlossen. Uebrigens hat der Erbe, um die Uebertragung des Eigenthumes unbewäglich zu erwirken, die Vorschrift des §. 436 zu befolgen.

Wann die Erbschaft eingewantwortet.

§. 820.

Mehrere Erben, welche eine gemeinschaftliche Erbschaft ohne die rechtliche Wohlthat des Inventariums angetreten haben, haften allen Erbschaftsgläubigern und Legataren, selbst nach der Einantwortung, Alle für Einen und Einer für Alle. Unter

Haftung der gemeinschaftlichen Erben.

sich aber sind sie nach Verhältniß ihrer Erbtheile bezutragen schuldig.

§. 821.

Haben die gemeinschaftlichen Erben von der rechtlichen Wohlthat des Inventariums Gebrauch gemacht; so sind sie vor der Einantwortung den Erbschaftsgläubigern und Legataren nach dem §. 550 zu haften verbunden. Nach der erfolgten Einantwortung haftet jeder Einzelne selbst für die, die Erbschafts-Masse nicht übersteigenden Lasten, nur nach Verhältniß seines Erbtheiles.

§. 822.

Sicher-  
heitsmittel  
der Gläu-  
biger des  
Erben.

Gläubiger des Erben können zwar das ihm angefallene Erbgut, auch vor der an ihn erfolgten Einantwortung, mit Verboth, Pfändung, oder Vormerkung belegen. Eine solche Sicherstellung kann jedoch nicht anders, als mit dem ausdrücklichen Vorbehalte ertheilet werden, daß sie den bey der Abhandlung der Verlassenschaft vorkommenden Ansprüchen unnachtheilig, und erst von Zeit der erlangten Einantwortung wirksam seyn solle.

§. 823.

Erbschafts-  
Klagen.

Auch nach erhaltener Einantwortung

kann der Bestiznehmer von jenem, der ein besseres oder gleiches Erbrecht zu haben behauptet, auf Abtretung oder Theilung der Erbschaft belanget werden. Das Eigenthum einzelner Erbschaftsstücke wird nicht mit der Erbschafts-, sondern der Eigenthumsklage verfolgt.

§. 824.

Wenn der Beklagte zur Abtretung der Verlassenschaft ganz oder zum Theile verhalten wird; so sind die Ansprüche auf die Zurückstellung der von dem Besitzer bezogenen Früchte; oder auf die Vergütung der von demselben in dem Nachlasse verwendeten Kosten nach jenen Grundsätzen zu beurtheilen, welche in Rücksicht auf den redlichen oder unredlichen Besitzer in dem Hauptstücke vom Besitze überhaupt festgesetzt sind. Ein dritter redlicher Besitzer ist für die in der Zwischenzeit erworbenen Erbstücke niemanden verantwortlich.

Wirkung  
derselben.



## Sechzehntes Hauptstück.

Von der Gemeinschaft des Eigenthums und anderer dinglichen Rechte.

§. 825.

Ursprung einer Gemeinschaft.

So oft das Eigenthum der nämlichen Sache, oder ein und dasselbe Recht mehreren Personen ungetheilt zukommt, besteht eine Gemeinschaft. Sie gründet sich auf eine zufällige Ereignung; auf ein Gesetz; auf eine letzte Willenserklärung; oder auf einen Vertrag.

§. 826.

Nach Verschiedenheit der Quellen, aus denen eine Gemeinschaft entspringt, erhal-

ten auch die Rechte und Pflichten der Theilhaber ihre nähere Bestimmung. Die besonderen Vorschriften über eine durch Vertrag entstehende Gemeinschaft der Güter sind in dem sieben und zwanzigsten Hauptstücke enthalten.

§. 827.

Wer einen Antheil an einer gemeinschaftlichen Sache anspricht, der muß sein Recht, wenn es von den übrigen Theilnehmern widersprochen wird, beweisen.

§. 828.

So lange alle Theilhaber einverstanden sind, stellen sie nur Eine Person vor, und haben das Recht, mit der gemeinschaftlichen Sache nach Belieben zu schalten. Sobald sie uneinig sind, kann kein Theilhaber in der gemeinschaftlichen Sache eine Veränderung vornehmen, wodurch über den Anthoil des Andern verfügt würde.

Gemeinschaftliche Rechte der Theilhaber.

§. 829.

Jeder Theilhaber ist vollständiger Eigenthümer seines Anttheiles. In so fern er die Rechte seiner Mitgenossen nicht verletzt, kann er denselben, oder die Andern davon willkürlich und unabhängig ver-

Rechte des Theilhabers auf seinen Anthoil.

pfänden, vermachen, oder sonst veräußern (§. 361).

§. 830.

Jeder Theilhaber ist befugt, auf Ablegung der Rechnung und auf Vertheilung des Ertrages zu dringen. Er kann in der Regel auch die Aufhebung der Gemeinschaft verlangen; doch nicht zur Unzeit, oder zum Nachtheile der Uebrigen. Er muß sich daher einen, den Umständen angemessenen, nicht wohl vermeidlichen Aufschub gefallen lassen.

§. 831.

Hat sich ein Theilhaber zur Fortsetzung der Gemeinschaft verbunden, so kann er zwar vor Verlaufs der Zeit nicht austreten; allein diese Verbindlichkeit wird, wie andere Verbindlichkeiten, aufgehoben, und erstreckt sich nicht auf die Erben, wenn diese nicht selbst dazu eingewilliget haben.

§. 832.

Auch die Anordnung eines Dritten, wodurch eine Sache zur Gemeinschaft bestimmt wird, muß zwar von den ersten Theilhabern, nicht auch von ihren Erben befolgt werden. Eine Verbindlichkeit zu ei-



B. d. Gemeinsch. d. Eigenth. u. a. dingl. Rechte. 205  
ner immerwährenden Gemeinschaft kann  
nicht bestehen.

§. 833.

Der Besitz und die Verwaltung der gemeinschaftlichen Sache kommt allen Theilhabern insgesamt zu. In Angelegenheiten, welche nur die ordentliche Verwaltung und Benützung des Hauptstammes betreffen, entscheidet die Mehrheit der Stimmen, welche nicht nach den Personen, sondern nach Verhältniß der Antheile der Theilnehmer gezählt werden.

Rechte der  
Theilhaber  
in der gemeinschaftlichen Sache;  
a) in Rücksicht des Hauptstammes;

§. 834.

Bei wichtigen Veränderungen aber, welche zur Erhaltung oder besseren Benützung des Hauptstammes vorgeschlagen werden, können die Ueberstimmten Sicherstellung für künftigen Schaden; oder, wenn diese verweigert wird, den Austritt aus der Gemeinschaft verlangen.

§. 835.

Wollen sie nicht austreten; oder geschähe der Austritt zur Unzeit; so soll das Los, ein Schiedsmann, oder, wofern sie sich darüber nicht einhellig vereinigen, der Richter entscheiden, ob die Veränderung

unbedingt oder gegen Sicherstellung Statt finden soll oder nicht. Diese Arten der Entscheidung treten auch bey gleichen Stimmen der Mitglieder ein.

§. 836.

Ist ein Verwalter der gemeinschaftlichen Sachen zu bestellen; so entscheidet über dessen Auswahl die Mehrheit der Stimmen, und in deren Abgang der Richter.

§. 837.

Der Verwalter des gemeinschaftlichen Gutes wird als ein Nachthaber angesehen. Er ist einerseits verbunden, ordentliche Rechnung abzulegen; andererseits aber befugt, alle nützlich gemachte Auslagen in Abrechnung zu bringen. Dieses gilt auch in dem Falle, daß ein Theilgenosse ein gemeinschaftliches Gut ohne Auftrag der übrigen Theilnehmer verwaltet.

§. 838.

Wird die Verwaltung Mehreren überlassen; so entscheidet auch unter ihnen die Mehrheit der Stimmen.

§. 839.

b) der Nutzungen und Lasten;

Die gemeinschaftlichen Nutzungen und Lasten werden nach Verhältniß der Antheile

B. d. Gemeinsh. d. Eigenth. u. a. bingl. Rechte. 207  
angemessen. Im Zweifel wird jeder Antheil  
gleich groß angesehen; wer das Gegentheil  
behauptet, muß es beweisen.

§. 840.

Ordentlicher Weise sind die erzielten  
Theilungen in Natur zu theilen. Ist aber  
diese Theilungsart nicht thunlich; so  
ist jeder berechtigt, auf die öffentliche Teil-  
biethung zu dringen. Der gelöste Antheil  
wird den Theilhabern verhältnißmäßig ent-  
richtet.

§. 841.

Bei der nach aufgehobener Gemein-  
schaft vorzunehmenden Theilung der gemein-  
schaftlichen Sache gilt keine Mehrheit der  
Stimmen. Die Theilung muß zur Zufrie-  
denheit eines jeden Sachgenossen vorgenom-  
men werden. Können sie nicht einig werden,  
so entscheidet das Los, oder ein Schieds-  
mann, oder, wenn sie sich über die Bestim-  
mung der einen oder anderen dieser Entschei-  
dungsarten nicht einhellig vereinigen, der  
Richter.

c) der Theil-  
lung.

§. 842.

Ein Schiedsman oder der Richter ent-  
scheidet auch, ob bei der Theilung liegen-

der Gründe oder Gebäude ein Theilgenosse zur Benützung seines Antheiles, einer Servitut bedürfe, und unter welcher Bedingung sie ihm zu verwilligen sey.

## §. 843.

Kann eine gemeinschaftliche Sache entweder gar nicht, oder nicht ohne beträchtliche Verminderung des Werthes getheilt werden; so ist sie, und zwar, wenn auch nur Ein Theilgenosse es verlangt, vermittelst gerichtlicher Teilbiethung zu verkaufen, und der Kauffchilling unter die Theilhaber zu vertheilen.

## §. 844.

Servituten, Gränzzeichen und die zum gemeinschaftlichen Gebrauche nöthigen Urkunden sind keiner Theilung fähig. Die Grunddienstbarkeiten kommen allen Theilhabern zu Statten. Die Urkunden werden, wenn sonst nichts im Wege steht, bey dem ältesten Theilnehmer niedergelegt. Die übrigen erhalten auf ihre Kosten beglaubte Abschriften.

## §. 845.

Bev Theilungen der Grundstücke müssen die gegenseitigen Gränzen nach Ber-

**B. d. Gemeinsch. d. Eigenth. u. a. dingl. Rechte. 209**  
Scheideheit der Sage durch Säulen, Gränz-  
steine oder Pfähle auf eine deutliche und  
unwandelbare Art bezeichnet werden. Flüsse,  
Berge und Straßen sind natürliche Grän-  
zen. Um den Betrug und Irrthum zu ent-  
fernen, sollen in die Steine, Säulen oder  
Pfähle, die wirklich zur Markung dienen,  
Kreuze, Wapen, Zahlen oder andere Zei-  
chen gehauen oder darunter eingegraben  
werden.

**§. 846.**

Ueber die gemachte Theilung sind Ur-  
kunden zu errichten. Ein Theilhaber einer  
unbeweglichen Sache erhält auch erst dadurch  
ein dingliches Recht auf seinen Antheil, daß  
die darüber errichtete Urkunde den öffentli-  
chen Büchern einverleibt wird (§. 436).

**§. 847.**

Die bloße Theilung was immer für  
eines gemeinschaftlichen Gutes kann einem  
Dritten nicht zum Nachtheile gereichen;  
alle ihm zustehende Pfand-, Servitut- und  
andere dingliche Rechte werden nach, wie  
vor der Theilung, ausgeübt. Auch per-  
sönliche Rechte, die einem Dritten gegen  
eine Gemeinschaft zustehen, haben unge-

achtet des erfolgten Austrittes ihre vorige Kraft.

§. 848.

Eben so kann derjenige, welcher an eine Gemeinschaft schuldig ist, die Zahlung nicht an einzelne Theilnehmer entrichten. Solche Schulden müssen an die ganze Gemeinschaft, oder an jenen, der sie ordentlich vorstellt, abgetragen werden.

§. 849.

Was bisher von der Gemeinschaft überhaupt bestimmt worden ist, läßt sich auch auf die einer Familie, als einer Gemeinschaft, zustehenden Rechte und Sachen, z. B. Stiftungen, Fideicommissse u. dgl., anwenden.

§. 850.

Erneuerung  
der Gränzen.

Wenn Gränzzeichen durch was immer für Umstände so verlegt worden sind, daß sie ganz unkenntlich werden könnten, hat jeder Theilhaber das Recht, eine gemeinschaftliche Erneuerung der Gränzen zu verlangen. Die theilnehmenden Nachbarn sind zu diesem Geschäfte vorzuladen, die Gränzen genau zu beschreiben, und die Kosten von allen, nach Maß ihrer Gränzlinien, zu bestreiten.

§. 851.

Wenn die Gränzen wirklich unkenndar geworden sind, oder bey Berichtigung der Markung ein Streit entsteht; so schüzet das Gericht vor allem den letzten Besitzstand. Wer sich dadurch verlegt zu seyn glaubt, kann die ihm in Ansehung des Besitzrechtes, des Eigenthumes oder eines anderen Rechtes zustehenden Behelfe der Ordnung nach anbringen (§. 347).

§. 852.

Die wichtigsten Behelfe bey einer Gränzberichtigung sind: Die Ausmessung und Beschreibung, oder auch die Abzeichnung des streitigen Grundes; dann, die sich darauf beziehenden öffentlichen Bücher und andere Urkunden; endlich, die Aussagen sachtündiger Zeugen, und das von Sachverständigen nach vorgenommenem Augenscheine gegebene Gutachten.

§. 853.

Beweiset keine Parthey ein ausschließendes Besitz- oder Eigenthumsrecht; so vertheilt das Gericht den streitigen Raum nach Maß des bisherigen ruhigen Besitzstandes. Ist aber auch der Besitzstand zwei-

selbst; so wird der streitige Raum zwischen den Parteyen nach dem Verhältnisse des Besitzes, von welchem der Anspruch ausgeht, mit Beziehung der Kunstverständigen, vertheilt, und hiernach die Theilung vorgenommen.

## §. 854.

Vermuthete  
Gemein-  
schaft.

Erdfurchen, Raine, Hecken, Pflanzen, Mauern, Privat-Bäche, Canäle, Plätze und andere dergleichen Scheidewände, die sich zwischen benachbarten Grundstücken befinden, werden für ein gemeinschaftliches Eigenthum angesehen; wenn nicht Wapen, Auf- oder Inschriften, oder andere Kennzeichen und Behelfe das Gegentheil beweisen.

## §. 855.

Jeder Mitgenosse kann eine gemeinschaftliche Mauer auf seiner Seite bis zur Hälfte in der Dicke benützen, auch Blindthüren und Wandschränke dort anbringen, wo auf der entgegen gesetzten Seite noch keine angebracht sind. Doch darf das Gebäude durch einen Schornstein, Feuerherd oder andere Anlagen nicht in Gefahr gesetzt, und dem Nachbar auf keine Art in



**B. d. Gemeinſch. d. Eigenth. u. a. d.ingl. Rechte. 213**  
dem Gebrauche ſeines Antheiles gehindert werden.

**§. 256.**

Alle Mitelgenußhaber tragen zur Erhaltung ſolcher gemeinſchaftlichen Scheidewände verhältnißmäßig bey. Wo ſie doppelt vorhanden ſind, aber das Eigenthum getheilt iſt, beſtraftet jeder die Unterhaltungskoſten für das, was ihm allein gehört.

**§. 257.**

Iſt die Stellung einer Scheidewand von der Art, daß die Ziegel, Latten oder Steine nur auf Einer Seite vorlaufen oder abhängen; oder ſind die Pfeiler, Säulen, Ständer, Waſtſtälle auf Einer Seite eingegraben; ſo iſt im Zweifel auf dieſer Seite das ungetheilte Eigenthum der Scheidewand; wenn nicht aus einer beyderſeitigen Belaftung, Einfügung, aus anderen Kennzeichen oder ſonſtigen Beweiſen das Gegentheil erhellet. Auch derjenige wird für den excluſivenden Beſitzer einer Mauer gehalten, welcher eine in der Richtung gleich fortlaufende Mauer von gleicher Höhe und Dicke unſtreitig beſitzt.

In der Regel ist der ausschließende Besitzer nicht schuldig, seine verfallene Mauer oder Pflanze neu aufzuführen; nur dann muß er sie in gutem Stande erhalten, wenn durch die Oeffnung für den Gränz Nachbar Schaden zu befürchten stünde. Es ist aber jeder Eigenthümer verbunden, auf der rechten Seite seines Haupteinganges für die nöthige Einschließung seines Raumes, und für die Abtheilung von dem fremden Raume zu sorgen.

---

## Zweiter Theil.

### Zweyte Abtheilung.

#### Von den persönlichen Sachen- rechten.

#### Siebzehntes Hauptstück.

##### Von Verträgen überhaupt.

§. 859.

Die persönlichen Sachenrechte, vermöge  
welcher eine Person einer anderen zu einer  
Leistung verbunden ist, gründen sich ent-  
weder unmittelbar auf ein Gesetz; oder auf  
einen Vertrag; oder auf eine erlittene Be-  
schädigung.

Grund der  
persönlichen  
Sachenrech-  
te.

## §. 860.

Die Fälle, in welchen jemanden unmittelbar von dem Geseze ein persönliches Sachenrecht ertheilet wird, sind an den gehörigen Orten angegeben. Von dem Rechte des Schadenersatzes handelt das dreysigste Hauptstück.

## §. 861.

Wer sich erkläret, daß er jemanden sein Recht übertragen, das heißt, daß er ihm etwas gestatten, etwas geben, daß er für ihn etwas thun, oder seinetwegen etwas unterlassen wolle, macht ein Versprechen; nimmt aber jener Andere das Versprechen gültig an, so kommt durch den übereinstimmenden Willen beyder Theile ein Vertrag zu Stande. So lange die Unterhandlungen dauern, und das Versprechen noch nicht gemacht, oder weder zum voraus, noch nachher angenommen ist, entsteht kein Vertrag.

## §. 862.

Wenn zur Annahme des Versprechens kein Zeitraum bedungen worden ist, so muß ein mündliches Versprechen ohne Verzug angenommen werden. Bey dem schriftlichen

Kommt es darauf an, ob beyde Theile sich an demselben Orte befinden, oder nicht. Im ersten Falle muß die Annahme in vier und zwanzig Stunden, im zweyten aber innerhalb jenes Zeitraumes, welcher zur zweymahligen Beantwortung nöthig ist, erfolgen, und dem versprechenden Theile bekannt gemacht werden; widrigen Falls ist das Versprechen erloschen. Vor Ablauf des festgesetzten Zeitraumes kann das Versprechen nicht zurück genommen werden.

§. 863.

Man kann seinen Willen nicht nur aus-  
drücklich durch Worte und allgemein ange-  
nommene Zeichen, sondern auch stillschwei-  
gend durch solche Handlungen erklären,  
welche mit Ueberlegung aller Umstände sei-  
nen vorläufigen Grund, daran zu zweifeln,  
üblich lassen.

Eintheilung  
der Verträge.  
ge.

§. 864.

Verträge sind einseitig oder zweiseitig  
verbindlich, je nachdem nur ein Theil et-  
was verspricht und der andere es annimmt;  
oder beyde Theile einander Rechte über-  
tragen und wechselseitig annehmen. Die

ersten werden also ohne Entgelt; die andern aber mit Entgelt geschlossen.

## §. 865.

Erfordernisse eines gültigen Vertrages:  
 1) Fähigkeit der Personen;

Wer den Gebrauch der Vernunft nicht hat, wie auch ein Kind unter sieben Jahren, ist unfähig, ein Versprechen zu machen oder es anzunehmen. Andere Personen hingegen, welche von einem Vater, Vormunde oder Curator abhängen, können zwar ein bloß zu ihrem Vortheile gemachtes Versprechen annehmen; wenn sie aber eine damit verknüpfte Last übernehmen, oder selbst etwas versprechen, hängt die Gültigkeit des Vertrages, nach den in dem dritten und vierten Hauptstücke des ersten Theiles gegebenen Vorschriften, in der Regel von der Einwilligung des Vertreters oder zugleich des Gerichtes ab. Bis diese Einwilligung erfolgt, kann der andere Theil nicht zurück treten, aber eine angemessene Frist zur Erklärung verlangen.

## §. 866.

Wer listiger Weise vorgibt, daß er Verträge zu schließen fähig sey, und dadurch einen Anderen, der darüber nicht leicht Erkundigung einholen konnte, hin-

tergeht, ist zur Genugthuung verpflichtet.

§. 867.

Was zur Gültigkeit eines Vertrages mit einer unter der besonderen Vorsorge der öffentlichen Verwaltung stehenden Gemeinde (§. 27), oder ihren einzelnen Gliedern und Stellvertretern erfordert werde, ist aus der Verfassung derselben und den politischen Gesetzen zu entnehmen (§. 290).

§. 868.

In wie weit ein Verbrecher gültige Verträge schließen könne, bestimmt das Strafgesetz über Verbrechen.

§. 869.

Die Einwilligung in einen Vertrag muß <sup>2) Wahre</sup> frey, ernstlich, bestimmt und verständlich <sup>Einwilligung;</sup> erklärt werden. Ist die Erklärung unverständlich, ganz unbestimmt, oder erfolgt die Annahme unter anderen Bestimmungen, als unter welchen das Versprechen geschehen ist; so entsteht kein Vertrag. Wer sich, um einen Anderen zu bevorthheilen, unentlicher Ausdrücke bedient, oder eine Scheinhandlung unternimmt, leistet Genugthuung.

achtet des erfolgten Austrittes ihre vorige Kraft.

§. 848.

Eben so kann derjenige, welcher an eine Gemeinschaft schuldig ist, die Zahlung nicht an einzelne Theilnehmer entrichten. Solche Schulden müssen an die ganze Gemeinschaft, oder an jenen, der sie ordentlich vorstellt, abgetragen werden.

§. 849.

Was bisher von der Gemeinschaft überhaupt bestimmt worden ist, läßt sich auch auf die einer Familie, als einer Gemeinschaft, zustehenden Rechte und Sachen, z. B. Stiftungen, Fideicommissse u. dgl., anwenden.

§. 850.

Erneuerung  
der Gränzen.

Wenn Gränzzeichen durch was immer für Umstände so verletzt worden sind, daß sie ganz unkenntlich werden könnten, hat jeder Theilhaber das Recht, eine gemeinschaftliche Erneuerung der Gränzen zu verlangen. Die theilnehmenden Nachbarn sind zu diesem Geschäfte vorzuladen, die Gränzen genau zu beschreiben, und die Kosten von allen, nach Maß ihrer Gränzlinien, zu bestreiten.



§. 851.

Wenn die Gränzen wirklich unkenntlich geworden sind, oder bey Verächtigung der Markung ein Streit entsteht; so schüzet das Gericht vor allem den lezten Besizstand. Wer sich dadurch verletzt zu seyn glaubt, kann die ihm in Ansehung des Besizrechtes, des Eigenthumes oder eines anderen Rechtes zustehenden Behelfe der Ordnung nach anbringen (§. 347).

§. 852.

Die wichtigsten Behelfe bey einer Gränzberichtigung sind: Die Ausmessung und Beschreibung, oder auch die Abzeichnung des streitigen Grundes; dann, die sich darauf beziehenden öffentlichen Bücher und andere Urkunden; endlich, die Aussagen sachkundiger Zeugen, und das von Sachverständigen nach vorgenommenem Augenscheine gegebene Gutachten.

§. 853.

Beweiset keine Parthey ein ausschließendes Besiz- oder Eigenthumsrecht; so vertheilt das Gericht den streitigen Raum nach Maß des bisherigen ruhigen Besizstandes. Ist aber auch der Besizstand zwei-

selbst; so wird der streitige Raum zwischen den Parteyen nach dem Verhältnisse des Besizes, von welchem der Anspruch ausgeht, mit Beziehung der Kunstverständigen, vertheilt, und hiernach die Markung vorgenommen.

## §. 854.

Vermuthete  
Gemein-  
schaft.

Erdfurchen, Raine, Hecken, Pflanzen, Mauern, Privat-Bäche, Canäle, Plätze und andere dergleichen Scheidewände, die sich zwischen benachbarten Grundstücken befinden, werden für ein gemeinschaftliches Eigenthum angesehen; wenn nicht Wapen, Auf- oder Inschriften, oder andere Kennzeichen und Behelfe das Gegentheil beweisen.

## §. 855.

Jeder Mitgenosse kann eine gemeinschaftliche Mauer auf seiner Seite bis zur Hälfte in der Dicke benützen, auch Blindthüren und Wandschränke dort anbringen, wo auf der entgegen gesetzten Seite noch keine angebracht sind. Doch darf das Gebäude durch einen Schornstein, Feuerherd oder andere Anlagen nicht in Gefahr gesetzt, und der Nachbar auf keine Art in

B. d. Gemeinsch. d. Eigenth. u. d. dingl. Rechte. 213  
dem Gebrauche seines Antheiles gehindert  
werden.

§. 856.

Alle Mitseigenthümer tragen zur Erhaltung solcher gemeinschaftlichen Scheidewände verhältnißmäßig bey. Wo sie doppelt vorhanden sind, oder das Eigenthum getheilt ist, bestreitet jeden die Unterhaltungskosten für das, was ihm allein gehört.

§. 857.

Ist die Stellung einer Scheidewand von der Art, daß die Ziegel, Latten oder Steine nur auf Einer Seite vorlaufen oder abhängen; oder sind die Pfeiler, Säulen, Ständer, Backställe auf Einer Seite eingegraben; so ist im Zweifel auf dieser Seite das ungetheilte Eigenthum der Scheidewand; wenn nicht aus einer beyderseitigen Belastung, Einfügung, aus anderen Kennzeichen oder sonstigen Beweisen das Gegentheil erhellet. Auch derjenige wird für den ausschließenden Besitzer einer Mauer gehalten, welcher eine in der Richtung gleich fortlaufende Mauer von gleicher Höhe und Dicke unstreitig besitzt.

In der Regel ist der ausschließende Besitzer nicht schuldig, seine verfallene Mauer oder Planke neu aufzuführen; nur dann muß er sie in gutem Stande erhalten, wenn durch die Oeffnung für den Gränz Nachbar Schaden zu befürchten stünde. Es ist aber jeder Eigenthümer verbunden, auf der rechten Seite seines Haupteinganges für die nöthige Einschließung seines Raumes, und für die Abtheilung von dem fremden Raume zu sorgen.

---

## Zweiter Theil.

### Zweite Abtheilung.

#### Von den persönlichen Sachen- rechten.

#### Siebzehntes Hauptstück.

##### Von Verträgen überhaupt.

§. 859.

Die persönlichen Sachenrechte, vermöge <sup>Grund der</sup> welcher eine Person einer anderen zu einer <sup>persönlichen</sup> Leistung verbunden ist, gründen sich ent- <sup>Sachenrech-</sup> weder unmittelbar auf ein Gesetz; oder auf einen Vertrag; oder auf eine erlittene Beschädigung.

## §. 860.

Die Fälle, in welchen jemanden unmittelbar von dem Gesetze ein persönliches Sachenrecht ertheilet wird, sind an den gehörigen Orten angegeben. Von dem Rechte des Schadenersatzes handelt das dreßsigste Hauptstück.

## §. 861.

Wer sich erkläret, daß er jemanden sein Recht übertragen, das heißt, daß er ihm etwas gestatten, etwas geben, daß er für ihn etwas thun, oder seinetwegen etwas unterlassen wolle, macht ein Versprechen; nimmt aber von Andern das Versprechen gültig an, so kommt durch den übereinstimmenden Willen beyder Theile ein Vertrag zu Stande. So lange die Unterhandlungen dauern, und das Versprechen noch nicht gemacht, oder weder zum voraus, noch nachher angenommen ist, entsteht kein Vertrag.

## §. 862.

Wenn zur Annahme des Versprechens kein Zeitraum habungen worden ist, so muß ein mündliches Versprechen ohne Verzug angenommen werden. Bey dem schriftlichen

Kommt es darauf an, ob beide Theile sich an demselben Orte befinden, oder nicht. Im ersten Falle muß die Annahme in vier und zwanzig Stunden, im zweiten aber innerhalb jenes Zeitraumes, welcher zur zweymahligen Beantwortung nöthig ist, erfolgen, und dem versprechenden Theile bekannt gemacht werden; widrigen Falls ist das Versprechen erloschen. Vor Ablauf des festgesetzten Zeitraumes kann das Versprechen nicht zurück genommen werden.

§. 863.

Man kann seinen Willen nicht nur aus-  
drücklich durch Worte und allgemein ange-  
nommene Zeichen, sondern auch stillschwei-  
gend durch solche Handlungen erklären,  
welche mit Ueberlegung aller Umstände sei-  
nen vernünftigen Grund, daran zu zwei-  
feln, übrig lassen.

Eintheilung  
der Verträge.  
9c.

§. 864.

Verträge sind einseitig oder zweiseitig verbindlich, je nachdem nur ein Theil etwas verspricht und der andere es annimmt; oder beide Theile einander Rechte übertragen und wechselseitig annehmen. Die

ersten werden also ohne Entgelt; die anderen aber mit Entgelt geschlossen.

## §. 865.

Erfordernisse eines gültigen Vertrages:  
1) Fähigkeit der Personen;

Wer den Gebrauch der Vernunft nicht hat, wie auch ein Kind unter sieben Jahren, ist unfähig, ein Versprechen zu machen oder es anzunehmen. Andere Personen hingegen, welche von einem Vater, Vormunde oder Curator abhängen, können zwar ein bloß zu ihrem Vortheile gemachtes Versprechen annehmen; wenn sie aber eine damit verknüpfte Last übernehmen, oder selbst etwas versprechen, hängt die Gültigkeit des Vertrages, nach den in dem dritten und vierten Hauptstücke des ersten Theiles gegebenen Vorschriften, in der Regel von der Einwilligung des Vertreters oder zugleich des Gerichtes ab. Bis diese Einwilligung erfolgt, kann der andere Theil nicht zurück treten, aber eine angemessene Frist zur Erklärung verlangen.

## §. 866.

Wer listiger Weise vorgibt, daß er Verträge zu schließen fähig sey, und dadurch einen Anderen, der darüber nicht leicht Erkundigung einholen konnte, hin-



tergeht, ist zur Genugthuung verpflichtet.

§. 867.

Was zur Gültigkeit eines Vertrages mit einer unter der besonderen Vorfürsorge der öffentlichen Verwaltung stehenden Gemeinde (§. 27), oder ihren einzelnen Gliedern und Stellvertretern erfordert werde, ist aus der Verfassung derselben und den politischen Gesetzen zu entnehmen (§. 290).

§. 868.

In wie weit ein Verbrecher gültige Verträge schließen könne, bestimmt das Strafgesetz über Verbrechen.

§. 869.

Die Einwilligung in einen Vertrag muß <sup>2) Wahre</sup> frey, ernstlich, bestimmt und verständlich <sup>Einwilligung;</sup> erklärt werden. Ist die Erklärung unverständlich, ganz unbestimmt, oder erfolgt die Annahme unter anderen Bestimmungen, als unter welchen das Versprechen geschehen ist; so entsteht kein Vertrag. Wer sich, um einen Andern zu bevorthellen, undeutlicher Ausdrücke bedient, oder eine Scheinhandlung unternimmt, leistet Genugthuung.

## §. 870.

Wer von dem annehmenden Theile durch ungerechte und gegründete Furcht zu einem Vertrage gezwungen worden, ist ihn zu halten nicht verbunden. Ob die Furcht gegründet war, muß von dem Richter aus den Umständen beurtheilet werden (§. 55).

## §. 871.

Wenn ein Theil von dem anderen Theile durch falsche Angaben irre geführt worden, und der Irrthum die Hauptsache, oder eine wesentliche Beschaffenheit derselben betrifft, worauf die Absicht vorzüglich gerichtet und erklärt worden; so entsteht für den Irrgeführten keine Verbindlichkeit.

## §. 872.

Betrifft aber der Irrthum weder die Hauptsache, noch eine wesentliche Beschaffenheit derselben, sondern einen Nebenumstand; so bleibt der Vertrag, in so fern beide Theile in den Hauptgegenstand gemilliget, und den Nebenumstand nicht als vorzügliche Absicht erklärt haben, noch immer gültig; allein dem Irrge-

gefühlet ist von dem Urheber des Irrthumes die angemessene Vergütung zu leisten.

§. 873.

Eben diese Grundsätze sind auch auf den Irrthum in der Person desjenigen, welchem ein Versprechen gemacht worden ist, anzuwenden; in so fern ohne den Irrthum der Vertrag entweder gar nicht, oder doch nicht auf solche Art errichtet worden wäre.

§. 874.

In jedem Falle muß derjenige, welcher einen Vertrag durch List oder ungerechte Furcht bewirkt hat; für die nachtheiligen Folgen Genugthuung leisten.

§. 875.

Ist der versprechende Theil von einem Dritten entweder durch ungerechte und gegründete Furcht zu einem Vertrage gezwungen, oder durch falsche Angaben irre geführt worden; so ist der Vertrag gültig. Nur in dem Falle, daß der annehmende Theil an der widerrechtlichen Handlung des Dritten Theil nahm, oder dieselbe offenbar wissen mußte, ist er eben so nach den §§. 870—874 zu behandeln, als wenn er

selbst den anderen Theil in Furcht oder Irrthum versetzt hätte.

§. 876.

Wenn der versprechende Theil selbst und allein an seinem wie immer gearteten Irrthume Schuld ist, so besteht der Vertrag; es wäre denn, daß dem annehmenden Theile der obwaltende Irrthum offenbar aus den Umständen auffallen mußte.

§. 877.

Wer die Aufhebung eines Vertrages aus Mangel der Einwilligung verlangt, muß dagegen auch Alles zurück stellen, was er aus einem solchen Vertrage zu seinem Vortheile erhalten hat.

§. 878.

3) Möglichkeit der Leistung.

Ueber Alles, was im Verleahre steht, können Verträge geschlossen werden. Was nicht geleistet werden kann; was geradezu unmöglich oder unerlaubt ist, kann kein Gegenstand eines gültigen Vertrages werden. Wer einen Anderen durch dergleichen Zusagen täuscht; wer ihn aus schuldbarer Unwissenheit verkürzt; oder aus dessen Schaden einen Nutzen zieht, bleibt dafür verantwortlich.

§. 879.

Insbefondere sind, außer den am gehörigen Orte angeführten, folgende Verträge ungültig:

1) Wenn etwas für die Unterhandlung eines Ehevertrages bedungen wird;

2) wenn ein Wundarzt oder was immer für ein Arzt sich von dem Kranken für die Uebernehmung der Cur; oder

3) wenn ein Rechtsfreund sich für die Uebernehmung eines Processus eine bestimmte Belohnung bedingt, oder eine ihm anvertraute Streitsache an sich löset;

4) wenn eine Erbschaft oder ein Vermächtniß, die man von einer dritten Person hofft, noch bey Lebzeiten derselben veräußert wird.

§. 880.

Wird der Gegenstand, worüber ein Vertrag geschlossen worden, vor dessen Uebergabe dem Verlehre entzogen; so ist es eben so viel, als wenn man den Vertrag nicht geschlossen hätte.

§. 881.

Außer den von den Gesetzen bestimmten Fällen kann zwar niemand für einen

- Anderen ein Versprechen machen, oder annehmen. Hat aber jemand seine Verwendungs bey einem Dritten versprochen, oder gar für den Erfolg gestanden; so muß er die eingegangene Verbindlichkeit nach Maß seines Versprechens erfüllen.

§. 882.

Sind unmögliche und mögliche Dinge zugleich versprochen worden; so müssen die möglichen erfüllet werden, wenn anders die Vertrag schließenden Theile nicht die ausdrückliche Bedingung gemacht haben, daß kein Punct des Vertrages von dem anderen abgefordert werden könne.

§. 883.

Form der Verträge.

Ein Vertrag kann mündlich oder schriftlich; vor Gericht oder außerhalb desselben; mit oder ohne Zeugen errichtet werden. Diese Verschiedenheit der Form macht, außer den im Gesetze bestimmten Fällen, in Ansehung der Verbindlichkeit keinen Unterschied.

§. 884.

Haben sich die Parteyen ausdrücklich zu einem schriftlichen Vertrage verabredet; so wird er vor der Unterschrift der Parteyen nicht für geschlossen angesehen. Die

Stegelung wird auch in diesem Falle nicht wesentlich erfordert.

§. 885.

Ist zwar noch nicht die förmliche Ur-<sup>Punctuation.</sup>kunde, aber doch ein Aufsatß über die Hauptpunkte errichtet, und von den Parteyen unterfertigt worden; so gründet auch schon ein solcher Aufsatß diejenigen Rechte und Verbindlichkeiten, welche darin ausgedrückt sind.

§. 886.

Wer des Schreibens unkundig, oder wegen körperlicher Gebrechen zu schreiben unfähig ist, muß zwey Zeugen, deren einer dessen Rahmen unterfertigt, beziehen, und sein gewöhnliches Handzeichen bekräften.

§. 887.

Wenn über einen Vertrag eine Urkunde errichtet worden; so ist auf vorgeschützte mündliche Verabredungen, welche zugleich geschehen seyn sollen, aber mit der Urkunde nicht übereinstimmen, oder neue Zusätze enthalten, kein Bedacht zu nehmen.

## §. 888.

Gemein-  
schaftliche  
Verbindlich-  
keit oder Be-  
rechtigung.

Wenn zwey oder mehrere Personen jemanden eben dasselbe Recht zu einer Sache versprechen, oder es von ihm annehmen; so wird sowohl die Forderung als die Schuld nach den Grundsätzen der Gemeinschaft des Eigenthumes getheilt.

## §. 889.

Außer den in dem Gesetze bestimmten Fällen haftet also aus mehreren Mitschuldnern einer theilbaren Sache jeder nur für seinen Antheil, und eben so muß von mehreren Mitgenossen einer theilbaren Sache jeder sich mit dem ihm gebührenden Theile begnügen.

## §. 890.

Betrifft es hingegen untheilbare Sachen; so kann ein Gläubiger, wenn er der einzige ist, solche von einem jeden Mitschuldner fordern. Wenn aber mehrere Gläubiger und nur Ein Schuldner da sind; so ist dieser die Sache einem einzelnen Mitgläubiger, ohne Sicherstellung heraus zu geben, nicht verpflichtet; er kann auf die Uebereinkunft aller Mitgläubiger drin-



gen, oder die gerichtliche Verwahrung der Sache verlangen.

§. 891.

Versprechen mehrere Personen ein und Correalitäts.  
dasselbe Ganze zur ungetheilten Hand der-  
gestalt, daß sich Einer für Alle und Alle  
für Einen ausdrücklich verbinden; so haf-  
tet jede einzelne Person für das Ganze.  
Es hängt dann von dem Gläubiger ab,  
ob er von allen, oder von einigen Mit-  
schuldnern das Ganze, oder nach von ihm  
gewählten Antheilen, oder ob er es von  
einem Einzigen fordern wolle. Selbst nach  
erhobener Klage bleibt ihm, wenn er von  
derselben absteht, diese Wahl vorbehalten;  
und, wenn er von einem oder dem anderen  
Mitschuldner nur zum Theile befriediget  
wird; so kann er das Rückständige von den  
übrigen fordern.

§. 892.

Hat hingegen Einer mehreren Perso-  
nen eben dasselbe Ganze zugesagt, und sind  
diese ausdrücklich berechtigt worden, es  
zur ungetheilten Hand fordern zu können;  
so muß der Schuldner das Ganze demjeni-

gen dieser Gläubiger entrichten, der ihn zuerst darum angeht.

§. 893.

Sobald ein Mitschuldner dem Gläubiger das Ganze entrichtet hat, darf dieser von den übrigen Mitschuldnern nichts mehr fordern; und sobald ein Mitgläubiger von dem Schuldner ganz befriediget worden ist, haben die übrigen Mitgläubiger keinen Anspruch mehr.

§. 894.

Ein Mitschuldner kann dadurch, daß er mit dem Gläubiger lästigere Bedingungen eingeht, den übrigen keinen Nachtheil zuziehen, und die Nachsicht oder Befreyung, welche ein Mitschuldner für seine Person erhält, kommt den übrigen nicht zu Statten.

§. 895.

Wie weit aus mehreren Mitgläubigern, welchen eben dasselbe Ganze zur ungetheilten Hand zugesagt worden ist, derjenige, welcher die ganze Forderung für sich erhalten hat, den übrigen Gläubigern hafte, muß aus den besonderen, zwischen den Mitgläubigern bestehenden, rechtlichen Verhältnissen bestimmt werden. Besteht

kein solches Verhältniß; so ist einer dem andern keine Rechenschaft schuldig.

§. 896.

Ein Mitschuldner zur ungetheilten Hand, welcher die ganze Schuld aus dem Seinigen abgetragen hat, ist berechtigt, auch ohne geschēhene Rechtsabtretung, von den übrigen den Ersatz, und zwar, wenn kein anderes besonderes Verhältniß unter ihnen besteht, zu gleichen Theilen zu fordern. War einer aus ihnen unfähig, sich zu verpflichten, oder ist er unvermögend, seiner Verpflichtung Genüge zu leisten; so muß ein solcher ausfallender Antheil ebenfalls von allen Mitverpflichteten übernommen werden. Die erhaltene Befreyung eines Mitverpflichteten kann den übrigen bey der Forderung des Ersatzes nicht nachtheilig seyn (§. 894).

§. 897.

In Ansehung der Bedingungen bey Verträgen gelten überhaupt die nämlichen Vorschriften, welche über die den Erklärungen des letzten Willens beygesetzten Bedingungen aufgestellt worden sind.

Nebenbestimmungen bey Verträgen;  
1) Bedingungen;

§. 898.

Verabredungen unter solchen Bedin-

gungen, welche bey einem letzten Willen für nicht beygesetzt angesehen werden, sind ungültig.

## §. 899.

Ist die in einem Vertrage vorgeschriebene Bedingung schon vor dem Vertrage eingetroffen; so muß sie nach dem Vertrage nur dann wiederhohlet werden, wenn sie in einer Handlung dessen, der das Recht erwerben soll, besteht, und von ihm wiederhohlet werden kann.

## §. 900.

a) Bewegungsgrund;

Ein unter einer aufschiebenden Bedingung zugesagtes Recht geht auch auf die Erben über.

## §. 901.

Haben die Parteyen den Bewegungsgrund oder den Endzweck ihrer Einwilligung ausdrücklich zur Bedingung gemacht; so wird der Bewegungsgrund oder Endzweck wie eine andere Bedingung angesehen. Außer dem haben dergleichen Aeußerungen auf die Gültigkeit entgeltlicher Verträge keinen Einfluß. Bey den unentgeltlichen aber sind die bey den letzten Anordnungen gegebenen Vorschriften anzuwenden.

§. 902.

Verträge müssen zu der Zeit, an dem Orte, und auf die Art vollzogen werden, wie es die Parteyen verabredet haben. Nach dem Gesetze werden 24 Stunden für einen Tag, 30 Tage für einen Monath, und 365 Tage für Ein Jahr gehalten.

3) Zeit, Ort und Art der Erfüllung;

§. 903.

Ein Recht, dessen Erwerbung an einen gewissen Tag gebunden ist, wird mit dem Anfange des Tages erworben. Zur Erfüllung einer Verbindlichkeit aber kommt dem Verpflichteten der ganze bestimmte Tag zu Statten.

§. 904.

Ist keine gewisse Zeit für die Erfüllung des Vertrages bestimmt worden; so kann sie sogleich, nämlich ohne unnöthigen Aufschub, gefordert werden. Hat der Verpflichtete die Erfüllungszeit seiner Willführ vorbehalten; so muß man entweder seinen Tod abwarten, und sich an die Erben halten; oder, wenn es um eine bloß persönliche, nicht vererbliche Pflicht zu thun ist, die Erfüllungszeit von dem Richter nach Billigkeit festsetzen lassen. Letzteres findet auch dann Statt, wenn der Ver-

pflichtete die Erfüllung nach Möglichkeit oder Thunlichkeit versprochen hat. Uebrigens müssen die Vorschriften, welche oben (§§. 704—706) in Rücksicht der den letzten Anordnungen beygerückten Zeitbestimmung gegeben werden, auch hier angewendet werden.

§. 905.

Wenn der Ort, wo der Vertrag erfüllet werden soll, weder aus der Verabredung, noch aus der Natur oder dem Zwecke des Geschäftes bestimmt werden kann; so werden unbewegliche Sachen an dem Orte, wo sie liegen; bewegliche aber an dem Orte, wo das Versprechen gemacht worden ist, übergeben. In Ansehung des Maßes, des Gewichtes und der Geldsorten ist auf den Ort der Uebergabe zu sehen.

§. 906.

Kann das Versprechen auf mehrere Arten erfüllet werden; so hat der Verpflichtete die Wahl; er kann aber von der einmahl getroffenen Wahl für sich allein nicht abgehen.

§. 907.

Wird ein Vertrag ausdrücklich mit

Vorbehalt der Wahl geschlossen, und dieselbe durch zufälligen Untergang eines oder mehrerer Wahlstücke vereitelt; so ist der Theil, dem die Wahl zusteht, an den Vertrag nicht gebunden. Unterläuft aber ein Verschulden des Verpflichteten; so muß er dem Berechtigten für die Vereitelung der Wahl haften.

§. 908.

Was bey Abschließung eines Vertrages 4) Angeld; voraus gegeben wird, ist, außer dem Falle einer besonderen Verabredung, nur als ein Zeichen der Abschließung, oder als eine Sicherstellung für die Erfüllung des Vertrages zu betrachten, und heißt Angeld. Wird der Vertrag durch Schuld einer Parthey nicht erfüllet; so kann die schuldlose Parthey das von ihr empfangene Angeld behalten, oder den doppelten Betrag des von ihr gegebenen Angeldes zurück fordern. Will sie sich aber damit nicht begnügen, so kann sie auf die Erfüllung; oder, wenn diese nicht mehr möglich ist, auf den Er-  
satz dringen.

§. 909.

Wird bey Schließung eines Vertrages 5) Angeld;

ein Betrag bestimmt, welchen ein oder der andere Theil in dem Falle, daß er von dem Vertrage vor der Erfüllung zurück treten will, entrichten muß; so wird der Vertrag gegen Reugeld geschlossen. In diesem Falle muß entweder der Vertrag erfüllet, oder das Reugeld bezahlt werden. Wer den Vertrag auch nur zum Theile erfüllet, oder das, was von dem Anderen auch nur zum Theile zur Erfüllung geleistet worden ist, angenommen hat, kann selbst gegen Entrichtung des Reugeldes nicht mehr zurück treten.

## §. 910.

Wenn ein Angeld gegeben, und zugleich das Befugniß des Rücktrittes ohne Bestimmung eines besonderen Reugeldes bedungen wird; so vertritt das Angeld die Stelle des Reugeldes. Im Falle des Rücktrittes verliert also der Geber das Angeld; oder der Empfänger stellt das Doppelte zurück.

## §. 911.

Wer nicht durch bloßen Zufall; sondern durch sein Verschulden an der Erfül-



lung des Vertrages verhindert wird, muß ebenfalls das Kneigeld entrichten.

§. 912.

Der Gläubiger ist von seinem Schuldner außer der Hauptschuld zuweilen auch <sup>6) Neben-</sup> Nebengebühren zu fordern berechtigt. Sie bestehen in dem Zuwachse und in den Früchten der Hauptsache; in den bestimmten oder in den Zögerungs-Zinsen; oder in dem Ersatze des verursachten Schadens; oder dessen, was dem Anderen daran liegt, daß die Verbindlichkeit nicht gehörig erfüllt worden; endlich in dem Betrage, welchen ein Theil sich auf diesen Fall bedungen hat.

§. 913.

In wie weit mit einem dinglichen Rechte das Recht auf den Zuwachs, oder auf die Früchte verbunden sey, ist in dem ersten und vierten Hauptstücke des zweyten Theiles bestimmt worden. Wegen eines bloß persönlichen Rechtes hat der Berechtigte noch keinen Anspruch auf Nebengebühren. In wie weit dem Gläubiger ein Recht auf diese zukomme, ist theils aus den besonderen Arten und

Bestimmungen der Verträge; theils aus dem Hauptstücke: von dem Rechte des Schadenersatzes und der Genugthuung, zu entnehmen.

## §. 914.

Auslegungs-  
regeln bey  
Verträgen.

Die im ersten Theile (§. 6) in Hinsicht auf die Auslegung der Gesetze angeführten allgemeinen Regeln gelten auch für Verträge. Insbesondere soll ein zweifelhafter Vertrag so erklärt werden, daß er keinen Widerspruch enthalte, und von Wirkung sey.

## §. 915.

Bei einseitig verbindlichen Verträgen wird im Zweifel angenommen, daß sich der Verpflichtete eher die geringere als die schwerere Last auflegen wollte; bey zweyseitig verbindlichen wird eine undeutliche Äußerung zum Nachtheile desjenigen erklärt, der sich derselben bedienet hat (§. 869).

## §. 916.

Wird ein Geschäft von gewisser Art nur zum Scheine verabredet; so ist es nach denjenigen gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen, nach denen es vermöge seiner wahren Beschaffenheit beurtheilet werden muß.

§. 917.

Wie die aus den Verträgen entstehenden Verbindlichkeiten aufhören, wird bey Von Erbschung der Verträge. jedem Vertrage besonders, und in dem Hauptstücke: von Aufhebung der Verbindlichkeiten überhaupt, bestimmt werden.

§. 918.

Alle aus Verträgen entstehende Rechte und Pflichten gehen auf die Erben der vertragenden Theile über; wenn sie anders nicht bloß auf persönlichen Verhältnissen und Fähigkeiten beruhen; oder wenn die Erben nicht schon im Vertrage selbst, oder durch das Gesetz ausgenommen worden sind. Ein noch nicht angenommenes Versprechen geht, wenn auch nur Ein Theil während der Ueberlegungsfrist stirbt, auf die Erben nicht über (§. 862).

§. 919.

Wenn ein Theil den Vertrag entweder gar nicht; oder nicht zu der gehörigen Zeit; an dem gehörigen Orte; oder auf die bedungene Weise erfüllet; so ist der andere Theil, außer den in dem Gesetze bestimmten Fällen, oder einem ausdrücklichen Vorbehalte, nicht berechtigt, die Aufhebung,

sondern nur die genaue Erfüllung des Vertrages und Ersatz zu fordern.

## §. 920.

Nach gänzlicher Erfüllung des Vertrages können die Parteyen auch mit beyderseitiger Einwilligung nicht mehr davon abgehen; sondern sie müssen einen neuen Vertrag schließen, der als ein zweytes Geschäft angesehen wird.

## §. 921.

Allgemeine  
Bestimmungen  
entgeltlicher Ver-  
träge und  
Geschäfte.

Bei einem entgeltlichen Vertrage werden entweder Sachen mit Sachen; oder Handlungen, worunter auch die Unterlassungen gehören, mit Handlungen; oder endlich Sachen mit Handlungen, und Handlungen mit Sachen vergolten (§. 864).

## §. 922.

Gewährleistung.

Wenn jemand eine Sache auf eine entgeltliche Art einem Anderen überläßt; so leistet er Gewähr, daß sie die ausdrücklich bedingenen, oder gewöhnlich dabey voraus gesetzten Eigenschaften habe, und daß sie der Natur des Geschäftes, oder der getroffenen Verabredung gemäß benutzt und verwendet werden könne.

§. 923.

Wer also der Sache Eigenschaften beys<sup>güte der</sup> legt, die sie nicht hat, und die ausdrücklich<sup>Gewährlei-</sup> oder vermöge der Natur des Geschäftes<sup>stung.</sup> stillschweigend bedungen worden sind; wer ungewöhnliche Mängel oder Lasten derselben verschweigt; wer eine nicht mehr vorhandene, oder eine fremde Sache als die seinige veräußert; wer fälschlich vorgibt, daß die Sache zu einem bestimmten Gebrauche tauglich; oder daß sie auch von den gewöhnlichen Mängeln und Lasten frey sey; der hat, wenn das Widerspiel hervor kommt, dafür zu haften.

§. 924.

Wenn ein Stück Vieh binnen vier und zwanzig Stunden nach der Uebnahme erkrankt oder umfällt; so wird vermuthet, daß es schon vor der Uebnahme krank gewesen sey.

§. 925.

Die nämliche Vermuthung gilt:

1) wenn binnen acht Tagen bey den Schweinen die Finne, und bey den Schafen die Pocken oder die Räube (Schäbe); oder wenn bey den letzteren binnen zwey

Monathen die Lungen- und Egelwürmer entdeckt werden;

2) wenn bey dem Rindviehe binnen dreyßig Tagen nach der Uebernahme die Drüsenkrankheit, so genannte Stiersucht, gefunden wird;

3) wenn bey Pferden und Lastthieren binnen fünfzehn Tagen nach der Uebergabe die verdächtige Drüse oder der Roß, wie auch der Dampf; oder, wenn binnen dreyßig Tagen der Dummkoller, der Wurm, die Stätigkeit, der schwarze Staar, oder die Mondblindheit entdeckt wird.

§. 926.

Von dieser rechtlichen Vermuthung (§. 924 und 925) kann aber der Uebernehmer eines solchen Stückes Vieh nur dann Gebrauch machen, wenn er dem Uebergeber oder Gewährsmanne sogleich von dem bemerkten Fehler Nachricht gibt; oder in dessen Abwesenheit dem Ortsgerichte oder Sachverständigen die Anzeige macht, und den Augenschein vornehmen läßt.

§. 927.

Bernachlässiget der Uebernehmer diese Vorsicht, so liegt ihm der Beweis ob, daß

das Vieh schon vor Schließung des Vertrages mangelhaft war. Immer steht aber auch dem Uebergeber der Beweis offen, daß der gerügte Mangel erst nach der Uebergabe eingetreten sey.

§. 928.

Fallen die Mängel einer Sache in die Augen; oder sind die auf der Sache haftenden Lasten aus den öffentlichen Büchern zu ersehen; so findet, außer dem Falle einer ausdrücklichen Zusage, daß die Sache von allen Fehlern und Lasten frey sey, keine Gewährleistung Statt. (§. 443). Schulden und Rückstände, welche auf der Sache haften, müssen stets vertreten werden.

§. 929.

Wer eine fremde Sache wissentlich an sich bringt, hat eben so wenig Anspruch auf eine Gewährleistung, als derjenige, welcher ausdrücklich darauf Verzicht gethan hat.

§. 930.

Werden Sachen in Pausch und Bogen, nämlich so, wie sie stehen und liegen, ohne Zahl, Maß und Gewicht übergeben; so ist der Uebergeber, außer dem Falle, daß ei-

ne von ihm fälschlich vorgegebene, oder von dem Empfänger bedungene Beschaffenheit mangelt, für die daran entdeckten Fehler nicht verantwortlich.

## §. 931.

Bedingung  
der Gewähr-  
leistung.

Wenn der Besitzer wegen eines von einem Dritten auf die Sache gemachten Anspruches von der Gewährleistung Gebrauch machen will; so muß er seinen Vormann davon benachrichtigen, und nach Vorschrift der Gerichtsordnung die Vertretung begehren. Durch die Unterlassung dieses Ansehens verliert er zwar noch nicht das Recht der Schadloshaltung; aber sein Vormann kann ihm alle wider den Dritten unausgeführt gebliebene Einwendungen entgegen setzen, und sich dadurch von der Entschädigung in dem Maße befreien, als erkannt wird, daß diese Einwendungen, wenn von ihnen der gehörige Gebrauch gemacht worden wäre, eine andere Entscheidung gegen den Dritten veranlaßt haben würden.

## §. 932.

Wirkung.

Ist der die Gewährleistung begründende Mangel von der Art, daß er nicht mehr gehoben werden kann, und daß er den or-



deutlichen Gebrauch der Sache verhindert, so kann der Verkürzte die gänzliche Aufhebung des Vertrages; wenn hingegen sich das Fehlende, z. B. an Maß oder Gewicht, nachtragen läßt, nur diesen Nachtrag; in beyden Fällen aber auch den Ersatz des weiteren Schadens, und, dafern der andere Theil unredlich gehandelt hat, auch den entgangenen Nutzen fordern.

§. 933.

Wer die Gewährleistung fordern will, muß sein Recht, wenn es unbewegliche Sachen betrifft, binnen drey Jahren; betrifft es aber bewegliche, binnen sechs Monaten geltend machen, sonst ist das Recht erloschen.

*Erloschung  
des Rechtes  
der Gewähr-  
leistung.*

§. 934.

Hat bey zweyseitig verbindlichen Geschäften ein Theil nicht einmahl die Hälfte dessen, was er dem anderen gegeben hat, von diesem an dem gemeinen Werthe erhalten, so räumt das Gesetz dem verletzten Theile das Recht ein, die Aufhebung und die Herstellung in den vorigen Stand zu fordern. Dem anderen Theile steht aber bevor, das Geschäft dadurch auf-

*Schadlos-  
haltung we-  
gen Verfü-  
gung über die  
Hälfte.*

recht zu erhalten, daß er den Abgang bis zum gemeinen Werthe zu ersetzen bereit ist. Das Mißverhältniß des Werthes wird nach dem Zeitpuncte des geschlossenen Geschäftes bestimmt.

## §. 935.

Dieses Rechtsmittel findet nicht Statt, wenn jemand ausdrücklich darauf Verzicht gethan, oder sich erklärt hat, die Sache aus besonderer Vorliebe um einen außerordentlichen Werth zu übernehmen; wenn er, obgleich ihm der wahre Werth bekannt war, sich dennoch zu dem unverhältnißmäßigen Werthe verstanden hat; ferner, wenn aus dem Verhältnisse der Personen zu vermuthen ist, daß sie einen, aus einem entgeltlichen und unentgeltlichen vermischten, Vertrag schließen wollten; wenn sich der eigentliche Werth nicht mehr erheben läßt; endlich, wenn die Sache von dem Gerichte versteigert worden ist.

## §. 936.

Von der  
Verabre-  
dung eines  
künftigen  
Vertrages.

Die Verabredung, künftig erst einen Vertrag schließen zu wollen, ist nur dann verbindlich, wenn sowohl die Zeit der Abschließung, als die wesentlichen Stücke des

Vertrages bestimmt, und die Umstände inzwischen nicht dergestalt verändert worden sind, daß dadurch der ausdrücklich bestimmte, oder aus den Umständen hervor leuchtende Zweck vereitelt, oder das Vertrauen des einen oder anderen Theiles verloren wird. Ueberhaupt muß auf die Vollziehung solcher Zusagen längstens in einem Jahre nach dem bedungenen Zeitpuncte gedungen werden; widrigen Falls ist das Recht erloschen.

§. 937.

Allgemeine, unbestimmte Verzichtleistungen auf Einwendungen gegen die Gültigkeit eines Vertrages sind ohne Wirkung.

Von der Verzicht auf Einwendungen.

## Achtzehntes Hauptstück.

### Von Schenkungen.

§. 938.

**Schenkung.** Ein Vertrag, wodurch eine Sache jemanden unentgeltlich überlassen wird, heißt eine Schenkung.

§. 939.

In wie fern  
eine Ver-  
zichtleistung  
eine Schen-  
kung sey.

Wer auf ein gehofftes, oder wirklich angefallenes, oder zweifelhaftes Recht Verzicht thut, ohne es einem Anderen ordentlich abzutreten, oder dasselbe dem Verpflichteten mit dessen Einwilligung zu erlassen, ist für keinen Geschenkgeber anzusehen.

§. 940.

Gelohnen-  
de Schen-  
kung.

Es verändert die Wesenheit der Schenkung nicht, wenn sie aus Erkenntlichkeit, oder in Rücksicht auf die Verdienste des

Beschenkten; oder als eine besondere Belohnung desselben gemacht worden ist; nur darf er vorher kein Klagerecht darauf gehabt haben.

§. 941.

Hat der Beschenkte ein Klagerecht auf die Belohnung gehabt, entweder, weil sie unter den Parteyen schon bedungen, oder durch das Gesetz vorgeschrieben war; so hört das Geschäft auf, eine Schenkung zu seyn, und ist als ein entgeltlicher Vertrag anzusehen.

§. 942.

Sind Schenkungen vorher dergestalt bedungen, daß der Schenkende wieder beschenkt werden muß; so entstehet keine wahre Schenkung im Ganzen, sondern nur in Ansehung des übersteigenden Werthes.

Wechselseitige Schenkungen.

§. 943.

Aus einem bloß mündlichen, ohne wirkliche Uebergabe geschlossenen Schenkungsvertrage erwächst dem Geschenknehmer kein Klagerecht. Dieses Recht muß durch eine schriftliche Urkunde begründet werden.

Form des Schenkungsvertrages,

§. 944.

Ein unbeschränkter Eigenthümer kann

und Maß einer Schenkung.

mit Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften auch sein ganzes gegenwärtiges Vermögen verschenken. Ein Vertrag aber, wodurch das künftige Vermögen verschenkt wird, bestehet nur in so weit, als er die Hälfte dieses Vermögens nicht übersteiget.

§. 945.

In wie fern  
der Geber  
für das Ge-  
schenkte haf-  
te.

Wer wissentlich eine fremde Sache ver-  
schenkt, und dem Geschenknehmer diesen  
Umstand verschweigt, haftet für die nach-  
theiligen Folgen.

§. 946.

Unwider-  
rufflichkeit  
der Schen-  
kungen.

Schenkungsverträge dürfen in der Re-  
gel nicht widerrufen werden.

§. 947.

Ausnah-  
men:  
1) wegen  
Dürftigkeit;

Geräth der Geschenkgeber in der Folge  
in solche Dürftigkeit, daß es ihm an dem  
nöthigen Unterhalte gebricht; so ist er be-  
fugt, jährlich von dem geschenkten Betra-  
ge die gesetzlichen Zinsen, in so weit die  
geschenkte Sache oder derselben Werth noch  
vorhanden ist, und ihm der nöthige Unter-  
halt mangelt, von dem Beschenkten zu for-  
dern, wenn sich anders dieser nicht selbst in  
gleich dürftigen Umständen befindet. Aus

mehreren Geschenknehmern ist der frühere nur in so weit verbunden, als die Beträge der späteren zum Unterhalte nicht zu reichen.

§. 948.

Wenn der Beschenkte sich gegen seinen Wohlthäter eines groben Undankes schuldig macht, kann die Schenkung widerrufen werden. Unter grobem Undanke wird eine Verletzung am Leibe, an Ehre, an Freiheit oder am Vermögen verstanden, welche von der Art ist, daß gegen den Verletzer von Amts wegen, oder auf Verlangen des Verletzten nach dem Strafgesetze verfahren werden kann.

2) Undankes;

§. 949.

Der Undank macht den Undankbaren für seine Person zum unredlichen Besitzer und gibt selbst dem Erben des Verletzten, in so fern der letztere den Undank nicht verziehen hat, und noch etwas von dem Geschenke in Natur oder Werthe vorhanden ist, ein Recht zur Widerrufungsklage auch gegen den Erben des Verletzers.

§. 950.

Wer jemanden den Unterhalt zu reichen

3) Verführung des

schuldigen  
Unterhalten;

schuldig ist, kann dessen Recht durch Beschenkung eines Dritten nicht verlegen. Der auf solche Art Verkürzte ist befugt, den Beschenkten um die Ergänzung desjenigen zu belangen, was ihm der Schenkende nun nicht mehr zu leisten vermag. Bei mehreren Geschenknehmern ist die obige (§. 947) Vorschrift anzuwenden.

## §. 951.

4) des  
Pflichtthei-  
les;

Wer zur Zeit der Schenkung Abstamm-  
linge hat, denen er einen Pflichttheil zu  
hinterlassen schuldig ist, kann zu ihrem  
Nachtheile keine Schenkung machen, welche  
die Hälfte seines Vermögens übersteigt.  
Hat er dieses Maß überschritten, und kön-  
nen diese Abstammlinge nach seinem Tode  
beweisen, daß sein reiner Nachlaß den Be-  
trag der Hälfte seines zur Zeit der Schen-  
kung gehalten Vermögens nicht erreiche;  
so können sie von dem Beschenkten das  
gesetzwidrig empfangene Uebermaß verhält-  
nißmäßig zurück fordern.

## §. 952.

Besitzt der Beschenkte die geschenkte  
Sache oder ihren Werth nicht mehr; so haf-



tet er nur in so fern, als er sie unredlicher Weise aus dem Besitze gelassen hat.

§. 953.

Unter eben dieser (§. 952) Beschränkung können auch diejenigen Geschenke zurük gefordert werden, wodurch die zur Zeit der Schenkung schon vorhandenen Gläubiger verkürzet worden sind. Auf Gläubiger, deren Forderungen jünger sind, als die Schenkung, erstreckt sich dieses Recht nur dann, wenn der Beschenkte eines hinterlistigen Einverständnisses überwiesen werden kann.

5) der Gläubiger;

§. 954.

Dadurch, daß einem kinderlosen Geschenktegeber nach geschlossenem Schenkungsvertrage Kinder geboren werden, erwächst weder ihm noch den nachgebornen Kindern das Recht, die Schenkung zu widerrufen. Doch kann er oder das nachgeborne Kind im Nothfalle sowohl gegen den Beschenkten, als gegen dessen Erben das oben angeführte Recht auf die gesetzlichen Zinsen des geschenkten Betrages geltend machen (§. 947).

6) wegen nachgebor-  
ner Kinder.

§. 955.

Welche  
Schenkungen auf die  
Erben nicht  
übergehen.

Hat der Geschenkgeber dem Beschenkten eine Unterstützung in gewissen Fristen zugesichert, so erwächst für die Erben derselben weder ein Recht, noch eine Verbindlichkeit; es müßte denn in dem Schenkungsvertrage ausdrücklich anders bedungen worden seyn.

§. 956.

Schenkung  
auf den Todesfall.

Eine Schenkung, deren Erfüllung erst nach dem Tode des Schenkenden erfolgen soll, ist mit Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten als ein Vermächtniß gültig. Nur dann ist sie als ein Vertrag anzusehen, wenn der Beschenkte sie angenommen, der Schenkende sich des Befugnisses, sie zu widerrufen, ausdrücklich begeben hat, und eine schriftliche Urkunde darüber dem Beschenkten eingehändigt worden ist.

---

## Neunzehntes Hauptstück.

### Von dem Verwahrungsvertrage.

#### §. 957.

Wenn jemand eine fremde Sache in seine <sup>Verwahrungsvertrag.</sup> Obforge übernimmt; so entsteht ein Verwahrungsvertrag. Das angenommene Versprechen, eine fremde, noch nicht übergebene Sache in die Obforge zu übernehmen, macht zwar den versprechenden Theil verbindlich; es ist aber noch kein Verwahrungsvertrag.

#### §. 958.

Durch den Verwahrungsvertrag erwirbt der Uebernehmer weder Eigenthum, noch Besitz, noch Gebrauchsrecht; er ist bloßer Inhaber mit der Pflicht, die ihm anvertraute Sache vor Schaden zu sichern.

#### §. 959.

Wird dem Verwahrer auf sein Verlan-

Wenn er  
in einen

Darlehens-  
oder Leih-  
vertrag;

gen, oder durch freiwilliges Anerbieten des Hinterlegers der Gebrauch gestattet; so hört im ersten Falle der Vertrag gleich nach der Verwilligung; im zweyten aber von dem Augenblicke, da das Anerbieten angenommen, oder von der hinterlegten Sache wirklich Gebrauch gemacht worden ist, auf, ein Verwahrungsvertrag zu seyn; er wird bey verbrauchbaren Sachen in einen Darlehens-, bey unverbrauchbaren in einen Leihvertrag umgeändert, und es treten die damit verbundenen Rechte und Pflichten ein.

## §. 960.

oder in eine Bevollmächtigung übergehe.

Es können bewegliche und unbewegliche Sachen in Obforge gegeben werden. Wird aber dem Uebernehmer zugleich ein anderes, auf die anvertraute Sache sich beziehendes Geschäft aufgetragen; so wird er als ein Gewalthaber angesehen. ...

## §. 961.

Pflichten und Rechte des Verwahrers;

Die Hauptpflicht des Verwahrers ist: die ihm anvertraute Sache durch die bestimmte Zeit sorgfältig zu bewahren, und nach Verlauf derselben dem Hinterleger in eben dem Zustande, in welchem er sie über-

nommen hat, und mit allem Zuwachse zurück zu stellen.

§. 962.

Der Verwahrer muß dem Hinterleger auf Verlangen die Sache auch noch vor Verlauf der Zeit zurück stellen, und kann nur den Ersatz des ihm etwa verursachten Schadens begehren. Er kann hingegen die ihm anvertraute Sache nicht früher zurück geben; es wäre denn, daß ein unvorhergesehener Umstand ihn außer Stand setze, die Sache mit Sicherheit oder ohne seinen eigenen Nachtheil zu verwahren.

§. 963.

Ist die Verwahrungszeit weder ausdrücklich bestimmt worden, noch sonst aus Nebenumständen abzunehmen; so kann die Verwahrung nach Belieben aufgekündet werden.

§. 964.

Der Verwahrer haftet dem Hinterleger für den aus der Unterlassung der pflichtmäßigen Obsorge verursachten Schaden, aber nicht für den Zufall; selbst dann nicht, wenn er die anvertraute, obschon

loftbarere Sache, mit Aufopferung seiner eigenen hätte retten können.

§. 965.

Hat aber der Verwahrer von der hinterlegten Sache Gebrauch gemacht; hat er sie ohne Noth und ohne Erlaubniß des Hinterlegers einem Dritten in Verwahrung gegeben, oder die Zurückstellung verzögert, und die Sache leidet einen Schaden, welchem sie bey dem Hinterleger nicht ausgesetzt gewesen wäre; so kann er keinen Zufall vorschützen, und die Beschädigung wird ihm zugerechnet.

§. 966.

Wenn Sachen verschlossen oder versiegelt hinterlegt, und in der Folge das Schloß oder Siegel verleget worden; so ist der Hinterleger, wenn er einen Abgang behauptet, zur Beschwörung seines Schadens, in so fern derselbe nach seinem Stande, Gewerbe, Vermögen und den übrigen Umständen wahrscheinlich ist, nach Vorschrift der Gerichtsordnung zuzulassen; es wäre denn, daß der Verwahrer beweisen könnte, daß die Verletzung des Schloßes oder Siegels ohne sein Verschulden

geschehen sey. Das Nähmliche hat auch dann zu gelten, wenn sämmlliche auf solche Art hinterlegte Sachen in Verlust gerathen sind.

§. 967.

Der Hinterleger ist verpflichtet, dem <sup>und des</sup> ~~Hinterle-~~ <sup>gers.</sup> Verwahrer den schuldbarer Weise zugesüg-  
ten Schaden, und die zur Erhaltung der  
verwahrten Sache, oder zur Vermehrung  
der fortdauernden Nutzungen verwendeten  
Kosten zu ersetzen. Hat der Verwahrer im  
Nothfalle, um das hinterlegte Gut zu ret-  
ten, seine eigenen Sachen aufgeopfert; so  
kann er einen angemessenen Ersatz fordern.  
Die wechselseitigen Forderungen des Ver-  
wahrers und Hinterlegers einer beweglichen  
Sache können aber nur binnen dreßßig Ta-  
gen von Zeit der Zurückstellung angebracht  
werden.

§. 968.

Wird eine in Anspruch genommene Sa- <sup>Sequester.</sup>  
che von den streitenden Parteyen oder vom  
Gerichte jemanden in Verwahrung gegeben,  
so heißt der Verwahrer, Sequester. Die  
Rechte und Verbindlichkeiten des Sequesters  
werden nach den hier festgesetzten Grund-  
sätzen beurtheilet.

§. 969.

Ob dem  
Verwahrer  
ein Lohn ge-  
bühre.

Ein Lohn kann für die Aufbewahrung nur dann gefordert werden, wenn er ausdrücklich, oder nach dem Stande des Aufbewahrers stillschweigend bedungen worden ist.

§. 970.

Wirthe, Schiffer oder Fuhrleute haften für Sachen, die von aufgenommenen Reisenden, oder als Fracht, ihnen selbst, oder ihren Dienstleuten übergeben worden sind, gleich einem Verwahrer (§. 1316).

---



## Zwanzigstes Hauptstück.

### Von dem Leihvertrage.

#### §. 971.

Wenn jemanden eine unverbrauchbare Sache bloß zum unentgeltlichen Gebrauche auf eine bestimmte Zeit übergeben wird; so entsteht ein Leihvertrag. Der Vertrag, wodurch man jemanden eine Sache zu leihen verspricht, ohne sie zu übergeben, ist zwar verbindlich, aber noch kein Leihvertrag.

#### §. 972.

Der Entlehner erwirbt das Recht, den ordentlichen oder näher bestimmten Gebrauch von der Sache zu machen. Nach Verlauf der Zeit ist er verpflichtet, eben dieselbe Sache zurück zu stellen.

Rechte und Pflichten des Entlehners:  
1) in Rücksicht des Gebrauches;

#### §. 973.

Wenn keine Zeit zur Zurückgabe fest-

2) der Zurückstellung;

gesetzt, wohl aber die Absicht des Gebrauches bestimmt worden ist; so ist der Entlehner verbunden, mit dem Gebrauche nicht zu zögern, und die Sache so bald als möglich zurück zu geben.

## §. 974.

Hat man weder die Dauer, noch die Absicht des Gebrauches bestimmt; so entsteht kein wahrer Vertrag, sondern ein unverbindliches Bittleihen (*Precarium*), und der Verleiher kann die entlehnte Sache nach Willkür zurück fordern.

## §. 975.

Bei einem Streite über die Dauer des Gebrauches muß der Entlehner das Recht auf den längeren Gebrauch beweisen.

## §. 976.

Wenn gleich die verlehnte Sache vor Verlaufs der Zeit und vor geendigtem Gebrauche dem Verleiher selbst unentbehrlich wird; so hat er ohne ausdrückliche Verabredung doch kein Recht, die Sache früher zurück zu nehmen.

## §. 977.

Der Entlehner ist zwar in der Regel berechtigt, die entlehnte Sache auch vor

der bestimmten Zeit zurück zu geben; fällt aber die frühere Zurückgabe dem Verleiher beschwerlich; so kann sie wider seinen Willen nicht Statt finden.

§. 978.

Wenn der Entlehner die geliehene Sache anders gebraucht, als es bedungen war, oder den Gebrauch derselben eigenmächtig einem Dritten gestattet; so ist er dem Verleiher verantwortlich, und dieser auch berechtigt, die Sache sogleich zurück zu fordern.

3) der Verschädigung;

§. 979.

Wird die geliehene Sache beschädiget, oder zu Grunde gerichtet; so muß der Entlehner nicht nur den zunächst durch sein Verschulden verursachten, sondern auch den zufälligen Schaden, den er durch eine widerrechtliche Handlung veranlaßt hat, so wie der Bewahrer einer Sache, ersetzen (§. 965).

§. 980.

Dadurch, daß der Entlehner für ein verlornes Lehnstück den Werth erlegt, hat er noch kein Recht, dasselbe, wenn es wieder gefunden wird, gegen den Willen des Eigenthümers für sich zu behalten, wenn

dieser bereit ist, den empfangenen Werth zurück zu geben.

§. 981.

4) der Er-  
haltungsko-  
sten.

Die mit dem Gebrauche ordentlicher Weise verbundenen Kosten muß der Entlehner selbst bestreiten. Die außerordentlichen Erhaltungskosten hat er zwar, dafern er die Sache dem Verleiher nicht zur eigenen Beforgung überlassen kann oder will, inzwischenvorzuschließen; doch werden sie ihm gleich einem redlichen Besizer vergütet.

§. 982.

Beschrän-  
kung der  
wechselseiti-  
gen Klagen.

Wenn der Verleiher nach der Zurücknahme des Lehnstückes dessen Mißbrauch, oder übertriebene Abnützung innerhalb dreißig Tagen nicht gerüget; oder, wenn der Entlehner nach der Zurückgabe von den auf die Sache verwendeten außerordentlichen Kosten binnen eben diesem Zeitraume keine Meldung gemacht hat; so ist die Klage erloschen.

## Ein u. zwanzigstes Hauptstück.

### Von dem Darlehensvertrage.

§. 983.

Wenn jemanden verbrauchbare Sachen Darleihen.  
unter der Bedingung übergeben werden,  
daß er zwar willkürlich darüber verfügen  
könne, aber nach einer gewissen Zeit eben  
so viel von derselben Gattung und Güte zu-  
rück geben soll; so entsteht ein Darlehens-  
vertrag. Er ist mit dem, obgleich eben-  
falls verbindlichen Vertrage (§. 936), ein  
Darleihen künftig zu geben, nicht zu ver-  
wechseln.

§. 984.

Ein Darleihen wird entweder in Geld Arten des-  
selben.  
oder in anderen verbrauchbaren Sachen,  
und zwar ohne, oder gegen Zinsen gegeben.

264 II. Theil. Ein u. zwanzigstes Hauptstück.

Im letzteren Falle nennet man es auch einen Zinsenvertrag.

§. 985.

Gelddar-  
leihen:

Ein Gelddarleihen kann klingende Münze, oder Papiergeld, oder öffentliche Schuldscheine (Obligationen) zum Gegenstande haben.

§. 986.

a) in klingen-  
gender  
Münze, oder  
Papiergeld;

In wie fern ein Darleihen in klingender Münze überhaupt geschlossen werden könne, und in welcher Währung (Valuta) ein solches Darleihen, oder ein Darleihen in Papiergeld zurück zu zahlen sey, bestimmen die darüber bestehenden besonderen Vorschriften.

§. 987.

Wenn ein Darleiher sich die Zahlung in der besondern, von ihm gegebenen, Münz-Sorte bedungen hat; so muß die Zahlung in eben dieser Münz-Sorte geleistet werden.

§. 988.

Gesetzliche Münzveränderungen ohne Veränderung des inneren Gehaltes gehen auf Rechnung des Darleihers. Er empfängt die Zahlung in der bestimmten, gegebenen

Münz-Sorte, z. B. von 1000 Stücken kaiserlicher Ducaten, oder 3000 Zwanzig-Kreuzer-Stücken ohne Rücksicht, ob deren äußerer Werth in der Zwischenzeit erhöht oder vermindert worden ist. Wird aber der innere Werth geändert; so ist die Zahlung im Verhältnisse zu dem inneren Werthe, den die gegebene Münz-Sorte zur Zeit des Darlehens hatte, zu leisten.

§. 989.

Sind zur Zeit der Rückzahlung dergleichen Münz-Sorten im Staate nicht im Umlaufe; so muß der Schuldner den Gläubiger mit zunächst ähnlichen Geldstücken in solcher Zahl und Art befriedigen, daß derselbe den zur Zeit des Darlehens bestandenen inneren Werth dessen, was er gegeben hat, erhalte.

§. 990.

In öffentlichen Schuldscheinen können Darlehen in der Art gültig geschlossen werden, daß die Tilgung der Schuld entweder mit einem durchaus gleichen öffentlichen Schuldscheine, wie der dargeliehene war, geleistet, oder der Betrag nach dem Werthe, welchen der Schuldschein zur

b) in Schuldscheinen;

266 II. Theil. Ein u. zwanzigstes Hauptstück.  
Zeit des Darleihens hatte, zurück gezahlet  
werde.

§. 991.

Wenn statt Geldes ein Privat-Schuldschein oder Waaren gegeben worden sind; so ist der Schuldner nur verbunden, entweder den Schuldschein oder die empfangenen Waaren unbeschädigt zurück zu stellen, oder dem Gläubiger den von diesem zu erweisenden Schäden zu ersetzen.

§. 992.

a) Darleihen  
in anderen  
verbrauch-  
baren Ge-  
genständen.

Bei Darleihen, die nicht über Geld, sondern über andere verbrauchbare Gegenstände geschlossen werden, macht es, dafern nur die Zurückstellung in der nämlichen Gattung, Güte und Menge bedungen worden, keinen Unterschied, wenn sie in der Zwischenzeit am Werthe gestiegen oder gefallen sind.

§. 993.

Zinsen.

Wenn sich der Darleiher bei was immer für einem Darleihen in Rücksicht auf die Gattung, Güte oder Menge ausdrücklich oder stillschweigend mehr bedingt, als er gegeben hat; so kann der Vertrag nur in so fern bestehen, als dabey die er-



laubten Vertragszinsen nicht überschritten werden.

§. 994.

Durch Vertrag können bey einem gegebenen Unterpfande fünf, ohne Unterpfand sechs von Hundert auf ein Jahr von Seidemann bedungen werden. Dieses Maß der erlaubten Vertragszinsen ist auch dann zu verstehen, wenn zwar Zinsen bedungen, aber ihr Betrag nicht bestimmt worden ist.

§. 995.

Wenn jemanden Zinsen, ohne ausdrückliche Bedingung, aus dem Gesetze gebühren; so sind vier von Hundert, und zwischen den von den Behörden berechtigten Handelsleuten und Fabrikanten bey einer aus einem eigentlichen Handlungsge-  
schäfte entsprungenen Schuld sechs von Hundert auf das Jahr als die gesetzmäßigen zu entrichten.

§. 996.

Wenn außer der Bestimmung des Ortes und der Zeit der Zahlung des Capitals und der Zinsen dem Darleiher unter was immer für einer Gestalt und Benennung

268 II. Theil. Ein u. zwanzigstes Hauptstück.

noch andere Nebenschuldigkeiten; oder, wenn für sich oder für Andere Nebenvorthelle bedungen worden; so sind sie, in so fern dabey im Ganzen das Maß der erlaubten Vertragzinsen überschritten wird, ungültig.

§. 997.

Die Zinsen sind gemeinlich bey Zurückzahlung des Capitals; oder, wenn der Vertrag auf mehrere Jahre geschlossen, und in demselben wegen der Fristen zur Zahlung der Zinsen nichts ausgemacht worden, jährlich abzuführen. Vorhinein können sie höchstens auf ein halbes Jahr abgezogen werden. Die über dieses Maß vorhinein abgezogenen Zinsen sind, vom Tage des Abzuges an, vom Capitale abzurechnen.

§. 998.

Zinsen von Zinsen dürfen nie genommen werden; doch können zweyjährige oder noch ältere Zinsentrückstände mittelst Ueberkommens als ein neues Capital verschrieben werden.

§. 999.

Zinsen von Gelddarleihen sind in der nämlichen Währung (Baluta), wie das Capital selbst, zu entrichten.

§. 1000.

Wie ein in Absicht auf das Capital oder das erlaubte Zinsenmaß veräußter Bucher zu behandeln sey, bestimmt das besonders bestehende Buchergesetz.

§. 1001.

Damit ein Schuldschein über einen Darlehensvertrag einen vollständigen Beweis mache, müssen darin der eigentliche Darleiher oder Gläubiger sowohl, als der eigentliche Anleiher oder Schuldner; der Gegenstand und Betrag des Darlehens; und, wenn es in Geld gegeben wird, die Gattung desselben, wie auch alle auf die Zahlung der Hauptschuld sowohl, als auf die etwa zu entrichtenden Zinsen sich beziehende Bedingungen reblich und deutlich bestimmt werden. Die äußere, zur Beweiskraft nöthige Form einer Schuldburkunde setzt die Gerichtsordnung fest.

Form des  
Schuldscheines.

## Zwey u. zwanzigstes Hauptstück.

### Von der Bevollmächtigung und andern Arten der Geschäftsführung.

§. 1002.

Bevoll-  
mächti-  
gungsver-  
trag.

Der Vertrag, wodurch jemand ein ihm aufgetragenes Geschäft im Rahmen des Andern zur Besorgung übernimmt, heißt Bevollmächtigungsvertrag.

§. 1003.

Personen, welche zur Besorgung bestimmter Geschäfte öffentlich bestellt worden, sind schuldig, über einen darauf sich beziehenden Auftrag ohne Zögerung gegen den Auftragenden sich ausdrücklich zu erklären, ob sie denselben annehmen oder nicht; widrigen Falls bleiben sie dem Auftragenden für den dadurch veranlaßten Nachtheil verantwortlich.

§. 1004.

Wird für die Besorgung eines fremden Geschäftes entweder ausdrücklich, oder nach dem Stande des Geschäftsträgers auch nur stillschweigend eine Belohnung bedungen; so gehört der Vertrag zu den entgeltlichen, außer dem aber zu den unentgeltlichen.

Einteilung der Bevollmächtigung in eine unentgeltliche oder entgeltliche;

§. 1005.

Bevollmächtigungs-Verträge können mündlich oder schriftlich geschlossen werden. Die von dem Gewaltgeber dem Gewalthaber hierüber ausgestellte Urkunde wird Vollmacht genannt.

mündliche oder schriftliche;

§. 1006.

Es gibt allgemeine und besondere Vollmachten, je nachdem jemanden die Besorgung aller, oder nur einiger Geschäfte anvertrauet wird. Die besonderen Vollmachten können bloß gerichtliche oder bloß außergerichtliche Geschäfte überhaupt, oder sie können einzelne Angelegenheiten der einen oder der anderen Gattung zum Gegenstande haben.

allgemeine oder besondere;

§. 1007.

Vollmachten werden entweder mit unbeschränkter, oder mit beschränkter

unbeschränkte;

oder beschränkte; **umschränkter oder mit beschränkter Freyheit zu handeln ertheilet.** Durch die erstere wird der Gewalthaber berechtigt, das Geschäft nach seinem besten Wissen und Gewissen zu leiten; durch die letztere aber werden ihm die Gränzen, wie weit, und die Art, wie er dasselbe betreiben soll, vorgeschrieben.

## §. 1008.

**Folgende Geschäfte:** wenn im Namen eines Anderen Sachen veräußert, oder entgeltlich übernommen; Anleihen oder Darleihen geschlossen; Geld oder Geldeswerth erhoben; Proceße anhängig gemacht; Eide aufgetragen, angenommen oder zurück geschoben, oder Vergleiche getroffen werden sollen; erfordern eine besondere, auf diese Gattungen der Geschäfte lautende Vollmacht. Wenn aber eine Erbschaft unbedingt angenommen oder ausge schlagen; Gesellschafts-Verträge errichtet; Schenkungen gemacht; das Befugniß, einen Schiedsrichter zu wählen, eingeräumt, oder Rechte unentgeltlich aufgegeben werden sollen; so ist eine besondere, auf das einzelne Geschäft ausgestellte Vollmacht nothwendig. Allgemeine, selbst unbeschränkte Vollmachten sind in diesen Fällen nur

hinreichend, wenn die Sattung des Geschäftes in der Vollmacht ausgedrückt worden ist.

§. 1009.

Der Gewalthaber ist verpflichtet, das Geschäft, seinem Versprechen und der erhaltenen Vollmacht gemäß, emsig und redlich zu besorgen, und allen aus dem Geschäft entspringenden Nutzen dem Machtgeber zu überlassen. Er ist, ob er gleich eine beschränkte Vollmacht hat, berechtigt, alle Mittel anzuwenden, die mit der Natur des Geschäftes nothwendig verbunden, oder der erklärten Absicht des Machtgebers gemäß sind. Ueberschreitet er aber die Gränzen der Vollmacht; so haftet er für die Folgen.

Rechte und Verbindlichkeiten des Gewalthabers;

§. 1010.

Trägt der Gewalthaber das Geschäft ohne Noth einem Dritten auf; so haftet er ganz allein für den Erfolg. Wird ihm aber die Bestellung eines Stellvertreters in der Vollmacht ausdrücklich gestattet, oder durch die Umstände unvermeidlich, so verantwortet er nur ein bey der Auswahl der Person begangenes Verschulden.

§. 1011.

Wird mehreren Bevollmächtigten zugleich ein Geschäft aufgetragen; so ist die Mitwirkung Aller zur Gültigkeit des Geschäftes und Verpflichtung des Machtgebers nothwendig, wenn nicht ausdrücklich Einem oder Mehreren aus ihnen die volle Befugniß in der Vollmacht ertheilet worden ist.

§. 1012.

Der Gewalthaber ist schuldig, dem Machtgeber den durch sein Verschulden verursachten Schaden zu ersetzen, und die bey dem Geschäft vorkommenden Rechnungen, so oft dieser es verlangt, vorzulegen.

§. 1013.

Gewalthaber sind, außer dem im §. 1004 enthaltenen Falle, nicht befugt, ihrer Bemühung wegen eine Belohnung zu fordern. Es ist ihnen nicht erlaubt, ohne Willen des Machtgebers in Rücksicht auf die Geschäftsverwaltung von einem Dritten Geschenke anzunehmen. Die erhaltenen werden zur Armen-Casse eingezogen.

§. 1014.

des Gewaltgebers;

Der Gewaltgeber ist verbunden, dem





Gewalthaber allen zur Besorgung des Geschäftes nothwendig oder nützlich gemachten Aufwand, selbst bey fehlgeschlagenem Erfolge, zu ersetzen, und ihm auf Verlangen zur Bestreitung der baren Auslagen auch einen angemessenen Vorschuß zu leisten; er muß ferner allen durch sein Verschulden entstandenen, oder mit der Erfüllung des Auftrages verbundenen Schaden vergüten.

§. 1015.

Leidet der Gewalthaber bey der Geschäftsführung nur zufälliger Weise Schaden; so kann er in dem Falle, daß er das Geschäft unentgeltlich zu besorgen übernahm, einen solchen Betrag fordern, welcher ihm bey einem entgeltlichen Vertrage zur Vergütung der Bemühung nach dem höchsten Schätzungswerthe gebühret haben würde.

§. 1016.

Überschreitet der Gewalthaber die Grenzen seiner Vollmacht; so ist der Gewaltgeber nur in so fern verbunden, als er das Geschäft genehmiget, oder den aus dem Geschäft entstandenen Vortheil sich zuwendet.

## §. 1017.

in Rück-  
sicht eines  
Dritten;

In so fern der Gewalthaber nach dem Inhalte der Vollmacht den Gewaltgeber vorstellet, kann er ihm Rechte erwerben und Verbindlichkeiten auflegen. Hat er also innerhalb der Gränzen der offenen Vollmacht mit einem Dritten einen Vertrag geschlossen; so kommen die dadurch gegründeten Rechte und Verbindlichkeiten dem Gewaltgeber und dem Dritten; nicht aber dem Gewalthaber zu. Die dem Gewalthaber erteilte geheime Vollmacht hat auf die Rechte des Dritten keinen Einfluß.

## §. 1018.

Auch in dem Falle, daß der Gewaltgeber einen solchen Gewalthaber, der sich selbst zu verbinden unfähig ist, aufgestellt hat, sind die innerhalb der Gränzen der Vollmacht geschlossenen Geschäfte sowohl für den Gewaltgeber, als für den Dritten verbindlich.

## §. 1019.

Wenn der Machthaber den Auftrag, einem Dritten einen Vortheil zuzuwenden, erhalten und angenommen hat; so erlangt der Dritte, sobald er von dem Machtgeber

oder Nachthaber davon benachrichtiget worden ist, das Recht, gegen den Einen oder den Anderen Klage zu führen.

§. 1020.

Es stehet dem Machtgeber frey, die Vollmacht nach Belieben zu widerrufen; doch muß er dem Gewalthaber nicht nur die in der Zwischenzeit gehaltenen Kosten und den sonst erlittenen Schaden ersetzen, sondern auch einen der Bemühung angemessenen Theil der Belohnung entrichten. Dieses findet auch dann Statt, wenn die Vollenbung des Geschäftes durch einen Zufall verhindert worden ist.

Auflösung  
des Vertra-  
ges durch  
den Wiber-  
ruf;

§. 1021.

Auch der Nachthaber kann die angenommene Vollmacht aufkünden. Wenn er sie aber vor Vollenbung des ihm insbesondere aufgetragenen, oder vermöge der allgemeinen Vollmacht angefangenen Geschäftes aufkündet; so muß er, dafern nicht ein unvorgesehenes und unvermeidliches Hinderniß eingetreten ist, allen daraus entstandenen Schaden ersetzen.

die Aufkän-  
dung;

§. 1022.

In der Regel wird die Vollmacht so den Tod;

wohl durch den Tod des Gewaltgebers, als des Gewalthabers aufgehoben. Läßt sich aber das angefangene Geschäft ohne offenbaren Nachtheil der Erben nicht unterbrechen, oder erstreckt sich die Vollmacht selbst auf den Sterbefall des Gewaltgebers; so hat der Gewalthaber das Recht und die Pflicht, das Geschäft zu vollenden.

§. 1023.

Die von einem Körper (Gemeinschaft) ausgestellten und übernommenen Vollmachten werden durch die Erlösung der Gemeinschaft aufgehoben.

§. 1024.

oder Con-  
curs.

Verfällt der Machtgeber in Conkurs; so sind alle Handlungen, die der Gewalthaber nach Kundmachung des Concurfes im Rahmen des Conkurs-Schuldners unternommen hat, ohne Rechtskraft. Eben so erklärt die Verhängung des Concurfes über das Vermögen des Machthabers schon an und für sich die ertheilte Vollmacht für aufgehoben.

§. 1025.

In wie fern  
die Verbind-  
lichkeit fort-  
dauere.

Wird die Vollmacht durch Widerruf, Aufkündigung, oder durch den Tod des Ge-

waltgebers oder Gewalthabers aufgehoben; so müssen doch die Geschäfte, welche keinen Aufschub leiden, so lange fortgesetzt werden, bis von dem Machtgeber oder dessen Erben eine andere Verfügung getroffen worden ist, oder füglich getroffen werden konnte.

§. 1026.

Auch bleiben die mit einem Dritten, dem die Aufhebung der Vollmacht ohne sein Verschulden unbekannt war, geschlossenen Verträge verbindlich, und der Gewaltgeber kann sich nur bey dem Gewalthaber, der die Aufhebung verschwiegen hat, wegen seines Schadens erholen.

§. 1027.

Die in diesem Hauptstücke enthaltenen Vorschriften haben auch ihre Anwendung auf die Eigenthümer einer Handlung, eines Schiffes, Kaufladens oder anderen Gewerbes, welche die Verwaltung einem Factor, Schiffer, Ladenbiener oder anderen Geschäftsträgern anvertrauen.

Stillschweigende Bevollmächtigung der Dienstpersonen.

§. 1028.

Die Rechte solcher Geschäftsführer sind vorzüglich aus der Urkunde ihrer Bestellung, vergleichen unter Handelsleuten das ordent-

lich kundgemachte Befugniß der Unterzeichnung (Firma) ist, zu beurtheilen.

§. 1029.

Ist die Vollmacht nicht schriftlich gegeben worden; so wird ihr Umfang aus dem Gegenstande und aus der Natur des Geschäftes beurtheilet. Wer einem Anderen eine Verwaltung anvertrauet hat, von dem wird vermuthet, daß er ihm auch die Macht eingeräumt habe, alles dasjenige zu thun, was die Verwaltung selbst erfordert und was gewöhnlich damit verbunden ist (§. 1009).

§. 1030.

Gestattet der Eigenthümer einer Handlung oder eines Gewerbes seinem Diener oder Lehrlinge, Waaren im Laden oder außer demselben zu verkaufen; so wird vermuthet, daß sie bevollmächtigt seyn, die Bezahlung zu empfangen, und Quittungen dagegen auszustellen.

§. 1031.

Die Vollmacht, Waaren im Rahmen des Eigenthümers zu verkaufen, erstreckt sich aber nicht auf das Recht, in seinem Rahmen Waaren einzukaufen; auch dürfen Fuhrleute weder den Werth der ihnen an-

vertrauten Güter beziehen, noch Geld darauf anleihen, wenn es nicht ausdrücklich in Frachtbriefen bestimmt worden ist.

§. 1032.

Dienstgeber und Familien-Häupter sind nicht verbunden, das, was von ihren Dienstpersonen oder anderen Hausgenossen in ihrem Namen auf Borg genommen wird, zu bezahlen. Der Borger muß in solchen Fällen den gemachten Auftrag erweisen.

§. 1033.

Besteht aber zwischen dem Borgnehmer und dem Borggeber ein ordentliches Einschreibebuch, worin die ausgeborgten Sachen aufgezeichnet werden; so gilt die Vermuthung, daß der Ueberbringer dieses Buches bevollmächtigt sey, die Waare auf Borg zu nehmen.

§. 1034.

Das Recht der Vormünder und Curatoren, die Geschäfte ihrer Pflegebefohlenen zu verwalten, gründet sich auf die Anordnung des Gerichtes, von welchem sie bestellet sind. Dem Vater und dem Ehemanne wird das Befugniß zur Vertretung des Kin-

Gerichtliche  
und gesetzliche  
Bevollmächtigung.

des und der Gattinn von dem Geseze eingeräumt. Hierüber sind die Vorschriften an den gehörigen Orten enthalten.

§. 1035.

Geschäfts-  
führung ob-  
ne Auftrag;

Wer weder durch ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrag, noch vom Gerichte, noch aus dem Geseze das Befugniß erhalten hat, darf der Regel nach sich in das Geschäft eines Anderen nicht mengen. Hätte er sich dessen angemast; so ist er für alle Folgen verantwortlich.

§. 1036.

im Noth-  
falle;

Wer, obgleich ungerufen, ein fremdes Geschäft zur Abwendung eines bevorstehenden Schadens besorgt, dem ist derjenige, dessen Geschäft er besorgt hat, den nothwendigen und zweckmäßig gemachten Aufwand zu ersetzen schuldig; wenn gleich die Bemühung ohne Verschulden fruchtlos geblieben ist (§. 403).

§. 1037.

oder zum  
Nutzen des  
Anderen;

Wer fremde Geschäfte bloß, um den Nutzen des Anderen zu befördern, übernehmen will, soll sich um dessen Einwilligung bewerben. Hat der Geschäftsführer zwar diese Vorschrift unterlassen, aber das Ge-



schäft auf seine Kosten zu des Anderen Klarem, überwiegenden Vortheile geführt; so müssen ihm von diesem die darauf verwendeten Kosten ersetzt werden.

§. 1038.

Ist aber der überwiegende Vortheil nicht Klar; oder hat der Geschäftsführer eigenmächtig so wichtige Veränderungen in einer fremden Sache vorgenommen, daß die Sache dem Anderen zu dem Zwecke, wozu er sie bisher benützte, unbrauchbar wird, so ist dieser zu keinem Ersatze verbunden; er kann vielmehr verlangen, daß der Geschäftsführer auf eigene Kosten die Sache in den vorigen Stand zurück setze, oder, wenn das nicht möglich ist, ihm volle Genugthuung leiste.

§. 1039.

Wer ein fremdes Geschäft ohne Auftrag auf sich genommen hat, muß es bis zur Vollendung fortsetzen, und gleich einem Bevollmächtigten genaue Rechnung darüber ablegen.

§. 1040.

Wenn jemand gegen den gültig erklär. <sup>gegen den Willen des</sup> Anderen. ten Willen des Eigenthümers sich eines

fremden Geschäftes anmaisset, oder den rechtmäßigen Bevollmächtigten durch eine solche Einmischung an der Besorgung des Geschäftes verhindert; so verantwortet er nicht nur den hieraus erwachsenen Schaden und entgangenen Gewinn, sondern er verliert auch den gemachten Aufwand, in so fern er nicht in Natur zurück genommen werden kann.

§. 1041.

Verwendung einer Sache zum Nutzen des Anderen.

Wenn ohne Geschäftsführung eine Sache zum Nutzen eines Anderen verwendet worden ist; so kann der Eigenthümer sie in Natur, oder, wenn dieses nicht mehr geschehen kann, den Werth verlangen, den sie zur Zeit der Verwendung gehabt hat, obgleich der Nutzen in der Folge vereitelt worden ist.

§. 1042.

Wer für einen Anderen einen Aufwand macht, den dieser nach dem Gesetze selbst hätte machen müssen, hat das Recht, den Ersatz zu fordern.

§. 1043.

Hat jemand in einem Nothfalle, um einen größeren Schaden von sich und Anderen abzuwenden, sein Eigenthum aufgeopfert;

so müssen ihn Alle, welche daraus Vortheil zogen, verhältnißmäßig entschädigen. Die ausführlichere Anwendung dieser Vorschrift auf Seegefahren ist ein Gegenstand der Seegesetze.

§. 1044.

Die Vertheilung der Kriegsschäden wird nach besonderen Vorschriften von den politischen Behörden bestimmt.

---

## Drey u. zwanzigstes Hauptstück.

### Von dem Tauschvertrage.

#### §. 1045.

**Tausch.** Der Tausch ist ein Vertrag, wodurch eine Sache gegen eine andere Sache überlassen wird. Die wirkliche Uebergabe ist nicht zur Errichtung; sondern nur zur Erfüllung des Tauschvertrages, und zur Erwerbung des Eigenthumes nothwendig.

#### §. 1046.

Das Geld ist kein Gegenstand des Tauschvertrages; doch lassen sich Gold und Silber als eine Waare, und selbst als Münzsorten in so weit vertauschen, als sie nur gegen andere Münzsorten, goldene nämlich gegen silberne, kleinere gegen größere Stücke verwechselt werden sollen.

§. 1047.

Tauschende sind vermöge des Vertrages verpflichtet, die vertauschten Sachen der Verabredung gemäß mit ihren Bestandtheilen und mit allem Zugehör, zu rechter Zeit, am gehörigen Orte, und in eben dem Zustande, in welchem sie sich bey Schließung des Vertrages befunden haben, zum freyen Besitze zu übergeben und zu übernehmen. Wer seine Verpflichtung zu erfüllen unterläßt, haftet dem Anderen für Schaden und entgangenen Nutzen.

Rechte und Pflichten der Tauschenden;

§. 1048.

Ist eine Zeit bedungen, zu welcher die Uebergabe geschehen soll, und wird in der Zwischenzeit entweder die vertauschte bestimmte Sache durch Verboth außer Verkehr gesetzt, oder zufälliger Weise ganz oder doch über die Hälfte am Werthe zu Grunde gerichtet; so ist der Tausch für nicht geschlossen anzusehen.

insbesondere in Rücksicht der Gefahr;

§. 1049.

Anderere in dieser Zwischenzeit durch Zufall erfolgte Verschlimmerungen der Sache und Lasten gehen auf die Rechnung des Besitzers. Sind jedoch Sachen in Pausch und

Bogen behandelt worden; so trägt der Uebernehmer den zufälligen Untergang einzelner Stücke, wenn anders hierdurch das Ganze nicht über die Hälfte am Werthe verändert worden ist.

§. 1050.

und der  
Nutzungen  
vor der  
Uebergabe.

Dem Besitzer gebühren die Nutzungen der vertauschten Sache bis zur bedungenen Zeit der Uebergabe. Von dieser Zeit an gebühren sie, sammt dem Zuwachse, dem Uebernehmer, obgleich die Sache noch nicht übergeben worden ist.

§. 1051.

Ist keine Zeit zur Uebergabe der bestimmten Sache bedungen, und fällt keinem Theile ein Versehen zur Last; so sind die obigen Vorschriften wegen Gefahr und Nutzungen (§§. 1048—1050) auf den Zeitpunkt der Uebergabe selbst anzuwenden; in so fern die Parteyen nicht etwas Anderes festgesetzt haben.

§. 1052.

Wer auf die Uebergabe bringen will, muß seine Verbindlichkeit erfüllet haben, oder sie zu erfüllen bereit seyn.

## Vier u. zwanzigstes Hauptstück.

### Von dem Kaufvertrage.

#### §. 1053.

Durch den Kaufvertrag wird eine Sache um eine bestimmte Summe Geldes einem Anderen überlassen. Er gehört, wie der Tausch, zu den Titeln, ein Eigenthum zu erwerben. Die Erwerbung erfolgt erst durch die Uebergabe des Kaufgegenstandes. Bis zur Uebergabe behält der Verkäufer das Eigenthumsrecht.

Kaufver-  
trag.

#### §. 1054.

Wie die Einwilligung des Käufers und Verkäufers beschaffen seyn müsse, und welche Sachen gekauft und verkauft werden dürfen; dieses wird nach den Regeln der Verträge überhaupt bestimmt. Der Kaufpreis muß in barem Gelde bestehen,

Erfor-  
der-  
nisse des  
Kaufvertra-  
ges.

290 II. Theil. Vier u. zwanzigstes Hauptstück.  
und darf weder unbestimmt, noch gesetz-  
widrig seyn.

§. 1055.

Der Kauf-  
preis muß  
a) in ba-  
rem Gelde  
bestehen;

Wird eine Sache theils gegen Geld,  
theils gegen eine andere Sache veräußert;  
so wird der Vertrag, je nachdem der  
Werth am Gelde mehr oder weniger, als  
der gemeine Werth der gegebenen Sache  
beträgt, zum Kaufe oder Tausche, und  
bey gleichem Werthe der Sache, zum Kaufe  
gerechnet.

§. 1056.

b) bestimmt;

Käufer und Verkäufer können die Fest-  
setzung des Preises auch einer dritten be-  
stimmten Person überlassen. Wird von die-  
ser in dem bedungenen Zeitraume nichts  
festgesetzt; oder will im Falle, daß kein  
Zeitraum bedungen worden ist, ein Theil  
vor der Bestimmung des Preises zurück-  
treten; so wird der Kaufvertrag als nicht  
geschlossen angesehen.

§. 1057.

Wird die Bestimmung des Preises meh-  
reren Personen überlassen, so entscheidet  
die Mehrheit der Stimmen. Fallen die  
Stimmen so verschieden aus, daß der



Preis nicht einmahl durch wirkliche Mehrheit der Stimmen festgesetzt wird; so ist der Kauf für nicht eingegangen zu achten.

§. 1058.

Auch der Werth, welcher bey einer früheren Veräußerung bedungen worden ist, kann zur Bestimmung des Preises dienen. Hat man den ordentlichen Marktpreis zum Grunde gelegt, so wird der mittlere Marktpreis des Ortes und der Zeit, wo und in welcher der Vertrag erfüllet werden muß, angenommen.

§. 1059.

Wenn für Waaren eine Taxe besteht, <sup>c) nicht gesetzwidrig seyn.</sup> so ist der höhere Preis gesetzwidrig, und der Käufer kann für jede noch so geringe Verletzung die Schadloshaltung bey der politischen Behörde fordern.

§. 1060.

Außer diesem Falle kann der Kauf sowohl von dem Käufer als Verkäufer nur wegen Verletzung über die Hälfte bestritten werden (§§. 934 und 935). Diese Beschwerde findet auch dann Statt, wenn der Ausspruch des Kaufpreises einem Dritten überlassen worden ist.

§. 1061.

Pflichten  
des Verkäufers,

Der Verkäufer ist schuldig, die Sache bis zur Zeit der Uebergabe sorgfältig zu verwahren, und sie dem Käufer nach eben den Vorschriften zu übergeben, welche oben bey dem Tausche (§. 1047) aufgestellt worden sind.

§. 1062.

und des Käufers.

Der Käufer hingegen ist verbunden, die Sache sogleich, oder zur bedungenen Zeit zu übernehmen, zugleich aber auch das Kaufgeld bar abzuführen; widrigen Falls ist der Verkäufer ihm die Uebergabe der Sache zu verweigern berechtigt.

§. 1063.

Wird die Sache dem Käufer von dem Verkäufer, ohne das Kaufgeld zu erhalten, übergeben; so ist die Sache auf Borg verkauft, und das Eigenthum derselben geht gleich auf den Käufer über.

§. 1064.

Gefahr und  
Nutzen des  
Kaufgegen-  
standes.

In Rücksicht der Gefahr und Nutzen einer zwar gekauft, oder noch nicht übergebenen Sache gelten die nämlichen Vorschriften, die bey dem Tauschvertrage gegeben worden sind (§§. 1048 — 1051).

§. 1065.

Wenn Sachen, die noch zu erwarten stehen, gekauft werden; so sind die in dem Hauptstücke von gewagten Geschäften gegebenen Anordnungen anzuwenden.

Kauf einer  
gekauften  
Sache.

§. 1066.

In allen bey einem Kaufvertrage vorkommenden Fällen, welche in dem Gesetze nicht ausdrücklich entschieden werden, sind die in den Hauptstücken von Verträgen überhaupt, und von dem Tauschvertrage insbesondere aufgestellten Vorschriften anzuwenden.

Allgemeine  
Vorschrift.

§. 1067.

Besondere Arten oder Nebenverträge eines Kaufvertrages sind: Der Vorbehalt des Wiederkaufes, des Rückverkaufes, des Vorkaufes; der Verkauf auf die Probe; der Verkauf mit Vorbehalt eines besseren Käufers; und der Verkaufsauftrag.

Besondere  
Arten oder  
Nebenver-  
träge eines  
Kaufvertra-  
ges.

§. 1068.

Das Recht, eine verkaufte Sache wieder einzulösen, heißt das Recht des Wiederkaufes. Ist dieses Recht dem Verkäufer überhaupt und ohne nähere Bestimmung

Verkauf  
mit Vorbe-  
halt des Wie-  
derkaufes.

eingeräumt, so wird von einer Seite das Kaufstück in einem nicht verschlimmerten Zustande; von der anderen Seite aber das erlegte Kaufgeld zurück gegeben, und die inzwischen beiderseits aus dem Gelde und der Sache gezogenen Nützungen bleiben gegen einander aufgehoben.

§. 1069.

Hat der Käufer das Kaufstück aus dem Seinigen verbessert, oder zu dessen Erhaltung außerordentliche Kosten verwendet, so gebührt ihm gleich einem redlichen Besitzer der Ersatz; er haftet aber auch dafür, wenn durch sein Verschulden der Werth verändert, oder die Zurückgabe vereitelt worden ist.

§. 1070.

Der Vorbehalt des Wiederkaufes findet nur bey unbeweglichen Sachen Statt, und gebührt dem Verkäufer nur für seine Lebenszeit. Er kann sein Recht weder auf die Erben, noch auf einen Anderen übertragen, und zum Nachtheile eines Dritten nur in so fern ausüben, als es den öffentlichen Büchern einverleibt ist.

§. 1071.

Den nämlichen Beschränkungen unterliegt das von dem Käufer ausbedungene Recht, die Sache dem Verkäufer wieder zurück zu verkaufen; und es sind auf dasselbe die für den Wiederkauf ertheilten Vorschriften anzuwenden. Ist aber die Bedingung des Wiederverkaufes oder Wiederkaufes verstellt, und eigentlich, um ein Pfandrecht oder ein Vorgeschäft zu verbergen, gebraucht worden, so tritt die Vorschrift des §. 916 ein.

Kauf mit Vorbehalt des Rückverkaufs.

§. 1072.

Wer eine Sache mit der Bedingung verkauft, daß der Käufer, wenn er solche wieder verkaufen will, ihm die Einlösung anbiethen soll, der hat das Vorkaufsrecht.

Vorbehalt des Vorkaufsrechtes.

§. 1073.

Das Vorkaufsrecht ist in der Regel ein persönliches Recht. In Rücksicht auf unbewegliche Güter kann es durch Eintragung in die öffentlichen Bücher in ein dingliches verwandelt werden.

§. 1074.

Auch kann das Vorkaufsrecht weder

296 II. Theil. Vier u. zwanzigstes Hauptstck.  
einem Dritten abgetreten, noch auf die  
Erben des Berechtigten übertragen wer-  
den.

§. 1075.

Der Berechtigte muß bewegliche Sa-  
chen binnen vier und zwanzig Stunden; un-  
bewegliche aber binnen dreyßig Tagen, nach  
der geschehenen Anbiethung, wirklich ein-  
lösen. Nach Verlauf dieser Zeit ist das  
Vorkaufsrecht erloschen.

§. 1076.

Das Vorkaufsrecht hat im Falle einer  
gerichtlichen Feilbiethung der mit diesem  
Rechte belasteten Sachen keine andere Wir-  
kung, als daß der den öffentlichen Büchern  
einverleibte Berechtigte zur Feilbiethung  
insbesondere vorgeladen werden muß.

§. 1077.

Der zur Einlösung Berechtigte muß,  
außer dem Falle einer anderen Verabredung,  
den vollständigen Preis, welcher von ei-  
nem Dritten angeboten worden ist, ent-  
richten. Kann er die außer dem gewöhn-  
lichen Kaufpreise angebotenen Nebenbe-  
dingungen nicht erfüllen, und lassen sie sich

auch durch einen Schätzungswerth nicht ausgleichen; so kann das Vorkaufsrecht nicht ausgeübt werden.

§. 1078.

Das Vorkaufsrecht läßt sich auf andere Veräußerungsarten ohne eine besondere Vereinbarung nicht ausdehnen.

§. 1079.

Hat der Besitzer dem Berechtigten die Einlösung nicht angeboten, so muß er ihm für allen Schaden haften. Im Falle eines dinglichen Vorkaufsrechtes kann die veräußerte Sache dem Dritten abgefordert werden, und dieser wird nach Beschaffenheit seines redlichen oder unredlichen Besizes behandelt.

§. 1080.

Bei dem Kaufe auf die Probe geht das Kaufstück vor Bezahlung des Preises nicht in das Eigenthum des Käufers. Der Käufer wird während der Probezeit als ein Entlehner; nach Verlauf dieser Zeit aber das Kaufgeschäft für unbedingt abgeschlossen, und der Käufer als Eigenthümer des Kaufstückes angesehen.

Kauf auf die Probe.

§. 1081.

Hat der Käufer für das übernommene Kaufstück den Preis bezahlt, so gebührt ihm sogleich das Eigenthum; er kann aber vor Verlauf der Probezeit von dem Kaufe zurück treten.

§. 1082.

Ist die Probezeit durch Verabredung nicht bestimmt worden, so wird sie bey beweglichen Sachen auf drey Tage; bey unbeweglichen aber auf Ein Jahr angenommen.

§. 1083.

Verkauf  
mit Vorbe-  
halt eines  
besseren  
Käufers.

Wird das Kaufgeschäft mit dem Vorbehalte verabredet, daß der Verkäufer, wenn sich binnen einer bestimmten Zeit ein besserer Käufer meldet, denselben vorzuziehen befugt sey; so bleibt in dem Falle, daß das Kaufstück nicht übergeben worden, die Wirklichkeit des Vertrages bis zum Eintritt der Bedingung aufgeschoben.

§. 1084.

Ist das Kaufstück übergeben worden, so ist der Kaufvertrag abgeschlossen; er wird aber durch den Eintritt der Bedingung



wieder aufgelöst. Bey dem Mangel einer ausdrücklichen Zeitbestimmung wird der bey dem Kaufe auf die Probe angenommene Zeitraum vermuthet.

§. 1085.

Ob der neue Käufer besser sey, beurtheilet der Verkäufer. Er kann den zweyten Käufer, wenn der erste auch noch mehr zahlen wollte, vorziehen. Bey der Auflösung des Vertrages heben sich die Rugungen der Sache und des Geldes gegen einander auf. In Rücksicht der Verbesserungen oder Verschlimmerungen wird der Käufer gleich einem redlichen Besizer behandelt.

§. 1086.

Wenn jemand seine bewegliche Sache einem Anderen für einen gewissen Preis zum Verlaufe übergibt, mit der Bedingung, daß ihm der Uebernehmer binnen einer festgesetzten Zeit entweder das bestimmte Kaufgeld liefern, oder die Sache zurück stellen soll; so ist der Uebergeber vor Verlaufe der Zeit die Sache zurück zu fordern nicht berechtigt; der Uebernehmer aber muß nach deren Ablauf das bestimmte Kaufgeld entrichten.

Verkaufs-  
auftrag.

§. 1081.

Hat der Käufer für das übernommene Kaufstück den Preis bezahlt, so gebührt ihm sogleich das Eigenthum; er kann aber vor Verlaufs der Probezeit von dem Kaufe zurück treten.

§. 1082.

Ist die Probezeit durch Verabredung nicht bestimmt worden, so wird sie bey beweglichen Sachen auf drey Tage; bey unbeweglichen aber auf Ein Jahr angenommen.

§. 1083.

Verlauf  
mit Vorbe-  
halt eines  
besseren  
Käufers.

Wird das Kaufgeschäft mit dem Vorbehalte verabredet, daß der Verkäufer, wenn sich binnen einer bestimmten Zeit ein besserer Käufer meldet, denselben vorzuziehen befugt sey; so bleibt in dem Falle, daß das Kaufstück nicht übergeben worden, die Wirklichkeit des Vertrages bis zum Eintritt der Bedingung aufgeschoben.

§. 1084.

Ist das Kaufstück übergeben worden, so ist der Kaufvertrag abgeschlossen; er wird aber durch den Eintritt der Bedingung

wieder aufgelöst. Bey dem Mangel einer ausdrücklichen Zeitbestimmung wird der bey dem Kaufe auf die Probe angenommene Zeitraum vermuthet.

§. 1085.

Ob der neue Käufer besser sey, beurtheilet der Verkäufer. Er kann den zweyten Käufer, wenn der erste auch noch mehr zahlen wollte, vorziehen. Bey der Auflösung des Vertrages heben sich die Nutzungen der Sache und des Geldes gegen einander auf. In Rücksicht der Verbesserungen oder Verschlimmerungen wird der Käufer gleich einem redlichen Besitzer behandelt.

§. 1086.

Wenn jemand seine bewegliche Sache einem Anderen für einen gewissen Preis zum Verkauf übergibt, mit der Bedingung, daß ihm der Uebernehmer binnen einer festgesetzten Zeit entweder das bestimmte Kaufgeld liefern, oder die Sache zurück stellen soll; so ist der Uebergeber vor Verlaufs der Zeit die Sache zurück zu fordern nicht berechtigt; der Uebernehmer aber muß nach deren Ablauf das bestimmte Kaufgeld entrichten.

Verkaufsauftrag.

§. 1087.

Während der festgesetzten Zeit bleibt der Uebergeber Eigenthümer. Der Uebernehmer haftet ihm für den durch sein Verschulden verursachten Schaden, und es werden ihm bey Zurückstellung der Sache nur solche Kosten vergütet, die dem Uebergeber zum Nutzen gereichen.

§. 1088.

Ist die Sache unbeweglich; oder ist der Preis, oder die Zahlungsfrist nicht bestimmt; so wird der Uebernehmer wie ein Gewalthaber angesehen. In keinem Falle kann die zum Verkaufe anvertraute Sache dem Dritten, welcher sie von dem Uebernehmer redlicher Weise an sich gebracht hat, abgefordert werden (§. 367).

§. 1089.

Auch bey gerichtlichen Verkäufen finden die über Verträge und den Tausch- und Kaufvertrag insbesondere aufgestellten Vorschriften in der Regel Statt; in so fern nicht in diesem Gesetze, oder in der Gerichtsordnung eigene Anordnungen enthalten sind.

---

## Fünfu. zwanzigstes Hauptstück.

### Von Bestand-, Erbpacht- und Erbzins- Verträgen.

§. 1090.

Der Vertrag, wodurch jemand den Gebrauch einer unverbrauchbaren Sache auf eine gewisse Zeit und gegen einen bestimmten Preis erhält, heißt überhaupt Bestand-  
vertrag.

§. 1091.

Der Bestandvertrag wird, wenn sich die in Bestand gegebene Sache ohne weitere Bearbeitung gebrauchen läßt, ein Miethvertrag; wenn sie aber nur durch Fleiß und Mühe benützt werden kann, ein Pachtvertrag genannt. Werden durch einen Vertrag Sachen von der ersten und zweyten Art zugleich in Bestand gegeben;

1. Mieth-  
und Pacht-  
vertrag.

302 II. Theil. Fünf u. zwanzigstes Hauptstück.  
so ist der Vertrag nach der Beschaffenheit  
der Hauptsache zu beurtheilen.

§. 1092.

Erforder-  
nisse.

Mieth- und Pachtverträge können über  
die nämlichen Gegenstände und auf die  
nämliche Art, als der Kaufvertrag, ge-  
schlossen werden. Der Mieth- und Pacht-  
zins wird, wenn keine andere Ueberein-  
kunft getroffen worden ist, wie das Kauf-  
geld entrichtet.

§. 1093.

Der Eigenthümer kann sowohl seine  
beweglichen und unbeweglichen Sachen,  
als seine Rechte in Bestand geben; er  
kann aber auch in den Fall kommen, den  
Gebrauch seiner eigenen Sache, wenn er  
einem Dritten gebührt, in Bestand zu  
nehmen.

§. 1094.

Wirkung.

Sind die vertragschließenden Theile  
über das Wesentliche des Bestandes, näm-  
lich über die Sache und den Preis, überein-  
gekommen; so ist der Vertrag vollkommen  
abgeschlossen, und der Gebrauch der Sache  
für gekauft anzusehen.

§. 1095.

Wenn ein Bestandvertrag in die öffentlichen Bücher eingetragen ist; so ist das Recht des Bestandnehmers als ein dingliches Recht zu betrachten, welches sich auch der nachfolgende Besizer auf die noch übrige Zeit gefallen lassen muß.

§. 1096.

Die Vermiether und Verpächter sind verpflichtet, das Bestandsstück auf eigene Kosten in brauchbarem Stande zu übergeben und zu erhalten, und die Bestandinhaber in dem bedungenen Gebrauche oder Genuße nicht zu stören. Die gewöhnlichen Ausbesserungen der Wirthschaftsgebäude hat der Pächter nur in so weit, als sie mit den Materialien des Gutes, und den Diensten, die er nach der Beschaffenheit des Gutes zu fordern berechtigt ist, bestritten werden können, selbst zu tragen, die übrigen aber dem Verpächter zur Besorgung anzuzeigen.

Wechselseitige Rechte:

1) in Hinsicht auf Ueberlassung, Erhaltung, Benützung;

§. 1097.

Hat der Bestandnehmer einen dem Bestandgeber obliegenden nothwendigen, oder einen nützlichen Aufwand auf das Bestandsstück gemacht; so wird er als ein Geschäfts-

304 II. Theil. Buch u. zwanzigstes Hauptstüd.  
führer ohne Auftrag betrachtet (§. 1036);  
er muß aber den Erfaß längstens binnen  
sechs Monathen, nach Zurückstellung des  
Bestandstückes, gerichtlich fordern, sonst  
ist die Klage erloschen.

§. 1098.

Miether und Pächter sind berechtigt,  
die Mieth- und Pachtstücke dem Vertrage  
gemäß durch die bestimmte Zeit zu ge-  
brauchen und zu benützen, oder auch in  
Asterbestand zu geben, wenn es ohne  
Nachtheil des Eigenthümers geschehen kann,  
oder im Vertrage nicht ausdrücklich unter-  
sagt worden ist.

§. 1099.

a) Lasten;

Bei Vermietungen trägt alle Lasten  
und Abgaben der Vermiether. Bei eigent-  
lichen Pachtungen, wenn sie in Pausch  
und Bogen geschehen, übernimmt der Päch-  
ter, mit Ausschluß der eingetragenen Hy-  
pothecar-Lasten, alle übrige; wird aber die  
Pachtung nach einem Anschlage geschlossen,  
so trägt er jene Lasten, welche von dem Er-  
trage abgezogen worden sind, oder bloß  
von den Früchten, und nicht von dem  
Grunde selbst entrichtet werden müssen.



§. 1100.

Außer dem Falle einer besonderen Ver- 3) Zins.  
abredung ist der Zins, wenn eine Sache  
auf Ein oder mehrere Jahre in Bestand ge-  
nommen wird, halbjährig; bey einer kür-  
zeren Bestandzeit hingegen nach Verlauf  
derselben zu entrichten.

§. 1101.

Zur Sicherstellung des Mieth- oder  
Pachtzinses hat der Vermiether einer Woh-  
nung das Pfandrecht auf die eingebrach-  
ten, dem Miether oder Astermiether ei-  
genthümlichen, oder von einem Dritten ih-  
nen anvertrauten (§. 367) Einrichtungs-  
stücke und Fahrnisse, welche zur Zeit der  
Klage noch darin befindlich sind. Der As-  
termiether haftet aber nach Maß seines  
Miethzinses; doch ohne die Einwendung  
einer dem Hauptmiether geschehenen Vor-  
auszahlung entgegen setzen zu können. Dem  
Verpächter eines Grundstückes hingegen  
steht das Pfandrecht auf das auf dem  
Pachtgute vorhandene Vieh und die Wirth-  
schaftsgeräthschaften, und die darauf noch  
befindlichen Früchte zu.

§. 1102.

Der Bestandgeber kann sich zwar die Vorausbezahlung des Bestandzinses bedingen. Hat aber der Bestandnehmer mehr als Eine Fristzahlung voraus geleistet; so kann er dieselbe nur in dem Falle, daß sie in die öffentlichen Bücher eingetragen ist, den später eingetragenen Gläubigern entgegen setzen.

§. 1103.

Zins in Früchten.

Wenn der Eigenthümer sein Gut mit der Bedingung überläßt, daß der Uebernehmer die Wirthschaft betreiben, und dem Uebergeber einen auf die ganze Nutzung sich beziehenden Theil, z. B. ein Drittheil oder die Hälfte der Früchte geben solle; so entsteht kein Pacht-, sondern ein Gesellschaftsvertrag, welcher nach den darüber aufgestellten Regeln beurtheilet wird.

§. 1104.

Fälle und Bedingungen einer Erlassung des Zinses.

Wenn eine in Bestand genommene Sache wegen außerordentlicher Zufälle, als: Feuer, Krieg, oder Seuche, wegen großer Ueberschwemmungen, Wetterschläge, oder wegen gänzlichen Mißwachses, gar nicht gebraucht oder benützt werden kann; so ist

Von Bestand-, Erbpacht- u. Erbzinß-Vertrág. 307  
auch kein Mieth- oder Pachtzins zu ent-  
richten.

§. 1105.

Wird dem Miether der Gebrauch des  
Miethstückes nur zum Theile entzogen; so  
wird ihm auch ein verhältnißmäßiger Theil  
des Miethzinses erlassen. Dem Pächter ge-  
bührt ein Erlass an dem Pachtzinse, wenn  
durch außerordentliche Zufälle die Erzeugnisse  
des nur auf Ein Jahr gepachteten Gutes  
um mehr als die Hälfte des gewöhnlichen  
Ertrages gefallen sind. Der Verpächter ist  
so viel zu erlassen schuldig, als durch diesen  
Abfall an dem Pachtzinse mangelt.

§. 1106.

Hat der Bestandnehmer unbestimmt al-  
le Gefahren auf sich genommen; so wer-  
den darunter nur die Feuer-, Wasserschä-  
den und Wetterschläge verstanden. Andere  
außerordentliche Unglücksfälle kommen nicht  
auf seine Gefahr. Verbindet er sich aber  
ausdrücklich, auch alle andere außerordent-  
liche Unglücksfälle zu tragen; so wird des-  
wegen noch nicht vermuthet, daß er auch  
für den zufälligen Untergang des ganzen  
Pachtstückes haften wolle.

§. 1107.

Wird der Gebrauch oder Genuß des Bestandstückes nicht wegen dessen Beschädigung oder sonst entstandener Unbrauchbarkeit, sondern aus einem dem Bestandnehmer zugestoßenen Hindernisse oder Unglücksfalle vereitelt; oder waren zur Zeit der Beschädigung die Früchte von dem Grunde schon abgefordert; so fällt die übrige Ereignung dem Bestandnehmer allein zur Last. Er muß den Zins doch entrichten.

§. 1108.

Behauptet der Pächter den Erlaß des ganzen Pachtzinses oder eines Theiles davon entweder aus dem Vertrage oder aus dem Gesetze; so muß er dem Verpächter ohne Zeitverlust den geschehenen Unglücksfall anzeigen, und die Begebenheit, wenn sie nicht landkundig ist, gerichtlich oder wenigstens durch zwey sachkundige Männer erheben lassen; ohne diese Vorsicht wird er nicht angehört.

§. 1109.

4) Zurückstellung.

Nach geendigtem Bestandvertrage muß der Bestandnehmer die Sache, dem etwa

Von Bestand-, Erbpacht- u. Erbzinß-Vertrág. 309  
errichteten Inventarium gemäß, oder doch  
in dem Zustande, in welchem er sie über-  
nommen hat; gepachtete Grundstücke aber  
mit Rücksicht auf die Jahreszeit, in wel-  
cher der Pacht geendiget worden ist, in ge-  
wöhnlicher wirthschaftlicher Cultur zurück-  
stellen. Weder die Einwendung des Com-  
pensations-Rechtes, noch selbst des früheren  
Eigenthumsrechtes, kann ihn vor der Zu-  
rückstellung schützen.

§. 1110.

Wenn bey dem Bestandvertrage kein  
Inventarium errichtet worden ist; so tritt  
die nähmliche Vermuthung, wie bey der  
Fruchtnießung (§. 518), ein.

§. 1111.

Wird das Mieth- oder Pachtstück be-  
schädiget, oder durch Mißbrauch abgenützt;  
so haften Miether und Pächter sowohl für  
ihr eigenes, als des Austerbestandnehmers  
Verschulden, nicht aber für den Zufall.  
Doch muß der Bestandgeber den Ersatz  
aus dieser Haftung längstens binnen Einem  
Jahre nach Zurückstellung des Bestand-  
stückes gerichtlich fordern; sonst ist das Recht  
erloschen.

§. 1112.

5) Aufb-  
sung des Be-  
standvertra-  
ges:

a) durch  
Untergang  
der Sache;

Der Bestandvertrag löset sich von selbst auf, wenn die bestandene Sache zu Grunde geht. Geschieht dieses aus Verschulden des einen Theiles, so gebührt dem anderen Ersatz; geschieht es durch einen Unglücksfall, so ist kein Theil dem anderen dafür verantwortlich.

§. 1113.

b) Verlauf  
der Zeit;

Der Bestandvertrag erlischt auch durch den Verlaufs der Zeit, welcher ausdrücklich oder stillschweigend, entweder durch den nach einem gewissen Zeitraume ausgemessenen Zins, wie bey so genannten Tag-, Wochen- und Monathzimmern, oder durch die erklärte, oder aus den Umständen hervor leuchtende Absicht des Bestandnehmers bedungen worden ist.

§. 1114.

wenn keine  
Erneuerung  
geschieht;

Der Bestandvertrag kann aber nicht nur ausdrücklich, sondern auch stillschweigend erneuert werden. Ist in dem Vertrage eine vorläufige Aufkündigung bedungen worden; so wird der Vertrag durch die Unterlassung der gehörigen Aufkündigung stillschweigend erneuert. Ist keine Aufkündigung bedungen worden; so ge-

Von Bestand-, Erbpacht- u. Erbzinß-Vertrág. 311  
schieht eine stillschweigende Erneuerung,  
wenn der Bestandnehmer nach Verlauf der  
Bestandszeit fortfáhrt, die Sache zu ge-  
brauchen oder zu benúßen, und der Be-  
standgeber es dabey bewenden láßt.

§. 1115.

Die stillschweigende Erneuerung des  
Bestandvertrages geschieht unter den náhm-  
lichen Bedingungen, unter welchen er vor-  
her geschlossen war. Doch erstreckt sie sich  
bey Pachtungen nur auf Ein Jahr; wenn  
aber der ordentliche Genuß erst in einem  
späteren Zeitraume erfolgen kann, auf  
eine so lange Zeit, als nothwendig ist,  
um die Nutzungen Ein Mahl beziehen zu  
können. Miethungen, wofür man den Zins  
erst nach einem ganzen oder halben Jahre  
zu bezahlen pflegt, werden auf ein, halbes  
Jahr; alle kürzere Miethungen aber auf  
diejenige Zeit stillschweigend erneuert, welche  
vorher durch den Bestandvertrag bestimmt  
war. Von wiederholten Erneuerungen  
gilt das Náhmliche, was hier in Rücksicht  
der ersten Erneuerung vorgeschrieben ist.

§. 1116.

In so fern die Dauer eines Bestand- <sup>c) Kustún.</sup>  
bigung;

vertrages weder ausdrücklich, noch stillschweigend, noch durch besondere Vorschriften bestimmt ist, muß derjenige, welcher den Vertrag aufheben will, dem Anderen die Pachtung sechs Monate; die Mithung einer unbeweglichen Sache vierzehn Tage; und einer beweglichen vier und zwanzig Stunden vorher aufkündigen, als die Abtretung erfolgen soll.

## §. 1117.

Der Bestandnehmer ist berechtigt, auch vor Verlaufe der ausdrücklich oder stillschweigend bedungenen Zeit von dem Vertrage abzustehen, wenn die bestandene Sache ihrer mangelhaften Beschaffenheit wegen zu dem ordentlichen Gebrauche untauglich ist; wenn ein beträchtlicher Theil des Bestandstückes durch Zufall auf eine längere Zeit entzogen, oder unbrauchbar wird; oder, wenn der Bestandgeber dasselbe nicht mehr im brauchbaren Stande erhält.

## §. 1118.

Der Bestandgeber kann seinerseits die frühere Aufhebung des Vertrages fordern, wenn der Bestandnehmer der Sache einen erheblichen nachtheiligen Gebrauch davon



macht: wenn er nach geschehener Einmahnung mit der Bezahlung des Zinses vergestalt säumig ist, daß er mit Ablauf des Termines den rückständigen Bestandzins nicht vollständig entrichtet hat; oder, wenn ein vermiethetes Gebäude neu aufgeführt werden muß. Eine nützlichere Ausführung ist der Miether zu seinem Nachtheile zuzulassen nicht schuldig, wohl aber nothwendige Ausbesserungen.

§. 1119.

Wenn dem Vermiether die Nothwendigkeit der neuen Ausführung schon zur Zeit des geschlossenen Vertrages bekannt seyn mußte; oder, wenn die Nothwendigkeit der durch längere Zeit fortzusetzenden Ausbesserungen aus Vernachlässigung der kleineren Ausbesserungen entstanden ist; so muß dem Miether für den vermiften Gebrauch eine angemessene Entschädigung geleistet werden.

§. 1120.

Hat der Eigenthümer das Bestandstück an einen Anderen veräußert, und ihm bereits übergeben; so muß der Bestandinhaber, wenn sein Recht nicht in die öffent-

a) Veräußerung der Sache.

314 II. Theil. Fünf u. zwanzigstes Hauptstüd.  
lichen Bücher eingetragen ist (§. 1095),  
nach der gehörigen Aufkündigung dem neuen  
Besizer weichen. Er ist aber berechtigt, von  
dem Bestandgeber in Rücksicht auf den erlit-  
tenen Schaden und entgangenen Nutzen eine  
vollkommene Genugthuung zu fordern.

§. 1121.

Bey einer nothwendigen, gerichtlichen  
Veräußerung muß der Bestandnehmer selbst  
in dem Falle, daß sein Recht als ein ding-  
liches Recht eingetragen ist, dem neuen  
Käufer weichen. Nur in Rücksicht auf die  
Entschädigung bleibt ihm sein Vorzugsrecht  
vorgehalten.

§. 1122.

II. Erbpacht. Der Vertrag, wodurch jemanden das  
Nusseigenthum eines Gutes erblich unter  
der Bedingung überlassen wird, daß er die  
jährlichen Nutzungen mit einer jährlichen,  
im Verhältnisse zu dem Ertrage bestimm-  
ten Abgabe im Gelde, in Früchten, oder  
auch in verhältnißmäßigen Diensten ver-  
gelten solle, heißt ein Erbpachtvertrag.

§. 1123.

III. Erb-  
pachtvertrag.

Wird eine geringe Abgabe von dem  
Besizer nur zur Anerkennung des Grund-

Von Bestand, Erbpacht- u. Erbzins-Vertrag. 315  
eigenthumes geleistet; so heißt der Grund  
ein Erbzinsgut, und der darüber errichte-  
te Vertrag ein Erbzinsvertrag.

§. 1124.

Im Zweifel, ob ein Ruhezgenthum  
ein Erbpachtgut oder ein Erbzinsgut sey,  
ist auf den Betrag des jährlichen Zinses  
und andere Schuldigkeiten Rücksicht zu neh-  
men. Steht dieser Betrag mit den jährli-  
chen reinen Nutzungen außer allem Ver-  
hältnisse, so ist das Ruhezgenthum ein Erb-  
zinsgut; läßt sich aber wenigstens von al-  
ten Zeiten her und bey ganz öde übernom-  
menen Gründen ein Verhältniß denken,  
so ist es ein Erbpachtgut (§. 359).

§. 1125.

Ist ein Eigenthum dergestalt getheilt, <sup>IV. Bodenzins.</sup>  
daß einem Theile die Substanz des Grund-  
es sammt der Benützung der Unterfläche,  
dem anderen Theile aber nur die Benützung  
der Oberfläche erblich gehört; so heißt die  
jährliche, von diesem letzteren Besitzer zu  
entrichtende Abgabe, Bodenzins.

§. 1126.

Das getheilte Eigenthum einer unbe- <sup>Erwerbung  
des nutzba.</sup>  
weglichen Sache kann eben so wenig, als

ren Eigen-  
thum.es.

das vollständige, ohne Einverleibung in die öffentlichen Bücher oder Register erworben werden. Ein gültiger Titel gründet nur ein persönliches Recht gegen die verbundene Person, aber kein dingliches Recht gegen einen Dritten (§. 431).

§. 1127.

Gemein-  
schaftliche  
Rechte des  
Ober- und  
Nutzungs-  
eigenthü-  
mers.

Die Rechte des Ober- und Nutzungseigenthümers kommen überhaupt darin überein, daß ein jeder mit seinem Theile in so weit verfügen kann, als die Rechte des Anderen dadurch nicht verletzt werden (§. 363).

§. 1128.

Einer wie der Andere ist berechtigt, seinen Antheil gerichtlich zu verfolgen, ihn zu verpfänden, und unter Lebenden oder durch eine letzte Willenserklärung zu veräußern. Wer eine Einschränkung behauptet, muß solche durch die gehörigen Urkunden, durch so genannte Gewährbriefe oder Handfesten beweisen.

§. 1129.

Besondere  
Rechte und  
Pflichten des  
Obereigen-  
thümers:

Der Obereigenthümer ist insbesondere berechtigt, dem Nutzungseigenthümer nicht nur die Verringerung der Nutzungssache, sondern auch alle Veränderungen zu un-

Von Bestand-, Erbpacht- u. Erbzins-Vertrüg. 317  
tersagen, wodurch die Ausübung seiner  
Rechte vereitelt oder erschweret werden  
kann.

§. 1130.

Er kann also verlangen, daß der Nutzungseigenthümer für die Erhaltung und Bestellung der Grundstücke Sorge trage. Vernachlässiget er, ungeachtet der geschehenen Warnung, die Erfüllung dieser Pflichten; oder ist er die auf dem Grunde lastenden Lasten zu tragen unfähig; so kann der Obereigenthümer auf die Ueberlassung des Gutes an andere Erbpacht- oder Erbzinsmänner bringen.

1) in Rücksicht der Erhaltung, Bearbeitung und Veränderungen des Gutes;

§. 1131.

Das vorzüglichste Recht des Erbpacht- und Erbzinsherrn besteht in der Beziehung des jährlichen Zinses und anderer bedungenen Gebühren. Diese können unter keinem Vorwande erhöht, von den zum Grunde nicht gehörigen Fahrnissen aber, so wie von anderen beweglichen Sachen, gar nicht bezogen werden.

2) des Erbzinses.

§. 1132.

Der jährliche Zins muß, wenn nichts verabredet oder durch Provincial-Gesetze

Wann der Zins zu entrichten.

318 II. Theil. Kauf u. zwanzigstes Hauptstüd.  
bestimmt ist, in der ersten Hälfte des Monats  
Novemher abgeführt werden.

§. 1133.

Wann eine  
Erlassung  
Statt findet?

In der Regel haftet ein unvollständiger  
Eigenthümer dem anderen nicht für den Zu-  
fall; allein, wenn ein Erbpächter durch Ue-  
berschwemmungen, Krieg oder Seuchen sein  
Pachtgut zu benützen verhindert worden  
ist; so muß demselben für die Zeit der ver-  
misten Benützung ein angemessener Erlaß  
vom Zinse gestattet werden.

§. 1134.

Ein Erbzinsmann hat auf einen ähn-  
lichen Erlaß keinen Anspruch; er muß, so  
lange ein Theil des Erbzinsgutes vorhan-  
den ist, den festgesetzten Erbzins voll ent-  
richten.

§. 1135.

Recht den  
verzögerten  
Entrichtung  
des Zinses.

Hat der Erbzinsmann den Zins in der  
bedungenen Zeit nicht abgeführt; so kann  
der Erbzinsherr verlangen, daß die Nutzung  
in Beschlag genommen, und er aus dersel-  
ben schadlos gehalten werde.

§. 1136.

Ein Erbpachtherr hat in Ansehung des  
über Ein Jahr ausständigen Zinses die

Von Bestands-, Erbpacht- u. Erbzinß-Vertrág. 319  
Wahl, entweder die Pfändung der Nutzungen, oder die gerichtliche Versteigerung des Erbpachtgutes zur Berichtigung der Rückstände zu verlangen.

§. 1137.

Der Obereigenthümer ist verpflichtet, den Nutzungseigenthümer in Rücksicht des unmittelbar von ihm erhaltenen Nutzungseigenthumes zu vertreten, und wenn das Nutzungsrecht mit der Substanz wieder vereinigt wird, ihm oder seinem Nachfolger die getroffenen Verbesserungen wie einem anderen rechtlichen Besitzer zu vergüten, und für die Richtigkeit der öffentlichen Bücher und Register, die er über seine Zinsgüter führet, zu haften.

3) In Rücksicht der Lasten und Verbesserungen.

§. 1138.

Für andere von dem Nutzungseigenthümer aufgebürdete und den öffentlichen Büchern nicht einverleibte Lasten haftet der Obereigenthümer nicht. Der Nutzungseigenthümer kann überhaupt einem Anderen nicht mehr Recht übertragen, als er selbst hat. Das Recht des Einen erlischt also mit dem Rechte des Anderen.

## §. 1139.

Rechte und  
Verbind-  
lichkeiten  
des  
Nutzungsei-  
genthümers  
überhaupt.

Die Rechte und Verbindlichkeiten des Nutzungseigenthümers stehen überhaupt mit den festgesetzten Verbindlichkeiten und Rechten des Obereigenthümers im Verhältnisse.

## §. 1140.

Inbeson-  
dere 1) in  
Rücksicht der  
Veräuße-  
rung.

Der Nutzungseigenthümer bedarf zur Veräußerung die Einwilligung des Obereigenthümers nicht; doch muß er ihn dem Nachfolger zur Beurtheilung, ob derselbe dem Gute vorzustehen und die darauf hafenden Lasten zu entrichten fähig sey, nachhaft machen. Auf ein Vorkaufs- oder Einstandsrecht hat der Obereigenthümer keinen Anspruch.

## §. 1141.

Hat sich aber der Obereigenthümer diese Einwilligung und Rechte ausdrücklich vorbehalten; so muß er sich binnen dreißig Tagen nach der ihm gemachten ordentlichen Anzeige erklären. Nach dieser Frist wird seine Einwilligung für ertheilt gehalten. Ohne Ausübung des Vorkaufs- oder Einstandsrechtes kann er die Einwilligung nur wegen offener Gefahr der



Substanz und der damit verknüpften Rechte verweigern.

§. 1142.

Die Abgabe, welche der Obereigenthümer zuweilen von einem neuen Nutzungseigenthümer zu fordern hat, heißt, wenn die Veränderung bey Lebzeiten geschieht, Lehenwaare (Laudemium); geschieht sie aber von Todes wegen, Sterbelehen. Beyde werden auch Veränderungsgebühren genannt. Ob und wie diese Rechte begründet seyn, entscheidet die Landesverfassung, die öffentlichen Bücher und Urkunden, oder ein dreyßigjähriger ruhiger Besitz.

§. 1143.

Dem Nutzungseigenthümer gebühret auch ein verhältnißmäßiger Theil von einem gefundenen Schatz (§. 399). Er ist sogar befugt, die Substanz zu verringern, wenn er dem Obereigenthümer beweisen kann, daß die Benutzung des Grundes sonst nicht Statt finde (§. 1129).

<sup>2)</sup> In Rücksicht eines Schatzes u. der Verminderung der Substanz;

§. 1144.

Der Nutzungseigenthümer trägt alle <sup>3)</sup> verlassenen; ordentliche und außerordentliche, dem Grunde anlebende Lasten; er entrichtet die

Steuern, Zehnten und andere besonders vorgemerkten Abgaben. Für Lasten, die den Zins betreffen, haftet der Ober-eigenthümer.

§. 1145.

4) des Gewährbriefes.

Jeder neue Nutzungseigenthümer ist in der Regel verbunden, sich von dem Ober-eigenthümer einen Beglaubigungsschein oder eine Urkunde des erneuerten Nutzungseigen-thumes zu verschaffen.

§. 1146.

Besondere Verhältnisse zwischen Gutsbesitzern und Untertanen.

In wie fern die Nutzungseigenthümer gegen die Ober-eigenthümer noch in anderen Verhältnissen stehen, und welche Rechte und Verbindlichkeiten insbesondere zwischen den Gutsbesitzern und den Gutsunterthanen bestehen, ist aus der Verfassung jeder Provinz und den politischen Vorschriften zu entnehmen.

§. 1147.

Rechte aus dem Bodenzins.

Wer nichts als einen Bodenzins entrichtet, hat nur auf die Benützung der Oberfläche, als: Bäume, Pflanzen und Gebäude, und auf einen Theil des auf derselben gefundenen Schatzes Anspruch. Begrabene Schätze und andere unterirdische

**Rugungen gehören dem Obereigenthümer allein zu.**

**§. 1148.**

**Was von der Aufhebung des vollständigen Eigenthumes bestimmt worden ist, (S. 444), gilt überhaupt auch von dem getheilten.**

Erbschaft  
des Nutz-  
ungseigen-  
thumes.

**§. 1149.**

**Erbpacht- und Erbzinßgüter gehen auf alle Erben über, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen worden sind. Hat der Nutzungseigenthümer keinen rechtmäßigen Nachfolger, so wird das Nutzungseigenthum mit dem Obereigenthume vereinigt. Doch muß der Obereigenthümer, wenn er von diesem Rechte Gebrauch machen will, alle Schulden des Nutzungseigenthümers, die aus einem anderen Vermögen nicht getilgt werden können, berichtigen. In wie fern ein Obereigenthümer das heimgefallene Gut an Andere zu überlassen verbunden sey, bestimmen die politischen Verordnungen.**

**§. 1150.**

**Durch Zerstörung der Pflanzen, Bäume und Gebäude gehet das Nutzungseigenthum**

der Oberfläche nicht verloren. So lange noch ein Theil des Grundes bleibt, kann ihn der Besitzer, wenn er anders seinen Zins abführet, mit neuen Pflanzen, Bäumen und Gebäuden besetzen.

---

## Sechß u. zwanzigst. Hauptstück.

### Von entgeltlichen Verträgen über Dienstleistungen.

§. 1151.

Wenn jemand sich zur Dienstleistung oder Verfertigung eines Werkes gegen einen gewissen Lohn im Gelde verpflichtet; so entsteht ein Lohnvertrag. <sup>1) Lohn-</sup>vertrag.

§. 1152.

So bald jemand eine Arbeit oder ein Werk bestellet; so wird auch angenommen, daß er in einen angemessenen Lohn eingewilliget habe. Ist der Lohn weder durch die Verabredung, noch durch ein Gesetz fest gesetzt; so bestimmt ihn der Richter. <sup>2) Lohn-</sup>vertrag.

§. 1153.

Bei wesentlichen Mängeln, die das Recht aus

dem Lohn-  
vertrage.

Wert zum Gebrauche untüchtig machen, oder der ausdrücklichen Bedingung zuwider laufen, ist der Besteller berechtigt, von dem Vertrage abzugehen. Will er dieses nicht, oder sind die Mängel weder wesentlich, noch gegen die ausdrückliche Bedingung; so kann er entweder die Verbesserung, oder eine angemessene Schadloshaltung fordern, und zu dem Ende einen verhältnißmäßigen Theil des Lohnes zurück halten.

§. 1154.

Wenn der Bestellte aus seiner Schuld das Versprechen in der zur Bedingung gesetzten Zeit nicht erfüllet; so ist der Besteller nicht mehr schuldig, die bestellte Sache anzunehmen; er kann auch für den daraus entstandenen Schaden Ersatz fordern. Zögert aber der Besteller mit der Entrichtung des Lohnes; so ist auch er verbunden, den Bestellten vollkommen zu entschädigen,

§. 1155.

Auch für Dienste und Arbeiten, die nicht zu Stande gekommen sind, gebühret der bestellten Person eine angemessene Entschädigung, wenn sie das Geschäft zu ver-

richten bereit war, und von dem Besteller durch Schuld oder einen Zufall, der sich in seiner Person ereignet hat, daran verhindert, oder überhaupt durch Zeitverlust verkürzt worden ist.

§. 1156.

In der Regel gebühret der Lohn nach vollbrachter Arbeit. Wird aber die Arbeit in gewissen Abtheilungen der Zeit oder des Werkes verrichtet; oder sind Auslagen damit verbunden, die der Bestellte nicht auf sich genommen hat; so ist dieser befugt, einen mit der Dienstleistung oder dem Werke verhältnißmäßigen Theil des Lohnes und den Ersatz der gemachten Auslagen vor vollendetem Werke oder gänzlich verrichteter Arbeit zu fordern.

§. 1157.

Wenn durch einen bloßen Zufall der zur Verfertigung eines Werkes vorbereitete Stoff, oder das Werk selbst ganz oder zum Theile zu Grunde geht; so trägt der Eigenthümer des Stoffes oder des Werkes den Schaden. Hat aber der Besteller einen zur zweckmäßigen Bearbeitung offenbar untauglichen Stoff geliefert; so ist

318 II. Theil. Fünf u. zwanzigstes Hauptstück.  
bestimmt ist, in der ersten Hälfte des Monats  
November abgeführt werden.

§. 1133.

Wann eine  
Erlassung  
statt findet?

In der Regel haftet ein unvollständiger  
Eigenthümer dem anderen nicht für den Zu-  
fall; allein, wenn ein Erbpächter durch Ue-  
berschwemmungen, Krieg oder Seuchen sein  
Pachtgut zu benützen verhindert worden  
ist; so muß demselben für die Zeit der ver-  
mißten Benützung ein angemessener Erlass  
vom Zinse gestattet werden.

§. 1134.

Ein Erbzinsmann hat auf einen ähn-  
lichen Erlass keinen Anspruch; er muß, so  
lange ein Theil des Erbzinsgutes vorhan-  
den ist, den festgesetzten Erbzins voll ent-  
richten.

§. 1135.

Recht den  
verabgerter  
Entrichtung  
des Zinses.

Hat der Erbzinsmann den Zins in der  
bedungenen Zeit nicht abgeführt; so kann  
der Erbzinsherr verlangen, daß die Pachtung  
in Beschlag genommen, und er aus dersel-  
ben schadlos gehalten werde.

§. 1136.

Ein Erbpächter hat in Ansehung des  
über Ein Jahr ausständigen Zinses die



Wahl, entweder die Pfändung der Nutzungen, oder die gerichtliche Versteigerung des Erbpachtgutes zur Berichtigung der Rückstände zu verlangen.

§. 1137.

Der Obereigenthümer ist verpflichtet, den Nutzungseigenthümer in Rücksicht des unmittelbar von ihm erhaltenen Nutzungseigenthumes zu vertreten, und wenn das Nutzungsrecht mit der Substanz wieder vereinigt wird, ihm oder seinem Nachfolger die getroffenen Verbesserungen wie einem anderen redlichen Besitzer zu vergüten, und für die Richtigkeit der öffentlichen Bücher und Register, die er über seine Zinsgüter führt, zu haften.

3) In Rücksicht der Lasten und Verbesserungen.

§. 1138.

Für andere von dem Nutzungseigenthümer aufgebürdete und den öffentlichen Büchern nicht einverleibte Lasten haftet der Obereigenthümer nicht. Der Nutzungseigenthümer kann überhaupt einem Anderen nicht mehr Recht übertragen, als er selbst hat. Das Recht des Einen erlischt also mit dem Rechte des Anderen.

§. 1139.

Rechte und Verbindlichkeiten des Nutzungseigenthümers überhaupt.

Die Rechte und Verbindlichkeiten des Nutzungseigenthümers stehen überhaupt mit den festgesetzten Verbindlichkeiten und Rechten des Obereigenthümers im Verhältnisse.

§. 1140.

Insondere 1) in Rücksicht der Veräußerung.

Der Nutzungseigenthümer bedarf zur Veräußerung die Einwilligung des Obereigenthümers nicht; doch muß er ihn dem Nachfolger zur Beurtheilung, ob derselbe dem Gute vorzustehen und die darauf haftenden Lasten zu entrichten fähig sey, nachhaftig machen. Auf ein Vorkaufs- oder Einstandsrecht hat der Obereigenthümer keinen Anspruch.

§. 1141.

Hat sich aber der Obereigenthümer diese Einwilligung und Rechte ausdrücklich vorbehalten; so muß er sich binnen dreißig Tagen nach der ihm gemachten ordentlichen Anzeige erklären. Nach dieser Frist wird seine Einwilligung für ertheilt gehalten. Ohne Ausübung des Vorkaufs- oder Einstandsrechtes kann er die Einwilligung nur wegen offener Gefahr der

Substanz und der damit verknüpften Rechte verweigern.

§. 1142.

Die Abgabe, welche der Obereigenthümer zuweilen von einem neuen Nutzungseigenthümer zu fordern hat, heißt, wenn die Veränderung bey Lebzeiten geschieht, Lehenwaare (Laudemium); geschieht sie aber von Todes wegen, Sterbelehen. Beyde werden auch Veränderungsgebühren genannt. Ob und wie diese Rechte gegründet seyn, entscheidet die Landesverfassung, die öffentlichen Bücher und Urkunden, oder ein dreyßigjähriger ruhiger Besiß.

§. 1143.

Dem Nutzungseigenthümer gebühret auch ein verhältnißmäßiger Theil von einem gefundenen Schatz (§. 399). Er ist sogar befugt, die Substanz zu verringern, wenn er dem Obereigenthümer beweisen kann, daß die Benutzung des Grundes sonst nicht Statt finde (§. 1129).

<sup>2)</sup> In Abz. eines Schatzes u. der Verminderung der Substanz;

§. 1144.

Der Nutzungseigenthümer trägt alle <sup>3)</sup> verlassenz; ordentliche und außerordentliche, dem Gute anklebende Lasten; er entrichtet die

Steuern, Zehnten und andere besonders vorgemerkten Abgaben. Für Lasten, die den Zins betreffen, haftet der Ober-eigenthümer.

§. 1145.

4) des Gewährbriefes.

Jeder neue Nutzungseigenthümer ist in der Regel verbunden, sich von dem Ober-eigenthümer einen Beglaubigungsschein oder eine Urkunde des erneuerten Nutzungseigenthumes zu verschaffen.

§. 1146.

Besondere Verhältnisse zwischen Gutsbesitzern und Untertanen.

In wie fern die Nutzungseigenthümer gegen die Ober-eigenthümer noch in anderen Verhältnissen stehen, und welche Rechte und Verbindlichkeiten insbesondere zwischen den Gutsbesitzern und den Gutsunterthanen bestehen, ist aus der Verfassung jeder Provinz und den politischen Vorschriften zu entnehmen.

§. 1147.

Rechte aus dem Bodenzins.

Wer nichts als einen Bodenzins entrichtet, hat nur auf die Benützung der Oberfläche, als: Bäume, Pflanzen und Gebäude, und auf einen Theil des auf derselben gefundenen Schatzes Anspruch. Vergrabene Schätze und andere unterirdische

Nutzungen gehören dem Obereigenthümer allein zu.

§. 1148.

Was von der Aufhebung des vollständigen Eigenthumes bestimmt worden ist, (S. 444), gilt überhaupt auch von dem getheilten. Erlösung  
des Nut-  
zungseigen-  
thumes.

§. 1149.

Erbpacht- und Erbzinßgüter gehen auf alle Erben über, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen worden sind. Hat der Nutzungseigenthümer keinen rechtmäßigen Nachfolger, so wird das Nutzungseigenthum mit dem Obereigenthume vereinigt. Doch muß der Obereigenthümer, wenn er von diesem Rechte Gebrauch machen will, alle Schulden des Nutzungseigenthümers, die aus einem anderen Vermögen nicht getilgt werden können, berichtigen. In wie fern ein Obereigenthümer das heimgefallene Gut an Andere zu überlassen verbunden sey, bestimmen die politischen Verordnungen.

§. 1150.

Durch Zerstörung der Pflanzen, Bäume und Gebäude gehet das Nutzungseigenthum

der Oberfläche nicht verloren. So lange noch ein Theil des Grundes bleibt, kann ihn der Besitzer, wenn er anders seinen Zins abführet, mit neuen Pflanzen, Bäumen und Gebäuden besetzen.

---

## Sechß u. zwanzigst. Hauptstück.

### Von entgeltlichen Verträgen über Dienstleistungen.

§. 1151.

Wenn jemand sich zur Dienstleistung oder <sup>1) Lohn-</sup>Verfertigung eines Werkes gegen einen gewissen Lohn im Gelde verpflichtet; so entsteht ein Lohnvertrag.

§. 1152.

So bald jemand eine Arbeit oder ein <sup>Selbstschwei-</sup>Werk bestellt; so wird auch angenommen, <sup>gender Lohn-</sup>daß er in einen angemessenen Lohn eingewilliget habe. Ist der Lohn weder durch die Verabredung, noch durch ein Gesetz fest gesetzt; so bestimmt ihn der Richter.

§. 1153.

Bei wesentlichen Mängeln, die das Recht aus

dem Lohn-  
vertrage.

Wert zum Gebrauche untüchtig machen, oder der ausdrücklichen Bedingung zuwider laufen, ist der Besteller berechtigt, von dem Vertrage abzugehen. Will er dieses nicht, oder sind die Mängel weder wesentlich, noch gegen die ausdrückliche Bedingung; so kann er entweder die Verbesserung, oder eine angemessene Schadloshaltung fordern, und zu dem Ende einen verhältnißmäßigen Theil des Lohnes zurück halten.

§. 1154.

Wenn der Bestellte aus seiner Schuld das Versprechen in der zur Bedingung gesetzten Zeit nicht erfüllet; so ist der Besteller nicht mehr schuldig, die bestellte Sache anzunehmen; er kann auch für den daraus entstandenen Schaden Ersatz fordern. Zögert aber der Besteller mit der Entrichtung des Lohnes; so ist auch er verbunden, den Bestellten vollkommen zu entschädigen,

§. 1155.

Auch für Dienste und Arbeiten, die nicht zu Stande gekommen sind, gebühret der bestellten Person eine angemessene Entschädigung, wenn sie das Geschäft zu ver-



richten bereit war, und von dem Besteller durch Schuld oder einen Zufall, der sich in seiner Person ereignet hat, daran verhindert, oder überhaupt durch Zeitverlust verkürzt worden ist.

§. 1156.

In der Regel gebühret der Lohn nach vollbrachter Arbeit. Wird aber die Arbeit in gewissen Abtheilungen der Zeit oder des Werkes verrichtet; oder sind Auslagen damit verbunden, die der Bestellte nicht auf sich genommen hat; so ist dieser befugt, einen mit der Dienstleistung oder dem Werke verhältnißmäßigen Theil des Lohnes und den Ersatz der gemachten Auslagen vor vollendetem Werke oder gänzlich verrichteter Arbeit zu fordern.

§. 1157.

Wenn durch einen bloßen Zufall der zur Verfertigung eines Werkes vorbereitete Stoff, oder das Werk selbst ganz oder zum Theile zu Grunde geht; so trägt der Eigenthümer des Stoffes oder des Werkes den Schaden. Hat aber der Besteller einen zur zweckmäßigen Bearbeitung offenbar untauglichen Stoff geliefert; so ist

328 II. Theil. Sechs und zwanzigstes Hauptstück.  
der Arbeiter, wenn die Arbeit aus diesem  
Grunde mangelhaft ausfällt, und er den  
Besteller nicht gewarnet hat, für den Scha-  
den verantwortlich.

§. 1158.

Wann die  
Bestellung  
in einen  
Kaufvertrag  
übergehe.

Im Zweifel, ob die Bestellung einer  
Arbeit für einen Kauf- oder für einen Lohn-  
vertrag zu halten sey, wird vermuthet,  
daß derjenige, der den Stoff dazu liefert,  
den Arbeiter bestellet habe. Hat aber der  
Arbeiter den Stoff geliefert; so wird ein  
Kauf vermuthet.

§. 1159.

Wenn mit dem Lohnvertrage noch an-  
dere Nebenverträge verbunden werden; so  
müssen die jedem derselben angemessenen  
gesetzlichen Vorschriften beobachtet werden.

§. 1160.

Erbschöpfung  
des Lohnver-  
trages.

Arbeiter, welche auf eine bestimmte  
Zeit oder bis zur Vollendung eines gewis-  
sen Werkes bestellet worden sind, können  
ohne rechtmäßigen Grund vor verlaufe-  
ner Zeit und vor vollendetem Werke weder  
die Arbeit aufgeben, noch verabschiedet  
werden. Wird die Arbeit unterbrochen;

**Von entgeltlichen Verträgen über Dienstleist. 329**

so verantwortet jeder Theil sein Verschulden, aber keiner den Zufall.

**§. 1161.**

Nur in dringenden Umständen kann der bestellte Arbeiter oder Werkmeister das ihm aufgetragene Geschäft einem Anderen anvertrauen, und selbst in diesem Falle haftet er für ein Verschulden in der Auswahl der Person.

**§. 1162.**

Ein Lohnvertrag über Arbeiten, bey denen auf die besondere Geschicklichkeit der Person Rücksicht genommen zu werden pflegt, wird durch den Tod des Arbeiters aufgehoben, und die Erben können nur den Preis des zubereiteten brauchbaren Stoffes und einen dem Werthe der geleisteten Arbeiten angemessenen Theil des Lohnes fordern. Stirbt der Besteller einer Arbeit; so müssen seine Erben den Vertrag fortsetzen, oder den Bestellten schadlos halten.

**§. 1163.**

Die hier aufgestellten Vorschriften gelten auch von Rechtsfreunden, Aerzten und Wundärzten, Factoren, Provisoren,

Ausdehnung dieser Vorschriften auf Rechtsfreunde,

Kerzte und  
vergleichen.

Künstlern, Lieferanten und anderen Personen, welche sich für ihre Bemühungen einen Gehalt, eine Bestallung, oder sonst eine Belohnung ausdrücklich oder stillschweigend ausbedungen haben, in so fern hierüber keine besonderen Vorschriften bestehen.

§. 1164.

2) Verlags-  
vertrag.

Durch den Vertrag über den Verlag einer Schrift wird jemanden von dem Verfasser das Recht ertheilet, dieselbe durch den Druck zu vervielfältigen und abzusehen. Der Verfasser begibt sich dadurch des Rechtes, das nämliche Werk einem Anderen in Verlag zu überlassen.

§. 1165.

Rechte und  
Pflichten  
zwischen dem  
Verfasser  
und Verle-  
ger.

Der Verfasser ist verbunden, das Werk der Verabredung gemäß zu liefern, und der Verleger gleich nach geliefertem Werke die bedungene Belohnung zu entrichten.

§. 1166.

Wird das Werk von dem Schriftsteller zur bestimmten Zeit oder auf die festgesetzte Art nicht geliefert; so kann der Verleger zurück treten, und, wenn die Abliefe-

Von entgeltlichen Verträgen über Dienstleist. 331  
rung aus Verschulden des Verfassers unter-  
bleibet, die Schadloshaltung fordern.

§. 1167.

Wenn die Zahl der Exemplare bestimmt worden ist; so muß der Verleger zu jeder neuen Auflage die Einwilligung des Verfassers einholen, und über die Bedingungen ein neues Uebereinkommen treffen.

§. 1168.

Will der Verfasser eine neue Ausgabe mit Veränderungen in dem Inhalte des Werkes veranstalten; so ist darüber ebenfalls ein neuer Vertrag zu schließen. Vor dem Absage der Auflage aber ist der Verfasser nur dann zu einer neuen Ausgabe berechtigt, wenn er dem Verleger in Rücksicht der vorrätigen Exemplare eine angemessene Schadloshaltung zu leisten bereit ist.

§. 1169.

Die Rechte des Schriftstellers in Rücksicht einer neuen Auflage oder Ausgabe gehen auf seine Erben nicht über.

§. 1170.

Wenn ein Schriftsteller nach einem ihm von dem Verleger vorgelegten Plane die Bearbeitung eines Werkes über-

nimmt; so hat er nur auf die bedungene Belohnung Anspruch. Dem Verleger steht in der Folge das ganze freie Verlagsrecht zu.

§. 1171.

Diese Vorschriften sind auch auf Landarten, topographische Zeichnungen und musikalische Compositionen anzuwenden. Die Beschränkungen des Nachdruckes sind in den politischen Gesetzen enthalten.

§. 1172.

3) Vertrag zwischen Dienstherrn und dem Gesinde.

Die Rechte und Pflichten zwischen den Dienstherrn und dem Dienstgesinde sind in den besonderen darüber bestehenden Vorschriften enthalten.

§. 1173.

Andere entgeltliche Verträge über Dienste.

Die Verträge, wodurch eine Sache oder eine Handlung für eine übernommene Handlung versprochen wird, sind nach den über die entgeltlichen Verträge überhaupt, und insbesondere nach den in diesem Hauptstücke aufgestellten Regeln zu beurtheilen.

§. 1174.

Was jemand wissentlich zur Bewirkung einer unmöglichen oder unerlaubten

Handlung gegeben hat, kann er nicht wieder zurück fordern. In wie fern es der Fiscus einzuziehen berechtigt sey, bestimmen die politischen Verordnungen. Ist aber etwas zur Verhinderung einer unerlaubten Handlung demjenigen, der diese Handlung begehen wollte, gegeben worden; so findet die Zurückforderung Statt.

---

## Sieben u. zwanzigst. Hauptstück.

### Von dem Vertrage über eine Gemeinschaft der Güter.

§. 1175.

Entstehung  
einer Er-  
werbsgefell-  
schaft.  
Begriff. Durch einen Vertrag, vermöge dessen zwey oder mehrere Personen einwilligen, ihre Mühe allein, oder auch ihre Sachen zum gemeinschaftlichen Nutzen zu vereinigen, wird eine Gesellschaft zu einem gemeinschaftlichen Erwerbe errichtet.

§. 1176.

Eintheilung. Je nachdem die Mitglieder einer Gesellschaft nur einzelne Sachen oder Summen, oder eine ganze Gattung von Sachen, z. B. alle Waaren, alle Früchte,



alle liegende Gründe, oder endlich ihr ganzes Vermögen ohne Ausnahme der Gemeinschaft widmen, sind auch die Arten der Gesellschaft verschieden, und die Gesellschaftsrechte mehr oder weniger ausgedehnet.

§. 1177.

Wenn ein Gesellschaftsvertrag auf das ganze Vermögen lautet; so wird doch nur das gegenwärtige darunter verstanden. Wird aber auch das künftige Vermögen mit begriffen; so versteht man darunter nur das erworbene, nicht das ererbte; außer es wäre beydes ausdrücklich bedungen worden.

§. 1178.

Gesellschaftsverträge, welche sich nur auf das gegenwärtige oder nur auf das zukünftige Vermögen beziehen, sind ungültig, wenn das von dem einen und dem anderen Theile eingebrachte Gut nicht ordentlich beschrieben und verzeichnet worden ist.

Form der Errichtung.

§. 1179.

Wie der gesellschaftliche Vertrag unter Handelsleuten zu errichten, in die ge-

hörigen Register einzutragen und öffentlich bekannt zu machen sey, bestimmen die besonderen Handels- und politischen Geseze. Werden nur einzelne Geschäfte gemeinschaftlich betrieben; so ist genug, wenn der darüber errichtete Vertrag in den Handlungsbüchern erscheint.

## §. 1180.

Der Vertrag über eine Gemeinschaft des ganzen sowohl gegenwärtigen als künftigen Vermögens, welcher gewöhnlich nur zwischen Ehegatten errichtet zu werden pflegt, ist nach den in dem Hauptstücke von den Ehe-Pacten hierüber ertheilten Vorschriften zu beurtheilen. Die gegenwärtigen Vorschriften beziehen sich auf die übrigen Arten der durch Vertrag errichteten Gütergemeinschaft.

## §. 1181.

Wirkung  
des Vertra-  
ges und des  
wirklichen  
Vertrages.

Der Gesellschaftsvertrag gehöret zwar unter die Titel, ein Eigenthum zu erwerben; die Erwerbung selbst aber, und die Gemeinschaft der Güter oder Sachen kommt nur durch die Uebergabe derselben zu Stande.

§. 1182.

Alles, was ausdrücklich zum Betriebe des gemeinschaftlichen Geschäftes bestimmt worden ist, macht das Capital oder den Hauptstamm der Gesellschaft aus. Das Uebrige, was jedes Mitglied besitzt, wird als ein abgesondertes Gut betrachtet.

Haupt-  
stamm.

§. 1183.

Wenn Geld, verbrauchbare, oder zwar unverbrauchbare, jedoch in Geldwerth angeschlagene Sachen eingelegt werden; so ist nicht nur der daraus verschaffte Nutzen, sondern auch der Hauptstamm in Rücksicht der Mitglieder, welche hierzu beigetragen haben, als ein gemeinschaftliches Eigenthum anzusehen. Wer nur seine Mühe zum gemeinschaftlichen Nutzen zu verwenden verspricht, hat zwar auf den Gewinn, nicht aber auf den Hauptstamm einen Anspruch (§. 1192).

§. 1184.

Jedes Mitglied ist, außer dem Falle einer besonderen Verabredung, verbunden, einen gleichen Antheil zum gemeinschaftlichen Hauptstamme beizutragen.

Rechte und  
Pflichten der  
Mitglieder.  
Beitrag  
zum Haupt-  
stamme  
(Fond).

§. 1185.

Mitwir-  
fung.

In der Regel find alle Mitglieder verbunden, ohne Rückficht auf ihren größeren oder geringeren Antheil, zu dem gemeinſchaftlichen Nutzen gleich mitzuwirken.

§. 1186.

Kein Mitglied iſt befugt, die Mitwirkung einem Dritten anzuvertrauen; oder jemanden in die Gefellſchaft aufzunehmen; oder ein der Gefellſchaft ſchädliches Nebengeſchäft zu unternehmen.

§. 1187.

Die Pflichten der Mitglieder werden durch den Vertrag genauer beſtimmt. Wer ſich bloß zur Arbeit verbunden hat, der iſt keinen Beytrag ſchuldig. Wer lediglich einen Geld- oder anderen Beytrag verheißen hat, der hat weder die Verbindlichkeit noch das Recht, auf eine andere Art zu dem gemeinſchaftlichen Erwerbe mitzuwirken.

§. 1188.

Bey der Berathſchlagung und Entſcheidung über die geſellſchaftlichen Angelegenheiten ſind, wenn keine andere Verabredung beſteht, die in dem Hauptſtücke von der Ge-

Von dem Vertr. über eine Gemeinsch. d. Cit. 339  
meinschaft des Eigenthumes gegebenen Vor-  
schriften anzuwenden (§§. 833—842).

§. 1189.

Die Mitglieder können zu einem meh-  
reren Beytrage, als wozu sie sich verpflichtet  
haben, nicht gezwungen werden. Hände  
jedoch bey veränderten Umständen ohne  
Vermehrung des Beytrages die Erreichung  
des gesellschaftlichen Zweckes gar nicht  
Statt; so kann das sich weigernde Mit-  
glied austreten, oder zum Austritte ver-  
halten werden.

Nachschuß  
zum Haupt-  
Kamme.

§. 1190.

Wird Einem oder einigen Mitgliedern  
der Betrieb der Geschäfte anvertrauet; so  
find sie als Bevollmächtigte zu betrachten.  
Auf ihre Berathschlagungen und Entschei-  
dungen über gesellschaftliche Angelegenheiten  
sind ebenfalls die oben (§§. 833—842) er-  
wähnten Vorschriften anzuwenden.

Betrieb der  
anvertrau-  
ten Geschäfts-  
te.

§. 1191.

Jedes Mitglied haftet für den Scha-  
den, den es der Gesellschaft durch sein Ver-  
schulden zugesüget hat. Dieser Schaden läßt  
sich mit dem Nutzen, den es der Gesell-  
schaft sonst verschaffte, nicht ausgleichen.

Haftung für  
den Scha-  
den.

340 II. Theil. Sieben u. zwanzigstes Hauptstck.  
Hat aber ein Mitglied durch ein eigenmächtig unternommenes neues Geschäft der Gesellschaft von einer Seite Schaden, und von der anderen Nutzen verursacht; so soll eine verhältnißmäßige Ausgleichung Statt finden.

§. 1192.

Vertheilung  
des Gewin-  
nes.

Das Vermögen, welches nach Abzug aller Kosten und erlittenen Nachtheile über den Hauptstamm zurück bleibt, ist der Gewinn. Der Hauptstamm selbst bleibt ein Eigenthum derjenigen, welche dazu beigetragen haben; außer es wäre der Werth der Arbeiten zum Capitale geschlagen, und Alles als ein gemeinschaftliches Gut erklärt worden.

§. 1193.

Der Gewinn wird nach Verhältniß der Capitals-Beiträge vertheilt, und die von allen Mitgliedern geleisteten Arbeiten heben sich gegen einander auf. Wenn ein oder einige Mitglieder bloß arbeiten, oder nebst dem Capitals-Beitrage zugleich Arbeiten leisten; so wird für die Bemühungen, wenn keine Verabredung besteht, und die Gesellschafter sich nicht vereinigen können, der

Von dem Vertr. über eine Gemeinsch. d. Süt. 341  
Betrag mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des  
Geschäftes, die angewendete Mühe und den  
verschafften Nutzen vom Gerichte bestimmt.

§. 1194.

Besteht der Gewinn nicht in barem  
Gelde, sondern in anderen Arten der Nut-  
zungen; so geschieht die Theilung nach der  
in dem Hauptstücke von der Gemeinschaft  
des Eigenthumes enthaltenen Vorschrift  
(§. 840—843).

§. 1195.

Die Gesellschaft kann einem Mitgliede,  
seiner vorzüglichen Eigenschaften oder Be-  
mühungen wegen, einen größeren Gewinn  
bewilligen, als ihm nach seinem Antheile  
zukäme; nur dürfen dergleichen Ausnahmen  
nicht in gesetzwidrige Verabredungen oder  
Verkürzungen ausarten.

§. 1196.

Eine solche gesetzwidrige Verabredung  
ist der Vertrag, wodurch jemand für ein  
eingelegtes Capital einerseits sich gegen alle  
Gefahr des Verlustes, sowohl in Rücksicht  
des Capitals als der Zinsen sicher stellet,  
und von aller Mitwirkung befreiet; an-  
dererseits aber dennoch einen die rechtl.

342 II. Theil. Sieben u. zwanzigstes Hauptstück.  
den Vertragszinsen übersteigenden Gewinn  
bedinget.

§. 1197.

Vertheilung  
des Verlustes.

Hat die Gesellschaft ihre Einlage ganz  
oder zum Theile verloren; so wird der Ver-  
lust in dem Verhältnisse vertheilet, wie im  
entgegen gesetzten Falle der Gewinn ver-  
theilt worden wäre. Wer kein Capital ge-  
geben hat, büßt seine Bemühungen ein.

§. 1198.

Rechnungs-  
legung.

Die Mitglieder, denen die Verwaltung  
anvertrauet ist, sind verbunden, über den  
gemeinschaftlichen Hauptstamm und über  
die dahin gehörigen Einnahmen und Aus-  
gaben ordentlich Rechnung zu führen und  
abzulegen.

§. 1199.

Die Schlußrechnung und Theilung des  
Gewinnes oder Verlustes kann vor Vollen-  
dung des Geschäftes nicht gefordert werden.  
Wenn aber Geschäfte betrieben werden, die  
durch mehrere Jahre fortdauern und einen  
jährlichen Nutzen abwerfen sollen; so können  
die Mitglieder, wenn anders das Haupt-  
geschäft nicht darunter leidet, jährlich so-  
wohl die Rechnung, als die Vertheilung



Von dem Vertr. über eine Gemeinsch. d. Gdt. 343.  
des Gewinnes verlangen. Uebrigens kann  
jedes Mitglied zu jeder Zeit auf seine Kosten  
die Rechnungen einsehen.

§. 1200.

Wer sich mit der bloßen Vorlegung des  
Abschlusses (Bilanz) begnügt, oder auch  
seinem Rechte, Rechnung zu fordern, ent-  
sagt hat, kann, wenn er einen Betrug auch  
nur in Einem Theile der Verwaltung be-  
weist, sowohl für den vergangenen Fall,  
als für alle künftige Fälle, auf eine vollstän-  
dige Rechnung bringen.

§. 1201.

Ohne die ausdrückliche oder stillschwei-  
gende rechtliche Einwilligung der Mitglie-  
der oder ihrer Bevollmächtigten kann die  
Gesellschaft einem Dritten nicht verbindlich  
gemacht werden. Bey Handelsleuten begreift  
das Kund gemachte, Einem oder mehreren  
Mitgliedern ertheilte Recht, die Firma zu  
führen, nämlich alle Urkunden und Schrif-  
ten im Rahmen der Gesellschaft zu unter-  
schreiben, schon eine allseitige Vollmacht in  
sich (§. 1028).

Verhältnis  
gegen Nicht-  
mitglieder.

§. 1202.

Ein Mitglied, welches nur mit einem

344 II. Theil. Sieben u. zwanzigstes Hauptstück.  
Theile seines Vermögens in der Gesellschaft steht, kann ein von dem gemeinschaftlichen abgesondertes Vermögen besitzen, worüber es nach Belieben zu verfügen berechtigt ist. Rechte und Verbindlichkeiten, die ein Dritter gegen die Gesellschaft hat, müssen also von den Rechten und Verbindlichkeiten gegen einzelne Mitglieder unterschieden werden.

§. 1203.

Was also jemand an ein einzelnes Mitglied, und nicht an die Gesellschaft zu fordern oder zu zahlen hat, kann er auch nur an das einzelne Mitglied, und nicht an die Gesellschaft fordern oder bezahlen. Eben so hat aber bey gesellschaftlichen Forderungen oder Schulden jedes Mitglied nur für seinen Antheil ein Recht oder eine Verbindlichkeit zur Zahlung, außer in dem Falle, welcher bey Handelsleuten vermuthet wird, daß Alle für Einen und Einer für Alle etwas zugesagt oder angenommen haben.

§. 1204.

Die geheimen Mitglieder einer Handlungsgesellschaft, solche nämlich, welche ihr einen Theil des Fonds auf Gewinn und Verlust dargeliehen haben, aber nicht als

Von dem Vertr. über eine Gemeinsch. d. Ght. 345  
Mitglieder angekündigt worden sind, haften  
in keinem Falle mit mehr als mit dem dar-  
geliehenen Capitale. Die kund gemachten  
Mitglieder haften mit ihrem ganzen Ver-  
mögen.

§. 1205.

Die Gesellschaft löset sich von selbst auf, wenn das unternommene Geschäft vollendet; oder nicht mehr fortzuführen; wenn der ganze gemeinschaftliche Hauptstamm zu Grunde gegangen; oder wenn die zur Dauer der Gesellschaft festgesetzte Zeit verfloßen ist.

Auflösung  
der Gesell-  
schaft, und  
Austritt aus  
derselben.

§. 1206.

Die gesellschaftlichen Rechte und Verbindlichkeiten gehen in der Regel nicht auf die Erben eines Mitgliedes über. Doch sind diese, wenn mit ihnen die Gesellschaft nicht fortgesetzt wird, berechtigt, die Rechnungen bis auf den Tod des Erblassers zu fordern und berichtigen zu lassen. Sie sind aber im entgegen gesetzten Falle auch verbunden, Rechnungen zu legen, und zu berichtigen.

§. 1207.

Besteht die Gesellschaft nur aus zwey Personen; so erlischt sie durch das Abster-

346 II. Theil. Sieben u. zwanzigstes Hauptstück.  
ben der Einen. Besteht sie aus mehreren;  
so wird von den übrigen Mitgliedern ver-  
muthet, daß sie die Gesellschaft noch unter  
sich fortsetzen wollen. Diese Vermuthung  
gilt auch überhaupt von den Erben der Han-  
delsleute.

§. 1208.

Lautet der von Personen, die keine  
Handelsleute sind, errichtete Gesellschafts-  
vertrag ausdrücklich auch auf ihre Erben; so  
sind diese, wenn sie die Erbschaft antreten,  
verpflichtet, sich nach dem Willen des Erb-  
lassers zu fügen; allein auf die Erbeserben  
erstreckt sich dieser Wille nicht; noch weniger  
vermag er eine immerwährende Gesellschaft  
zu begründen (§. 832).

§. 1209.

Wenn der Erbe die von dem Verstorbe-  
nen für die Gesellschaft übernommenen Dien-  
ste zu erfüllen nicht im Stande ist; so muß  
er sich einem verhältnißmäßigen Abzuge an  
dem ausgemessenen Anthelle unterziehen.

§. 1210.

Wenn ein Mitglied die wesentlichen Be-  
dingungen des Vertrages nicht erfüllet;  
wenn es in Concurs verfällt; als Verschwen-

Von dem Vertr. über eine Gemeinsh. d. Glt. 347  
der gerichtlich erklärt, oder überhaupt unter die Curatel gesetzt wird; wenn es durch ein Verbrechen das Vertrauen verliert; so kann es vor Verlauf der Zeit von der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

§. 1211.

Man kann den Gesellschaftsvertrag vor Verlauf der Zeit aufkündigen, wenn dasjenige Mitglied, von welchem der Betrieb des Geschäftes vorzüglich abhing, gestorben oder ausgetreten ist.

§. 1212.

Wenn die Zeit zur Dauer der Gesellschaft weder ausdrücklich bestimmt worden ist, noch aus der Natur des Geschäftes bestimmt werden kann; so kann jedes Mitglied den Vertrag nach Willkür aufkündigen; nur darf es nicht mit Arglist oder zur Unzeit geschehen (§ 830).

§. 1213.

Die Wirkungen einer zwar bestrittenen, aber in der Folge für rechtmäßig erklärten Ausschließung oder Aufkündigung werden auf den Tag, wo sie geschehen sind, zurück gezogen.

§. 1214.

Die Aufhebung einer Handlungsgesellschaft, die Aufnahme und der Austritt ihrer öffentlichen Mitglieder, muß eben so, wie die Errichtung, öffentlich bekannt gemacht werden. Aus dieser Bekanntmachung wird auch die Kraft und die Dauer der Vollmachten beurtheilet.

§. 1215.

Theilung  
des gesell-  
schaftlichen  
Vermögens.

Bei der nach Auflösung einer Gesellschaft vorzunehmenden Theilung des gesellschaftlichen Vermögens sind nebst den obigen Bestimmungen die nämlichen Vorschriften zu beobachten, welche in dem Hauptstücke von der Gemeinschaft des Eigenthumes über die Theilung einer gemeinschaftlichen Sache überhaupt aufgestellt worden sind.

§. 1216.

Die in diesem Hauptstücke enthaltenen Anordnungen sind auch auf die Handlungsgesellschaften anzuwenden, in so fern hierüber nicht besondere Vorschriften bestehen.

---

## Acht u. zwanzigstes Hauptstück.

### Von den Ehe-Pacten.

§. 1217.

**E**he-Pacte heißen diejenigen Verträge, Ehe-Pacte. welche in Absicht auf die eheliche Verbindung über das Vermögen geschlossen werden, und haben vorzüglich das Heirathsgut; die Widerlage; Morgengabe; die Gütergemeinschaft; Verwaltung und Fruchtnießung des eigenen Vermögens; die Erbfolge, oder die auf den Todesfall bestimmte lebenslange Fruchtnießung des Vermögens, und den Witwengehalt zum Gegenstande.

§. 1218.

Unter Heirathsgut versteht man dasjenige Vermögen, welches von der Ehegattin oder für sie von einem Dritten dem Manne zur Erleichterung des mit der ehelichen Gesellschaft verbundenen Aufwandes übergeben oder zugesichert wird. 1) Heirathsgut.

§. 1219.

Deffen Be-  
stellung.

Wenn die Braut eigenes Vermögen be-  
sitzt, und volljährig ist; so hängt es von  
ihr und dem Bräutigam ab, wie sie sich  
wegen des Heirathsgutes und wegen an-  
derer wechselseitigen Gaben mit einander  
verstehen wollen. Ist aber die Braut noch  
minderjährig; so muß der Vertrag von dem  
Vater oder Vormunde, mit Genehmigung  
des vormundschaftlichen Gerichtes, geschlos-  
sen werden.

§. 1220.

Besitzt die Braut kein eigenes, zu einem  
angemessenen Heirathsgute hinlängliches  
Vermögen; so sind Aeltern oder Groß-  
ältern nach der Ordnung, als sie die Kin-  
der zu ernähren und zu versorgen verpflich-  
tet sind, verbunden, den Töchtern oder En-  
kelinnen bey deren Verehelichung ein ihrem  
Stande und Vermögen angemessenes Hei-  
rathsgut zu geben, oder dazu verhältniß-  
mäßig beyzutragen (§. 141 u. 143). Eine  
uneheliche Tochter kann nur von ihrer Mut-  
ter ein Heirathsgut verlangen.

§. 1221.

Verufen sich Aeltern oder Großältern



auf ihr Unermögen zur Bestellung eines anständigen Heirathsgutes; so soll auf Ansuchen der Brautpersonen das Gericht die Umstände, jedoch ohne strenge Erforschung des Vermögensstandes, untersuchen, und hiernach ein angemessenes Heirathsgut bestimmen, oder die Aeltern und Großältern davon frey sprechen.

§. 1222.

Wenn eine Tochter ohne Wissen, oder gegen den Willen ihrer Aeltern sich verhehlicht hat, und das Gericht die Ursache der Mißbilligung gegründet findet; so sind die Aeltern, selbst in dem Falle, daß sie in der Folge die Ehe genehmigen, nicht schuldig, ihr ein Heirathsgut zu geben.

§. 1223.

Hat eine Tochter ihr Heirathsgut schon erhalten, und es, obchon ohne ihr Verschulden, verloren; so ist sie nicht mehr, selbst nicht in dem Falle einer zweyten Ehe, berechtigt, ein neues zu fordern.

§. 1224.

Im Zweifel, ob das Heirathsgut von dem Vermögen der Aeltern oder der Braut ausgesetzt worden sey, wird das Letztere

352 II. Theil. Acht u. zwanzigstes Hauptstück.

angenommen. Haben aber Aeltern das Heirathsgut ihrer minderjährigen Tochter ohne obervormundschaftliche Genehmigung bereits ausgezahlt; so wird vermuthet, daß es die Aeltern aus eigenem Vermögen gethan haben.

§. 1225.

Uebergabe,

Hat sich der Ehemann vor geschlossener Ehe kein Heirathsgut bedungen; so ist er auch keines zu fordern berechtigt. Die Uebergabe des bedungenen Heirathsgutes kann, wenn keine andere Zeit festgesetzt worden ist, gleich nach geschlossener Ehe begrebet werden.

§. 1226.

und Beweis  
derselben.

Wenn über das Vermögen des Ehemannes ein Conkurs verhängt wird; so macht seine vor Ausbruch des Concurses geschehene schriftliche oder mündliche Bestätigung, daß er das Heirathsgut empfangen habe, gegen jedermann einen Beweis. Erfolgt aber die Bestätigung erst nach ausgebrochenem Concurse; so hat sie gegen die Gläubiger keine Beweiskraft.

§. 1227.

Gegenstand  
des Heiraths.

Alles, was sich veräußern und nutzen

läßt, ist zum Heirathsgute geeignet. So lange die eheliche Gesellschaft fortgesetzt wird, gehört die Fruchtnießung des Heirathsgutes, und dessen, was demselben zuwächst, dem Manne. Besteht das Heirathsgut in barem Gelde, in abgetretenen Schuldforderungen oder verbrauchbaren Sachen; so gebührt ihm das vollständige Eigenthum.

gutes und Rechte des Ehemannes und der Ehefrau in Rücksicht desselben.

§. 1228.

Besteht das Heirathsgut in unbeweglichen Gütern, in Rechten oder Fahnrisen, welche mit Schonung der Substanz benutzt werden können; so wird die Ehegattinn so lange als Eigenthümerinn und der Mann als Fruchtnießer desselben angesehen, bis bewiesen wird, daß der Ehemann das Heirathsgut für einen bestimmten Preis übernommen, und sich nur zur Zurückgabe dieses Geldbetrages verbunden hat.

§. 1229.

Nach dem Gesetze fällt das Heirathsgut nach dem Tode des Mannes seiner Ehegattinn, und wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben heim. Soll sie oder ihre Er-

ben davon ausgeschlossen seyn; so muß dieses ausdrücklich bestimmt werden. Wer das Heirathsgut freywillig bestellet, kann sich ausbedingen, daß es nach dem Tode des Mannes auf ihn zurückfalle.

## §. 1230.

2) Widers-  
lage.

Was der Bräutigam oder ein Dritter der Braut zur Vermehrung des Heirathsgutes aussetzt, heißt Widerlage. Hiervon gebühret zwar der Ehegattinn während der Ehe kein Genuß; allein, wenn sie den Mann überlebt, gebührt ihr ohne besondere Uebereinkunft auch das freye Eigenthum, obgleich dem Manne auf den Fall seines Ueberlebens das Heirathsgut nicht verschrieben worden ist.

## §. 1231.

Weder der Bräutigam, noch seine Aeltern sind verbunden, eine Widerlage zu bestimmen. Doch in eben der Art, in welcher die Aeltern der Braut schuldig sind, ihr ein Heirathsgut auszusetzen, liegt auch den Aeltern des Bräutigams ob, ihm eine ihrem Vermögen angemessene Ausstattung zu geben (§. 1220—1223).

§. 1232.

Das Geschenk, welches der Mann seiner Gattinn am ersten Morgen zu geben verspricht, heißt Morgengabe. Ist dieselbe versprochen worden, so wird im Zweifel vermuthet, daß sie binnen den ersten drey Jahren der Ehe schon überreicht worden sey.

§. 1233.

Die eheliche Verbindung allein begründet noch keine Gemeinschaft der Güter zwischen den Eheleuten. Dazu wird ein besonderer Vertrag erfordert, dessen Umfang und rechtliche Form nach den §§. 1177 und 1178 des vorigen Hauptstückes beurtheilet wird.

§. 1234.

Die Gütergemeinschaft unter Ehegatten wird in der Regel nur auf den Todesfall verstanden. Sie gibt dem Ehegatten das Recht, auf die Hälfte dessen, was von den der Gemeinschaft wechselseitig unterzogenen Gütern nach Ableben des anderen Ehegatten noch vorhanden seyn wird.

§. 1235.

Vey einer Gemeinschaft, die sich auf

das ganze Vermögen bezieht, findet bei der Theilung alle Schulden ohne Ausnahme, bey einer Gemeinschaft aber, das das gegenwärtige, oder bloß das künftige Vermögen zum Gegenstande hat, nur diejenigen Schulden abzugiehen, die zum Nutzen des gemeinschaftlichen Gutes verwendet worden sind.

## §. 1236.

Besitzt ein Ehegatte ein unbewegliches Gut, und wird das Recht des andern Ehegatten zur Gemeinschaft in die öffentlichen Bücher eingetragen; so erhält dieser durch die Eintragung auf die Hälfte der Substanz des Gutes ein dingliches Recht, vermöge dessen der eine Ehegatte über diese Hälfte keine Anordnung machen kann; auf die Nutzungen aber während der Ehe erhält er durch die Einverleibung keinen Anspruch. Nach dem Tode des Ehegatten gebühret dem überlebenden Theile sogleich das freye Eigenthum seines Antheiles. Doch kann eine solche Einverleibung den auf das Gut früher eingetragenen Gläubigern nicht zum Nachtheile gereichen.

§. 1237.

Haben Eheleute über die Verwendung ihres Vermögens keine besondere Uebereinkunft getroffen; so behält jeder Ehegatte sein voriges Eigenthumsrecht, und auf das, was ein jeder Theil während der Ehe erwirbt, und auf was immer für eine Art überkommt, hat der andere keinen Anspruch. Im Zweifel wird vermuthet, daß der Erwerb von dem Manne herühre.

5) Verwaltung und Nutznießung des ursprünglichen oder erworbenen Vermögens.

§. 1238.

So lange die Ehegattinn nicht widersprochen hat, gilt die rechtliche Vermuthung, daß sie dem Manne als ihrem gesetzmäßigen Vertreter die Verwaltung ihres freyen Vermögens anvertrauet habe.

§. 1239.

Der Ehegatte wird in Rücksicht einer solchen Verwaltung zwar überhaupt wie ein 'anderer bevollmächtigter Sachwalter angesehen; doch haftet er nur für das Stammgut oder Capital. Ueber die während der Verwaltung bezogenen Nutzungen ist er, wenn es nicht ausdrücklich bedungen worden, keine Rechnung schuldig; die-

se wird vielmehr bis auf den Tag der aufgehobenen Verwaltung für berichtigt angesehen.

§. 1240.

Auch die Ehegattinn ist nicht schuldig, den Fruchtgenuß, den sie ihrem Manne abgetreten, aber während der Ehe selbst bezogen hat, zu verrechnen; es steht aber den Ehegatten frey, dergleichen stillschweigend eingestandene Verwaltungen einzustellen.

§. 1241.

In dringenden Fällen, oder bey Gefahr eines Nachtheiles, kann dem Ehe-  
manne die Verwaltung des Vermögens,  
selbst wenn sie ihm ausdrücklich und auf  
immer verwilliget worden wäre, abgenom-  
men werden. Hingegen ist auch er befugt,  
der unordentlichen Wirthschaft seiner Gat-  
tinn Einhalt zu thun, und sie unter den  
gesetzlichen Vorschriften sogar als Ver-  
schwenderinn erklären zu lassen.

§. 1242.

6) Witwen-  
gehalt.

Das, was einer Gattinn auf den Fall  
des Witwenstandes zum Unterhalte be-  
stimmt wird, heißt Witwengehalt. Dieser  
gebühret der Witwe gleich nach dem Tode



des Mannes, und soll immer auf drey Monathe vorhin ein entrichtet werden.

§. 1243.

Der Witwe gebühret noch durch sechs Wochen nach dem Tode des Mannes, und, wann sie schwanger ist, bis nach Verlauf von sechs Wochen nach ihrer Entbindung die gewöhnliche Verpflegung aus der Verlassenschaft. So lange sie aber diese Verpflegung genießt, kann sie keinen Wittwengehalt beziehen.

§. 1244.

Wenn die Witwe sich verehelicht; so verliert sie das Recht auf den Wittwengehalt.

§. 1245.

Wer das Heirathsgut übergibt, ist berechtigt, bey der Uebergabe, oder wenn in der Folge Gefahr eintritt, von demjenigen, der es empfängt, eine angemessene Sicherstellung zu fordern. Vormünder und Curatoren einer pflegebefohlenen Braut können die Sicherstellung des Heirathsgutes, und eben so der bedungenen Widerlage und des Wittwengehaltes, ohne Genehmigung des obervormundschaftlichen Gerichtes, nicht erlassen.

Sicherstellung des Heirathsgutes, der Widerlage und des Wittwengehaltes.

§. 1246.

Schenkungen unter Ehegatten und Verlobten.

Die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Schenkungen zwischen Ehegatten wird nach den für die Schenkungen überhaupt bestehenden Gesetzen beurtheilt.

§. 1247.

Was ein Mann seiner Ehegattinn an Schmuck, Edelsteinen und anderen Kostbarkeiten zum Puße gegeben hat, wird im Zweifel nicht für gelehnt; sondern für geschenkt angesehen. Wenn aber ein verlobter Theil dem anderen; oder auch ein Dritter dem einen oder anderen Theile in Rücksicht auf die künftige Ehe etwas zusichert oder schenket; so kann, wenn die Ehe ohne Verschulden des Geschenkgebers nicht erfolgt, die Schenkung widerrufen werden.

§. 1248.

Wechselseitige Testamente.

Den Ehegatten ist gestattet, in einem und dem nämlichen Testamente sich gegenseitig, oder auch andere Personen als Erben einzusetzen. Auch ein solches Testament ist widerruflich; es kann aber aus der Widerrufung des einen Theiles auf die Widerrufung des anderen Theiles nicht geschlossen werden (§. 583).

§. 1249.

Zwischen Ehegatten kann auch ein Erbvertrag, wodurch der künftige Nachlaß oder ein Theil desselben versprochen, und das Versprechen angenommen wird, geschlossen werden (§. 502). Zur Gültigkeit eines solchen Vertrages ist jedoch nothwendig, daß er schriftlich mit allen Erfordernissen eines schriftlichen Testaments errichtet werde.

Erbvertr.  
ge. Erforder-  
nisse zur Gültig-  
keit des  
Erbvertra-  
ges.

§. 1250.

Ein pflegebefohlener Ehegatte kann zwar die ihm versprochene, unnachtheilige Verlassenschaft annehmen; aber die Verfügung über seine eigene Verlassenschaft kann, ohne Genehmigung des Gerichtes, nur in so fern bestehen, als sie ein gültiges Testament ist.

§. 1251.

Was von Bedingungen bey Verträgen überhaupt gesagt worden ist, muß auch auf Erbverträge zwischen Ehegatten angewendet werden.

Vorschrift  
über die ein-  
gerückten  
Bedingun-  
gen.

§. 1252.

Ein selbst den öffentlichen Büchern einverleibter Erbvertrag hindert den Ehegatten.

Wirkung  
des Erbver-  
trages.

362 II. Theil. Acht und zwanzigstes Hauptstück.

ten nicht, mit seinem Vermögen, so lange er lebt, nach Belieben zu schalten. Das Recht, welches daraus entsteht, setzt den Tod des Erblassers voraus; es kann von dem Vertragserben, wenn er den Erblasser nicht überlebt, weder auf Andere übertragen, noch der künftigen Erbschaft willen eine Sicherstellung gefordert werden.

§. 1253.

Durch den Erbvertrag kann ein Ehegatte auf das Recht, zu testiren, nicht gänzlich Verzicht thun. Ein reiner Vierteltheil, worauf weder der jemanden gebührende Pflichttheil, noch eine andere Schuld haften darf, bleibt Kraft des Gesetzes zur freien letzten Anordnung immer vorbehalten. Hat der Erblasser darüber nicht verfügt; so fällt er doch nicht dem Vertragserben, obschon die ganze Verlassenschaft versprochen worden wäre, sondern den gesetzlichen Erben zu.

§. 1254.

Erbschaft  
derselben.

Der Erbvertrag kann zum Nachtheile des anderen Gatten, mit dem er geschlossen worden ist, nicht widerrufen; sondern nur nach Vorschrift der Gesetze entkräftet

werden. Den Aotherben bleiben ihre Rechte, wie gegen eine andere letzte Anordnung, vorbehalten.

§. 1255.

Wenn ein Ehegatte dem anderen die Fruchtnießung seines Vermögens auf den Fall des Ueberlebens ertheilt; so wird er dadurch in der freyen Verfügung durch Handlungen unter Lebenden nicht beschränkt; das Recht der Fruchtnießung (§. 509—520) bezieht sich nur auf den Nachlaß des frey vererblichen Vermögens.

Fruchtnießung auf den Todesfall. (Abvitalitäts-Recht).

§. 1256.

Wird aber die Fruchtnießung eines unbeweglichen Gutes mit Einwilligung des Verleihers den öffentlichen Büchern einverleibt; so kann dieselbe in Hinsicht dieses Gutes nicht mehr verkürzt werden.

§. 1257.

In dem Falle, daß der überlebende Theil sich wieder verheirathet, oder die Fruchtnießung einem Anderen abtreten will, haben die Kinder des verstorbenen Ehegatten das Recht, zu verlangen, daß ihnen dieselbe gegen einen angemessenen jährlichen Betrag überlassen werde.

ben davon ausgeschlossen seyn; so muß dieses ausdrücklich bestimmt werden. Wer das Heirathsgut freywillig bestellet, kann sich ausbedingen, daß es nach dem Tode des Mannes auf ihn zurückfalle.

## §. 1230.

2) Wider-  
lage.

Was der Bräutigam oder ein Dritter der Braut zur Vermehrung des Heirathsgutes aussetzt, heißt Widerlage. Hiervon gebühret zwar der Ehegattinn während der Ehe kein Genuß; allein, wenn sie den Mann überlebt, gebührt ihr ohne besondere Uebereinkunft auch das freye Eigenthum, obgleich dem Manne auf den Fall seines Ueberlebens das Heirathsgut nicht verschrieben worden ist.

## §. 1231.

Weder der Bräutigam, noch seine Aeltern sind verbunden, eine Widerlage zu bestimmen. Doch in eben der Art, in welcher die Aeltern der Braut schuldig sind, ihr ein Heirathsgut auszusetzen, liegt auch den Aeltern des Bräutigams ob, ihm eine ihrem Vermögen angemessene Ausstattung zu geben (§. 1220—1223).

§. 1232.

Das Geschenk, welches der Mann seiner Gattinn am ersten Morgen zu geben verspricht, heißt Morgengabe. Ist dieselbe versprochen worden, so wird im Zweifel vermuthet, daß sie binnen den ersten drey Jahren der Ehe schon überreicht worden sey.

3) Morgengabe.

§. 1233.

Die eheliche Verbindung allein begründet noch keine Gemeinschaft der Güter zwischen den Eheleuten. Dazu wird ein besonderer Vertrag erfordert, dessen Umfang und rechtliche Form nach den §§. 1177 und 1178 des vorigen Hauptstückes beurtheilet wird.

4) Gütergemeinschaft.

§. 1234.

Die Gütergemeinschaft unter Ehegatten wird in der Regel nur auf den Todesfall verstanden. Sie gibt dem Ehegatten das Recht, auf die Hälfte dessen, was von den der Gemeinschaft wechselseitig unterzogenen Gütern nach Ableben des anderen Ehegatten noch vorhanden seyn wird.

§. 1235.

Vey einer Gemeinschaft, die sich auf

das ganze Vermögen bezieht, sind vor der Theilung alle Schulden ohne Ausnahme, bey einer Gemeinschaft aber, die bloß das gegenwärtige, oder bloß das künftige Vermögen zum Gegenstande hat, nur diejenigen Schulden abzuziehen, die zum Nutzen des gemeinschaftlichen Gutes verwendet worden sind.

## §. 1236.

Besitzt ein Ehegatte ein unbewegliches Gut, und wird das Recht des anderen Ehegatten zur Gemeinschaft in die öffentlichen Bücher eingetragen; so erhält dieser durch die Eintragung auf die Hälfte der Substanz des Gutes ein dingliches Recht, vermöge dessen der eine Ehegatte über diese Hälfte keine Anordnung machen kann; auf die Nutzungen aber während der Ehe erhält er durch die Einverleibung keinen Anspruch. Nach dem Tode des Ehegatten gebühret dem überlebenden Theile sogleich das freye Eigenthum seines Antheiles. Doch kann eine solche Einverleibung den auf das Gut früher eingetragenen Gläubigern nicht zum Nachtheile gereichen.



§. 1237.

Haben Eheleute über die Verwendungs ihres Vermögens keine besondere Uebereinkunft getroffen; so behält jeder Ehegatte sein voriges Eigenthumsrecht, und auf das, was ein jeder Theil während der Ehe erwirbt, und auf was immer für eine Art überkommt, hat der andere keinen Anspruch. Im Zweifel wird vermuthet, daß der Erwerb von dem Manne her-  
 5) Verwaltung und Nutznießung des ursprünglichen oder erworbenen Vermögens.

§. 1238.

So lange die Ehegattinn nicht widersprochen hat, gilt die rechtliche Vermuthung, daß sie dem Manne als ihrem gesetzmäßigen Vertreter die Verwaltung ihres freyen Vermögens anvertrauet habe.

§. 1239.

Der Ehegatte wird in Rücksicht einer solchen Verwaltung zwar überhaupt wie ein anderer bevollmächtigter Sachwalter angesehen; doch haftet er nur für das Stammgut oder Capital. Ueber die während der Verwaltung bezogenen Nutzungen ist er, wenn es nicht ausdrücklich bedungen worden, keine Rechnung schuldig; die-

se wird vielmehr bis auf den Tag der aufgehobenen Verwaltung für berichtigt angesehen.

§. 1240.

Auch die Ehegattinn ist nicht schuldig, den Fruchtgenuß, den sie ihrem Manne abgetreten, aber während der Ehe selbst bezogen hat, zu verrechnen; es steht aber den Ehegatten frey, dergleichen stillschweigend eingestandene Verwaltungen einzustellen.

§. 1241.

In dringenden Fällen, oder bey Gefahr eines Nachtheiles, kann dem Ehemanne die Verwaltung des Vermögens, selbst wenn sie ihm ausdrücklich und auf immer verwilliget worden wäre, abgenommen werden. Hingegen ist auch er befugt, der unordentlichen Wirthschaft seiner Gattinn Einhalt zu thun, und sie unter den gesetzlichen Vorschriften sogar als Verschwenderinn erklären zu lassen.

§. 1242.

6) Witwen-  
gehalt.

Das, was einer Gattinn auf den Fall des Witwenstandes zum Unterhalte bestimmt wird, heißt Witwengehalt. Dieser gebühret der Witwe gleich nach dem Tode

des Mannes, und soll immer auf drey Monate vorhin ein entrichtet werden.

§. 1243.

Der Witwe gebühret noch durch sechs Wochen nach dem Tode des Mannes, und, wann sie schwanger ist, bis nach Verlauf von sechs Wochen nach ihrer Entbindung die gewöhnliche Verpflegung aus der Verlassenschaft. So lange sie aber diese Verpflegung genießt, kann sie keinen Witwengehalt beziehen.

§. 1244.

Wenn die Witwe sich verhehelichet; so verliert sie das Recht auf den Witwengehalt.

§. 1245.

Wer das Heirathsgut übergibt, ist berechtigt, bey der Uebergabe, oder wenn in der Folge Gefahr eintritt, von demjenigen, der es empfängt, eine angemessene Sicherstellung zu fordern. Vormünder und Curatoren einer pflegebefohlenen Braut können die Sicherstellung des Heirathsgutes, und eben so der bedungenen Widerlage und des Witwengehaltes, ohne Genehmigung des obervormundschaftlichen Gerichtes, nicht erlassen.

Sicherstellung des Heirathsgutes, der Widerlage und des Witwengehaltes.

§. 1246.

Schenkungen unter Ehegatten und Verlobten.

Die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Schenkungen zwischen Ehegatten wird nach den für die Schenkungen überhaupt bestehenden Gesetzen beurtheilt.

§. 1247.

Was ein Mann seiner Ehegattinn an Schmuck, Edelsteinen und anderen Kostbarkeiten zum Puge gegeben hat, wird im Zweifel nicht für gelehnt; sondern für geschenkt angesehen. Wenn aber ein verlobter Theil dem anderen; oder auch ein Dritter dem einen oder anderen Theile in Rücksicht auf die künftige Ehe etwas zusichert oder schenket; so kann, wenn die Ehe ohne Verschulden des Geschenkgebers nicht erfolgt, die Schenkung widerrufen werden.

§. 1248.

Wechselseitige Testamente.

Den Ehegatten ist gestattet, in einem und dem nämlichen Testamente sich gegenseitig, oder auch andere Personen als Erben einzusetzen. Auch ein solches Testament ist widerruflich; es kann aber aus der Widerrufung des einen Theiles auf die Widerrufung des anderen Theiles nicht geschlossen werden (§. 583).

§. 1249.

Zwischen Ehegatten kann auch ein Erbvertrag, wodurch der künftige Nachlaß oder ein Theil desselben versprochen, und das Versprechen angenommen wird, geschlossen werden (§. 502). Zur Gültigkeit eines solchen Vertrages ist jedoch nothwendig, daß er schriftlich mit allen Erfordernissen eines schriftlichen Testaments errichtet werde.

Erbvertr.  
ge. Erforder-  
nisse zur Gültig-  
keit des  
Erbvertrages.

§. 1250.

Ein pflegebefohlener Ehegatte kann zwar die ihm versprochene, unnachtheilige Verlassenschaft annehmen; aber die Verfügung über seine eigene Verlassenschaft kann, ohne Genehmigung des Gerichtes, nur in so fern bestehen, als sie ein gültiges Testament ist.

§. 1251.

Was von Bedingungen bey Verträgen überhaupt gesagt worden ist, muß auch auf Erbverträge zwischen Ehegatten angewendet werden.

Vorschrift  
über die ein-  
gerückten  
Bedingun-  
gen.

§. 1252.

Ein selbst den öffentlichen Büchern einverleibter Erbvertrag hindert den Ehegatten.

Wirkung  
des Erbver-  
trages.

ten nicht, mit seinem Vermögen, so lange er lebt, nach Belieben zu schalten. Das Recht, welches daraus entsteht, setzt den Tod des Erblassers voraus; es kann von dem Vertragserben, wenn er den Erblasser nicht überlebt, weder auf Andere übertragen, noch der künftigen Erbschaft willen eine Sicherstellung gefordert werden.

## §. 1253.

Durch den Erbvertrag kann ein Ehegatte auf das Recht, zu testiren, nicht gänzlich Verzicht thun. Ein reiner Viertel, worauf weder der jemanden gebührende Pflichttheil, noch eine andere Schuld haften darf, bleibt Kraft des Gesetzes zur freien letzten Anordnung immer vorbehalten. Hat der Erblasser darüber nicht verfügt; so fällt er doch nicht dem Vertragserben, obschon die ganze Verlassenschaft versprochen worden wäre, sondern den gesetzlichen Erben zu.

## §. 1254.

Erbschung  
desselben.

Der Erbvertrag kann zum Nachtheile des anderen Gatten, mit dem er geschlossen worden ist, nicht widerrufen; sondern nur nach Vorschrift der Gesetze entkräftet

werden. Den Aotherben bleiben ihre Rechte, wie gegen eine andere letzte Anordnung, vorbehalten.

§. 1255.

Wenn ein Ehegatte dem anderen die Fruchtnießung seines Vermögens auf den Fall des Ueberlebens ertheilt; so wird er dadurch in der freyen Verfügung durch Handlungen unter Lebenden nicht beschränkt; das Recht der Fruchtnießung (§. 509—520) bezieht sich nur auf den Nachlaß des frey vererblichen Vermögens.

Fruchtnießung auf den Todesfall. (Abditallitäts-Recht).

§. 1256.

Wird aber die Fruchtnießung eines unbeweglichen Gutes mit Einwilligung des Verleiher's den öffentlichen Büchern einverleibt; so kann dieselbe in Hinsicht dieses Gutes nicht mehr verkürzt werden.

§. 1257.

In dem Falle, daß der überlebende Theil sich wieder verehelicht, oder die Fruchtnießung einem Andern abtreten will, haben die Kinder des verstorbenen Ehegatten das Recht, zu verlangen, daß ihnen dieselbe gegen einen angemessenen jährlichen Betrag überlassen werde.

§. 1258.

Ein Ehegatte, welcher auf die Frucht-  
nießung der ganzen Verlassenschaft des an-  
deren Ehegatten, oder eines Theiles dersel-  
ben Anspruch macht, hat kein Recht, den  
ihm in dem Falle der gesetzlichen Erbfolge  
von dem Gesetze ausgemessenen Antheil zu  
fordern (§. 757—759).

§. 1259.

Einlab-  
schaft.

Die Einkindschaft, das ist, ein Ver-  
trag, wodurch Kinder aus verschiedenen  
Ehen in der Erbfolge einander gleich ge-  
halten werden sollen, hat keine rechtliche  
Wirkung.

§. 1260.

Absonde-  
rung des  
Vermögens  
in dem Falle;

1) eines  
Concurſes;

Wenn über das Vermögen des Mannes  
bey seinen Lebzeiten ein Concurſ eröfnet  
wird; so kann die Ehegattinn zwar noch  
nicht die Zurückstellung des Heirathsgu-  
tes und die Herausgabe der Widerlage,  
sondern nur die Sicherstellung für den Fall  
der Auflösung der Ehe gegen die Gläubig-  
er verlangen. Sie ist überdieß berechtigt,  
von Zeit der Concurſ-Eröffnung den Ge-  
nuß des wittiblichen Unterhaltes, und wenn  
keiner bedungen ist, den Genuß des Hei-



rathsgutes anzusprechen. Dieser Anspruch auf den einen oder den anderen Genuß hat aber nicht Statt, wenn bewiesen wird, daß die Ehegattinn an dem Verfall der Vermögensumstände des Mannes Ursache sey.

§. 1261.

Verfällt die Gattinn mit ihrem Vermögen in den Concurs; so bleiben die Ehe-Pacte unverändert.

§. 1262.

Ist zwischen den Ehegatten eine Gemeinschaft der Güter bedungen; so hört dieselbe durch den Concurs des einen oder des anderen Ehegatten auf, und das zwischen ihnen gemeinschaftliche Vermögen wird, wie bey dem Tode, getheilt.

§. 1263.

Wenn Ehegatten übereinkommen, ges<sup>a) einer</sup>chieden zu leben, so hängt es auch von<sup>freiwilligen,</sup> ihrem Einverständnisse ab, welches immer zugleich zu treffen ist (§§. 103—105), ob sie ihre Ehe-Pacte fortbauern lassen, oder auf welche Art sie dieselben abändern wollen.

§. 1264.

Ist aber auf die Scheidung durch rich<sup>oder 3) ein</sup>tergerichtet.

den Schei-  
dung;

terliches Urtheil erkannt worden, und trägt kein Theil, oder jeder Theil Schuld an der Scheidung; so kann ein oder der andere Ehegatte verlangen, daß die Ehe-Pacte für aufgehoben erklärt werden, worüber von dem Gerichte stets ein Vergleich zu versuchen ist (§. 108). Ist ein Theil schuldlos, so steht demselben frey, die Fortsetzung oder Aufhebung der Ehe-Pacte, oder nach Umständen, den angemessenen Unterhalt zu verlangen.

§. 1265.

2) Wichtig-  
erklärung;

Wird eine Ehe für ungültig erklärt; so zerfallen auch die Ehe-Pacte; das Vermögen kommt, in so fern es vorhanden ist, in den vorigen Stand zurück. Der schuldtragende Theil hat aber dem schuldlosen Theile Entschädigung zu leisten. (§. 102).

§. 1266.

3) Trennung  
der Ehe.

Wird die Trennung der Ehe (§§. 115 und 133) auf Verlangen beyder Ehegatten, ihrer unüberwindlichen Abneigung wegen, verwilliget; so sind die Ehe-Pacte, so weit darüber kein Vergleich getroffen wird (§. 117), für beyde Theile erloschen. Wird

auf die Trennung der Ehe durch Urtheil erkannt, so gebühret dem schuldlosen Ehegatten nicht nur volle Genugthuung, sondern von dem Zeitpuncte der' erkannten Trennung alles dasjenige, was ihm in den Ehe-Pacten auf den Fall des Ueberlebens bedungen worden ist. Das Vermögen, worüber eine Gütergemeinschaft bestanden hat, wird wie bey dem Tode getheilt, und das Recht aus einem Erbvertrage bleibt dem Schuldlosen auf den Todesfall vorbehalten. Die gesetzliche Erbfolge (§§. 757 bis 759) kann ein getrennter, obgleich schuldloser Ehegatte nicht ansprechen.

---

## Neun u. zwanzigstes Hauptstück.

### Von den Glücksverträgen.

§. 1267.

Glücksver-  
träge.

Ein Vertrag, wodurch die Hoffnung eines noch ungewissen Vortheiles versprochen und angenommen wird, ist ein Glücksvertrag. Er gehört, je nachdem etwas dagegen versprochen wird oder nicht, zu den entgeltlichen oder unentgeltlichen Verträgen.

§. 1268.

Bei Glücksverträgen findet das Rechtsmittel wegen Verkürzung über die Hälfte des Werthes nicht Statt.

§. 1269.

Arten der  
Glücksver-  
träge.

Glücksverträge sind: die Wette; das Spiel und das Loos; alle über gehoffte Rech-

te, oder über künftige noch unbestimmte Sachen errichtete Kauf- und andere Verträge; ferner, die Leibrenten; die gesellschaftlichen Versorgungsanstalten; endlich, die Versicherungs- und Bodmereyverträge.

§. 1270.

Wenn über ein beyden Theilen noch unbekanntes Ereigniß ein bestimmter Preis zwischen ihnen für denjenigen, dessen Behauptung der Erfolg entspricht, verabredet wird; so entsteht eine Wette. Hatte der gewinnende Theil von dem Ausgange Gewißheit, und verheimlichte er sie dem anderen Theile; so macht er sich einer Arglist schuldig, und die Wette ist ungültig. Der verlierende Theil aber, dem der Ausgang vorher bekannt war, ist als ein Geschenkggeber anzusehen.

§. 1271.

Rebliche und sonst erlaubte Wetten sind in so weit verbindlich, als der bedungene Preis nicht bloß versprochen, sondern wirklich entrichtet oder hinterlegt worden ist. Gerichtlich kann der Preis nicht gefordert werden.

§. 1272.

2) das  
Spiel;

Jedes Spiel ist eine Art von Wette. Die für Wetten festgesetzten Rechte gelten auch für Spiele. Welche Spiele überhaupt, oder für besondere Classen verbotben; wie Personen, die verbotbene Spiele treiben, und diejenigen, die ihnen dazu Unterschleif geben, zu bestrafen sind, bestimmen die politischen Geseze.

§. 1273.

3) Los;

Ein zwischen Privat-Personen auf eine Wette oder auf ein Spiel abzielendes Los wird nach den für Wetten und Spiele festgesetzten Vorschriften beurtheilet. Soll aber eine Theilung, eine Wahl, oder eine Streitigkeit durch das Los entschieden werden; so treten dabey die Rechte der übrigen Verträge ein.

§. 1274.

Staats-Lotterien sind nicht nach der Eigenschaft der Wette und des Spieles; sondern nach den jedes Mal darüber kundgemachten Planen zu beurtheilen.

§. 1275.

4) Hoff-  
nungskauf;

Wer für ein bestimmtes Maß von einem künftigen Ertragnisse einen verhält-

ntfährigen Preis verspricht, schließt einen ordentlichen Kaufvertrag.

§. 1276.

Wer die künftigen Nutzungen einer Sache in Pausch und Bogen; oder wer die Hoffnung derselben in einem bestimmten Preise kauft, errichtet einen Glücksvertrag; er trägt die Gefahr der ganz vereitelten Erwartung; es gebühren ihm aber auch alle ordentliche erzielte Nutzungen.

§. 1277.

Der Antheil an einem Bergwerke heißt insbesonder  
re eines Ku  
res; Kur. Der Kauf eines Kures gehört zu den gewagten Verträgen. Der Verkäufer haftet nur für die Richtigkeit des Kures, und der Käufer hat sich nach den Gesetzen über den Bergbau zu benehmen.

§. 1278.

Der Käufer einer von dem Verkäufer oder einer  
Erbchaft; angetretenen, oder ihm wenigstens angefallenen Erbschaft tritt nicht allein in die Rechte, sondern auch in die Verbindlichkeiten des Verkäufers als Erben ein, in so weit diese nicht bloß persönlich sind. Wenn also bey dem Kaufe kein Inventar-

372 II. Theil. Aun u. zwanzigstes Hauptstück.  
rium zum Grunde gelegt wird, ist auch  
der Erbschafts Kauf ein gewagtes Geschäft.

§. 1279.

Auf Sachen, die dem Verkäufer nicht  
als Erben, sondern aus einem anderen  
Grunde, z. B. als Vorausvermächtniß,  
als Fideicommiß, als Substitution, als  
Schuldsforderung aus der Verlassenschaft  
gebühren, und ihm auch ohne Erbrecht  
gebührt hätten, hat der Erbschaftskäufer  
keinen Anspruch. Dagegen erhält er Alles,  
was der Erbschaft selbst zuwächst, es sey  
durch den Abgang eines Legatars, oder ei-  
nes Miterben, oder auf was immer für ei-  
ne andere Art, in so weit der Verkäufer  
darauf Anspruch gehabt hätte.

§. 1280.

Alles, was der Erbe aus dem Erbrech-  
te erhält, wie z. B. die bezogenen Früchte  
und Forderungen, wird mit zur Masse ge-  
rechnet; alles hingegen, was er aus dem  
Seinigen auf die Antretung der Erbschaft,  
oder auf die Verlassenschaft verwendet hat,  
wird von der Masse abgezogen. Dahin  
gehören die bezahlten Schulden; die schon  
abgeführten Vermächtnisse, Abgaben und



**Gerichtsgebühren; und wenn es nicht ausdrücklich anders verabredet worden ist, auch die Begräbniskosten.**

§. 1281.

**In so weit der Verkäufer die Verlassenschaft vor der Uebergabe verwaltet hat, haftet er dem Käufer dafür, wie ein anderer Geschäftsträger.**

§. 1282.

**Die Erbschaftsgläubiger und Vermächtnißnehmer aber können sich ihrer Befriedigung wegen sowohl an den Käufer der Erbschaft, als an den Erben selbst halten. Ihre Rechte, so wie jene der Erbschaftsschuldner, werden durch den Verkauf der Erbschaft nicht geändert, und die Erbschaftsantrittung des Einen gilt auch für den Anderen.**

§. 1283.

**Hat man bey dem Verkaufe der Erbschaft ein Inventarium zum Grunde gelegt; so haftet der Verkäufer für dasselbe. Ist der Kauf ohne ein solches Verzeichniß geschehen, so haftet er für die Richtigkeit seines Erbrechtes, wie er es angegeben hat, und für allen dem Käufer durch sein Verschulden zugesügten Schaden.**

§. 1284.

5) Leib-  
rente;

Wird jemanden für Geld, oder gegen eine für Geld geschätzte Sache auf die Lebensdauer einer gewissen Person eine bestimmte jährliche Entrichtung versprochen; so ist es ein Leibrentenvertrag.

§. 1285.

Die Dauer der Leibrente kann von dem Leben des einen oder anderen Theiles, oder auch eines Dritten abhängen. Sie wird im Zweifel vierteljährig vorhin ein entrichtet, und nimmt in allen Fällen mit dem Leben desjenigen, auf dessen Kopf sie beruhet, ihr Ende.

§. 1286.

Weder die Gläubiger noch die Kinder desjenigen, welcher sich eine Leibrente bedingt, sind berechtigt, den Vertrag umzustossen. Doch steht den Ersteren frey, ihre Befriedigung aus den Leibrenten zu suchen; den Letzteren aber die Hinterlegung eines entbehrlichen Theiles der Rente zu fordern, um sich den ihnen nach dem Gesetze gebührenden Unterhalt darauf versichern zu lassen.

§. 1287.

Der Vertrag, wodurch mittelst einer Einlage ein gemeinschaftlicher Versorgungsfond für die Mitglieder, ihre Wittwen oder Waisen errichtet wird, ist aus der Natur und dem Zwecke einer solchen Anstalt und den darüber festgesetzten Bedingungen zu beurtheilen.

6) gesellschaftliche Versorgungskassen;

§. 1288.

Wenn jemand die Gefahr des Schadens, welcher einen Anderen ohne dessen Verschulden treffen könnte, auf sich nimmt, und ihm gegen einen gewissen Preis den bedungenen Ersatz zu leisten verspricht; so entsteht der Versicherungsvertrag. Der Versicherer haftet dabei für den zufälligen Schaden, und der Versicherte für den versprochenen Preis.

7) Versicherungsvertrag;

§. 1289.

Der gewöhnliche Gegenstand dieses Vertrages sind Waaren, die zu Wasser oder zu Lande verführt werden. Es können aber auch andere Sachen, z. B. Häuser und Grundstücke gegen Feuer-, Wasser- und andere Gefahren versichert werden.

## §. 1920.

Ereignet sich der zufällige Schaden, wofür die Entschädigung versichert worden ist; so muß der Versicherte, wenn kein unüberwindliches Hinderniß dazwischen kommt, oder nichts anders verabrebet worden ist, dem Versicherer, wenn sie sich im nämlichen Orte befinden, binnen drey Tagen, sonst aber in derjenigen Zeitfrist davon Nachricht geben, welche zur Bekanntmachung der Annahme eines von einem Abwesenden gemachten Versprechens bestimmt worden ist (§. 862). Unterläßt er die Anzeige; kann er den Unfall nicht erweisen; oder kann der Versicherer beweisen, daß der Schaden aus Verschulden des Versicherten entstanden ist; so hat dieser auch keinen Anspruch auf die versicherte Summe.

## §. 1291.

Wenn der Untergang der Sache dem Versicherten, oder der gefahrlose Zustand derselben dem Versicherer zur Zeit des geschlossenen Vertrages schon bekannt war; so ist der Vertrag ungültig.

§. 1292.

Die Bestimmungen in Rücksicht der Versicherungen zur See, so wie die Vorschriften über den Bodmeryvertrag sind ein Gegenstand der Seegesetze.

8) Bodmery- und See-Assurance.

## Dreßigstes Hauptstück.

### Von dem Rechte des Schadenersatzes und der Genugthuung.

§. 1293.

Schade.

**S**chade heißt jeder Nachtheil, welcher jemanden an Vermögen, Rechten oder seiner Person zugesüget worden ist. Davon unterscheidet sich der Entgang des Gewinnes, den jemand nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge zu erwarten hat.

§. 1294.

Quellen  
der Beschä-  
digung.

Der Schaden entspringt entweder aus einer widerrechtlichen Handlung, oder Unterlassung eines Anderen; oder aus einem Zufalle. Die widerrechtliche Beschädigung wird entweder willkührlich, oder unwillkührlich zugesüget. Die willkührliche Beschädigung aber gründet sich theils in einer

Von dem Rechte d. Schadeners. u. d. Genugth. 379  
bösen Absicht, wenn der Schade mit Wissen und Willen; theils in einem Versehen, wenn er aus schuldbarer Unwissenheit, oder aus Mangel der gehörigen Aufmerksamkeit, oder des gehörigen Fleißes verursacht worden ist. Beydes wird ein Verschulden genannt.

§. 1295.

Jedermann ist berechtigt, von dem Beschädiger den Ersatz des Schadens, welchen dieser ihm aus Verschulden zugefügt hat, zu fordern; der Schade mag durch Uebertretung einer Vertragspflicht, oder ohne Beziehung auf einen Vertrag verursacht worden seyn.

Von der Verbindlichkeit zum Schadenersatze;

1) von dem Schaden aus Verschulden;

§. 1296.

Im Zweifel gilt die Vermuthung, daß ein Schade ohne Verschulden eines Anderen entstanden sey.

§. 1297.

Es wird aber auch vermuthet, daß jeder, welcher den Verstandesgebrauch besitzt, eines solchen Grades des Fleißes und der Aufmerksamkeit fähig sey, welcher bey gewöhnlichen Fähigkeiten angewendet werden kann. Wer bey Handlungen, woraus

eine Verkürzung der Rechte eines Anderen entsteht, diesen Grad des Fleißes oder der Aufmerksamkeit unterläßt, macht sich eines Versehens schuldig.

## §. 1298.

Wer vorgibt, daß er an der Erfüllung seiner vertragsmäßigen oder gesetzlichen Verbindlichkeit ohne sein Verschulden verhindert worden sey, dem liegt der Beweis ob.

## §. 1299.

insbesonder-  
re a) der  
Sachver-  
ständigen;

Wer sich zu einem Amte, zu einer Kunst, zu einem Gewerbe oder Handwerke öffentlich bekennet; oder wer ohne Noth freywillig ein Geschäft übernimmt, dessen Ausführung eigene Kunstkenntnisse, oder einen nicht gewöhnlichen Fleiß erfordert, gibt dadurch zu erkennen, daß er sich den nothwendigen Fleiß und die erforderlichen, nicht gewöhnlichen Kenntnisse zutraue; er muß daher den Mangel derselben vertreten. Hat aber derjenige, welcher ihm das Geschäft überließ, die Unerfahrenheit desselben gewußt, oder, bey gewöhnlicher Aufmerksamkeit wissen können; so fällt zugleich dem Letzteren ein Versehen zur Last.



§. 1300.

Ein Sachverständiger ist auch dann verantwortlich, wenn er gegen Belohnung in Angelegenheiten seiner Kunst oder Wissenschaft aus Versehen einen nachtheiligen Rath ertheilet. Außer diesem Falle haftet ein Rathgeber nur für den Schaden, welchen er wissentlich durch Ertheilung des Rathes dem Anderen verursacht hat.

§. 1301.

Für einen widerrechtlich zugefügten Schaden können mehrere Personen verantwortlich werden, indem sie gemeinschaftlich, unmittelbarer oder mittelbarer Weise, durch Verleiten, Drohen, Befehlen, Helfen, Berathen u. dgl.; oder, auch nur durch Unterlassung der besonderen Verbindlichkeit, das Uebel zu verhindern, dazu beygetragen haben.

oder b)  
mehrerer  
Theilneh-  
mer;

§. 1302.

In einem solchen Falle verantwortet, wenn die Beschädigung in einem Versehen gegründet ist, und die Anthelle sich bestimmen lassen, jeder nur den durch sein Versehen verursachten Schaden. Wenn aber der Schade vorsätzlich zugefügt worden ist; oder, wenn die Anthelle der Ein-

zeln an der Beschädigung sich nicht bestimmen lassen, so haften Alle für Einen und Einer für Alle; doch bleibt demjenigen, welcher den Schaden ersetzt hat, der Rückersatz gegen die Uebrigen vorbehalten.

§. 1303.

In wie weit mehrere Mitschuldner bloß aus der unterlassenen Erfüllung ihrer Verbindlichkeit zu haften haben, ist aus der Beschaffenheit des Vertrages zu beurtheilen.

§. 1304.

Wenn bey einer Beschädigung zugleich ein Verschulden von Seite des Beschädigten eintritt; so trägt er mit dem Beschädiger den Schaden verhältnißmäßig; und, wenn sich das Verhältniß nicht bestimmen läßt, zu gleichen Theilen.

§. 1305.

2) aus dem  
Gebrauche  
des Rechtes;

Wer von seinem Rechte innerhalb der rechtlichen Schranken Gebrauch macht, hat den für einen Anderen daraus entspringenden Nachtheil nicht zu verantworten.

§. 1306.

3) aus ei-  
ner schuldlos

Den Schaden, welchen jemand ohne Verschulden oder durch eine unwillkührli-

die Handlung verursacht hat, ist er in der Regel zu ersetzen nicht schuldig.

sen oder un-  
willkührli-  
chen Hand-  
lung;

§. 1307.

Wenn sich aber jemand aus eigenem Verschulden in einen vorübergehenden Zustand der Sinnenverwirrung versetzt hat; so ist auch der in demselben verursachte Schaden seinem Verschulden zuzuschreiben. Eben dieses gilt von einem Dritten, welcher diesen Zustand durch sein Verschulden bey dem Beschädiger veranlasset hat.

§. 1308.

Wenn Wahn- oder Blödsinnige, oder Kinder jemanden beschädigen, der durch irgend ein Verschulden hierzu selbst Veranlassung gegeben hat; so kann er keinen Ersatz ansprechen.

§. 1309.

Außer diesem Falle gebührt ihm der Ersatz von denjenigen Personen, denen der Schade wegen Vernachlässigung der ihnen über solche Personen anvertrauten Obforge beygemessen werden kann.

§. 1310.

Kann der Beschädigte auf solche Art den Ersatz nicht erhalten, so soll der Rich-

ter mit Erwägung des Umstandes, ob dem Beschädiger, ungeachtet er gewöhnlich seines Verstandes nicht mächtig ist, in dem bestimmten Falle nicht dennoch ein Verschulden zur Last liege; oder, ob der Beschädigte aus Schonung des Beschädigers die Vertheidigung unterlassen habe; oder endlich, mit Rücksicht auf das Vermögen des Beschädigers und des Beschädigten, auf den ganzen Ersatz, oder doch einen billigen Theil desselben erkennen.

## §. 1311.

4) durch  
Zufall.

Der bloße Zufall trifft denjenigen, in dessen Vermögen oder Person er sich ereignet. Hat aber jemand den Zufall durch ein Verschulden veranlaßt; hat er ein Gesetz, das den zufälligen Beschädigungen vorzubeugen sucht, übertreten; oder sich ohne Noth in fremde Geschäfte gemengt; so haftet er für allen Nachtheil, welcher außer dem nicht erfolgt wäre.

## §. 1312.

Wer in einem Nothfalle jemanden einen Dienst geleistet hat, dem wird der Schaden, welchen er nicht verhütet hat, nicht zugerechnet; es wäre denn, daß er

B. d. Rechte d. Schadensers. u. d. Genugth. 385  
einen Anderen, der noch mehr geleistet ha-  
ben würde, durch seine Schuld daran ver-  
hindert hätte. Aber auch in diesem Falle  
kann er den sicher verschafften Nutzen gegen  
den verursachten Schaden in Rechnung  
bringen.

§. 1313.

Für fremde, widerrechtliche Handlun-  
gen, woran jemand keinen Theil genom-  
men hat, ist er in der Regel auch nicht ver-  
antwortlich. Selbst in den Fällen, wo die  
Gesetze das Gegentheil anordnen, bleibt  
ihm der Rückersatz gegen den Schuldtra-  
genden vorbehalten.

5) durch  
fremde  
Handlun-  
gen;

§. 1314.

Wenn jemand eine Dienstperson ohne  
Zeugniß aufnimmt; oder eine durch ihre  
Leibes- oder Gemüthsbeschaffenheit gefähr-  
liche Person im Dienste wissentlich behält;  
oder einem bekannten Verbrecher Aufent-  
halt gibt; so haftet er dem Hausherrn  
und den Hausgenossen für den Ersatz des  
durch die gefährliche Beschaffenheit dieser  
Personen verursachten Schadens.

Ausnah-  
men.

§. 1315.

Eben so haftet derjenige, welcher wif-

sentlich eine solche gefährliche; oder wer zu einem Gesäfte eine untüchtige Person bestellet hat, für den Schaden, welchen ein Dritter hierdurch erlitten hat.

## §. 1316.

Wirthe, Schiffer und Fuhrleute verantworten den Schaden, welchen ihre eigenen, oder die von ihnen zugewiesenen Dienstpersonen an den übernommenen Sachen einem Reisenden in ihrem Hause, oder in ihrem Schiffe, oder an der Befrachtung verursachen (§. 970).

## §. 1317.

In wie fern bey öffentlichen Versendungsanstalten für den Schaden eine Haftung übernommen werde, bestimmen die besonderen Vorschriften.

## §. 1318.

Wird jemand durch das Herabfallen einer gefährlich aufgehängten oder gestellten Sache; oder durch Herauswerfen oder Herausgießen aus einer Wohnung beschädiget; so haftet derjenige, aus dessen Wohnung geworfen oder gegossen worden, oder die Sache herab gefallen ist, für den Schaden.

§. 1319.

Wegen wahrscheinlicher Gefahr, daß ein Schild, ein Geschirr, oder eine andere über einem gangbaren Plage aufgehängt oder gestellte Sache fallen, und die Vorübergehenden beschädigen könnte, steht noch Niemanden eine gerichtliche Klage, wohl aber jedermann das Recht zu, der allgemeinen Sicherheit wegen, die Gefahr bey der politischen Behörde anzuzeigen.

§. 1320.

Wird jemand durch ein Thier beschädiget; so ist derjenige dafür verantwortlich, der es dazu angetrieben, gereizt, oder zu verwahren vernachlässiget hat. Kann Niemand eines Verschuldens dieser Art überwiesen werden; so wird die Beschädigung für einen Zufall gehalten.

6) durch ein Thier.

§. 1321.

Wer auf seinem Grund und Boden fremdes Vieh antrifft, ist deswegen noch nicht berechtigt, es zu tödten. Er kann es durch anpassende Gewalt verjagen, oder wenn er dadurch Schaden gelitten hat, das Recht der Privat-Pfändung über so viele Stücke Viehes ausüben, als zu seiner Ent-

schädigung hinreicht. Doch muß er binnen acht Tagen sich mit dem Eigenthümer abfinden, oder seine Klage vor den Richter bringen; widrigen Falls aber das gepfändete Vieh zurück stellen.

§. 1322.

Das gepfändete Vieh muß auch zurück gestellet werden, wenn der Eigenthümer eine andere angemessene Sicherheit leistet.

§. 1323.

Arten des  
Schadens-  
ersatzes.

Um den Ersatz eines verursachten Schadens zu leisten, muß Alles in den vorigen Stand zurück versetzt, oder, wenn dieses nicht thunlich ist, der Schätzungswertb vergütet werden. Betrifft der Ersatz nur den erlittenen Schaden, so wird er eigentlich eine Schadloshaltung; wosern er sich aber auch auf den entgangenen Gewinn und die Tilgung der verursachten Beleidigung erstreckt, volle Genugthuung genannt.

§. 1324.

In dem Falle eines aus böser Absicht oder aus einer auffallenden Sorglosigkeit verursachten Schadens ist der Beschädigte volle Genugthuung; in den übrigen Fäl-



B. d. Rechte d. Schadeners. u. d. Genugth. 389  
len aber nur die eigentliche Schadloshaltung zu fordern berechtigt. Hiernach ist in den Fällen, wo im Gesetze der allgemeine Ausdruck: Ersatz, vorkommt, zu beurtheilen, welche Art des Ersatzes zu leisten sey.

§. 1325.

Wer jemanden an seinem Körper ver-  
lethet, bestreitet die Heilungskosten des Ver-  
letzten; ersetzt ihm den entgangenen, oder  
wenn der Beschädigte zum Erwerb unfähig  
wird, auch den künftig entgehenden Ver-  
dienst, und bezahlet ihm auf Verlangen  
überdies ein den erhobenen Umständen an-  
gemessenes Schmerzensgeld.

Inbeson-  
dere  
1) bey Ver-  
letzungen an  
dem Körper;

§. 1326.

Ist die verletzte Person durch die Miß-  
handlung verunstaltet worden; so muß, zu-  
mahl wenn sie weiblichen Geschlechtes ist,  
in so fern auf diesen Umstand Rücksicht ge-  
nommen werden, als ihr besseres Fort-  
kommen dadurch verhindert werden kann.

§. 1327.

Erfolgt aus einer körperlichen Verlet-  
zung der Tod; so müssen nicht nur alle  
Kosten, sondern auch der hinterlassenen

Frau und den Kindern des Getödteten das, was ihnen dadurch entgangen ist, ersetzt werden.

## §. 1328.

Wer eine Weibsperson verführt, und mit ihr ein Kind zeuget, bezahlt die Kosten der Entbindung und des Wochenbettes, und erfüllet die übrigen, in dem dritten Hauptstücke des ersten Theiles festgesetzten Vaterspflichten. In welchen Fällen die Verführung zugleich als ein Verbrechen oder als eine schwere Polizey-Übertretung bestraft werde, enthält das Strafgesetz.

## §. 1329.

2) an der  
persönlichen  
Freiheit.

Wer jemanden durch gewaltsame Entführung, durch Privat-Gefangennehmung oder vorsätzlich durch einen widerrechtlichen Arrest seiner Freyheit beraubet, ist verpflichtet, dem Verletzten die vorige Freyheit zu verschaffen, und volle Genugthuung zu leisten. Kann er ihm die Freyheit nicht mehr verschaffen; so muß er dessen Weibe und Kindern, wie bey der Tödtung, Ersatz leisten.

§. 1330.

Wenn jemanden durch Ehrenbeleidigungen ein wirklicher Schaden oder Entgang des Gewinnes verursacht worden ist; so ist er berechtigt, Schadloshaltung oder volle Genugthuung zu fordern.

3) an der Ehre;

§. 1331.

Wird jemand an seinem Vermögen vorsätzlich oder durch auffallende Sorglosigkeit eines Anderen beschädiget; so ist er auch den entgangenen Gewinn, und, wenn der Schaden vermittelt einer durch ein Strafgesetz verbotenen Handlung oder aus Muthwillen und Schadenfreude verursacht worden ist, den Werth der besonderen Vorliebe zu fordern berechtigt.

4) an dem Vermögen.

§. 1332.

Der Schaden, welcher aus einem minderen Grade des Versehens oder der Nachlässigkeit verursacht worden ist, wird nach dem gemeinen Werthe, den die Sache zur Zeit der Beschädigung hatte, ersetzt.

§. 1333.

Der Schaden, welchen der Schuldner seinem Gläubiger durch Verzögerung der bedungenen Zahlung des schuldigen Capitals

Insonderheit durch Verzögerung der Zahlung.

Verzöge-  
rungsinsf.

tales zugefüget hat, wird durch die von dem Gesetze bestimmten Zinsen vergütet (§. 995).

#### §. 1334.

Eine Verzögerung fällt einem Schuldner überhaupt zur Last, wenn er den durch Gesetz oder Vertrag bestimmten Zahlungstag nicht zahlt; oder wenn er in dem Falle, daß die Zahlungszeit nicht bestimmt ist, nach dem Tage der geschehenen gerichtlichen oder außergerichtlichen Einnahmung sich nicht mit dem Gläubiger abgefunden hat.

#### §. 1335.

Hat der Gläubiger ohne gerichtliche Einnahmung die Zinsen bis auf den Betrag der Hauptschuld steigen lassen; so erlischt das Recht, von dem Capitale weitere Zinsen zu fordern. Von dem Tage der erhobenen Klage können jedoch neuerdings Zinsen verlangt werden.

#### §. 1336.

Bedingung  
des Vergü-  
tungsver-  
trages (Con-  
ventional-  
Strafe.)

Die vertragschließenden Theile können eine besondere Uebereinkunft treffen, daß, auf den Fall des entweder gar nicht, oder nicht auf gehörige Art, oder des zu spät

**§. d. Rechte d. Schadeners. u. d. Genugth. 393**  
 erfüllten Versprechens, anstatt des zu vergütenden Nachtheiles ein bestimmter Geld- oder anderer Betrag entrichtet werden solle (§. 912). Doch darf bey Darleihen der Betrag, worauf der Richter erkennt, wegen verzögerter Zahlung die höchsten rechtlichen Zinsen nicht übersteigen. In anderen Fällen ist der Vergütungsbetrag, wenn er von dem Schuldner als übermäßig erwiesen wird, von dem Richter, allenfalls nach Einvernehmung der Sachverständigen, zu mäßigen. Die Bezahlung des Vergütungsbetrages befreyet, außer dem Falle einer besondern Verabredung, nicht von der Erfüllung des Vertrages.

**§. 1337.**

Die Verbindlichkeit zum Ersatze des Schadens und des entgangenen Gewinnes, oder zur Entrichtung des bedungenen Vergütungsbetrages haftet auf dem Vermögen, und gehet auf die Erben über.

Verbind-  
lichkeit der  
Erben des  
Beschädi-  
gers.

**§. 1338.**

Das Recht zum Schadenersatze muß in der Regel, wie jedes andere Privat-Recht, bey dem ordentlichen Richter angebracht werden. Hat der Beschädigte zu-

Rechtsmit-  
tel der Ent-  
schädigung.

gleich ein Strafgesetz übertreten; so trifft ihn auch die verhängte Strafe. Die Verhandlung über den Schadensersatz aber gehört auch in diesem Falle, in so fern sie nicht durch die Strafgesetze dem Strafgerichte oder der politischen Behörde aufgetragen ist, zu dem Civil-Gerichte.

## §. 1339.

Die körperlichen Verletzungen, die widerrechtlichen Kränkungen der Freyheit, und die Ehrenbeleidigungen, werden nach Beschaffenheit der Umstände entweder als Verbrechen von dem Criminal-Gerichte, oder als schwere Polizey-Übertretungen, und wenn sie zu keiner dieser Classen gehören, als Vergehungen von der politischen Obrigkeit untersucht und bestraft.

## §. 1340.

Diese Behörden haben in dem Falle, daß sich die Entschädigung unmittelbar bestimmen läßt, sogleich darüber nach den in diesem Hauptstücke ertheilten Vorschriften zu erkennen. Wenn aber der Ersatz des Schadens nicht unmittelbar bestimmt werden kann, ist in dem Erkenntnisse überhaupt auszudrücken, daß dem Beschädigten die

B. d. Rechte d. Schadensers. u. d. Genugth. 395  
Entschädigung im Wege Rechts zu suchen vorbehalten bleibe. Dieser Weg ist auch in Criminal-Fällen dem Beschädigten, und in anderen Fällen beyden Theilen dann vorbehalten, wenn sie mit der von der Strafbehörde erfolgten Bestimmung des Ersazes sich nicht befriedigen wollten.

§. 1341.

Gegen das Verschulden eines Richters beschweret man sich bey der höheren Behörde. Diese untersucht und beurtheilet die Beschwerde von Amts wegen.

---

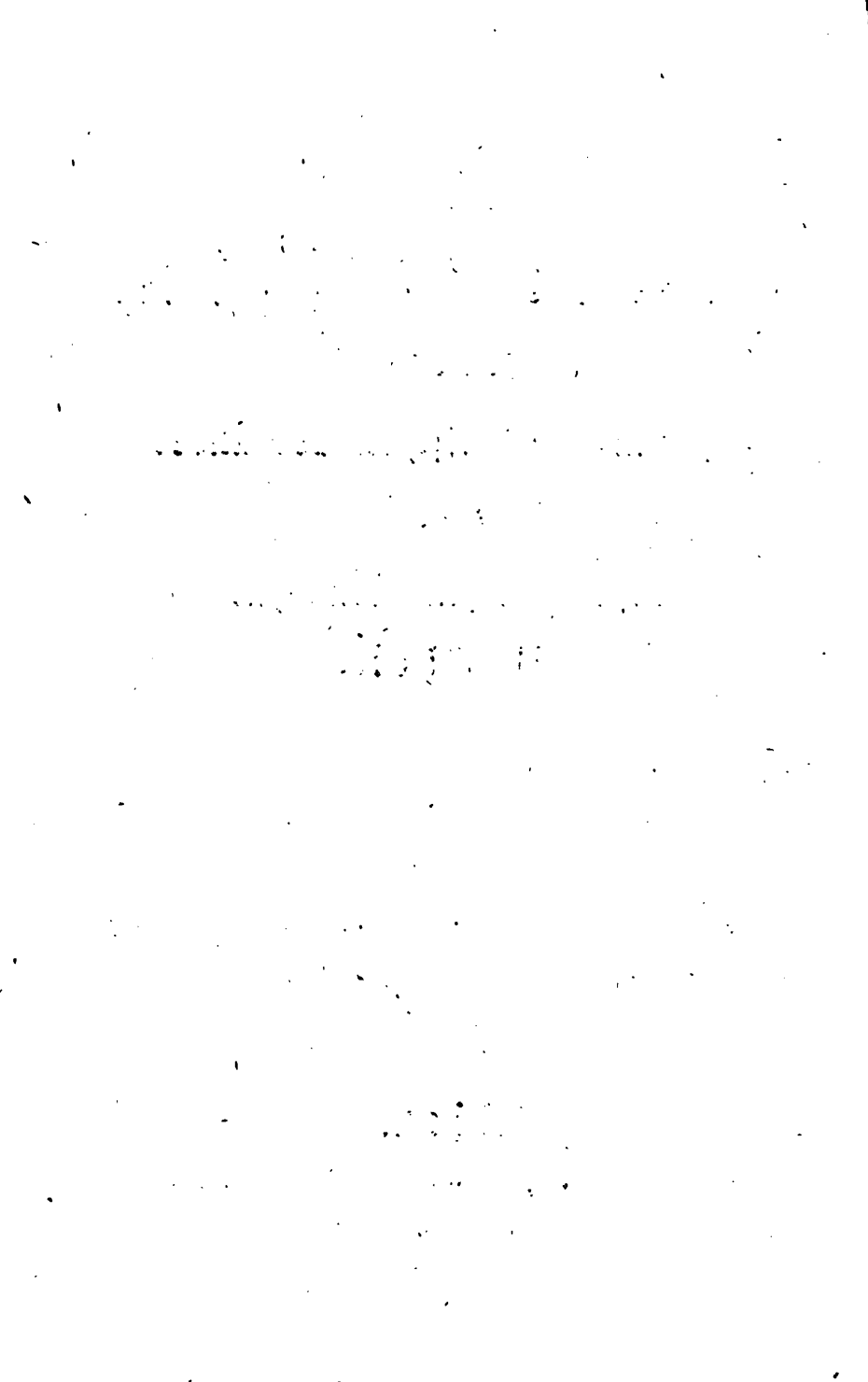




**Allgemeines  
bürgerliches Gesetzbuch  
für die  
gesamten Deutschen Erbländer  
der  
Österreichischen Monarchie.  
III. Theil.**



**Wien.**  
Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.  
1811.







# Dritter Theil

des

bürgerlichen Gesetzbuches.

---

Von den gemeinschaftlichen Bestimmungen der Personen- und Sachenrechte.

---

Erstes Hauptstück.

Von Befestigung der Rechte und Verbindlichkeiten.

---

§. 1342.

Sowohl Personenrechte als Sachenrechte und daraus entspringende Verbindlichkeiten können gleichförmig befestiget, umgeändert und aufgehoben werden.

Gemeinschaftliche Bestimmungen der Rechte.

## §. 1343.

Arten der  
Befestigung  
eines Rech-  
tes;

Die rechtlichen Arten der Sicherstellung einer Verbindlichkeit und der Befestigung eines Rechtes, durch welche dem Berechtigten ein neues Recht eingeräumt wird, sind: die Verpflichtung eines Dritten für den Schuldner, und die Verpfändung.

## §. 1344.

1. durch Ver-  
pflichtung ei-  
nes Dritten.

Ein Dritter kann sich dem Gläubiger für den Schuldner auf dreierley Art verpflichten; Ein Mal, wenn er mit Einwilligung des Gläubigers die Schuld als Allein-  
zahler übernimmt; dann, wenn er der Verbindlichkeit als Mitschuldner betritt; endlich, wenn er sich für die Befriedigung des Gläubigers auf den Fall verbindet, daß der erste Schuldner die Verbindlichkeit nicht erfülle.

## §. 1345.

Wenn jemand mit Einwilligung des Gläubigers die ganze Schuld eines Anderen übernimmt; so geschieht keine Befestigung, sondern eine Umänderung der Verbindlichkeit, wovon in dem folgenden Hauptstücke gehandelt wird.

§. 1346.

Wer sich zur Befriedigung des Gläubigers auf den Fall verpflichtet, daß der erste Schuldner die Verbindlichkeit nicht erfülle, wird ein Bürge, und das zwischen ihm und dem Gläubiger getroffene Uebereinkommen ein Bürgschaftsvertrag genannt. Hier bleibt der erste Schuldner noch immer der Hauptschuldner, und der Bürge kommt nur als Nachschuldner hinzu.

§. 1347.

Wenn jemand, ohne die den Bürgen zu Statten kommende Bedingung, einer Verbindlichkeit als Mitschuldner betritt; so entsteht eine Gemeinschaft mehrerer Mitschuldner, deren rechtliche Folgen nach den in dem Hauptstücke von Verträgen überhaupt gegebenen Vorschriften zu beurtheilen sind (§§. 888—896).

§. 1348.

Wer dem Bürgen auf den Fall, daß derselbe durch seine Bürgschaft zu Schaden kommen sollte, Entschädigung zusagt, heißt Entschädigungsbürge.

§. 1349.

Fremde Verbindlichkeiten kann ohne Wer sich ver-

bürgen kön-  
ne.

Unterschied des Geschlechtes jedermann auf sich nehmen, dem die freie Verwaltung seines Vermögens zusteht.

§. 1350.

Für welche  
Verbind-  
lichkeiten.

Eine Bürgschaft kann nicht nur über Summen und Sachen, sondern auch über erlaubte Handlungen und Unterlassungen in Beziehung auf den Vortheil oder Nachtheil, welcher aus denselben für den Sichergestellten entstehen kann, geleistet werden.

§. 1351.

Verbindlichkeiten, welche nie zu Recht bestanden haben, oder schon aufgehoben sind, können weder übernommen, noch bekräftigt werden.

§. 1352.

Wer sich für eine Person verbürgt, die sich vermöge ihrer persönlichen Eigenschaft nicht verbinden kann, ist, obschon ihm diese Eigenschaft unbekannt war, gleich einem ungetheilten Mitschuldner verpflichtet (§. 896).

§. 1353.

Umfang der  
Bürgschaft.

Die Bürgschaft kann nicht weiter ausgedehnt werden, als sich der Bürge ausdrücklich erklärt hat. Wer sich für ein zinsbares Capital verbürget, haftet nur für jene rück-



ständigen Zinsen, welche der Gläubiger noch nicht einzutreiben berechtigt war.

§. 1354.

Von der Einwendung, wodurch ein Schuldner nach Vorschrift der Gesetze die Beybehaltung eines Theiles seines Vermögens zu seinem Unterhalte zu fordern berechtigt ist, kann der Bürge nicht Gebrauch machen.

§. 1355.

Der Bürge kann in der Regel erst dann Wirkung belanget werden, wenn der Hauptschuldner auf des Gläubigers gerichtliche oder außergerichtliche Einmahnung seine Verbindlichkeit nicht erfüllet hat.

§. 1356.

Der Bürge kann aber, selbst wenn er sich ausdrücklich nur für den Fall verbürget hat, daß der Hauptschuldner zu zahlen unvermögend sey, zuerst belanget werden, wenn der Hauptschuldner in Concurs verfallen, oder wenn er zur Zeit, als die Zahlung geleistet werden sollte, unbekannten Aufenthaltes, und der Gläubiger keiner Nachlässigkeit zu beschuldigen ist.

## §. 1357.

Wer sich als Bürge und Zahler verpflichtet hat, haftet als ungetheilter Mitschuldner für die ganze Schuld; es hängt von der Willkür des Gläubigers ab, ob er zuerst den Hauptschuldner, oder den Bürgen, oder beyde zugleich belangen wolle (§. 897).

## §. 1358.

Wer die Schuld eines Anderen bezahlt, tritt in die Rechte des Gläubigers, und ist befugt, von dem Schuldner den Ersatz der bezahlten Schuld zu fordern. Zu diesem Ende ist der befriedigte Gläubiger verbunden, dem Zahler alle vorhandenen Rechtsbehelfe und Sicherstellungsmittel auszuliefern.

## §. 1359.

Haben für den nämlichen ganzen Betrag mehrere Personen Bürgschaft geleistet; so haftet jede für den ganzen Betrag. Hat aber Eine von ihnen die ganze Schuld abgetragen; so gebührt ihr gleich dem Mitschuldner (§. 898) das Recht des Rückersatzes gegen die übrigen.

## §. 1360.

Wenn dem Gläubiger vor, oder bey Leistung der Bürgschaft noch außer derselben

von dem Hauptschuldner, oder einem Dritten ein Pfand gegeben wird; so steht ihm zwar noch immer frey, den Bürgen der Ordnung nach (§. 1355) zu belangen; aber er ist nicht befugt, zu dessen Nachtheil sich des Pfandes zu begeben.

§. 1361.

Hat der Bürge oder Zahler den Gläubiger bestetigt, ohne sich mit dem Hauptschuldner einzuvorstellen; so kann dieser Alles gegen jene einwenden; was er gegen den Gläubiger hätte einwenden können.

§. 1362.

Der Bürge kann von dem Entschädigungsbürgen nur dann Entschädigung verlangen, wenn er sich den Schaden nicht durch sein eigenes Verschulden zugezogen hat.

§. 1363.

Die Verbindlichkeit des Bürgen hört verhältnißmäßig mit der Verbindlichkeit des Schuldners auf. Hat sich der Bürge nur auf eine gewisse Zeit verpflichtet; so haftet er nur für diesen Zeitraum. Die Entlassung eines Mitbürgen kommt diesem zwar gegen den Gläubiger; aber nicht

Arten der  
Erbschaft  
der Bürg-  
schaft.

gegen die übrigen Mitbürgen zu Statuten (§. 896).

§. 1364.

Durch den Verlauf der Zeit, binnen welcher der Schuldner hätte zahlen sollen, wird der Bürge, wenn auch der Gläubiger auf die Befriedigung nicht gedrungen hat, noch nicht von seiner Bürgschaft befreiet; allein er ist befugt, von dem Schuldner, wenn er mit dessen Einwilligung Bürgschaft geleistet hat, zu verlangen, daß er ihm Sicherheit verschaffe. Auch der Gläubiger ist dem Bürgen in so weit verantwortlich, als dieser wegen dessen Saumseligkeit in Eintreibung der Schuld an Entphlung des Ertrages zu Schaden kommt.

§. 1365.

Wenn gegen den Schuldner ein gegründetes Besorgniß der Zahlungsunfähigkeit oder der Entfernung aus den Erbländern, für welche dieses Gesetz vorgeschrieben ist, eintritt; so steht dem Bürgen das Recht zu, von dem Schuldner die Sicherstellung der verbürgten Schuld zu verlangen.

§. 1366.

Wenn das verbürgte Geschäft beendet

ist, so kann die Abrechnung, und die Aufhebung der Bürgschaft gefordert werden.

§. 1367.

Ist der Bürgschaftsvertrag weder durch eine Hypothek, noch durch ein Faustpfand befestiget; so erlischt er binnen drey Jahren nach dem Tode des Bürgen, wenn der Gläubiger in der Zwischenzeit unterlassen hat, von dem Erben die verfallene Schuld gerichtlich oder außergerichtlich einzumahnen.

§. 1368.

Pfandvertrag heißt derjenige Vertrag, wodurch der Schuldner, oder ein Anderer, anstatt seiner, auf eine Sache dem Gläubiger das Pfandrecht wirklich einräumet, folglich ihm das bewegliche Pfandstück übergibt, oder das unbewegliche durch die Pfandbücher verzeichnet. Der Vertrag, ein Pfand übergeben zu wollen, ist noch kein Pfandvertrag.

II. Durch Pfandvertrag.

§. 1369.

Was bey Verträgen überhaupt Rechtens ist, gilt auch bey dem Pfandvertrage; er ist zweiseitig verbindlich. Der Pfandnehmer muß das Handpfand wohl verwahren, und es dem Verpfänder, so bald dieser die Befriedigung leistet, zurück geben. Betrifft es eine

Wirkung des Pfandvertrages.

Hypothek; so muß der befriedigte Gläubiger den Verpfänder in den Stand setzen, die Löschung der Verbindlichkeit aus den Hypotheken-Büchern bewirken zu können. Die mit dem Pfandbesitz verknüpften Rechte und Verbindlichkeiten des Pfandgebers und Pfandnehmers sind im sechsten Hauptstücke des zweyten Theiles bestimmt worden.

§. 1370.

Der Handpfandnehmer ist verbunden, dem Pfandgeber einen Pfandschein auszustellen, und därtürk unterzeichneten Kennzeichen des Pfandes zu beschreiben. Auch können die wesentlichen Bedingungen des Pfandvertrages in dem Pfandscheine angeführt werden.

§. 1371.

Unveräußerliche  
Bedingungen.

Alle der Natur des Pfand- und Handpfandvertrages entgegen stehende Bedingungen und Nebenverträge sind ungültig. Dahin gehören die Verabredungen, daß nach der Verfallzeit der Schuldforderung das Pfandstück dem Gläubiger zufalle; daß er es nach Willkür, oder in einem schon im voraus bestimmten Preise veräußern, oder für sich behalten könne; daß der Schuldner das Pfand niemahls einlösen, oder ein liegen-

des Gut keinem Anderen verschreiben, oder daß der Gläubiger nach der Verfallzeit die Veräußerung des Pfandes nicht veräußern dürfe.

§. 1372.

Der Nebenvertrag, daß dem Gläubiger die Fruchtnießung der verpfändeten Sache zustehen solle, ist ohne rechtliche Wirkung. Ist dem Gläubiger der bloße Gebrauch eines beweglichen Pfandstückes eingeräumt worden (§. 459); so muß diese Benützung auf eine dem Schuldner unschädliche Art geschehen.

§. 1373.

Wer verbunden ist, eine Sicherstellung zu leisten, muß diese Verbindlichkeit durch ein Handpfand, oder durch eine Hypothek erfüllen. Nur in dem Falle, daß er ein Pfand zu geben außer Stande ist, werden taugliche Bürgen angenommen.

Auf welche Art in der Regel Sicherstellung zu leisten ist.

§. 1374.

Niemand ist schuldig, eine Sache, die zur Sicherstellung dienen soll, in einem höheren, als dem, bey Häusern auf die Hälfte, bey Grundstücken aber und bey beweg-

12. III. Ab. Erst. Hypoth. B. d. gen. B. d. P. u. S.

**lichen Gütern auf zwei Dritttheile der Schätzung bestimmten Werthe zum Pfande annehmen. Wer ein angemessenes Vermögen besitzt, und in der Provinz belangt werden kann, ist ein tauglicher Bürge.**



## Zweytes Hauptstück.

### Von Umänderung der Rechte und Verbindlichkeiten.

§. 1375.

Es hängt von dem Willen des Gläubigers und des Schuldners ab, ihre gegenseitigen willkürlichen Rechte und Verbindlichkeiten umzuändern. Die Umänderung kann ohne, oder mit Hinzufunft einer dritten Person, und zwar entweder eines neuen Gläubigers, oder eines neuen Schuldners, geschehen.

Umänderung der Rechte und Verbindlichkeiten;

§. 1376.

Die Umänderung ohne Hinzufunft einer dritten Person findet Statt, wenn der Rechtsgrund, oder wenn der Hauptgegenstand einer Forderung verwechselt wird, folglich die alte Verbindlichkeit in eine neue übergeht.

1) durch Rotation;

§. 1377.

Eine solche Umänderung heißt Neue-

rungsvertrag (Novation). Vermöge dieses Vertrages hört die vorige Hauptverbindlichkeit auf, und die neue nimmt zugleich ihren Anfang.

§. 1378.

Die mit der vorigen Hauptverbindlichkeit verknüpften Bürgschafts-, Pfand- und anderen Rechte erlöschen durch den Neuerungsvertrag, wenn die Theilnehmer nicht durch ein besonderes Einverständnis hierüber etwas Anderes festgesetzt haben.

§. 1379.

Die näheren Bestimmungen, wo, wann und wie eine schon vorhandene Verbindlichkeit erfüllet werden soll, und andere Nebenbestimmungen, wodurch in Rücksicht auf den Hauptgegenstand oder Rechtsgrund keine Umänderung geschieht, sind eben so wenig als ein Neuerungsvertrag anzusehen, als die bloße Ausstellung eines neuen Schuldscheines, oder einer anderen dahin gehörigen Urkunde. Auch kann eine solche Abänderung in den Nebenbestimmungen einem Dritten, welcher derselben nicht beygezogen worden ist, keine neue Last auflegen. Im Zweifel wird die alte Ver-

bindlichkeit nicht für aufgelöst gehalten, so lange sie mit der neuen noch wohl bestehen kann.

§. 1380.

Ein Erneuerungsvertrag, durch welchen <sup>2) Vergleich.</sup> streitige oder zweifelhafte Rechte dergestalt bestimmt werden, daß jede Partey sich wechselseitig etwas zu geben, zu thun, oder zu unterlassen verbindet, heißt Vergleich. Der Vergleich gehört zu den zweiseitig verbindlichen Verträgen, und wird nach eben denselben Grundsätzen beurtheilet.

§. 1381.

Wer dem Verpflichteten mit dessen Einwilligung ein unstreitiges oder zweifelhaftes Recht unentgeltlich erläßt, macht eine Schenkung (§. 939).

§. 1382.

Es gibt zweifelhafte Fälle, welche durch einen Vergleich nicht beigelegt werden dürfen. Dahin gehört der zwischen Eheleuten über die Gültigkeit ihrer Ehe entstandene Streit. Diesen kann nur der durch das Gesetz bestimmte Gerichtsstand entscheiden.

Ungültigkeit eines Vergleiches in Rücksicht des Gegenstandes;

§. 1383.

Ueber den Inhalt einer letzten Anordnung kann vor deren Bekanntmachung kein

Vergleich errichtet werden. Die hierüber entstandene Wette wird nach den Grundsätzen von Glücksverträgen beurtheilt.

§. 1384.

Vergleiche über Gesetzübertretungen sind nur in Hinsicht auf die Privat-Genugthuung gültig; die gesetzmäßige Untersuchung und Bestrafung kann dadurch bloß dann abgewendet werden, wenn die Uebertretungen von der Art sind, daß die Behörde nur auf Verlangen der Parteyen ihr Amt zu handeln angewiesen ist.

§. 1385.

oder anderer  
Mängel.

Ein Irrthum kann den Vergleich nur in so weit ungültig machen, als er die Wesenheit der Person oder des Gegenstandes betrifft.

§. 1386.

Aus dem Grunde einer Verletzung über die Hälfte kann ein redlich errichteter Vergleich nicht angefochten werden.

§. 1387.

Eben so wenig können neu gefundene Urkunden, wenn sie auch den gänzlichen Mangel eines Rechtes auf Seite einer Par-

Von Umänd. d. Rechte u. Verbindlichkeiten. 17  
ten entdeckten, einen redlich eingegangenen  
Vergleich entkräften.

§. 1388.

Ein offener Rechnungsverstoß, oder  
ein Fehler, welcher bey dem Abschlusse ei-  
nes Vergleiches in dem Summiren oder  
Abziehen begangen wird, schadet keinem  
der vertragmachenden Theile.

§. 1389.

Ein Vergleich, welcher über eine be-  
sondere Streitigkeit geschlossen worden ist, <sup>Umfang</sup> <sup>des Vergleich-</sup>  
erstreckt sich nicht auf andere Fälle. Selbst  
allgemeine, auf alle Streitigkeiten über-  
haupt lautende Vergleichs sind auf solche  
Rechte nicht anwendbar, die geſtiffentlich  
verheimlicht worden sind, oder auf welche  
die sich vergleichenden Parteyen nicht den-  
ken konnten.

§. 1390.

Bürgen und Pfänder, welche zur Si-  
cherheit des ganzen noch streitigen Rechtes <sup>Wirkung</sup> <sup>in Rücksicht</sup>  
gegeben worden sind, haften auch für den <sup>der Neben-</sup>  
Theil, der durch den Vergleich bestimmt <sup>verbindlich-</sup>  
worden ist. Doch bleiben dem Bürgen und <sup>keiten.</sup>  
einem dritten Verpfänder, welche dem Ver-  
gleich nicht beygestimmt haben, alle Ein-

wendungen gegen den Gläubiger vorbehalten, welche ohne geschlossenen Vergleich der Forderung hätten entgegen gesetzt werden können.

## §. 1391.

Der Vertrag, wodurch Parteyen zur Entscheidung streitiger Rechte einen Schiedsrichter bestellen, erhält seine Bestimmung in der Gerichtsordnung.

## §. 1392.

## 3) Cession.

Wenn eine Forderung von einer Person an die andere übertragen, und von dieser angenommen wird; so entsteht die Umänderung des Rechtes mit Hinzufunft eines neuen Gläubigers. Eine solche Handlung heißt Abtretung (Cession), und kann mit oder ohne Entgelt geschlossen werden.

## §. 1393.

Gegenstande  
der Cession.

Alle veräußerlichen Rechte sind ein Gegenstand der Abtretung. Rechte, die der Person anleben, folglich mit ihr erlöschen, können nicht abgetreten werden. Schuldscheine, die auf den Ueberbringer lauten, werden schon durch die Uebergabe abgetreten, und bedürfen nebst dem Besitze keines andern Beweises der Abtretung.

§. 1394.

Die Rechte des Uebernehmers sind mit den Rechten des Ueberträgers in Rücksicht auf die überlassene Forderung eben dieselben. Wirkung.

§. 1395.

Durch den Abtretungsvertrag entsteht nur zwischen dem Ueberträger (Cedent) und dem Uebernehmer der Forderung (Cessionar); nicht aber zwischen dem Letzten und dem übernommenen Schuldner (Cessus) eine neue Verbindlichkeit. Daher ist der Schuldner, so lange ihm der Uebernehmer nicht bekannt wird, berechtigt, den ersten Gläubiger zu bezahlen, oder sich sonst mit ihm abzufinden.

§. 1396.

Dieses kann der Schuldner nicht mehr, so bald ihm der Uebernehmer bekannt gemacht worden ist; allein es bleibt ihm das Recht, seine Einwendungen gegen die Forderung anzubringen. Hat er die Forderung gegen den redlichen Uebernehmer für richtig erkannt; so ist er verbunden, denselben als seinen Gläubiger zu befriedigen.

§. 1397.

Wer eine Forderung ohne Entgelt ab- Haftung des  
Cedenten.

tritt, also verschenkt, haftet nicht weiter für dieselbe. Kommt aber die Abtretung auf eine entgeltliche Art zu Stande; so haftet der Ueberträger dem Uebernehmer sowohl für die Richtigkeit als für die Einbringlichkeit der Forderung, jedoch nie für mehr, als er von dem Uebernehmer erhalten hat.

§. 1398.

In so fern der Uebernehmer über die Einbringlichkeit der Forderung aus den öffentlichen Pfandbüchern sich belehren konnte, gebührt ihm in Rücksicht der Uneinbringlichkeit keine Entschädigung. Auch für eine zur Zeit der Abtretung einbringliche, und durch einen bloßen Zufall oder durch Versehen des Uebernehmers uneinbringlich gewordene Forderung haftet der Ueberträger nicht.

§. 1399.

Ein Versehen dieser Art begeht der Uebernehmer, wenn er die Forderung zur Zeit, als sie aufgekündigt werden kann, nicht aufkündigt, oder nach verfallener Zahlungsfrist nicht eintreibt; wenn er dem Schuldner nachsieht; wenn er die noch mögliche Sicherheit zu rechter Zeit sich zu verschaffen versäumt, oder die gerichtliche Execution zu betreiben unterläßt.



§. 1400.

Durch die Hinzukunft eines neuen Schuldners kann eine Umänderung der Verbindlichkeit entstehen, wenn der Schuldner an seine Stelle einen Dritten als Zahler stellet, und den Gläubiger an ihn anweist.

4) Anweisung (Assignment).

§. 1401.

Wenn der angewiesene Gläubiger (Assignatar) den ihm zum Zahler zugewiesenen Dritten (Assignaten) anstatt des anweisenden Schuldners (Assignanten) annimmt, und der Assignat einwilliget; so ist die Anweisung (Assignment) vollständig, der Assignatar kann in der Regel (§. 1406 u. 1407) die Forderung gegen den Assignanten nicht mehr stellen.

Vollständige Anweisung;

§. 1402.

So lange diese dreysache Einwilligung nicht vorhanden ist, bleibt die Assignment unvollständig, und sie ist nur für diejenigen Theile wirksam, die mit einander einverstanden sind.

unvollständige.

§. 1403.

Hat der Anweiser einem Dritten, der ihm nichts schuldig ist, die Zahlung aufgetragen; so steht diesem frey, die Anweisung anzunehmen oder nicht. Nimmt er sie nicht

an, so kommt keine neue Verbindlichkeit zu Stande; nimmt er sie an, so entsteht ein Vollmachtsvertrag zwischen ihm und dem Assignanten, aber noch kein Vertrag mit dem Assignatar.

## §. 1404.

Der Assignant kann eine von dem Assignatar noch nicht angenommene Assignment widerrufen. In diesem Falle ist der Assignat aus der Vollmacht nicht mehr befugt, dem Assignatar die Zahlung zu leisten.

## §. 1405.

Will der Assignatar die erhaltene Anweisung nicht annehmen, oder wird dieselbe von dem Assignaten nicht angenommen, oder kann sie diesem seiner Abwesenheit wegen nicht vorgezeigt werden; so muß der Assignatar dem Assignanten ohne Verzug davon Nachricht geben; widrigen Falls haftet er dem Assignanten für die nachtheiligen Folgen.

## §. 1406.

Hat der Assignatar und der Assignat die Anweisung angenommen, letzterer leistet aber die Zahlung nicht zur gehörigen Zeit; so haftet der Assignant dem Assignatar da-

**für unter den nämlichen Beschränkungen, unter welchen der Cedent dem Uebernehmer für die Richtigkeit und Einbringlichkeit der Forderung zu haften hat (§§. 1397 u. 1399).**

**§. 1407.**

**Hat jedoch der Assignatar den Assignaten als Alleinzahler anzunehmen sich ausdrücklich oder stillschweigend dadurch erklärt, daß er seinen bisherigen Schuldner quittirt, oder ihm die Schuldschuld ausgetauscht hat; so wird der Assignant von aller Haftung gegen ihn befreit.**

**§. 1408.**

**Wenn der Assignant seinem Schuldner als Assignaten die Zahlung nur in eben dem Maße, als er sie ihm zu leisten schuldig war, aufträgt, und den Assignatar an ihn zum Empfange anweist; so gilt dem Assignatar die Assignment als eine Abtretungsurkunde, und es tritt zwischen ihm und dem Assignaten eben das Verhältniß ein, welches zwischen dem Uebernehmer einer Forderung und dem übernommenen Schuldner, dem der Uebernehmer bekannt gemacht worden ist, Statt findet.**

**§. 1409.**

**Wenn der Assignat über eine solche**

**Assignation**, die zugleich eine Cession in sich begreift, die Zahlung ohne Grund verweigert, und wenn ein Assignat überhaupt, nachdem er dem Assignatar die Zahlung zugesagt hat, damit zögert; so haftet er für die Folgen. Hat er hingegen die auf sich genommene Zahlung in gehöriger Art, und in einem größeren Betrage, als er dem Assignanten schuldig war, geleistet; so gebührt ihm von diesem der Ersatz (§. 1014).

§. 1410.

Handelsleute halten sich in Rücksicht der Anweisungen an die besonderen, für sie bestehenden Vorschriften.

---

## Drittes Hauptstück.

### Von Aufhebung der Rechte und Verbindlichkeiten.

#### §. 1411.

Rechte und Verbindlichkeiten stehen in einem solchen Zusammenhange, daß mit Erlöschung des Rechtes die Verbindlichkeit, und mit Erlöschung der letzteren das Recht aufgehoben wird.

Aufhebung  
der Rechte u.  
Verbind-  
lichkeiten.

#### §. 1412.

Die Verbindlichkeit wird vorzüglich durch die Zahlung, das ist, durch die Leistung dessen, was man zu leisten schuldig ist, aufgelöst (§. 469).

1) Durch  
die Zahlung.

#### §. 1413.

Gegen seinen Willen kann weder der Gläubiger gezwungen werden, etwas Anderes anzunehmen, als er zu fordern hat; noch der Schuldner, etwas Anderes zu leisten, als er zu leisten verbunden ist. Dieses gilt auch

Wie die  
Zahlung zu  
leisten;

von der Zeit, dem Orte und der Art, die Verbindlichkeit zu erfüllen.

§. 1414.

Wird, weil der Gläubiger und der Schuldner einverstanden sind; oder weil die Zahlung selbst unmöglich ist, etwas Anderes an Zahlungsstatt gegeben; so ist die Handlung als ein entgeltliches Geschäft zu betrachten.

§. 1415.

Der Gläubiger ist nicht schuldig, die Zahlung einer Schuldpost theilweise, oder auf Abschlag anzunehmen. Sind aber verschiedene Posten zu zahlen; so wird diejenige für abgetragen gehalten, welche der Schuldner, mit Einwilligung des Gläubigers tilgen zu wollen, sich ausdrücklich erklärt hat.

§. 1416.

Wird die Willensmeinung des Schuldners bezweifelt, oder von dem Gläubiger widersprochen; so sollen zuerst die Zinsen, dann das Capital, von mehreren Capitalien aber dasjenige, welches schon eingefordert, oder wenigstens fällig ist, und nach diesem dasjenige, welches schuldig zu bleiben dem Schuldner am meisten beschwerlich fällt, abgerechnet werden.

§. 1417.

Wenn die Zahlungsfrist auf keine Art wann bestimmt ist; so tritt die Verbindlichkeit, die Schuld zu zahlen, erst mit dem Tage ein, an welchem die Einmahnung geschehen ist (§. 904).

§. 1418.

In gewissen Fällen wird die Zahlungsfrist durch die Natur der Sache bestimmt. Alimente werden wenigstens auf Einen Monath voraus bezahlt. Stirbt der Verpflegte während dieser Zeit; so sind dessen Erben nicht schuldig, etwas von der Vorausbezahlung zurück zu geben.

§. 1419.

Hat der Gläubiger geögert, die Zahlung anzunehmen; so fallen die widrigen Folgen auf ihn.

§. 1420.

Wenn der Ort und die Art der Leistung nicht bestimmt sind; so müssen die oben (§. 905) aufgestellten Vorschriften angewendet werden. Zahlungen, die außer dem Falle eines Vertrages zu leisten sind, ist der Schuldner nur am Orte seines Wohnsitzes abzuführen schuldig.

## §. 1421.

von nem;

Auch eine Person, die sonst unfähig ist, ihr Vermögen zu verwalten, kann eine richtige und verfallene Schuld rechtmäßig abtragen, und sich ihrer Verbindlichkeit entledigen. Hätte sie aber eine noch ungewisse, oder nicht verfallene Schuld abgetragen; so ist ihr Vormund oder Curator berechtigt, das Bezahlte zurück zu fordern.

## §. 1422.

Kann und will ein Dritter anstatt des Schuldners mit dessen Einverständnis nach Maß der eingegangenen Verbindlichkeit bezahlen; so muß der Gläubiger die Bezahlung annehmen, und dem Zahler sein Recht abtreten; doch hat in diesem Falle der Gläubiger, außer dem Falle eines Betruges, weder für die Einbringlichkeit, noch für die Richtigkeit der Forderung zu haften.

## §. 1423.

Ohne Einwilligung des Schuldners kann dem Gläubiger die Zahlung von einem Dritten in der Regel (§. 462) nicht aufgedrungen werden. Nimmt er sie aber an; so ist der Zahler berechtigt, selbst noch nach der geleisteten Zahlung, die Abtretung



Von Aufhebung der Rechte u. Verbindlichkeiten. 29  
des dem Gläubiger zustehenden Rechtes zu  
verlangen.

§. 1424.

Der Schuldbetrag muß dem Gläubiger an wen.  
oder dessen zum Empfange geeigneten Macht-  
haber, oder demjenigen geleistet werden,  
den das Gericht als Eigenthümer der Forde-  
rung erkannt hat. Was jemand an eine Per-  
son bezahlt hat, die ihr Vermögen nicht  
selbst verwalten darf, ist er in so weit wie-  
der zu zahlen verbunden, als das Bezahlte  
nicht wirklich vorhanden, oder zum Nutzen  
des Empfängers verwendet worden ist.

§. 1425.

Kann eine Schuld aus dem Grunde,  
weil der Gläubiger unbekannt, abwesend,  
oder mit dem Angebotenen unzufrieden  
ist, oder aus anderen wichtigen Grün-  
den nicht bezahlt werden; so steht dem  
Schuldner bevor, die abzutragende Sache  
bey dem Gerichte zu hinterlegen; oder,  
wenn sie dazu nicht geeignet ist, die gericht-  
liche Einleitung zu deren Verwahrung  
anzusuchen. Jede dieser Handlungen, wenn  
sie rechtmäßig geschehen und dem Gläubiger  
bekannt gemacht worden ist, befrehet den

Gerichtl.  
Hinterle-  
gung der  
Schuld.

Schuldner von seiner Verbindlichkeit, und wälzt die Gefahr der geleisteten Sache auf den Gläubiger.

§. 1426.

Quittungen.

Der Zahler ist in allen Fällen berechtigt, von dem Befriedigten eine Quittung, nämlich ein schriftliches Zeugniß der erfüllten Verbindlichkeit, zu verlangen. In der Quittung muß der Name des Schuldners und des Gläubigers, so wie der Ort, die Zeit und der Gegenstand der getilgten Schuld ausgedrückt, und sie muß von dem Gläubiger oder dessen Nachthaber unterschrieben werden.

§. 1427.

Eine Quittung über das bezahlte Capital gründet die Vermuthung, daß auch die Zinsen davon bezahlt worden seyn.

§. 1428.

Besitzt der Gläubiger von dem Schuldner einen Schuldschein; so ist er nebst Ausstellung einer Quittung verbunden, denselben zurück zu geben, oder die allenfalls geleistete Abschlagszahlung auf dem Schuldscheine selbst abschreiben zu lassen. Der zurück erhaltene Schuldschein ohne Quittung gründet für den Schuld-

Von Aufhebung der Rechte u. Verbindlichkeiten. 31  
ner die rechtliche Vermuthung der geleisteten  
Zahlung; er schließt aber den Gegenbeweis  
nicht aus. Ist der Schuldschein, welcher zu-  
rück gegeben werden soll, in Verlust gerathen,  
so ist der Zahlende berechtigt, Sicherstellung  
zu fordern, oder den Betrag gerichtlich zu  
hinterlegen, und zu verlangen, daß der  
Gläubiger die Tödtung des Schuldscheines  
der Gerichtsordnung gemäß bewirke.

§. 1429.

Eine Quittung, die der Gläubiger  
dem Schuldner für eine abgetragene neuere  
Schuldpost ausgestellt hat, beweiset zwar  
nicht, daß auch andere ältere Posten abge-  
tragen worden seyn; wenn es aber gewisse  
Gefälle, Renten, oder solche Zahlungen  
betrifft, welche, wie Geld-, Grund-, Haus-  
oder Capitals-Zinsen, aus eben demselben  
Titel und zu einer gewissen Zeit geleistet  
werden sollen; so wird vermuthet, daß der-  
jenige, welcher sich mit der Quittung des  
lezt verfallenen Termines ausweist, auch  
die früher verfallenen berichtet habe.

§. 1430.

Eben so wird von Handels- und Ge-  
werbsleuten, welche mit ihren Abnehmern

(Kunden) zu gewissen Fristen die Rechnungen abzuschließen pflegen, vermuthet, daß ihnen, wenn sie über die Rechnung aus einer späteren Frist quittirt haben, auch die früheren Rechnungen bezahlt seyn.

§. 1431.

Zahlung  
einer Nicht-  
schuld.

Wenn jemanden aus einem Irrthume, wäre es auch ein Rechtsirrtum, eine Sache oder eine Handlung geleistet worden, wozu er gegen den Leistenden kein Recht hat; so kann in der Regel im ersten Falle die Sache zurück gefordert, im zweyten aber ein dem verschafften Nutzen angemessener Lohn verlangt werden.

§. 1432.

Doch können Zahlungen einer verjährten, oder einer solchen Schuld, welche nur aus Mangel der Förmlichkeiten ungültig ist, oder zu deren Eintreibung das Gesetz bloß das Klagerecht versagt, eben so wenig zurück gefordert werden, als wenn jemand eine Zahlung leistet, von der er weiß, daß er sie nicht schuldig ist.

§. 1433.

Diese Vorschrift (§. 1432) kann aber auf den Fall, in welchem ein Pflegebefoh-

lener, oder eine andere Person bezahlt hat, welche nicht frey über ihr Eigenthum verfügen kann, nicht angewendet werden.

**§. 1434.**

Die Zurückstellung des Bezahlten kann auch dann begehrt werden, wenn die Schuldforderung auf was immer für eine Art noch ungewiß ist; oder wenn sie noch von der Erfüllung einer beygesetzten Bedingung abhängt. Die Bezahlung einer richtigen und unbedingten Schuld kann aber deswegen nicht zurück gefordert werden, weil die Zahlungsfrist noch nicht verfallen ist.

**§. 1435.**

Auch Sachen, die als eine wahre Schuldigkeit gegeben worden sind, kann der Geber von dem Empfänger zurück fordern, wenn der rechtliche Grund, sie zu behalten, aufgehört hat.

**§. 1436.**

War jemand verbunden, aus zwey Sachen nur Eine nach seiner Willkür zu geben, und hat er aus Irrthum beyde gegeben; so hängt es von ihm ab, die eine oder die andere zurück zu fordern.

## §. 1437.

Der Empfänger einer bezahlten Nichtschuld wird als ein redlicher oder unredlicher Besizer angesehen, je nachdem er den Irrthum des Gebers gewußt hat, oder aus den Umständen vermuthen mußte, oder nicht.

## §. 1438.

2) Com-  
pensation.

Wenn Forderungen gegenseitig zusammen treffen, die richtig, gleichartig, und so beschaffen sind, daß eine Sache, die dem Einen als Gläubiger gebührt, von diesem auch als Schuldner dem Anderen entrichtet werden kann; so entsteht, in so weit die Forderungen sich gegen einander ausgleichen, eine gegenseitige Aufhebung der Verbindlichkeiten (Compensation), welche schon für sich die gegenseitige Zahlung bewirkt.

## §. 1439.

Zwischen einer richtigen und nicht richtigen, so wie zwischen einer fälligen und noch nicht fälligen Forderung findet die Compensation nicht Statt. In wie fern gegen eine Concurs-Masse die Compensation Statt finde, wird in der Gerichtsordnung bestimmt.

§. 1440.

Eben so lassen sich Forderungen, welche ungleichartige, oder bestimmte und unbestimmte Sachen zum Gegenstande haben, gegen einander nicht aufheben. Eigenmächtig entzogene, entlehnte oder in Verwahrung genommene Stücke sind überhaupt kein Gegenstand der Compensation.

§. 1441.

Ein Schuldner kann seinem Gläubiger dasjenige nicht in Aufrechnung bringen, was dieser einem Dritten und der Dritte dem Schuldner zu zahlen hat. Selbst eine Summe, die Jemand an eine Staats-Casse zu fordern hat, kann gegen eine Zahlung, die er an eine andere Staats-Casse leisten muß, nicht abgerechnet werden.

§. 1442.

Wenn eine Forderung allmählich auf Mehrere übertragen wird; so kann der Schuldner zwar die Forderung, welche er zur Zeit der Abtretung an den ersten Inhaber derselben hatte, so wie auch jene, die ihm gegen den letzten Inhaber zusteht, in Abrechnung bringen; nicht aber auch diejenige, welche ihm an einen der Zwischeninhaber zustand.

## §. 1443.

Gegen eine den öffentlichen Büchern einverleibte Forderung kann die Einwendung der Compensation einem Cessionar nur dann entgegen gesetzt werden, wenn die Gegenforderung ebenfalls und zwar bey der Forderung selbst eingetragen, oder dem Cessionar bey Uebernehmung der letzteren bekannt gemacht worden ist.

## §. 1444.

3) Entsa-  
gung.

In allen Fällen, in welchen der Gläubiger berechtigt ist, sich seines Rechtes zu begeben, kann er demselben auch zum Vortheile seines Schuldners entsagen, und hierdurch die Verbindlichkeit des Schuldners aufheben.

## §. 1445.

4) Vere-  
einigung.

So oft auf was immer für eine Art das Recht mit der Verbindlichkeit in Einer Person vereinigt wird, erlöschen beyde; außer, wenn es dem Gläubiger noch frey steht, eine Absonderung seiner Rechte zu verlangen (§§. 802 und 812), oder wenn Verhältnisse von ganz verschiedener Art eintreten. Daher wird durch die Nachfolge des Schuldners in die Verlassenschaft seines



## Von Aufhebung der Rechte u. Verbindlichkeiten. 37

Gläubigers, in den Rechten der Erbschaftsgläubiger, der Miterben oder Legatäre, und durch die Beerbung des Schuldners und Bürgen in den Rechten des Gläubigers nichts geändert.

### §. 1446.

Rechte und Verbindlichkeiten, welche den öffentlichen Büchern einverleibt sind, werden durch die Vereinigung in Einer Person nicht aufgehoben, bis die Löschung aus den öffentlichen Büchern erfolgt ist (§§. 469 u. 526).

### §. 1447.

Der zufällige gänzliche Untergang einer bestimmten Sache hebt alle Verbindlichkeit, selbst die, den Werth derselben zu vergüten, auf. Dieser Grundsatz gilt auch für diejenigen Fälle, in welchen die Erfüllung der Verbindlichkeit, oder die Zahlung einer Schuld durch einen anderen Zufall unmöglich wird. In jedem Falle muß aber der Schuldner das, was er, um die Verbindlichkeit in Erfüllung zu bringen, erhalten hat, zwar gleich einem rechtlichen Besitzer, jedoch auf solche Art zurüch stellen oder vergüten, daß er aus dem Schaden des Anderen keinen Gewinn zieht.

5) Unter-  
gang der  
Sache.

§. 1448.

- 6) Tod. Durch den Tod erlöschen nur solche Rechte und Verbindlichkeiten, welche auf die Person eingeschränkt sind, oder die bloß persönliche Handlungen des Verstorbenen betreffen.

§. 1449.

7) Verlauf  
der Zeit.

Rechte und Verbindlichkeiten erlöschen auch durch den Verlauf der Zeit, worauf sie durch einen letzten Willen, Vertrag, richterlichen Ausspruch, oder durch das Gesetz beschränkt sind. Auf welche Art sie durch die von dem Gesetze bestimmte Verjährung aufgehoben werden, wird in dem folgenden Hauptstücke festgesetzt.

§. 1450.

Von der  
Einsetzung  
in den vor-  
igen Stand.

Die bürgerlichen Gesetze, nach welchen widerrechtliche Handlungen und Geschäfte, wenn die Verjährung nicht im Wege steht, unmittelbar bestritten werden können, gestatten keine Einsetzung in den vorigen Stand. Die zum gerichtlichen Verfahren gehörigen Fälle der Einsetzung in den vorigen Stand sind in der Gerichtsordnung bestimmt.

---

## Viertes Hauptstück.

### Von der Verjährung und Ersizung.

§. 1451.

Die Verjährung ist der Verlust eines Rech- Verjährung.  
tes, welches während der von dem Gesetze  
bestimmten Zeit nicht ausgeübt worden ist.

§. 1452.

Wird das verjährte Recht vermöge des Ersizung.  
gesetzlichen Besizes zugleich auf jemand An-  
deren übertragen; so heißt es ein ersehenes  
Recht, und die Erwerbungsart, Ersizung.

§. 1453.

Jeder, der sonst zu erwerben fähig ist, Wer verjäh-  
kann auch ein Eigenthum oder andere Rech- ren und er-  
te durch Ersizung erwerben. sizen kann.

§. 1454.

Die Verjährung und Ersizung kann ge- Gegen wen.  
gen alle Privat-Personen, welche ihre Rechte

selbst auszuüben fähig sind, Statt finden. Gegen Mündel und Pflegebefohlene; gegen Kirchen, Gemeinden und andere moralische Körper; gegen Verwalter des öffentlichen Vermögens, und gegen diejenigen, welche ohne ihr Verschulden abwesend sind, wird sie nur unter den unten (§§. 1494, 1472 und 1475) folgenden Beschränkungen gestattet.

## §. 1455.

Welche Gegenstände.

Was sich erwerben läßt, kann auch erseffen werden. Sachen hingegen, welche man vermöge ihrer wesentlichen Beschaffenheit, oder vermöge der Geseze nicht besitzen kann; ferner Sachen und Rechte, welche schlechterdings unveräußerlich sind, sind kein Gegenstand der Erßigung.

## §. 1456.

Aus diesem Grunde können weder die dem Staatsoberhaupte als solchem allein zukommenden Rechte, z. B. das Recht, Zölle anzulegen, Münzen zu prägen, Steuern auszusprechen, und andere Hoheitsrechte (Regalien) durch Erßigung erworben, noch die diesen Rechten entsprechenden Schuldsigkeiten verjähret werden.

§. 1457.

Andere dem Staatsoberhaupte zukommende, doch nicht ausschließend vorbehalten Rechte, z. B. auf Wäldungen, Jagden, Fischeleyen u. dgl., können zwar überhaupt von anderen Staatsbürgern, doch nur binnen einem längeren als dem gewöhnlichen Zeitraume (§. 1472) erseffen werden.

§. 1458.

Die Rechte eines Ehegatten, eines Vaters, eines Kindes und andere Personenrechte sind kein Gegenstand der Erfindung. Doch kommt denjenigen, welche dergleichen Rechte reblicher Weise ausüben, die schuldlose Unwissenheit zur einstweiligen Behauptung und Ausübung ihrer vermeinten Rechte zu Statten.

§. 1459.

Die Rechte eines Menschen über seine Handlungen und über sein Eigenthum, z. B. eine Waare da oder dort zu laufen, seine Wiesen oder sein Wasser zu benutzen, unterliegen, außer dem Falle, daß das Gesetz mit der binnen einem Zeitraume unterlassenen Ausübung ausdrücklich den Verlust derselben verknüpft, keiner Verjährung.

Hat aber eine Person der anderen die Ausübung eines solchen Rechtes untersagt, oder sie daran verhindert; so fängt der Besitz des Untersagungsrechtes von Seite der Einnen gegen die Freyheit der Anderen von dem Augenblicke an, als sich diese dem Verbothe oder der Verhinderung gefüget hat, und es wird dadurch, wenn alle übrige Erfordernisse eintreffen, die Verjährung oder die Erfügung bewirkt (§§. 313 u. 351).

#### §. 1460.

Erfordernisse zur Erfügung:  
1) Besitz;

Zur Erfügung wird nebst der Fähigkeit der Person und des Gegenstandes erfordert: daß jemand die Sache oder das Recht, die auf diese Art erworben werden sollen, wirklich besitze; daß sein Besitz rechtmäßig, redlich und echt sey, und durch die ganze von dem Gesetze bestimmte Zeit fortgesetzt werde (§§. 309, 316, 326 und 345).

#### §. 1461.

und zwar:  
a) ein rechtmäßiger;

Jeder Besitz, der sich auf einen solchen Titel gründet, welcher zur Uebernahme des Eigenthumes, wenn solches dem Uebergeber gebührt hätte, hinlänglich gewesen wäre, ist rechtmäßig und zur Erfügung hinreichend. Dergleichen sind: z. B. das Vermächtniß,

die Schenkung, das Darleihen, der Kauf und Verkauf, der Tausch, die Zahlung u. ſ. w.

§. 1462.

Verpfändete, geliehene, in Verwahrung oder zur Fruchtnießung gegebene Sachen können von Gläubigern, Entlehnern und Verwahrern oder Fruchtnießern, aus Mangel eines rechtmäßigen Titels, niemals erſeſſen werden. Ihre Erben ſtellen die Erblasser vor, und haben nicht mehr Titel als dieselben. Nur dem dritten rechtmäßigen Befißer kann die Erſißungszeit zu Statten kommen.

§. 1463.

Der Befiß muß redlich ſeyn. Die Unredlichkeit des vorigen Befißers hindert aber einen redlichen Nachfolger oder Erben nicht, die Erſißung von dem Tage ſeines Befißes anzufangen (§. 1493).

§. 1464.

Der Befiß muß auch echt ſeyn. Wenn Jemand ſich einer Sache mit Gewalt oder Liſt bemächtigt, oder in den Befiß heimlich einschleicht, oder eine Sache nur bittweiſe beſißt; ſo kann weder er ſelbſt, noch können ſeine Erben dieſelbe verjähren.

b) redlicher;

c) echter.

## §. 1465.

a) Verlauf  
der Zeit.

Zur Erſizung und Verjährung iſt auch der in dem Geſetze vorgeschriebene Verlauf der Zeit nothwendig. Außer dem durch die Geſetze für einige beſondere Fälle feſtgeſetzten Zeitraume wird hier das in allen übrigen Fällen zur Erſizung oder Verjährung nöthige Zeitmaß überhaupt beſtimmt. Es kommt dabey ſowohl auf die Verſchiedenheit der Rechte und der Sachen, als der Perſonen an.

## §. 1466.

Erſizungs-  
zeit:  
Ordentliche.

Das Eigenthumsrecht, deſſen Gegenſtand eine bewegliche Sache iſt, wird durch einen dreyjährigen rechtlichen Beſitz erſeſſen.

## §. 1467.

Von unbeweglichen Sachen erſizt derjenige, auf deſſen Rahmen ſie den öffentlichen Büchern einverleibt ſind, das volle Recht gegen allen Widerſpruch ebenfalls durch Verlauf von drey Jahren. Die Gränzen der Erſizung werden nach dem Maße des einge- tragenen Beſizes beurtheilt.

## §. 1468.

Wo noch keine ordentlichen öffentlichen Bücher eingeführt ſind, und die Erwerbung unbeweglicher Sachen aus den Gerichts-Ac-



ten und anderen Urkunden zu erweisen ist, oder wenn die Sache auf den Rahmen desjenigen, der die Besitzrechte darüber ausübet, nicht eingetragen ist, wird die Erfindung erst nach dreyßig Jahren vollendet.

§. 1469.

Dienstbarkeiten und andere auf fremdem Boden ausgeübte besondere Rechte werden, wie das Eigenthumsrecht, von demjenigen, auf dessen Rahmen sie den öffentlichen Büchern einverleibt sind, binnen drey Jahren erloschen.

§. 1470.

Da noch keine ordentlichen öffentlichen Bücher bestehen, oder ein solches Recht denselben nicht einverleibt ist, kann es der redliche Inhaber erst nach dreyßig Jahren erloschen.

§. 1471.

Bei Rechten, die selten ausgeübt werden können, z. B. bey dem Rechte, eine Pfründe zu vergeben, oder jemanden bey Herstellung einer Brücke zum Beytrage anzubalten, muß derjenige, welcher die Erfindung behauptet, nebst einem Verlaufe von dreyßig Jahren, zugleich erweisen, daß der

Fall zur Ausübung binnen dieser Zeit wenigstens drey Mahl sich ergeben, und er jedes Mahl dieses Recht ausgeübet habe.

§. 1472.

Außerordentliche.

Gegen den Fiscus, das ist, gegen die Verwalter der Staatsgüter und des Staatsvermögens, in soweit die Verjährung Platz greift, (§§. 287, 289, 1456 u. 1457), ferner gegen die Verwalter der Güter der Kirchen, Gemeinden und anderer erlaubten Körper, reicht die gemeine ordentliche Erßigungszeit nicht zu. Der Besiß beweglicher Sachen, so wie auch der Besiß der unbeweglichen, oder der darauf ausgeübten Dienstbarkeiten und anderer Rechte, wenn sie auf den Rahmen des Besizers den öffentlichen Büchern einverleibt sind, muß durch sechs Jahre fortgesetzt werden. Rechte solcher Art, die auf den Rahmen des Besizers in die öffentlichen Bücher nicht einverleibt sind, und alle übrige Rechte lassen sich gegen den Fiscus und die hier angeführten begünstigten Personen nur durch den Besiß von vierzig Jahren erwerben.

§. 1473.

Wer mit einer von dem Geseze in Aufsehung der Verjährungszeit begünstigten Person in Gemeinschaft steht, dem kommt die

nähmliche Begünstigung zu Statten. Begünstigungen der längeren Verjährungsfrist haben auch gegen andere, darin ebenfalls begünstigte Personen ihre Wirkung.

§. 1474.

Die Eigenschaft eines Familien-Fideicommisses, eines Erbpacht- und Erbzinsgutes geht nur durch einen frey eigenthümlichen Besitz von vierzig Jahren verloren.

§. 1475.

Der Aufenthalt des Eigenthümers außer der Provinz, in welcher sich die Sache befindet, steht der ordentlichen Ersizung und Verjährung in so weit entgegen, daß die Zeit einer willkührlichen und schuldlosen Abwesenheit nur zur Hälfte, folglich Ein Jahr nur für sechs Monathe gerechnet wird. Doch soll auf kurze Zeiträume der Abwesenheit, welche durch kein volles Jahr ununterbrochen gedauert haben, nicht Bedacht genommen, und überhaupt die Zeit nie weiter als bis auf dreißig Jahre zusammen ausgedehnt werden. Schuldbare Abwesenheit genießt keine Ausnahme von der ordentlichen Verjährungszeit.

§. 1476.

Auch derjenige, welcher eine bewegli-

die Sache unmittelbar von einem unechten, oder von einem unrechtlichen Besitzer an sich gebracht hat, oder seinen Vormann anzugeben nicht vermag, muß den Verlauf der sonst ordentlichen Erfigungszeit doppelt abwarten.

§. 1477.

Wer die Erfigung auf einen Zeitraum von dreßzig oder vierzig Jahren stützt, bedarf keiner Angabe des rechtmäßigen Titels. Die gegen ihn erwiesene Unrechlichkeit des Besizes schließt aber auch in diesem längeren Zeitraume die Erfigung aus.

§. 1478.

Verjährungszeit:  
Ordentliche.

In so fern jede Erfigung eine Verjährung in sich begreift, werden beyde mit den vorgeschriebenen Erfordernissen in Einem Zeitraume vollendet. Zur eigentlichen Verjährung aber ist der bloße Nichtgebrauch eines Rechtes, das an sich schon hätte ausgeübt werden können, durch dreßzig Jahre hinlänglich.

§. 1479.

Alle Rechte gegen einen Dritten, sie mögen den öffentlichen Büchern einverleibt seyn oder nicht, erlöschten also in der Regel

längstens durch den dreißigjährigen Nichtgebrauch, oder durch ein so lange Zeit beobachtetes Stillschweigen.

§. 1480.

Forderungen von rückständigen jährlichen Abgaben, Zinsen, Renten oder Dienstleistungen erlöschen in drey Jahren; das Recht selbst wird durch einen Nichtgebrauch von dreißig Jahren verjährt.

§. 1481.

Die in dem Familien- und überhaupt in <sup>Ausnahmen.</sup> dem Personen-Rechte gegründeten Verbindlichkeiten, z. B. den Kindern den unentbehrlichen Unterhalt zu verschaffen, so wie diejenigen, welche dem oben (§. 1459) angeführten Rechte, mit seinem Eigenthume frey zu schalten, zusagen, z. B. die Verbindlichkeit, die Theilung einer gemeinschaftlichen Sache oder die Gränzbestimmung vornehmen zu lassen, können nicht verjährt werden.

§. 1482.

Auf gleiche Weise wird derjenige, welcher ein Recht auf einem fremden Grunde in Ansehung des Ganzen oder auf verschiedene beliebige Arten ausüben konnte, bloß dadurch, daß er es durch noch so lange Zeit nur auf

einem Theile des Grundes oder nur auf eine bestimmte Weise ausübte, in seinem Rechte nicht eingeschränkt; sondern die Beschränkung muß durch Erwerbung oder Erfigung des Untersagungs- oder Hinderungsrechtes bewirkt werden (§. 351). Eben dieses ist auch auf den Fall anzuwenden, wenn jemand ein gegen alle Mitglieder einer Gemeinde zustehendes Recht bisher nur gegen gewisse Mitglieder derselben ausgeübt hat.

§. 1483.

So lange der Gläubiger das Pfand in Händen hat, kann ihm die unterlassene Ausübung des Pfandrechtes nicht eingewendet und das Pfandrecht nicht verjährt werden. Auch das Recht des Schuldners, sein Pfand einzulösen, bleibt unverjährt. In so fern aber die Forderung den Werth des Pfandes übersteigt, kann sie inzwischen durch Verjährung erlöschen.

§. 1484.

Zur Verjährung solcher Rechte, die nur selten ausgeübt werden können, wird erfordert, daß während der Verjährungszeit von dreßßig Jahren von drey Gelegenheiten, ein solches Recht auszuüben, kein Gebrauch gemacht worden sey (§. 1471).

§. 1485.

In Rücksicht der in dem §. 1472 begünstigten Personen werden, wie zur Erskigung, also auch zur Verjährung, vierzig Jahre erfordert.

§. 1486.

Die allgemeine Regel, daß ein Recht wegen des Nichtgebrauches erst nach Verlauf von dreißig oder vierzig Jahren verloren gehe, ist nur auf diejenigen Fälle anwendbar, für welche das Gesetz nicht schon einen kürzeren Zeitraum ausgemessen hat (§. 1465).

Außerordentliche  
kürzere Ver-  
jährungs-  
zeit.

§. 1487.

Die Rechte, eine Erklärung des letzten Willens umzustossen; den Pflichttheil oder dessen Ergänzung zu fordern; eine Schenkung wegen Undankbarkeit des Beschenkten zu widerrufen; einen entgeltlichen Vertrag wegen Verletzung über die Hälfte aufzuheben, oder die vorgenommene Theilung eines gemeinschaftlichen Gutes zu bestreiten; und die Forderung wegen einer bey dem Vertrage unterlaufenen Furcht, oder eines Irrthumes, wobey sich der andere vertragmachende Theil keiner List schuldig gemacht hat, müssen binnen drey

Jahren geltend gemacht werden. Nach Verlauf dieser Zeit sind sie verjährt.

§. 1488.

Das Recht der Dienstbarkeit wird durch den Nichtgebrauch verjährt, wenn sich der verpflichtete Theil der Ausübung der Servitut widersetzt, und der Berechtigte durch drey auf einander folgende Jahre sein Recht nicht geltend gemacht hat.

§. 1489.

Jede Entschädigungsklage erlischt nach drey Jahren von der Zeit an, zu welcher der Schade dem Beschädigten bekannt wurde. Ist ihm der Schade nicht bekannt worden, oder ist derselbe aus einem Verbrechen entstanden; so verjährt sich das Klagerecht nur nach dreißig Jahren.

§. 1490.

Klagen über Injurien, die lediglich in Beschimpfungen durch Worte, Schriften oder Geberden bestehen, können nach Verlauf eines Jahres nicht mehr erhoben werden. Besteht aber die Beleidigung in Thätlichkeiten; so dauert das Klagerecht auf Genugthuung durch drey Jahre.



§. 1491.

Einige Rechte sind von den Gesezen auf eine noch kürzere Zeit eingeschränkt. Hierüber kommen die Vorschriften an den Orten, wo diese Rechte abgehandelt werden, vor.

§. 1492.

Wie lange das Wechselrecht einem Wechselbriefe zu Statten komme, ist in der Wechselordnung bestimmt.

§. 1493.

Wer eine Sache von einem rechtmäßigen und redlichen Besitzer redlich übernimmt, der ist als Nachfolger berechtigt, die Erfindungszeit seines Vorfahrers mit einzurechnen (§. 1463). Eben dieses gilt auch von der Verjährungszeit. Bey einer Erfindung von dreßsig oder vierzig Jahren findet diese Einrechnung auch ohne einen rechtmäßigen Titel, und bey der eigentlichen Verjährung selbst ohne guten Glauben oder schuldlose Unwissenheit Statt.

Einrechnung der Verjährungszeit des Vorfahrers.

§. 1494.

Gegen solche Personen, welche aus Mangel ihrer Geisteskräfte ihre Rechte selbst zu verwalten unfähig sind, wie gegen Pupillen,

Hemmung der Verjährung.

**Wahn- oder Blödsinnige**, kann die **Erk-  
kungs- oder Verjährungszeit**, dafern die-  
sen Personen keine gesetzlichen Vertreter  
bestellt sind, nicht anfangen. Die ein Wahl  
angefangene **Erk- oder Verjährungs-  
zeit** läuft zwar fort; sie kann aber nie frü-  
her als binnen zwey Jahren nach den ge-  
hobenen Hindernissen vollendet werden.

## §. 1495.

Auch zwischen **Ehegatten**, dann zwischen  
**Kindern oder Pflegebefohlenen** und ihren  
**Ältern oder Vormündern** kann, so lange  
erstere in ehelicher Verbindung, letztere  
unter älterlicher oder vormundschastlicher  
Gewalt stehen, die **Erk- oder Ver-  
jährung** weder angefangen, noch fortgese-  
tzt werden.

## §. 1496.

Durch **Abwesenheit in Civil- oder  
Kriegsdiensten**, oder durch gänzlichen Still-  
stand der Rechtspflege, z. B. in Pest- oder  
Kriegszeiten, wird nicht nur der Anfang,  
sondern so lange dieses Hinderniß dauert,  
auch die Fortsetzung der **Erk- oder Ver-  
jährung** gehemmet.

§. 1497.

Die Erßigung sowohl als die Verjährung wird unterbrochen, wenn derjenige, welcher ſich auf dieſelbe berufen will, vor dem Verlaufe der Verjährungszeit entweder ausdrücklich oder ſtilſchweigend das Recht des Anderen anerkannt hat; oder wenn er von dem Berechtigten belangt, und die Klage gehörig fortgeſetzt wird. Wird aber die Klage durch einen rechtskräftigen Spruch für unſtatthaft erklärt; ſo iſt die Verjährung für ununterbrochen zu halten.

Unterbre-  
chung der  
Verjähr-  
ung.

§. 1498.

Wer eine Sache oder ein Recht erſeſſen hat, kann gegen den bisherigen Eigenthümer bey dem Gerichte die Zuerkennung des Eigenthumes anſuchen, und das zuerkannte Recht, wofern es einen Gegenſtand der öffentlichen Bücher ausmacht, den letzteren einverleiben laſſen.

Wirkung  
der Erßigung  
oder Ver-  
jährung.

§. 1499.

Auf gleiche Art kann nach Verlaufe der Verjährung der Verpflichtete die Löſchung ſeiner in den öffentlichen Büchern eingetragenen Verbindlichkeit, oder die Richtigerklärung des dem Berechtigten bisher zuge-

56 III. Th. Viert. Hauptst. B. d. Verjähr. u. Ersig.  
standenen Rechtes und der darüber ausge-  
stellten Urkunden erwirken.

§. 1500.

Das aus der Ersizung oder Verjährung  
erworbene Recht kann aber demjenigen,  
welcher im Vertrauen auf die öffentlichen  
Bücher noch vor der Einverleibung dessel-  
ben eine Sache oder ein Recht an sich ge-  
bracht hat, zu keinem Nachtheile gereichen.

§. 1501.

Auf die Verjährung ist, ohne Einwen-  
dung der Parteyen, von Amts wegen kein  
Bedacht zu nehmen.

§. 1502.

Entsagung  
oder Verläns-  
gerung der  
Verjähr-  
rung.

Der Verjährung kann weder im voraus  
entsagt, noch kann eine längere Verjähr-  
ungsfrist, als durch die Gesetze bestimmt  
ist, bedungen werden.

---

# Alphabetisches Register

über den

## Inhalt der drey Theile

des

allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches

für

die gesammten Deutschen Erbländer der Oesterreichi-  
schen Monarchie.

---

Nach der Zahl der Paragraphen.



W i e n.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerey.

1811.



# Alphabetisches Register

über den

Inhalt der drey Theile

des

allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches.

(Nach der Zahl der Paragraphen.)

A.

**Abänderung.** S. Umänderung. Aufhebung.

**Abgaben.** S. Staatsauslagen, Steuern, auch Veränderungengebühren.

**Abneigung,** unüberwindliche; wann sie ein Grund zur Trennung der Ehe bey nicht katholisch-christlichen Religions-Verwandten sey, 115 u. 116.

**Abrechnung.** S. Compensation, Abschlagszahlung.

**Abschätzung.** S. Schätzung.

**Abschlagszahlungen,** in wie fern sie Statt finden, und auf welche Schuld sie abzurechnen sind, 1415 u. 1416.

**Abzicht,** erklärte, des Erblassers bey einem Nachlasse, was sie für eine Wirkung habe, 711; — der vertragmachenden

## IV

**Theile**, in wie fern sie auf die Gültigkeit des Vertrages Einfluß habe, 901; — böse, zu Schaden, worin sie bestehe, 1294; — Folge derselben, 1324.

**Abolutorium**. S. Urkunde.

**Absonderung des Vermögens der Ehegatten** im Falle eines Concurſes, einer Scheidung, Trennung oder Nichtigerklärung der Ehe. S. Ehe-Pacte.

**Absonderungsrecht** bey einem Nachlasse, 812.

**Absteigende Linie**. S. Descendenten.

**Abtretung einer Pupillar-Forderung** kann von dem Vormunde nicht eigenmächtig geschehen, 233; — einer Forderung, worin sie bestehe, 1392; — Gegenstände derselben, 1393; — Wirkung, 1394 — 1396; — Haftung des Ueberträgers der Forderung, 1397 — 1399; — Ausnahme bey einer nothwendigen Abtretung, 1422 u. 1423; — in wie fern gegen den Uebernehmer einer Forderung das Compensations-Recht Statt finde, 1442; — ein Rechtsfreund kann eine ihm anvertraute Streitſache ſich gütlich nicht abtreten laſſen, 879.

**Abweſende** ſtehen unter beſonderem Schutze der Geſetze, 21; — wann der Tod abweſender oder vermißter Perſonen vermuthet werde, 24; — wann die längere Abweſenheit des Ehegatten ein Grund ſey, die Ehe für aufgelöst zu halten, 112 — 114. S. Todeserklärung; — wann die dem Abweſenden zuſtehende väterliche Gewalt außer Wirkſamkeit komme, 176; — von der Provinz Abweſende, zu welcher der Minderjährige der Gerichtsbarkeit nach gehört, ſind zu deſſen Vormund oder Curator nicht zu beſtellen, 194, 281; — wann ihnen ein Curator gegeben werde, 276; — wann unter Ab-



wesenden die Uebergabe vollzogen sey, 429; — wann ein Abwesender das Versprechen annehmen müsse, 362; — wie einem abwesenden Gläubiger die Schuld abgetragen werden könne, 1425.

**Abwesenheit des Besitzers** hebt den Besitz nicht auf, 332; — des Berechtigten, in wie fern sie zur gerichtlichen Hinterlegung der Schuld berechtiige, 1425; — was sie in Rücksicht der Verjährung für eine Wirkung habe, 1475 u. 1496; — Wirkung der Abwesenheit des Hauptschuldners in Rücksicht des Bürgen, 1356, 1365.

**Abzug**, ob und in wie fern ein Abzug von Vermächtnissen Statt finde, 690 — 693; — gesetzliche Abzüge aus einer Verlassenschaft zu öffentlichen Anstalten, 694.

**Acatboliken.** S. Nichtkatholische christliche Religions-Berwandte.

**Acceptation.** S. Annahme.

**Accession.** S. Zuwachs.

**Accessorium.** S. Zugehör, Zuwachs.

**Activa.** S. Forderung.

**Actus merae facultatis.** S. Jura.

**Adcrescendi jus.** S. Zuwachsrecht.

**Addictio in diem.** S. Käufer, besserer.

**Adel** kommt der Ehegattinn und den ehelichen Kindern zu, 92 u. 146; — nicht auch den unehelichen, 165; — oder den Waißkindern, ohne besondere landesfürstliche Bewilligung, 182.

**Adjunctio.** S. Zuwachs.

**Adoption.** S. Annehmung an Kindes Statt.

**Ad vitalitts-Recht.** S. Ehe-Pacte.

**Advocat.** S. Rechtsfreund, Bevollmächtigung.

**Affect.** S. Sinnenverwirrung.

## VI

**Asterbestand, Astermiethe;** der Bestandnehmer ist in der Regel berechtigt, die Sache in Asterbestand zu geben, 1098; — in wie fern der Asterbestandnehmer für den Zins hafte, 1101.

**Asterpfand, Erwerbung desselben, 454 u. 455; — Haftung bey der Bestellung, 460. S. Pfandrecht.**

**Agenten. S. Geschäftsführer; Bevollmächtigung.**

**Aleatorii contractus. S. Glücksverträge.**

**Alimente. S. Unterhalt.**

**Alle für Einen, und Einer für Alle. S. Correalität.**

**Alleinzahler. S. Zahler.**

**Alluvion. S. Anspühlen.**

**Alter der Kindheit, Unmündigkeit, Minderjährigkeit und Volljährigkeit, 21; — in welchem Alter der Tod eines Vermissten vermuthet werde, 24; — das Alter der Ehegatten ist in das Trauungsbuch einzutragen, 80; — erforderliches; zur Schließung eines Ehevertrages, 48; — zur Religions- oder Standeswahl, 140 u. 148; — bis zu welchem das Kind, im Falle einer Scheidung oder Trennung, der Mutter zu überlassen ist, 142; — von 60 Jahren entschuldigt von einer Vormundschaft oder Curatel, 195 u. 281; — Einfluß des Alters des Kindes auf die väterliche Gewalt, 139 u. folg. 172 — 175; — auf die Annahme an Kindes Statt, 180 u. 181; — auf die Vormundschaft, 187; — auf die Gültigkeit der Verpflichtung eines Minderjährigen, 247 u. 248; — und die Erlangung der Altersnachsicht, 252; — auf die Besignehmung, 310; — Erklärung des letzten Willens, 569; — und Zeugenschaft bey derselben, 591 u. 597; — auf Schließung eines Vertrages, 865.**

Vätern, darunter werden in der Regel alle Verwandten  
 in der aufsteigenden Linie verstanden, 42. — Von den  
 Rechten zwischen Vätern und Kindern handelt das  
 dritte Hauptstück I. Ehel. Ursprung des Rechtsverhält-  
 nisses I. zwischen ehelichen Vätern und Kindern, 137; —  
 gesetzliche Bestimmung der ehelichen Geburt, 138; —  
 gemeinschaftliche Rechte und Pflichten der Vätern in Rück-  
 sicht der Erziehung der Kinder, 139; — der Religion,  
 140; — des Unterhaltes, 141 — 143; — der Lei-  
 tung, 144; — der Aufsicht und Zuchtigung, 145; —  
 besondere Rechte des Vaters: väterliche Gewalt, 147; —  
 Folgen derselben, 148 — 154. S. Väterliche Gewalt.  
 — II. Rechtsverhältniß zwischen unehelichen Vätern und  
 Kindern, nähere Bestimmung der unehelichen Kinder,  
 155 — 159; — Legitimation der unehelichen Kinder,  
 160 — 162. S. Legitimation. — Beweis von der Va-  
 terschaft zu einem unehelichen Kinde, 163 u. 164. —  
 Beschaffenheit des Rechtsverhältnisses zwischen uneheli-  
 chen Vätern und Kindern, 165 u. 166; — besondere  
 Rechte des unehelichen Vaters und der Mutter, 167 —  
 170; — die Verbindlichkeit der Verpflegung geht auch  
 auf die Erben der Vätern über, 171; — Erlösung des  
 Rechtsverhältnisses in Beziehung auf die väterliche Gewalt,  
 172 — 178; — III. Dem Rechtsverhältnisse zwischen  
 Vätern und Kindern analoge Verbindungen: 1) Anneh-  
 mung an Kindes Statt, 179 — 185. S. dieses  
 Wort; — 2) Uebernahme in die Pflege, 186. S. Pflege-  
 kinder. — Den Vätern ist das den Waisen gehörige Haus-  
 geräth aus freyer Hand zu überlassen, 231; — auch  
 das Pupillar-Capital ohne wahrscheinliche Gefahr nicht auf-  
 zuhändigen, 236; — gesetzliches Erbrecht der ehelichen

## VIII

Keltern, 735 u. 737; — der Keltern von unehelichen, legitimirten, oder Wahlkindern, 756; — Pflichttheil der Keltern, 766 — 795. S. Pflichttheil. — Pflicht der Keltern zur Bestellung eines Heirathsgutes, 1220 — 1225; — und einer Ausstattung, 1231. — Die Keltern des Erben oder Legatars sind keine gültigen Zeugen des Nachlasses, 594. — Zwischen den Keltern und den Kindern hat, so lange diese unter der väterlichen Gewalt stehen, keine Erbschaft oder Verjährung Statt, 1495. S. auch Einkindschaft, Erziehung, Großältern, Kinder, Mutter, Vater, väterliche Gewalt.

Alveus derelictus. S. Wasserbette.

Amortisirung eines Schuldscheines; Fall, in welchem sie verlangt werden kann, 1428.

Amt, öffentliches, begründet die Staatsbürgerschaft, 22; — entschuldigt von der Vormundschaft und Curatel, 195 u. 281; — vom Amte zu entfernen, und als unfähig zu erklären, sind Rabbiner, welche die Trauungsbücher nicht nach gesetzlicher Vorschrift führen, 131; — was zum Antritte eines Amtes gegeben worden, wird in den Pflicht- und gesetzlichen Erbtheil eingerechnet, 788 — 790; — wer sich öffentlich zu einem Amte bekennet, das besonderen Kunstfleiß fordert, muß den Mangel desselben vertreten, 1299. S. Dienst.

Amts wegen, wann die Ungültigkeit einer Ehe zu untersuchen; 94; — das Gericht hat von Amts wegen einen Vormund zu bestellen, 190; — oder als untauglich zu entlassen, 254 — 256.

Analogie dient zur Entscheidung der Rechtsfälle, 7.

Anatocismus. S. Zinsen.

**Änderung des letzten Willens. S. Aufhebung.**

**Anerkennung der abgetretenen Schuld verpflichtet zur Zahlung, 1396.**

**Anfallstag des Erbrechtes und Vermächtnisses, 545, 624, u. 703.**

**Anfang der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vom 1. Januar 1812. Kundmachungspatent; — eines Gesetzes überhaupt, 3; — was den Anfang der Verjährung hemme, 1494 — 1496.**

**Angabe des unehelichen Vaters in das Geburtsbuch, wann sie einen vollständigen Beweis mache, 164; — des Besitztums kann in der Regel nicht gefordert werden, 323 — 325.**

**Angeborene Rechte. S. Personen-Rechte.**

**Angeld, Begriff und Wirkung desselben, 908 — 911.**

**Angelobung des Vormundes, worin sie bestehe, und wann sie nachgesehen werde, 205; — des Mitvormundes, 212.**

**Anleihen. S. Darleihen.**

**Annahme des Versprechens bewirkt einen Vertrag, 861; — Frist zur Annahme eines Versprechens, 862; — ob während dieser Frist das Recht der Annahme auf den Erben übergehe, 918; — welche Personen unfähig seyn, ein Versprechen anzunehmen, 865; — wie, wenn Einer von mehreren Versprechern eben dieselbe Sache annimmt, oder wenn Mehrere sie von Einem Versprecher annehmen, 888 — 896.**

**Annehmung an Kindes Statt, 179; — Erfordernisse derselben, 180 u. 181; — daraus entspringende Rechte, 182 u. 183; — in wie fern sie anders bestimmt werden können, 184; — Erlöschung derselben, 185. S. Wahlältern, Wahlkinder.**

## X

**Anordnung, letztwillige.** S. Erklärung des letzten Willens.

**Anrechnung zum Pflichttheile, 787 — 789; — oder zum Erbtheile bey der gesetzlichen Erbfolge, 790 — 794. S. auch Compensation.**

**Ansässigkeit.** S. Wohnsitz.

**Anschwemmung.** S. Anspühlen.

**Anschlag, wenn eine Pachtung nach einem Anschlage geschlossen worden, welche Lasten der Pächter übernehme, 1099.**

**Anspühlen, das angespülte Erdreich gehört dem Uferbesitzer, 411.**

**Ansuchen derjenigen, welche durch die mit einem Hindernisse geschlossene Ehe getränkt werden, um Ungültigerklärung der Ehe, wann es abzuwarten, 94.**

**Antichretischer Vertrag, in wie fern er gültig, 459 u. 1372. S. Nebenverträge.**

**Antretung der Erbschaft. S. Besitznehmung der Erbschaft. — Eines Gewerbes, wann es die Staatsbürgerschaft verschaffe, 29.**

**Anvertrautes Gut, ob es wider einen dritten Besitzer vindicirt werden könne, 367.**

**Anwachs. S. Zuwachs.**

**Anwalt. S. Bevollmächtigung.**

**Anwärter von Fideicommissen. S. Fideicommiss.**

**Anweisung, wie sie geschehe, 1400; — wann sie vollständig, oder unvollständig, 1401 u. 1402; — Wirkung der Anweisung vor und nach der Annahme des Angewiesenen, oder des Zugewiesenen, 1403 — 1409; — Ausnahme bey Handelsleuten, 1410.**

**Anwendung der Gesetze auf die Rechtsfälle, wie sie gemacht werden müsse, 6 — 8.**

**Anzeige eines Ehehindernisses, wo sie geschehen soll, 70; — der wirklich abgeschlossenen Ehe hat der Stellvertreter des ordentlichen Pfarrers demselben zu machen, 82; — über die Wiedervereinigung geschiedener Gatten, 110; — zur Bestellung eines Vormundes, 189; — des Mißbrauches der väterlichen oder vormundtschaftlichen Gewalt, 178 u. 217; — eines Hundes, 389 — 398; — von Unglücksfällen, wie sie zu einem Nachlasse von dem Pächter geschehen müsse, 1108; — oder wann von dem Uebernehmer eines Stück Viehes zur Begründung der Gewährleistung, 926.**

**Appertinens. S. Zugehör.**

**Arbeit, Bestellung und Vollbringung einer Arbeit gegen einen ausdrücklich oder stillschweigend bedungenen Lohn.**

**S. Dienstleistungen. — Arbeiten gehören zu den schätzbaren Sachen, 303.**

**Arbeitsleute haben auf einen von ihnen zufällig gefundenen Schatz Anspruch, 401.**

**Armenanstalten. S. Stiftungen.**

**Armuth. S. Dürftigkeit.**

**Arrest, widerrechtlich bewirkter. S. Verletzung.**

**Arrha. S. Angeld.**

**Art der Erfüllung eines testamentarischen Auftrages, in wie fern sie verändert werden könne, 710; — der Erfüllung des Vertrages; Vorschriften hierüber, 902 — 907 u. 919. S. Zahlung.**

**Arzt kann für die Uebernehmung der Cur sich keine bestimmte Belohnung bedingen, 879; — vermittelt der Aerzte ist das Unvermögen zur ehelichen Pflicht, 100; —**

## XII

die Rechtmäßigkeit einer früheren oder späteren Geburt, 157; — wie auch der Wahn- und Blödsinn, 272; — die Heilung derselben, 283; — oder die heitere Zwischenzeit, 567 zu erheben. — Auf Aerzte sind die Vorschriften über Dienstleistungen anzuwenden, 1163. **S. Dienstleistungen, Sachverständige.**

Ascendenten und Descendenten können sich wechselseitig nicht ehelichen, 65; — deren Erbfolge, 735 u. folg. **S. Kellern, Großältern, Kinder.**

Affecuranz. **S. Versicherungsvertrag.**

Assignation. **S. Anweisung.**

Aeste eines fremden Baumes, in wie fern sie der Angränzer abschneiden oder benützen könne, 422.

Aestimatorius contractus. **S. Verkaufsauftrag.**

Auction. **S. Feilbiethung.**

Aufbewahrung. **S. Verwahrung.**

Aufenthalt, unbekannter, des Hauptschuldners gibt das Recht, sogleich den Bürgen anzugehen, 1356.

Aufforderung hat in der Regel gegen den Besizer oder Inhaber einer Sache nicht Statt, 323 — 325.

Aufgeboth der Ehe besteht in der Verkündigung der bevorstehenden Ehe, 70; — wie es geschehen müsse, 71 — 74; — wie davon dispensirt werden könne, 83 — 88; — in wie fern die Unterlassung desselben die Ehe ungültig mache, 74 u. 94. **S. auch Judenschaft.**

Aufhängen oder Aufstellen, gefährliches, einer Sache, wozu es berechtigte, 1318 u. 1319.

Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft kann nicht eigenmächtig geschehen, 93; **S. Ehetrennung; Ehescheidung; Ungültigerklärung;** — des letzten Willens und zwar:  
1) durch Errichtung einer anderen Anordnung, eines Ver-



flamentes, 718; — oder Codicilles, 714 u. 715; — ungeachtet der früher erklärten Unabänderlichkeit, 716; — 2) durch Widerruf, 717 u. 718; — a) einen ausdrücklichen, 719 u. 720; — b) stillschweigenden, 721 — 723; — c) oder vermutheten, 724 u. 725; — 3) durch Entfagung der Erben, 726; — Wer die Aufhebung eines Vertrages aus Mangel der Einwilligung verlangt, muß auch allen Vortheil zurück stellen, 877; — welche Mängel einer Sache die Aufhebung eines Vertrages begründen, 932; — eine ältere Verbindlichkeit ist nicht für aufgehoben zu halten, so lange sie mit der neueren noch bestehen kann; 1379; — die Beendigung eines verbürgten Geschäftes berechtigt die Abrechnung und Aufhebung der Bürgschaft zu verlangen, 1366; — der Rechte und Verbindlichkeiten III. Thl. 3. Hauptst. Wie Rechte und Verbindlichkeiten überhaupt erlöschen, 1411; — besondere Arten: 1) die Zahlung 1412; — wie die Zahlung zu leisten, 1413 — 1416; — wann? 1417 — 1420; — von wem? 1421 — 1423; — an wen? 1424; — gerichtliche Hinterlegung der Schuld, 1425; — Quittungen, 1426 — 1430; — Zahlung einer Nichtschuld, 1431 — 1437; — 2) Compensation, 1438 — 1443; — 3) Entfagung, 1444; — 4) Vereinigung, 1445 u. 1446; — 5) Untergang der Sache, 1447; — 6) Tod, 1448; — 7) Verlaufs der Zeit, 1449; — Ob eine Einsetzung in den vorigen Stand Statt finde, 1450.

**Aufkündigung einer Vollmacht**, in wie fern sie geschehen könne, 1020 u. 1021; — des Bestandes, wann sie geschehen müsse, 1116; — oder vor der Zeit geschehen könne, 1117 — 1119.

## XIV

**Auflage eines Buches**, neue, ob sie ohne Einwilligung des Verfassers geschehen dürfe, 1167 — 1169. S. auch Staatsauflagen.

**Auflösung des Ehebandes**. S. Ehetrennung. — Wie sich bey Auflösung einer Gemeinschaft in der Theilung der gemeinschaftlichen Sache zu benehmen, 841 — 849. S. auch Aufhebung; Erlöschung.

**Aufmerksamkeit**. S. Fleiß.

**Aufopferung einer Sache für einen Anderen**. S. Verwendung.

**Aufrechnung**. S. Compensation.

**Auffandung**, das ist, die Bewilligung des Eigenthümers zur Einverleibung in das öffentliche Buch, in wie fern sie nothwendig, 433 — 435.

**Aussatz zur Erklärung des letzten Willens**, 581 — 583.

S. dieses Wort; — über die Hauptpuncte eines Vertrages, in wie fern er verbindet, 385.

**Aufsicht**. S. Obforge.

**Aufsteigende Linie**. S. Ascendenten.

**Aufstellen**. S. Aufhängen.

**Auftrag des Erblassers bey einem Nachlasse**, 709 — 712.

S. auch Bevollmächtigung.

**Aufwand**, nothwendiger, nützlicher, oder zum Vergnügen, in wie fern er einem redlichen oder unredlichen Besitzer zu ersetzen, 331 — 336; — oder dem Finder, 391 — 396; — und Retter einer Sache, 403; — zur Erhaltung einer Servitut, von wem er zu tragen, 483 und 487 u. folg. — auf ein Fideicommiss, 641; — auf eine Erbschaft, 690 u. 824; — ein gemeinschaftliches Eigenthum, 837; — für einen Anderen. S. Verwendung; Besitz. — In wie fern jemand aus einem Auftrage, aus

einer Gemeinschaft, aus einem Vertrage oder anderem besonderen Rechtsverhältnisse den Aufwand zurück zu fordern berechtigt sey, muß bey den besonderen Arten dieser Rechtsgeschäfte nachgesehen werden. — Aufwand zur Kindererziehung. S. Erziehung; — zur Begräbniß. S. Begräbnißkosten.

Ausbesserungen. S. Reparaturen.

Ausbeute vom Bergwerke gehört dem Fruchtnießer, 511.

Ausdrücke. Wer sich undeutlicher Ausdrücke zur Bevortheilung bedient, leistet Genugthuung, 869.

Außerung, eine undeutliche, wird bey zweiseitig verbindlichen Verträgen zum Nachtheile desjenigen erklärt, der sich derselben bedient, 915. S. Willenserklärung.

Ausgabe. S. Aufwand. — Neue eines Buches, ob sie ohne Uebereinkommen mit dem Verleger geschehen dürfe, 1167 — 1169.

Auslagen. S. Aufwand.

Ausländer. S. Fremde.

Auslegungsregeln bey Gesetzen, 6 — 8; — Servituten, 484; — Vermächtnissen, 655 u. folg.; — Substitutionen, 614; — Verträgen, 914 — 916.

Ausreißer, ob sie zu erben fähig, bestimmen die politischen Gesetze, 544 u. 770.

Aussicht, Servitut derselben, 488.

Aussprüche, richterliche, haben keine allgemein verbindliche Kraft, 12.

Ausstattung, sie wird in den Erb- und Pflichttheil eingerechnet, 788 — 790; — in wie fern die Aeltern zur Ausstattung des Sohnes oder Enkels verbunden seyn, 1123.

Aussteuer. S. Heirathsgut.

## XVI

**Austritt eines Mitgliedes aus einer Gemeinschaft, 890;**  
— oder Gesellschaft, 1205 — 1214.

**Austrocknung des Gewässers verändert die Rechte des Eigenthümers nicht, 408.**

**Auswanderer, eigenmächtige, verlieren die Staatsbürgerschaft, 32; — die Ausübung der väterlichen Gewalt, 176; — ob sie zu erben fähig, bestimmen die politischen Gesetze, 544 u. 770.**

**Auswärtige. S. Fremde.**

**Autor. S. Dienstleistungen.**

## B.

**Ballenrecht. S. Dienstbarkeiten.**

**Bankrott. S. Conkurs.**

**Barschaft, was darunter verstanden werde; 580; — Pflicht des Vormundes in Ansehung derselben, 230. S. Geld.**

**Bau, wann die Aufführung oder Niederreißung eines Gebäudes von dem benachbarten Besitzer verhindert, 340 — 342; — oder wegen Gefahr des Einsturzes Sicherstellung verlangt werden könne, 343; — mit fremden Materialien auf eigenem Grunde, 417; — mit eigenen Materialien auf fremdem Grunde, 418; — mit fremden Materialien auf fremdem Grunde, 419. S. Bauführung. Reparaturen.**

**Bauerngüter, wie sie vermittelt Vertrages erworben werden können, 433 u. 434; — gesetzliche Erbfolge in Rücksicht derselben wird durch die politischen Gesetze bestimmt, 761.**

**Bauernstand unterliegt in Rücksicht der Vormundschaft,**

der Curatel, 284; — und der gesetzlichen Erbfolge, 761; besonderen politischen Gesetzen.

Bauführung, in wie fern sie dem Fruchtniesser obliege, 514 — 516; — oder dem Pächter, 1096; — in wie fern sie zur früheren Aufkündigung der Miete berechtigte, 1118 und 1119. S. auch Bau.

Baum, woraus dessen Eigenthum zwischen Angränzern beurtheilt werde, 421. S. Keste.

Beamte. S. Amt.

Bedingung. Begriff, 696; — bey der Ehe, ob sie dieselbe ungültig machen könne, 59; — bey einem letzten Willen, 696 — 712. S. Einschränkung des letzten Willens; — bey einem Erbvertrage, 1251; — bey Verträgen, wann und was sie für eine Wirkung habe, 898 — 900. S. Nebenverträge.

Befestigung der Rechte und Verbindlichkeiten. Davon handelt des III. Th. 1. Hauptst. Rechtliche Arten derselben:

- 1) Verpflichtung eines Dritten, 1343 und 1344; —
- a) als Mitschuldner, oder b) als Bürge, 1346 u. 1347. S. Bürge. — 2) Pfandvertrag, 1368 — 1374. S. dieses Wort.

Befreyungen der Gesandten, öffentlichen Geschäftsträger und der in ihren Diensten stehenden Personen, 38. S. Nachsicht; Privilegien; Entsagung; Begünstigte.

Befruchtung. Für die Befruchtung eines Thieres ist man ohne Vertrag keinen Lohn schuldig, 406.

Begegnung, eine anständige, ist wechselseitige Pflicht der Ehegatten, 90.

Begräbniskosten haften auf der Erbschaft, 549; — müssen von dem Käufer der Erbschaft getragen werden, 1288.

Begünstigte Personen in Rücksicht der Verjährungszeit,

## XVIII

1454, 1472 u. 1485; — wer mit ihnen in Gemeinschaft steht, genießt die nämliche Begünstigung, 1473; — letzte Anordnungen, 597—600.

Behältniß, was es, wenn es vermacht wird, in sich begreife, 675—677.

Behörde. S. Obrigkeit; Richter; Gericht; Kreisamt; Landesstelle.

Beleidigung. S. Verletzung.

Belohnung; der Vormund hat auf eine Belohnung Anspruch, 266 u. 267; — der Vertrag über eine Belohnung für die Unterhandlung eines Ehevertrages; für die Uebernehmung eines Processes oder einer Cur, ist ungültig, 879; — des Finders, 391—393; — oder Retters einer fremden Sache, 403; — des Erben, wenn die Erbschaft durch die Vermächtnisse erschöpft ist, 690; — eine Belohnung ist nur in so fern eine Schenkung, als der Belohnte kein Klagerrecht gehabt hat, 940 und 941; — der Verwahrer hat in der Regel darauf keinen Anspruch, 969; — wann einem Bevollmächtigten eine Belohnung gebühre, 1004 u. 1018. S. auch Lohn.

Beneficium cedendarum actionum. S. Bürge; — competentiae. S. Competenz, Unterhalt; — divisionis. S. Bürge, Theilung; — inventarii. S. Besignehmung der Erbschaft; — ordinis. S. Bürge.

Benennung oder Beschreibung, unrichtige, macht die Verfügung des Erblassers nicht ungültig, 571. S. auch Ernennung.

Benützung der Erbschaft. S. Erbserklärung.

Bergwerksantheil. S. Rur; Ausbeute.

Beschädigung. Quellen und Arten der Beschädigung, 1294 u. 1325 u. folg. S. Schade und Schadenersatz.

**Beschimpfung. S. Injurien.**

**Beschränkungen des Eigenthumes** heben dessen Vollständigkeit nicht auf, 358 u. 364. **S. Einschränkung.**

**Beschreibung. S. Inventarium.**

**Beschwerde** wegen Kränkung der Rechte kann jeder vor der gesetzlichen Behörde anbringen, 19; — des Vormundes gegen die Vormundschaftsbehörde, 268; — gegen das Verschulden eines Richters ist bey der höheren Behörde anzubringen, 1341.

**Besitz**; davon handelt in dem II. Th. das erste Hauptstüd. **Erwerbung des Besitzes**: welche Personen derselben fähig, 310; — **Gegenstände des Besitzes**, 311; — **Arten der Erwerbung des Besitzes** von körperlichen, beweglichen oder unbeweglichen, und von unkörperlichen Sachen, 312 u. 313; — **unmittelbare und mittelbare Erwerbungsart des Besitzes**, 314; — **wie viel durch die eine oder andere in Besitz genommen werde**, 315; — **rechtmäßiger, unrechtmäßiger Besitz**, 316; — **Haupttitel des rechtmäßigen Besitzes**, 317; — **der bloße Inhaber hat noch keinen Titel und kann ihn nicht eigenmächtig erlangen**, 318; — **noch den Grund seiner Gewahrsame verwechseln**, 319; — **Wirkung des rechtmäßigen Besitztittels**, 320; — **Erforderung zum wirklichen Besitzrechte**, 321 und 322; — **der Besitzer kann in der Regel zur Ausweisung des Titels nicht aufgefordert werden**, 323—325; — **redlicher, unredlicher Besitzer**, 326; — **wie ein Mitbesitzer zum unredlichen oder unrechtmäßigen Besitzer werde**, 327; — **Entscheidung über die Redlichkeit des Besitzes**, 328; — **Fortbauer des Besitzes**: Rechte des redlichen Besitzers in Rücksicht der Substanz der Sache,

329; — der Nutzungen, 330; — des Aufwandes, 331 und 332; — und des Kaufpreises, 333; — ob dem Besitzer das Zurückhaltungsrecht zustehe, 334 u. 471; — Verbindlichkeit des unredlichen Besitzers, 335 u. 336; — Beurtheilung der Redlichkeit des Besitzes einer Gemeinde, 337; — in wie fern durch eine Klage der Besitz unredlich werde, 338; — Recht des Besitzers bey Störung seines Besitzes, 339; — insbesondere durch Aufführung oder Niederreißung eines Gebäudes, 340 — 342; — oder durch Gefahr des Einsturzes, 343; — Rechtsmittel zur Erhaltung des Besitzstandes bey dringender Gefahr, 344; — gegen einen unechten Besitzer, 345 u. 346; — oder bey dem Zweifel über die Echtheit des Besitzes, 347; — Vermahrungsmittel des Inhabers einer Sache gegen mehrere zusammen treffende Besitzwerber, 348; — Erlöschung des Besitzes: a) körperlicher Sachen, 349; — b) der in die öffentlichen Bücher eingetragenen, 350; — c) und anderer Rechte, 351; — Einschränkung, 352; — was die Ablösung des Besitzes, der fälschlich vorgegebene oder aufgegebene Besitz einer streitigen Sache für Folgen nach sich ziehe, 376 — 378. **§. Eigenthum.** — Welcher Besitz zur Ersetzung nothwendig sey, 1460—1464. **§. Verjährung.** Besitzer unterscheidet sich vom bloßen Inhaber, 309; — im Zweifel gebühret dem Besitzer der Vorzug, 324 u. 374; — wann der redliche Besitzer sogleich das Eigenthum erwerbe, 367 u. 368; — jeder redliche Besitzer wird vollständiger Eigenthümer zu seyn vermuthet, 360. **§. Besitz.** **Besitzergreifung.** **§. Zueignung.** **Besitz Erlöschung.** **§. Besitz.**



**Besitznehmung der Erbschaft.** Hiervon handelt das 15. Hauptst. des II. Th. Bedingungen zur rechtlichen Besitznehmung der Erbschaft, 797 u. 798; — Ausweisung des Rechtsstills; Erbserklärung, 799 u. 800; — Wirkung der unbedingten und der bedingten Erbserklärung, 801 u. 802; — Berechtigung zur bedingten oder unbedingten Antretung oder Ausschlagung der Erbschaft, 803—808; — Rechtliche Vorschriften vor Einantwortung der Erbschaft: a) Verwaltung der Verlassenschaft, 810; — b) Sicherstellung oder Befriedigung der Gläubiger, 811; — c) Absonderung der Verlassenschaft von dem Vermögen des Erben, 812; — d) Einberufung der Gläubiger, 813; — Wirkung der Einberufung oder Unterlassung derselben, 814 u. 815; — e) Ausweisung über die Erfüllung des letzten Willens, entweder von dem Testaments-Executor, 816; — oder dem Erben, 817 u. 818; — wann die Erbschaft einzunantworten, 819; — Haftung der gemeinschaftlichen Erben gegen die Verlassenschaftsgläubiger und Legatäre ohne Gebrauch der rechtlichen Wohlthat des Inventariums, 820 u. 821; — Sicherheitsmittel der Gläubiger des Erben, 822; — Erbschaftsklagen, 823; — Wirkung derselben, 824; — durch die Nachfolge des Schuldners in die Verlassenschaft seines Gläubigers wird in dem Rechte der Erbschaftsgläubiger, der Miterben oder Legatäre nichts geändert, 1445; — die Erbschaftsantretung des Erben gilt auch für den Käufer der Erbschaft, und umgekehrt, 1282.

**Bestellung.** Auf dieselbe sind die Vorschriften von Dienstleistungen anzuwenden, 1163. S. Dienstleistungen.

Bestandnehmer muß in der Regel dem Käufer des Bestandstücks weichen, 1120 und 1121.

Bestand-, Erbpacht- und Erbzinsverträge. Davon handelt in dem II. Th. das 25. Hauptstück. Begriff des Bestandvertrages, 1090. — I. Mieth- und Pachtvertrag, 1091; — Erfordernisse, 1092 u. 1093; — Wirkung, 1094; — wie das persönliche Recht des Bestandnehmers zu einem dinglichen werde, 1095; — wechselseitige Rechte: 1) in Hinsicht auf Ueberlassung, Erhaltung, Benützung, 1096—1098; — 2) Lasten, 1099; — 3) Zins, 1100—1102; — Zins in Früchten, 1103; — Fälle und Bedingungen einer Erlassung des Zinses, 1104—1108; — 4) Zurückstellung, 1109—1111; — 5) Auflösung des Bestandvertrages: a) durch Untergang der Sache, 1112; — b) Verlaufs der Zeit, 1113; — wenn keine ausdrückliche oder stillschweigende Erneuerung geschieht, 1114 u. 1115; — c) Aufkündigung, ordentliche, 1116; — außerordentliche, wann der Bestandnehmer hierzu berechtigt sey, 1117; — wann der Bestandgeber, 1118 u. 1119; — d) Veräußerung der Sache, 1120 u. 1121; — Einen Pachtvertrag kann der Vormund ohne gerichtliche Begnähmung nicht abschließen, 233; — II.) Erbpacht; Begriff von demselben, 1122; — III.) Erbzinsvertrag, 1123; — wie der Zweifel zu heben, ob ein Nutzungseigenthum ein Erbpacht- oder ein Erbzinsgut sey, 1124; — IV.) Bodenzins, 1125; — Erwerbung des ausbaren Eigenthumes, 1126; — gemeinschaftliche Rechte des Ober- und Nutzungseigenthümers, 1127 u. 1128; — besondere Rechte und Pflichten des Obereigenthümers, 1129; — 1) in Rücksicht der Erhaltung, Bearbei-

tung und Veränderungen des Gutes, 1130; — 2) des Erbzinses, 1131; — wann der Erbzins zu entrichten, 1132; — wann eine Erlassung Statt finde, 1133 und 1134; — Recht bey verzögelter Entrichtung des Zinses, 1135 u. 1136; — 3) der Lasten und Verbesserungen, 1137 u. 1138; — Rechte und Verbindlichkeiten des Nutzungseigenthümers überhaupt, 1139; — insbesondere: 1) in Rücksicht der Veräußerung, 1140 — 1142; — 2) in Rücksicht eines gefundenen Schatzes und der Verminderung der Substanz, 1143; — 3) der Lasten, 1144; — 4) des Gewährbriefes, 1145; — Rechte aus dem Bodenzinse, 1147; — Erlöschung des Nutzungseigenthums, 1148 — 1150.

**Bestellte, öffentliche:** müssen das ihnen aufgetragene Geschäft übernehmen, oder ohne Zögerung ablehnen, 1003; — sie können einen auch nicht ausdrücklich bedungenen Lohn fordern, 1004.

**Bestellung einer Arbeit, eines Werkes oder Geschäftes. S. Dienstleistungen; Bevollmächtigung.**

**Bestimmung.** Die Verschiedenheit der Bestimmungen des Versprechens und der Annahme macht den Vertrag ungültig, 369; — Gemeinschaftliche Bestimmungen der Personen- und Sachenrechte sind: die Befestigung, Umänderung und Aufhebung derselben, 1342. Davon handelt der ganze dritte Theil des Gesetzbuches.

**Bestimmte Sache, Vermächtniß derselben, 660, 661, 685 und 686.**

**Betrug zur Erschleichung, Verhinderung oder Unterdrückung eines letzten Willens macht das Erbrecht unwürdig, 542; — und berechtigt zur Enterbung, 770; — bey Verträgen. S. List; Irrthum; Schade.**

**Beurtheilung eines Rechtsfalls. G. Entscheidung.**

Baute ist nach den Kriegsgefehen zu beurtheilen, 102.

**Bevollmächtigung und andere Arten der Geschäftsführung,**

in dem 22. Hauptst. II. Th. Bevollmächtigungsvertrag,

1002; — Pflichtmäßige Erklärung öffentlicher Be-  
stellen über die Annahme des Auftrages, 1003; — Ein-  
theilung der Bevollmächtigung in eine unentgeltliche oder  
entgeltliche, 1004; — mündliche oder schriftliche, 1005;

— allgemeine oder besondere, gerichtliche oder außerger-  
ichtliche, 1006, — unumschränkte oder beschränkte,

1007; — Geschäfte, welche einer besondern Vollmacht  
bedürfen, 1008; — Rechte und Verbindlichkeiten des

Gewalthabers, 1009 — 1013; — des Gewaltgebers,

1014 — 1016; — in Rücksicht eines Dritten, 1017

— 1019; — Auflösung des Vertrages durch den Wi-  
derruf, 1020; — die Aufkündigung, 1021; — durch

den Tod, 1022 u. 1023; — oder Concurs, 1024; —

in wie fern die Verbindlichkeit fortdauere, 1025 u. 1026;

— stillschweigende Bevollmächtigung der Dienstpersonen,

1027 — 1033; — gerichtliche und gesetzliche Bevoll-  
mächtigung, 1034; — Geschäftsführung ohne Auftrag,

1035; — im Nothfalle, 1036; — oder zum Nutzen

des Anderen, 1037 — 1039; — gegen den Willen des

Anderen, 1040; — Verwendung einer Sache zum Nutzen

des Anderen, 1041 — 1044; — in wie fern eine Bevoll-  
mächtigung zur Schließung einer Ehe Statt finde, 76; —

wann der Verwahrungsvertrag zu einer Bevollmächtigung  
werde, 960.

**Bemerkung, was er bei Erklärung eines letzten Willens,**

572; — oder bei Schließung eines Vertrages für eine

Wirkung habe, 901. G. Absicht.

**Bewegliche Sachen Begriff**, 292, — das einem Puncten zufallende bewegliche Vermögen ist in der Regel öffentlich feil zu bieten, 231; — Rechte sind insofern als bewegliche Sachen anzusehen und eben so vorgerichtete Forderungen, 298 und 299; — sie stehen mit der Person des Eigenthümers unter gleichen Gesetzen, 300; — wie man sie in Besitz erhält, 312 u. 322; — und bey der Eigenthumsflage bezeichnen muß, 370; — in denselben kann bis auf den zweiten Grad fideicommissarisch substituirt werden, 612; — sie sind an dem Orte des gemachten Versprechens zu übergeben 905 u. 1420; — binnen welcher Zeit bey denselben die Gewährleistung gefordert werden könne, 933; — in welcher Zeit das Eigenthum denselben erloschen werde, 1466.

**Ver Schlaf. S. Behwohnung.**

**Beiträge**, in wie fern die Glieder einer Gesellschaft zu einem mehreren Beitrage verhalten werden können, 1189.

**Behwohnung**, anheliche, wann sie die Vaterschaft zu einem unehelichen Kinde beweise, 162.

**Bienenschränke**, in wie fern sie ein Gegenstand der Zueignung seyn, 384.

**Bilanz**, in wie fern sie von einer ordentlichen Rechnungslegung besondr, 228 und 1209.

**Billigkeit**. Rücksicht darauf in Bestimmung der Anzahl des Ziehplatzes, 509; — zur Bestimmung der den Willkühr vorbehaltenen Erfüllungszeit eines Versprechens, 904; — oder zur Ausmessung des von einem Veranftlosen zu leistenden Schadenersatzes, 1310.

**Bitte**, wodurch erwirkte Besitz ist ein unechter, 345.

**Witkrihen**, ohne Bestimmung einer Dauer, kann willkührlich zurück genommen werden, 974.

## XXVI

**Blinde** sind unfähige Zeugen bey letzten Anordnungen, 501.

**Blindthüre**, wann sie an der gemeinschaftlichen Mauer angebracht werden dürfe, 855.

**Blodsinnige**, welche so genannt werden, 21; — können keine gültig Ehe schließen, 48; — stehen unter Curatel, 270. **S. Vernunftlose; Pflegebefohlene.**

**Blutschande**, in wie fern sie des Erbrechtes unfähig mache, 543.

**Blutsverwandtschaft. S. Verwandtschaft.**

**Bodenzins**, Erklärung desselben, 1125; — wie weit sich das Recht daraus erstrecke, 1147.

**Bodmerenvertrag** ist ein Gegenstand des Seerechtes, 1292.

**Borg**, wenn der Verkäufer die Sache ohne das Kaufgeld verabfolgt; so ist der Kauf auf Borg geschlossen und das Eigenthum geht auf den Käufer, 1063; — Dienstgeber und Familienhäupter sind nicht verbunden, das, was von ihren Dienstpersonen und anderen Hausgenossen ohne Auftrag oder ein bestehendes Einschreibbuch in ihrem Namen auf Borg genommen wird, zu bezahlen, 1032 u. 1033.

**Borgen. S. Darlehensvertrag.**

**Brandschade. S. Feuerschade.**

**Brautgeschenke** können bey, ohne Verschulden des Gebers, nicht erfolgter Ehe zurück genommen werden, 1247.

**Brautpersonen**, wo sie zu verkündigen, 71 u. 72; — sie müssen unter Strafe sorgen, daß die Verkündigung gehörig vorgenommen werde, 74; — und dürfen ohne Beybringung der vorgeschriebenen Zeugnisse nicht getrauet werden, 78; — sie können sich über die Verweigerung der Trauung beschweren, 79; — sollen die Nachsicht

eines Gehlndernisses in der Regel selbst ansuchen; 84. S. auch Judenschaft.

Bruder kann die Abtretung der Vormundschaft über seinen Bruder verlangen; 259. S. Geschwister.

Buch; dem Ueberspringer des durch Einverständniß bestehenden Einschreibbuchs ist man berechtigt, Waaren zu borgen; 1033.

Buchverlag. Vertrag hierüber. S. Dienstleistungen.

Büchernachdruck ist ein Gegenstand der politischen Gesetzgebung; 1171.

Bücher, öffentliche; erst durch Eintragung in dieselben erhält man den rechtmäßigen Besitz eines dinglichen Rechtes auf unbewegliche Sachen, 321, 322 u. 431 — 443, 445; — und verliert ihn nur durch die Löschung, 444.

S. Einverleibung und Vormerkung; auch Geburts-, Trauungsbücher.

Bürge, wer so heiße, 1346; — Entschädigungsbürge, 1348; — wer sich verbürgen könne, 1349; — für welche Verbindlichkeiten; 1350 — 1352; — Umfang der Bürgschaft, 1353 und 1354; — Wirkung, Rechte des Bürgen: a) in Rücksicht der Ordnung der Einmahnung, 1355; — Ausnahmen; 1356 u. 1357; — b) des Rückfages von dem Schuldner, 1358 u. 1361; — c) von dem Mitbürgen, 1359; — d) in Rücksicht der Pfandsicherheit, 1360; — e) des Entschädigungsbürgen, 1362; — wer ein tauglicher Bürge sey, 1374; — Arten der Erlöschung der Bürgschaft, 1363 — 1367; — ob die Bürgschaft durch einen Neuerungsvertrag erlösche, 1378; — durch die Beerbung des Schuldners und Bürgen wird in den Rechten des Gläubigers nichts geändert,

## XXVIII

1445; — in wie fern der Bürge für den Vergleich über die Schuld hafte, 1390.

Bürger. S. Staatsbürger.

Bürgerliches Gesetz. S. Gesetz.

Bürgerliches Recht; dessen Erklärung, 1. S. Recht; Gesetzbuch.

Bürgerrecht. S. Staatsbürgerschaft.

Bürgschaftsvertrag; worin er bestehe, 1346. S. Bürge.

## C.

Caducität. S. Erblosigkeit.

Cameral-Gegenstände. S. Gegenstände.

Cameral-Güter können nur in der außerordentlichen Verjährungszeit von sechs oder von vierzig Jahren verjährt werden, 1472.

Capital, ein mit Sicherheit anliegendes, kann der Vormund nicht eigenmächtig aufkündigen, 233; — nicht für sich allein in Empfang nehmen, 234; — es muß für die vortheilhafte Verwendung des eingehenden sorgen, 235; — ist ohne Gefahr den Aeltern von dem Vormunde nicht aufzukündigen, 236; — auch solche Capitalien, die auf unbeweglichen Gütern in einer andern Provinz haften, gehören zur vormundschafftlichen Gerichtsbarkeit, 227; — der Fruchtnießer eines Capitals kann nur die Zinsen fordern, 510; — der Bürge eines zinsbaren Capitals, in wie fern er für die Zinsen hafte, 1353. S. auch Forderung; Hauptstamm.

Cassen. S. Staats-Casse.

Causa. S. Nebengebühren.

Caution. S. Sicherstellung.



**Gedant. Gession. G. Abtretung.**

**Credits-Papiere**, welche das bare Geld vertreten, gehören zur Barschaft, 680.

**Christi**; die letzte Anordnung desselben kann jener, der sich zur christlichen Religion nicht bekennt, nicht bezeugen, 593; — Christen dürfen mit Nichtchristen keine Ehe schließen, 64; — der Abfall vom Christenthume ist eine Enterbungssache, 768 und 769.

**Citation. G. Edicte.**

**Codicill**, was es sey, 553. **G. Erklärung des letzten Willens.**

**Collation. G. Anrechnung.**

**Commixtio. G. Vereinigung.**

**Commodatum, commodans, commodatarius. G. Leihvertrag.**

**Compensation**, in wie fern, mit welcher Wirkung, bey welchen Forderungen sie Statt finde, 1438 — 1440 u. 1443; — und zwischen welchem Gläubiger und Schuldner, 1441 und 1442; — das Compensations-Recht schließt nicht von der Zurückstellung eines Bestandsstückes, 1109.

**Competenz**; die Rechtswohlthat der Competenz des Hauptschuldners kommt dem Bürgen nicht zu Statten, 1354; — Competenz-Recht des Schenkgebers, 947.

**Compositionen**, musikalische; Vertrag über deren Auflage. **G. Dienstleistungen.**

**Concurs** über das Vermögen des Machtgebers oder Machthabers endiget die Bevollmächtigung, 1084; — wer in Concurs verfällt, kann von der Erwerbsgesellschaft ausgeschlossen werden, 1210; — nach Ausbruch desselben macht die Besätigung des Eheannes von dem Empfange des Erbschaftsgutes wider die Gläubiger keinen Ver-

weis, 1226; — über das Vermögen eines Ehegatten hebt die Gütergemeinschaft auf und gründet die Theilung des Vermögens wie bey dem Tode, 1262; — über das Vermögen des Ehemannes gibt Anspruch auf den Witwengehalt, 1260; — über das Vermögen der Ehegattin läßt die Ehe-Pacte unverändert, 1261; — des Hauptschuldners benimmt den Bürgen das Recht der Ordnung der Einmahnung, 1356; — das Vorzugsrecht in Concurß-Fällen und in wie fern gegen eine Concurß-Masse die Compensation Statt finde, bestimmt das Verfahren in Concurß-Fällen, 470, 1438 u. 1439.

**Condictio causa data, causa non secuta**, 1048; — **ex turpi vel injusta causa**, 1174; — **indebiti**. S. Zahlung; — **sine causa**, 1435; — **ex lege**. S. Gesetz.

**Confusio**. S. Vereinigung.

**Constitutum debiti alieni**, 1349. S. Fremde; Verbindlichkeiten.

**Constitutum possessorium**. S. Veränderung des Besigrechtes.

**Contract**. S. Vertrag.

**Conventional-Strafe**. S. Vergütungsbetrag.

**Corporationen**. S. Gemeinden.

**Correalität der Erben**, 550, 820 u. 821; — **mehrerer Schuldner**, 891; — **mehrerer Berechtigten**, 892; — **Wirkung der Zahlung oder Befreyung im Falle der Correalität**, 893—896; — **in einer Handlungsgesellschaft** wird sie vermuthet, 1203; — **aus widerrechtlichen Handlungen**, 1302.

**Creditiren der Waaren an Fuhrleute oder Dienstpersonen**, 1031 — 1033. S. auch Darlehensvertrag.

**Credits-Papiere**, öffentliche, welche die Stelle des Geldes

im Umlaufe vertreten, gehören zur Barschaft, 680.

§. Obligationen, öffentliche. Papiergeld.

Grinde. §. Concurſ.

Culpa. §. Verſehen; Sorgloſigkeit.

Cultur. §. Wirthſchaftsbetrieb.

Curatel. §. Curator.

Curator wird zur Beſorgung der Angelegenheiten derjenigen beſtellt, welche dieſelben aus einem anderen Grunde, als jenem der Minderjährigkeit ſelbſt zu beſorgen unfähig ſind, 188, 269; — Unterſchied vom Vormunde, 188; — Fälle der Beſtellung eines Curators, 113, 121, 270 — 279, 690, 811; — Art der Beſtellung, 280; — Entſchuldigung von der Curatel, 281; — Rechte und Verbindlichkeiten der Curatoren, 282; — Endigung der Curatel, 283; — zur Vertretung des Fideicommiſſes iſt ein Curator zu beſtellen, 630; — wer unter Curatel geſetzt wird, kann von einer Erwerbsgeſellſchaft ausgeſchloſſen werden, 1210. §. Pflegebefohlene.

## D.

Dachtraufentrecht. §. Dienſtbarkeiten.

Dämme. §. Waſſerwerke.

Darangabe. §. Angeld.

Darlehensvertrag. II. Th. 21. Hauptſt. Begriff, 983;

— Arten deſſelben, 984; — Gelddarlehen, 985; —

a) in klingender Münze oder Papiergeld, 986—989; —

b) in Schuldscheinen, 990 und 991; — Darlehen in

anderen verbrauchbaren Gegenſtänden, 992; — Zinſen,

993 — 1000; — Form des Schuldscheines, 1001.

**Darbiethung** der Zahlung. S. **Hinterlegung**.

**Datio in solutum**. S. **Geben**.

**Datirung**. Ob sie in einer letzten Willenserklärung notwendig, 578.

**Depositum**. S. **Bewahrungsvertrag**.

**Descendenten** und **Ascendenten** dürfen sich wechselseitig nicht ehelichen, 65; — deren Erbfolge, 732 — 734, und 752 — 755. S. **Keitern**; **Großältern**; **Kinder**.

**Deferteur**. S. **Ausreißer**.

**Deteriorationen**. S. **Schade**.

**Dienst**. Durch Abwesenheit in Civil- oder Kriegs-Diensten wird der Anfang und die Fortsetzung der Erziehung und Beschäftigung gehemmet, 1496; — in wie fern ein Minorjähriger sich zu Diensten verdingen, und über das, was er im Dienste erwirbt, frei verfügen könne, 246. S. **Amt**; **Dienstleistungen**.

**Dienstbarkeiten** (**Servituten**) sind der Gegenstand des 7. Hauptst. II. Th. Begriff von dem Rechte der Dienstbarkeit, 472; — Eintheilung in Grund-Dienstbarkeiten und persönliche, 473; — in Feld- und Haus-Dienstbarkeiten, 474; — gewöhnliche Arten der Haus-Dienstbarkeiten, 475 u. 476; — vorzügliche Feld-Dienstbarkeiten, 477; — Arten der persönlichen Dienstbarkeiten, 478; — unregelmäßige oder Schein-Dienstbarkeiten, 479; — Erwerbung des Rechtes der Dienstbarkeit; Erwerbungsart, 480; — Erwerbungsart, 481; — Rechtsverhältniß beyden Dienstbarkeiten: allgemeine Vorschriften, 482 — 486; — Anwendung auf das Recht, eine Laß, einen Walden auf fremdem Grunde zu haben, oder den Rauch durchzuführen, 487; — auf das Jenseitsrecht, 488; —

Recht der Dachtraufe, 489; — Abtretung des Regenwassers, 490 u. 491; — Recht des Fußsteiges, Viehtriebes und Fahrweges, 492 — 495; — Recht Wasser zu schöpfen, 496; — Recht der Wasserleitung, 497; — Weiderecht, 498; — gesetzliche Bestimmung: a) über die Gattung des Triebviehes, 499; — b) dessen Anzahl, 500; — c) Fristzeit, 501; — d) Art des Genusses, 502; — Anwendung auf andere Dienstbarkeiten, 503; — Grunddienstbarkeiten kommen allen Theilhabern des gemeinschaftlichen herrschenden Grundes zu Statuten, 844; — persönliche Dienstbarkeiten insbesondere: 1) Das Recht des Gebrauches, 504; — Bestimmung in Rücksicht der Nutzungen, 505 u. 506; — der Substanz, 507; — und der Lasten, 508; — 2) Die Fruchtnießung, 509 — 520. S. Fruchtnießung. — 3) Dienstbarkeit der Wohnung, 521 u. 522; — Klagerrecht in Rücksicht der Dienstbarkeiten, 523; — Erlöschung der Dienstbarkeiten im Allgemeinen, 524; — insbesondere: a) durch den Untergang des herrschenden oder dienßbaren Grundes, 525; — b) durch Vereinigung, 526; — c) durch den Zeitverlauf der Bestellung, 527 u. 528; — Erlöschung der persönlichen Servituten, 529; — die Dienstbarkeiten werden von demjenigen, auf dessen Rahmen sie eingetragen sind, binnen drey; sonst binnen dreyßig Jahren erloschen, 1469 u. 1470; — das Recht der Dienstbarkeit erlischt durch eine Verjährung von drey Jahren, 1488.

Dienstgeber; in wie fern sie für die in ihrem Rahmen von Dienstpersonen oder Hausgenossen vorgenommenen Geschäfte verpflichtet seyn, 1027 — 1033; — ihr Rechts-

verhältniß zu dem Gefinde wird in der besonders bestehenden Dienstordnung bestimmt, 1172.

**Dienstleistungen** gehören zu den schätzbaren Sachen, 303; — entgeltliche Verträge hierüber im 26. Hauptst. II. Th. 1) Lohnvertrag, 1151; — stillschweigender Lohnvertrag, 1152; — Rechte aus dem Lohnvertrage: a) insbesondere bey wesentlichen Mängeln, 1153; — b) bey Verzögerungen, 1154; — c) Verhinderung der Ausführung, 1155; — d) auf Bezahlung oder Vorschuß des Lohnes, 1156; — e) bey Zerstörung des Werkes, 1157; — wann die Bestellung in einen Kaufvertrag übergehe, 1158 u. 1159; — Erlöschung des Lohnvertrages, 1160 bis 1162; — Ausdehnung dieser Vorschriften auf Rechtsfreunde, Aerzte u. dgl. 1163; — 2) Verlagsvertrag, 1164; — Rechte und Pflichten zwischen dem Verfasser und Verleger: a) in Rücksicht der genauen Erfüllung der Verabredung, 1165 u. 1166; — b) einer neuen Auflage, oder Ausgabe, 1167 — 1169; — c) im Falle der vorgeschriebenen Bearbeitungsart, 1170; — Ausdehnung auf Landkarten, topographische Zeichnungen und musikalische Compositionen; Nachdruck, 1171; — 3) Vertrag zwischen Dienstherren und dem Gefinde, 1172; — 4) unbekannte entgeltliche Verträge über Dienste, 1173 u. 1174.

**Dienstpersonen**, welche bey einem Vermächtnisse zu verstehen seyn, 683; — in wie fern sie ihre Dienstgeber verbindlich machen können, 1027 — 1033; — in wie fern man für ihr Verschulden verantwortlich sey, 1314 bis 1318. **S. Dienstleistungen.**

**Dingen. S. Dienstleistungen.**

**Dingliche Rechte. S. Rechte.**

**Dispensation.** S. Nachsicht; Privilegien.

**Documente.** S. Urkunden.

**Dolus malus.** S. Absicht, böse; List.

**Domainen,** gegen deren Verwalter läuft nur eine außerordentliche Verjährung, 1472.

**Dos.** S. Heirathsgut.

**Dotalitia pacta.** S. Ehe-Pacte.

**Dritter.** Ob ein von einem Dritten durch Furcht oder Irrthum bewirkter Vertrag denselben ungültig mache, 875; — ob man für einen Dritten versprechen oder annehmen könne, 881; — eine Erbschaft oder ein Vermächtniß einer dritten noch lebenden Person ist kein Gegenstand eines gültigen Vertrages, 879; — in wie fern er für einen Andern zahlen könne, 1422 u. 1423.

**Drohung.** S. Furcht.

**Dürftigkeit.** Die Kinder sind ihre in Dürftigkeit verfallene Kellern zu erhalten verbunden, 154; — des Geschenkgebers, in wie fern sie ein Recht gegen den Beschenkten habe, 947. S. Hülflos.

## E.

**Edicte** werden erlassen; bey böshafter Verlassung eines Ehegatten, 115; — bey Verlängerung der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt, 172, 251; — bey einer Wahn- oder Widsins- oder Prodigalitäts-Erklärung, 273; — bey einer Todeserklärung, 113, 277; — bey gefundenen Sachen, 396, 397; — der Erbe kann die Erlassung derselben zur Erforschung des Schuldenbestandes verlangen, 813; — Wirkung einer

solchen Einberufung, 814; — Folge der unterlassenen Vorsicht, 815.

**Ehe.** Von dem Eherechte handelt das 2. Hauptst. I. Th. Begriff der Ehe, 44; — und des Eheverlöbnißes, 45; — rechtliche Wirkung des Rücktrittes vom Eheverlöbniß, 46; — Regel über die Fähigkeit zur Schließung einer Ehe, 47; — Hindernisse der Ehe, I.) aus Abgang: a) des Vermögens zur Einwilligung bey Minderjährigen und anderen Pflegebefohlenen, 48 — 53; — oder Militär-Personen, 54; — b) aus Mangel der wirklichen Einwilligung, 55 — 59; — II.) aus Abgang des Vermögens zum Zwecke: a) des physischen Vermögens, 60; — b) des sittlichen Vermögens, wegen Verurtheilung zu einer schweren Criminal-Strafe, 61; — wegen Ehebandes, 62; — Weihe oder Gelübdes, 63; — Religions-Unterschiedenheit, 64; — Verwandtschaft, 65; — Schwägerschaft, 66; — Ehebruches, 67; — oder Gattenmordes, 68; — III.) aus Abgang der wesentlichen Feyerlichkeiten; solche sind: a) das Aufgeboth, 69 — 74; — b) die feyerliche Erklärung der Einwilligung, 75 — 82; — Dispensation von Ehehindernissen, 83 — 88; — Wirkung der gültigen Ehe; Rechte und Verbindlichkeiten der Ehegatten, 89; — gemeinschaftliche, 90; — besondere des Ehemannes, 91; — der Ehegattinn, 92; — Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft, 93; — 1) scheinbare, durch Erklärung der ursprünglichen Ungültigkeit, 94 — 102; — 2) wirkliche Aufhebung: a) zeitliche Scheidung, 103 bis 110; — b) gänzliche Trennung, 111 — 122; — Ausnahme der Judenschaft, 123; — a) in Rücksicht der Ehehindernisse, 124 u. 125; — b) der Verkündigung, 126; — c) der Trauung, 127 — 131; —



d) der Scheidung, 132; — e) der Trennung, 133 bis 136; — wenn eine Tochter ohne oder gegen den Willen der Aeltern sich verhehelicht, und das Gericht die Ursache der Mißbilligung gegründet findet; so hat sie keinen Anspruch auf ein Heirathsgut, 1222; — der Streit über die Gültigkeit einer Ehe ist kein Gegenstand eines gültigen Vergleiches, 1382. S. Ehe-Pacte.

**Eheaufgeboth. S. Aufgeboth.**

**Eheband** ist bey katholischen Personen unauflöslich, 111; — ist ein Hinderniß, eine andere Ehe einzugehen, 62, 94.

**Eheberedungen oder Verabredungen. S. Ehe-Pacte.**

**Ehebruch**, in wie fern er von dem Erbrechte ausschliesse, 543, 770; — in wie fern er ein Ehehinderniß sey, 67, 94, 119; — ist ein Grund zur Scheidung, 109; — und bey Nichtkatholischen auch zur Trennung, 115 u. 116 u. 135 u. 136; — beweiset noch keine uneheliche Geburt, 158.

**Ehe-Contract. S. Ehe. Ehe-Pacte.**

**Ehe-Dispensation. S. Nachsicht.**

**Ehe-Erklärung**, feyerliche, wie sie geschehen müsse, 75 bis 79; — bleibender Beweis derselben, 80 — 82; — sie ist, wenn von einem bey Schließung der Ehe bestandenen Hindernisse die Nachsicht ertheilt wird, zu wiederholen, 88. S. auch Judenschaft.

**Ehegatten**; ihre Rechte und Pflichten, woraus sie zu bestimmen, 89; — ihre vorzüglichsten Personen-Rechte, 90 — 92; — getrennte, mit welcher Vorsicht und Beschränkung sie sich wieder vereinigen oder wieder verhehelichen dürfen, 118 — 121; — über ihre Sachen-Rechte. S. Ehe-Pacte. — Gesetzliches Erbrecht derselben, 757 bis 759; — sie haben kein Recht auf einen Pflichttheil, aber

## XXXVII

auf den mangelnden anständigen Unterhalt, 796; — jeder Ehegatte hat über sein vor oder während der Ehe erworbenenes Vermögen das volle Eigenthumsrecht, 1237; — im Zweifel wird vermuthet, daß der Erwerb von dem Manne herrühre, ebend.; — und daß ihm die Gattinn die Verwaltung ihres Vermögens anvertrauet habe, 1238; — ohne Rechnungslegung des Mannes über die bezogenen Nützungen, 1239; — oder der Frau über die dem Manne abgetretene, aber von ihr selbst bezogene Frucht-  
 nießung, 1240; — Beschränkung dieser Rechte bey Gefahr eines Nachtheiles oder der schlechten Verwaltung, 1241; — Wirkung des Concurses über das Vermögen eines Ehegatten in Rücksicht der Ehe-Pacte, 1260 bis 1262; — zwischen Ehegatten hat, so lange sie in der ehelichen Verbindlichkeit stehen, keine Erßigung oder Verjährung Statt, 1495; — der Ehegatte des Erben oder Legatars ist kein gültiger Zeuge des Nachlasses, 594. S. Ehe-Pacte; Ehescheidung; Ehetrennung; Eheungültigkeit.

Ehegattinn; ihre besonderen Personen-Rechte und Pflichten, 91 u. 92; — ihr gebührt auch während des Streites über die Absonderung des Vermögens bey einer Trennung oder Scheidung der anständige Unterhalt, 117; — die getrennte, wann sie sich wieder verschelichen könne, 120 u. 121; — der über das Vermögen der Ehegattinn verhängte Concurß hebt die Gütergemeinschaft auf und gründet die Theilung wie bey dem Tode, 1262. S. auch Ehegatten; Ehe-Pacte; Erbfolge; Mutter; Pflichttheil; Witwe.

Ehehindernisse aus Abgang des physischen oder rechtlichen Vermögens zur Einwilligung, 48—54; — aus Mangel

der wahren Einwilligung 55 — 59; — des physischen oder sittlichen Vermögens zum Zwecke, 60 — 63; — aus Abgang der wesentlichen Feyerlichkeiten, 69 — 82; — oder wegen Veranlassung zur Trennung der Ehe, 119. S. auch Inhaft. — Rücksicht der Ehehindernisse. S. Rücksicht. — Die Ehehindernisse fordern einen strengen Beweis, 99 u. f. f. — die Hebung derselben macht die Kinder zu ehelichen, 150.

**Eheliche Geburt.** S. Geburt.

**Ehelicherklärung unehelicher Kinder.** S. Legitimation.

**Ehelosigkeit**, in wie fern jemand durch letzten Willen dazu verpflichtet werden könne, 700.

**Ehemann**, dessen besondere Personen-Rechte und Pflichten als Haupt der Familie, 91; — kann die Curatel seiner Frau ansprechen, 260; — was er seiner Frau zum Puge gegeben, wird für Geschenk gehalten, 1247; — was der über das Vermögen des Ehemannes verhängte Convent in Rücksicht der Ehe-Pacte wirkt, 1260 — 1262. S. auch Ehegatten.

**Ehe-Pacte über das Vermögen** II. Th. 28. Hauptst. Begriff der Ehe-Pacte, und Gegenstände derselben, 1217; — 1) Heirathsgut, 1218; — dessen Bestimmung von der Braut, 1219; — oder ihren Aeltern entweder freywillig, 1220; — oder gerichtlich, 1221; — gerechte Ursachen der Weigerung, 1222 u. 1223; — Vermuthung; aus wessen Vermögen das Heirathsgut gegeben worden, 1224; — Bedingung, Uebergabe und Beweis desselben, 1225 u. 1226; — Gegenstand des Heirathsgutes, und Recht des Ehemannes und der Ehefrau in Rücksicht desselben, 1227 — 1229; — Vorsorge für die Sicherstellung des Heirathsgutes, 1248;

— 2) **Widerlage**, 1230; — ob der Bräutigam oder dessen Kellern zu einer Widerlage, oder letztere zu einer Ausstattung verbunden seyn, 1231; — **Sicherstellung der Widerlage**, 1245; — 3) **Morgengabe**; die versprochene wird in den ersten drey Jahren übergeben zu seyn vermuthet, 1232; — 4) **Gütergemeinschaft**, 1233; — **Wirkung derselben** insgemein, 1234 u. 1235; — insbesondere, wenn sie in die öffentlichen Bücher eingetragen worden, 1236; — 5) **Verwaltung und Anweisung des ursprünglichen oder erworbenen Vermögens**, 1237 bis 1241; — 6) **Witwengehalt**, 1242 — 1244; — **Sicherstellung des Witwengehaltes**, 1245; — **Schenkungen unter Ehegatten**, 1246 u. 1247; — **wechselseitige Testamente**, 1248; — **Erbverträge**; **Erfordernisse zur Gültigkeit des Erbvertrages**, 1249 u. 1250; — **Vorschrift über die eingerückten Bedingungen**, 1251; — **Wirkung des Erbvertrages**, 1252 u. 1253; — **Erlöschung desselben**, 1254; — **Fruchtnießung auf den Todesfall (Advitälitäts-Recht)**, 1255 — 1258; — **Einkindschaft**, 1259; — **Absonderung des Vermögens in dem Falle**: 1) eines Concurse, 1260 bis 1262; — 2) einer freywilligen 1263; — oder 3) einer gerichtlichen Scheidung, 1264; — 4) der Richterklärung, 1265; — 5) der Trennung der Ehe, 1266. **Eherechte. E. Ehe. Ehe-Pacte.**

**Ehescheidung** heißt die Sonderung der Ehegatten von Tisch und Bett ohne Auflösung der Ehe, 93; — wie sie mit beyderseitiger Einwilligung geschehen könne, 103 — 106; — wie ohne Einwilligung des anderen Theiles, 107; — aus welchen Gründen, 109; — wie sie sich wieder vereinigen oder abermahl scheiden können, 110; — wie die bey der Scheidung vorkommenden Streitigkeiten über das Ver-

mögen und den Unterhalt der Kinder zu beendigen, 108; — wie die Erziehung der Kinder nach der Scheidung zu besorgen sey, 142. S. auch Jüdenschaft. — Wirkung der Scheidung in Ansehung der Ehe-Pacte. S. Ehe-Pacte.

**Ehetraung. S. Trauung.**

**Ehetrennung** heißt die gänzliche Auflösung des Ehebandes, 62, 93; — wie sie bey katholischen Personen geschehen könne, 111; — in wie fern durch Todeserklärung, 112 — 114; — wie bey Nichtkatholischen, 115 u. 116. S. auch Jüdenschaft. — Wie die bey der Trennung vorkommenden Streitigkeiten über das Vermögen und den Unterhalt der Kinder zu beendigen, 117; — auf welche Art die Wiedervereinigung vorzunehmen, 118; — mit welcher Beschränkung die getrennten Ehegatten zu einer andern Ehe schreiten können, 119 u. 120; — die Trennung ist im Trauungsbuche anzumerken, 122; — wie die Erziehung der Kinder nach getrennter Ehe zu besorgen, 142; — Wirkung der Trennung in Rücksicht der Ehe-Pacte. S. Ehe-Pacte.

**Eheungültigkeit**; in wie fern sie von Amte wegen oder nur auf Ansuchen zu untersuchen, 94; — welcher Ehegatte die Gültigkeit der Ehe bestreiten könne, 95 u. 96; — von welchem Gerichte und mit welcher Vorsicht die Ungültigkeit zu untersuchen und zu beurtheilen sey, 97 bis 102; — die Ungültigerklärung ist im Trauungsbuche anzumerken, 122; — Rechte der Kinder aus einer zwar ungültigen, aber aus schulbloser Unwissenheit eines Gatten geschlossenen Ehe, 160; — Folge der Ungültigerklärung in Absicht auf die Ehe-Pacte. S. Ehe-Pacte. — Der Streit über die Eheungültigkeit ist kein Gegenstand eines

Vergleiches, 1382. S. auch Ehehinderniß; Ehetrennung.

Eheverköndigung. S. Aufgeboth.

Eheverlöbniß, ob und in wie fern es eine rechtliche Wirkung habe, 45 u. 46. S. auch Brautgeschenke.

Eheversprechen. S. Eheverlöbniß.

Ehe, vermeintlich gültige. S. Legitimation; — Kinder aus einer vermeintlich gültigen Ehe sind als eheliche anzusehen, 160.

Ehevertrag, was für die Unterhandlung desselben bedungen wird, ist unglücklich, 879; — von dem Vertrage der Verlobten oder der Ehegatten über ihr Vermögen. S. Ehe; Ehe-Pacte.

Ehe, zweyte. S. Wiederverhehlung.

Ehrbarkeit. S. Sitten.

Ehrenverletzungen. S. Verletzung.

Eid, ist von Verlobten bey Nachsicht aller drey Verkündigungen abzulegen, 86 u. 87; — der Ehegatten, die Ungültigkeit der Ehe zu bezeugen, ist nicht zulässig, 99; — einen Eid im Rahmen eines Anderen anzunehmen, aufzutragen, oder zurück zu schieben, fordert eine besondere Vollmacht, 1008.

Eigenhändig geschriebener letzter Wille bedarf keiner anderen Feyerlichkeit, 578.

Eigenschaften; in wie fern der Mangel oder die falsche Beylegung der Eigenschaften einer Sache die Gewährleistung gründe, 922, 923 u. 930.

Eigenthum der Kinder ist, was sie auf gesetzmäßige Art erwerben. Dem Vater gebührt vermöge väterlicher Gewalt nur die Verwaltung desselben, 149 — 151; — vollständiges und unvollständiges, Obereigenthum und

Nutzungseigenthum, 357 u. 358; — Arten des letzteren, 359 u. 360. E. Erbpachtvertrag; Erbzinsvertrag; Bodenzins; getheiltes Eigenthum; Eigenthumsrecht.

Eigenthumsrecht, davon handelt das 2. Hauptst. II. Th. Begriff des Eigenthumes im objectiven Sinne, 353; — im subjectiven, 354; — objective und subjective Möglichkeit der Erwerbung des Eigenthumes, 355 u. 356; — vollständiges und unvollständiges Eigenthum, 357 u. 358; — Arten des letzteren, 359 u. 360; — Miteigenthum, 361; — Rechte des Eigenthümers, 362; — Beschränkung derselben, 363 — 365; — Klagen aus dem Eigenthumsrechte: 1) eigentliche Eigenthumsklage, 366; — gegen welchen Besitzer sie nicht Statt finde, 367 u. 368; — was dem Kläger zu beweisen obliege, 369 — 371; — 2) Eigenthumsklage aus dem rechtlich vermutheten Eigenthume, 372 — 374; — Verwahrung eines bloßen Inhabers gegen die Eigenthumsklage, 375; — gesetzliche Folge: a) der Ablängnung des Besitzes, 376; — b) des fälschlich vorgegebenen, 377; — oder c) des aufgegebenen Besitzes der streitigen Sache, 378; — was dem Eigenthümer zu erstatten sey, 379; — wie das Eigenthum erworben werde. E. Erwerbung des Eigenthumes. — Erlöschung des Eigenthumsrechtes, 444; — das Eigenthumsrecht beweglicher Sachen wird ordentlicher Weise binnen drey Jahren erloschen, 1466; — eben so unbeweglicher Sachen von jenem, auf dessen Rahmen sie den öffentlichen Büchern einverleibt sind, 1467; — sonst erst in dreyßig Jahren, 1468, 1472 bis 1477. E. Verjährung.

Eigenthümer. E. Eigenthum.

## XLIV

**Eigentumsklage.** S. **Eigenthum.**

**Einantwortung der Erbschaft.** S. **Besitznehmung der Erbschaft.**

**Einbringlichkeit der Forderung;** in wie fern der Cedent für dieselbe hafte, 1397 — 1399.

**Einbringen in den Besitz macht denselben zu einem unechten,** 345.

**Einer für Alle und Alle für Einen.** S. **Correalität.**

**Eingebrachtes;** die in ein Wohngebäude eingebrachten Fahrnisse sind für den Mietzins stückschweigend verpfändet, 1101. S. auch **Ehe-Pacte.**

**Einkindschaft;** Begriff, und ob sie gältig sey, 1259.

**Einkommen.** S. **Vermögen.**

**Einlösungsrecht** gebührt den eingetragenen Gläubigern vor der Feilbiethung des Pfandes, 462.

**Einmahnung;** ihr Einfluß auf die Zahlungszeit, 1417; — auf Verzögerungszinsen, 1334; — auf die Bürgschaft, 1355; — auf die Verjährung, 1497.

**Einrechnung der Verjährungszeit des Vorfahrers,** 1493. S. auch **Anrechnung; Compensation.**

**Einseitig verbindliche Verträge;** Begriff, 864; — bey denselben wird vermuthet, daß der Verpflichtete sich eher die geringere als die schwerere Last auslegen wölite, 915.

**Einschränkung des letzten Willens;** davon handelt das 12. Hauptstück. II. Th. Recht des Erblassers zur Einschränkung des letzten Willens, 659; — Arten der Einschränkung: I.) Bedingung, 696; — Vorschriften: a) über unverständliche, 697; — b) unmögliche oder unerlaubte; 698; — c) mögliche und erlaubte Bedingungen, 699; — d) Bedingung der Nichtverhehelichung, 700; — e) wenn die Bedingung bey dem Leben des



Erblaffers erfüllt worden, 701; — ob die Bedingung auch auf die Nachberufenen auszudehnen sey, 702; — Wirkung einer möglichen aufschiebenden Bedingung, 703; — II.) Zeitpunkt, 704 — 706; — Rechtsverhältniß bey einer Bedingung oder einem Zeitpuncte zwischen der bedachten und ihr nachfolgenden Person, 707 u. 708; — III.) Auftrag, 709 — 712. S. Aufhebung.

**Einschreibbuch. S. Buch.**

**Einführung** in den vorigen Stand wird von den bürgerlichen Gesezen nicht gestattet, 1450.

**Einstandsrecht** kommt dem Obereigenthümer ohne ausdrückliche Bedingung nicht zu, 1140 u. 1141. S. auch Vorkaufsrecht.

**Einsturz, Gefahr drohender, eines Gebäudes. S. Bau.**

**Eintragung** in die öffentlichen Bücher geschieht durch die Einverleibung oder Vormerkung, 431 — 439 u. 446.

**Einverleibung** in die öffentlichen Bücher ist bey unbeweglichen Sachen zur Erwerbung des Eigenthumes und anderer dinglichen Rechte nothwendig, 431 — 439, 445, 446, 1498 — 1500; — Vorschrift bey einer Collision mehrerer Einverleibungen, 440; — Folgen der Einverleibung, 441 — 443; — Form, 446; — in wie fern gegen eine einverleibte Schuld eine Compensation Statt finde, 1443; — einverleibte Rechte und Verbindlichkeiten werden durch die Vereinigung des Gläubigers und Schuldners in Einer Person nicht aufgehoben, bis die Lösung erfolgt ist, 1446; — in welcher Zeit sie erseßen werden, 1467 — 1477.

**Einwendung; Verzicht** auf dieselbe muß bestimmt seyn, 937; — die Einwendungen des Schuldners gegen den Gläubiger, in wie fern sie auch gegen den Zahler der

## XLVI

Schuld Statt finden, 1361; — oder gegen den Cessionar, 1396; — die Einwendung der Verjährung muß von der Partey gemacht werden, 1501. S. auch Gewährleistung.

Einwilligung gründet einen Vertrag, 861; — des Vertreters ist in der Regel zu verbindlichen Geschäften eines Pflegebefohlenen nothwendig, 49 — 51, 244 — 248, 282, 805, 865 — 867; — wie sie zur Gültigkeit eines Vertrages beschaffen seyn muß, 865 — 877; — insbesondere bey dem Ehevertrage, 48 — 59, 75 u. f. — wie weit dadurch ein Vertrag aufgelöst werden könne, 920. — Die Einwilligung des Obereigenthümers ist zur Veräußerung des Nutzungseigenthumes nicht nothwendig, 1140.

Emancipation. S. Entlassung.

Endzweck. S. Absicht.

Enkel, deren gesetzliche Erbfolge, 732 — 734. S. Kinder; Pflichttheil.

Enterbung. Erfordernisse einer rechtmäßigen Enterbung, 768 — 773; — der Enterbte wird bey Ausmessung des Pflichttheiles als nicht existirend betrachtet, 767; — Widerspruch der Enterbung, 772; — Rechtsmittel des enterbten, aber in dem Pflichttheile verkürzten Nocherben, 775; — dem rechtmäßig Enterbten gebührt doch immer der nothwendige Unterhalt, 795.

Entfernung, desorgliche, des Schulden aus den Erbbländern, wozu sie den Bürgen berechtigt, 1365.

Entführung, wann sie die Ehe ungültig mache, 56 u. 94. S. Verlegung.

Entgang des Gewinnes. S. Gewinn.

Entgeltliche Verträge; Begriff, 864. S. Zweyseitig verbindliche. — Gegenstände entgeltlicher Verträge und

Geschäfte, 921; — bey denselben hat die Gewährleistung und Schadloshaltung wegen Verkürzung über die Hälfte Statt, 923—935; — sie fordern eine besondere Vollmacht, 1008.

Entlassung aus der väterlichen Gewalt, 174 u. 175; — des Vormundes, 253 — 263; — eines Mitbürgen kommt diesem gegen die übrigen nicht zu Statten, 1363.

Entlehner. S. Leihvertrag.

Entsagung der testamentarischen Erben; was sie wirke, 726. S. Zuwachsrecht; Nacherben. — Die Entsagung zu Gunsten eines Correal-Schuldners kann den übrigen nicht zum Nachtheile gereichen, 896; — eine unentgeltliche Entsagung fordert eine besondere Vollmacht, 1008; — eine vorläufige Entsagung auf die Verjährung ist ungültig, 1478; — des Rechtes, wann, mit welcher Wirkung sie Statt finde, 1444. S. Verzicht.

Entschädigung. S. Schadenersatz; Gewährleistung.

Entschädigungsbürge. Begriff, 1348; — in wie fern er hafte, 1362.

Entscheidung. Die Entscheidung eines Rechtsfalles ist in Ermangelung eines Gesetzes aus den natürlichen Rechtsgrundsätzen herzubohlen, 7. S. Aussprüche, richterliche.

Entschuldigung von der Vormundschaft und Curatel, aus welchen Gründen, 191 — 195, 281; — wann und wo sie anzubringen, 201; — Folgen der Unterlassung, 202 u. 203.

Equipage, was darunter zu verstehen, 679.

Erbanfall; Zeitpunkt desselben, 536 u. 703.

Erbanretung. S. Erbserklärung.

Erbe; Begriff, 532; — in wie fern ein oder mehrere

## XLVIII

Erben in die Rechte und Verbindlichkeiten des Erblassers eintreten, 547 — 550; — der Erbe muß von dem Erblasser unmittelbar ernannt werden, 564; — ein Erbe kann, so wie seine Familie, den ihm zugedachten Nachlaß nicht bezeugen, 594; — ein Vertragserbe kann nur der Ehegatte seyn, 602; — in wie fern testamentarischen Erben, ungeachtet eines Erbvertrages, ein Erbrecht zustehet, 534; — in wie fern den gesetzlichen Erben, 727 u. 728 u. 1253. S. Ehe-Pacte. — Gläubiger des Erben können noch vor der Einantwortung die Sicherstellung in der Verlassenschaft verlangen, 822; — die Rechte und Verbindlichkeiten aus Verträgen gehen in der Regel auf die Erben über, 918; — Ausnahmen bey einem noch nicht angenommenen Versprechen, 918; — bey in Fristen abzureichenden Schenkungen, 955; — bey der Bevollmächtigung, 1022; — bey dem Rechte des Wiederkaufes, 1070; — und Rückverkaufes, 1071; — bey dem Vorkaufsrechte, 1073; — in wie fern bey dem Lohnvertrage, 1162; — dem Verlagsvertrage, 1169; — oder Gesellschaftsvertrage 1207 — 1209, 1211; — Erben des Mannes können die eheliche Geburt eines Kindes bestreiten, 159; — der Aeltern haben die Verbindlichkeit, deren uneheliche Kinder zu verpflegen und zu versorgen, 171; — ob die Erben eines Verpflegten das Vorausbezahlte ersetzen müssen, 1418; — die redlichen Erben eines unredlichen Besitzers können die Erfüllung anfangen, 1463; — auf welche Erben das Recht einer persönlichen Dienstbarkeit sich erstreckt, 529; — Erben haften für den Schadenersatz, 1337; — Erbe, wenn er verschuldet ist, was für

**Rechte dessen Gläubigern auf das angefallene Erbvermögen zustehen, 322.**

**Erbe, substituirtes. S. Nacherben.**

**Erbseinantwortung. S. Bestimmung der Erbschaft.**

**Erbserklärung; sie muß ausdrücklich geschehen, 799; —**

**sie ist unbedingt oder mit Vorbehalt der Rechtswohlthat des Inventariums, 800; — Wirkung der einen und der anderen, 801 u. 802; — Berechtigung zur bedingten oder unbedingten Antretung oder Ausschlagung der Erbschaft, 803 — 805; — die Erbserklärung kann nicht widerrufen werden, 806; — Folge, wenn mehrere Erben in der Erklärung nicht übereinstimmen, 807; — der testamentarische Erbe muß entweder sich aus dem Testamente zum Erben erklären, oder die Erbschaft ausschlagen, 808; — der Erbe überträgt die angefallene Erbschaft auch vor der Erbserklärung auf seine Erben, 809; — nach der Erbserklärung ist ihm in der Regel die Besorgung und Veranlagung der Verlassenschaft zu überlassen, 810; — Erbserklärung im Rahmen eines Anderen, oder Entsagung der Erbschaft fordert eine besondere Vollmacht, 1008.**

**Erbfähigkeit überhaupt, 538; — nach welchem Zeitpunkte sie zu beurtheilen, 545 u. 546; — wer des Erbrechtes unfähig oder unwürdig sey, 540 — 544.**

**Erbfolge, gesetzliche, ist der Gegenstand des 13. Hauptstückes II. Thls. Fälle der gesetzlichen Erbfolge, 727 u. 728; — Vorschrift für den Fall des verkürzten Pflichttheiles, 729; — gesetzliche Erben sind: 1) die Verwandten aus einer ehelichen Abstammung, 730; — erbfähige Linien derselben, 731; — 1te Linie, die ehelichen Kinder, nämlich die Söhne und Töchter und ihre Nachkömmlinge, 732 — 734; — 2te Linie, die ehelichen Aeltern und**

- ihre Nachkömmlinge, 735—737; — 3te Linie, die Großältern und ihre Nachkömmlinge, 738—740; — 4te Linie, die Urgroßältern und ihre Nachkömmlinge, 741—743; — 5te Linie, die zweitn Urgröfälfältern und ihre Nachkömmlinge, 744—747; — 6te Linie, die dritten Urgröfälfältern und ihre Nachkommenschaft, 748—750; — Ausschließung der entfernteren Verwandten, 751; — 2) gesetzliches Erbrecht legitimirter Kinder, 752 u. 753; — 3) der unehelichen Kinder, 754; — 4) der Waiskinder, 755; — 5) Erbrecht der Aelteren in Rücksicht der 752 — 754 erwähnten Kinder, 756; — 6) gesetzliches Erbrecht des Ehegatten, 757 — 759; — Ausnahme im Falle des Ad- vidualitäts-Rechtes, 1258; — und der Ehetrennung, 1266; — erblose Verlassenschaft, 760; — Abweichungen von der allgemeinen Erbfolgesordnung, 761; — Erbfolge in Fideicommissen, 619—626; — Anrechnung zum Erbtheile bey der gesetzlichen Erbfolge, 790 — 794.
- Erblasser**, in wie fern die Verlegung desselben oder seiner Familie des Erbrechtes unwürdig mache, 540—542; — Recht des Erblassers seinen letzten Willen einzuschränken, zu verändern und aufzuheben. S. Einschränkung; Aufhebung.
- Erblosigkeit**, wann sie eintrete, und wem die Verlassenschaft zufalle, 760.
- Erbpacht** ist eine Art des Bestandvertrages. S. Bestandvertrag. Ob der Fideicommiss-Inhaber einen Erbpacht eingehen könne, 633 u. 634; — wann die Eigenschaft eines Erbpachtgutes verjährt werde, 1474.
- Erbpachtzins**. S. Bestandvertrag.
- Erbrecht**, II. Th. 8. Hauptstck. Begriff einer Verlassenschaft, 531; — Erbrecht und Erbschaft, 532; — Mittel zum Erbrechte, 533 u. 534; — Unterschied zwischen

**Erbchaft und Vermächtniß**, 535; — Zeitpunkt des Erb-  
 anfalles, 536 u. 537; — Fähigkeit zu erben, 538 u.  
 539; — Ursachen der Unfähigkeit, 540 — 544; —  
 nach welchem Zeitpunkte die Fähigkeit zu beurtheilen,  
 545 u. 546; — Wirkung der Annahme der Erbchaft,  
 547 — 550; — Verzicht auf das Erbrecht, 551; —  
 Uebertragung des Erbrechtes, 509.

**Erbchaft**, Begriff von einer Erbchaft, 532; — eine  
 bereits angefallene geht auf die Erben über, 536 u.  
 537; — wie sie vor der Annahme zu betrachten sey,  
 547; — wie sie zu theilen, wenn nur Ein oder wenn  
 mehrere Erben ohne oder mit Bestimmung der Theile  
 eingesetzt sind, 554 — 559; — kann von dem Erben  
 nicht eigenmächtig in Besitz genommen werden, 797 u. folg.;  
 Besiznehmung der Erbchaft. Die Erbchaft einer  
 dritten noch lebenden Person ist kein Gegenstand eines  
 gültigen Vertrages, 879; — wer einem Minderjährigen  
 eine Erbchaft hinterläßt, kann darüber einen Curator er-  
 nennen, 197; — eine Erbchaft kann von dem Vor-  
 munde nur mit Genehmigung des vormundtschaftlichen Ge-  
 richtes ausgeschlagen oder unbedingt angenommen werden,  
 233; — die unbedingte Annahme oder Ausschlagung  
 einer Erbchaft fordert eine besondere Vollmacht, 1008.

**Erbchafts-Antretung.** S. Besiznehmung der Erbchaft.

**Erbchafts-Benähung.** S. Erbserklärung.

**Erbchafts-Einantwortung.** S. Besiznehmung der  
 Erbchaft.

**Erbchafts-Gläubiger** müssen für ihre Befriedigung oder  
 Sicherstellung selbst sorgen, und können es noch vor An-  
 tretung der Erbchaft, 811; — sie können die Absonde-  
 rung der Erbchaft von dem Vermögen des Erben vor

der Einantwortung verlangen, 812; — die Nachfolge des Schuldners in die Verlassenschaft seines Gläubigers ändert ihre Rechte nicht, 1445; — können sich auch an den Käufer der Erbschaft halten, 1282.

**Erbschaftskauf.** In wie fern er ein Glücksvertrag, 1278; — Rechte und Verbindlichkeiten aus demselben, 1278 — 1283.

**Erbschaftsklagen,** deren Beschaffenheit und Wirkung, 823 u. 824.

**Erbschaftsschuldner.** Ihre Rechte werden durch einen Verkauf der Erbschaft nicht geändert, 1282.

**Erbtheil.** Wer einen in Beziehung auf das Ganze bestimmten Erbtheil erhält, ist als Erbe zu betrachten, 532; — wie die Erbtheile auszumessen, 554 — 563. S. auch **Erbsfolge, gesetzliche.**

**Erbverträge** sind nur unter Ehegatten gültig, 602. S. **Ehe-Pacte.**

**Erbzins.** S. **Zins; Bestandvertrag.**

**Erbzinsgut.** Die Eigenschaft desselben geht nur durch einen frey eigenthümlichen Besitz von vierzig Jahren verloren, 1474.

**Erbzinsvertrag** ist eine Art des Bestandvertrages. S. **Bestandvertrag.**

**Erfüllung des Vertrages;** nach selber können die Parteien von dem Vertrage auch mit wechselseitiger Einwilligung nicht abgehen, 920; — zur Erfüllung einer Verbindlichkeit an einem bestimmten Tage kommt dem Verpflichteten der ganze Tag zu Statten, 903; — ob die näheren Bestimmungen der Erfüllung als ein Erneuerungsvertrag zu betrachten, 1379; — die Erfüllung einer Verbindlichkeit kann eigenmächtig nicht abgeändert wer-



den; 1413. **E. Zahlung; Zeit; Ort; Art der Erfüllung; Richterfüllung.**

**Erklärung des Willens überhaupt** kann ausdrücklich oder stillschweigend geschehen, 863; — wie sie zur Gültigkeit eines Vertrages beschaffen seyn müsse, 869—876; — feyerliche der Einwilligung zur Ehe ist wesentlich, 69 u. 94; — wie sie geschehen soll, 75—79; — Erklärung des Gesetzgebers von einem Gesetze, welche Wirkung sie habe, 8; — der Volljährigkeit. **E. Großjährigkeit.** — Wie durch bloße Erklärung eine Uebergabe geschehen könne, 428.

**Erklärung des letzten Willens**, davon handelt des II. Thls. 9. Hauptstüd. Begriff, 552; — Erfordernisse: innere Form bey Testamenten, die Erbseinsetzung; bey Codicillen: andere Verfügungen, 553; — Zutheilung der Erbschaft, 554—558. **E. Erbschaft.** — Welche Erben als Eine Person betrachtet werden, 559; — Recht des Zuwachses, 560—563; — wie die Erklärung beschaffen seyn müsse, 564 u. 565; — Ursachen der Unfähigkeit zu testiren: 1) Mangel an Besonnenheit, 566 u. 567; — 2) Prodigalitäts-Erklärung, in wie fern, 568; — 3) unreifes Alter, 569; — 4) wesentlicher Irrthum, 570—572; — 5) Ordensgelübde, 573; — 6) schwere Criminal-Strafe, 574; — Nach welchem Zeitpuncte die Gültigkeit der Anordnung zu beurtheilen sey, 575 u. 576; — Äußere Form der Erklärung des letzten Willens; 577; — 1) der außergerichtlichen schriftlichen, 578—584; — 2) der außergerichtlichen mündlichen, 585 u. 586; — 3) der gerichtlichen, 587—590; — Unfähige Zeugen bey letzten Anordnungen, 591—596; — Von den begünstigten letzten Anordnungen, 597—600; —

Ungültigkeit der unförmlichen letzten Anordnungen, 601; — ob Erbverträge gültig seyn, 602; — wer den Erblasser zur Erklärung des letzten Willens gezwungen, betrüglisch verleitet, oder daran verhindert, oder selbe unterdrückt hat, ist unfähig zu erben, 542; — in wie weit der Inhalt einer letzten Willenserklärung der Gegenstand eines Vergleiches seyn könne, 1383; — das Recht, die Erklärung des letzten Willens anzustößen, erlischt binnen drey Jahren, 1487. **E.** Einschränkung; Aufhebung des letzten Willens; Testament.

Erlaß. **E.** Entfagung. Zins.

Erlaubte Gesellschaften. **E.** Gesellschaften.

Erlöschung der väterlichen Gewalt, 172 — 178; — der Vormundschaft und Curatel, 249 — 260 u. 283; — des Besizes, 349 — 352; — des Eigenthumsrechtes, 444; — des Pfandrechtes, 467 — 469; — der Dienstbarkeiten, 524 — 529; — der Rechte und Verbindlichkeiten überhaupt. **E.** Aufhebung; Zeitraum; Frist. — Erlöschung eines innerhalb des bestimmten Zeitraumes nicht angenommenen Versprechens, 862; — der Verträge überhaupt, 917 — 920; — der Vörgschaft, 1363 — 1367; — Erlöschung des Pfandrechtes ist noch keine Erlöschung der Forderung, 467.

Ernennung des Erben kann nicht einem Dritten überlassen werden, 564.

Erneuerung des Bestandes, wie sie stillschweigend geschehe, 1114 u. 1115.

Errungenschaft. **E.** Erwerb.

Ersatz des Schadens. **E.** Schade.

Erfügung. **E.** Verjährung.

Ertragniß. **E.** Nutzungen.

## **Erwerbsgesellschaft. S. Gemeinschaft der Güter.**

**Erwerbung.** Der Erwerb während der Ehe wird von dem Manne herzuführen vermuthet, 1237; — dem Ehegatten gebühret alles, was er während der Ehe erworben hat, 1237; — allgemeine Fähigkeit, Rechte zu erwerben, 18; — die Gattinn muß dem Manne in der Erwerbung beystehen, 92; — ein Recht, dessen Erwerbung an einen gewissen Tag gebunden ist, wird mit dem Anfange des Tages erworben, 903; — des Besizes. S. Besitz; — des Eigenthumes erfordert einen rechtmäßigen Titel, u. eine mittelbare oder unmittelbare Erwerbungsart, 380. S. Zueignung; Zuwachs; Uebergabe; Einverleibung; Erbrecht; Verjährung.

## **Erstgeburt. S. Primogenitur.**

**Erziehung** ist die Sorge für das Leben, die Gesundheit, den anständigen Unterhalt, und die körperliche und geistige Ausbildung eines Kindes, 139; — liegt beyden ehelichen Aeltern ob, ebend. — In welcher Religion die Kinder verschiedener Religions-Genossen zu erziehen seyn, bestimmen die politischen Gesetze, 140; — der Vater kann sein unmündiges Kind zu einem beliebigen Stande erziehen, 143; — Theilung des Erziehungsgeschäftes während der Ehe, 141; — oder nach der Scheidung und Trennung derselben, 142 u. 143; — der Aufwand auf die Erziehung kann aus dem Vermögen des Kindes bestritten, 150; — aber er kann in der Folge nicht zurück gefordert werden, 154; — Erziehung der unehelichen Kinder, wenn sie zustehe, 166 — 171; — Jedermann kann die Vernachlässigung der Erziehung oder den Mißbrauch der väterlichen Gewalt zur Abhülfe dem Gerichte anzeigen, 178; — für die Erziehung eines Waisen muß der Vormund Sorge tragen, 216; — und dieselbe ist zunächst der Mutter an-

zuvertrauen, 218; — Was das Vermächtniß der Erziehung in sich begreife, 672 u. 673.

Evictions-Leistung. S. Gewährleistung.

Executor. S. Vollzieher.

Expromission. S. Zahler. Anweisung.

Extabulirung. S. Löschung.

## F.

Fabrik. Anlegung derselben oder Theilnahme daran begründet ohne Ansässigkeit nicht die Staatsbürgerschaft, 31; — kann der Vormund ohne gerichtliche Genehmigung weder anfangen, noch fortsetzen oder aufheben, 233.

Fabrikanten gebühren aus einem Handlungsgeschäfte sechs vom Hundert als gesetzliche Zinsen, 995.

Factoren. Auf sie sind die Vorschriften in Hinsicht auf den Vertrag über Dienstleistungen anzuwenden, 1163. S. Dienstleistungen.

Fähigkeit, die eines Staatsbürgers zu einem, obgleich außer dem Staatsgebiete unternommenen Rechtsgeschäfte ist nach den Staatsgesetzen zu beurtheilen, 4; — Fähigkeit zu erwerben überhaupt, 18; — insbesondere zur Erwerbung des Besizes, 310; — des Eigenthumes, 355 u. 356; — des Erbrechtes, 538 — 546; — wenn der Erbtheil des Unfähigen zufalle, 560 — 562; — Fähigkeit zur Schließung eines Vertrages, 861; — Eistiges Vorgeben derselben, wann es zur Genugthuung verbindet, 866; — Fähigkeit zur Ersetzung und Verjährung, 1453. S. Unfähigkeit.

Fahrwegrecht. S. Dienstbarkeiten.

Falliment. S. Concurs.

**Fällig.** Zwischen einer fälligen und noch nicht fälligen Forderung hat keine Compensation Statt, 1439; — Ob die Zahlung einer noch nicht fälligen Schuld zurück gefordert werden könne, 1434.

**Falsches Vorgeben.** S. Vorgeben.

**Familie.** So heißen die Stammältern mit ihren Nachkommen, 40; — die einer Familie verliehene Dienstbarkeit erstreckt sich auf alle Mitglieder derselben, 529.

**Familien-Fideicommiß.** S. Fideicommiß.

**Familien-Nahme** der Verlobten ist im Aufgebothe auszudrücken, 70; — der Ehegatten, ihrer Aeltern, der Zeugen und des Seelsorgers ist in das Trauungsbuch einzutragen, 80. S. Namen.

**Familien-Rechte** werden überhaupt in dem 2. und 3. Hauptstücke des I. Theils abgehandelt. Die übrigen besonderen Rechte der Mitglieder werden bey den verschiedenen Rechtsverhältnissen, worin sie ihnen zukommen, angeführt, 43; — des Vaters kommen den ehelichen Kindern zu, 146; — nicht auch den unehelichen, 165; — Waiskinder behalten ihre vorigen Familien-Rechte, 182 u. 183; — welche aus einer ungültigen Ehe erzeugten Kinder von besonderen Familien-Rechten ausgeschlossen seyn, 160; — die Legitimation durch Begünstigung des Landesfürsten hat auf die Familien-Glieder der Aeltern keinen Einfluß, 162; — sie unterliegen der Erziehung oder Verjährung nicht, 1458 u. 1481.

**Familien-Stiftungen** und andere gemeinschaftliche Güter und Rechte derselben werden nach den Grundsätzen von der Gemeinschaft des Eigenthumes behandelt, 349.

**Familien-Verhältnisse** gründen Personen-Rechte, 15; — sie entstehen aus der Ehe, 44.

## LVIII

**Kaufpfand. S. Handpfand.**

**Fehler. S. Mängel.**

**Feilbiethung.** Welche Vermögensstücke eines Minderjährigen feil zu biethen, 231; — die öffentliche Feilbiethung sichert vor der Eigenthumsklage, 367; — was bei einer gerichtlichen Feilbiethung das Vorkaufsrecht für eine Biethung habe, 1067; — eines Pfandes, was dabey zu beobachten; 461 — 463; — die gerichtliche Feilbiethung schließt die Beschwerde einer Benützung über die Hälfte des Werthes aus, 935; — sie kann von jedem Theilnehmer an einer gemeinschaftlichen Sache verlangt werden, 840, 843, 1215.

**Feindschaft mit dem Minderjährigen oder Curanden, oder deren Vektorn** schließt von der Vormundschaft oder Curatel aus, 193 u. 281; — unversöhnliche zwischen Eheleuten. S. Abneigung.

**Feld mit fremdem Samen besäet, oder mit fremden Pflanzen besetzt**, 420 — 422.

**Felddienstbarkeiten. S. Dienstbarkeiten.**

**Fensterrecht. S. Dienstbarkeiten.**

**Fest.** Was erd- mauer- niet- und nagelfest, ist ein Zugehör, 297.

**Feuerschaden** gibt Anspruch auf Erlassung des Bestandzinses, 1104 — 1108.

**Feierlichkeiten, wesentliche, bey Schließung einer Ehe**, 69 und folg.; — bey Erklärung eines letzten Willens, 577 — 600 u. 1249.

**Fides bona. S. Redlichkeit.**

**Fideicommiß. (Familien-Fideicommiß).** Begriff, 618; — Hauptarten der Fideicommiße, 619 u. 620; — Erbfolge in denselben, 621 — 626; — Bedingungen zur Er-

richtung eines Fideicommisses, 627; — Widerruf der Errichtung, 628; — allgemeine Vorschrift über die Rechte der Anwärter und des Inhabers des Fideicommisses, 629; — besondere Rechte der Anwärter, 630; — uneingeschränkte Rechte des Inhabers, 631; — eingeschränkte Rechte: a) zur Verzichtung und Verpfändung, 632; — b) Verwandlung, Vertauschung oder Erbverpachtung, 633 u. 634; — c) zur Verschuldung, 635; — Bestimmung des zu verschuldenden Dritttheiles, 636; — und des Werthes des Fideicommiss-Gutes, 637; — Art der Rückzahlung, 638 u. 639; — Haftung des Nachfolgers für die Schulden, 640 — 642; — Theilung der Fughe des letzten Jahres, 643; — Auflösung und Erlöschung eines Fideicommisses, 644 u. 645; — Unterschied eines Fideicommisses von Stiftungen, 646; — die Eigenschaft eines Fideicommisses geht nur durch einen frey eigenthümlichen Besiz von vierzig Jahren verloren, 1474.

**Fideicommissarische Substitution.** S. **Katherben.**

**Finanz-Gegenstände.** S. **Gegenstände.**

**Finden.** Vorschriften über die Verbindlichkeiten und Rechte eines Finders oder mehrerer Mitfinder, 388 — 401; Vergl. **Suche und Rettung.**

**Firma,** das Recht, dieselbe zu führen, begreift eine Vollmacht der Mitglieder in sich, 1028, 1201.

**Fische** in einem Teiche sind für unbewegliche Sachen zu halten, 295.

**Fischerey** hindernde Werke dürfen nicht eigenmächtig angelegt werden, 413. S. **Zueignung.**

**Fiscus.** Er hat die Vertheidigung der Ehe zu übernehmen, 97 u. 115; — gegen ihn, als Verwalter der Staats-

güter und des Staatsvermögens hat nur die außerordentliche Verjährung von sechs oder von vierzig Jahren Statt, 1472, 1485.

**Fleiß**, was ein außer der Verpflegung seiner Kellern stehendes Kind durch seinen Fleiß erwirbt, darüber kann es frey verfügen, 151; — und sich verpflichten, 246; — Ein Vormund und Curator muß das Vermögen des Pflegebefohlenen als ein fleißiger Hausvater verwalten, 228; — die Unterlassung eines solchen Grades des Fleißes, welcher bey gewöhnlichen Fähigkeiten angewendet werden kann, ist bey Handlungen, woraus eine Verkürzung fremder Rechte entsteht, ein Versehen, und gründet das Recht zum Schadenersatz, 1297 u. 1298; — Jene, die sich zu einem Amte, Gewerbe, Handwerke oder zu einer Kunst öffentlich bekennen, oder ohne Noth freywillig ein Geschäft, das besonderen Kunstfleiß fordert, übernehmen, müssen den Mangel desselben vertreten, 1299.

**Fluß**. Gewalt des Flusses, wodurch ein Erdreich angefeht wird. S. Zuwachs. — Inseln auf schiffbaren Flüssen sind dem Staate vorbehalten, 407; — in wie fern Werke an Flüssen angelegt werden dürfen, 413.

**Flußbett**, verlassenes, wem es gehöre, 409 u. 410.

**Flußbefestigung** gegen Ueberschwemmung, 413.

**Flüssig**. Zu einem Vermächtnisse flüssiger Sachen gehören auch die Gefäße, 677.

**Fond**. S. Hauptstamm.

**Forderungen**, selbst einverleibte, gehören zu den beweglichen Sachen, 299; — der Vormund kann Forderungen ohne gerichtliche Begnehmigung nicht abtreten, 233; — er muß den unsicheren Sicherheit verschaffen, oder sie eintreiben, 236; — können auch symbolisch übergeben



werden, 427; — geben noch keinen Titel zu einem Pfandrechte, 449; — nur einverleibte Forderungen gehen auf den Erwerber der Sache über, 443; — wie eine Forderung vermacht werden könne, 663 — 668; — wie die vermachte stillschweigend widerrufen werde, 724 u. 725; — Forderungen, deren Entrichtung den Erben aufgetragen wird, 548 u. 549; — die auf einer Sache haften, müssen stets vertreten werden, 928; — Haftung des Cedent für die Richtigkeit und Einbringlichkeit der Forderung, 1397 — 1399; — Forderungen, denen das Klagerrecht versagt ist, 1271 — 1273; — die Zahlung solcher Forderungen kann nicht zurück gefordert werden, 1432 u. 1433; — Forderungen werden überhaupt in dreißig Jahren verjähret, 1479. **E. Zahlung. Gläubiger.**

**Form**, innere und äußere, zur gültigen Erklärung eines letzten Willens. **E. Erklärung des letzten Willens**; — der Verträge, 883 — 887; — Eine aus Mangel der Formalitäten ungültige Schuld kann, wenn sie bezahlt ist, nicht wieder zurück gefordert werden, 1432 u. 1433. **E. auch Feyerlichkeiten.**

**Frachtgüter** können auch symbolisch übergeben werden, 427; — Haftung für die übernommenen, 970 u. 1316.

**Frauen- Personen** können in der Regel keine Vormundschaft oder Curatel übernehmen, 192 — 281; — sind in der Regel unfähige Zeugen bey letzten Anordnungen, 591 u. 597; — können gleich dem männlichen Geschlechte Bürgschaft leisten, 1349.

**Fremde**, wie sie die Staatsbürgerschaft erwerben, 29 — 31; — sie genießen in der Regel gleiche Rechte mit den Staatsbürgern, 33; — nach welchen Gesetzen ihre persönliche

**Fähigkeit** und die von ihnen unternommenen Rechtsgeschäfte beurtheilt werden, 34—37; — **Vorsicht** bey Verheirathung fremder Minderjährigen, 51; — **Einwohnern** fremder Staaten ist keine Vormundschaft oder Curatel aufzutragen, 192 u. 281.

**Fremde Handlungen.** Für selbe ist man in der Regel nicht verantwortlich, 1313 u. folg.

**Fremde Sache.** In wie fern sie vermachet, 662; — verpfändet, 456; — oder veräußert werden kann, 366—368; — Gewährleistung dafür, 923 u. 945; — Ersatz und Belohnung für deren Rettung, 403, 1036—1044.

**Fremde Verbindlichkeiten** kann ohne Unterschied des Geschlechtes jedermann auf sich nehmen, dem die freie Verwaltung seines Vermögens zusteht, 1349.

**Freiheitsverletzung.** S. Verletzung.

**Freystehende Sachen,** 287; — wie sie erworben werden, 381.

**Frist.** Von einem Vermächtnisse in wiederkehrenden Fristen, 687; — Schenkungen in wiederkehrenden Fristen gehen nicht auf die Erben, 955. S. Zeitraum.

**Früchte;** in wie fern sie für eine unbewegliche Sache zu halten, 295; — welche dem rechtlichen Besitzer gehören, 330 u. 338; — natürliche sind ein Zuwachs, 405; — die auf dem Pachtgute befindlichen Früchte sind für den Pachtzins stillschweigend verpfändet, 1101; — Früchte und Nutzungen, wie sie am Ende der Fruchtzeitung zu theilen, 519; — gehören dem Abwicklungs-Inhaber, 631; — in wie fern er sie verpfänden könne, 638; — wenn ein in Beziehung auf die ganze Nutzung bestimmter Theil der Früchte für die Nutzung bedungen wird, so entsteht ein Gesellschaftsvertrag, 1103.

Fruchtnießung ist eine persönliche Dienstbarkeit, 478; — Begriff desselben, 509; — in wie fern verbrauchbare Sachen ein Gegenstand der Fruchtnießung seyn, 510; — Recht des Fruchtnießers auf den vollen Ertrag, 511; — Verbindlichkeit des Fruchtnießers: a) in Rücksicht der Lasten, 512; — b) der Erhaltung der Sache, 513; — c) in Rücksicht der Gebäude, 514 — 516; — in wie fern der Fruchtniesser die Verbesserungskosten fordern könne, 517; — Beweismittel über die wechselseitigen Forderungen des Fruchtnießers und Eigenthümers, 518; — Zutheilung der Rugungen bey Erlöschung der Fruchtnießung, 519; — in wie fern der Fruchtniesser zur Sicherstellung verbunden, 520; — Fruchtnießung eines Wohngebäudes, 521 u. 522; — dem Erben gebühret die Fruchtnießung der Erbschaft noch vor der Einantwortung, 520; — dem Manne gebühret die Fruchtnießung des in unverbrauchbaren Sachen bestehenden Heirathsgutes, 1228; — die dem Manne von der Frau in ihrem übrigen Vermögen zugestandene, aber von ihr selbst bezogene Fruchtnießung verbindet sie zu keiner Rechnungslegung, 1240; — Fruchtnießung unter Ehegatten auf den Todesfall, 1255 — 1258; — die zur Fruchtnießung gegebene Sache kann von dem Fruchtniesser oder dessen Erben nicht esseßen werden, 1462; — die dem Vater vermachte Fruchtnießung des Vermögens seines Kindes berechtigt die Gläubiger nicht, sämmtliche Einkünfte zum Abbruche der Kinder in Beschlag zu nehmen, 150. **E. Dienstbarkeiten.** Fuhrleute haften für die Fracht gleich einem Verwahrer, 970; — auch in Rücksicht ihrer Dienstpersonen, 1316; — sie sind nicht berechtigt, den Werth der ihnen anvertrauten Güter zu beziehen, oder Geld darauf anzuleihen, 1031.

Fungibilis res. S. Verbrauchbar.

Furcht, ob sie eine gegründete, muß aus den Umständen beurtheilt werden, 55; — wann sie die Ehe ungültig mache, ebend. und 95; — wann einen Vertrag überhaupt, 870, 874 u. 875; — die Forderung wegen einer bey dem Vertrage unterlaufenen ungerechten Furcht erlischt binnen drey Jahren, 1487.

Fußsteigrecht. S. Dienstbarkeiten.

G.

Galizien. Das für Galizien gegebene bürgerliche Gesetzbuch wird durch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch außer Kraft gesetzt. S. Kundmachungs-Patent.

Gantheandlung. S. Concurs.

Gastwirth e haften für das, was die aufgenommenen Reisenden in das Gasthaus gebracht haben; gleich einem Verwahrer, 970 u. 1316.

Gattenmord. S. Mord.

Gattung. Vermächtniß einer Sache von gewisser Gattung. S. Vermächtniß.

Gebäude. Zugehör desselben, 297. S. Bau; Bauführung; Haus.

Geben an Zahlungsstatt kann in der Regel nur mit Einwilligung des Gläubigers geschehen, und ist ein entgeltliches Geschäft, 1413 und 1414.

Gebrauch. Was zum anhaltenden Gebrauche eines Gegenstandes bestimmt ist, ist ein Zugehör desselben, 297; — des Rechtes; wer von seinem Rechte inner den rechtlichen Schranken Gebrauch macht, ist für den daraus entspringenden Nachtheil nicht verantwortlich, 1305; —

Ueber das, was einem mündigen Kinde zum Gebrauche überlassen wird, kann es frey verfügen, 151.

**Gebäude. S. Gewohnheiten.**

**Gebrauchsrecht. S. Dienstbarkeiten.**

**Gebrechen.** Leibesgebrechen, in wie fern sie eine Scheidungsurache, 109; — Leibes- oder Gemüthsgebrechen, welche zur Verwaltung der Geschäfte untauglich machen, verlängern die väterliche Gewalt, 173; — oder die Vormundschaft, 231; — fordern die Bestellung eines Curators, 269, 273 u. 275; — schließen von der Vormundschaft und Curatel aus, 191 u. 281; — Gebrechen, welche die Testirungs-Fähigkeit benehmen, 566 u. 567; — oder die Fähigkeit der Zeugenschaft bey letzten Anordnungen, 591. **S. Mängel.**

**Geburt.** Sie gibt dem Kinde eines Oesterreichischen Staatsbürgers die Staatsbürgerschaft, 28; — eheliche, welche für eine solche zu halten, 133; — wer sie bestreiten könne, wann und wie, 156 — 159; — uneheliche; 155. **S. Kinder, uneheliche. Legitimation.**

**Geburtsbuch.** Wann die Einschreibung des väterlichen Namens die Vaterschaft des unehelichen Kindes beweise, 164.

**Gefahr,** in wie fern sie bey einem Kaufvertrage vor der Uebergabe der Besizer trage, 1048 u. 1049; — oder bey einem Kaufe der Verkäufer, 1064; — wer sie bey einer gerichtlich hinterlegten Schuld trage, 1425; — Uebnahme derselben gegen einen gewissen Preis. **S. Versicherungsvertrag. Sicherstellung.**

**Gefälligkeit. S. Bitte; Bittleihen.**

**Gefangennehmung, eigenmächtige. S. Verletzung.**

**Gegenrechnung. S. Compensation.**

**Gegenstand.** Das Unmögliche und Unerlaubte ist kein Ge-

genstand eines gültigen Vertrages, 878; — Gegenstände entgeltlicher Verträge, 921; — wenn der Gegenstand eines geschlossenen Vertrages vor der Uebergabe verbotzen wird, ist der Vertrag als nicht geschlossen anzusehen, 880. S. Leistung; Verkehr; Waare. — Die über politische, Cameral- oder Finanz-Gegenstände kund gemachten, die Privat-Rechte beschränkenden oder näher bestimmenden Verordnungen bleiben, obschon in dem bürgerlichen Gesetzbuche nicht ausdrücklich darauf sich bezogen würde, in ihrer Kraft. S. Kundmachungs-Patent.

Geheime Mitglieder einer Handlungsgesellschaft, in wie fern sie haften, 1204.

Gehorsam sind die Kinder den Ältern und die Waisen dem Vormunde schuldig, 144 u. 217.

Geistesverwirrung. S. Sinnenverwirrung.

Geistliche, in wie fern sie von der Ehe ausgeschlossen, 63 u. 94; — oder sich von einer Vormundschaft oder Suratel entschuldigen können, 195 u. 281; — die gesetzliche Erbfolge in die Verlassenschaft geistlicher Personen wird in den politischen Gesetzen bestimmt, 761; — Geistliche Gemeinden oder deren Glieder, ob sie erbfähig, bestimmen die politischen Verordnungen, 539. S. auch Ordenspersonen.

Geld, bares, wie es von dem Vormunde zu verwenden, 230; — in wie fern es ein Gegenstand der Eigenthums-Klage seyn könne, 371; — oder der Fruchtziehung, 510; — Geld oder Geldeswerth im Rahmen eines Anderen zu erheben, fordert eine besondere Vollmacht, 1008; — in wie fern Geld der Gegenstand eines Kaufvertrages seyn könne, 1046; — der Kaufpreis muß in barem Gelde bestehen, 1055; — in der Regel auch der Miet- und Pachtzins, 1092; — das Legat einer Summe

**Geldes** muß entrichtet werden, ohne Rücksicht, ob bares Geld in der Verlassenschaft vorhanden, 658.

**Geldbarleihen.** S. Darlehensvertrag.

**Geldstrafen**, ob sie auf den Erben übergehen, 548; — damit sind Rabbiner, welche die Trauungsbücher nicht ordentlich führen, zu belegen, 131. S. Vergütungsbetrag.

**Geldstücke.** S. Münzsorten.

**Geldzahlungen.** Die darauf sich beziehenden Rechte und Verbindlichkeiten sind nach dem, über das zum Umlaufe und zur gemeinen Landes- (Wiener-) Währung bestimmte Geld, bereits erlassenen Patente vom 20. Februar 1811, oder nach den noch zu erlassenden besonderen Gesetzen, und nur bey deren Ermangelung nach den allgemeinen Vorschriften des Gesetzbuches zu beurtheilen. S. Kundmachungs-Patent.

**Gelübde**, feyerliche, der Ehelosigkeit sind ein Ehehinderniß, 63 u. 94.

**Gemein.** Das gemeine Recht wird durch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch außer Kraft gesetzt. S. Kundmachungs-Patent.

**Gemeinden**, in wie fern sie unter einer besonderen Vorsorge stehen, bestimmen die politischen Gesetze, 21 u. 27; — wornach derselben redlicher oder unredlicher Besitz beurtheilet werde, 337; — wie lange ihnen das Recht einer Dienstbarkeit zustehe, 529; — in wie fern sie und ihre Glieder einen Vertrag schließen können, ist aus ihrer Verfassung und den politischen Gesetzen zu entnehmen, 267; — wann eine ihnen verwilligte persönliche Servitut oder die von ihnen ausgestellten oder übernommenen Vollmachten erlöschen, 529 u. 1023; — Ausnahmen der Gemeinden in Rücksicht der Verjährung, 1472 u. 1485;

— ein gegen alle Mitglieder einer Gemeinde geltendes Recht wird dadurch, daß es nur gegen gewisse Mitglieder bisher ausgeübt worden, nicht verjährt, 1482.  
**S. Gesellschaft; Statuten.**

**Gemeindogut und Gemeindevermögen, Begriff, 231;**

— gegen die Verwalter desselben läuft nur die außerordentliche Verjährungszeit, 1472 u. 1485. **S. Gut.**

**Gemeindevorsteher, die weltlichen und geistlichen, sollen für die nöthige Bestellung eines Vormundes oder Curators Sorge tragen, 189.**

**Gemeinschaft des Eigenthumes und anderer dinglicher Rechte, II. Th. 16. Hauptstck. Begriff und Ursprung einer Gemeinschaft, 325 — 327; — Gemeinschaftliche Rechte der Theilhaber, 328; — Rechte des Theilhabers auf seinen Antheil, 329 — 332; — Rechte der Theilhaber in der gemeinschaftlichen Sache: a) in Rücksicht des Hauptstammes, 333 — 338; — b) der Rungen und Asten, 339 u. 340; — c) der Theilung, 341 — 349. — Erneuerung der Gränzen, 350 — 353; — vermuthete Gemeinschaft, 354 — 358; — Gemeinschaft des Eigenthumes vereinigter Sachen, 415; — eines Baumes auf den Gränzen, 421; — das Recht, die vorgenommene Theilung eines gemeinschaftlichen Gutes zu bestreiten, erlischt binnen drei Jahren, 1487; — Die Verbindlichkeit zur Theilung einer gemeinschaftlichen Sache ist unverjährbar, 1481.**

**Gemeinschaft der Güter. Vertrag hierüber, II. Th. 27. Hauptstck. Entstehung einer Erwerbsgesellschaft. Begriff, 1175; — Eintheilung, 1176 u. 1177; — Form der Errichtung, 1178 u. 1179; — von den Vorschriften über eine allgemeine Gütergemeinschaft, 1180. **S. Ehe-Pacte.** — Wirkung des Vertrages und**



des wirthlichen Bezuges, 1181; — Hauptstamm, 1182 u. 1183; — Rechte und Pflichten der Mitglieder: 1) Bericht zum Hauptstamme, 1184; — 2) Mitwirkung, 1185 — 1187; — 3) Entscheidung der Angelegenheiten, 1188; — 4) Nachschuß zum Hauptstamme, 1189; 5) Betrieb der anvertrauten Geschäfte, 1190; — 6) Haftung für den Schaden, 1191; — 7) Vertheilung des Gewinnes, 1192 — 1195; — 8) Vertheilung des Verlustes, 1197; — 9) Rechnungslegung, 1198 — 1200; — Verhältnis gegen Nichtmitglieder, 1201 — 1204; — Auflösung der Gesellschaft, 1205 — 1214; — Theilung der gemeinschaftlichen Sache, 1215; — Anwendung auf Handlungsgesellschaften, 1216.

**Gemeinschaftliche Berechtigung oder Verbindlichkeit**, 383 — 390; — wenn mehrere Personen eine theilbare Sache jemanden zugleich versprechen oder von ihm annehmen; so wird sowohl die Forderung als die Schuld verhältnißmäßig getheilt, 388 u. 389; — anders verhält es sich bei einer untheilbaren Sache, 390. S. auch Correalität.

**Gemeinschaftliche Bestimmungen der Personen- und Sachrechte**; davon handelt der ganze dritte Theil. **Gemeinschaftliche Rechte in Beziehung auf das gemeinschaftliche Eigenthum und andre dingliche Rechte**; S. **Gemeinschaft des Eigenthums**; **Gemeinschaft der Güter**.

**Gemeinschaften**. S. **Gebirgen**.

**Genossenschaft**. S. **Gemeinden**.

**Genugthuung**, volle; unterscheidet sich von der Schadloshaltung; wann die eine oder die andere zu leisten, 1323 u. 1324.

**Genus**. S. **Gattung**.

**Gesellschaftseigenthum; gesellschaftliche Güter. S. Gemeinschaft des Eigenthumes. Gemeinschaft der Güter.**

**Gesellschaftsverträge im Rahmen eines Dritten zu errichten, fordert eine besondere Vollmacht, 1006; — zum Erwerb. S. Gemeinschaft der Güter.**

**Gesetz, bürgerliches.** Von bürgerlichen Gesetzen überhaupt handelt die Einleitung. Begriff des bürgerlichen Rechtes, 1; — Anfang der Wirksamkeit der Gesetze, 2. u. 3; — Umfang des Gesetzes, 4; — Gesetze wirken nicht zurück, 5; — Auslegung des Gesetzes, 6 — 8; — Dauer des Gesetzes, 9; — Andere Arten der Vorschriften, als: a) Gewohnheiten, 10; — b) Provinzial-Statuten, 11; — c) richterliche Ausprüche, 12; — d) Privilegien, 13. — Welche Personen unter einem besonderen Schutze der Gesetze stehen, 21; — nach welchen Gesetzen die persönliche Fähigkeit der Personen und ihre Rechtsgeschäfte zu beurtheilen, 34 — 37; — das Gesetz gibt in mehreren Fällen unmittelbar ein Recht zur Erwerbung des Besitzes, 317; — Eigenthumes, 424; — Pfandrechtes, 449; — Erbrechtes, 455; — und persönliche Sachenrechte, 559 u. 560. **S. Verjährung; Unterhalt; Pfandrecht, gesetzliches; Erbfolge, gesetzliche. S. auch Gesetzbuch.**

**Gesetzbuch, bürgerliches.** Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Julius 1811 kommt mit 1. Januar 1812 zur Anwendung. **S. Kundmachungs-Patent.** — Dadurch wird das gemeine Recht, der am 1. December 1786 Land gemachte erste Theil des bürgerlichen Gesetzbuches, das für Galizien Land gemachte bürgerliche Gesetzbuch sammt allen auf die Gegenstände dieses allgemeinen bürgerlichen

Rechts sich beziehenden Gesetzen und Gewohnheiten außer Rücksicht gesetzt, ebend. — Es hat auf die vorhergegangenen Handlungen und auf die nach den früheren Gesetzen bereits erworbenen Rechte keinen Einfluß, ebend. — Haupttheile derselben, 14.

Gefinde; dessen Rechtsverhältniß zu dem Dienstherrn wird in der besonders beschreibenden Dienstordnung bestimmt, 1172. S. Dienstpersonen.

Gefährdungs der Ehegatten macht über die Ungültigkeit der Ehe keinen Beweis, 99.

Gesundheit, gefährdete, ist ein Grund zur Scheidung, 109; — und antiken Nichtkatholischen auch zur Verthennung der Ehe, 115.

Gewährweise, aus welchen sind die Rechte des Ober- und Nuntiusordens zu beurtheilen, 1128.

Gewährleistung. Fälle derselben, 922—930; — Verdingung, 931; — Wirkung, 932; — Erlösung derselben, 933.

Gewahrfaß unterscheidet sich vom Besitze, 809.

Gewalt des Ehepartners, 91; — des Vaters. S. väterliche Gewalt; — der Mutter. S. Mutter; — Gewalt als Zwang betrachtet. S. Furcht. — Gewalt kann bei drohender Gefahr mit Gewalt abgewendet werden, 344; — der durch Gewalt erlangte Besitz ist ein unechter, 345.

Gewaltgeber; Gewaltthäter. S. Bevollmächtigung.

Gewerb, wann es die Staatsbürgerchaft begründe, 29; — Ein Gewerb kann der Vormund ohne gerichtliche Genehmigung für die Waisen weder anfangen, noch fortsetzen oder aufheben, 233; — durch die Gestattung des Fürsten von der Behörde nicht der Minderjährige für groß-

Ältern begreifen, 42; — ihre Pflicht für den Unterhalt der Enkel anshilfsweise zu tragen, 148; — und ein Heirathsgut zu bestellen, 1220; — oder eine Ausstattung, 1231; — geschliches Erbschaft derselben, 733 — 740.

**Großjährigkeit**, sie wird mit dem zehnjährigen oder zwanzigsten Jahre erlangt, 21; — mit ihr erlischt in der Regel die väterliche Gewalt und die Vormundschaft, 172 u. 231; — Großjährige, die für sich allein keine gültige Verblüthlichkeit eingehen können, bedürfen auch zur Ehe der Einwilligung ihres Vaters, 49. S. Nachsicht.

**Großmutter**, die väterliche, ist eine gesetzliche Vormünderin, 198; — erhält aber einen Mitvormund, 211.

S. Mitvormund; Großältern.

**Großvater**, er ist ein gesetzlicher Vormund des Enkels, 198. S. Großältern.

**Grundbücher**. S. Bücher; öffentliche.

**Grunddiensthbarkeiten**. S. Diensthbarkeit.

**Grundgerechtigkeiten** gehören zu dem unbeweglichen Vermögen, 298.

**Grundherren**. Die Rechte zwischen ihnen und den Untertanen sind aus der Verfassung jeder Provinz und den politischen Gesetzen zu entnehmen, 1448.

**Grundpfand**, worin es bestehe, 448. S. Pfandrecht und Pfandvertrag.

**Grundstücke**, Zugehör derselben, 295 u. 296; — Die Inhabung eines Grundstücks ohne Anstaltigkeit begründet nicht die Staatsbürgerschaft, 31.

**Gut**, unbewegliches, bewegliches. S. diese Wörter: Staats-, Privat-, öffentliches, Gemeindegut, 387 u. 388. — Vorschriften hierüber, 290. S. auch Bauland; Grundstücke.

**Gütergemeinschaft. S. Gemeinschaft des Eigenthumes; Gemeinschaft der Güter.** Unter Ehegatten setzt sie einen Vertrag voraus, und zugleich, wenn sie sich nur auf das gegenwärtige oder nur auf das künftige Vermögen bezieht, eine ordentliche Beschreibung; 1233; — Wirkung dieser Gemeinschaft indgemein, 1234 u. 1235; — insbesondere aber, wenn sie in die öffentlichen Bücher eingetragen ist; 1236.

**Gutsherren. S. Grundherren.**

**Gutsunterthanen. S. Grundherren.**

## H.

**Handels- und Wechselgeschäfte** werden nach den besonderen Handels- und Wechselgesetzen, in so fern sie von den Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches abweichen, beurtheilt. **S. Kundmachungs-Patent.**

**Handelsleute.** Den berechtigten Handelsleuten gebühren aus einem Handlungsgeschäfte sechs vom Hundert als gesetzliche Zinsen, 993; — ob ihre den Kunden ausgestellte neuere Quittung die Zahlung einer früher verfallenen Schuld vermuthen lasse, 1430; — Sie halten sich in Rücksicht der Anweisungen an die besonderen für sie bestehenden Vorschriften, 1410; — In wie fern sie für die von ihren Dienstpersonen geführten Geschäfte haften; 1027 — 1033. **S. Gewerbsmann.**

**Handfeste. S. Gewährsbriefe.**

**Handlung (mit Waaren)** begründet ohne Aufsässigkeit nicht die Staatsbürgerschaft; 31; — der Vormund kann für seinen Pupillen, ohne Genehmigung des Richters, weder eine Handlung anfangen noch fortsetzen, noch aufgeben,

- 233**; — Statt einer ordentlichen Rechnungslegung darüber kann er die Bilanz vorlegen, **239**; — Durch Gestattung des Betriebes einer Handlung wird der Minderjährige für volljährig erklärt, **252**.
- Handlungen**, Verträge, unbenannte, über dieselben, wornach sie überhaupt zu beurtheilen, **1173** u. **1174**; — unwillkürliche oder fremde, in wie fern sie zum Schadenersatz verpflichten, **1306** — **1310** u. **1313** — **1319**; — erlaubte, in wie fern sie der Gegenstand einer Bürgschaft, **1349**.
- Handlungsdiener**, Factor oder Lehrlinge, in wie fern er den Dienstherrn verbindet, **1027** — **1033**.
- Handlungsgesellschaft**. S. Gemeinschaft der Güter, und insbesondere, **1179**, **1203**, **1204**, **1207**, **1214** — **1216**.
- Handpfand**, was es sey, **448**. S. Pfand.
- Handwerk**. S. Gewerbe.
- Handzeichen**, wann es die Stelle der Unterschrift vertritt, **580** u. **886**.
- Hauptsache**. S. Zugehör; Zuwachs.
- Hauptstamm einer Gesellschaft**, **1182**; — wenn er gehöre, **1183** u. **1192**; — Beytrag zu demselben, **1184**; — Nachschuß, **1189**; — Vertheilung des Verlustes, **1197**; — der Substanz, **1215**. S. Gemeinschaft der Güter.
- Haus**, dessen Inhabung ohne Anfassigkeit gründet nicht die Staatsbürgerschaft, **31**; — Zugehör eines Hauses, **297**. S. Bau.
- Hausdienstbarkeiten**. S. Dienstbarkeiten.
- Hausgenossen**, besoldete, sind keine gältigen Zeugen der letzten Anordnung, **594**; — in wie fern man für das Verschulden der Hausgenossen verantwortlich, **1318**.

**Haushaltung**, in wie fern sie dem Manne und in wie fern sie der Frau zukomme, 91 u. 92; — wenn sie einem zwanzigjährigen Sohne von dem Vater verstattet wird, so kommt er aus der Gewalt, 174.

**Hausrath**, was darunter zu verstehen, 674; — **Hausgeräthe** eines Minderjährigen kann den Aeltern und Miterben um den gerichtlichen Schätzungspreis überlassen werden, 231.

**Hebamme** dient zur Erhebung des Unvermögens zur ehelichen Pflicht, 106.

**Hecken. S. Zäune.**

**Heimfall**. In wie fern ein Obereigenthümer das heimgefallene Gut an Andere zu überlassen verbunden sey, bestimmen die politischen Verordnungen, 1149. **S. auch Erblosigkeit.**

**Heimlich**; wer sich heimlich in den Besiz einschleicht, ist ein unechter Besizer, 345.

**Heirathsgut**. Begriff, 1218; — wie ein unbestimmt vermachttes Heirathsgut näher zu bestimmen, 669 — 671; — wird in den Pflicht- und gesetzlichen Erbtheil eingerechnet, 788 u. 790. **S. Ehe-Pacte.**

**Heirathsvertrag. S. Ehevertrag; Ehe-Pacte.**

**Hemmung der Verjährung**, wodurch sie geschehe, 1494 bis 1496.

**Herrenlose Sachen. S. Freystehende.**

**Herrschaft. S. Dienstgeber.**

**Hinderniß der Ehe. S. Ehehinderniß**; — der Ausübung der väterlichen Gewalt, 176. **S. Verhinderung.**

**Hinterlegung. S. Verwahrungsvertrag.** — Gerichtliche einer Schuld, wann und mit welcher Wirkung sie Statt finde, 1425.

**Hoffnungskauf**, wann der Kauf künftiger Erträgnisse für einen ordentlichen Kaufvertrag, und wann er für einen

**Geldanerkennung zu halten sey**, 1275 u. 1276. **Bogl. Kurz; Erbschaftskauf.**

**Geheimsrechte**, ob und in wie fern sie erlassen oder verjährt werden können, 1456, 1457, 1472 u. 1485.

**Holz**, das forstmäßig geschlagene, gehört dem Fruchtnießer, 511; — das Servitut-Recht des Holzschlages ist nach den Grundsätzen des Weiderechtes zu beurtheilen, 503.

**Holographum**. S. **Eigenhändig.**

**Honorarium**. S. **Belohnung.**

**Hülfe**, eigenmächtige, unterzieht der Verantwortlichkeit, 19.

**Hülfslos**. Ein Rotherbe, der den Erblasser im Nothstande hülfslos gelassen hat, kann enterbt werden, 768 u. 769.

**Hypothek**, worin sie bestehe, 448. S. **Pfandrecht.**

**Hypothekar-Forderungen**, in wie fern dem Nebennachmer derselben eine Entschädigung gebühre, 1398; — die Zinsen derjenigen, welche auf der dienstbaren Sache haften, muß der Fruchtnießer tragen, 512.

**Hypotheken-Bücher**. S. **Bücher**, öffentliche.

### I.

**Illata et invecta**. S. **Eingebrachtes.**

**Inbegriff von Sachen**. S. **Gesamtsache.**

**Indebitum**. Nichtschuld. S. **Zahlung.**

**Inhaber** unterscheidet sich von dem Besitzer, 309; — hat keinen Mittel zum Besitze, 318 u. 319; — wie der Inhaber gegen mehrere Besitzwerber sich verhalten kann, 348; — wie der Inhaber oder Besizer einer Sache in fremdem Rahmen sich gegen die Eigenthumsklagen schützen könne, 375. S. **Besitz.**



**Injurien**, thätliche, werden in drey, andere in Einem Jahre verjährt, 1490. S. Verletzungen.

**Inländer**. S. Staatsbürger; Staatsbürgerschaft.

**Inseln** können von den nächsten Uferbesitzern occupirt werden, 407 u. 408.

**Instrumente**. S. Urkunden; Rechtsbehelfe.

**Intabulation**. S. Einverleibung.

**Intercessio**. S. Verpflichtung.

**Interesse** begreift alles, was Anderen daran liegt, daß die Verbindlichkeit nicht gehörig erfüllt worden ist, 912; — dessen Ersatz, 913.

**Interessen**. S. Zinsen.

**Interpretation**. S. Auslegung.

**Intestat-Erbfolge**. S. Erbfolge, gesetzliche.

**Inventarium** (Inventur) heißt ein Verzeichniß aller zu einem Inbegriffe gehörigen Sachen, 223; — ist über das Pupillar-Vermögen zu errichten, 223—226; — wie auch über ein zur Fruchtnießung gegebenes Gut, 518; — bey Errichtung eines Fideicommisses, 627; — bey einer bedingten Erbserklärung, 802 u. 803; — wie auch auf Verlangen dessen, dem ein Pflichttheil gebührt, 804; — bey Schließung einer partiellen Gütergemeinschaft, 1178; — die in Bestand genommene Sache muß dem Inventarium gemäß zurück gestellt werden, 1109 u. 1110; — die Inventur schützt die Erben gegen die Verlassenschafts-Gläubiger und Legatäre, daß sie über die Kräfte des Erbvermögens nicht zu haften haben, 802, 820 u. 821.

**Irrthum**, wann er die Ehe ungültig mache, 57—59 und 95; — oder eine letzte Anordnung, 570—572; — oder einen Vertrag überhaupt, 870—876; — insbe-

sondere einen Vergleich, 1385; — die Forderung wegen eines bey einem Vertrage unterlaufenen Irrthums erlischt binnen drey Jahren, 1487. **S.** Zahlung einer Nichtschuld aus Irrthum.

### S.

**Jagd.** **S.** Thierfang.

**Jahr** ist nach dem Geseze ein Zeitraum von 365 Tagen, 902. **S.** Alter; Verjährung; Zeitraum.

**Juden** können mit Christen keine gältige Ehe eingehen, 64 u. 94. **S.** Nicht-Christen.

**Judenschaft.** Ausnahme derselben von dem gemeinen Eherechte, 123; — und zwar in Rücksicht der Ehehindernisse, 124 u. 125; — des Aufgebothes, 126; — der feyerlichen Erklärung und Trauung, 127 — 131; — der Scheidung, 132; — oder Trennung der Ehe, 133 bis 136. **S.** auch Religion.

**Jura merae facultatis** unterliegen nicht der Verjährung, 1459, 1481 u. 1482.

**Juwelen** der Pflegebefohlenen kommen in gerichtliche Verwahrung, 229; — was in der Regel unter Juwelen zu verstehen, 678. **S.** Schmuck.

### R.

**Ranten.** **S.** Spitze.

**Rasten.** **S.** Verhältniß.

**Katholische.** Zwischen katholischen Personen wird die Ehe nur durch den Tod aufgelöst, und eben so, wenn auch

nur Ein Theil zur Zeit der geschlossenen Ehe der katholischen Religion zugethan war, 111. **S. Nichtkatholisch.**  
**Kauf** im Rahmen eines Anderen fordert eine besondere Vollmacht, 1008; — Kauf bricht Miethe, 1120 u. 1121; — wann die Bestellung einer Arbeit für einen Kauf zu halten, 1158. Vergl. Hoffnungskauf; Erbschaftskauf; Kaufvertrag.

**Käufer**, besserer, wann die Bedingung eines besseren Käufers für eine aufschiebende oder auflösende zu halten, 1083 u. 1084; — Zeitraum zur Ausübung dieses Vorbehaltes, ebend.; — wer für einen besseren Käufer zu halten, und was im Falle der Auflösung des Vertrages zu leisten sey, 1085.

**Kaufgeld.** **S. Kauf.**

**Kaufmann.** **S. Handelsleute.**

**Kaufpreis.** **S. Preis.**

**Kaufvertrag** wird abgehandelt im 24. Hauptstück II. Th.

Begriff des Kaufvertrages, 1053; — Erfordernisse desselben, 1054; — der Kaufpreis muß a) in barem Gelde bestehen, 1055; — b) bestimmt, 1056, 1058; — und c) nicht gesegwidrig seyn, 1059 u. 1060; — Pflichten des Verkäufers, 1061; — und des Käufers, 1062 u. 1063; — Gefahr und Nutzen des Kaufgegenstandes, 1064; — Kauf einer gehofften Sache, 1065; — allgemeine Vorschrift, 1066; — Besondere Arten oder Nebenverträge eines Kaufvertrages, 1067; — Verkauf mit Vorbehalt des Wiederkaufes, 1068, 1070; — Kauf mit Vorbehalt des Rückverkaufes, 1071; — Vorbehalt des Vorkaufsrechtes, 1072, 1079; — Kauf auf die Probe, 1080 — 1082; — Verkauf mit Vorbehalt eines besseren Käufers, 1083—1085; — Ver-

Kauf-Auftrag, 1086 — 1088; — gerichtlicher Verkauf wird größtentheils nach der Gerichtsordnung beurtheilt, 1089; — wann die Bestellung einer Arbeit für einen Kauf zu halten, 1158. S. Glücksverträge.

Kerker. Die zum schwersten oder schweren Kerker Verurtheilten können während der Strafzeit keine gültige Ehe eingehen, 61; — und werden von einem Curator vertreten, 279.

Kinder, dem Alter nach (infantes) heißen die, welche das siebente Jahr noch nicht zurück gelegt haben, 21; — sie stehen unter besonderem Schutze der Gesetze, ebend.; — Ungeborne werden zu ihrem Vorthelle für geboren gehalten, 22; — und erhalten zu dem Ende einen Curator; 274; — Todtgeborne aber für nie empfangene, 22; — im Zweifel werden sie lebendig geboren zu seyn vermuthet, 23; — Kinder sind unfähig eine Sache in Besiz zu nehmen, 310; — ein Versprechen zu machen oder anzunehmen, 865; — in wie fern der von ihnen verursachte Schaden zu ersetzen sey, 1308 — 1310. S. Unmündige; Minderjährige.

Kinder (liberi) hierunter versteht man in der Regel alle Verwandte in der absteigenden Linie, 42; — Ausnahme, 681; — die Kinder eines Oesterreichischen Staatsbürgers erlangen durch die Geburt die Staatsbürgerschaft, 28; — Sie haben Anspruch auf einen Pflichttheil, 762; — Eheleute, welche dafür zu achten, 138, 160 u. 161; — über deren Rechte und Pflichten gegen die Aeltern. S. Aeltern; Vater; väterliche Gewalt. — Sie erlangen den Rahmen ihres Vaters, sein Wapen, die Familien- u. Standesrechte, 146; — Sie haben Anspruch auf ein Heirathsgut oder eine Ausstattung, 1220 — 1224, 1231; — Recht

der Kinder in Rücksicht der der Mutter von dem Vater zugestandenem Fruchtnießung des Vermögens, wenn sie selbe abtreten will oder sich wieder verehelicht, 1257; — in welchem Alter ihnen die Religions- und Standeswahl zukomme, 140 u. 148; — was sie erwerben, ist ihr Eigenthum, 149; — in welchen Fällen sie frey darüber verfügen oder sich verpflichten können, 151 u. 152; — sie sind ihre dürftigen Aeltern anständig zu erhalten verbunden, 154; — Bey Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft ist für sie vom Gerichte zu sorgen, 105 — 108 u. 117; — für jene, von denen es zweifelhaft, ob sie nicht aus der vorigen Ehe gezeugt worden, ist ein Curator zu bestellen, 121; — die Obsorge über fünf Kinder entschuldiget von der Vormundschaft und Curatel, 195, 281; — gesetzliches Erbrecht der ehelichen Kinder, 732 — 734; — in wie fern sie eine Schenkung der Aeltern bestreiten können, 951. — Ehelich erklärte. S. Legitimation. — Kinder, welche durch Hebung des Ehehindernisses, durch schulbloßes Unwissenheit eines Ehegatten, oder durch die nachfolgende Ehe legitimirt worden, genießen in der Regel gleiche Rechte mit den ehelichen, 160 u. 161; — eben so jene, welche auf Ansuchen der Aeltern zu dem Ende durch Begünstigung des Landesfürsten legitimirt worden sind, 162; — Erbrecht derselben, 752 u. 753. — Nachgeborne, in wie fern sie den letzten Willen entkräften, 779 u. 780; — nachgeborne Kinder des Geschenkgebers haben in der Regel kein Recht, die Schenkung zu widerrufen, 954; — Kinder, welche in die Pflege genommen werden. S. Pflegekinder. — Un-eheliche, welche dafür zu achten, 155 — 158; — sie haben nicht gleiche Rechte mit den ehelichen, 165 — 171; —

## LXXXVI

nur der Mann kann die eheliche Geburt des Kindes innerhalb drey Monathen bestreiten, 156; — oder die beeinträchtigten Erben, 159; — wie der Beweis zu führen, 157 u. 158; — sie haben den Geschlechtsnahmen der Mutter, 165; — und erhalten einen Vormund, 166; — haben das Recht, von ihren Aeltern und deren Erben eine angemessene Verpflegung, Erziehung und Versorgung zu fordern, 166 — 171; — sie bedürfen zu ihrem Fortkommen keiner Legitimation, 162; — wer für den Vater eines unehelichen Kindes zu halten, 163 u. 164; — gesetzliches Erbrecht der unehelichen Kinder, 754. **S. Legitimation.** — Kinder aus einer vermeintlich gültigen Ehe, in wie fern ihnen gleiche Rechte mit den ehelichen zukommen, 160; — gesetzliches Erbrecht der legitimirten Kinder, 752 u. 753; — der Wahlkinder, 755; — Recht der Kinder, wenn ihnen durch einen Leibrentenvertrag der Aeltern der Unterhalt entzogen wird, 1286; — zwischen Aeltern und Kindern läuft während der älterlichen Gewalt keine Verjährung, 1495; — die Kinder des Erben oder Legatars sind keine gültigen Zeugen des Nachlasses, 594.

**Kindes Statt Annehmung. S. Annehmung an Kindes Statt.**

**Kindesrechte** sind kein Gegenstand der Erfügung oder Verjährung, 1458, 1481, 1495. **S. Kinder.**

**Kirchengüter;** gegen die Verwalter derselben läuft nur die außerordentliche Verjährungszeit, 1472, 1485.

**Klage,** die zugestellte, macht den redlichen Besizer zu einem unredlichen, 338; — unterbricht die Verjährung, 1497; — die zuständigen Klagen aus dem Personen-Rechte müssen aus den verschiedenen Arten des letzteren

entnommen werden. Insbesondere aus dem Eherechte, aus den Rechten zwischen Aeltern und Kindern, dann den Vormündern oder Curatoren und den Pflegebefohlenen; — die dinglichen Klagen vermöge eines Sachenrechtes aus dem Besitze; 339 — 347, 372; — aus dem Eigenthumsrechte, 366 — 379; — aus dem Pfandrechte, 461 — 466; — Servituts-Verhältnisse, 523; — Erbrechte, 823; — die persönlichen aus dem Geseze, aus den verschiedenen Arten der Verträge und dem Rechte des Schadenersatzes.

**Klostergeistliche.** S. Ordenspersonen.

**Körper.** S. Gesellschaften; Gemeinden und Verletzung, Körperliche.

**Körperliche Sachen,** 222.

**Kost,** was darunter zu verstehen, 672 u. 673.

**Kostbarkeiten** der Pflegebefohlenen kommen in gerichtliche Verwahrung, 229.

**Kosten.** S. Aufwand; auch Begräbniskosten; Erziehung.

**Krankheit,** eine ansteckende, ist ein Grund die Einwilligung des Vertreters zur Ehe zu versagen, 53; — eines Stuch Viehes, wann sie die Gewährleistung gründe, 924—927.

**Krankungen,** schwere, sind ein Grund zur Scheidung, 109.

**Kreisamt.** Hierzu oder zur Landesstelle gehört die Beschwerde über die verweigerte Trauung, 79; — wann es die Rücksicht des Aufgebothes ertheilen könne, 85 u. 86; — von demselben haben die Juden die Bewilligung zur Ehe zu erwirken, 124.

**Krieg,** wann die schwere Verwundung in demselben den Tod des Vermissten vermuthen lasse, 24; — Einfluß desselben auf die Verjährung, 1496.

## LXXXVIII

**Kriegsschäden.** Deren Vertheilung wird nach besonderen Vorschriften von den politischen Behörden bestimmt, 1044.

**Kriegsunfall** gibt Anspruch auf Erlassung des Bestandzinses, 1104 — 1106, 1133 u. 1134.

**Kundmachung** dieses allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches mittelst des demselben vorgesezten Patentes. Ein Gesetz verbindet in der Regel gleich nach der Kundmachung, 2 u. 3. S. Edict.

**Kundgemachte** Mitglieder einer Handlungs-Gesellschaft, in wie fern sie haften, 1204; — Die Auflösung einer Handlungs-Gesellschaft ist so wie deren Errichtung kund zu machen, 1214.

**Künftig.** Ob künftige Erträgnisse der Gegenstand eines Kauf- oder Glücksvertrages seyn, 1275 u. 1276. S. Verabredung eines künftigen Vertrages.

**Kunst.** Wer sich öffentlich zu einer Kunst bekennt, die besonderen Kunstfleiß fordert, muß den Mangel desselben vertreten, 1299.

**Künstler,** gedungene, werden nach den Vorschriften vom Lohnvertrage beurtheilt, 1163.

**Kunstverständiger.** S. Kunst; Sachverständiger.

**Kupferstich-Verlag.** S. Dienstleistungen.

**Kur;** der Kauf desselben ist ein Glücksvertrag, 1277.

## L.

**Lade.** S. Behältniß.

**Ladendiener.** S. Handlungsdiener.

**Laesio enormis.** S. Verkürzung.

**Landesabgaben.** S. Abgaben.



**Landesfürst.** S. Oberhaupt des Staates; Legitimation; Annehmung an Kindes Statt; Fideicommiß.

**Landesgesetze.** S. Statuten.

**Landesherr,** in wie fern sein Vermögen als ein Privat-Gut zu betrachten, 289.

**Landesstelle.** Zu ihrem Wirkungskreise gehört die Bewilligung, eine Ehe mittelst eines Stellvertreters zu schließen, 76; — die Beschwerde über verweigerzte Trauung, 79; — die Rücksicht von Ehehindernissen, 83—87; — die Bestätigung der Annahme an Kindes Statt, 181; — ihr ist die Entdeckung eines Schazes anzuzeigen, 398.

**Landesverfassung.** Darauf ist Rücksicht zu nehmen bey Veränderungsgebühren, 1142; — und Bestimmung der Verhältnisse zwischen Gutsbesitzern und Unterthanen, 1146.

**Landgut,** dessen Inhabung oder zeitliche Benützung gibt nicht die Staatsbürgerschaft, 31. S. Grundstücke.

**Landmann.** S. Bauer.

**Landkarten-Verlag.** S. Dienstleistungen.

**Landrecht.** In demselben gehört die Verhandlung über die Ungültigerklärung oder Trennung einer Ehe, 97 — 102, 112—115, 134 u. 135.

**Landtafel.** S. Bücher, öffentliche; Einverleibung; Vormerkung.

**Lasten,** eingetragene, müssen von dem Uebernehmer des Gutes getragen werden, 443; — die einem Erben auferlegten gehen in der Regel auch auf die Miterben und Nacherben über, 563, 606; — müssen von dem Fruchtnießer und Fideicommiß-Inhaber getragen werden, 512, 631; — wann die Verheimlichung oder Verlängnung derselben die Gewährleistung nach sich ziehe, 923.

**Lastige Verträge.** S. Zweiseitig verbindliche.

**Lastrecht.** S. Dienstbarkeiten.

**Lastthiere**, wann deren Erkrankung oder Tod die Gewährleistung gründe, 925, f. f.

**Laudemien.** S. Veränderungsgebühren.

**Längnen**, wer den Besitz einer Sache vor Gericht ablängnet, muß den Besitz abtreten, 376.

**Leben**, dessen Gefährdung ist ein Grund zur Ehescheidung, 109; — und bey Nichtkatholischen zur Trennung, 115 und 116. S. auch Verlesung; Leibrente; Todeserklärung.

**Lebensdauer.** Eine jährliche Entrichtung auf die Lebensdauer ist der Gegenstand einer Leibrente, 1284.

**Lebenswandel**, unordentlicher, ist ein Grund, die Einwilligung des Vertreters zur Ehe zu versagen, 53; — wann er ein Grund zur Scheidung, 109; — oder zur Enterbung, 768 u. 769.

**Legat; Legatar; Legiren.** S. Vermächtniß.

**Legitima.** S. Pflichttheil.

**Legitimation** unehelicher Kinder durch Hebung des Ehehindernisses oder die schulblose Unwissenheit, 160; — durch die nachfolgende Ehe der Aeltern, 161; — durch Begünstigung des Landesfürsten, 162; — in wie fern sie eine gründliche Erbfolge begründe, 752 u. 753, 756.  
S. Kinder.

**Lehen.** Davon wird in dem besonders bestehenden Lehenrechte gehandelt, 359.

**Lehenwaare.** S. Veränderungsgebühren.

**Lehrjunge**, in wie fern er den Dienstherrn verbinde, 1027 bis 1033.

**Leibesgebrecen.** S. Gebrecen.

**Leibeigenschaft** wird in diesen Ländern nicht gestattet, 16.  
**Leibgeding**, d. i. die Fruchtnießung des Ehegatten auf den  
 Todesfall. S. Ehe-Pacte.

**Leibrente**. Begriff, 1284; — Dauer derselben, 1285; —  
 ob der Leibrentenvertrag von den Gläubigern oder Kin-  
 dern bestritten werden könne, 1286.

**Leibwäsche**. S. Wäsche.

**Leihen** in Geld oder anderen verbrauchbaren Sachen. S.  
 Darleihen.

**Leihvertrag** kommt vor im 20. Hauptstück II. Th. Begriff  
 des Leihvertrages, 971; — Rechte und Pflichten des  
 Entlehners: 1) in Rücksicht des Gebrauches, 972; —  
 2) der Zurückstellung, 973 — 977; — 3) der Beschä-  
 digung, 978 — 980; — 4) in Rücksicht der Erhaltungss-  
 kosten, 981; — Beschränkung der wechselseitigen Klagen,  
 982; — wie der Verwahrungsvertrag in einen Leih-  
 vertrag übergehe, 959; — eine entlehnte Sache ist kein  
 Gegenstand der Compensation, 1440; — sie kann we-  
 der von dem Entlehner, noch dessen Erben erseßen wer-  
 den, 1462.

**Leistung**. Die Möglichkeit derselben ist ein wesentliches Er-  
 forderniß eines gültigen Vertrages, 878.

**Letzter Wille**. S. Erklärung des letzten Willens.

**Lichtrecht**. S. Dienstbarkeiten.

**Lieferanten**, auf sie sind die Vorschriften über Dienstlei-  
 stungen anzuwenden, 1163. S. Dienstleistungen.

**Linien** der Verwandtschaft und Schwägerschaft, 41; —  
 der gesetzlichen Erbfolge, 730 u. f. f.; — Rücksicht auf  
 dieselbe bey der Erbfolge in Familien-Fideicommissen. S.  
 Fideicommiß.

**Liquid**. S. Richtig.

## XCI

**List**, der dadurch erschlissene Besitz ist unecht, 345; —  
listiges Vorgeben der Fähigkeit zur Schließung eines  
Vertrages verbindet zur Genugthnung, 366; — und  
eben so listiger Gebrauch undeutlicher Ausdrücke oder  
Scheinhandlungen, 369. **S. Betrug**. — Wer durch List  
einen Vertrag bewirkt, oder durch unmögliche Zusagen  
täuscht, leistet für die nachtheiligen Folgen Genugthnung,  
374, 378.

**Litis denunciatio**. **S. Gewährleistung**.

**Locatio, conductio operarum vel operis**. **S. Dienst-**  
**leistungen**.

**Locatio, conductio rei**. **S. Bestandvertrag**.

**Lohn**, gegebener, in Rücksicht einer unmöglichen oder uner-  
laubten Handlung, ob er zurück gefordert werden könne,  
1174. **S. Belohnung**.

**Lohnvertrag**. **S. Dienstleistungen**.

**Los** ist ein Mittel, Streitigkeiten bey Theilungen vorzu-  
beugen, 335, 341; — nach welchen Regeln es zu be-  
urtheilen, 1273.

**Lösungsgeräthe** sind ein Zugehör des Gebäudes, 297.

**Lösung** aus den öffentlichen Büchern hebt den Besitz auf,  
350; — ist zur Erlösung der einverleibten Rechte noth-  
wendig, 444, 469, 526, 1446, 1499 u. 1500.

**Lotterie**. **S. Staats-Lotterien**.

**Lucrum cessans**. **S. Entgang**.

**Luftraum**, der über einem Gebäude befindliche, ist ein Zu-  
gehör desselben, 297; — die über demselben hängenden  
Neste können abgeschnitten oder benutzt werden, 422.

## M.

**Machtgeber; Machthaber**. **S. Bevollmächtigung**.

**Käufler**, in wie weit für sie bey Darlehnungen Vorthelle bedungen werden dürfen, 996; — welchen Lohn sie sich selbst bedingen dürfen, und wie sie bey einer Theilnahme am Bucher zu bestrafen, bestimmt das Buchergesetz, 1000.

**Kajorat**. Begriff desselben und Vermuthung vor dem Seniorate, 620 u. 919.

**Kajorennität**. S. Volljährigkeit.

**Mandatum**. S. Bevollmächtigung.

**Mängel einer Sache**, in wie fern sie die Gewährleistung begründen, 923—932; — oder den Rücktritt von dem Lohnvertrage, 1153. S. Gebrechen.

**Marktpreis**, darunter wird der mittlere der Zeit und des Ortes, wann und wo der Vertrag geschlossen worden, verstanden, 1058.

**Markungen**. S. Gränzen.

**Maß**, dasselbe wird nach dem Orte der Uebergabe bestimmt, 905. S. Uebergabe. — Maß der Schenkungen, 944, 947, 950—954.

**Materialien**, die nur zur Ausbesserung einer fremden Sache verwendet werden, fallen dem Eigenthümer der Hauptsache zu, 416; — zum Baue. S. Bau. S. auch Stoff.

**Mauern der Benachbarten**, in wie fern sie gemeinschaftlich seyn, 854—858.

**Meliorationen**. S. Aufwand, nützlicher.

**Meubeln**. S. Mobilien.

**Miethe** ist eine Art des Bestandvertrages. S. Bestandvertrag. — Miethe über Verfertigung eines Werkes oder Dienstleistung. S. dieses Wort.

**Miethgeld**. S. Zins.

**Mieth- und Pachtpreis**. S. Zins.

## XCIV

**Militär-Personen** können nur mit Einwilligung ihrer Vorgesetzten sich verhebelichen, 54, 95; — wirklich dienende können eine Vormundschaft oder Curatel ablehnen, 195, 281.

**Militär-Stand.** Für denselben und die zum Militär-Körper gehörigen Personen bestehen außer dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche noch besondere, auf das Privat-Recht sich beziehende, zu beobachtende Vorschriften.  
**Kundmachungs-Patent.**

**Militär-Testamente;** die Begünstigung derselben ist in den Militär-Gesetzen enthalten, 600.

**Minderjährige** heißen die, welche das vier und zwanzigste Jahr ihres Lebens noch nicht zurück gelegt haben. Sie stehen unter dem besonderen Schutze der Gesetze, 21; — sie bedürfen zur Ehe die Einwilligung ihrer Vertreter, und nach Umständen auch jener des Gerichtes, 49—53, 95 u. 96; — in wie fern ein minderjähriger Ehegatte zur Scheidung der Einwilligung seines Vertreters bedürfe, 106; — Minderjährige Kinder können über das, was sie durch Fleiß außer der Verpflegung der Aeltern erwerben, frey verfügen, 151; — in wie fern eine minderjährige Tochter durch die Verhebelichung unter die Gewalt des Mannes komme, 175; — Minderjährige stehen unter der Gewalt des Vaters. S. väterliche Gewalt; — oder unter der Vormundschaft, 187. S. Vormundschaft. — Sie sind unfähig zur Vormundschaft und Curatel, 191, 281; — können sich nicht selbst gerichtlich vertreten, 243; — können zwar ohne vormundschaftliche Einwilligung erwerben, aber nicht veräußern oder sich verbinden, 244; — Ausnahmen, 246 — 248; — sie werden durch Rücksicht des Alters oder Antritt eines

Handels oder Gewerbes für großjährig erklärt, 252; — die Erklärung der Großjährigkeit kann aus gerechten Ursachen auf eine längere Zeit hinaus gesetzt werden, 251; — Fälle, in welchen dem Minderjährigen außer dem Vormunde auch noch ein Curator bestellt wird, 271 u. 272; — in wie fern Minderjährige zu testiren fähig seyn, 569; — oder zur Zeugenschaft bey letzten Anordnungen, 591, 597; — in wie fern sie einen Vertrag schließen können, 865 u. 866; — ihre Begünstigung in Rücksicht der Verjährung, 1494 u. 1495. S. Pflegebefohlene; Vormundschafft.

**Mißbrauch** der väterlichen oder vormundschafftlichen Gewalt berechtigt zur Beschwerde, 178, 217.

**Mißhandlungen**, schwere, sind ein Grund zur Scheidung, 109; — und bey nicht katholischen christlichen Religions-Verwandten auch zur Trennung der Ehe, 115 u. 116. S. auch Verletzung.

**Mißwachs**, in wie weit er Anspruch auf Erlassung des Bestandzinses gebe, 1104, 1108.

**Mitberechtigte**. S. Gemeinschaftlich.

**Mitbürgen** haften Alle für Einen, und Einer für Alle, 1359; — die Entlassung eines Mitbürgen kommt diesem gegen die übrigen Mitbürgen nicht zu Statten, 1363.

**Miteigenthum**. S. Eigenthum.

**Miterben** kann das Hausgeräth des Waisen um den Schätzungspreis überlassen werden, 231; — Theilung der Erbschaft unter dieselben, 555 — 559; — Zuwachs unter ihnen, 560 — 563; — in wie fern sie für die Erbschaftslasten haften, 550, 820 u. 821; — Die Nachfolge des Schuldners in die Verlassenschaft seines Gläubigers ändert in ihren Rechten nichts, 1445.

## XCVI

**Mitgabe. S. Heirathsgut.**

**Mitgenossen bey einer Gemeinschaft der Güter. Ueber ihre Rechte. S. Gemeinschaft.**

**Mitgift. S. Heirathsgut.**

**Mitgläubiger, wie ihr Recht beschaffen, wenn die Sache theilbar, und wie, wenn sie untheilbar ist, 388, 390. S. auch Correalität.**

**Mitglieder bey einer Gemeinschaft der Güter. Ueber ihre Rechte. S. Gemeinschaft. — Rechte der Mitglieder einer Gesellschaft überhaupt, 26; — Mitglieder eines geistlichen Ordens. S. Ordenspersonen.**

**Mitschuldige, in wie fern sie zum Schadenersatz verbunden seyn, 1301—1304.**

**Mitschuldner, wie sie zahlen müssen, wenn die Sache theilbar, und wie, wenn sie untheilbar ist, 388, 390. S. auch Correalität. — Verpflichtung als Mitschuldner, ihre Wirkung, 1347.**

**Mitvormund, welcher der Mutter oder Großmutter bezeugen wird, 211; — Pflichten und Rechte desselben, 212—215, 255; — er ist, wenn die Vormünderin austritt, in der Regel als Vormund zu bestellen, 215.**

**Mobilar-Vermögen. S. Sachen, bewegliche.**

**Mobilien (Meubeln), was darunter zu verstehen, 674.**

**Modus. S. Auftrag.**

**Möglichkeit. Wenn die Erfüllung einer Verbindlichkeit nach Möglichkeit oder Thunlichkeit versprochen worden, bestimmt der Richter den Zeitpunkt nach Billigkeit, 904.**

**Monath ist nach dem Gesetze ein Zeitraum von 30 Tagen, 902.**

**Mönch. S. Ordenspersonen.**



**Mora.** S. Verzögerung.

**Mord** des Ehegatten, in wie fern er die Ehe mit dem andern Ehegatten verhindere, 68, 94. S. auch Tödtung.  
**Morgengabe**, Begriff, 1232; — Vermuthung ihrer Entrichtung, ebend.

**Mühlen** hindernde Werke dürfen nicht eigenmächtig angelegt werden, 413.

**Muhme**, mit derselben kann keine gültige Ehe geschlossen werden, 65.

**Mündel.** S. Minderjährige.

**Mündigkeit** wird nach zurück gelegtem vierzehnten Jahre erreicht, 21; — In wie weit den Mündigen eine Staudeswahl zustehet, 148; — Ein mündiges Kind kann über die durch Fleiß erworbenen oder ihm zum Gebrauche anvertrauten Sachen frey verfügen, 151, 246.

**Mündlich.** Letzte Willenserklärungen und Verträge können mündlich oder schriftlich errichtet werden, 577, 883; — Ob mündliche Verabredungen zu einer vorgeblichen Abänderung oder Ergänzung einer schriftlichen Urkunde dienen können, 887.

**Münze.** Darleihen in klingender Münze überhaupt, 986.

**Münzsorten**, dieselben werden nach dem Orte der Uebergabe bestimmt, 905. S. Uebergabe. — Darleihen in bestimmten Münzsorten, wie es zurück zu zahlen, 987 bis 989.

**Muthwille.** Wenn jemand den Andern aus Muthwillen am Vermögen beschädiget hat, so ist der außerordentliche Preis zu ersetzen, 1331.

**Mutter ehelicher Kinder.** Sie sorgt vorzüglich für die Pflege des Körpers und die Gesundheit der Kinder, 141; — nach geschiedener oder aufgelöster Ehe auch für die Erzieh-

hung der Kinder männlichen Geschlechtes bis zum fünften, des weiblichen bis zum achten Jahre des Kindesalters, 142; — und, wenn der Vater stirbt oder mittellos ist, für den Unterhalt und die Erziehung, 143. S. auch **Ältern und Kinder**. — Ein von ihr begangener Ehebruch oder ihre Behauptung, daß das Kind unehelich sey, macht darüber noch keinen Beweis, 158; — die Mutter kann zwar keinen Vormund, aber einen Curator des von ihr dem Kinde hinterlassenen Vermögens bestellen, 197; — Sie ist eine gesetzliche Vormünderin, 198; — muß nicht angelohnet, 205 u. 206; — erhält aber einen Mitvormund, 211. S. **Mitvormund**; — und muß ihre Wiederverehelichung wegen Fortsetzung der Vormundschaft dem Gerichte anzeigen, 255; — Sie kann die Abtretung der Vormundschaft verlangen, 259; — In Ermangelung des Vaters ist ihre Einwilligung zur Adoption des minderjährigen Kindes nothwendig, 181; — Mutter unehelicher Kinder; ihr Angeben des unehelichen Vaters macht noch keinen Beweis, 164; — sie theilt dem Kinde ihren Geschlechtsnamen mit, 165; — ihr steht vorzüglich die Erziehung, und im Abgange des Vaters die Verpflegung des Kindes zu, 167—171. S. auch **Ältern; Kinder und Wahlmutter**.  
**Mutuum**. S. **Darlehensvertrag**.

**N.**

**Nachbarn**. Rechte derselben zur Erneuerung der Gränzen, und aus der vermutheten Gemeinschaft, 350—353.  
**Nachdruck eines Werkes**; hierüber bestehen politische **Schriften**, 1171.

**Racherben**, von diesen handelt das 10. Hauptst. II. Th.

Gemeine Substitution, 604—607; — Fideicommissarische, 608; — in wie fern die Aeltern ihren Kindern substituiren dürfen, 609; — stillschweigende fideicommissarische Substitution, 610; — Einschränkung derselben, 611 u. 612; — Rechte der Erben bey einer fideicommissarischen Substitution, 613; — Auslegung einer Substitution, 614; — Erlöschungsarten der gemeinen und fideicommissarischen Substitution, 615—617; — Ob eine Bedingung auch auf den Racherben oder Nachberufenen auszudehnen sey, 702. S. Fideicommiss.

**Nachfolger**, in wie fern er die Verjährung anfangen oder die von dem Vorfahrer angefangene fortsetzen könne, 1463, 1467, 1493. S. Erbe.

**Nachgeborne Kinder**, ob sie zum Widerruf einer Schenkung berechtigt, 954. — Ihr Recht im Falle einer Uebergang im letzten Willen, 778—780. S. Kinder.

**Nachkommenschaft**, sie erhält zum Schutze der für sie bestimmten Rechte einen Curator, 274. S. Fideicommiss.

**Nachlaß**. S. Verlassenschaft; Erbschaft; Vermächtniß; Zins; Entsagung.

**Nachlässigkeit**. S. Versehen.

**Nachschuldner** ist der Bürge in Rücksicht des ersten Schuldners als Hauptschuldners, 1346.

**Nachsicht von Ehehindernissen**, wie sie anzusuchen und zu ertheilen, 83—87; — Wirkung derselben, 88; — zur Schließung einer neuen Ehe vor dem gesetzlichen Zeitraume, 120; — des minderjährigen Alters, wann, wie und mit welcher Wirkung sie ertheilt werden könne, 252.

**Nachstellungen**, dem Leben oder der Gesundheit des Ehegatten gefährliche, sind ein Grund zur Scheidung, 109; —

und bey nichtkatholischen christlichen Religions-Verwandten zur Trennung der Ehe, 115 und 116.

**Rahmen**; die Frau führt den Rahmen des Ehemannes, 92; — die ehelichen Kinder den Rahmen des Vaters, 146; — die unehelichen den Geschlechtsnahmen der Mutter, 165; — die Wahlkinder den Rahmen des Wahlvaters oder den Geschlechtsnahmen der Wahlmutter, 182.  
**Rahmensunterfertiger**, ein fremder, in wie fern er zulässig, 580, 886.

**Rahrung**. S. Unterhalt.

**Natur-Producte** sind ein Zuwachs, 405.

**Nebenbestimmungen** bey Verträgen, 897—913.

**Nebengebühren**, worin sie bestehen, und in wie weit sie gefordert werden können, 912 u. 913.

**Nebengeschäft**, schädliches, einer Gesellschaft darf von dem Mitgliede nicht unternommen werden, 1186.

**Nebensachen**. Begriff derselben, 294; — sie sind ein Zugehör, ebend. S. Nebengebühren.

**Nebenverbindlichkeiten** aus Verträgen. S. Nebengebühren.

**Nebenverträge** eines Kaufvertrages, 1067; — widerrechtliche eines Pfandvertrages, 1371 u. 1372.

**Negotiorum gestio**. S. Geschäftsführung.

**Neuerungsvertrag**. Begriff und Wirkung desselben, 1377 u. 1378; — Nebenbestimmungen ohne Neuerung, 1379; — Ein Correal-Schuldner kann durch Eingehung lastigerer Bedingungen den übrigen keinen Nachtheil ziehen, 894.

**Nicht-Christen** dürfen mit Christen keine Ehe schließen, 64, 94; — können den letzten Willen eines Christen nicht bezeugen, 593.

**Nichterfüllung** des Vertrages berechtigt den anderen Theil noch nicht zur Aufhebung desselben, 919.

**Nichtgebrauch** eines Rechtes hebt in der Regel den Besitz desselben nicht auf, 351.

**Nichtkatholisch.** Ort des Aufgebotes nichtkatholischer christlicher Religions-Genossen, 71; — Zulässige Beziehung des Pastors zur Trauung mit einer katholischen Person, 77; — Ursachen der Ehetrennungen bey Nichtkatholischen und ihre Wirkung, 115 — 122. S. Religion; Judenth. d.

**Nichtschuld.** S. Zahlung.

**Nießbrauch.** S. Fruchtnießung.

**Nonnen.** S. Ordens-Personen.

**Notherben,** welche Personen zu denselben gehören, 762 bis 764. S. Pflichttheil; — gegen einen Erbvertrag bleiben ihnen ihre Rechte vorbehalten, 1254.

**Nothfall.** S. Geschäftsführung.

**Nothstand.** S. Hülflos.

**Nothwehr,** die Ueberschreitung derselben macht verantwortlich, 19.

**Novation.** S. Neuerungsvertrag.

**Novi operis nunciatio.** S. Bau.

**Nullität.** S. Ungültigkeit.

**Nußnießung.** S. Fruchtnießung.

**Nußungen.** Rechte und Pflichten des redlichen und unredlichen Besitzers in Rücksicht derselben, 330 — 336; — des Gebrauchsberechtigten, 504 — 508; — und des Fruchtnießers, 509 — 512; — wenn sie vor der Uebergabe bey einem Tausche oder Kaufe gebühren, 1050, 1064; — Im Falle der Zurückstellung aus dem Wiederkaufe, Rückverkauf, oder Vorbehalte eines besseren

Käufers heben sie sich gegen die Finsen des Kaufpreises auf, 1068, 1071, 1085; — In wie fern sie dem Vermächtnisnehmer zustehen, 686; — wie sie bei einer gemeinschaftlichen Sache zu theilen, 839 u. 840; — Rungen, künftige, für einen Preis bedungen, ob sie der Gegenstand eines Kaufs oder Uebervortrages seyn, 1275 u. 1276. S. Früchte.

Ruhungseigenthum steht dem Inhaber eines Fideicommisses zu, 629. S. Eigenthum; Bestandvertrag. Ruhungsrecht. S. Eigenthum; Gebrauchrecht; Wohnung; Fruchtnießung; Leihvertrag; Bestandvertrag.

## D.

Obereigenthum. S. Eigenthum; Bestandvertrag. —

Das Obereigenthum eines Fideicommisses steht dem Inhaber und den Anwärtern desselben zu, 629.

Oberfläche, Recht darauf. S. Bodenzins.

Obergericht. Durch dieses ist die Bewilligung zur Todeserklärung eines Ehegatten, um sich wieder zu verheirathen, der höchsten Schlußfassung zu unterliegen, 114; — An dasselbe geht der Recurs wider eine Verfügung des unteren Gerichtes, 268.

Oberhaupt des Staates. Die auf dessen Privat-Eigenthum oder auf die in dem bürgerlichen Rechte gegründeten Erwerbungsarten sich beziehenden Rechtsgeschäfte sind von der Gerichtsbehörde zu beurtheilen, 20; — Ob und in wie fern die demselben zustehenden Rechte erloschen oder verjährt werden können, 1456 u. 1457, 1472, 1485.

**Obervormund; Obervormundschaft. S. Vormund-**  
**schaft; vormundtschaftliches Gericht.**

**Oblatio dehati. S. Hinterlegung.**

**Obligationen, öffentliche, sind ein Gegenstand des Geld-**  
**darlehens 985; — wie ein solches Darlehen zu zahlen,**  
**990. S. Schulbverschreibungen.**

**Obrigkeiten, politische, müssen die gerichtliche Anzeige zur**  
**erforderlichen Bestellung eines Vormundes oder Curators**  
**machen, 189. S. Ortsobrigkeit.**

**Obforge über fünf Kinder entschuldiget von einer Vor-**  
**mundschaft, 195; — die Vernachlässigung einer pflicht-**  
**mäßigen Obforge verbindet zum Ersatze des daraus ent-**  
**sprungenen Schadens, 1809. S. Verwahrungsver-**  
**trag.**

**Occupation. S. Zueignung.**

**Ortel, (Oheim), mit demselben kann keine gültige Ehe**  
**geschlossen werden, 65.**

**Ordens-Personen, in wie fern sie keine gültige Ehe einge-**  
**hen können, 63, 94; — sind von der Uebernehmung**  
**einer Vormundschaft oder Curatel ausgeschlossen, 193,**  
**281; — in wie fern sie zu erklären unfähig, 573; —**  
**oder zur Zeugenschaft bey letzten Anordnungen, 591 bis**  
**597.**

**Ort. Die Behrädung desselben in einem letzten Willen ist**  
**nicht wesentlich, 578; — der Erfüllung eines Vertrags**  
**oder einer anderen Verbindlichkeit. Vorschriften hier-**  
**über, 902, 905, 919, 1420. S. Zahlung.**

**Ortsobrigkeit kann bey bestätigter naher Todesgefahr das**  
**Aufgeboth erlassen, 86; — hat die Todenehen zu ver-**  
**hindern, 126; — ihr Amt im Falle eines Todes,**  
**389—394.**

Pachtungen können von dem Vormunde nicht eigenmächtig abgeschlossen werden, 233.

Pachtvertrag ist eine Art des Bestandvertrages. S. Bestandvertrag.

Papiergeld, wie ein Darlehen in demselben zu zahlen, bestimmen besondere Vorschriften, 926. S. auch Credits-Papiere.

Partial-Zahlungen. S. Abschlagszahlungen.

Pauliana actio. S. Gläubiger.

Pausch und Bogen; ob bey einer solchen Veräußerung die Gewährleistung Statt finde, 920; — in wie fern bey derselben der Unternehmer die Gefahr trage, 1049, 1064; — bey einer Pachtung in Pausch und Bogen übernimmt der Pächter alle Lasten außer den Hypothekarlasten, 1099; — Kauf einer Erbschaft in Pausch und Bogen. S. Erbschaftskauf.

Parlen. S. Juwelen.

Person. Jeder Mensch im Staate ist als eine Person zu betrachten, 16; — Ein Irrthum in der Person macht die Ehe ungültig, 57; — in wie fern eine Anordnung des letzten Willens, 570 u. 571; — oder einen Vertrag überhaupt, 873 — 875; — Moralische. Die einer moralischen Person verliehene Dienstbarkeit dauert solange, als diese Person besteht, 529. S. Personen-Rechte, Gesellschaft; Gemeinden.

Personen-Rechte, 307; — davon handelt das 1. Hauptst. I. Zhl. Sie beziehen sich theils auf persönliche Eigenschaften und Verhältnisse, theils gründen sie sich in dem Familien-Verhältnisse, 15; — I. Personen-Rechte aus



dem allgemeinen Charakter der Persönlichkeit. Angeborne Rechte, 16; — Rechtliche Vermuthung derselben, 17; — Fähigkeit zu ererblichen Rechten, 18; — Verfolgung der Rechte, 19 u. 20; — II. Personen-Rechte aus der besondern persönlichen Eigenschaft des Alters oder mangelnden Verstandesgebrauches, 21—23; — III. aus dem Verhältnisse der Abwesenheit, 24 u. 25; — IV. einer moralischen Person, 26 u. 27; — V. aus dem Verhältnisse der Staatsbürgerschaft, 28; — Wie die Staatsbürgerschaft erworben werde, 29—31; — wie sie verloren werde, 32; — Rechte der Fremden, 33 bis 38. S. Fremde. — VI. Personen-Recht aus dem Religions-Verhältnisse, 39; — VII. aus dem Familien-Verhältnisse, Familie, Verwandtschaft und Schwägerschaft, 40—43. S. Familien-Rechte. — Personen-Rechte, wie jene eines Ehegatten, Vaters, Kindes sind kein Gegenstand der Ertigung oder Verjährung, 1458, 1481; — gemeinschaftliche Bestimmungen der Personen- und Sachenrechte sind: die Befestigung, Umänderung und Aufhebung, 1342.

**Persönliche Dienstbarkeiten. S. Dienstbarkeiten.**

**Persönliche Rechte, welche auf die Person eingeschränkt sind, können nicht übertragen werden, 442 u. 531.**

**Pertinenz-Stücke. S. Zugehör.**

**Pest. Wo die Pest oder eine ähnliche ansteckende Seuche herrscht, kann eine begünstigte letzte Anordnung errichtet werden, 597. S. auch Seuche.**

**Pfand, was es sey, 447. S. Pfandrecht; Pfandvertrag. — Dessen Einfluß auf das Zinsenmaß, 994; — der Gläubiger kann sich des Pfandes zum Nachtheile des Bürgen nicht begeben, 1360; — In wie fern es**

für den Vergleich der Schuld-hafte, 1390; — ob es  
erlassen oder verfährt werden könne, 1462, 1483.

**Pfandgläubiger. S. Pfandrecht.** — Er kann zum Nach-  
theile des Bürgen sich des Pfandrechtes nicht begeben, 1360.

**Pfandrecht.** Hier von handelt das 6. Hauptstück. II. Th.

Begriff vom Pfande und Pfandrechte, 447; — Arten  
des Pfandes: Handpfand, oder Grundpfand, Hypothek,  
448; — Titel des Pfandrechtes, 449 u. 450; — Erwer-  
bungsart des Pfandrechtes: a) durch körperliche Uebergabe,  
b) durch Eintragung in die öffentlichen Bücher, 451;  
— c) durch symbolische Uebergabe, 452; — d) durch  
die Forderung 453; — Bestellung eines Pfandpfan-  
des, 454 u. 455; — oder des Pfandrechtes auf die  
Sache eines Dritten, 456; — objectiver Umfang des  
Pfandrechtes, 457; — Rechte und Verbindlichkeiten  
des Pfandgläubigers: a) bey Entdeckung eines unzurei-  
chenden Pfandes, 458; — b) vor dem Verfall und  
c) nach dem Verfall der Forderung, 459—466; —  
Erlösung des Pfandrechtes, 467—469; — ob auch  
durch einen Erneuerungsvertrag, 1378; — das Vorzugs-  
recht der Pfandgläubiger beim Ausbruche eines Concurses  
bestimmt die Gerichtsordnung, 470; — Ob ein Re-  
tentions-Recht Statt habe, 471; — gesetzliches  
Pfandrecht bestimmt die Gerichtsordnung, 450; — ge-  
setzliches Pfandrecht des Bestandgebers, Vermiethers oder  
Verpächters in Rücksicht des Zinses, 1101; — Wie der  
Legatar das Pfandrecht erwerbe, 437; — Ob das  
Pfandrecht, oder das Recht, das Pfand einzulösen, ver-  
jährt werden könne, 1483.

**Pfandschein**, worin er bestehe, 1370.

**Pfandvertrag**, worin er bestehe, 1368; — Wirkung

deselben, 1369 u. 1370; — unetlaubte Bedingungen, 1371 u. 1372; — in welchem Verhältnisse das zur Sicherstellung anzunehmende Pfand mit der Forderung stehen müsse, 1374. S. Pfandrecht.

Pfändung, in wie fern die Privat-Pfändung eines beschädigenden Viehes Statt habe, 1321 u. 1322.

Pfarrbezirk, Pfarrkirche, ist der Ort des Aufgabothes der Ehen und der gesetzlichen Erklärung der Einwilligung, 71—82.

Pfarrer. S. Seelsorger.

Pferde, wann deren Verkauftung oder Tod die Gewährleistung gründe, 925 u. folg.

Pflanzen, in wie fern es einem Zubachs bewirke, 420 bis 422.

Pflege, die körperliche, der Kinder liegt hauptsächlich der Mutter ob, 141.

Pflegeltern haben keinen Anspruch auf den Ersatz der Pflegekosten, 186. S. Pflegekinder.

Pflegebefohlene heißen solche, welche wegen Minderjährigkeit oder aus einem andern Gebrechen ihre Angelegenheiten nicht selbst besorgen können, 188 u. folg. — Sie können ohne Einwilligung des Vertreters keine gültige Eheschlüssen, 49, 94—96; — in wie fern sie zur Scheidung der Einwilligung des Vertreters bedürfen, 106; — oder zur Schließung eines Vertrages überhaupt, 365; — In wie fern ein von ihnen geschlossener Erbvertrag gültig sey, 1250; — in wie fern sie gültig zahlen, 1421; — oder die Zahlung annehmen können, 1424; — sie können auch die wirklich geschehene Zahlung eines Nichtschuld oder anflüßbaren Forderung zurück verlangen, 1433; — in wie fern sie bey der Verjährung begünsti-

get werden, 1494 u. 1495. S. auch Minderjährige; Vormund; Curator.

**Pflegekinder** haben nicht gleiche Rechte mit den Waiskindern; ihre Rechte werden genauer durch den Vertrag bestimmt, 186.

**Pflicht**, eheliche, sind die Ehegatten sich zu leisten schuldig, 90.

**Pflichttheil und Anrechnung in den Pflicht- oder Erbtheil**. Davon handelt das 14. Hauptstück. II. Th. Welchen Personen als Notherben ein Pflichttheil gebührt, 762—764; — in welchem Betrage, 765 u. 766; — unter was für Bedingungen, 767; — Erfordernisse einer rechtmäßigen Enterbung, 768—773. S. Enterbung. — Wie der Pflichttheil zu hinterlassen, 774; — Rechtsmittel des Notherben: a) bey einer widerrechtlichen Enterbung oder Verkürzung in dem Pflichttheile, 775; — b) bey einer gänzlichen Uebergehung, 776—782. — Wer zur Entrichtung des Erb- oder Pflichttheiles beizutragen habe, 783; — Art der Ausmessung und Berechnung des Pflichttheiles, 784—786; — Anrechnung zum Pflichttheile, 787—789; — oder zum Erbtheile bey der gesetzlichen Erbfolge, 790—794; — Anspruch des Notherben auf den nothwendigen, 795; — und des Ehegatten auf den anständigen Unterhalt, 796. — Wem ein Pflichttheil gebührt, kann die Errichtung eines Inventariums verlangen, 804; — wie auch die Absonderung der Erbschaft von dem Vermögen des Erben, 812. — In wie fern die Verkürzung des Pflichttheiles die Abstammlinge zum Widerruf der Schenkung berechtige, 951 u. 952. — Das Recht, den Pflichttheil oder dessen

Ergänzung zu fordern, erlischt binnen drey Jahren, 1487.

Pflichtwidrige Schenkung oder Erklärung des letzten Willens. S. Pflichttheil.

Planzen. S. Zäune.

Poligamie ist gesehwidrig, 62.

Poena. Legatum poenae nomine relictum. S. Auftrag.

Politische Gegenstände, nach welchen Vorschriften sie zu beurtheilen. S. Gegenstände.

Post. S. Schuldpost; Versendungsanstalten.

Posthumus. S. Kinder, nachgeborne.

Präjudicaten. S. Aussprüche.

Prälegat. S. Vorausvermachtniß.

Pränotation. S. Vormerkung.

Präsumtionen. S. Vermuthungen.

Praeteritio. S. Uebergehung.

Precarium. S. Bittleihen.

Preis. Worin er bestehe, 304; — ordentlicher und gemeiner, außerordentlicher, der besonderen Vorliebe, 305; — welcher bey Schätzungen zur Richtschnur zu nehmen, 306; — Fälle, in welchen der außerordentliche Preis zu ersetzen, 335, 378 u. 1331. — Der Preis ist selbst dem redlichen Besizer von dem Eigenthümer nicht zu ersetzen, 333; — Kaufpreis. S. Kauf. — Unter Marktpreis wird der mittlere der Zeit und des Ortes, wann und wo der Vertrag geschlossen worden ist, verstanden, 1058. S. Verkürzung.

Pretium affectionis. S. Preis.

Primogenitur. Begriff und Vermuthung derselben, 619 u. 620.

Privat-Gut. S. Gut.

Privat-Pfändung. S. Pfändung.

Privat-Recht. S. Recht, bürgerliches.

Privat-Schuldschreibungen, in wie fern sie bey Darlehen statt baren Geldes gegeben werden können, 991.

Privilegien sind in der Regel gleich anderen Rechten zu beurtheilen, 13.

Privilegirte letzte Anordnungen. S. Begünstigte.

Privilegirte Personen. S. Begünstigte.

Probe. Kauf auf die Probe, 1080; — Wirkung dieses Vorbehaltes, 1081 u. 1082.

Protimiseos jus. S. Wiederkauf.

Provincial-Gesetze. S. Statuten.

Prozeß, ein wirklicher oder bevorstehender, mit dem Minderjährigen oder Curanden schließt von dessen Vormundschaft oder Curatel aus, 193 u. 281; — Ein zwischen dem Vormund und seinen Curanden, oder zwischen mehreren seiner Curanden erst entstandener, fordert die Bestellung eines Curators, 272; — ohne gerichtliche Begnehmung kann der Vormund denselben nicht vergleichen, 233; — einen Prozeß im Rahmen eines Anderen anhängig zu machen, fordert eine besondere Vollmacht, 1008. S. Streitsache, Rechtsfreund.

Publiciana actio. Eigenthumsklage aus dem rechtlich vermutheten Eigenthume, 372—374.

Punctuation ist ein Aufsatze über die Hauptpuncte eines Vertrages, in wie fern sie Rechte und Verbindlichkeiten gründe, 885 u. 936.

Pupillen. S. Minderjährige.

Pupillarmäßige Sicherheit. S. Sicherheit.

wortlich, den er wissentlich verursacht hat. Eine Ausnahme ist bey Sachverständigen gegen Belohnung, 1300.

**Rauch.** Das Recht denselben auf fremdem Grunde durchzuführen. S. Dienstbarkeiten.

**Raum** für die Dienstbarkeit des Fußsteiges, Viehtriebes und Fahrweges, 495.

**Rechnungslegung** über das Vermögen der Kinder, 150;

— über die Vormundschaft oder Curatel. S. **Vormundschaft.** — Ueber die Verwaltung eines anderen fremden oder gemeinschaftlichen Gutes, 837, 1012, 1039, 1198 — 1200.

**Rechnungsverstoß** kann weder dem Vormunde, noch dem Minderjährigen zum Nachtheile gereichen, 242; —

schadet keinem der Vertrag machenden Theile, 1388.

**Recht, bürgerliches,** was man darunter verstehe, 1; — Haupttheile desselben, 14.

**Rechte überhaupt.** Haupteintheilung in Personen- und Sachenrechte, 15; — und der letzteren in dingliche und persönlichen Sachenrechte, 307; — Arten der dinglichen; 308; — Quellen der persönlichen, 359; — Rechte gehören in der Regel zu den beweglichen Sachen, 298; — Erwerbung des Besizes von einem Rechte. S. **Besitz.** — Dingliche Rechte werden in der Regel erst durch die Uebergabe erworben, 425; — in unbeweglichen Sachen insbesondere erst durch Eintragung in die öffentlichen Bücher, und gehen erst durch die Löschung verloren, 321, 322, 431—445; — Gemeinschaftliche Bestimmungen der Personen- und Sachenrechte sind die Befestigung, Umänderung und Aufhebung derselben, 1342; — Gemeinschaftliche Rechte. S. **Gemeinschaftlich.** — Wie Rechte erlöschen. S. **Aufhebung.** — Rechte, die selten ausge-

übt werden können, wie sie eressen oder verjährt werden, 1471, 1484. — Die Personen-Rechte und die Rechte eines Menschen über seine Handlungen und über sein Eigenthum unterliegen an sich, bloß der unterlassenen Ausübung wegen, keiner Verjährung, 1458, 1459, 1481 u. 1482. S. Personen-Rechte; Sachenrechte; Erwerbung; Gesellschaft; Gemeinden.

**Rechtsbefestigung.** S. Befestigung.

**Rechtsbehelfe** müssen dem Zahler einer fremden Schuld ausgeliefert werden, 1358.

**Rechtsfälle**, zweifelhafte. S. Rechtsgrundsätze; Aussprüche.

**Rechtsfreund** kann für die Uebernehmung eines Processes sich nichts bedingen, noch eine ihm anvertraute Streitsache an sich lösen, 879; — auf sein Rechtsverhältniß mit den Klienten sind die Vorschriften über Dienstleistungen anzuwenden, 1163. S. Dienstleistungen.

**Rechtsgebrauch**, wie er gemacht werde, 313; — wer von seinem Rechte inner den rechtlichen Schranken Gebrauch macht, ist für den daraus entspringenden Nachtheil nicht verantwortlich, 1305.

**Rechtsgrund.** S. Titel.

**Rechtsgrundsätze**, die natürlichen, sind eine Hülfquelle zu Entscheidungen, 7.

**Rechtsmittel** zur Entschädigung muß in der Regel so wie über andere Privat-Rechte bey dem ordentlichen Richter angebracht werden, 1338.

**Rechtsquellen.** S. Gesetz, bürgerliches.

**Rechtsstreitigkeit.** S. Proceß.

**Rechtstitel.** S. Titel.

**Rechtsvermuthungen.** S. Vermuthungen.



## CXIV

**Rechtsunwissenheit** entschuldiget nicht, 2.

**Rechtswohlthat des Inventariums**, 302.

**Recurs**, wann ihn der Vormund ergriffen wurde, 263.

**Redhibitoria actio**. S. **Gewährleistung**.

**Redlicher Besitzer**, 326; — die Redlichkeit des Besitzes wird vermuthet, 328. S. **Besitz**.

**Redlichkeit der Meinung**. Ihr Einfluß auf die Abschließung einer ungültigen Ehe, 160; — auf die Besitzrechte, 329 u. folg.; — auf das Finden, 393; — den Schwachs, 415—419; — auf die Erwerbung des Eigenthums, 367 u. 368; — auf die Erziehung und Verjähmung, 1463 u. 1477.

**Regalien**. S. **Hoheitsrechte**.

**Regent**. S. **Oberhaupt**.

**Regenwasserrecht**. S. **Dienstbarkeit**.

**Register**, öffentliche. S. **Bücher**, öffentliche.

**Regreß der redlichen Mitglieder einer Gemeinde gegen die unredlichen**, 337; — der Mitverpflichteten gegen einander, 396; — der Mitbürgen, 1359; — der Theilnehmer an einer Beschädigung, 1302. S. auch **Gewährleistung**.

**Reisende**. Ihre Rechte gegen Gastwirthe, Schiffer oder Fuhrleute wegen erlittenen Schadens, 970 u. 1316.

**Religion** hat auf den Genuß der Privat-Rechte keinen Einfluß, 39; — in wie fern die Religions-Verfchiedenheit ein Ehehinderniß, 64; — in welchem Alter einem Kinde die Religions-Wahl zustehet, bestimmen die politischen Vorschriften, 140. S. **Juden**; **Katholische**; **Nichtkatholische**. — Der Uebertreter eines nichtkatholischen Ehegatten zur katholischen Religion benimmt dem andern nicht das Recht zur Trennung, 116; — jener eines jüdischen

Ehegatten zur christlichen Religion löset die Ehe nicht auf, 136.

Religions-Lehrer. S. Seelsorger; Rabbiner.

Renten, jährliche, können auf alle Nachfolger übertragen werden, 530.

Reparaturen, in wie fern sie bey einer Servitut der Berechtigten, 483; — insbesondere der Gebrauchsberechtigten oder der Fruchtnießer zu besorgen habe, 508, 513 — 516; — der Vermiether und Verpächter, 1096; — in wie fern sie der Miethmann zuzulassen verbunden sey, 1118 u. 1119; — Reparatur der gemeinschaftlichen Scheidewände, 856.

Res morae facultatis. S. Jura.

Restitutio in integrum. S. Einsetzung.

Retentions-Recht, ob es Statt finde, 471.

Retorsion. S. Wiedervergeltung.

Retract. S. Wiederkauf.

Retro venditionis pactum. S. Wiederkauf.

Rettung einer fremden Sache gibt ein Recht zum Ersatze des Aufwandes und einem verhältnismäßigen Lohne, 403, 1036, 1041, f. f. 967.

Reugeld. Begriff und Wirkung desselben, 909 — 911.

Richter. Beschwerde gegen das Verschulden desselben, 1341.

Richterliche Verfügungen haben nie die Kraft eines Gesetzes, 12.

Richtig. Nur eine richtige Forderung ist der Gegenstand einer Compensation, 1438 u. 1439.

Richtigkeit der Forderung, für dieselbe haftet der Cedent, 1397.

Rindvieh, wann dessen Erkrankung oder Tod die Gewährleistung gründe, 928 u. f. f.

## CXVI

**Römisches Recht. S. Gemein.**

**Rückersaß. S. Regreß.**

**Rücklauf. S. Wiederkauf.**

**Rücktritt vom Eheverlöbniße, dessen Wirkung, 45 u. 46;**

— vom Versprechen vor der Annahme, in wie fern er zulässig, 862, 865 u. 918; — Ob er einseitig wegen der von dem anderen Theile nicht erfüllten Verbindlichkeit, oder nach der Erfüllung des Vertrages mit wechselseitiger Einwilligung Statt finde, 919 u. 920.

**Rückstände, die auf einer Sache haften, müssen stets vertreten werden, 928; — von Abgaben, Zinsen, Renten oder Dienstleistungen, wann sie verjährt werden, 1480.**

**Rückverkaufsrecht. Vorschriften hierüber, 1071.**

## S.

**Sache.** Vom Sachenrechte handelt der ganze zweite Theil; dessen Einleitung aber: von Sachen und von ihrer rechtlichen Eintheilung. Begriff von Sache im rechtlichen Sinne, 285; — Subjective Eintheilung der Sachen nach der Verschiedenheit des Subjectes, dem sie gehören, 286; — Freystehende Sachen, öffentliches Gut und Staatsvermögen, 287; — Gemeindegut, Gemeindevermögen, 288; — Privat-Gut des Landesfürsten, 289; — Allgemeine Vorschriften in Rücksicht auf diese verschiedenen Arten der Güter, 290; — Objective Eintheilung der Sachen nach dem Unterschiede ihrer Beschaffenheit, 291; — Körperliche und unkörperliche Sachen, 292; — bewegliche und unbewegliche, 293; — Zugehör überhaupt, 294; — insbesondere bey Grundstücken, Leichen, 295 u. 296; — und Gebäuden, 297; — Rechte sind ins-

gemein als bewegliche Sachen anzusehen, 298; — auch die vorgemerkten Forderungen, 299; — Nach welchen Gesetzen die unbeweglichen, und nach welchen die beweglichen Sachen zu beurtheilen sind, 300; — Verbrauchbare und unverbrauchbare Sachen, 301; — Gesamtsache (universitas rerum), 302; — schätzbare und unschätzbare Sachen, 303; — Maßstab der gerichtlichen Schätzung, 304; — ordentlicher und außerordentlicher Preis, 305; — welcher bey gerichtlichen Schätzungen zur Richtschnur zu nehmen, 306; — Begriffe vom dinglichen und persönlichen Sachenrechte, 307; — dingliche Sachenrechte insbesondere, 308. — Fremde Sache. S. dieses Wort. — Künftige Sache, in wie fern deren Verkauf zu den Glückverträgen gehöre, 1275 u. 1276; — streitige Sache, wer sie veräußert, um dem Kläger keine Rede und Antwort zu geben, muß sie zurück verschaffen oder den außerordentlichen Werth ersetzen, 378; — frey stehende und verlassene Sachen sind ein Gegenstand der Occupation, 382 u. 386; — verlorne Sachen. S. Finder.

Sachen in Pausch und Bogen. S. Pausch und Bogen. Sachenrechte, dingliche, persönliche, 307; — Arten der dinglichen, 308; — Quellen der persönlichen, 359; — Gemeinschaftliche Bestimmungen der Personen- und Sachenrechte sind die Befestigung, Umänderung und Aufhebung, 1342.

Sachverständige liefern den Beweis des Unvermögens zur ehelichen Pflicht, 100; — der unehelichen Geburt, 157 und 158; — des Wahn- oder Blödsinnes, 273, 283 u. 567; — und der zur Gewährleistung berechtigenden Viehkrankheiten, 926; — sie sind auch dann verantwortlich, wenn sie gegen Belohnung in Angelegenheiten ihrer Kunst

## CXVIII

oder Wissenschaft aus Versehen einen nachtheiligen Rath ertheilen, 1300. S. auch Kunst.

Sachwalter. S. Curator; Bevollmächtigter.

Säen, in wie fern es einen Zuwachs bewirke, 420.

Sakungen einzelner Provinzen oder Landesbezirke. S. Statuten.

Schafe, wann deren Erkrankung oder Tod die Gewährleistung gründe, 925 u. f. f.

Schade. Worin der Schaden bestehe, und wie er sich vom Entgange des Gewinnes unterscheide, 1293; — Quellen, woraus er entspringt, 1294; — Auch ein Minderjähriger ist für den durch sein Verschulden verursachten Schaden verantwortlich, 248; — Von der Haftung der Vormünder oder Curatoren und des vormundtschaftlichen Gerichtes für den Schaden des Pflegebefohlenen, 202, 203, 210, 264 u. 265, 282. S. Vormundschaft. — Den Ersatz des Schadens kann auch jener ansprechen, der zum Rücktritte vom Eheverlöbniße oder zur Ungültigerklärung der Ehe keine begründete Ursache gegeben hat, 46 u. 102; — von der Haftung eines unredlichen Besizers, 335; — wegen des vorgegebenen oder aufgegebenen Besizes einer streitigen Sache, 377 u. 378; — wegen Verfolgung eines Thieres, 384. S. Schadenersatz.

Schadenersatzes- und Genugthuungs-Recht. II. Th. 30. Hauptstüdt. Von der Verbindlichkeit zum Schadenersatz: 1) vom Schaden aus Verschulden, 1295; — Ob und in wie fern ein Verschulden vermuthet werde, 1296—1298; — insbesondere: a) bey Sachverständigen, 1299 u. 1300; — oder b) mehreren Theilnehmern, 1301 — 1304; — 2) durch Gebrauch des Rechtes, 1305; — 3) aus einer schullosen oder unwillkürlichen

Handlung, 1306—1310; — 4) durch Zufall, 1311 u. 1312. S. Zufälle; — 5) durch fremde Handlungen, 1313; — Ausnahme in Rücksicht der Dienstpersonen, 1314—1316; — bey Versendungsanstalten, 1317; — oder dem Herabfallen, Werfen und Gießen, 1318 u. 1319; — 6) durch ein Thier, 1320—1322; — Arten des Schadensersatzes, 1323 u. 1324; — insbesondere: 1) bey Verletzungen am Körper, 1325—1328; — 2) an der persönlichen Freyheit, 1329; — 3) an der Ehre, 1330; — 4) am Vermögen, 1331 u. 1332; — insonderheit durch Verzögerung der Zahlung, 1333—1335; — Bedingung des Vergütungsbetrages (Conventional-Strafe), 1336; — Verbindlichkeit der Erben des Beschädigers, 1337; — Rechtsmittel der Entschädigung: a) bey dem Civil-Gerichte, 1338; — oder b) bey dem Strafgerichte, 1339 u. 1340; — oder c) bey der höheren Behörde, 1341; — wann es verjährt werde, 1439. S. auch Gewährleistung.

**Schadenfreude.** Wenn jemand den Anderen aus Schadenfreude am Vermögen beschädiget hat, so ist der außerordentliche Preis zu ersetzen, 1331.

**Schadloshaltung** unterscheidet sich von der Genugthuung; wann die eine oder die andere zu leisten, 1323 u. 1324.

**Schatz.** Begriff davon, 398; — Verbindlichkeit zur Anzeige, ebend. — Theilung des Schatzes, 399—401, 1143, 1147; — auf denselben hat der Fruchtniesser keinen Anspruch, 511.

**Schätzbare Sachen,** 303.

**Schätzung** des Waisenvermögens, wann und wie sie vorzunehmen, 222—226; — gerichtliche, müssen nach einer

bestimmten Summe Geldes geschehen, und in der Regel nach dem gemeinen Preise, 303—306; — zur Bestimmung des Pflichttheiles kann zwar eine Schätzung aber nicht die Feilbiethung verlangt werden, 784.

**Scheidebrief** der Juden, wann und wie er gegeben werden könne, 133—136.

**Scheidewände**, in wie fern sie gemeinschaftlich seyn, 854 — 858.

**Scheidung der Ehegatten. E. Ehescheidung.**

**Scheinhandlung.** Wer sich derselben bey einem Vertrage zur Bevortheilung bedient, leistet Genugthuung, 869.

**Scheinverabredungen**, wie sie zu erklären, 916.

**Schenkungen** werden abgehandelt im 18. Hauptstücke des II. Theils. Begriff der Schenkung, 938; — in

wie fern eine Verzichtleistung eine Schenkung sey, 939

u. 1381. — Belohnende Schenkung, 940 u. 941; —

wechselseitige Schenkungen, 942; — Form, 943; —

und Maß einer Schenkung, 944; — in wie fern der

Geber für das Geschenk hafte, 945 u. 1397; — Un-

widerruflichkeit der Schenkungen, 946; — Ausnahme:

1) wegen Dürftigkeit, 947; — 2) Undankes, 948 u.

949; — 3) Verkürzung des schuldigen Unterhaltes, 950;

— 4) des Pflichttheiles, 951 u. 952; — 5) der

Gläubiger, 953; — 6) wegen nachgeborener Kinder, in

wie fern, 954; — welche Schenkungen auf die Erben nicht

übergehen, 955; — Schenkung auf den Todesfall, 956;

— Schenkungen werden in den Pflicht- und gesetzlichen Erb-

theil nicht eingerechnet, 791; — sie fordern eine be-

sondere Vollmacht, 1008; — Was ein verlobter Theil

dem anderen, oder auch ein Dritter dem einen oder

anderen Theile in Rücksicht auf die künftige Ehe schenkt, kann bey nicht erfolgter Ehe widerrufen werden, 1247; — Schenkungen zwischen Ehegatten werden nach den allgemeinen Grundsätzen von Schenkungen beurtheilet, 1246; — was der Mann seiner Frau zum Puzze gegeben, wird für geschenkt angesehen, 1247; — Das Recht, eine Schenkung wegen Undankbarkeit zu widerrufen, erlischt binnen drey Jahren, 1487.

**Schiedsmann, Schiedsrichter.** Die Bestimmung desselben ist ein Mittel, streitige Theilungsfälle auszugleichen, 835, 841 u. 842; — sie fordert eine besondere Vollmacht, 1008; — der Vertrag über Bestellung eines Schiedsrichters erhält seine Bestimmung in der Gerichtsordnung, 1391.

**Schiff,** wann dessen Schelterung den Tod eines Vermissten vermuthen lasse, 24.

**Schiffer** haften für die Fracht gleich einem Bewahrer, 970, 1316. S. **Schiffherr.**

**Schiffahrt,** auf derselben kann eine begünstigte letzte Anordnung errichtet werden, 597 — 599; — die Schiffahrt hindernde Werke dürfen eigenmächtig nicht angelegt werden, 413.

**Schiffherr,** in wie fern er für die von seinen Dienstpersonen geführten Geschäfte hafte, 1027 — 1031.

**Schloß,** was die Verletzung desselben an einer hinterlegten Sache für eine Folge habe, 966.

**Schlußrechnung** hat der Vormund nach geendigter Vormundschaft zu übergeben, 262.

**Schmerzensgeld** wegen körperlicher Verletzung. S. **Verletzung, körperliche.**

**Schmuck,** was darunter zu verstehen, 678; — der von



dem Ehemanne seiner Gattinn gegebene Schmuck wird nicht für gekauft, sondern für geschenkt angesehen, 1247.

**Schrank. S. Behältniß.**

**Schreiber** eines letzten Willens kann Zeuge seyn, 581; — aber nicht in Rücksicht des ihm selbst, dem Ehegatten, den Kindern, Aeltern, Geschwistern oder in eben dem Grade verschwägerten Personen zugebachten Nachlasses, 595.

**Schrift** ist zur Gültigkeit eines Vertrages in der Regel nicht erforderlich, 883 u. 884; — wohl aber bey Schenkungen ohne Uebergabe, 943; — Wie eine schriftliche Urkunde über ein Darleihen, um einen Beweis zu machen, gefertigt seyn müsse, bestimmt die Gerichtsordnung, 1001; — Form der Unterfertigung einer schriftlichen Urkunde, wann der Aussteller sie zu unterfertigen nicht vermag, 580, 886.

**Schriftlich.** Verträge können in der Regel schriftlich oder mündlich geschlossen werden, 883; — Ausnahme bey der Schenkung, 943; — oder wenn ausdrücklich ein schriftlicher Vertrag verabredet worden, 884; — doch verbindet auch schon eine Punction der Hauptpuncte, 885; — und statt der des Schreibens unfähigen Partey kann ein Anderer unter Benziehung eines zweyten Zeugen unterfertigen, 886; — in wie fern bey schriftlichen Verträgen auf mündliche Verabredungen Bedacht zu nehmen, 887; — Form einer schriftlichen, außergerichtlichen oder gerichtlichen letzten Anordnung, 578—584.

**Schriftsteller.** Von dem Vertrage desselben mit dem Verleger. **S. Dienstleistungen.**

**Schuld (culpa)** als ein Versehen betrachtet. **S. Versehen.** Verschulden (debitum) als die einer Forderung entsprechende Verbindlichkeit betrachtet. **S. Forderung; Zah-**

lung; Compensation; Aufhebung. — Schulden, beträchtliche, eines Minderjährigen sind ein Grund, die väterliche Gewalt zu verlängern, 173; — das bare Geld eines Minderjährigen ist von dem Vormunde vorzüglich zur Tilgung der Schulden zu verwenden, 280; — die für ein großjähriges Kind bezahlt worden, werden in den Pflicht- und gesetzlichen Erbtheil eingerechnet, 788. u. 790.

Schuldbrief. S. Schuldschein.

Schuldforderung. S. Forderung.

Schuldigkeit zur Erfüllung der Verträge. S. Erfüllung.

Schuldpost, ob sie theilweise anzunehmen, und wie sie einzurechnen, 1415 u. 1416; — ob die Quittung über eine frühere Schuldpost die Bezahlung einer älteren beweise, 1429 u. 1430.

Schuldscheine. Form derselben zur Herstellung eines vollständigen Beweises, 1001; — die Schuldscheine der Waisen werden in gerichtliche Verwahrung genommen, 229; — die auf jeden Ueberbringer lauten, sind kein Gegenstand der Eigenthumsklage, 371; — und werden schon durch die Uebergabe abgetreten, 1893; — wann sie unter dem Vermächtnisse des Behältnisses mitbegriffen, 677; — öffentliche Schuldscheine sind ein Gegenstand des Darlehens, 985, 991; — wie sie zurück zu zahlen, 990; — die Ausstellung eines neuen Schuldscheines ist kein Erneuerungsvertrag, 1379; — der Schuldschein ist bey der Zahlung zurück zu verlangen, 1428; — dessen Besitz ohne Quittung läßt die Zahlung vermuthen, ebend.

Schuldverschreibung. S. Schuldscheine, öffentliche. Credits-Papiere.

Schutz der Gesetze, welchen Personen er insbesondere ver-

## CXXIV

liegen werde, 21 u. 22. S. Vormundschaft; Curatel; Verjährung.

Schwägerschaft, worin sie bestehe, 40; — Bekräftigung der Grade derselben, 41. — In wie fern sie ein Ehehinderniß, 66 u. 94; — Ausnahme in Rücksicht der Juden, 125. — In wie fern die Schwägerschaft von der Zeugenschaft bey letzten Anordnungen ausschliesse, 594.

Schwangerschaft der Braut, wann sie die Ehe ungültig macht, 68, 94 u. 121; — einer Witwe oder getrennten Ehegattinn, in wie fern sie die Schließung einer neuen Ehe hemme, 120 u. 121; — der schwanger hinterlassenen Witwe gebührt, bis nach Verlauf von sechs Wochen nach der Entbindung, die gewöhnliche Verpflegung aus der Verlassenschaft, 1243; — Rechte der verführten Schwangerten, 1328.

Schweine, wann deren Erkrankung oder Tod die Gewährleistung gründe, 925 u. f. f.

Sclaverey wird in diesen Ländern nicht gestattet, 16.

Secundogenitur, wann sie mit der Primogenitur vereinigt werde, 625.

Seegefahren. Die darauf sich beziehenden Rechtsverhältnisse sind ein Gegenstand der Seegesetze, 1292. S. auch Schiff; Schifffahrt.

Seelsorger. Ihre Pflichten bey dem Aufgebothe der Ehen, bey Dispensen, Trauungen und Scheidungen, 70—78, 80—82, 84, 87 u. 88, 104 u. 107. S. Ehe; Rabbiner; Trauungsbücher.

Seitenverwandte, wie unter ihnen die Grade zu berechnen, 41; — welche sich nicht ehelichen dürfen, 65 u. 125.

Selbsthülfe und Ueberschreitung der Nothwehr, ist in der Regel widerrechtlich, 19 u. 344.

**Selten.** Von Rechten, die nur selten ausgeübt werden können. *S. Rechte.*

**Seniorat.** Begriff desselben, 619; — ob es vermuthet werde, 620.

**Separationis jus.** *S. Absonderungsrecht.*

**Sequester** ist der Bewahrer einer in Anspruch genommenen Sache, und hat überhaupt die Rechte und Pflichten eines Bewahrers aus dem Bewahrungsvertrage, 968.

**Sequestration** bey Besizstreitigkeiten, 347 u. 348; — eines Pfandes wegen einer anderen Forderung, 471; — wegen verzögelter Entrichtung des Erb- oder Erbpachtzinses, 1135 u. 1136.

**Serviana vel quasi serviana actio.** *S. Pfandrecht.*

**Servituten.** *S. Dienstbarkeiten.*

**Seuche** gibt Anspruch auf Erlassung des Bestandzinses, 1104—1108, 1133 u. 1134. *S. auch Pest.*

**Sicherheit,** gesetzmäßige, einer Pupillar-Forderung, wann sie vorhanden sey, 230.

**Sicherstellung.** Der Vormund ist in der Regel zur Sicherstellung des Vermögens der Pflegebefohlenen nicht verbunden, 237; — er muß aber für die Sicherstellung der Forderungen desselben sorgen, 236; — Sicherstellung wegen Fährung oder Niederreißung eines Werkes oder wegen drohenden Einsturzes, 341—343. — Auch der Fruchtnießer und Gebrauchsberechtigte einer Sache ist in der Regel zur Sicherstellung nicht verpflichtet, 520; — Ob der Legatar die Sicherstellung fordern könne, 688; — die Sicherstellung einer Verbindlichkeit geschieht durch Verpflichtung eines Dritten für den Schuldner oder durch Verpfändung, 1343; — welche Art der Sicherstellung in der Regel zu leisten, 1373; — die Sicherstellungs-

## CXXVI

mittel und Rechtsbeihilfe müssen dem Zahler einer fremden Schuld ausgeliefert werden, 1358.

**Siegel.** Was dessen Verletzung an der hinterlegten Sache wirke, 966.

**Siegelung** ist weder bey einem schriftlichen Testamente, 578 u. 579; — noch bey einem schriftlich zu errichtenden Vertrage nothwendig, 884.

**Silber**, was das Vermächtniß desselben in sich enthalte, 679.

**Sinagoge.** In dieser sind die Judeneyen zu vertheidigen, 126.

**Sinnenverwirrung**, eine vorübergehende, besreht nur in so fern vom Schadensersatze, als sie nicht durch Verschulden entstanden ist, 1306—1310. S. Vernunftlose.

**Sitten.** Was den guten Sitten widerspreitet, ist für unerlaubt zu halten, 26; — schlechte. S. Lebenswandel, unordentlicher.

**Societäts-Contract.** S. Gemeinschaft der Güter.

**Sohn.** Ob er durch Führung einer eigenen Haushaltung aus der väterlichen Gewalt trete, 174; — hat Anspruch auf eine Ausstattung, 1231. S. Kinder.

**Soldaten.** S. Militär-Personen.

**Solennitäten.** S. Feyerlichkeiten.

**Solidar-Verbindlichkeit.** S. Correalität.

**Sorglosigkeit**, eine auffallende, des Beschädigers berechtigt nicht bloß zur Schadloshaltung, sondern auch zur Genugthuung, 1324.

**Special-Vollmacht**, in welchen Fällen sie nothwendig, 1008.

**Species.** S. Bestimmte Sache.

**Sperre**, gerichtliche, zur Sicherstellung des Reisenvermögens, 222 u. 223.

**Spiele**, in wie fern sie erlaubt und verbindlich, 1272, 1432 u. 1433; — Ausnahme von Staats-Lotterien, 1274.

**Spize** gehören nicht zur Wäsche, 679.

**Sponsalien**. S. Eheverlöbniß.

**Sprache**. Diejenigen, welche die Sprache des Erblassers nicht verstehen, sind unfähige Zeugen seiner Anordnung, 591.

**Spruch**. S. Aussprache.

**Stadtbücher**. S. Bücher, öffentliche; Einverleibung; Vormerkung.

**Staatsauslagen**, die aus einer Verlassenschaft zu öffentlichen Anstalten zu entrichten sind, müssen nach den politischen Verordnungen beurtheilt werden, 694.

**Staatsbürger**, in wie fern sie auch außer dem Staate den Staatsgesetzen unterliegen, 4.

**Staatsbürgerschaft** gibt den vollen Genuss der bürgerlichen Rechte, 28; — wie sie erworben werde, 28—30; — Verlust derselben, 32.

**Staats-Casse**. Die Schuld an eine Staats-Casse kann mit der Forderung an eine andere nicht compensirt werden, 1441.

**Staatsgebieth**, in wie fern die Bürger auch außer dem Staatsgebieth den Staatsgesetzen unterliegen, 4.

**Staats-Lotterien** sind nach den kund gemachten Planen zu beurtheilen, 1274.

**Staatsoberhaupt**. S. Oberhaupt.

**Staats-Papiere**. S. Credits-Papiere.

**Staats-Vermögen**, was man darunter verstehe, 287; — in wie fern es nach dem Privat-Rechte zu beurthei-

## CXXVIII

len, 290; — insbesondere in Rücksicht der Verjährung, 1472.

**Stadtbücher.** S. Bücher, öffentliche.

**Stamm.** Nach demselben wird das Eigenthum eines Baumes beurtheilt, 421.

**Stammvermögen.** S. Hauptstamm.

**Stand der Personen.** S. Personen-Recht. — Stand der Verlobten ist in dem Aufgebothe anzuführen, 70; — Stand der Ehegatten, ihrer Aeltern und der Trauungszeugen in dem Traungsbuche, 80.

**Standesrechte** des Mannes gebühren der Frau, 92; — den ehelichen Kindern, 146; — dem Wahlkinde adeliger Wahlältern aber nur mit Bewilligung des Landesfürsten, 182; — in wie fern den legitimirten, 160—162.

**Standeswahl**, wann sie dem Kinde zustehet, 148.

**Statuten** einzelner Provinzen oder Landesbezirke, in wie fern sie Gesetzeskraft haben, 11.

**Sterbetag** eines für todt Erklärten ist jener der Todeserklärung anzunehmen, 278.

**Sterblehen.** S. Veränderungsgebühren.

**Steuern.** Das Recht, Steuern auszusprechen oder Zölle anzulegen, unterliegt keiner Verjährung, 1456.

**Stiefältern** dürfen ihre Stiefkinder nicht ehelichen, 66.

**Stifter** eines Fideicommisses, 619—628.

**Stiftungen**, worin sie bestehen, und nach welchen Vorschriften sie behandelt werden, 646.

**Stillstand** der Rechtspflege hemmt und unterbricht die Verjährung, 1496.

**Stillschweigen.** Ein mit Stillschweigen in der letzten Willenserklärung übergangener Notherbe, was er für Rechte habe, 776, 780—782.

**Stillschweigende Einwilligung.** Begriff, 863; — Erneuerung des Bestandvertrages, 1115.

**Stimmenmehrheit,** in wie fern sie bey einer Gemeinschaft des Eigenthumes Statt finde, 833—842, 1188.

**Stoff.** Wann der Arbeiter für die Mangelhaftigkeit desselben hafte, 1157.

**Störung des Besizes,** wozu sie berechti-ge, 339.

**Strafe.** Wenn ein Beschädiger zugleich ein Strafgesetz übertreten hat, so trifft ihn auch die verhängte Strafe, 1338; — Vertrags- oder Conventional-Strafe. S. Vergütungsbetrag.

**Sträflinge,** welche keine gültige Ehe eingehen können, 61, 94; — wann ihnen ein Curator bestellt werde, 279. S. Verbrecher.

**Strandrecht** findet nicht Statt, 388. Vergl. Rettung.

**Streitige Sache.** Sie ist ein Gegenstand der Sequestrierung, 968; — Folge der Veräußerung einer streitigen Sache, 378.

**Streitsache.** Ein Rechtsfreund kann die ihm anvertraute Streitsache nicht an sich lösen, 879.

**Stumme** sind unfähige Zeugen bey letzten Anordnungen, 591. S. Taubstumme.

**Substitution,** S. Racherben, bey Vermächtnissen, 652.

**Succession.** S. Erbfolge.

**Superficies.** S. Oberfläche.

**Super-Pränotation.** S. Austerpfand, Einverleibung, Vormerkung.

**Symbolische Uebergabe.** Wie und bey welchen Gegenständen sie Statt finde, 427 u. 452.

**Syndicats-Beschwerde.** S. Beschwerde.



**Tabularmäßige Urkunde. S. Urkunde.**

**Tag, an welchem eine Ehe geschlossen wird, ist in das Trauungsbuch einzutragen, 80; — Anfalls- und Zahlungstag bey einem Vermächtnisse, 684 — 687. S. Zeitpunkt. — Ein Tag ist nach den Gesetzen ein Zeitraum von 24 Stunden, 902; — wie er bey Erwerbung eines Rechtes oder der Erfüllung einer Verbindlichkeit zu erklären, 903. S. Sterbetag.**

**Taube sind unfähige Zeugen bey letzten Anordnungen, 591.**

**Traubstümme, wann ihnen ein Curator bestellt werde, 275.**

**Taufbuch. S. Geburtsbuch.**

**Tausch ist der Gegenstand des 23. Hauptstückes II. Th.**

**Begriff des Tausches, 1045 u. 1046; — Rechte und Pflichten der Tauschenden, 1047; — insbesondere in Rücksicht der Gefahr, 1048 u. 1049; — und der Abzungen vor der Uebergabe, 1050 — 1052.**

**Taxe. Der Verkauf über die Taxe gründet eine Beschwerde bey der politischen Behörde, 1059.**

**Termin. S. Tag; Zeit; Frist.**

**Termin-Zahlung. Ob bey Termins-Zahlungen die spätere die frühere beweise, 1429 u. 1430. S. Abschlagszahlung.**

**Testament. II. Th. 9. Hauptstück. Begriff vom Testamente, 553. S. Erklärung des letzten Willens.**

**— Privilegirtes Testament, 597 — 600; — in wie fern ein früheres Testament durch ein späteres aufgehoben, 713; — wie es widerrufen, 717 — 725; — oder durch Verletzung der Urkunde ungültig werde, 721 bis 723. S. Aufhebung des letzten Willens. — Wechselsei-**

tige Testamente werden nur den Ehegatten gestattet, und sind widerrüflich, 583 u. 1248.

Testaments-Executor. S. Vollzieher.

Testiren. S. Erklärung des letzten Willens.

Theil der Erbschaft, wenn er als ein Erbtheil oder als ein Vermächtniß anzusehen, 532 u. 535. S. Erbtheil.

Theilbare Sache, wie sie mehreren Gläubigern oder von mehreren Mitschuldnern zu leisten, 388 u. 389. S. auch Correalität.

Theilhaber oder Theilnehmer an einer gemeinschaftlichen Sache. Ueber ihre Rechte. S. Gemeinschaft. — Eines Rechtes oder einer Verbindlichkeit. S. Gemeinschaftlich. — Unbekannten Theilnehmern an einer Sache wird ein Curator aufgestellt, 276; — in wie fern Theilnehmer zum Schadenersatz verbunden seyn, 1301—1304.

Theilung, ob sie bey einer Correalität Statt finde. S. Correalität. — Ob unter Mitbürgen, 1359; — Theilung einer Erbschaft unter mehrere eingesezte Erben, 554 bis 563. S. auch Erbfolge, gesetzliche; — einer gemeinschaftlichen Sache, oder des Gewinnes und Verlustes, wie sie geschehen müsse, 339—349, 1192—1197 u. 1215; — das Recht, sie zu fordern, kann nicht verjähret werden, 1481.

Theilzahlungen. S. Abschlagszahlungen.

Thier, zahmes oder zahm gemachtes, ist kein Gegenstand der Zueignung, 384; — die Nuhungen aus einem Thiere sind ein Zuwachs, 405 u. 406; — in wie fern man für den von einem Thiere verursachten Schaden verantwortlich sey, 1820—1822. S. Vieh.

Thierfang, in wie fern er eine Art der Zueignung, 383 u.

384; — das Servitut-Recht des Thierfanges richtet sich nach den Grundsätzen des Weidrechtes, 503. S. Zueignung. Thunlichkeit. S. Möglichkeit.

**Titel**, rechtmäßiger, 316 u. 317; — Wirkung desselben, 320; — ob der Titel des Besitzers auszuweisen, 323 bis 325; — der bloße Titel gibt keinen Besitz, 320; — noch ein Eigenthum, 425; — noch ein anderes dingliches Recht, 445; — der Besitztitel ist ein schwächerer oder stärkerer. Wirkung dieses Unterschiedes, 372—374; — Titel zum Eigenthume, 380, 381 u. 424; — zum Pfandrechte, 449; — zur Servitut, 480; — zum Erbrechte, 533 u. 534; — in wie fern er zur Verjährung nothwendig, 1460, 1477 u. 1493.

**Tochter**, von wem sie im Falle einer Scheidung oder Trennung zu erziehen, 142; — in wie fern sie durch Verhehlchung aus der väterlichen Gewalt komme, 175; — hat in der Regel Anspruch auf ein Heirathsgut, 1220 bis 1224.

**Tod**, wann jener eines Vermissten vermuthet werde, 24; — im Zweifel, welche von mehreren verstorbenen Personen zuerst verstorben, wird vermuthet, daß sie zugleich verstorben seyn, 25. S. auch Todeserklärung; Tödtung. — Der Tod ist eine Erlöschungsart der Vormundschaft, 249; — der persönlichen Servitut, 529; — der Vollmacht, 1022; — des vorbehaltenen Wiederkaufes, 1070; — oder Rückverkaufes, 1071; — des Vorkaufsrechtes, 1074; — in wie fern des Lohnvertrages, 1162; — Verlagsvertrages, 1169; — oder Gesellschaftsvertrages, 1207—1209 u. 1211; — in wie fern durch den Tod die Rechte und Verbindlichkeiten

überhaupt erlöschen, 1448; — wann er die Gewährleistung gründe, 1  
Todeserklärung, wann sie Statt finde,  
geschehen müsse, 277; — ihre Wirkung  
zur Schließung einer neuen Ehe berecht  
Todesfall. Schenkungen auf den Todesf  
Vermächtniß oder als ein Vertrag zu k  
Todesgefahr eines verlobten Theiles b  
Ortsobrigkeit, das Aufgeboth gänzlich  
— wann sie die Todeserklärung eines i  
de, 24.

Todtgeborne. S. Kinder.

Tödtung; wie der daraus beschädigten  
leisten, 1327.

Tradition. S. Uebergabe.

Tractate. S. Unterhandlung.

Transaction. S. Vergleich.

Trauung, wie und mit welcher Vorsu  
soll, 75—82; — wann und wie sie  
88. S. auch Judenschaft.

Traungsbücher, worüber und wie sie  
sollen, 89—82, 88, 122, 128—

Trennung der Ehe. S. Ehetrennung  
Treue, wechselseitige, ist eine vorzüglich  
gatten, 90.

Treulosigkeit eines vertragmachenden Th  
der Regel den Anderen nicht, von dem  
hen, 919.

Triebvieh. S. Dienstbarkeiten.

Triftzeit. S. Dienstbarkeiten.

Erdbelvertrag. S. Verkaufsauftrag.

**Brunkenheit macht unfähig zu testiren, 566. E. Sinnenverwirrung.**

## II.

**Uebergabe.** Von der Erwerbung des Eigenthumes durch Uebergabe handelt das 5. Hauptst. II. Th. Die Uebergabe ist eine mittelbare Erwerbungsart, 423; — rechtlicher Titel derselben, 424; — der bloße Titel gibt noch kein Eigenthum, noch auch ein anderes dingliches Recht, 425; — Arten der Uebergabe; I. Bey beweglichen Sachen: a) die körperliche Uebergabe, 426; — b) durch Zeichen, 427; — c) durch bloße Erklärung, 428; — wann überschickte Sachen für übergeben zu halten, 429; — Folge einer Veräußerung ohne und mit der Uebergabe, 430; — II. Uebergabe unbeweglicher Sachen durch die Einverleibung des Erwerbungsgeschäftes, 431; — Erfordernisse hierzu, 432; — insbesondere a) bey einer Erwerbung durch Verträge, 433—435; — b) durch Urtheil oder andere gerichtliche Urkunden, 436; — c) durch Vermächtniß, 437. — Bedingte Aufzeichnung oder Vormerkung, 438 u. 439; — Vorschriften über die Collision der Eintragungen, 440; — Folge der Einverleibung: a) in Rücksicht des Besizes, 441; — b) in Rücksicht der damit verbundenen Rechte, 442; — und c) der Lasten, 443; — Erlöschung des Eigenthumsrechtes, 444; — Ausdehnung dieser Vorschriften auf andere dingliche Rechte, 445; — Art der Einverleibung, 446; — wo unbewegliche, und wo bewegliche Sachen zu übergeben, 905 u. 1420; — an mehrere Personen, welcher sie das Besizrecht gebe, 322; — an wen sie von dem Inhaber bey mehreren Besiz-

## CXXXVI

Vergleiches, 1389; — Wirkung in Rücksicht der Nebenverbindlichkeiten, 1390; — 3) Cession, 1392; — Gegenstände der Cession, 1393; — Wirkung, 1394 bis 1396; — Haftung des Cedenten, 1397—1399; — 4) Anweisung, 1400; — vollständige oder unvollständige, 1401 u. 1402; — Wirkung der Anweisung, 1403 bis 1409; — Ausnahme der Handelsleute, 1410.

**Umschaffung. S. Erneuerung.**

**Unbekannter.** Wie einem unbekannten Gläubiger die Schuld abgetragen werden könne, 1425.

**Unbestimmt.** Aus einer ganz unbestimmten Erklärung entsteht kein Vertrag, 869.

**Unbewegliche Sachen.** Begriff, 293; — Zugehör derselben, 294—297; — welche Rechte als unbewegliche Sachen anzusehen, 298; — wer jene eines Minderjährigen zu inventiren und zu schätzen habe, 225 bis 227; — wann und wie sie vom Vormunde veräußert werden können, 232; — sie unterliegen den Gesetzen des Ortes, worin sie liegen, 300; — und werden dort übergeben, 905; — wie man sie in Besitz nimmt, 312 u. 321; — dingliche Rechte derselben werden nur durch Eintragung in die öffentlichen Bücher erworben, und gehen erst durch die Löschung verloren, 321 u. 322, 431 bis 445; — in denselben kann nur im ersten Grade substituirt werden, 612; — wie lange bey denselben die Gewährleistung verlangt werden könne, 933; — Zeitraum zu ihrer Verjährung, 1467 u. 1468. S. **Einverleibung.**

**Undant,** schwerer, berechtigt zum Widerruf der Schenkung, 948 u. 949.

**Undeutliche Aeußerung.** Dieselbe wird in zweiseitig verbind-

**Unkörperliche Sachen; Begriff, 292.**

**Unmöglichkeit oder unerlaubte Bedingungen bey letzten Willenserklärungen machen, wenn sie aufschiebend sind, die Anordnung ungültig; und wenn sie auflösend sind, werden sie für nicht beygelegt geachtet, 698; — Was unmöglich oder unerlaubt ist, kann kein Gegenstand eines gültigen Vertrages werden, 878, 882, 897 u. 898.**

**Unmöglichkeit der Leistung, die zufällig eintretende, hebt die Verbindlichkeit auf, 1447.**

**Unmündige heißen die, welche das vierzehnte Jahr noch nicht zurückgelegt haben, 21; — Sie können keine Ehe schließen, 48; — Sie können eine Sache in Besitz nehmen, 310; — Sie sind unfähig zu testiren, 569.**

**Unschätzbare Sachen, 303.**

**Unterbrechung der Verjährung; wodurch sie geschehe, 1497.**

**Unterdrückung des letzten Willens macht des Erbtractes unfähig, 542.**

**Unterfertigung. S. Unterschrift; Siegelung.**

**Untergang des herrschenden oder dienstbaren Grundes hebt die Dienstbarkeit nicht für immer auf, 525; — der zufällige der Sache hebt alle Verbindlichkeit, sie zu leisten, auf, 1447. S. Gefahr.**

**Unterhalt. Begriff, 672; — der Ehemann ist seiner Ehegattinn den anständigen Unterhalt schuldig, 91; — Ehegatten, die sich scheiden wollen, müssen in Absicht auf den Unterhalt einverstanden seyn, 105 u. 106; — dafür ist auch während des Streites über die Trennung zu sorgen, 117; — Die Aeltern sind ihren Kindern, so lange sie sich nicht selbst ernähren können, den Unterhalt schuldig, 139, 141—143, 150 u. 166—171; —**

## CXL

von mehreren Mitschuldnern zu entrichten, 888—890.

S. auch Correalität.

Unverbrauchbare Sachen, 301.

Unvermögen zur Leistung der ehelichen Pflicht, in wie fern es ein Ehehinderniß sey, 60 u. 94; — wie es zu erheben, 99—101. S. Unfähigkeit.

Unverständliche Bedingungen sind in einem letzten Willen für nicht beygesetzt zu achten, 697; — eine unverständliche Erklärung der Einwilligung in einen Vertrag macht denselben ungültig, 869.

Unvollbürtige. S. Minderjährige.

Unwiderprüflich. Schenkungen sind in der Regel unwiderprüflich, 946; — Ausnahmen, 947—956.

Unwissenheit der Gesetze entschuldigt nicht, 2.

Unwürdige und Unfähige des Erbrechtes, 540—546.

Urgroßältern. Gesetzliches Erbrecht derselben, 741—750.

Urkunde ist einem Vormunde bey seiner Bestellung, 206 u. 212; — und Entlassung auszustellen, 262; — Urkunden eines Waisens sind gerichtlich zu verwahren, 229; — (tabularmäßige) zur Einverleibung in das öffentliche Buch geeignete Urkunden, 434 u. folg.; — gemeinschaftliche werden bey dem ältesten Theilhaber niedergelegt, die übrigen erhalten Abschriften, 844—849; — neu gefundene Urkunden, ob sie den Vergleich ungültig machen können, 1387.

Ursache. S. Beweggrund; Absicht.

Urtheile. S. Aussprüche, richterliche.

Usucapio. S. Verjährung.

Usurpatio usucapionis. S. Hemmung; Unterbrechung.



Usus servitus. S. Dienstbarkeiten.

Ususfructus. S. Fruchtnießung.

## B.

Valuta. S. Währung.

**Vater**, durch Annehmung an Kindes Statt. S. Wahlvater. — Ehelicher, welcher dafür zu achten sey, 138 u. 156—158; — besondere Rechte und Pflichten desselben, für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, 141 u. 142; — er theilt den Kindern seinen Namen und die Standrechte mit, 146; — er hat die väterliche Gewalt, 147; — Folgen derselben. S. väterliche Gewalt; — kann seinem Kinde einen Vormund oder Mitvormund ernennen, 196 u. 211; — oder jemanden von der Vormundschaft ausschließen, 193; — wann und wie die eheliche Vaterschaft bestritten werden könne, 156—159; — Vater unehelicher Kinder, wer dafür zu achten sey, 163 u. 164; — er ist vorzüglich zur Verpflegung des Kindes verbunden, 166 u. 167; — wenn aber das Kind bey der Mutter Gefahr läuft, auch zur Sorge für die Erziehung, 168 u. 169; — nur in so weit es hierzu nothwendig ist, kommt ihm eine Gewalt zu, 166; — Vatersrechte sind kein Gegenstand der Erfindung oder Verjährung,, 1458 u. 1481.

**Väterliche Gewalt**, worin sie überhaupt bestehe, 147; — insbesondere in Rücksicht der Schließung der Ehe, 49—53; — der Standeswahl, 148; — des Vermögens, 149—151; — oder der Verpflichtungen der Kinder, 152; — sie verpflichtet, die Kinder zu vertreten, ebend. — Ueber die unehelichen Kinder hat die eigentliche väterliche Gewalt nicht Statt, 166; — Wie die väterliche

**Gewalt** erlösche, 172—177; — Sie kann aber auf gerechten Ursachen über die Volljährigkeit fortauern, 172; — oder vor derselben sich endigen, 174; — ihre Ausübung kann gehemmt, 176; — oder sie kann dem Vater ganz entzogen werden, 177; — Schutz der Kinder gegen den Mißbrauch der Gewalt, 178. — Der Wahlvater übernimmt die väterliche Gewalt, 183; — und nach Auflösung des Wahlverhältnisses fällt sie auf den ehelichen Vater zurück, 185.

**Vaterschaft** zu einem unehelichen Kinde, Vermuthung und Beweis hierüber, 163 u. 164.

**Venia aetatis.** S. Nachsicht.

**Verabredung** über einen künftigen Vertrag, wann sie verbindlich sey, 936. Beagl. Punctation.

**Veränderung** des Besitzrechtes in eine bloße Inhabung im Rahmen eines Andern, 319; — der Umstände. Ihr Einfluß auf Verabredungen künftiger Verträge, 936. S. Umänderung.

**Veränderungsgebühren**, Lehenwaare und Sterblehen, in wie fern sie dem Obereigenthümer gebühren, 1142.

**Beranlassung**, sträfliche, der Ehetrennung ist ein Ehehinderniß, 119.

**Verantwortung** des Vormundes, Curators oder der Vormundschafts-Behörde, 264 u. 265.

**Verarbeitung.** S. Vereinigung.

**Veräußerung** der anvertrauten Pupillar-Sachen kann von dem Vormunde nicht eigenmächtig vorgenommen werden, 232 u. 233; — auch der Minderjährige kann in der Regel von dem Seinigen nichts veräußern, 244, 246 u. 247. — Wer eine fremde Sache in seinem eigenen Rahmen veräußert, kann sie, wenn er in der Folge Eigenthümer

wird, nicht zurück fordern, 366; — die Veräußerung bricht den Bestandvertrag, 1120 u. 1121; — sie steht dem Nutzungseigenthümer ohne Einwilligung des Obereigenthümers zu, 1140; — die Veräußerung im Rahmen eines Anderen fordert eine besondere Vollmacht, 1008.

**Verbesserungen.** S. Aufwand, nützlicher.

**Verbindlichkeiten.** Wer seine Verbindlichkeit nicht erfüllt, muß beweisen, daß es ohne sein Verschulden geschehe, 1298; — Arten, die Verbindlichkeiten zu befestigen, umzuändern oder aufzuheben, 1343; — Für welche Verbindlichkeiten Bürgschaft geleistet werden könne, 1350 bis 1352; — gemeinschaftliche. S. Gemeinschaftlich; auch Erfüllung; Verpflichtung.

**Verboth eines Gegenstandes vor der Uebergabe** macht den Vertrag ungültig, 880; — zu veräußern schließt das Recht zu testiren nicht aus, 610; — zu testiren ist eine fideicommissarische Substitution, ebend. S. auch Ehehinderriß; Unerlaubt.

**Verbothsrecht.** S. Untersagungsrecht.

**Verbrauchbare Sachen,** 301; — in wie fern sie ein Gegenstand der Fruchtniefung oder des Gebrauches, 510; — und des Darlehens, 983.

**Verbrechen hindern die Erwerbung der Staatsbürgerschaft,** 29; — sind Gründe zur Scheidung, 109; — oder bey nichtkatholischen christlichen Religions-Verwandten auch zur Trennung der Ehe, 115 u. 116; — wann zur Entreibung, 768 u. 769; — ein Verbrechen, welches das Zutrauen verlieren macht, schließt von der Erwerbsgesellschaft aus, 1210. S. Uebertretungen.

**Verbrecher, welche keine gültige Ehe schließen können,** 61 u. 94; — durch Verurtheilung zu einer längeren als

Einjährigen Gefängnißstrafe kommt die väterliche Gewalt außer Wirksamkeit, 176; — Verbrecher werden von der Vormundschaft und Curatel ausgeschlossen, 191 u. 281; — in wie fern sie zu testiren unfähig, 574; — oder zur Zeugenschaft bey letzten Anordnungen, 592; — in wie weit sie Verträge schließen können, bestimmt das Strafgesetz über Verbrechen, 868; — ein Verbrecher kann wegen verlorrenen Zutrauens von der Erwerbungsge-  
 sellschaft ausgeschlossen werden, 1210; — wer einem bekannten Verbrecher Aufenthalt gibt, in wie fern er für den von demselben verursachten Schaden verantwort-  
 lich sey, 1314 u. 1315.

**Verdingen. S. Dienstleistungen.**

**Verhehlchung** einer Staatsbürgerinn mit einem Ausländer zieht den Verlust der Staatsbürgerschaft nach sich, 32; — einer Minderjährigen, ob sie die väterliche Gewalt oder die Vormundschaft endige, 175 u. 260; — der Aelteru eines unehelichen Kindes bewirkt dessen Legiti-  
 mation, 161; — Bedingung der Nichtverhehlchung, 700. S. auch Ehe.

**Vereinigung**, in wie fern sie ein Zuwachs sey, 414 bis 419; — des dienstbaren und herrschenden Gutes in Ei-  
 ner Person hebt die Dienstbarkeit nicht für immer auf, 526; — Vereinigung des Rechtes und der Verbindlich-  
 keit in einer Person bewirkt die Erlöschung, 1445 und 1446. S. auch Wiedervereinigung.

**Verfasser eines Werkes.** Von dem Vertrage desselben mit dem Verleger. S. Dienstleistungen.

**Verfügungen** für einzelne Fälle oder Personen sind nicht auf andere auszudehnen, 12.

**Verführung** einer Weibsperson zur Unzucht verpflichtet zur Schabloshaltung, 1328.

**Verfolgung** der Rechte wird jedermann, selbst gegen das Staatsoberhaupt, gestattet, 19 u. 20.

**Vergebung. S. Verzeihung.**

**Vergleich**, worin er bestehe, 1380; — Unterschied von der Schenkung, 1381; — Ungültigkeit eines Vergleiches in Rücksicht des Gegenstandes, 1382 — 1384; — oder anderer Mängel, 1385 — 1388; — Umfang des Vergleiches, 1389; — Wirkung in Rücksicht der Nebenverbindlichkeiten, 1390; — der Vormund kann eigenmächtig keinen Vergleich schließen, 233; — einen Vergleich im Rahmen eines Anderen zu treffen, fordert eine besondere Vollmacht, 1008; — bey Streitigkeiten der Ehegatten über die Absonderung des Vermögens ist vorläufig ein Vergleich zu versuchen, 117 u. 1264.

**Vergütung. S. Aufwand; Schade.**

**Vergütungsbetrag.** Bedingung desselben, in wie fern sie gelte, 1336.

**Verhehung** zur Ehetrennung ist ein Ehehinderniß, 119.

**Verhinderung** an der Erklärung des letzten Willens schließt vom Erbrechte aus, 542.

**Verjährung und Ersizung. III. Tbl. 4. Hauptstck. Begriff** der Verjährung, 1451; — Begriff der Ersizung, 1452; — wer verjähren und ersizen könne, 1453; — gegen wen, 1454; — welche Gegenstände, 1455 — 1459; — Erfordernisse zur Ersizung: 1) Besitz 1460; — und zwar: a) ein rechtmäßiger, 1461 u. 1462; — b) reblicher, 1463; — c) echter, 1464; — 2) Verlauf der Zeit, 1465; — Ersizungszeit, ordentliche: a) bey beweglichen, 1466; — b) bey unbeweglichen

## CXLVI

den Sachen, 1467 u. 1468; — und c) darauf sich beziehenden Rechten, 1469 u. 1470; — d) bey selten ausüblichen Rechten, 1471; — außerordentliche, 1472 — 1477; — Verjährungszeit, ordentliche, 1478 — 1480; — Ausnahmen, 1481 — 1485; — außerordentliche kürzere Verjährungszeit, 1486 — 1492; — Einrechnung der Verjährungszeit des Vorfahrers, 1493; — Hemmung der Verjährung, 1494 — 1496; — Unterbrechung der Verjährung, 1497; — Wirkung der Erfindung oder Verjährung, 1498 — 1501; — Entsehung oder Verlängerung der Verjährung, 1502; — nach welchem Gesetze eine schon vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches angefangene Erfindung oder Verjährung zu beurtheilen. Kundmachungs-Patent. — Eine verjährte Schuld kann, wenn sie dennoch bezahlt worden, nicht zurück gefordert werden, 1432 u. 1433.

**Verjährungszeit. S. Verjährung.**

**Verkauf. S. Kaufvertrag.**

**Verkaufsauftrag. Begriff und Wirkung desselben, 1046 — 1089.**

**Verkehr. Was im Verkehre steht, ist ein Gegenstand der Schätzung, 303; — des Besizes, 311; — des Eigenthumes, 355; — des Pfandrechtes, 448; — eines Vermächtnisses, 653; — eines Vertrages, 878 u. 880.**

**Verkündigung der Ehe. S. Aufgeboth.**

**Verkürzung über die Hälfte des Werthes gibt ein Recht, die Aufhebung des Vertrages zu fordern, 934; — auch wenn die Bestimmung des Preises einem Dritten überlassen worden, 1060; — Ausnahmen, 935; — ins-**

besondere bey Glücksverträgen, 1268; — oder bey einem Vergleiche, 1386; — Verkürzung des Unterhaltes des Pflichttheiles oder der Gläubiger, in wie fern sie den Widerruf der Schenkung begründe, 950—954; — das Recht, den Vertrag wegen Verkürzung über die Hälfte des Werthes aufzuheben, erlischt binnen drey Jahren, 1487.  
**Verlag** eines Buches, oder von Landkarten, topographischen Zeichnungen oder musikalischen Compositionen. *S.* Dienstleistungen.

**Verlagsvertrag.** *S.* Dienstleistungen.

**Verlassen** einer Sache, heißt, derselben unbedingt sich begeben, 362; — der Eigenthümer kann seine Sache verlassen, ebenh. — Dieß ist aber nicht zu vermuthen, 388. *S.* Sachen, verlassene.

**Verlassenschaft**, was sie sey, 531. *S.* Erbrecht; — Wenn sie nicht zureicht, alle Gläubiger und Legatäre zu befriedigen, was zu thun sey, 691 u. 692. — Beiträge, gesetzliche, aus derselben zu öffentlichen Anstalten, 694; — erblose Verlassenschaft, wem sie zufalle, 760; — **Intestat-Verlassenschaft.** *S.* Erbfolge, gesetzliche.

**Verlassenschaftsabhandlung.** *S.* Besignehmung der Erbschaft.

**Verlassenschaftsgläubiger.** *S.* Gläubiger einer Verlassenschaft.

**Verlassung**, boshafte, des Ehegatten, ist ein Grund zur Scheidung, 109; — oder bey Nichtkatholischen auch zur Trennung der Ehe, 115 u. 116.

**Verlauf** der Zeit. *S.* Zeitverlauf.

**Verläumdung.** *S.* Verlehung.

**Verleger.** *S.* Dienstleistungen.

**Verleiher.** *S.* Leihvertrag.

## CXLVIII

**Verletzung** über die Hälfte des Werthes. **S. Verkürzung**;  
— des Erblassers oder seiner Familie, wann sie des  
Erbrechtes unwürdig mache, 540—542; — und zur Ent-  
erbung berechttige, 770; — am Körper, am Leben,  
an der persönlichen Freyheit, an der Ehre, am Vermö-  
gen, wie der daraus entstandene Schaden zu ersetzen,  
1325—1335. **S. Schadensersatz.**

**Verlobte.** **S. Eheverlöbniß**; Brautpersonen.

**Verlorne Sachen.** **S. Finden.**

**Verlust** der Staatsbürgerschaft, 32; — der väterlichen  
Gewalt, 172 — 178; — einer Sache, wann er den  
Besitz erlöschen mache, 349 u. 352; — Verlust des  
Pfandes zieht noch nicht den Verlust der Forderung nach  
sich, 459 u. 467. **S. auch Erlösung.**

**Vermächtniß**, was es sey, und wie es sich von einer Erb-  
schaft unterscheide, 535. — Von Vermächtnissen handelt  
das 11. Hauptstück II. Th. Von wem, wie und wem über-  
haupt legirt, 647 u. 648; — wer mit Entrichtung oder  
Austheilung eines Vermächtnisses beschwert werden kö-  
nne, 649—651; — Substitution bey Vermächtnissen,  
652; — Gegenstände eines Vermächtnisses, 653 u.  
654; — allgemeine Auslegungsregeln bey Vermächtnissen,  
655; — besondere Vorschriften über das Vermächtniß: a)  
von Sachen einer gewissen Gattung, 656—659; — b)  
das Vermächtniß einer bestimmten Sache, 660 u. 661;  
— c) einer fremden Sache, 662; — d) einer Forde-  
rung, 663—668; — e) des Heirathsgutes, 669—  
671; — f) des Unterhaltes, der Erziehung oder Kost,  
672 und 673; — g) der Mobilien, des Hausrathes,  
674; — h) eines Verhältnisses, 675—677; — i)  
der Juwelen, des Schmuckes und Putzes, 678; — k)  
des Goldes oder Silbers, der Wäsche, Equipage, 679;



— l) der Barschaft, 680; — m) über die Benennung: Kinder, 681; — n) Verwandte, 682; — o) Dienstpersonen, 683; — Anfallstag bey Vermächtnissen, 684; — ob sogleich das Eigenthum erworben werde, ebend. — Zahlungstag, 685—687; — Recht des Legatars zur Sicherstellung, 688; — wenn ein ererbtes Vermächtniß zufalle, 689; — Recht des Erben, wenn die Lasten die Masse erschöpfen, 690 u. 691; — oder gar übersteigen, 692 u. 693; — von den gesetzlichen Beiträgen zu öffentlichen Anstalten, 694; — wie ein Vermächtniß aufgehoben oder widerrufen werde. S. Aufhebung des letzten Willens. — In wie fern die Vermächtnisse, ungeachtet der Enterbung oder Uebergehung, bestehen, oder die Vermächtnißnehmer zur vollständigen Entrichtung des Pflichttheiles beitragen müssen, 776 u. 783; — Vermächtnisse werden in den Pflichttheil eingerechnet, 787; — das Vermächtniß einer dritten noch lebenden Person kann nicht veräußert werden, 879.

**Vermächtnißnehmer.** Begriff, 535; — er und dessen Familie kann den ihm zugebachten Nachlaß nicht bezeugen, 594. S. Vermächtniß. — Er kann die Absonderung der Verlassenschaft von dem Vermögen des Erben verlangen, 112; — und sich auch an den Käufer der Erbschaft halten, 1282; — sein Recht wird durch die Nachfolge des Schuldners in die Verlassenschaft des Gläubigers nicht geändert, 1445.

**Vermengung.** S. Vereinigung.

**Vermischung.** S. Vereinigung.

**Vermißte.** S. Abwesende.

**Vermögen,** bewegliches, unbewegliches. S. Sache. — Staatsvermögen; Gemeindevermögen, was es heiße,

287 u. 288; — ob das gütig gegenwärtige und künftige Vermögen gütig verpfändet werde, 944; — von der Verwaltung des Vermögens der Kinder oder Minderjährigen. **S.** diese Wörter.

**Vermögensabsonderung.** **S.** Absonderung.

**Vermögensverletzungen.** **S.** Verletzung.

**Vermuthung**, gesetzliche, der angeborenen Rechte, 17; — des Lebens einer Geburt, 31; — des Todes eines Vermissten, 24; — des gleichzeitigen Todes Mehrerer, wenn der Zeitpunkt zweifelhaft, 25; — der Gültigkeit der Ehe, 99; — der ehelichen oder unehelichen Geburt, 138, 155 u. 156; — der Waterschaft zu einem unehelichen Kinde, 163; — für die Vereinigung der Vormundschaft mit der testamentarischen Curatel, 209; — des Erbtheiles eines Verschollenen, 278; — eines gültigen Befristetels, 323; — und der Oblithkrit des Befristetels, 323; — der Erwerbsfähigkeit, 356; — des vollständigen Eigenthumes, 360 u. 372; — von der Beschaffenheit einer zur Fruchtnießung übergebenen Sache, 416; — über die Berufung der Erben zur Fruchtnießung, 529; — eines widerrufenen Legates, 724 u. 725; — des gemeinschaftlichen Eigenthumes, 584 u. 587; — bey erkrankten oder unguefallenen Vieh, Schwaunen, Rindvieh, Pferden, 924—927; — in Rücksicht des Angeldes, 908; — bey Zurückstellung eines Pachtgutes, 1110; — der Correallität in einer Handelsgesellschaft, 1203; — über die Entrichtung der Morgengabe, 1232; — da Erwerb von dem Ehemanne, 1237; — über das Erbschulden, 1296 u. 1297; — die Erbschulden der Vollmacht, 1029, 1030 u. 1033; — die vom Bestandsschulden abrenomirten Angeldesfälle, 1106; — über den An-

stand, ob die Bestellung einer Arbeit ein Kauf oder Pachtvertrag sey, 1158; — im Zweifel, welche aus mehreren Schuldposten bezahlt worden, 1415 u. 1416; — über die mit dem Capitale bezahlten Zinsen, 1427; — über die Zahlung einer Schuld aus dem Besitze des Schuldscshaines, 1428; — oder über die Zahlung einer älteren Schuldpost aus der Abtragung einer jüngeren, 1429 u. 1430.

**Vernunftlose** stehen unter besonderem Schutze der Gesetze, 21; — sind unfähig eine Ehe zu schließen, 48; — die väterliche Gewalt fort zu setzen, 176; — eine Vormundschaft oder Curatel zu führen, 191 u. 281; — sie stehen selbst unter Curatel, 270; — wie die Curatel über selbst erlösche, 283; — sie sind unfähig, einen Besitz zu erwerben, 310; — zu testiren, 566 u. 567; — zur Bemannschaft bey letzten Anordnungen, 591; — sind unfähig einen Vertrag zu schließen, 665; — ihre Begünstigung in Rücksicht der Verjährung, 1494. — Wie die einem Vernunftlosen gemachte Substitution erlösche, 616; — in wie fern der von ihnen gemachte Schaden zu ersetzen sey, 1308 — 1310.

**Verordnungen. S. Verfügungen; Gesetze; Statuten.**

**Verpfändung** einer fremden Sache, in wie fern sie gültig, 456; — in wie fern sie einem Fideicommiss-Inhaber gelte, 632. **S. Pfand.**

**Verpflegung. S. Unterhalt.**

**Verpflichtung.** Minderjährige können ohne Einwilligung des Vaters oder Vormundes in der Regel keine gültige Verpflichtung eingehen, 152, 244 — 246; — die Verpflichtung eines Dritten für den Schuldner als Al-

Leinzahler, oder als Mitschuldner, oder als Bürge, ist eine rechtliche Art der Sicherstellung, 1343 u. 1344; — wer sie auf sich nehmen könne, 1349.

**Verschlimmerungen. S. Schade.**

**Verschollene. S. Abwesende.**

**Verschulden**, in wie fern ein Fideikommiß verschuldet werden dürfe, 635; — wie ein sehr verschuldeter Rotherbe enterbt werden könne, 773.

**Verschulden (Culpa)**, worin es bestehe, 1294. S. **Schadenersatz**. — Auch ein Minderjähriger haftet für sein Verschulden, 243.

**Verschwender** heißen im Gesetze diejenigen, welche als solche von dem Gerichte für unfähig ihr Vermögen zu verwalten öffentlich erklärt worden sind, 21; — wer als ein Verschwender zu erklären sey, 273; — er erhält einen Curator, ebend. — Wann diese Curatel aufhöre, 283; — über zur Verschwendung geneigte Kinder wird die väterliche Gewalt oder die Vormundschaft fortgesetzt, 173, 251; — wird der Vater als Verschwender erklärt, so wird ein Vormund den Kindern bestellt, 176; — ob ein Verschwender zu testiren fähig, 563; — ob er seinen letzten Willen widerrufen könne, 718; — in wie fern verschwenderische Rotherven enterbt werden dürfen, 773; — in wie fern ein Verschwender einen Vertrag schließen könne, 865 u. 866; — der gerichtlich erklärte Verschwender kann von der Erwerbsgesellschaft ausgeschlossen werden, 1210; — der Ehemann ist berechtigt, seine Gattinn unter den gesetzlichen Vorständen als Verschwenderinn erklären zu lassen, 1241.

**Vorsehen**, worin es bestehe, 1294, 1297; — Folge

des dadurch verursachten Schadens, 1295, 1323 u. 1324. S. Schadensersatz.

**Versendungsanstalten**, öffentliche, in wie fern sie für den Schaden haften, dieses bestimmen die besonderen Vorschriften, 1317.

**Versicherungsvertrag**. Gegenstände desselben und die daraus entspringenden Rechte, 1288 — 1291; — die Vorschriften über die See-Assicuranz sind in den See-gesetzen enthalten, 1292.

**Versio in rom.** S. Verwendung.

**Versorgung**. S. Unterhalt.

**Versorgungsanstalten**, gesellschaftliche, sind nach der Verfassung der Gesellschaft zu beurtheilen, 1287.

**Versprechen**, worin es bestehe, 361; — Frist zur Annahme eines Versprechens, 362; — welche Personen unfähig seyn, zu versprechen, 365—368; — in wie fern man für einen Dritten versprechen könne, 381; — wie, wenn unmögliche und mögliche Dinge zugleich versprochen worden, 382; — wie, wenn Mehrere eine theilbare oder untheilbare Sache zugleich versprechen, oder sich versprechen lassen, 383 — 396. S. auch Vertrag. Annahme des Versprechens.

**Verstandlose**. S. Vernunftlose.

**Versteigerung**. S. Feilbiethung.

**Verstümmlung**. S. Verletzungen, körperliche.

**Vertauschung** von Fideicommiss-Grundstücken, wie sie Statt finde, 633 u. 634. S. Tausch.

**Vertheidigung** der Ehe bey einer bevorstehenden Ungültig-erklärung oder Trennung derselben, 97, 114 u. 115.

**Vertrag**. Von Verträgen überhaupt handelt das 17. Hauptst. II. Thl. Ein Vertrag gibt einen rechtmäßigen

Titel zur Erörterung dinglicher Sachrechte; des Be-  
 sitzes, 317; — Eigenthumes, 424; — Pfandrechtes,  
 449; — der Dienstbarkeit, 480; — und des Ge-  
 rechtes zwischen Ehegatten, 602, 1249; — er grün-  
 det zunächst ein persönliches Sachenrecht, 859; — Be-  
 griff von einem Vertrage, 861; — Frist zur Annah-  
 me eines Versprechens, 862; — Eintheilung der Ver-  
 träge in ausdrückliche und stillschweigende, 863; — in  
 ein- oder zweiseitig verbindliche, 864; — Erforder-  
 nisse eines gültigen Vertrages: 1) Fähigkeit der Perso-  
 nen, 865—868; — 2) wahre Einwilligung, 869;  
 — in wie fern Zwang, Irrthum oder List den Vertrag  
 ungültig mache, 870—877; — 3) Möglichkeit der Lei-  
 stung, 878—882; — unerlaubte und ungültige Ver-  
 träge insbesondere, 879, 986, 991, 993, 996,  
 998, 1056, 1174, 1196, 1206, 1239, 1270  
 — 1273, 1291, 1371, 1372, 1382—1385 u.  
 1502; — Vertrag für Andere, 881; — Form der  
 Verträge, 883; — insbesondere von schriftlichen Ver-  
 trägen und der Punction, 884—887; — gemeins-  
 schaftliche Verbindlichkeit oder Berechtigung, 888—890;  
 — Correalität mehrerer Schuldner, 891; — oder mehr-  
 erer Gläubiger, 892; — Wirkung der Zahlung oder Be-  
 freiung im Falle der Correalität, 893—896; — Neben-  
 bestimmungen bey Verträgen: 1) Bedingungen, 897—  
 899; — 2) Beweggrund, 900 u. 901; — 3) Zeit, Ort  
 und Art der Erfüllung, 902—907; — 4) Angeld,  
 908; — 5) Reugeld, 909—911; — 6) Nebenge-  
 bühren, 912 u. 913; — Auslegungsregeln bey Ver-  
 trägen, 914—916. — Von der Erlöschung der Verträge,  
 917—920; — Gegenstände entgeltlicher Verträge

und Erschäfte, 921; — allgemeine Bestimmungen allgemeiner Verträge: 1) Gewährleistung, Fälle derselben, 922—930; — Bedingung, 931; — Wirkung der Gewährleistung, 932; — Erlöschung des Rechtes der Gewährleistung, 932; — 2) Schadloshaltung wegen Verletzung über die Hälfte im Werthe, 934, 935; — von der Verabredung eines künftigen Vertrages, 936; — vom Verzicht auf Einwendungen, 937. **C. Nebenverträge.** — Die Vertragsrechte und Verbindlichkeiten gehen in der Regel auf die Erben über, 916; — die Ausnahmen stehen unter dem Worte: Erben. — Das Verschulden durch Uebertretung einer Vertragspflicht begründet die Verbindlichkeit zum Schadenersatz, 1295. **S. Schadenersatz.**

**Vertreter.** Der Mann ist ein gesetzlicher Vertreter seiner Frau, 91; — seiner minderjährigen Kinder, 152; — der Vormund seiner Pflegebefohlenen, 243.

**Vertretungsleistung,** wann sie zur Gewährleistung zu verlangen. Folge der Unterlassung, 931.

**Verunstaltung.** **C. Verletzungen.**

**Verwahrungsvertrag** ist der Gegenstand des 19. Hauptst.

**II. Thl. Begriff desselben,** 957, 958; — wann er in einen Darlehens- oder Leihvertrag, 959; — oder in eine Bevollmächtigung übergehe, 960; — Rechte und Pflichten des Verwahrers, 961 — 966; und des Hinterlegers, 967; — Sequester, 968; — ob dem Verwahrer ein Lohn gebühre, 969; — Gastwirth, Schiffer, Fuhrleute haften gleich einem Verwahrer, 970; — Verwahrungssache sind kein Gegenstand der Compensation, 1440; — sie können von dem Verwahrer und dessen Erben nicht verjährt werden, 1462.

## CLVI

**Verwalter** eines gemeinschaftlichen Gutes hat die Rechte und Pflichten eines Nachhabers, 337, 338; — der Vater ist gesetzlicher Verwalter des Vermögens seiner Kinder, 149 u. 150; — Vormünder und Curatoren des Vermögens ihrer Pflegebefohlenen, 188; — wie mehrere Vormünder das Vermögen verwalten sollen, 210.

**Verwaltung fremder Güter.** S. väterliche Gewalt; Vormundschaft; Bevollmächtigung; Freywillige Geschäftsführung; Lohnvertrag; Ehe-Pacte.

**Verwandlung** eines Fideicommiss-Gutes in ein Capital, ob sie Statt habe, 633 u. 634.

**Verwandte** eines Minderjährigen sind vorzüglich berechtigt, die Vernachlässigung oder den Mißbrauch der väterlichen oder vormundschastlichen Gewalt anzuzeigen, 173, 217; — sie sind verbunden, für die Bestellung eines Vormundes oder Curators zu sorgen, 189; — die nächsten, männlichen Geschlechtes, sind gesetzliche Vormünder, 198; — haben Anspruch auf die Mitvormundschaft, 211; — und Abtretung der Vormundschaft, 259; — sind um die Verpflegung des mittellosen Waisens anzugehen, 221; — sind wegen Fortsetzung der Vormundschaft oder Ertheilung der Rücksicht des Alters zu vernehmen, 251 u. 252; — welche bey einem Vermächtnisse für Verwandte zu verstehen seyn, 682; — welchen ein gesetzliches Erbrecht zustehe, 730—751.

**Verwandtschaft**, worin sie bestehe, 40; — Berechnung der Grade derselben, 41; — in wie weit sie ein Ehehinderniß, 65 u. 94; — Ausnahme in Rücksicht der Juden, 125; — welche Verwandtschaft mit dem Erben oder Legatar von der Zeugenschaft über eine letzte



Anordnung anschliesse, 594; — uneheliche Kinder sind von den Rechten der Verwandtschaft ausgeschlossen, 165.  
**Verwendung einer Sache zum Nutzen eines Anderen**, in wie fern sie ein Recht begründe, 1041 — 1044. **S.** Aufwand.

**Verwundung.** **S.** Verletzung, körperliche.

**Verzeichniß.** **S.** Inventarium.

**Verzeihung des Erblassers hebt die Unwürdigkeit des Erben auf**, 540.

**Verzicht auf das Erbrecht**, 551; — wem der Erbtheil des Verzichtenden zufalle, 560—562; — in wie fern der Inhaber eines Fideicommisses auf dasselbe Verzicht thun könne, 632; — Verzicht auf Einwendungen muß bestimmt seyn, 937; — wann der Verzicht eine Schenkung sey oder nicht, 939, 1381; — unentgeltlicher Verzicht auf Rechte im Rahmen eines Anderen zu errichten, fordert eine besondere Vollmacht, 1008; — auf das Recht der Verjährung kann man im voraus nicht Verzicht leisten, 1501.

**Verzögerung der Zahlung eines Capitals**, wann sie eintrete, und was sie wirke, 1333—1335; — Folge der Verzögerung des Gläubigers in Annahme der Zahlung, 1419, 1425.

**Verzögerungszinsen.** Begriff und Maß derselben, 1333, 1335.

**Vieh.** Das Wirthschaftsvieh ist ein Zugehör des Grundes, 296; — auf welches Vieh sich das Weiderecht erstreckt, 499 u. 500; — wann dessen Erkrankung oder Tod die Gewährleistung gründe, 924 — 928; — das Vieh auf dem Pachtgute ist stillschweigend für den Pachtzins verpfändet, 1101; — Recht des Grundbesizers bey

## GLVIII

einem ihm von einem fremden Viehe verursachten Schaden, 1321 u. 1322. S. Thier.

Viehseuche. S. Seuche.

Viehtriebrecht. S. Dienstbarkeiten.

Vielmännerey und Vielweiberey ist gesetzwidrig, 62 und 94.

Viertheil, falschlicher oder trebellianischer, findet nicht Statt, 690 u. 698 u. folg.; — ein reiner Viertheil der Verlassenschaft bleibt ungeachtet eines Erbvertrages zur freyen letzten Anordnung vorbehalten, 1253.

Vindication. S. Eigenthumsklage.

Vis fluminis. S. Zuwachs.

Vollbürtige. S. Großjährigkeit.

Volljährigkeit. S. Großjährigkeit.

Vollmacht. Begriff derselben, 1005; — allgemeine und besondere, 1006; — unbeschränkte und beschränkte, 1007; — Geschäfte die einer besonderen Vollmacht bedürfen, 1008; — insbesondere die Einwilligung zur Ehe, 76; — der Widerruf macht die nachgefolgte Erklärung der Einwilligung zur Ehe ungültig, ebend. — Die geheime Vollmacht hat auf die Rechte des Dritten keinen Einfluß, 1017. — Inner den Gränzen der Vollmacht kommen die Rechte und Verbindlichkeiten auf den Rechtsgeber, 1017—1019; — Erlöschung der Vollmacht durch den Widerruf, Tod oder Concurß, 1020—1026; — stillschweigende Vollmacht, 1027 — 1033; — gerichtliche und gesetzliche Vollmacht, 1034. S. Bevollmächtigung.

Vollzieher des letzten Willens, dessen Pflichten, 816 u. 817.

Vorausbezahlung der Zinsen bey einem Darleihen, in wie

fern sie Statt finde, 997; — des Bestandzinses Lohn bedungen werden, 1102; — des Witwengehaltes, der Leibrente und des Unterhaltes ist pflichtmäßig, 1242, 1285, 1418.

**Vorausgabe** wird im Zweifel für ein Angeld, nicht für ein Kengeld geachtet, 908—910.

**Vorausvermachniß** für einen Erben, 648.

**Vorbehalt** der Wahl bey einem Vertrage, wenn er vereitelt wird, 907; — des Wiederkaufes, 1068—1070; — des Rückverkaufes, 1071; — des Vorkaufsrechtes, 1072—1079; — der Probe, 1080—1082; — oder eines besseren Käufers, 1083—1085.

**Vorgeben**, listiges der Fähigkeit zur Schließung eines Vertrages, wann es zur Genugthuung verbindet, 866; — fälschliches, des Besizes verbindet zum Schadensersatz, 377; — wann es die Gewährleistung gründe, 923, 929 u. 930.

**Vorhanden**. Für eine verkaufte Sache, die nicht mehr vorhanden ist, muß Gewähr geleistet werden, 923.

**Vorkaufsrecht**. Begriff desselben, 1072; — es ist in der Regel ein persönliches, 1073; — und unübertragbares Recht, 1074; — Zeitraum zur Ausübung, 1075; — Wirkung desselben bey einer gerichtlichen Feilbietung, 1076; — Bedingungen zur Ausübung dieses Rechtes, 1077—1079; — auf das Vorkaufsrecht hat ein Obereigenthümer ohne ausdrückliche Bedingung keinen Anspruch, 1140 u. 1141.

**Vorladung**. S. Edicte.

**Vormerkung** in die öffentlichen Bücher was sie sey; Erforderniß und Wirkung, 438, 439, 445.

**Vormund. S. Vormundschaft; Mitvormund.**

**Vormundschaft.** Von der Vormundschaft und Curatel handelt das 4. Hauptst. I. Thl. Bestimmung der Vormundschaft und Curatel, 187; — Unterschied zwischen der Vormundschaft und Curatel, 188; — I. Von der Vormundschaft. Veranlassung zur Bestellung derselben, 189; — wer den Vormund zunächst bestelle, 190; — nothwendige Entschuldigug von einer Vormundschaft überhaupt, 191 u. 192; — von einer bestimmten Vormundschaft, 193 u. 194; — freywillige Entschuldigungsgründe, 195; — Arten der Berufung zur Vormundschaft: 1) testamentarische, 196 u. 197; — 2) gesetzliche, 198; — 3) gerichtliche, 199; — Form der wirklichen Bestellung des Vormundes, 200; — Form die Bestellung abzulehnen, 201; — Verantwortlichkeit des Vormundes und des Gerichtes in Rücksicht dieses Gegenstandes, 202 u. 203; — Antritt der Vormundschaft, 204; — Angelobung des Vormundes, 205; — Urkunde hierüber, 206; — Führung der Vormundschaft. Vorläufige gerichtliche Vorsicht hierüber, 207 u. 208; — Vereinigung der vormundtschaftlichen Hauptpflichten (der Erziehung und Vermögensverwaltung) in Einer Person, 209 u. 210; — Unterstützung einer Vormünderinn durch einen Mitvormund, 211; — Pflichten und Rechte des Mitvormundes, 212—215; — besondere Pflichten und Rechte des Vormundes: a) in Rücksicht der Erziehung der Person, 216; — entsprechende Verbindlichkeit des Pflegebefohlenen, 217; — wer zunächst die Erziehung besorge, 218; — Bestimmung der Quantität und der Quellen der Erziehungskosten, 219 — 221; — besondere Pflichten des Vormundes: b)

in Rücksicht der Vermögensverwaltung, Erforschung und Sicherstellung des Vermögens, 222; — durch die Sperre und Inventur, 223; — dann durch die Schätzung des unbeweglichen Vermögens: entweder unmittelbar von dem vormundschaftlichen Gerichte, 224; — oder vermittelt der Realbehörde, 225 u. 226; — wohin das bewegliche Vermögen gehört, 227; — allgemeine Vorschriften in Rücksicht auf die Vermögensverwaltung, 228; — besondere Vorschriften: a) in Absicht der unmittelbaren Vermögensverwaltung, insbesondere in Rücksicht der Kostenverteilung, 229; — des baren Geldes, 230; — des übrigen beweglichen Vermögens, 231; — in Rücksicht des unbeweglichen, 232, 1219 u. 1250; — bey vorzuziehenden wichtigen Veränderungen, 233; — bey Einhebung der Capitalien, 234; — bey weiterer Verwendung derselben, 235; — zur Sicherstellung unbedeckter Forderungen, 236 u. 1245; — Caution, 237; — Verbindlichkeit zur Rechnungslegung, 238; — Zeit der Rechnungslegung, 239; — Ort, 240; — und Art der Rechnungsablegung, 241 u. 242; — besondere Vorschriften für den Vormund bey der mittelbaren Vermögensverwaltung: b. i. bey Erwerbungen oder Verpfändungen des Pflegebefohlenen. Insbesondere: bey Vertretungen, 243; — bey Verträgen des Pflegebefohlenen, 244 u. 245; — bey einer Ehescheidung, 106; — oder Annahme an Kindes Statt, 181; — in welchen Fällen der Minderjährige ohne Einwilligung des Vormundes verbunden werde, 246 — 248; — Entbindung des Vormundschaft: a) durch den Tod, 249; — b) nach gehobenen Hindernissen der Ausübung der väterlichen Gewalt, 250; — c) durch wirkliche Volljährigkeit,

251; — d) durch die vermittelst erteilter Nachsicht rechtlich angenommene Volljährigkeit, 252; — e) durch die ämtliche oder angesuchte Entlassung des Vormundes, 253; — Fälle der ämtlichen Entlassung, 254 — 256; — Fälle der vom Vormunde rechtlich angesuchten Entlassung, 257 u. 258; — Fälle der von Anderen rechtlich angesuchten Entlassung des Vormundes, 259 u. 260; — Bedingungen zur rechtlichen Entlassung des Vormundes: a) gewöhnlicher Zeitpunkt, 261; — b) Schlußrechnung, 262; — c) Uebergabe des Vermögens, 263; — Haftung des Vormundes aus fremdem Verschulden, 264; — subsidiarische Haftung des vormundschastlichen Gerichtes, 265; — Belohnung des Vormundes: a) jährliche, 266; — oder b) beim Austritte, 267; — Rechtsmittel des Vormundes bey Beschwerden, 268; — II. Von der Curatel. Begriff der Curatel, 269; — Fälle der Curatel, 270: — a) für Minderjährige, 271 u. 272; — b) für Wahn- und Blödsinnige, 273; — oder c) Verschwender, ebend.; — d) für Ungeborne, 274; — e) für Taubstumme, 275; — f) für Abwesende, 276 — 278; — g) für Sträflinge, 279; — Bestellung der Curatel 280; — Entschuldigungsursachen, 281; — Führung der Curatel, 282; — Erlösung derselben, 283; — Ausnahmen in Rücksicht des Banerstandes, 284.

**Vormundschaftsbehörde. S. Vormundschaftliches Gericht.**

**Vormundschaftsbuch, wie es zu führen,** 227 u. 228.

**Vormundschaftliches Gericht** ist dasjenige, unter dessen Gerichtsbarkeit der Minderjährige steht, 129; — es sorgt von Amta wegen für die Bestellung eines Vormundes,

189, 190, 199 u. 209; — hat die Tauglichkeit und Entschuldigungsgründe zu beurtheilen, 191 — 195, 201 u. 203; — demselben wird jeder Vormund unterworfen, 200; — ist für einen wirklich untauglichen verantwortlich, 202; — es ertheilt den Auftrag zur Uebernehmung der Vormundschaft, 204; — nimmt die Angelobung an, und ertheilt hierüber eine Urkunde, 205 u. 206; — sorgt, daß aus mehreren Vormündern nur Einer die Erziehung und Hauptführung der Geschäfte übernehme, 210; — beurtheilt die Unterhaltungskosten, 219 — 221; — erforscht das Pupillar-Vermögen durch Sperre, Inventur und Schätzung, 222 — 227; — wachet über alle Zweige der vormundschafftlichen Verwaltung und entscheidet in allen wichtigeren Angelegenheiten, worüber der Vormund die Genehmigung einholen muß, 216, 231 — 235; — übernimmt und erlediget die Rechnungen, 238 — 241, 262; — es kann einem Minderjährigen nach zurückgelegtem zwanzigsten Jahre den reinen Ueberschuß der Einkünfte überlassen, 247; — beurtheilet die Entlassung des Vormundes, 253 — 260; — kann die Fortsetzung der Vormundschaft nach der Großjährigkeit anordnen, 251; — oder die Rücksicht des Alters ertheilen, 252; — haftet aus-  
hülfsweise für die Verwaltung, 265; — erkennet über die dem Vormunde gebührende Belohnung, 266 u. 267; — über die wechselseitigen Beschwerden des Vormundes und des Minderjährigen, 217, 268; — und fährt über die Pupillar-Angelegenheiten ein Baisenbuch, 207 u. 208; — es sorgt auch für die Curatel, wie für die Vormundschaft, 269, 282. S. auch Vormundschaft.

## OLXIV

**Vorfall**, böser, zu schaden, worin er besteht, 1224; —

Folge desselben, 1323 u. 1324. **S. Schadensersatz.**

**Vorschriften.** **S. Gesetze. Statuten. Verfügungen.**

**Vorschuß.** Wann er bey Bestellung einer Arbeit verlangt werden kann, 1155.

**Vorthail**, entgangener. **S. Entgang.**

**Vorzugsrecht** der Gläubiger wird in dem Verfahren über Concurs-Fälle bestimmt, 470.

## W.

**Waaren**, wenn sie bey Darleihen statt baren Geldes gegeben worden, wie die Tilgung geschehe, 991.

**Warenlager** kann auch symbolisch übergeben werden, 427.

**Waggeschäfte.** **S. Glücksverträge.**

**Wahl** bey einem Versprechen, das auf mehrere Arten erfüllt werden kann, steht dem Verpflichteten zu, 906; — wie, wenn die in einem Vertrage zugestandene Wahl vereitelt wird, 907.

**Wahlältern.** Begriff, 179; — ob ihnen ein gesetzliches Erbrecht zustehe, 756.

**Wahlkinder** heißen diejenigen, welche an Kindes Statt angenommen werden, 179; — gesetzliches Erbrecht derselben, 755.

**Wahlmutter, Wahlvater** heißen diejenigen, welche eine Person an Kindes Statt annehmen, 179; — über ihr so wie über der Wahlkinder Rechte und Pflichten. **S. Annahme an Kindes Statt.**

**Wahnsinnige.** **S. Vernunftlose; Pflegschaftene.**

**Währung**, in welcher ein Darlehen gegeben werden kann, und in welcher dasselbe oder die Zinsen davon zu bezahlen. **S. Darlehensvertrag; Geldzahlungen.**



**Waisen.** S. Minderjährige.

**Waisenbuch.** S. Vormundschaftsbuch.

**Wandelpön.** S. Reugeld.

**Wandschränke,** in wie fern sie in einer gemeinschaftlichen Mauer angebracht werden können, 355.

**Wapen,** deren werden die Ehegattinn, 92; — und die ehelichen Kinder theilhaft, 146; — sie gründen die Vermuthung des Eigenthumes einer Sache, 354.

**Wäsche** wird nicht zur Kleidung gerechnet, 679.

**Wasser.** Das Recht, dasselbe zu leiten oder zu schöpfen. S. Dienstbarkeiten.

**Wasserbett,** das verlassene, wem es gehöre, 409, 410.

**Wasserwerke,** deren Führung bedarf der Bewilligung der politischen Behörde, 413.

**Wechselrecht,** wann es verjährt werde, bestimmt die Wechselordnung, 1492.

**Wechselgeschäfte.** S. Handelsgeschäfte.

**Wechselseitige Schenkungen,** in wie fern sie den unentgeltlichen Verträgen beizuzählen, 942.

**Weg- oder Fahrwegrecht.** S. Dienstbarkeiten.

**Weib.** S. Ehegattinn.

**Weibliche Nachkommenschaft** hat in der Regel auf Fideicommiss keinen Anspruch, 626.

**Weibspersonen.** S. Frauenspersonen.

**Weiderecht.** S. Dienstbarkeiten.

**Weihe,** in wie fern sie ein Ehehinderniß, 63, 94.

**Weißzeug.** S. Wäsche.

**Weltgeistliche** können zur Uebernehmung einer Vormundschaft nicht angehalten werden, 195. S. auch Geistliche.

**Werk.** Aufführung oder Niederreißung eines Werkes. S. Gebäude. — Vollbringung eines Werkes gegen einen aus-

drücklich oder stillschweigend bedungenen Lohn. S. Dienstleistungen.

**Werth.** Wie der Werth eines zu verschuldenden oder zu vertauschenden Fideicommisses zu bestimmen sey, 637; — Verkürzung über die Hälfte desselben gibt ein Recht zum Schadenersatz, 934 u. 935. S. Preis; Verkürzung.

**Wette.** Begriff, 1270; — sie kann auch über den unbekannten Inhalt einer letztwilligen Erklärung eingegangen werden, 1383; — der Preis einer Wette kann nicht eingeklagt, aber der bezahlte nicht zurück gefordert werden, 1271, 1432 u. 1433.

**Widerlage** wird zur Vermehrung des Heirathsgutes versprochen, 1230. S. Ehe-Pacte.

**Widerruf der Vollmacht zur Ehe**, was er wirkte, 76; — des letzten Willens. S. Aufhebung. — Vermutheter eines Vermächtnisses, 724 u. 725; — der Erbserklärung, ob er Statt finde, 806; — eines Fideicommisses, 628; — des noch nicht angenommenen Versprechens, 862; — der Schenkungen, 946 — 956; — der Vollmacht, in wie fern er Statt finde, 1020; — oder einer Affignation, 1404.

**Wiedereinsetzung.** S. Einsetzung.

**Wiederkauf.** Das Recht zu demselben vermöge des Vorbehaltes, worin es bestehe, 1068; — Ersatz der Verschlimmerungen und Verbesserungen, 1069; — in welchen Gegenständen und unter welchen Beschränkungen dieses Recht Statt finden könne, 1070.

**Wiederverehelichung.** Gesetzliche Vorrichtungen dabey, 62, 119, 121; — Folge in Rücksicht einer der Frau von dem Manne hinterlassenen Fruchtnießung, 1257.

**Wiedervergeltung** gegen Fremde, in wie fern sie Statt finde, 33.

**Wid** in einem Walde ist für eine unbewegliche Sache zu halten, 295. **W. Jagd.**

**Wille. S. Willkühr; Erklärung; Einschränkung und Aufhebung des letzten Willens**, davon handelt das 9. und 12. Hauptstück II. Theil.

**Willenserklärung** ist eine ausdrückliche oder stillschweigende, 863; — der Inhalt der letzten Willenserklärung ist vor der Bekanntmachung kein Gegenstand eines gültigen Vergleiches, 1383.

**Willkühr.** Wann aus einem Vertrage, dessen Erfüllungszeit der Willkühr vorbehalten worden, gefordert werden könne, 904; — der Mangel derselben spricht in der Regel frey vom Schadenssage, 1306; — ob Handlungen der freyen Willkühr der Verjährung unterliegen, 1459.

**Wirth. S. Gastwirth.**

**Wirthschaftsbetrieb.** Das Getreide, Holz, Vieh, die Werkzeuge, Geräthschaften zu demselben, sind ein Zugehör, 296.

**Wirthschaftsgeräthschaften** sind für den Pachtzins stillschweigend verpfändet, 1101.

**Witthum. S. Witwengehalt.**

**Wittiblicher Unterhalt. S. Witwengehalt.**

**Witwe oder Witwer** müssen, um zur Trauung zugelassen zu werden, die Auflösung der vorigen Ehe beweisen, 62; — binnen welcher Zeit eine Witwe sich wieder verehelichen könne, 120 u. 121; — die Witwe hat noch durch sechs Wochen nach dem Tode des Mannes, und wenn sie schwanger ist, bis nach Verlauf von sechs Wochen nach ihrer Entbindung, die Verpflegung; jedoch ohne mittlerenwitwigen Witwengehalt, 1243.

## CLXVIII

**Witwen-Cassen. S. Versorgungsanstalten.**

**Witwengehalt.** Begriff davon. Wann und wie lange er der Witwe gebühre, 1242 — 1244; — Vorsicht über dessen Sicherstellung, 1245; — im Falle eines über den Mann verhängten Concurfes kann in der Regel der Witwengehalt angesprochen werden, 1260.

**Witwenstand,** in wie fern er zur Bedingung des Nachlasses gemacht werden könne, 700.

**Wohl,** das allgemeine, berechtiget die Abtretung des Privat-Eigenthumes gegen Schadloshaltung zu verlangen, 365.

**Wohlthätige Verträge. S. Einseitig verbindliche.**

**Wohlthätigkeit. S. Schenkungen.**

**Wohnort** der Verlobten ist in der Verkhndigung und dem Trauungsbuche anzuführen, 70, 80; — und ist der Ort der Verkhndigung und der Zahlung, 1420; — der feyerlichen Erklärung der ehelichen Verbindung, 71, 82.

**Wohnsitz,** wann er die Staatsbürgerschaft bewirkt, 29; — die persönliche Fähigkeit wird nach den Gesetzen des Wohnsitzes, und ohne diesen, des Geburtsortes beurtheilet, 34; — die Ehegattinn ist schuldig, dem Wohnsitz des Mannes zu folgen, 92.

**Wohnung,** als Dienstbarkeit betrachtet, was sie in sich begreife, 521, 522. S. Dienstbarkeiten.

**Wucher** in Gelddarleihen wird nach dem besondern bestehenden Wuchergesetze behandelt, 1000.

**Wundarzt** dient zum Beweise über das Unvermögen zur ehelichen Pflicht, 100. S. auch Sachverständige; — kann sich für Uebernehmung der Cur nichts göltig bedingen, 879; — auf ihn sind die Vorschriften von Dienstleistungen anzuwenden, 1163. S. Dienstleistungen.

**Wurzeln** begründen den **Baumstamm** durch **Pflanzung**, 420; — eines fremden Baumes kann der Grundeigenthümer aus seinem Boden reißen, 422.

### 3.

**Bäume**, **Hecken**, **Planzen**, **Mauern** und andere dergleichen **Scheidewände** zwischen **Nachbarn** werden für ein gemeinschaftliches Gut angesehen, 254.

**Zahler**. Wer sich als **Mitinzahler** für einen **Dritten** mit **Einwilligung** des **Gläubigers** verpflichtet, bewirkt eine **Umdänderung** der **Verbindlichkeit**, 1345, 1407. S. **Anweisung**. — Wer sich als **Bürge** und **Zahler** verpflichtet, haftet als ein **ungetheilter Mitschuldner**, 1357; — der **Zahler** einer fremden **Schuld** tritt in die **Rechte** des **Gläubigers**, doch muß er zu seiner **Sicherheit** erst den **Hauptschuldner** vernehmen, 1358, 1361.

**Zahlung**, worin sie besteht, 1412; — wie sie zu leisten, und ob etwas **Anderes** an **Zahlungsstatt** gegeben, 1413 u. 1414; — oder theilweise bezahlt werden könne, und was bei dieser **Zahlungsart** zu vermuthen, 1415 u. 1416; — **Zeit** der **Leistung**, 1417; — **gesetzliche Bestimmung** der **Zahlungsfrist**, 1418; — **Folge** der **verzögerten Annahme**, 1419; — **Ort** der **Zahlung**, 1420; — wer zahlen könne, ob auch ein **Pflegebefehlener**, 1421; — in wie fern auch ein **Dritter**, 1422 u. 1423; — an wen bezahlt werden könne, 1424; — dem **Vormunde** kann ohne gerichtliche **Begnehmung** ein **Capital** mit **Sicherheit** nicht bezahlt werden, 234; — mit welcher **Vorsicht** die **Zahlung** einem **Pfandgläubiger**, im Falle seiner weiteren **Verpfändung** zu leisten sey, 455; — ob der **Schuldner** berechtigt sey, dem **Gedenten** die **Zahlung**

zu leisten, 1395 und 1396; — in wie fern ein Affignat die Zahlung zu leisten verpflichtet, 1403 — 1409; — gerichtliche Abtragung der Schuld, wann, wie sie geschehen könne, und mit welcher Wirkung, 1425; — Recht des Zahlers, eine Quittung und den Schuldschein zu verlangen, 1426; — in wie fern dadurch eine Vermuthung oder ein Beweis der Zahlung gegründet werde, 1427 — 1430; — Zahlung einer Nichtschuld aus Irrthum kann zurück gefordert werden, 1431 — 1436; — wie der Empfänger zu behandeln, 1437; — Zahlung einer Hypothekarschuld macht ohne Löschung das Gut nicht frey, 469; — Verzögerte Zahlung. S. Verzögerung. — Zahlung auf Abschlag. S. Abschlagszahlungen. — Von der Zahlung aus einem Darlehensvertrage. S. dieses Wort. S. auch Geldzahlung.

**Zahlungsstatt.** S. Zahlung.

**Zahlungstag des Vermächtnisses,** 685 — 687.

**Zahlungsunfähigkeit.** S. Unfähigkeit.

**Zeichen,** wie durch dieselben eine Uebergabe geschehen könne, 427, 452.

**Zeichnungen, topographische, Vertrag hierüber.** S. Dienstleistungen.

**Zeit der Erfüllung des Vertrages. Vorschriften hierüber,** 902 — 904. Vergl. Zahlung; Tag; Month; Jahr; Zeitraum.

**Zeitpunct des Anfanges der Verbindlichkeit eines Gesetzes überhaupt,** 3; — dieses Gesetzbuches insbesondere ist in dem Kundmachungs-Patente bestimmt. — Der Niederlegung einer Vormundschaft, 261; — des Erbanfalles und der Erbfähigkeit, 545 u. 546; — die Vernichtung desselben in einem letzten Willen ist nicht nothwendig, aber

räthlich, 578; — der Zeitpunkt, auf welchen der Erblasser das zugebaute Recht eingeschränkt hat, was er wirkte 704 bis 708; — zur Entrichtung des Erbzinnes, 1132.

**Zeitraum der Ansässigkeit zur Erwerbung der Staatsbürgerschaft**, 29; — des Wohnsitzes zur Bestimmung des Aufgebothsortes, 72; — zur Wiederholung des Aufgebotes wegen unterbliebener Eheschließung, 73; — zur Anzeige der Trauung an den Pfarrer von dem entfernten Stellvertreter desselben, 82; — zur Bestreitung einer ungültigen Ehe, 96; — zur Erforschung eines zweifelhaften Unvermögens zur ehelichen Pflicht, 101; — zur Bestimmung der boshaften Verlassung des Ehegatten, 115; — zur erlaubten Eingehung einer neuen Ehe, 120 u. 121; — zur Todeserklärung, 24, 113 u. 114, 277; — zum Versuche, jüdische Ehegatten von der Trennung abzubringen, 134; — der ehelichen Geburt, 138; — zur Bestreitung der ehelichen Geburt, 155 — 159; — Zeitraum mit der unehelichen Beywohnung zum Beweise der Vaterschaft, 163; — binnen welchem die väterliche Gewalt wegen Abwesenheit des Vaters oder seiner Verurtheilung zur Gefängnißstrafe außer Wirksamkeit kommt, 176; — der Abwesenheit zur Ausschließung von einer Vormundschaft, 194; — zur Ablehnung der Vormundschaft, 201; — zur Legung der Vormundschaftsrechnung, 239, 262; — zum Anspruche der Verwandten auf die Abtretung der Vormundschaft, 258 u. 259; — zur Zueignung zahm gemachter Thiere, 384; — zur Bekanntmachung eines Bundes, 389; — und zur Erwerbung eines Rechtes auf denselben, 391 u. 392; — zur Zurückforderung eines mit Gewalt abgerissenen Erbtheiles, 412; — zur Rechtfertigung einer Vormerkung, 439; —

Zeitraum des ruhigen Besizes zur Bestimmung der Art des Reiberechtes, 498; — der Gültigkeit begünstigter letzter Anordnungen, 599; — zur Entrichtung der Vormächtnisse, 685; — zur Annahme eines Versprechens, 862; — zur Ausübung des Rechtes aus einer Verabredung, künftig einen Vertrag zu schließen, 936; — die Gewährleistung zu verlangen, 924 — 933; — zur Entschädigungsklage aus dem Verwahrungsvertrage, 967; — zu den wechselseitigen Klagen zwischen dem Verleiher und dem Entlehner, 982; — zur Ausübung des Vorkaufsrechtes, 1075, 1141; — des Rechtes aus dem Kaufe auf Probe, 1082; — und aus dem Verkaufe mit Vorbehalt eines besseren Käufers, 1084; — zur Einklagung des Aufwandes wider den Bestandgeber, 1097; — Zeitraum einer stillschweigenden Erneuerung des Mieth- oder Pachtvertrages, 1115; — zur Entschädigungsklage wider den Bestandsnehmer, 1111; — Zeitraum der Aufkündigung eines Mieth- oder Pachtvertrages, 1116; — zur Ausübung des von dem Obergenehmer bedungenen Vorkaufes oder Einstandsrechtes, 1141; — zur Erwerbung des Rechtes des Obergenehmers auf Veränderungsgebühren, 1142; — zur Anzeige eines vermögensversicherungsvertrages zu ersetzenden Schadens, 1290; — zur Begründung der Vermuthung von geschehener Leistung der Morgengabe, 1232; — zur erforderlichen Anzeige einer versicherten Gefahr, 1290; — zur Anbringung der Schadensklage nach seiner Viehpfändung, 1321; — der Erlöschung der Bürgschaft, 1363 u. 1367. S. Verjährung.

Zeitungsblätter. S. Edicte.

Zeitverlauf, in wie fern er die Dienstbarkeit aufhebe, 527



u. 528; — der Schuld, ob er den Bürgen befreye, 1364; — in wie weit dadurch Rechte und Verbindlichkeiten aufgehoben, verjährt oder erloschen werden, 1449. **E. Zeitraum; Verjährung.** — In wie fern durch Verlauf der Zeit das Pfandrecht erlösche, 468.

**Zeugen.** Ihro Gegenwart ist bey Schließung einer Ehe notwendig, 75; — eben so bey letzten Willenserklärungen, 579 — 598; — zur Unterfertigung einer Einverleibungsurkunde, 434; — unfähige bey letzten Anordnungen, 591 — 598; — Verträge können in der Regel mit oder ohne Zeugen geschlossen werden, 883; — Ausnahme bey dem Erbvertrage, 1249; — in wie fern zwey Zeugen die Stelle der Unterschrift vertreten, 580 u. 886.

**Zeugnisse,** welche vor der Trauung beyzubringen, 78; — oder zur Scheidung, 104, 105, 107, 133 u. 134.

**Zins,** dessen fortdauernde Entrichtung beweiset noch keine Theilung des Eigenthumes, 360; — ob der Fideicommiss-Inhaber Grundstücke gegen Zinsen vertheilen könne, 633 u. 634; — der Mieth- und Pachtzins muß in der Regel eben so beschaffen seyn, wie der Kaufpreis, 1092; — wann er zu entrichten, 1100, 1102, 1132; — gesetzliches Pfandrecht in Rücksicht desselben, 1101; — in wie fern die Vorausbezahlung gültig sey, 1102; — Zins in Früchten, 1103; — Pflicht zur Erlassung des Zinses ganz oder zum Theile, 1104 bis 1108, 1133; — Saumseligkeit in der Entrichtung des Zinses, was sie wirke, 1118, 1125 u. 1136.

**Zinsen** von einem Capitale, das auf einer zur Fruchtnießung bestimmten Sache lastet, muß der Fruchtnießer

übernehmen, 512; — von einem zum Gebrauche oder Fruchtnießung bestimmten Capitale gebühren den Berechtigten, 510; — Maß der rechtlichen Vertragszinsen, 993 u. 994; — Zeit der Entrichtung, 997; — sie dürfen höchstens auf ein halbes Jahr vorhinein abgezogen werden, ebend.; — Maß der gesetzlichen, 995; — Zinsen von Zinsen dürfen nicht genommen werden, 998; — sind in gleicher Währung mit dem Geld-Capitale zu entrichten, 999; — die Ueberschreitung des erlaubten Zinsenmaßes ist ein Gegenstand des Buchergesetzes, 1000; — wann der Gläubiger ohne gerichtliche Einmahnung die Zinsen bis auf den Betrag der Hauptschuld steigen läßt, so erlischt das Recht, von dem Capitale weitere Zinsen zu fordern, 1335; — in wie fern der Bürge für die Zinsen hafte, 1353; — ob die Zahlung späterer Zinsen die Abtragung der früheren beweise, 1429. S. Verzögerungszinsen.

Zinsenvertrag. Begriff, 984. S. Zinsen.

Zögerung. S. Verzögerung.

Zölle. S. Steuern.

Züchtigungsrecht der Aeltern, 145; — des Vormundes, 217.

Zueignung. Davon handelt das 3. Hauptstück II. Theil.

Begriff der Zueignung, 381; — Gegenstände, 382; —

Arten der Zueignung; I. Der Thierfang. Wem das Recht zu jagen oder zu fischen zustehe, bestimmen die politischen Gesetze, 383; — zahme oder zahm gemachte Thiere sind kein Gegenstand der Zueignung, 384; — eben so wenig die dem Staate vorbehaltenen unterirdischen Erzeugnisse, 385; — II. Das Finden verlassener Sachen,

386 u. 387; — die Beute ist ein Gegenstand der Kriegsgesetze, 402. S. Finden und Schatz.

**Zufälle.** In wie fern der Besitzer für den Zufall hafte, 333, 338; — wann der Pfandgläubiger, 460; — außerordentliche geben Anspruch auf Erlassung des Bestandzinses, 1104 — 1108, 1132 u. 1134; — in wie fern der Gewalthaber einen Ersatz des zufälligen Schadens fordern könne, 1015; — der bloße Zufall trifft denjenigen, in dessen Vermögen oder Person er sich ereignet hat, 1311. S. Gefahr. Schaden.

**Zugehör,** was es sey, 294; — insbesondere bey Grundstücken, Leichen, 295, 296; — und Gebäuden, 297.

**Zulassung.** S. Unterlassung.

**Zurückbehaltungsrecht.** S. Retentions-Recht.

**Zurückforderung einer bezahlten Nichtschuld.** S. Zahlung.

**Zusage.** S. Versprechen; Annahme des Versprechens.

**Zuwachs.** So lange derselbe nicht abgesondert, ist er ein Zugehör, 294; — von der Erwerbung des Eigenthumes durch Zuwachs handelt das 4. Hauptst. II. Thril. Begriff vom Zuwachs, 404; — I. natürlicher: a) Natur-Producte, 405; — b) Werfen der Thiere, 405 u. 406; — c) Inseln, 407 u. 408; — d) verlassenes Wasserbett, 409 u. 410; — e) Anspählen, 411; — f) abgerissenes Stück Landes, 412; — II. künstlicher Zuwachs durch Verarbeitung oder Vereinigung, 414 — 416; — insbesondere durch Bau, 417 — 419; — III. vermischter Zuwachs, 420 — 422.

**Zuwachsrecht der Testaments-Erben,** 560 — 562; — der Vermächtnißnehmer, 689; — es gebührt dem Käufer einer Erbschaft, 1279.

**Zwang zur Erklärung des letzten Willens** schließt von dem Erbrechte aus, 542; — wann er einen Vertrag ungültig mache, 870, 875. S. Furcht.

## CLXXVI

**Zwed. G. Absicht.**

**Zweifel in Rechtsfällen. G. Rechtsgrundsätze. — unter die  
Eigenschaft des Besizes. G. Besitz. G. auch Vermuthung.**

**Zweyseitig verbindliche Verträge. Begriff, 864; — bey  
denselben wird eine undeutliche Aeußerung zum Nachtheile  
desjenigen erklärt, der sich ihrer bediente, 915.**

---



